Dierk Hoffmann und Michael Schwartz (Hrsg.)

Geglückte Integration?

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte

Herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Hans-Peter Schwarz, Horst Möller

Redaktion: Jürgen Zarusky

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Geglückte Integration?

Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR

Herausgegeben von

Dierk Hoffmann und Michael Schwartz

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

[Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe]
Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / im Auftr. des Instituts für Zeitgeschichte hrsg. – München : Oldenbourg
Früher Schriftenreihe
Schriftenreihe zu: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sondernr. Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. – 1999

Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR. – 1999 / hrsg. von Dierk Hoffmann und Michael Schwartz. – München : Oldenbourg, 1999
(Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte ; Sondernr.)
ISBN 3-486-64503-X

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: Appl, Wemding
Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-64503-X

Inhaltsverzeichnis

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz
Einleitung 7

Hermann Graml
Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa. Ein Blick auf historische Zusammenhänge 21

I. Vertriebenen-Integration in Westdeutschland

Sylvia Schraut
Die westlichen Besatzungsmächte und die deutschen Flüchtlinge 33

Marita Krauss
Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns – Konflikte und Erfolge 47

Peter Exner
Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden 57

II. Politisches System und Integrationspolitik in der SBZ/DDR

Manfred Wille
SED und „Umsiedler" – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt 91

Michael Schwartz
Apparate und Kurswechsel. Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler"-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953 105

Philipp Ther
Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 bis 1950 137

Damian van Melis
„Angabe nicht möglich" – Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern 161

III. Integrationspolitik und Wirtschaft

Dierk Hoffmann
Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung? Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950) 173

Arnd Bauerkämper
Die vorgetäuschte Integration. Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960 193

Manfred Jahn
Zur sächsischen Spezifik der Aufnahme von vertriebenen Deutschen 1945 bis 1949. Das Fallbeispiel Uranbergbau 215

IV. Soziale Probleme der Vertriebenen-Integration

Marcel Boldorf
Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluß der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945–1952) 233

Michael Grottendieck
Zwischen Integration und Abstoßung. Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im münsterländischen Greven sowie von „antifaschistischen Umsiedlern" im mecklenburgischen Ludwigslust im Vergleich 247

Steffi Kaltenborn
Wohn- und Lebensverhältnisse von Vertriebenen 1948 in Thüringen 273

V. Vertreibung und Integration als Lebens-Erfahrung

Ute Schmidt
„Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen ..." – Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern" 291

Dagmar Semmelmann
Zur Integration aus lebensgeschichtlicher Sicht. Eingliederungsverläufe von Flüchtlingen und Vertriebenen in der SBZ/DDR dargestellt am Sonderfall Eisenhüttenstadt 321

VI. Laufende Forschungsprojekte zur Vertriebenenintegration

Winfried Müller
Zum Forschungsverbund „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge" 337

Stefan Donth/Christian Kurzweg/Notker Schrammek/Irina Schwab
Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952 – Vorstellung eines Forschungsprojekts 347

Literaturverzeichnis 365

Abkürzungsverzeichnis 389

Die Autoren 393

Personenregister 397

Dierk Hoffmann/Michael Schwartz
Einleitung

Alle Besatzungszonen und somit beide 1949 entstandenen deutschen Staaten waren von den Folgen der millionenfachen Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa vehement betroffen[1]. Beide politischen Systeme reagierten auf diese große soziale Herausforderung mit einer spezifischen Vertriebenen-Integrationspolitik. Anfangs setzten alle Besatzungsregierungen – Sowjets und Westalliierte gleichermaßen – im Bewußtsein der Endgültigkeit jener Massenvertreibung, die sie initiiert oder der sie vor und nach Kriegsende zugestimmt hatten, auf ein weitgehend identisches Integrationskonzept. Dieses sollte einerseits die völlige Gleichberechtigung der Neuankömmlinge mit den Alteingesessenen sichern, andererseits jedoch jedes Sondergruppenbewußtsein der Vertriebenen kanalisieren und abbauen sowie insbesondere Bestrebungen zur politischen Selbstorganisation möglichst unterbinden. Im Zuge des Kalten Krieges veränderte die westliche Vertriebenenpolitik jedoch ihr Gesicht: Je mehr die Westalliierten der demokratischen Selbstbestimmung Raum gaben, umso stärker mußte auch den organisierten Interessen der Vertriebenen Rechnung getragen werden. Die Unterdrückung von Selbstorganisation wurde schrittweise bis 1950 aufgehoben. Dies erlaubte den Vertriebenen – um den Preis systemkonformer Mäßigung – eine wirksame Teilnahme nicht nur im Parteien-, sondern auch im Verbändesystem der jungen Bundesrepublik. Diese organisierte Partizipation und die dadurch entfachte politische Konkurrenzsituation trugen erheblich dazu bei, 1952 die lange umstrittene und aufgeschobene Lastenausgleichsgesetzgebung in der Bundesrepublik festzuschreiben. Seither entwickelte sich in Westdeutschland eine langfristige, bis etwa 1970 praktizierte Vertriebenenpolitik, die sich zwischen auf Friedlichkeit festgelegtem Heimkehrpostulat und materieller Integrationserleichterung bewegte. Im Unterschied dazu hielten sowjetische Besatzungsmacht und SED-Hegemonialpartei an der ursprünglichen Assimilationskonzeption aller Alliierten sehr viel deutlicher fest. Überdies betrachteten sie nach einer kurzen Phase gezielter materieller Förderung im Rahmen des DDR-Umsiedlergesetzes von 1950 schon ab etwa 1952/53 die Integration der Vertriebenen – der „ehemaligen Umsiedler" – als weitgehend abgeschlossen. Die politische Durchsetzung dieser voreiligen Sicht wurde durch den Mangel an gesellschaftlichem Pluralismus in der DDR begünstigt. Das Vertriebenen- oder „Umsiedler"-Problem wurde somit in der kontrollierten Öffentlichkeit der DDR nicht nur weitgehend tabui-

[1] Vgl. zu dieser gesellschaftspolitisch brisanten Thematik Theisen, Die Vertreibung der Deutschen; in erstaunlicher, „politisch-korrekter" Scheu vor einer öffentlichen Thematisierung Wolfrum, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik; für eine unverkrampfte, Tabuisierungen und Ritualisierungen gleichermaßen benennende wissenschaftliche Aufarbeitung des Verhältnisses von Vertreibungserfahrung und Nachkriegsidentität(en) plädiert Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik.

siert, sondern auch den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen untergeordnet[2].

Freilich hatten die gesellschaftlichen Integrationsverläufe selbst in der totalitären DDR nicht nur jenen „überaus repressiven Charakter", der ihnen – zumindest „in weiten Teilen" – immer wieder attestiert wird[3]. Neben die zweifellos vorhandene Repression – die allerdings für Vertriebene auch günstige Wirkungen haben konnte, wie etwa anhand der Profiteure der SBZ-„Bodenreform" oder der „Entnazifizierung" gezeigt werden kann[4] – traten zeitweilig besondere sozialpolitische Integrationsinitiativen, die im erwähnten DDR-Umsiedlergesetz von 1950 kulminierten. Hinzu kamen – ähnlich wie im Westen – die generellen Integrationsangebote einer sich entwickelnden Arbeitsgesellschaft mit ihren wachsenden Chancen für sozialen Aufstieg und materiellen Konsum[5]. Zumindest für bestimmte, anpassungswillige Gruppen von Vertriebenen bot der in der DDR diktatorisch forcierte Elitenwechsel in den fünfziger und sechziger Jahren eine im Vergleich zur damaligen westdeutschen Gesellschaft erhöhte soziale Mobilität und deutliche Aufstiegschancen[6]. Aufgrund der alsbald größeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und gesellschaftlichen Reformfähigkeit der Bundesrepublik kehrte sich freilich dieses Verhältnis Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre nachhaltig zugunsten der westlichen Teilgesellschaft um.

Den skizzierten Verläufen der Vertriebenenpolitik in Ost und West entsprachen in gewisser Weise die Konjunkturen der Forschung. Auffallend ist bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Vertriebenenproblematik, daß nicht nur in der DDR-Historiographie – wo diese einseitige Ausrichtung wenig überrascht –, sondern auch in der westdeutschen Geschichtsschreibung das Interesse an der Vertriebenen-*Integration* jenes am vorangegangenen Geschehen der *Vertreibung* deutlich überwog. Zwar entstand Mitte der fünfziger Jahre eine im Auftrage der Bundesregierung publizierte mehrbändige Dokumentation zur Vertreibung der Deutschen nach 1945[7], doch war nichtsdestoweniger das Erkenntnisinteresse der bundesrepublikanischen Forschung im wesentlichen „der Zukunft zugewandt", wie etwa ein Blick in die resümierende Bibliographie Krallert-Sattlers von 1989 leicht erkennen läßt[8]. Die Geschichte der Vertriebenen-Integration wurde dezidiert als *Erfolgsgeschichte* der bundesrepublikanischen Gesellschaft geschrieben, um dann seit den sechziger Jahren – parallel zum politischen und gesellschaftlichen Interes-

[2] Vgl. ausführlich in vergleichender Langzeitperspektive: Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik.

[3] Vgl. Wolfrum, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik, S. 511; für diesen richtungsweisend Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene, S. 15.

[4] Zu dieser Wirkung der Bodenreform auch Wolfrum, Zwischen Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik, S. 512, der freilich die Zahl der dadurch profitierenden „Umsiedler-Bauern" mit 350000 grob überschätzt; in Wahrheit profitierten etwa 91000 Bauern davon, die mit ihren Familienangehörigen auf die von Wolfrum genannte Zahl gekommen sein dürften; vgl. zur Bodenreform den Beitrag von Arnd Bauerkämper sowie zur Entnazifizierung den Beitrag von Damian van Melis im vorliegenden Band.

[5] Vgl. hierzu Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, sowie ausführlicher ders., Vom „Flüchtling" zum Neubürger.

[6] Vgl. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie, S. 453.

[7] Vgl. etwa Schieder, Dokumentation der Vertreibung; in neuester Zeit auch die kritisch edierten Erinnerungsberichte von Hübler, Meine Vertreibung aus Prag, sowie von Terpitz, Wege aus dem Osten.

[8] Vgl. Krallert-Sattler, Bibliographie.

senverlust am Thema – spürbar zu erlahmen. Erst die achtziger Jahre brachten einen erneuten Forschungsschub, der wiederum einige Zeit brauchte, bis er sich von dem „Mythos der raschen Integration" im Zuge des „Wirtschaftswunders" (Lüttinger) einigermaßen befreien konnte[9]. Seither wird der in gewisser Hinsicht durchaus erstaunliche Integrationserfolg zwar nicht hinweggeredet, jedoch auch auf seine Grenzen, Schattenseiten und blinden Stellen hin untersucht. Die Vertriebenen-Integration war gewiß ein Erfolg für das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik. Dies gilt jedoch nicht in gleicher Weise für alle Vertriebenen. Zumindest eine bemerkenswerte Minderheit älterer Vertriebener der „Erlebnisgeneration" – insbesondere nicht berufstätige Frauen sowie Angehörige früherer besitzender Schichten – konnten langfristig, nicht selten lebenslang, auf der subjektiven „Verliererseite" dieses gewaltsamen Umschichtungsprozesses bleiben[10].

In den achtziger Jahren setzten auch in der SED-kontrollierten Geschichtswissenschaft der DDR Bestrebungen zur Erforschung der „Umsiedler"-Integration ein. Anders als in der westlichen Forschung, die den integrationspolitischen Gründungsmythos der Bundesrepublik in Frage zu stellen lernte, konnte sich die DDR-Geschichtswissenschaft über den SED-Mythos der angeblich spätestens um 1952 erfolgten „Lösung der Umsiedlerfrage" nicht hinwegsetzen[11]. Gleichwohl signalisierte bereits diese in den engen ideologischen Grenzen des SED-Regimes betriebene Vertriebenenforschung das damals in vielerlei Hinsicht greifbar werdende gesellschaftliche Bedürfnis nach historischer Selbstvergewisserung. In der DDR war diese Trendwende umso bemerkenswerter, als die SED-Politik schon seit den späten vierziger Jahren eine öffentliche und damit auch eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Thematik zu verhindern gewußt hatte. Dies galt nicht zuletzt für eine geplante amtliche Dokumentation der „Umsiedler"-Integrationspolitik, welche die zur SED gehörige Führung der SBZ-„Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit verwirklicht sehen wollte[12]. An einer derartigen Dokumentation hatte die SED-Führung nach 1948 jedoch ebensowenig Interesse wie an wissenschaftlichen Studien zur „Umsiedler"-Problematik, wie etwa die forschungswillige Berliner Humboldt-Universität im Frühjahr 1950 erfahren mußte[13].

[9] Das Verdienst, diesen Mythos erheblich verunsichert zu haben, gebührt den Studien des Soziologen Paul Lüttinger; vgl. etwa ders., Der Mythos der schnellen Integration, sowie ausführlich ders., Integration der Vertriebenen.

[10] Vgl. die entsprechende Umfrage bei Sallinger, Die Integration der Heimatvertriebenen.

[11] Vgl. hierzu Wille, Die Lösung der Umsiedlerfrage; Just, Zur Lösung des Umsiedlerproblems; Meinicke, Zur Integration der Umsiedler.

[12] Eine solche Dokumentation wurde in der ZVU bereits im März 1947 erwogen und nach der plötzlichen, politisch bedingten Auflösung der Zentralverwaltung Mitte 1948 von deren früheren Leitern längere Zeit weiter befürwortet; so wandte sich der schon im April 1948 abberufene frühere ZVU-Präsident Rudolf Engel (SED) – zu diesem Zeitpunkt Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung – im November 1948 an seinen umsiedlerpolitischen Nachfolger, den früheren ZVU-Vizepräsidenten und damaligen Hauptabteilungsleiter in der Deutschen Verwaltung des Innern, Arthur Vogt (SED), mit der entschiedenen Bitte, den Plan einer solchen Dokumentation weiterzuverfolgen, deren Erstellung seinerzeit noch mit dem zuständigen Vertreter des SED-Zentralsekretariats, Paul Merker, vereinbart worden sei; vgl. hierzu BAB, DO 1/10/1, Bl. 80f., und DO 1/10/4, Bl. 62; Vogt, der seinerseits im Juni 1949 seine Funktion verlor, setzte sich noch in den späten fünfziger Jahren SED-intern erfolglos für eine Wiederaufnahme dieser Pläne ein; vgl. hierzu den Beitrag von Michael Schwartz im vorliegenden Band.

[13] Vgl. MdI DDR, Abteilung Bevölkerungspolitik an Staatssekretär Warnke, Notiz über eine Besprechung mit SED-Zentralsekretariatsabteilungsleiter Plenikowski, ca. Mai 1950; in: BAB, DO 1/5512.

Die mit der politischen Entwicklung seit 1989/90 gegebene neue Forschungslandschaft hat die empirischen Arbeitsmöglichkeiten im Bereich der DDR-Geschichte entscheidend verbessert. Auch die Vertriebenen-Integrationspolitik ist – wie nicht zuletzt die Beiträge des vorliegenden Bandes dokumentieren – ein solches prosperierendes Forschungsfeld. Das auf der Entwicklung von Vertriebenenpolitik und gesellschaftlicher Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR liegende Schwergewicht des Bandes resultiert nicht unwesentlich aus diesem forschungsgeschichtlich gegebenen Nachholbedarf. Zugleich werden durch einen wachsenden Kreis interessierter Wissenschaftler aus unterschiedlichen Disziplinen den neuen Möglichkeiten neue Fragestellungen hinzugefügt.

Immer stärker tritt dabei die Notwendigkeit hervor, über die nunmehr *parallele* zeithistorische Forschung zur geteilten deutschen Nachkriegsgeschichte allmählich zu einer *gesamtdeutschen* Perspektive zu gelangen. Die zeithistorische Forschung „hat es im Fall Deutschland nach 1945 mit zwei verschiedenen ‚Zeitgeschichten' zu tun", ja sogar mit mindestens dreien, wenn die gemeinsame „Vorgeschichte" der Weimarer Republik und der NS-Diktatur Berücksichtigung finden sollen. Das zentrale Forschungsvorhaben der Zukunft wird folglich darin bestehen, „diese Grenzen aufzuheben und die verschiedenen deutschen ‚Zeitgeschichten' [...] in ein ‚Relationengefüge' (H. G. Hockerts) zu bringen bzw. – in durchaus Hegelschem Sinn – in der einen deutschen Zeitgeschichte ‚aufzuheben'"[14]. Das bedeutet, sowohl die *Beziehungsgeschichte* des selbst in Teilung und Konfrontation vielfältig aufeinander bezogenen Gesamtdeutschland als auch die auf Ähnlichkeiten und Unterschiede gleichermaßen abhebende *vergleichende Methode* ernstzunehmen. Nicht zuletzt im Forschungsfeld der Vertriebenenintegration bestätigt sich die Beobachtung, daß „komparative Geschichte und Beziehungsgeschichte [...] nicht dasselbe, aber durchaus kompatibel und verknüpfbar sind"[15].

Pragmatische Skepsis gegenüber einer allzu ausgreifenden und vorschnellen Euphorie hinsichtlich umfassender Vergleiche ist jedoch durchaus angebracht[16]. So überwiegt auch im vorliegenden Band – neben verschiedentlicher Erprobung der vergleichenden Perspektive in einigen Beiträgen – ganz bewußt die Konzentration auf die Entwicklung in der SBZ/DDR. In vielen Bereichen auch unserer Thematik gilt es nach wie vor, den zweiten Schritt nicht vor dem ersten zu tun. Selbst ein begrenzter Vergleich bedarf, wenn er mehr sein will als die Selbstbestätigung seiner erkenntnisleitenden Prämissen, deren fortgesetzter Verunsicherung durch die Empirie. Das Ziel einer Verknüpfung der Zeitgeschichten der DDR und der Bundesrepublik geht daher unerläßlich mit der Einsicht in die Notwendigkeit einher, zunächst „die innere Geschichte der DDR und die Eigenart ihres politischen Systems intensiv anhand der nunmehr verfügbaren Archivalien zu untersuchen", damit „erst einmal das Ungleichgewicht der Kenntnisse über den westlichen und östlichen Teil Deutschlands verringert wird"[17]. Erst auf dieser Basis können systembedingte *Spezifika* wie auch gesamtdeutsche *Vergleichbarkeiten* der SBZ/DDR-Entwicklung klar konturiert und gewichtet werden. Unter diesen Voraussetzungen vereint der vorliegende Sammelband verschiedene Forschungsfelder und -ergebnisse, die stärker miteinander vernetzt werden sollten. Es sind dies unter anderem

[14] Vgl. Möller / Mehringer, Die Außenstelle Potsdam des Institutes für Zeitgeschichte, S. 174.
[15] Vgl. Kocka, Die Geschichte der DDR, S. 16.
[16] Vgl. ebenda.
[17] Vgl. Doering-Manteuffel, Deutsche Zeitgeschichte, S. 28.

- die Rekonstruktion von Vertriebenenpolitik auf unterschiedlichen staatlichen Handlungsebenen; wichtig erscheint zum einen eine umfassende Geschichte des mit Vertriebenenpolitik befaßten politischen Teil-Systems, die sich nicht auf die Geschichte der Sonderverwaltungen beschränken kann, sondern möglichst sämtliche relevanten Institutionen und Personengruppen einzubeziehen hat. Zum anderen sollte der Versuch unternommen werden, die gesellschaftlichen Rückkoppelungen einer solcherart konzipierten und umgesetzten Integrationspolitik in den Blick zu nehmen;
- eine verschränkte Politik- und Sozialgeschichte der Integration auf der Mikroebene, die über Kreis- und Lokalstudien die Resultate und Begrenzungen zentraler Politikvorgaben, aber auch die Eigendynamik gesellschaftlicher bzw. lebensweltlicher Prozesse zu beschreiben sucht;
- soziologische Langzeituntersuchungen, die mit quantitativen Methoden bisher allein für die Bundesrepublik möglich waren, wo aus politischen Gründen eine besondere Vertriebenenstatistik über Jahrzehnte weitergeführt wurde, während die DDR – ebenfalls aus politischen Gründen – solche statistischen Bilanzierungen bereits 1949 abbrach; dennoch verspricht auch hier eine Verknüpfung von soziologischen und erfahrungsgeschichtlichen Methoden weiterführende Ergebnisse;
- erfahrungsgeschichtliche Studien durch lebensgeschichtliche Interviews, die sowohl die Rolle der Vertreibungserfahrung als biographische Zäsur beleuchten als auch die Schritte der allmählichen Integration in die neuen Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit in den Blick nehmen.

Der erste Teil des vorliegenden Bandes beschäftigt sich mit der – im Vergleich zur SBZ/DDR weitaus besser erforschten – Vertriebenen-Integration in Westdeutschland, also der Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen und der späteren Bundesrepublik. Auf unterschiedlichen Ebenen – die zentralen Besatzungsbehörden, eine Region und drei Lokalgesellschaften betreffend – werden zentrale Ergebnisse der bisherigen „West"-Forschung resümiert. *Sylvia Schraut, Mannheim,* behandelt das Verhältnis der amerikanischen und britischen Besatzungsmächte zu den in ihre Zonen gelangenden deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Vertriebenenpolitik beider angelsächsischen Besatzungsmächte werden herausgearbeitet, wobei insbesondere für die amerikanische Militärverwaltung eine differenzierte Sichtweise präsentiert wird: Die Flüchtlingsfrage, die gerade in den Besatzungsjahren engstens mit der Politik der vier Siegermächte verknüpft war, stellte sich zunächst überwiegend als Transportproblem dar und bedurfte insgesamt einer großen Koordinationsanstrengung zwischen alliierten und deutschen Verwaltungen. Schraut skizziert anschließend die amerikanische sowie die britische Politik gegenüber den Flüchtlingen und Vertriebenen. Unterschiedliche Vorgehensweisen gab es etwa in der Frage des Aufbaus von besonderen Flüchtlingsverwaltungen, in der Frage politischer Beteiligung der Deutschen sowie bei der Hierarchisierung assimilationsfördernder Maßnahmen. Ein letztlich erfolgloser Versuch zur Beilegung dieser interalliierten Differenzen stellte der Ende 1948 eingerichtete trizonale Arbeitskreis „Tripartite working party on german refugees" dar, dessen Gründung auf die Initiative der britischen Militärregierung zurückging. Eine einheitliche Vertriebenenpolitik im Westen Deutschlands konnte deswegen erst nach Gründung der Bundesrepublik beginnen.

Die Flüchtlingsintegration in Bayern steht in mancher Hinsicht exemplarisch für die Entwicklung in den Ländern der westlichen Besatzungszonen. Dies ist nicht überraschend, ging es doch zunächst – mit Varianten – überall um die gleichen Schritte von not-

dürftiger Aufnahme zu vertiefter wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Eingliederung. Dennoch gibt es manche bayerische Spezifika, die *Marita Krauss, Bremen,* untersucht hat. Zu diesen zählt etwa die vergleichsweise größere Toleranz der amerikanischen Besatzungsmacht gegenüber der geschlossenen Ansiedlung heimatvertriebener Spezialindustrien, durch deren kräftig mit Krediten unterstützten Aufbau Bayern einen nicht unerheblichen Industrialisierungsschub gerade in bislang strukturschwachen ländlichen Gebieten erlebte. Auch in anderen Bereichen trugen die Flüchtlinge dazu bei, das Land zu modernisieren und zu differenzieren: Dies gilt für die politische Kultur ebenso wie für Volksbildung oder konfessionelle Durchmischung. Konzepten der „künstlichen" Staatsintegration des 19. Jahrhunderts entlehnt war Krauss zufolge die Ernennung der Sudetendeutschen, der größten Vertriebenengruppe in Bayern, zum „vierten Stamm" Bayerns, womit die Aufnahmegesellschaft die kulturelle Identität der Vertriebenen zugleich annahm und vereinnahmte. Die spezifische Mischung von Traditionalismus und Modernität, die hier manifest wird, war charakteristisch für das Bayern der Nachkriegszeit.

Unter der Fragestellung „Integration oder Assimilation" behandelt *Peter Exner, Marburg,* die Vertriebenen-Eingliederung in der ländlichen Gesellschaft am Beispiel einiger westfälischer Landgemeinden. Dabei wird deutlich, daß die erforderliche „Eingliederung" der Vertriebenen, die zeitweise nahezu ein Drittel der Bewohner der untersuchten Landgemeinden ausmachten, diese Dörfer (Ottmarsbocholt, Heek und Rödinghausen) vor tiefgreifende materielle und mentale Belastungsproben stellte. Althergebrachte Strukturen gerieten mit der Flüchtlingsansiedlung ins Wanken. Entsprechend defensiv reagierte das „einheimische" Milieu: Besonders wenn Flüchtlinge in großer Zahl dem Sozialraum Dorf zugewiesen wurden, was bei der Mehrheit der Einheimischen Bedrohungsgefühle hervorrief, war eine anfänglich starre Frontbildung zwischen den beiden Gruppen unvermeidlich. Die materielle Notlage der „Trümmergesellschaft" (Teppe) verschärfte gegenseitige Irritation und Ablehnung weiter, die vorrangig auf unterschiedlichen Orientierungs- und Verhaltensweisen basierten. Die Neuankömmlinge galten in ihrer neuen Umgebung als „Habenichtse", da sie weder soziales noch materielles Kapital vorweisen konnten, das für ihre Anerkennung in den von besitzhierarchischen Wertmustern geprägten Dorfgesellschaften erforderlich gewesen wäre. Die gegenseitige Abgrenzung sorgte zum einen für eine Koexistenz zweier sich größtenteils unvermittelt und unverbunden gegenüberstehender Sozialgruppen, behinderte zum anderen jedoch eine reibungslose und rasche Eingliederung der Neubürger, die sich nicht als *Integration*, d. h. als wechselseitiger Prozeß der Angleichung beider sozialen Gruppen, sondern als allmähliche und vor allem *einseitige Anpassung* der Vertriebenen vollzog. Anfängliche Abgrenzung und allmähliche Assimilation vollzogen sich gleichermaßen in zentralen Bereichen dörflichen Lebens: In den Verteilungskämpfen um die raren Ressourcen der Landgemeinden, der wirtschaftlichen Eingliederung der Flüchtlingsbauern, der Mitwirkung an den politischen Entscheidungsprozessen, der Partnerwahl sowie dem Fest- und Vereinsleben.

Der zweite Teil des Bandes eröffnet das Schwerpunktthema der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR und konzentriert sich dabei auf das dortige politische System und dessen Integrationspolitik. *Manfred Wille, Magdeburg,* diskutiert in seinem Beitrag die inhaltlichen Grundlinien der Vertriebenenpolitik der SED im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Dabei macht er auf das spannungsreiche Verhältnis zwischen KPD und sowjetischer Besatzungsmacht unmittelbar nach Kriegsende aufmerksam. Die Vertreibung von Deutschen aus den ehemals deutschen Ostgebieten war beispielsweise für Wilhelm Pieck

anfangs keineswegs selbstverständlich und wurde deutlich in Frage gestellt. Ansonsten nahm sich die KPD-Führung der Flüchtlingsfrage allerdings nur reaktiv-unsystematisch und halbherzig an; Vertriebenenpolitik besaß innerhalb des Aufgabenkataloges der KPD-Führung einen eher untergeordneten Rang. Erst im Vorfeld der Wahlen von 1946 fanden die Vertriebenen verstärkte Aufmerksamkeit bei der nunmehrigen SED. Wille macht deutlich, daß die Haltung des SED-Parteivorstandes auch zur Oder-Neiße-Grenze zunächst durchaus zwiespältig war: Während eine Gruppe um die beiden Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl noch an mögliche Korrekturen und Revisionen geglaubt habe, hätten sich andere – vor allem Walter Ulbricht – rasch mit dem von Stalin geschaffenen status quo abgefunden. Erst ab 1947 habe die SED aufgrund außen- und innenpolitischer Faktoren ihre Haltung in der „Umsiedlerfrage" nachhaltig geändert: Die Aussöhnung mit den „sozialistischen Bruderstaaten" wurde vorrangig und die bis dahin noch mögliche Diskussion über die Grenzfrage daher entsprechend radikal unterbunden. Damit begann eine Phase, an deren Ende nach dem Willen der SED-Führung schon Anfang der fünfziger Jahre der erfolgreiche Abschluß der Vertriebeneneingliederung stehen sollte. Wille zeigt, daß diese doktrinäre Position, die jeder Realität Hohn sprach, auch zu Auseinandersetzungen der SED mit den bürgerlichen Parteien (CDU und LDPD) führte.

Michael Schwartz, IfZ-Außenstelle Berlin, beleuchtet das Problem der Vertriebenenintegration unter politikgeschichtlichem Blickwinkel. Unter der zentralen Fragestellung, welche grundlegenden Ziele diese Integrationspolitik verfolgte, auf welche Weise sie konkret operationalisiert wurde und welche politisch-administrativen Institutionen mit der Umsetzung solcher Politik befaßt waren, steht das Verhältnis von „Apparaten und Kurswechsel" in der „Umsiedler"-Politik der SBZ/DDR zwischen 1945 und 1953 im Mittelpunkt. Die „institutionelle und personelle Dynamik" in der Entwicklung der beteiligten „Apparate" gewann auch in inhaltlicher Hinsicht besondere Bedeutung für den Verlauf der Flüchtlings-Integrationspolitik der SBZ/DDR. Deutlich wird dabei, daß Kontinuitäten und Diskontinuitäten der „Umsiedler"-Politik nicht allein auf politische Anweisungen aus Moskau oder auf Entscheidungen der SED-Spitze um Walter Ulbricht, so maßgeblich diese letztlich waren, zurückzuführen sind. Gerade während des Bestehens der SBZ, aber auch noch in den ersten Jahren der DDR wurde die inhaltliche und institutionelle Ausgestaltung dieser Politik wesentlich auch durch ein *personelles Netzwerk* von Funktionären in den Fachabteilungen der Sowjetischen Militäradministration, des zentralen Parteiapparates der SED sowie – und hier fast ausschließlich von SED-Vertretern – relevanter staatlicher Verwaltungen beeinflußt und mitgestaltet, die damit gewissermaßen als „Geschäftsführer" der „Umsiedler"-Integrationspolitik fungierten. Dieses personelle Netzwerk, das sich zwischen 1945 und 1947 herausgebildet und zunehmend professionalisiert hatte, überdauerte die in der Forschung häufig allzu stark betonte inhaltliche und institutionelle Zäsur des Jahres 1948 und trug gerade dadurch dazu bei, daß die „Umsiedler"-Politik selbst noch einige Jahre vordergründig ihren Stellenwert behielt. Das im September 1950 öffentlichkeitswirksam verkündete „Umsiedlergesetz" der DDR bildete jedoch nicht nur den Höhe-, sondern zugleich auch den Schlußpunkt dieser Politik, die etwa 1953 auslief.

In der Forschung zur Geschichte der SBZ/DDR sind Vergleiche mit anderen osteuropäischen Staaten bisher ein Desiderat geblieben. Ein Vergleich der SBZ/DDR mit der Volksrepublik Polen, wie ihn *Philipp Ther, Berlin,* anstellt, scheint auch deshalb naheliegend, weil beide Staaten im Kontext sowjetischer Hegemonie in ihren Anfangsjahren

mit einer massenhaften Zwangsmigration und daraus resultierenden ähnlichen Integrationsproblemen konfrontiert waren. Die SBZ/DDR und Polen wollten beide eine möglichst rasche Integration. Den zentralen Unterschied der jeweiligen Vertriebenenpolitik erblickt Ther darin, daß diese in Ostdeutschland bis 1950 egalitär geprägt gewesen sei, während sie in Polen unter einem nationalistischen Leitmotiv gestanden habe. Drei inhaltliche Ansätze integrativer Vertriebenenpolitik werden vorgestellt: ein sozialkaritativer, ein redistributiver und ein sozialrevolutionärer. Die Durchführung dieser Politik stieß in beiden Ländern auf zahlreiche Schwierigkeiten. Ther macht dafür die begrenzte Wirksamkeit der jeweiligen Vertriebenenverwaltung, die Unterrepräsentierung der Vertriebenen und ihrer Interessen im politisch-administrativen System sowie die Monopolisierung des gesellschaftlichen Lebens durch Staat und (kommunistische) Partei verantwortlich. Im Ergebnis sei daher die staatliche Vertriebenenpolitik in beiden Ländern gescheitert, was indirekt die Grenzen beider Regimes markiere. Die Vertriebenen seien bis 1950 eine deutlich unterprivilegierte Bevölkerungsgruppe geblieben, und ihre dennoch fortschreitende Integration sei daher mehr beiläufige Folge der industriellen Entwicklung und der daraus folgenden Urbanisierung.

Auf besondere strukturelle Problemlagen und daraus folgende politische Konsequenzen in Mecklenburg-Vorpommern macht *Damian van Melis, Düsseldorf,* aufmerksam. Ihn interessiert der Zielkonflikt zweier zentraler politischer Aufgaben: Vertriebenenintegration und Entnazifizierung. Die Vertriebenen machten im nördlichsten Land der SBZ fast die Hälfte der Bevölkerung aus; kein Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens blieb von ihren Problemen unberührt. Während die Flüchtlingspolitik aber gesellschaftliche Integration intendierte, zielte die Entnazifizierung im Gegenteil auf politische Desintegration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, deren Anteil auch unter den Vertriebenen entsprechend hoch war. Obwohl eine Reihe von Politikern die unzureichende Entnazifizierung der Flüchtlinge monierten, war das kommunistisch dominierte Landespersonalamt bestrebt, die Thematik „Entnazifizierung der Umsiedler" von der politischen Tagesordnung möglichst fernzuhalten. Somit konnten zahlreiche NS-belastete Ortsfremde ungeprüft und unerkannt in den neu geordneten öffentlichen Dienst übernommen werden. Während die Vertriebenen im allgemeinen zu den am stärksten benachteiligten sozialen Gruppen gehörten, blieben sie von der Entnazifizierung paradoxerweise weitgehend verschont. Eine entscheidende Voraussetzung dafür war allerdings die ausdrückliche Loyalität gegenüber der Besatzungsmacht und der KPD/SED. Die Entnazifizierung – so van Melis – diente dem Elitenwechsel und dem Umbau der Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen, und im Mittelpunkt des Interesses der Entscheidungsträger stand dabei weniger die personelle Bereinigung der Vergangenheit als vielmehr die gesellschaftliche Neuordnung.

Der dritte Teil des Bandes konzentriert sich auf den Zusammenhang von Integrationspolitik und Wirtschaftsentwicklung in der SBZ/DDR. Auf die große Bedeutung der Arbeitsplatzbeschaffung für die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen verweist *Dierk Hoffmann, IfZ-Außenstelle Berlin.* Er behandelt vor allem die Probleme der staatlichen Steuerung des „Arbeitsmarktes" in der SBZ/DDR nach 1945 und unterstreicht die Bedeutung der einzelnen Vertreibungsphasen für die Integration in den Arbeitsmarkt. Erst spät wurden Aufnahme- und Quarantänelager errichtet, in denen die Neuankömmlinge hinsichtlich Arbeitsfähigkeit und Einsatzmöglichkeit untersucht und – im Idealfall – umgehend in die Aufnahmegebiete weitergeleitet werden sollten. Das ursprüngliche Vorhaben, die Eingliederung in den Arbeitsmarkt von der Nachfragesituation vor Ort

sowie von der beruflichen Qualifikation abhängig zu machen, erwies sich als Makulatur, da die amtliche Registrierung der „Umsiedler" erst einsetzte, als sich Millionen von Vertriebenen längst – gewissermaßen „planlos" – über das Gebiet der SBZ verteilt hatten. Auch aufgrund der Binnen- und Westwanderungen war eine planvolle Ansiedlung nahezu unmöglich. Hoffmann macht zudem deutlich, daß die beruflichen Chancen der „Umsiedler" höchst unterschiedlich waren und stark von den lokalen Gegebenheiten auf dem Arbeitsmarkt abhingen. Insgesamt ist eine Benachteiligung gegenüber der eingesessenen Bevölkerung nicht zu übersehen. Darüber hinaus muß die Eingliederung der Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt im Kontext der staatlichen Steuerung der Gesamtwirtschaft gesehen werden, die erst allmählich aufgebaut werden konnte. Dies war ein Grund dafür, warum die Zentral- und Landesverwaltungen, von einigen Ausnahmen abgesehen, keine gesonderten Förderprogramme für „Umsiedler" ausgearbeitet hatten. Flüchtlinge und Vertriebene waren für die Arbeitsverwaltungen nur eine von vielen Personengruppen, die in den Arbeitsmarkt integriert werden mußten. Außerdem wollte die SED-Führung jegliches Sonderbewußtsein der „Umsiedler" unterdrücken. Ferner befanden sich Arbeits- und „Umsiedler"-Verwaltungen in einem jahrelangen Konkurrenzverhältnis, das möglicherweise zu zeitlichen Verzögerungen etwa bei der Ausarbeitung arbeitsrechtlicher Bestimmungen führte und mit ein Grund für die Auflösung der ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung im Jahre 1948 gewesen sein dürfte.

Mit der bewußt provokativen Formel der „vorgetäuschten Integration" stellt *Arnd Bauerkämper, Potsdam,* die geläufige positive Würdigung der SBZ-Bodenreform für die Vertriebenenintegration in Frage. Dies geschieht im Rahmen eines gesamtdeutschen Vergleichs-Ansatzes, der sich auf die Auswirkungen der SBZ-Bodenreform konzentriert, in diesem Zusammenhang jedoch auch die Bedeutung der westdeutschen Flüchtlingssiedlungspolitik für die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in den Jahren 1945–1960 thematisiert. Dabei macht Bauerkämper zunächst die Parallelität der Problemlagen deutlich: Da sich die Flüchtlinge aus den verlorenen Ostprovinzen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem in ländlichen Gebieten niederließen, erschien eine berufliche Integration der Vertriebenen in die dortige Agrarwirtschaft unumgänglich. Die umfangreiche „Bodenreform", die in der Sowjetischen Besatzungszone schon 1945 herbeigeführt wurde, um die Herrschaft der KPD auf dem Lande durchzusetzen, eröffnete auch vielen „Umsiedlern" zunächst die Chance einer Existenzgründung. Zahlreiche in diesem Rahmen entstandene Neubauernbetriebe konnten jedoch trotz erheblicher materieller und finanzieller Unterstützung von staatlicher Seite ökonomisch nicht dauerhaft gesichert werden. In Westdeutschland hingegen scheiterte eine von den Besatzungsmächten zunächst durchaus favorisierte Bodenreform im eskalierenden Ost-West-Konflikt; die Länderregierungen und das Bundeskabinett förderten aber mit erheblichen Mitteln eine eher an Weimarer Vorbildern orientierte Politik bäuerlicher Siedlung. Nur wenigen Vertriebenen gelang jedoch die Gründung rentabler Bauernbetriebe. Mit dem Wiederaufbau der Industrie in den fünfziger Jahren wurde die Agrar-Ansiedlung der Flüchtlinge in beiden deutschen Staaten schließlich weitgehend obsolet. In der DDR wurden die Neubauernbetriebe in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften integriert, während der Strukturwandel in der westdeutschen Landwirtschaft auch die vergleichsweise nur in geringer Zahl angesiedelten Vertriebenen erfaßte. Bauerkämper bietet hierbei eine vergleichende Makroperspektive für die mikrohistorischen Ergebnisse Exners und zeigt, daß in beiden deutschen Staaten auch die gesellschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge auf dem Lande bis in die späten fünfziger Jahren nur unvoll-

ständig gelang. Zudem verweist der Beitrag auf das Verhältnis von Flüchtlingsintegration und sozioökonomischer Transformation als Faktor der wechselseitigen Abgrenzung in der Systemkonkurrenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR bis 1960.

Manfred Jahn, Dresden, behandelt am sektoralen Beispiel des Uran-Bergbaus in der SBZ regionale Besonderheiten der Vertriebenenintegration in Sachsen. Er geht dabei von der Annahme aus, daß der ab etwa 1947 expandierende Uranerzbergbau die Aufnahme von vertriebenen Deutschen im Land Sachsen in ganz spezifischer Weise geprägt habe. Die Vertriebenen, die den Ansiedlungsdirektiven sowohl der SMAD bzw. SMAS und der mit Sondervollmachten ausgestatteten sowjetischen Wismut AG als auch der sächsischen Umsiedlerbehörde unterworfen waren, bildeten eine attraktive Zielgruppe für den Uran-Bergbau hinsichtlich Arbeitskräftewerbung und -lenkung, wobei die Wismut AG sich bei der forcierten Arbeitskräftelenkung in den Bergbau durchsetzen konnte. Die massive Ansiedlung von Vertriebenen in dem von akutem Wohnraummangel gekennzeichneten Wismut-Gebiet zielte dabei auch auf die Eindämmung der hohen Fluktuation der hier bereits arbeitsverpflichteten Beschäftigten ab und hatte zum Teil eine Zwangsumsiedlung nicht im Uranbergbau tätiger alteingesessener Bevölkerung sowie nicht einsatzfähiger Vertriebener in andere Gebiete zur Folge. Anhand eines Vergleichs mit der Zuwanderung von Zwangsmigranten in das Braunkohlenrevier Borna (Sachsen) verdeutlicht Jahn Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Bergbau-Typen. Dabei gelangt er zu dem Schluß, daß der forcierte Wirtschaftsaufbau in den Bergbaugebieten, das materielle Privilegiensystem im Uran- und Kohlebergbau sowie die berufsbezogene Integration von Vertriebenen offensichtlich zu einer schnelleren dauerhaften Seßhaftwerdung führte, als dies in wirtschaftlich anders geprägten Regionen der Fall war. Angesichts der unbefriedigenden Quellenlage in sächsischen Archiven bedürfen Fragen nach gesellschaftlichen Konflikten bei der Eingliederung von Vertriebenen, nach Wandlungen der Bevölkerungsstrukturen und lokalen Integrationsbedingungen allerdings noch weiterer Anstrengungen.

Der vierte Teil des Bandes behandelt soziale Probleme der Vertriebenen-Integration. *Marcel Boldorf, Mannheim,* untersucht in Form eines gesamtdeutschen Vergleichs den Einfluß der durch Flucht und Vertreibung ausgelösten millionenfachen Zwangsmigrationen auf die Entwicklung der Fürsorgeunterstützung in beiden entstehenden deutschen Staaten zwischen 1945 und 1952. Dabei wird deutlich, daß soziale Entwurzelung und Depossedierung vieler Vertriebener die Hauptursache für den überdurchschnittlich hohen Unterstütztenanteil innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung in allen vier Besatzungszonen gewesen ist. Die primäre Ansiedlung von Vertriebenen in ländlichen Gebieten, die zwar der Ernährungs- und Wohnraumversorgung, nicht aber den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprach, wirkte sich in allen Zonen negativ aus. Umso schwerer wiegt hinsichtlich der alltäglichen Lebenssituation vieler bedürftiger Vertriebener die Feststellung Boldorfs, daß manche wichtige Zuweisungsgebiete wegen dort ungenügender Durchsetzung des Bedarfsprinzips gerade *nicht* die höchsten Unterstütztenquoten aufwiesen. Auch für die Schlußphase seines Untersuchungszeitraumes erkennt Boldorf eher gesamtdeutsche Parallelen: Sieht man von den Sonderfürsorgebereichen ab, die in der Bundesrepublik für gewisse Gruppen von Vertriebenen geschaffen wurden, herrschte für die Unterstützungsempfänger in beiden Teilen Deutschlands um 1950 ein annähernd gleich dürftiger materieller Lebensstandard.

Daß sich soziale Probleme keineswegs in der Sozialfürsorge erschöpften, sondern in vielfältigen lebensweltlichen Konflikten zwischen Vertriebenen und Einheimischen vor

Ort ihren Ausdruck fanden, verdeutlicht in wiederum vergleichender Perspektive *Michael Grottendieck, Münster,* anhand der lokalen Integrationsbedingungen und -konflikte für Vertriebene in einer mecklenburgischen (Ludwigslust) und einer münsterländischen Gemeinde (Greven). In beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften entstand ab 1945 aufgrund des Vertriebenenzustroms ein immenses Konfliktpotential, das sich im wesentlichen in soziokulturellen Konflikten sowie in Integrations- und Abstoßungsprozessen zwischen Alteingesessenen und Hinzugekommenen entlud. Detailliert werden in Ludwigslust sowie in Greven Entstehung, Form und Verlauf der Konflikte um die Anrechte der Vertriebenen auf Wohnung, Arbeitsplätze, Gebrauchsgegenstände und Hilfsmaßnahmen beschrieben. In Greven gewann dieser Konflikt seine besondere Dimension dadurch, daß sich auch alteingesessene Grevener Familien in einer ähnlich mißlichen Lage wie die Vertriebenen befanden, da sie aufgrund der Einrichtung eines zentralen Sammellagers für ausländische Fremdarbeiter für zwei Jahre ihre Häuser hatten räumen müssen. Doch konnten diese teil-enteigneten Alteingesessenen im Unterschied zu den Vertriebenen mit ausgesprochen großer Hilfsbereitschaft der übrigen Altbewohner des Dorfes rechnen. Diese Hilfeleistungen gaben Anlaß für die besonderen Konflikte der Vertriebenenintegration in Greven. In Ludwigslust wiederum stellten Probleme bei der Aufnahme sogenannter „antifaschistischer Umsiedler" aus dem Sudetenland einen Sonderfaktor dar, deren hoher SED-konformer politisch-moralischer Status ihrer Eingliederung eine besondere Dringlichkeit verlieh. Grottendieck zeigt eindringlich, daß die Konflikte in Ludwigslust nicht nur aus politisch-kulturellen Unterschieden oder überzogenen Ansprüchen dieser privilegierten „Umsiedler"-Gruppe resultierten, sondern auch dadurch bestimmt wurden, daß die neuen kommunistischen Machthaber in der SBZ die Eingliederung selbst dieser „politisch korrekten" Gruppe von Neuankömmlingen nicht mit dem eigentlich zu erwartenden Nachdruck betrieben – und wohl auch nicht betreiben konnten, wollten sie nicht ihre Macht in der (alteingesessenen) sozialen Umgebung aufs Spiel setzen. Mochten bei der Ankunft „antifaschistischer Umsiedler" das vor Ort Machbare sowie das aus politischen Erwägungen Wünschbare stärker aufeinanderprallen als bei der Aufnahme vermeintlich „normaler" Vertriebener, so wirft dieser Umstand doch ein bezeichnendes Licht auf die allgemeine Integrationssituation in der SBZ/DDR. Grottendieck sieht gerade in diesen vor Ort nicht überwindbaren Problemen einen wesentlichen Grund für jenen abrupten Kurswechsel, der im Jahre 1948 in der „Umsiedler"-Politik der SBZ erfolgte.

Ein zentrales Problemfeld des Vertriebenen-Alltags in allen Zonen untersucht *Steffi Kaltenborn, Magdeburg,* mit ihrer auf das Land Thüringen konzentrierten Momentaufnahme der „Wohn- und Lebensverhältnisse" der dort untergebrachten Vertriebenen im Jahre 1948. Mit der Frage der Aufteilung der knappen Wohnraum-Ressourcen berührt sie einen Konfliktherd zwischen Vertriebenen und Alteingesessenen, der lange Jahre die alltägliche Lebenssituation der Vertriebenen maßgeblich mitbestimmte. Dabei wird am Beispiel Thüringens – hier waren, gegenüber anderen Regionen, sowohl die Kriegsschäden wie andererseits der Anteil der Vertriebenen an der Nachkriegsbevölkerung relativ gering – deutlich, daß die Wohnraum-Verteilungsfrage in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf administrativem Weg kaum lösbar war; zum einen waren die Ressourcen objektiv knapp, zum anderen wurden die Vertriebenen durch die Machtkonstellationen vor Ort in der Regel deutlich benachteiligt: Den Wohnraumbesitzern gelang es – ungeachtet geltender Gesetze und behördlicher Anordnungen und nicht selten unter Duldung durch lokale Amtsträger – immer wieder erfolgreich, sich gegen

die Beschlagnahme von Wohnraum zur Wehr zu setzen. Dazu kamen, wie Kaltenborn in quellennaher Anlehnung an zeitgenössische amtliche Beurteilungen zeigt, auch selbstverschuldete Probleme der Vertriebenen, die keineswegs immer alle Möglichkeiten nutzten und durch teilweise überzogene Ansprüche das Verhältnis zu den Einheimischen zusätzlich beeinträchtigten. Insgesamt sei es der thüringischen Landespolitik lediglich gelungen, bis 1948 die allergrößte Not zu lindern. Die Vergabe wirklich menschenwürdigen Wohnraumes an Vertriebene einschließlich adäquater Ausstattung mit Mobiliar und Hausrat habe – im Unterschied zur offiziellen Propaganda – in der DDR selbst im Laufe der fünfziger Jahren noch nicht befriedigend verwirklicht werden können.

Im fünften Teil des Bandes geht es schließlich um Vertreibung und Integration als Lebens-Erfahrungen der Vertriebenen. Da für quantifizierende soziologische Integrationsstudien in der SBZ/DDR eine entsprechende Quellenbasis nicht vorhanden ist, sieht sich die Soziologie in ihren Bemühungen, die langfristigen Integrationsprozesse Vertriebener in der SBZ/DDR zu rekonstruieren, auf qualitative Mikrostudien verwiesen. In diesem Sinne versucht *Ute Schmidt, Berlin,* eine erfahrungsgeschichtliche Annäherung an die konkreten Bedingungen ländlicher Vertriebenenintegration am Beispiel der dörflichen Ansiedlung von Bessarabien-Deutschen in Mecklenburg. Die Integrationsbedingungen für diese Gruppe waren – im Vergleich zur großen Masse der Vertriebenen – von verschiedenen Besonderheiten geprägt: Als besonders bedeutsam erweist sich die Tatsache, daß sie schon vor 1945, also in der NS-Zeit, „Umsiedler"-Status besaßen. Die Geschichte ihrer Entwurzelung reicht also wesentlich länger zurück, und Rückkehrhoffnungen waren noch wesentlich geringer als bei anderen Vertriebenen; nicht minder wichtig war die Tatsache, daß die Bessarabien-Deutschen nach 1945 nicht nur geschlossen in Dörfern siedelten, sondern innerhalb der neuen Lokalgesellschaften auch die Bevölkerungsmehrheit stellten, so daß sie auf lokaler und lebensweltlicher Ebene keine marginalisierte Minderheit darstellten, sondern in einem „Mehrheits-Ghetto" lebten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß die Integration auch dieser Vertriebenengruppe ein besonderer Langzeitprozeß war, der von den Beteiligten immer wieder neue Anpassungs- und Reflexionsanstrengungen erforderte, und die besonderen politischen Verhältnisse in der SBZ/DDR machten diese Eingliederung in Mecklenburg erst recht zu einem „steinigen Weg". Dennoch blieben viele Bessarabiendeutsche in der SBZ/DDR und konnten sogar Landsleute, die bereits im Westen Fuß gefaßt hatten, zum Nachzug bewegen. Der Beitrag veranschaulicht nachdrücklich, daß in den Bessarabiendeutschen-Dörfern in Mecklenburg die traditionell eingeübten Verhaltensweisen und Formen dörflicher Selbstorganisation reaktiviert und weitgehend unterhalb der Konfliktschwelle praktiziert werden konnten. In politischer Hinsicht konnte die SED zwar die Mitglieder dieser Vertriebenengruppe nicht als loyale Klientel für sich gewinnen; parteilos oder durch die Mitgliedschaft in der (SED-konformen) DBD neutralisiert, waren die Bessarabiendeutschen in ihrer Mehrheit jedoch auch nicht oppositionell eingestellt, sondern zeigten sich weithin bereit, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen.

Einen weiteren, ganz anders gearteten Sonderfall der Vertriebenenintegration behandelt *Dagmar Semmelmann, Berlin,* aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive. Sie beschäftigt sich mit Vertriebenen, die – nach einer mehr oder weniger harten Übergangs- bzw. Einstiegsphase bis etwa 1951/52 – ihre dauerhafte Integration und Sozialisation im sozialistisch-schwerindustriellen Großprojekt des „EKO" (Eisenhüttenkombinat Ost)

und der darum entstehenden „Stalinstadt" bzw. „Eisenhüttenstadt" erfuhren; die meisten von ihnen traten der SED bei, da sie dies als Teil ihrer Integration in Arbeits- und Lebenswelt begriffen. Semmelmann unternimmt den Versuch, den reibungs- und widerspruchsvollen Verlauf dieses Prozesses im biographischen Längsschnitt unter sich grundlegend verändernden gesellschaftspolitischen Bedingungen aus der Retrospektive der Befragten nachzuzeichnen und zu analysieren. Am Beispiel von sechs ausgewählten, zum Teil deutlich voneinander abweichenden Fallbeispielen wird der Zusammenhang von Vertreibungs- und Integrationserfahrung beleuchtet und der Prozeß der Eingliederung der Heimatvertriebenen in seinen verschiedenen Phasen nachvollzogen. Auf eine erste relativ kurze, der eigentlichen Integration „vorgelagerte" und von Mangel und Not gekennzeichnete Periode (1945–1948) folgte bei den Befragten eine Umschwung- oder Aufbruchperiode. Dabei gewann die Einbindung in den Arbeitsprozeß zentrale Bedeutung und förderte somit die soziale und politische Integration der Vertriebenen wesentlich. Anhand verschiedener Spielarten von SED-Beitritten veranschaulicht Semmelmann den Zusammenhang von Vertreibungserfahrung, individuell befriedigend verlaufender Eingliederung in den Arbeitsmarkt und wachsender Bereitschaft zur sozialen und politischen Einbindung in die neuen Verhältnisse, wie er sich bei diesen in einer Wachstumsregion der DDR lebenden und arbeitenden Vertriebenen entwickelte. Diese sahen – im Gegensatz zu jener beträchtlichen Minderheit, die bis 1961 nach Westen abwanderte – wie die Mehrheit der Vertriebenen in der DDR irgendwann keinen Grund mehr, „zu gehen".

Der abschließende sechste Teil des Bandes präsentiert zwei laufende, regional fokussierte Forschungsprojekte zur Vertriebenenintegration nach 1945. *Winfried Müller, München,* stellt das vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit initiierte, an verschiedenen Universitäten des Landes Bayern angesiedelte Forschungsprojekt „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge" vor. Unter der Forschungsprämisse „Wandel durch Integration" soll dabei den Fragen nachgegangen werden, welche Auswirkungen der Zustrom von mehr als zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen auf Bayerns Wirtschaft und Gesellschaft, auf Politik und Verwaltung, auf Kultur- und Geistesleben hatte, und welche Impulse für die Modernisierung des Aufnahmelandes Bayern von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen nach dem Neubeginn des Jahres 1945 ausgingen. Nach einer Vorstellung bereits vorliegender Publikationen skizziert Müller zwei 1995 begonnene Teilprojekte: a) Vereinswesen als Integrationsfaktor und b) Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Bildungssektor.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern fördert an der Universität Leipzig unter Leitung von Ulrich von Hehl ein vierteiliges Projekt zur „Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952", das in einem gemeinsam verfaßten Beitrag der vier Doktoranden des Projektes vorgestellt wird. Im ersten Teilprojekt werden die Grundsatzentscheidungen der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Tätigkeit der Landesregierung Sachsen untersucht. Damit eng verbunden ist das zweite Teilprojekt, das sich mit der administrativen Umsetzung der zentralen Vorgaben in ausgewählten sächsischen Städten und Kreisen beschäftigt. Das dritte Teilprojekt untersucht die Vertriebenenpolitik der LDP. Im Mittelpunkt stehen hier alternative und mit der Politik der SED konkurrierende Konzepte. Zur Ergänzung der vorwiegend

politikgeschichtlich angelegten Teile stehen im vierten Teilprojekt Fragen nach dem Selbstbild und den Erfahrungsstrukturen der Vertriebenen im Vordergrund.

* * *

Die Literaturverweise in den Fußnoten sind einheitlich in Kurzform (Autor, Kurztitel, Seitenzahl) gehalten und können vollständig aus dem Gesamt-Literaturverzeichnis am Ende des Bandes erschlossen werden. Einschübe bzw. Auslassungen in Zitaten sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht worden.

Für die Mitwirkung an der Gestaltung des Bandes danken die Herausgeber herzlich Frau Steffi Manske, Herrn Leonhard Hruschka sowie Herrn Olaf Blumenstein. Ein besonderer Dank gilt ferner dem bisherigen Leiter der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte, Dr. habil. Hartmut Mehringer, sowie Dr. Michael Buddrus, die manche technischen Hindernisse bei der Erstellung dieses Bandes aus dem Weg räumen halfen.

Zu danken ist schließlich dem Bundesministerium des Innern, welches das Forschungskolloquium „Integration von Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland" des Instituts für Zeitgeschichte im Juni 1996, auf das dieser Band zurückgeht, durch großzügige Förderung ermöglichte, sowie dem Bundesverwaltungsamt für die organisatorische Abwicklung.

Hermann Graml

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa.

Ein Blick auf historische Zusammenhänge

Politische Verbrechen werden begangen, seit Menschen politisch handeln, und zu den ältesten Formen des politischen Verbrechens zählen auch die Vertreibung und die erzwungene Auswanderung ganzer Bevölkerungsgruppen aus ihrer Heimat. Das Bild der Juden, die klagend an den Wassern Babylons sitzen, ist zum Symbol des Leids geworden, das Vertreibung und Verschleppung schaffen, und weniger bekannte Beispiele finden sich zur Genüge in der klassischen griechisch-römischen Geschichtsschreibung und etwa bei den Historikern der Völkerwanderungszeit oder der karolingisch-ottonischen Periode. Im Grunde ist die Vielzahl solcher Austreibungen überraschend, da die bis zum 20. Jahrhundert in Erscheinung getretenen Imperialismen, ob sie nun religiösen, dynastischen, wirtschaftlichen oder militärisch-strategischen Anreizen folgten, keineswegs prinzipiell auf die Vertreibung unterworfener Völkerschaften gerichtet waren, sondern im Gegenteil auf Bekehrung und Integration. Abweichungen von dieser Regel ergaben sich jedoch, vereinfacht gesagt, aus drei relativ häufigen Gründen.

Erstens hat die Bevölkerung eroberter und annektierter Territorien den Wechsel der politischen Zugehörigkeit und den Wechsel der politischen Herrschaft natürlich keineswegs immer widerstandslos hingenommen, was dann von den neuen Herren mit terroristischer Machtausübung, in manchen Fällen aber – zur Herstellung von Ruhe und Ordnung oder zur Gewinnung von Sicherheit – mit der Vertreibung der widersetzlichen Bevölkerung beantwortet wurde. So haben am Vorabend des Siebenjährigen Krieges, der sich in Nordamerika ja als britisch-französischer Konflikt um diesen Teil der Neuen Welt abspielte, die 6000 Bewohner von Neuschottland den Loyalitätseid auf die britische Krone verweigert, worauf Charles Lawrence, der britische Gouverneur, die unsicheren Kantonisten 1755 zum Verlassen des strategisch wichtigen Gebiets zwang.

Zweitens diente Austreibung immer wieder auch zur Bestrafung politischer Übeltäter, wobei sich die Einstufung als Übeltäter meist einfach daraus ergab, daß die Strafenden im Dienste der besseren oder sogar der guten Sache zu stehen glaubten. Hierzu ein kleines, jedoch typisches Beispiel: Während des Amerikanischen Bürgerkriegs verlangte der Föderierten-General Thomas Ewing, der mit seiner Truppe gerade vier Grafschaften des politisch tief zerklüfteten und von konföderierten Partisanenhorden heimgesuchten Staates Missouri besetzt hatte, von den Bewohnern der vier Grafschaften den Nachweis, stets treu zur Sache des Nordens gestanden zu haben, und als der Nachweis naturgemäß nicht erbracht werden konnte, schon weil niemandem – auch nicht dem General – eine brauchbare Methode einfallen wollte und konnte, da verfügte Ewing mit einem Befehl vom 25. August 1863 die Vertreibung der Bewohner von Haus und Hof und die Verwüstung

ihrer Farmen und Dörfer. Ein Major in seinem Stabe, der von Beruf Maler war, George Bingham, hat mit tiefem Abscheu in einem Gemälde festgehalten, wie der General die Räumung eines Dorfes hoch zu Roß persönlich überwacht: die Personifizierung steinerner und unerbittlicher Selbstgerechtigkeit. Austreibungen konnten also auch den Charakter gigantischer Repressalien haben.

Drittens war expansionistisches Ausgreifen gelegentlich – wenn auch nicht allzu häufig – begleitet oder sogar verursacht von großen Zuwanderungs- und Siedlungsbewegungen, die sich mit der unwiderstehlichen Kraft einer Naturgewalt Platz schafften. Klassische Opfer solcher Bewegungen waren die Indianer Nordamerikas. Vom 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts noch wichtige und umworbene Bundesgenossen in den britisch-französischen und britisch-amerikanischen Kämpfen, wurden sie im Laufe des 19. Jahrhunderts von einer nach Westen drängenden und ständig aus Europa genährten Besiedlungswelle überwältigt und wenn auch nicht ausgerottet, wie eine zählebige Legende wissen will, so doch aus ihren Wohnsitzen verjagt und in Reservationen eingepfercht. Am aufschlußreichsten ist vielleicht das Schicksal der Cherokees. Von mehreren Administrationen in Washington unterstützt und gefördert, hatte der Stamm in relativ kurzer Zeit die Bildungs-, Wirtschafts- und Lebensformen seiner weißen Nachbarn angenommen, sogar eine moderne Verfassung, sich mithin weitestgehend assimiliert. Nachdem aber 1829 mit Andrew Jackson der erste amerikanische Präsident ins Weiße Haus eingezogen war, der sich vornehmlich als Repräsentant der Grenze und der Siedler fühlte, nützte den Cherokees ihre Assimilierung bald gar nichts mehr. 1838/39 wurden sie in einer allein vom Landhunger bäuerlicher Siedler inspirierten und noch von Jackson vorbereiteten Aktion, während der nicht weniger als ein Viertel des rund 15 000 Seelen zählenden Stammes elend umkam, aus Georgia in eine nicht sehr wirtliche Gegend im nordöstlichen Oklahoma „umgesiedelt".

Eine Sonder- bzw. Mischform stellte das Verlassen der Heimat aus religiösen Gründen dar, das namentlich Europa erlebte. Vor allem in den von Reformation und Gegenreformation geprägten Jahrhunderten kam es zu Auswanderungswellen, die einerseits durch Diskriminierung und Verfolgung erzwungen waren, so bei rund 200 000 französischen Hugenotten, andererseits als Wahrnehmung eines Rechts erschienen, so auf dem Boden des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, wo nach dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 dem Recht des jeweiligen Landesherrn, das religiöse Bekenntnis in seinem Territorium vorzuschreiben, das Recht der Untertanen anderer Konfession gegenüberstand, sich, sofern sie an dieser anderen Konfession festhalten wollten, aus dem Untertanenverhältnis zu lösen und eine neue Heimat in einem Territorium ihrer Konfession zu suchen.

Das 20. Jahrhundert brachte einige deutliche und wichtige Veränderungen des Phänomens. Zunächst fällt ins Auge, daß die Dimension von Vertreibungsaktionen zunahm und die Einschnitte auch in dicht gewachsenes ethnisches Gefüge sehr tief wurden. Das ergab sich nicht allein daraus, daß nun relativ große Bevölkerungsgruppen zu Objekten solcher Aktionen wurden, sondern war nicht zuletzt auch eine Folge der Tatsache, daß den Angehörigen von Opfergruppen per definitionem und in der Praxis die Möglichkeit der Option genommen wurde, wie sie früher in der Regel gewährt und vielfach genutzt worden war – freilich galt das nicht für die Opfer übermächtiger Zuwanderung. Die Optionslosigkeit wiederum war vor allem die Konsequenz veränderter Gesinnung und Mentalität der Täter. Im 20. Jahrhundert nahmen die Täter stets – und das meist guten Glaubens – für sich in Anspruch, im Dienste des Fortschritts der Menschheit, im Dienste

dauerhafter Friedensstiftung oder im Dienste einer gedeihlichen und glückhaften Entfaltung der eigenen Nation zu handeln, woraus sie das Recht und sogar die Pflicht ableiteten, auf dem Weg zu derart hohen Zielen jedes Hindernis, auch jedes Hindernis, das in ethnischen Verhältnissen begründet war, zu eliminieren, und zwar total, da dies von der Qualität der politischen Vision und von den Bedingungen ihrer Realisierung gefordert schien; jene Menschen, die ihr Denken den neuartigen politischen Ideologien unterwarfen, zogen gerade auch bei ethnischen Problemen der Lösung des Problems mehr und mehr die totale Beseitigung aller Elemente vor, aus denen sich das jeweilige Problem zusammensetzte. Auch in diesem Sinne hat also Europa den Einbruch des totalitären Geistes erfahren.

An die Stelle der naiven Brutalität und Selbstgerechtigkeit früherer Jahrhunderte trat dabei eine wesentlich widrigere ideologische Chloroformierung des Gewissens, der humanen Rechtlichkeit und der intellektuellen Redlichkeit. Als besonders widrig erscheint der solchermaßen bewirkte Zustand, wenn ein Exekutor oder ein Planer von Vertreibungsmaßnahmen noch nicht sämtliche Reste christlicher oder humanistischer Ethik und Moral abgestreift hat und sich daher mit den absurdesten Argumenten zwar kein gutes, aber doch ein ruhiges Gewissen zu verschaffen sucht. Als der damalige Oberpräsident von Ostpreußen im Dezember 1914 darlegte, daß es der polnischen Bevölkerung keineswegs schade, wenn man sie aus den preußischen und den noch zu annektierenden polnischen Territorien nach Rußland abschiebe, sagte er in seiner Denkschrift, in der „Trennung von der heimatlichen Scholle" eine „Härte" zu sehen, sei ein „Trugschluß": „Der Mensch, auch der heimattreueste, hängt weniger an dem Orte, als an der Volksgemeinschaft", weshalb nur die Aussiedlung weniger, nicht aber die Aussiedlung vieler hart sei.

Der totalitäre Geist richtete schon genügend Verheerungen an, wenn er sich lediglich mit dem Nationalstaatsgedanken verband, wenn also die Mehrheitsnation eines Staates zielbewußt und ungeduldig danach trachtete, die nationale Homogenität des Staates, den sie als ihren Staat definierte, durchzusetzen und die Homogenität auch bei etwaigem Zugewinn von Territorien mit andersnationaler Bevölkerung zu bewahren. In solcher Verbindung büßte der Nationalstaatsgedanke sogleich seine Unschuld und seine positive Ordnungsfunktion ein, die er haben kann, weil nun den ethnischen Minoritäten bestenfalls forcierter Assimilierungsdruck bevorstand und schlimmstenfalls, wenn es die Umstände zuließen, Vertreibung drohte. Der liberale Publizist Ernst Jäckh schrieb 1913 seinem Freund Friedrich Naumann, als er von einem Besuch bei der kaiserlichen Flotte berichtete, die Marineoffiziere hätten ihm in Gesprächen auseinandergesetzt, nach künftigen kriegerischen Annexionen müsse man zur Vermeidung nationaler Unhomogenität „eben evakuieren"; das „fremdstämmige Volk" solle man nach Ansicht der Offiziere „‚expropriieren' und ‚exmittieren', das Land dadurch ‚evakuieren', behalten und besiedeln". Noch deutlicher – weil konkret – zeigte sich die Wirkung der Verbindung von Nationalstaatsprinzip mit totalitärem Geist, als 1923 die Konferenz von Lausanne einen griechisch-türkischen Krieg, der 1920 begonnen hatte, mit einem Friedensschluß beendete, der auch einen großen, ja für die Region gigantischen griechisch-türkischen Bevölkerungstransfer erzwang. Lord Curzon, der britische Außenminister, sagte damals, alle betrachteten den Transfer mit Abscheu und sogar Entsetzen, doch stimmten die Experten darin überein, daß „das zweifellos damit verbundene große Leid durch den Vorteil wettgemacht würde, der beiden Ländern letztendlich aus einer größeren Homogenität der Bevölkerung und der Beseitigung alter und tiefverwurzelter Streitfragen erwachsen dürf-

te". So mußten 400000 Türken aus Griechenland verschwinden, während 1,4 Millionen Griechen, denen eine Million Flüchtlinge vorhergegangen waren, aus Anatolien und Ostthrazien vertrieben wurden. Nun – das erwartete „große Leid" stellte sich in der Tat ein, wogegen der erhoffte Vorteil ausblieb. Die Türkei erlitt durch das Ende der jahrtausendealten griechischen Präsenz in Kleinasien einen kulturellen und wirtschaftlichen Verlust, der bis heute nicht ausgeglichen ist, und das strukturschwache Griechenland verdankte seine wirtschaftlichen Nöte und seine innenpolitische Labilität bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auch einem nicht recht handhabbaren Flüchtlings- und Vertriebenenproblem, während die staatlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland seither auch noch durch die Vertreibungsgreuel belastet sind. In den zwei Jahrzehnten nach Lausanne setzte sich der damals verfügte Bevölkerungstransfer gleichwohl in den Köpfen zahlloser europäischer Politiker als das Muster einer geglückten Reinigung zweier Nationalstaaten von ihren Minoritätenproblemen fest.

Noch verheerender war die Wirkung, wenn in Regimen, in denen säkulare Erlösungsideologien, also ihrem Wesen nach totalitäre Ideologien, herrschten, bestimmte Bevölkerungsgruppen ideologischer Verdammung anheimfielen oder die Sicherheitsinteressen des Regimes zu gefährden schienen oder einfach dem Ordnungsdenken irgendwelcher Funktionäre in der Zentrale nicht mehr entsprachen. Zum Beispiel war Stalins Feldzug gegen die selbständigen Bauern in der Praxis zu einem guten Teil eine große Vertreibungsaktion, doch sind die sowjetischen Führer mit ethnischen Gruppen gleich kaltherzig umgesprungen. Als 1937 der in Moskau stationierte britische Diplomat Fitzroy Maclean eine seiner abenteuerlichen Reisen in die südlichsten Regionen der Sowjetunion unternahm, konnte er eines Tages in einer Stadt am Kaspischen Meer beobachten, wie endlose Kolonnen von Lastwagen zum Hafen rollten, auf denen recht unfroh aussehende turko-tatarische Bauern zusammengepfercht waren, bewacht von NKWD-Truppen mit aufgepflanztem Bajonett. Zu seinem Entsetzen erfuhr er von einem ebenso redseligen wie empörten Passanten – die Einwohner der Stadt verfolgten den Vorgang in dieser noch nicht ganz stalinisierten Region mit lebhaftem Interesse –, daß die Turko-Tataren in irgendeinen asiatischen Teil der UdSSR deportiert würden und daß es sich dabei um eine der nicht seltenen Bevölkerungsumschichtungen handle, die Moskau von Zeit zu Zeit als „Vorsichtsmaßnahme" anordne.

Furchtbarer freilich als der marxistisch-leninistische Totalitarismus, der das politische System der Sowjetunion geprägt hat, war in der hier zur Debatte stehenden Frage der nationalsozialistische Totalitarismus, der 1933 in Deutschland an die Macht gelangte, und zwar insofern, als der nationalistisch-rassistische Biologismus, der das Wesen des Nationalsozialismus ausmachte und in der Lebensraum-Vorstellung Gestalt gewann, nichts anderes und nichts weiter war als ein Vertreibungs- und Vernichtungsprogramm. Dieses Programm galt nicht nur der europäischen Judenheit, von der während des Zweiten Weltkriegs tatsächlich rund 6 Millionen einer umfassenden nationalsozialistischen Vertreibungsaktion mit geplantem tödlichen Ausgang zum Opfer fielen, sondern auch anderen rassischen und ethnischen Gruppen, ja ganzen Nationen. So hat Dr. Walter Hergl, einer der nationalsozialistischen Mitarbeiter Konrad Henleins, des Führers der Sudetendeutschen Partei, 1935/36 eine umfängliche Denkschrift für das Auswärtige Amt verfaßt, in der er auseinandersetzte, daß und wie die tschechische Bevölkerung Böhmens und Mährens einmal in weiter östlich gelegene Teile des künftigen deutschen Großreiches zu deportieren sei. Hitler selbst hat Vorstellungen eines sozusagen ordinären Imperialismus stets verächtlich verworfen, zum Beispiel am 21. August 1938, als er angesichts des

kommenden Höhepunkts der Sudetenkrise die Bemerkung machte: „Wir dürfen diese Völker, vor allem die Tschechen u. ä. Gelichter nicht hochpäppeln, wir werden sie vielmehr einmal herausdrücken. Wir wollen nicht diese Völker, wir wollen ihr Land." Nach der militärischen Niederwerfung Polens wurden aus den annektierten polnischen Gebieten binnen kurzem eine Million Polen und 300 000 Juden vertrieben und in das sogenannte Generalgouvernement verfrachtet, um für Volksdeutsche Platz zu machen, die von den Lebensraum-Ideologen in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion aus den baltischen Ländern, aus Wolhynien und aus Bessarabien herausgeholt, praktisch also ebenfalls vertrieben wurden. Im März 1941, bereits die Eroberung Rußlands vor Augen, gab Hitler den Befehl, das Generalgouvernement in absehbarer Zeit nicht nur „judenfrei", sondern auch „polenfrei" zu machen, Goebbels notierte am 22. Mai 1941 beiläufig, daß aus den Territorien, die nach dem Feldzug gegen Jugoslawien dem Gau Steiermark einverleibt worden waren, rund 100 000 Slowenen vertrieben würden, und in diesen Frühlingsmonaten des Jahres 1941 kalkulierten die politischen und wirtschaftlichen Planer des Krieges gegen die Sowjetunion bereits für die ersten Jahre der dort etablierten Herrschaft eine durch Hunger, Krankheiten und Vertreibung zu erreichende Ausdünnung der unterworfenen Bevölkerung um 40 Millionen ein. Die Besatzungspolitik hat solchen Erwartungen nicht entsprechen können, schon auf Grund des Scheiterns der gegen die Sowjetunion versuchten Blitzkriegs-Konzeption, doch konnten immerhin Teilerfolge verbucht werden, zumal die rüde und auf längere Dauer berechnete Rekrutierung von Zwangsarbeitern auch nichts anderes war als eine speziellere Form der Vertreibung.

Bei dem Versuch, das Lebensraum-Programm zu verwirklichen, hat sich die nationalsozialistische Führung schon die Existenz deutscher Minoritäten in Ost- und Südosteuropa zunutze, dann aber auch politische Organisationen dieser Minoritäten unmittelbar dienstbar gemacht. Das gelang um so leichter, als die jungen Staaten Polen und Tschechoslowakei, also gerade die ersten Opfer der nationalsozialistischen Expansion, weder die Absicht und die Kraft noch – auf Grund des Widerstrebens der Minoritäten – die Möglichkeit hatten, ihre Deutschen zu integrieren. Besonders deutlich ist das im Falle der Tschechoslowakei, wo auch der sogenannte „Aktivismus", das heißt die seit Mitte der zwanziger Jahre gegebene Regierungsbeteiligung deutscher Parteien, weder die insgesamt höchst unbefriedigende Minderheitenpolitik des Staates noch dessen grundsätzliche Ablehnung durch die in Böhmen und Mähren lebenden rund 3,2 Millionen Deutschen zu ändern vermochte. So ist es im Grunde nicht sonderlich überraschend, daß die 1933 gegründete und von Konrad Henlein geführte Sudetendeutsche Heimatfront – 1935 in Sudetendeutsche Partei umbenannt – im Lauf weniger Jahre die in der Anfangsphase noch dominierende autonomistische Zielsetzung aufgab, bei dem fortwährend stärker werdenden Deutschen Reich Anlehnung suchte, Anschlußwillen entwickelte und schließlich 1937/38, als sie eine eindeutige Mehrheit der Sudetendeutschen repräsentierte, bei der Zerstörung der Tschechoslowakei Hitler freiwillig Beihilfe leistete. In Polen war die zahlenmäßig wesentlich kleinere deutsche Minderheit auch wirtschaftlich, politisch und organisatorisch erheblich schwächer, doch in bescheideneren Formen gab es vielfältige Beihilfe auch dort.

Läßt sich mithin sagen, daß die größten Vertreibungsaktionen des 20. Jahrhunderts, die den Deutschen Ostdeutschlands, Osteuropas und Südosteuropas ihre Heimat kosteten, nichts anderes waren als Aktionen der Rache, einer Rache, die zugleich einer Wiederholung vorbeugen sollte? In der Zeitgeschichtsforschung wird der Zusammenhang oft betont und nicht selten als zentral gewertet. Das hat auch durchaus seine Berechtigung.

Mit Fug und Recht hat Ulrich v. Hassell, ein wichtiger und profilierter Vertreter des deutschen Widerstands gegen Hitler, in seinem Tagebuch das „Meer von Haß" erwähnt, das die nationalsozialistische Expansion und die mehr als brutale nationalsozialistische Machtausübung in den besetzten Ländern entstehen ließen. Der Durst nach Rache entwickelte sich im Laufe der Kriegsjahre in der Tat zu einem politisch relevanten Faktor, und das Argument, daß einer Wiederholung die Basis genommen werden müsse, taucht in den interalliierten Debatten über die Behandlung der Deutschen nach dem Siege so häufig und so gewichtig auf, daß man es ernst zu nehmen hat. Jedoch liegen die Dinge nicht ganz so einfach.

Nehmen wir erst den Fall Polen. Es ist ein Faktum, daß die während des Krieges in London amtierende polnische Exilregierung sich trotz aller Schrecken der deutschen Besatzungsherrschaft stets und auch noch nach der Anfang 1943 eingetretenen Wende des Krieges nicht allein gegen die Abtretung der polnischen Ostgebiete beharrlich gewehrt hat, sondern auch gegen einen allzu reichlichen Erwerb deutscher Territorien im Westen. Zwar sind die Londoner Polen nicht ganz ohne Appetit auf deutsches Gebiet gewesen, und ihr Widerstand gegen Verluste im Osten war naturgemäß immer stärker als ihr Widerstand gegen zuviel Beute im Westen. Jedoch konnten sie sich – darin vom britischen Foreign Office verstanden und nachdrücklich unterstützt – nicht für eine Politik erwärmen, die, wie es damals aussah, das Nachkriegspolen auf alle Zeit mit einem einst sicher wieder starken Deutschland verfeinden und damit von der Sowjetunion völlig abhängig machen mußte. Eine Politik, die darauf zielte, Moskau den Gewinn aus der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit von 1939/40 zu sichern, Polen dafür im Westen zu entschädigen und mit einer übermäßigen Entschädigung zugleich – zur Zementierung des in Ost- und Südosteuropa entstehenden sowjetischen Imperiums – ein polnisches Eigeninteresse an der Anlehnung an die Sowjetunion zu begründen, eine solche Politik konnte Stalin nur mit sowjethörigen, das heißt kommunistischen Polen betreiben. So bildete er aus polnischen Exilanten in der UdSSR das „Polnische Komitee der Nationalen Befreiung", auch als „Lubliner Komitee" bekannt, mit dem er am 27. Juli 1944 die erste Vereinbarung über eine neue polnische Westgrenze traf, eine Grenze, die an der Oder verlaufen sollte, mit dem er ferner im Februar 1945 fünf neue polnische Woiwodschaften einrichtete – Masuren, Pommern, Oberschlesien, Niederschlesien, Danzig – und mit dem er schließlich lange vor der Potsdamer Konferenz die Vertreibung der Deutschen aus den nun polnisch verwalteten Territorien Ostdeutschlands einleitete; noch vor Beginn der Konferenz waren etwa 300000 Deutsche aus den neugeschaffenen Woiwodschaften auf die Westufer von Oder und Lausitzer Neiße gejagt worden.

Die Politik der Vertreibung war in Stalins Augen nur eine logische Konsequenz dieser Westverschiebung Polens, da ein polnischer Staat, der mit der deutschen Bevölkerung nahezu ganz Ostdeutschlands belastet gewesen wäre, nicht hätte lebensfähig sein können; außerdem glaubte auch Stalin sicherlich, daß ein polnischer Staat, der zum Komplicen bei einem derartigen Verbrechen geworden war, keine Möglichkeit mehr hatte, sich aus der Abhängigkeit von der Schutzmacht Sowjetunion zu befreien. Seinen westlichen Partnern Churchill und Roosevelt hat Stalin sowohl auf der Konferenz von Jalta wie auf der Konferenz von Potsdam wahrheitswidrig versichert, aus den Polen zugedachten deutschen Provinzen müßten nur noch Reste der Bevölkerung abgeschoben werden, da die meisten Deutschen schon vor der Roten Armee geflohen seien. Zwar hatte die Fluchtbewegung tatsächlich enorme Ausmaße angenommen, doch saß das Gros der Flüchtlinge auch noch zur Zeit von Potsdam gerade in der nun unter polnische Herrschaft gestellten

Region. Daß aber Stalin den Schrecken so gut kannte, den die sowjetischen Truppen verbreiteten, legt die Vermutung nahe, daß die Greueltaten der Roten Armee nicht nur Ausdruck von unkontrollierbarem Haß und unbezähmbarem Rachedurst waren oder einen simplen Rückfall in noch drei Jahrhunderte früher in ganz Europa übliche Formen der Kriegführung darstellten, sondern zugleich als ein von Stalin gewolltes und kühl kalkuliert eingesetztes politisches Instrument verstanden werden dürfen, das die Vertreibung einleiten und ein gutes Stück voranbringen sollte, noch ehe in dieser Frage der Handel mit den Westmächten um gemeinsame Beschlüsse im Ernst begann. Joseph Foschepoth hat die Westverschiebung Polens und die durch sie ausgelöste Vertreibung der Bevölkerung Ostdeutschlands als Resultate „einer gegen die ausdrücklichen Interessen Polens gerichteten Großmachtpolitik" bezeichnet. Ebenso könnte man wohl sagen, daß beides in erster Linie das Ergebnis des Imperialismus eines totalitären Regimes und folglich das Ergebnis einer mit totalitärem Geiste geimpften Machtpolitik gewesen ist.

Hinsichtlich der Tschechoslowakei ergibt sich ein etwas anderes Bild. Zwar zeigte auch die nach dem Münchner Abkommen bzw. nach der Besetzung Prags und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren ins Londoner Exil gegangene Creme der bürgerlichen tschechoslowakischen Politiker jahrelang keine Neigung, eine so radikale ethnische Ausräumung des Staates ins Auge zu fassen, wie sie dann gekommen ist. Der ehemalige Staatspräsident Eduard Benesch, der nun die Exilregierung in London leitete, hat nicht nur den ebenfalls exilierten Führern der sudetendeutschen Sozialdemokratie beruhigende Versicherungen gegeben, sondern noch im Herbst 1940 auch tschechischen Widerstandsgruppen im Protektorat, die schon damals die Austreibung aller Deutschen forderten, mitgeteilt, es sei „naiv", wenn man annehme, „drei Millionen Deutsche" könnten „vernichtet oder ausgetrieben" werden. Benesch und seine Mitarbeiter, etwa Hubert Ripka, suchten gewiß nach Wegen, der künftigen Tschechoslowakischen Republik mehr nationale Homogenität zu verschaffen, doch glaubten sie bis zum Sommer 1942, daß das Problem auf zweierlei Weise gelöst werden müsse: Einerseits dachten sie daran, bestimmte Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien – mit rund 900 000 Sudetendeutschen – an Deutschland abzutreten, andererseits verlangten sie, eine solchermaßen im tschechischen Sinne korrigierte Version des Münchner Abkommens mit umfänglichen Bevölkerungstransfers zu verbinden. Als die britische Regierung im Juli 1942 das Münchner Abkommen für ungültig erklärte, war für diesen Schritt das Abtretungsversprechen der tschechoslowakischen Exilregierung noch Voraussetzung.

Indes ist nicht zu verkennen, daß im weiteren Verlauf des Krieges neben den ohnehin austreibungssüchtigen Widerstandsgruppen im Lande selbst auch die tschechoslowakischen Exilpolitiker relativ rasch in den Bann radikaler Lösungsvorstellungen gerieten. Wenn sie in Vorträgen und Aufsätzen von der künftigen Tschechoslowakei handelten, wurden die zur Abtretung an Deutschland vorgeschlagenen Gebiete von Mal zu Mal kleiner, wurde die Zahl der mit ihnen abzugebenden Deutschen von Mal zu Mal niedriger. Allmählich löste sich der Abtretungsgedanke gänzlich auf, und wenn Benesch im Juni 1943 Präsident Roosevelt vorschlug, erst einmal die alten Grenzen der Tschechoslowakischen Republik zu restaurieren und dann über kleinere Abtretungen zu reden, so war der Gedanke endgültig zu taktisch gemeintem, das heißt zur Beruhigung der skrupelhaften Amerikaner bestimmtem Mumpitz verkommen. Je schwächer aber die Abtretungsidee wurde, desto stärker wurde die Vertreibungstendenz. Ganz unabhängig von äußeren Einflüssen, unabhängig auch von der Situation im Protektorat, gravitierten die Repräsentanten der tschechischen Nation mehr und mehr zu der Vorstellung, daß ihr

größtes Minderheitenproblem unter den günstigen Bedingungen des Krieges und der deutschen Niederlage total eliminiert werden müsse. Mit anderen Worten: der tschechoslowakische oder, wenn man so will, der tschechische Nationalismus begann Elemente des totalitären Geistes der Epoche aufzunehmen.

Allerdings setzte sich die Tendenz zur Vertreibung aller Deutschen definitiv und offen erst dann durch, als die tschechoslowakische Politik unter den bestimmenden Einfluß der Sowjetunion geriet. Ende 1943 reiste Benesch nach Moskau und vollzog dort – im Blick auf die nach Kriegsende unausweichliche Dominanz der UdSSR in Osteuropa – seine Unterordnung unter den Willen Stalins, wie das in einem tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag vom 12. Dezember 1943 zum Ausdruck kam. Ebenso paßte er sich nun dem sowjetischen Verlangen nach Härte in Minderheitenfragen an, das nach Stalins Absicht wie im Falle Polens auch im Falle der Tschechoslowakei die zuverlässige Anbindung eines künftigen Satelliten Moskaus sichern wollte. Große Überredungskünste brauchten Stalin und Molotow offensichtlich nicht mehr aufzubieten, doch war es natürlich durchaus von Wirkung, daß die sowjetischen Führer Bevölkerungsverschiebungen größten Stils als „Kleinigkeit" bezeichneten. Hatte Benesch in Moskau anfänglich noch von der Absicht sprechen zu müssen geglaubt, einen Bevölkerungstransfer mit territorialen Abtretungen an Deutschland zu verbinden, so begriff er rasch die Überflüssigkeit solcher Erklärungen. Am 23. November 1944 legte die Exilregierung bereits einen detaillierten Transferplan vor: Um „ein für allemal" die Bedrohung der tschechoslowakischen wie der europäischen Sicherheit auszuschalten, so hieß es da, müßten zwei Drittel aller Deutschen Böhmen und Mähren verlassen. Im übrigen setzte Benesch zur Einleitung und Erleichterung seiner Vertreibungspolitik – wie Stalin mit der Flucht vor der Roten Armee – auf Terror. Schon im Juli 1944 stellte er den Grundsatz auf, daß in den ersten Tagen nach der Befreiung der Tschechoslowakei dafür zu sorgen sei, daß noch vor internationalen Entscheidungen möglichst viele „schuldige Nazis" möglichst weit fliehen. So sind bereits vor Potsdam etwa 800 000 Deutsche über die Grenzen getrieben worden. Hier ist deutlich zu sehen, worauf Radikalität und Brutalität der Vertreibung der Sudetendeutschen gründeten: auf der unheiligen und unheilvollen Verbindung eines totalitär aufgeladenen tschechischen Nationalismus mit der in totalitärem Geiste betriebenen imperialen Politik des totalitären Machtstaates UdSSR.

Haben sich die Westmächte, als sie die Vertreibungsabsichten ihrer osteuropäischen Partner in Jalta grundsätzlich und in Potsdam definitiv akzeptierten, nolens volens dem in der betroffenen Region gegebenen und zunächst nicht beizukommenden Übergewicht der Sowjetunion gebeugt? Selbstverständlich hat die Einsicht in die Machtlage eine wichtige Rolle gespielt. In den ersten zwei Kriegsjahren hat ja keine westliche Regierung an größere Grenzverschiebungen oder gar an größere Bevölkerungsbewegungen in Europa gedacht; Rückkehr zum Status quo ante hieß zunächst die Parole. Erst als der deutsche Angriff die Sowjetunion in den Krieg gezogen hatte, trat hier ein Wandel ein, und namentlich die Briten begriffen, nachdem sie Bekanntschaft mit Stalins Kriegszielen gemacht hatten, sehr schnell, daß die bei Kriegsende zu erwartende Position der Sowjetunion den Westen zwingen werde, manche widrige Forderung des sowjetischen Imperialismus hinzunehmen, darunter auch – angesichts der bald als unausweichlich erkannten Westverschiebung Polens – Eingriffe in die ethnischen Verhältnisse Osteuropas und Ostdeutschlands. Die amerikanische Regierung, die in diesen europäischen Querelen bis Kriegsende jedoch meist den Briten den Vortritt ließ, sah das nicht anders. Und Amerikaner wie Briten suchten sich, wenn ihnen die dabei unvermeidlichen Leiden vor Augen

:raten, mit der Erinnerung an die angeblich so wohltätigen Wirkungen des griechisch-:ürkischen Bevölkerungsaustauschs von 1923 zu trösten. Im übrigen gaben die amerika-nischen Politiker – anfänglich durchaus mit einer gewissen Hoffnung – stets zu Proto-koll, daß es nur einen „selektiven Transfer" geben dürfe, das heißt nur den Transfer von Deutschen, die sich sozusagen im Sinne der Entnazifizierungkategorien schuldig gemacht hatten, und daß dieser Transfer ohne Hast und auf humane Weise stattzufinden habe.

Doch liegen auch hier die Dinge nicht so einfach. Es ist gar nicht zu übersehen, daß im Laufe des Krieges mit dem totalitären NS-Regime sowohl in London wie in Washington eine gewisse und wohl unvermeidliche Anpassung an das Denken und die Methoden des Feindes eintrat – in vieler Hinsicht natürlich nicht, aber sicherlich in der Vertreibungsfra-ge. Die Neigung wuchs, die deutsche Gefahr auch durch einen Bevölkerungstransfer gro-ßen Ausmaßes zu entschärfen. Schon im Frühjahr 1943 sagte Präsident Roosevelt, wenn man – wie seinerzeit die Griechen aus der Türkei – die Deutschen aus Ostpreußen ver-treibe, so sei das gewiß „eine grobe Prozedur", jedoch wohl die einzige Möglichkeit, Frieden zu stiften. Die Wendung „ein für allemal" tauchte verräterisch häufig und immer häufiger in den Debatten und Beratungen auch der westlichen Politiker auf. Am elo-quentesten und am prägnantesten hat diese Annäherung des Westens an totalitären Geist Winston Churchill zum Ausdruck gebracht, als er am 15. Dezember 1944 im Unterhaus darlegte, daß die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa und Ostdeutschland das be-friedigendste und dauerhafteste Mittel sei, „endlose Unannehmlichkeiten" in diesen Zo-nen der Mischbevölkerung „ein für allemal" zu unterbinden. Wenn in der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Prozeß der antwortenden Nachahmung totali-tärer Verbrechen zu beobachten ist, also ein Prozeß im Sinne der Definitionen Ernst Noltes, dann bei der westlichen Zustimmung zur Vertreibung der Deutschen.

Mit schlechtem Gewissen, aber doch mit halber Überzeugung haben sich also die Westmächte auf ein politisches Verbrechen eingelassen, das vor und vor allem nach der Potsdamer Konferenz rund 13 Millionen Deutsche ihre Heimat nahm: in Polen, in den von Polen annektierten deutschen Gebieten, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Ru-mänien, in Jugoslawien, in der Sowjetunion. Die Zahl der Toten, die der Vorgang kostete, ist nicht mehr zu ermitteln, geht aber sicher in die Millionen. Und selbstverständlich – ist man versucht zu sagen – haben die Urheber und die Helfer dabei mehr verloren als ge-wonnen. Die Westmächte trieben Polen und die Tschechoslowakei tatsächlich unter den Schutzschirm Moskaus, was allein schon die 1945 und 1946 in Washington versuchte „Roll-back-Politik" bis zur Unmöglichkeit erschwerte. Stalin band zwar in der Tat die beiden Satellitenstaaten auch durch die Vertreibung fest an die Sowjetunion, aber gerade die dadurch verstärkte Abschließung seines Imperiums machte dessen Zerfall nur zu ei-ner Frage relativ kurzer Zeit. Polen und die Tschechoslowakei schließlich erlitten durch die Liquidierung des zweifellos auch immer wieder problematischen deutschen Elements – wie Kleinasien durch die Liquidierung der griechischen Präsenz – einen wirtschaftli-chen und kulturellen Verlust, der bis zum heutigen Tage nicht wettgemacht ist. Der gro-ße Gewinner dürfte das von der Zuwanderung befruchtete Westdeutschland gewesen sein, was zweifellos nicht den Absichten Stalins oder Beneschs entsprach. Dies legt den Schluß nahe, daß derartige politische Verbrechen doch stets auch politische Dummheiten sind.

I. Vertriebenen-Integration in Westdeutschland

Sylvia Schraut

Die westlichen Besatzungsmächte und die deutschen Flüchtlinge

„Here is the story of 12 million refugees. Most Americans never heard of this mass human movement", schrieb 1949 Clarence E. Pickett, Executive Secretary of American Friends Service Committee, in der Einleitung zu einer der ersten frühen, in Amerika veröffentlichten Berichte über das deutsche Flüchtlingsproblem[1]. Es gehe nicht darum, „to place blame for their evacuation", betonte er weiter, vielmehr sei das Anliegen der Studie, die internationale Verantwortung für die Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems zu stärken. „The German refugee may come from one of a dozen countries", so die Autorin des Reports, die Sozialarbeiterin Betty Barton[2]. „He may not even be German except in ancestry [. . .]. He may be a peasant or the former director of an insurance company. He may be good or bad, old or young. He is refugee by taken of the fact that his home was outside the borders of present-day Germany"[3]. Sie stellte die Entscheidungen der Alliierten zu Bevölkerungsumsiedlungen auf der Potsdamer Konferenz ausdrücklich in den Kontext entsprechender nationalsozialistischer Vertreibungspolitik während der vorausgegangen Jahre. Und sie präsentierte die amerikanische Lesart der eigenen Beteiligung an den Umsiedlungsentscheidungen, die in den folgenden Jahren die öffentlichen amerikanischen Verlautbarungen durchzog: „Had they wished to [die amerikanische Besatzungsmacht], even they would have found themselves powerless to reverse the decision for expulsion. Nationalism begets nationalism"[4]. Die Forschungsliteratur folgte lange der amerikanischen Selbstdarstellung als einer Besatzungsmacht, die angesichts der ohne eigenes Zutun rollenden Transporte wenigstens für die humane Ausgestaltung der Umsiedlungen sorgte. Inzwischen ist das im Zuge des Kalten Krieges entwickelte Bild einer differenzierteren Sichtweise gewichen[5].

[1] Barton, S. 4.

[2] Die in Amerika ausgebildete Sozialarbeiterin kam 1945 im Rahmen des Displaced Persons Programms in die britische Zone. Sie war 1946 als Deputy Director für die UNRRA in Österreich tätig und leitete 1948 die CRALOG (Council of Relief Agencies Licensed to Operate in Germany) Mission in der britischen Zone. 1949 gehörte Betty Barton dem Sonderausschuß des amerikanischen Abgeordnetenhauses an, der sich mit dem deutschen Flüchtlingsproblem befassen sollte. Vgl. dessen Bericht: Vertriebene und Flüchtlinge volksdeutschen Ursprungs, in deutscher Übersetzung auch in der Bundesrepublik verbreitet.

[3] Ebenda, S. 12.

[4] Ebenda, S. 14.

[5] Vgl. Grosser, Das Assimilationskonzept, S. 11–54; Schraut, Flüchtlingsaufnahme.

1. Die Flüchtlingsfrage als Transportproblem

Tatsächlich waren Aufnahme und Eingliederung der deutschen Flüchtlinge während der Besatzungsjahre eng mit der Flüchtlingspolitik der Alliierten verwoben. Dies gilt nicht nur für die sowjetische, sondern gleichermaßen für die britische und die amerikanische Besatzungsmacht[6]. Der Ablauf der Flüchtlingsaufnahme im Verlauf der Jahre 1946/47 und die Eingliederungsvorstellungen der betroffenen Besatzungsmächte sind ohne Berücksichtigung der internationalen Verflechtungen, der alliierten Vereinbarungen mit den Ausweisungsländern und der Kontrollratsbeschlüsse nicht verständlich. Auch innerhalb ihrer jeweiligen Zone behielten sich Briten und Amerikaner die Richtlinienkompetenz in Flüchtlingsbelangen vor. Es verweist auf die enge Zusammenarbeit beider Besatzungsmächte in Flüchtlingsbelangen, daß sie nicht nur im Vorfeld eine gemeinsame Haltung zu den geplanten Bevölkerungsumsiedlungen entwickelten, sondern auch während der Besatzungsjahre grundsätzlich ein ähnlich ausgestaltetes Eingliederungskonzept verfolgten.

Bereits in den Diskussionspapieren der britisch-amerikanischen European Advisory Comission (EAC) aus dem Jahre 1944 läßt sich die Zustimmung zu den erwarteten Bevölkerungsumsiedlungen in Osteuropa und explizit zur Ausweisung der Deutschen finden[7]. Das verhalten formulierte Einverständnis ist auf dem Hintergrund einer zeitgenössisch durchaus üblichen Bevölkerungspolitik zu verstehen[8], die ethnische Minoritäten als Störenfriede nationaler Einigungsprozesse begriff, eine Haltung, die im übrigen trotz aller Diskreditierung in den 50 er Jahren heute wieder munter Auferstehung feiert. Explizit im Interesse der Befriedung Osteuropas schien die Umsiedlung der Deutschen notwendig; alle etwaigen damit verbundenen Fragen stellten sich im Lichte von Transportproblemen dar, und dies blieb so bis etwa Mitte 1946. Auch über die geplante Aufgabenteilung zwischen Alliierten und Deutschen waren sich britische und amerikanische Planungsteams durchaus einig. Die Besatzer sollten für den reibungslosen und humanitären Ablauf der Transporte sorgen, die deutschen Verwaltungen und Regierungen für die Eingliederung der Ankömmlinge in die deutsche Gesellschaft. Dabei blieb offen, was unter ‚absorbtion', ‚integration' oder ‚assimilation' genau zu verstehen sei. Daß im Gefolge der Potsdamer Konferenz die Transportexperten des Alliierten Kontrollrats über Art und Umfang der Bevölkerungstransporte ohne Einbeziehung beispielsweise von Wohlfahrtssachverständigen diskutierten, erscheint nur folgerichtig. Im sogenannten Flüchtlingsplan einigten sich Briten, Amerikaner und Sowjets im November 1945 auf 6,65 Millionen zu transportierende Deutsche und ihre Verteilung auf die Zonen. Man glaubte angesichts des vorhandenen Transport-Know-Hows, eine solch ungeheure Zahl von Menschen problemlos innerhalb eines halben Jahres ‚verschicken' zu können. Für die rechtliche Absicherung der erwarteten umfangreichen erforderlichen Wohnraumbeschlagnahmungen zugunsten der Neuankömmlinge schuf das ‚Committee on Housing problems' des Kontrollrats das Wohnungsgesetz[9]. Da-

[6] Lediglich die französische Besatzungsmacht, die unter Berufung auf ihre Nicht- Beteiligung an der Potsdamer Konferenz jegliche Flüchtlingsaufnahme verweigerte, kann bei einer Darstellung der Flüchtlingspolitik der Besatzungsmächte vernachlässigt werden.

[7] Vgl. als frühes Dokument: Memorandum PWC-149c vom 31. 5. 1944, veröffentlicht in: FRUS, 1944/I, S. 302 oder Memorandum PWC-141b (Committee on Post-War Programms) vom 5. 8. 1944, abgedruckt in ebenda, S. 300–316.

[8] Vgl. Aly, Das Jahrhundert.

[9] Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 8. 3. 1946, u. a. veröffentlicht in der „Gazette of Military Government" für Württemberg-Baden, Nr. 1 vom 22. 5. 1946.

mit schien alles Notwendige erledigt. Ob denn die Neuankömmlinge tatsächlich auch von der Aufnahmegesellschaft, wie geplant, ‚absorbiert' werden könnten, beschäftigte die diskutierenden Transportexperten nicht. Die in den Diskussionspapieren gemeinhin benutzten Begriffe ‚assimilation' oder ‚absorbtion' verweisen dennoch auf die Eingliederungsvorstellungen, die implizit oder explizit alle Besatzungsmächte verfolgten. Die Flüchtlinge kamen nicht auf Zeit. Sie waren vielmehr dauerhaft in den Besatzungszonen anzusiedeln. Sowohl außen-, wie innenpolitisch war zu verhindern, daß sich die Neubürger zu einer neuen Minderheit mit selbstbewußter Interessenartikulation entwickelten. Entsprechend ging es nicht um ein wie auch immer ausgestaltetes ‚Transportrahmenprogramm' für einen Integrationsprozeß, bei dem beide Seiten Eigenes einzubringen hatten und beide beteiligten Gruppierungen zum Gelingen beitragen sollten[10]. Da man davon ausgehen mußte, daß den Ausgewiesen nichts ferner lag, als sich freiwillig und aktiv in die neuen Gegebenheiten einzuordnen, schien ein Assimilationsprogramm vielversprechender, das vom Aufgehen, vom verordneten ‚Verschwinden' des neuen Bevölkerungsteils in der Altbevölkerung ausging und damit implizit auch öffentlich geäußerte Kritik an den Vertreibungsmaßnahmen oder gar Widerstand gegen diese durch die Betroffenen verunmöglichen sollte. Angesichts der tatsächlichen oder zumindest fiktionalen ethnischen Übereinstimmung von Alt- und sogenannten Neubürgern, glaubten wohl die alliierten Diskussionspartner auch keine Assimilationsschwierigkeiten erwarten zu müssen.

2. Die amerikanische Besatzungsmacht und die Flüchtlinge

Im amerikanischen Hoheitsbereich formulierten die Military Regulations bezüglich der deutschen Flüchtlinge die grundlegenden Prinzipien des Assimilationsprogramms: „There will be no discrimination by the German authorities or people against refugees and expellees arriving under Military Government authority. These persons will be absorbed integrally into the German communities and will be subject to all laws, regulations and obligations and will be entitled to all privileges therein. In order to prevent minority cells from developing in the U. S. Zone, expellees from any one community abroad will be distributed and resettled among several German communities, to the greatest extent practicable, consistent with humane and judicious treatment"[11].

Die geplante Aufgabenverteilung zwischen Deutschen und Besatzern schien eine intensivere Diskussion über die Ausgestaltung des erwünschten Assimilationsprozesses nicht notwendig zu machen. Erst als täglich 6000 bis 8000 Flüchtlinge in der amerikanischen Zone eintrafen und sich abzeichnete, daß sich Alt- und Neubevölkerung keineswegs reibungslos ‚auftragsgemäß' vermischten, begann sich die Militärregierung damit zu befassen, wie denn die verlangte Assimilation durchzusetzen sei. Die eigens zu diesem Zweck im Mai 1946 eingerichtete ‚working group for solution of refugee problems' „brought out that because of the German attitude of ignoring the interests of these people they were forming organizations to protect their own interests"[12] und dies gefährde das Assimilationsziel. Schon jetzt zeichne sich ab, daß die ursprünglich geplante Zurück-

[10] Zu heutigen Konzepten zur Flüchtlingsintegration vgl. Grosser / Grosser, Von der Oral History.

[11] Military Government Regulations (MGR) 20–310 Refugees and Expellees, Basic Policies, BAK, RG 260 OMGUS CO 5/353–3/16.

[12] Minutes of meeting of division heads to organize a working group for solution of refugee problems, 6. 5. 1946, BAK, RG 260 RGCO 11/39–1/1.

haltung der Militärregierung nicht durchzusetzen sei. „These people have no official status at this time – they neither desire to come here, nor do the Germans want them; nevertheless, they require housing, food, and employment, which though it is a German responsibility, ultimately falls upom the shoulders of the U. S."[13]. Die amerikanische Militärregierung tat sich mit der unerwarteten Last freilich schwer. Um die gleichberechtigte Eingliederung der Neubürger voranzutreiben, schienen entsprechende Stützungsaktionen für die Flüchtlinge seitens der Besatzungsmacht nötig; doch gerade solche Sondermaßnahmen forcierten nach Meinung der Militärregierung auch die Gefahr einer neuen Minoritätenbildung. Das beschriebene Dilemma wog so schwer, daß sich die Militärregierung während der gesamten Besatzungszeit zu keiner konsequenten Linie in der Flüchtlingspolitik durchringen konnte, vielmehr lavierte sie beständig zwischen Stützungsmaßnahmen und der Verhinderung von Sonderflüchtlingsprogrammen hin und her. Bereits die von der working group geplante ‚Standard Operating Procedure for Refugees and Expellees', die alle mit der Flüchtlingsfrage befaßten amerikanischen Stellen mit den Grundprinzipien der amerikanischen Assimilationspolitik hätte vertraut machen sollen, blieb unvollendet. Es kennzeichnete das amerikanische Flüchtlingsprogramm, daß es nie als geschlossenes Konzept ausgearbeitet wurde. In seinen Details meist unmittelbar dann entwickelt, wenn neue Probleme auftauchten, lassen sich dennoch seine Eckpunkte mit Gleichberechtigung der Neubürger auf der einen Seite und Assimilation an die Aufnahmegesellschaft auf der anderen Seite stets beobachten. Im einzelnen forderte die Militärregierung, die Flüchtlinge über das gesamte Besatzungsgebiet unter Berücksichtigung der Wohndichte gleichmäßig zu streuen, die Neuankömmlinge höchsten 14 Tage in Lagern zu halten und danach in privaten Wohnraum einzuweisen. Die Bildung von Wohnghettos war ebenso zu vermeiden wie das Zusammenbleiben vormaliger Dorfeinwohnerschaften. Volksdeutschen sollte die deutsche Staatsbürgerschaft übertragen werden. Ein Programm zur Versorgung der Neubürger mit Boden mußte entwickelt und ihre gleichberechtigte Eingliederung in den Arbeitsmarkt betrieben werden. Eine separate politische Interessenartikulation der Flüchtlinge war unerwünscht, insbesondere politische Flüchtlingsparteien blieben bis zum Ende der Besatzungszeit verboten. Mit der Ausgestaltung von „measures, ordinances, or laws as are required to insure the complete integration and absorption of expellees in the German communities" beauftragte man die deutschen Behörden[14]. Über allem aber stand: „German officials will impress on expellees at every opportunity that their resettlement in Germany is permanent. Equally, the native population will be subject to severe penalties for discrimination or agitation against the newcomers"[15]. Gerade Letzteres ließ sich zwar auf dem Papier leicht formulieren, in der Realität jedoch nicht erzwingen. Auf die massiven Auseinandersetzungen zwischen Alt- und Neubürgern um die knappen Güter der Nachkriegsgesellschaft, die die nächsten Jahre prägen sollten, war die amerikanische Militärregierung nicht vorbereitet, und ihre Interventionen zugunsten der gleichberechtigten Aufnahme der Neuankömmlinge waren nicht dazu angetan, die aufgeheizte Stimmung zu beruhigen. Im Interesse ihres Assimilationszieles stellte sie schließlich die geforderte soziale Gleichberechtigung der Flüchtlinge hintenan und beschränkte sich darauf, die rechtliche Gleichstellung der Neubürger zu erzwingen.

[13] Ebenda.
[14] Standard Operating Procedure (Konzept), BAK, RG 260 RGCO 11/38–3/6.
[15] Ebenda.

3. Die Britische Militärregierung und die Flüchtlinge

Für die britische Zone liegt bisher, soweit ich sehe, über erste Ansätze hinausgehend keine Studie vor, die sich mit der Flüchtlingspolitik der Besatzungsmacht auf Zonen- und Länderebene detailliert auseinandersetzt[16]. Dies mag damit zusammenhängen, daß die Akten der amerikanischen Militärregierung inzwischen in Deutschland auf microfiche zur Verfügung stehen, während das einschlägige englische Behördenschriftgut in London eingesehen werden muß. Erste Informationen über den Umfang des vorhandenen Materials zur Flüchtlingspolitik der britischen Besatzungsbehörden liefert jedoch die von Birke, Booms und Merker herausgegebene Übersicht über die Akten der britischen Militärregierung[17]. Offensichtlich blieb während der gesamten Besatzungszeit die organisatorische Zuständigkeit für die Flüchtlinge bei der Prisoners of war/Displaced Persons Division, und die Kurzbeschreibung der Akten zeigt, daß sich die Briten mit allen Fragen der Flüchtlingsbetreuung und -assimilation beschäftigten, die auch ihre amerikanischen Kollegen diskutierten[18]: nämlich mit bizonalen Verhandlungen über die Flüchtlinge, mit der Aufnahme der Flüchtlinge in Durchgangslager und mit ihrer weiteren Kontingentierung. Die bei Birke u. a. vorgenommene kurze Bewertung des Materials zur anschließenden Kontrolle des Assimilationsdiktats ist jedoch eher dazu angetan, den Quellenwert des diesbezüglichen Militärschriftguts zu unterschätzen[19]. Zwar gingen auch die Briten davon aus, daß die eigentliche Assimilations- oder Integrationsarbeit Sache der Deutschen sei. Aber wie die Amerikaner erteilten sie seit Ende 1945 die Anweisungen an die deutschen Behörden, die ein reibungsloses Rollen der Ausweisungstransporte im weitesten Sinne ermöglichen sollten[20]. Überdies behielten sie sich die Gesetzgebung in Flüchtlingsfragen vor[21].

Es gibt viele Indizien dafür, daß Amerikaner und Engländer die gewichtigeren flüchtlingspolitischen Richtlinien miteinander absprachen. Die veröffentlichten Anordnungen zur Flüchtlingseingliederung ähneln sich in Einzelfragen bis in den Wortlaut hinein. Insbesondere das sogenannte Koalitionsverbot, das Verbot von Flüchtlingsparteien, galt in beiden Zonen.

Briten und Amerikaner waren sich in der maßgebenden Haltung zu den deutschen Zwangsumsiedlungen aus dem Osten wie in den grundsätzlichen Vorstellungen über die notwendige Assimilation der Neubürger ganz offensichtlich einig. Auch organisatorisch scheint in beiden Zonen die Flüchtlingsaufnahme in deutscher Verantwortung recht parallel ausgestaltet gewesen zu sein. Hier wie dort gab es Landesflüchtlingsbehörden, denen die prinzipielle Richtlinienkompetenz oblag, soweit deutsche Behörden überhaupt über entsprechende Machtfülle verfügten. Hier wie dort lag die eigentliche Hauptverantwortung auf der Kreis- bzw. Gemeindeebene, und die prinzipielle Einstellung der Land-

[16] Am Beispiel ausgewählter Flüchtlingskindertransporte beschäftigt sich Ulrike Jordan mit britischen Militärregierungsinterventionen in der Flüchtlingsfrage; vgl.: Jordan, Operation Stork.

[17] Vgl. Birke u. a., Akten.

[18] Vgl. ebenda u. a. die Aktentitel S. 70ff. zur Flüchtlingspolitik, S. 73f. zur Flüchtlingsstatistik und S. 74–76 zu den einzelnen Umsiedlungsmaßnahmen, die solch poetische Namen wie ‚operation swallow' tragen.

[19] Vgl. ebenda, S. XIII ff.

[20] Vgl. hierzu die bei Karin Mundhenke aufgeführten Anordnungen der britischen Militärregierung, Krug/Mundhenke, Flüchtlinge, S. 98ff.

[21] Vgl. Middelmann, Entstehung, S. 283ff.

räte und Bürgermeister zum Flüchtlingsproblem bzw. ihre politische Durchsetzungsfähigkeit dürfte darüber entschieden haben, wie gut oder schlecht Wohn- und Lebensbedingungen der Neuankömmlinge vor Ort tatsächlich waren.

4. Unterschiedliche Wege zum gleichen Ziel

Nach derzeitigem Forschungstand unterscheiden sich britische und amerikanische Maßnahmen jedoch in drei Aspekten: Im Aufbau oder Verzicht auf eine Flüchtlingssonderverwaltung[22], in der Frage, wann und in welchem Maße die Verantwortung der deutschen Seite übertragen wurde, und in der Hierarchisierung assimilationsfördernder Maßnahmen.

4.1. Der Aufbau der Flüchtlingsverwaltungen

In den Ländern der US-Zone war anders als in der britischen Besatzungszone eine Flüchtlingssonderverwaltung parallel zur Regelverwaltung bis auf die Kreisebene hinunter aufgebaut worden[23]. An ihrer jeweiligen Spitze standen Flüchtlingskommissare, die ihre Arbeit im Flüchtlingsausschuß des Südwestdeutschen Länderrates koordinierten. Neben ihren mehr oder weniger großen Apparaten auf Landesebene waren ihnen quasi als Vollzugsorgane auf Kreisebene Flüchtlingsreferenten zugeordnet. Zuständig für alle Bereiche der Flüchtlingsaufnahme, für die Verteilung der ankommenden Ausgewiesenen auf die Gemeinden des Kreises, für räumliche Unterbringung wie für Versorgung und Betreuung ihres Klientel beschäftigten sie sich im Grunde mit Fragen, die auch die Regelverwaltung betrafen. Insbesondere auf die Wohnraumerfassung in den Gemeinden hatten die Flüchtlingsbehörden nur indirekten Einfluß, auch die Eingliederung in den Arbeitsmarkt war formal allein Sache der Arbeitsämter. Schnell zeichneten sich Kompetenzstreitigkeiten zwischen Regel- und Sonderverwaltung ab. Die schließlich gewählte organisatorische Lösung, die Kreisflüchtlingsreferenten in der Ämterhierarchie disziplinarisch den Landräten zu unterstellen, die Richtlinienkompetenz bezüglich ihrer Arbeit jedoch bei den Landesflüchtlingskommissaren anzusiedeln, konnte das vorhandene Konfliktpotential nicht beseitigen. Im Gegenteil: die doppelte Verwaltungsstruktur ermöglichte eine identifikatorische Aufteilung in Flüchtlingssonderverwaltung und sich zuvorderst für die Altbürger zuständig fühlende Regelverwaltung. Denn angesichts der herrschenden Notsituation, die keineswegs nur die Flüchtlinge betraf, mußte ohnehin jede Intervention zugunsten der Neubürger als Diskriminierung der Altbürger erscheinen. Daß die amerikanische Besatzungsmacht offiziell schon zur Jahreswende 1945/46 die Aufgabe der Flüchtligsassimilation an deutsche Behörden delegiert hatte, ermöglichte vor Ort, die herrschenden Verteilungskämpfe als deutsch-deutsche Verteilungskämpfe

[22] Zum Begriff der Sonderverwaltung vgl. Fonk, Die Problematik. Die Bezeichnung ‚Sonderbehörde' wird mitunter auf jede Flüchtlingsbehörde angewandt. Wenn aber jede Einrichtung der Regelverwaltung, die eigens zur Flüchtlingsbetreuung eingerichtet wurde, als Sonderbehörde betrachtet wird, sind die Unterschiede und Kompetenzprobleme zwischen Regel- und Sonderverwaltung nicht mehr faßbar. Zur Flüchtlingsverwaltung allgemein und insbesondere in Bayern: Ellwein, Zum Problem.

[23] Vgl. zur Amerikanischen Zone, insbesondere zu Württemberg-Baden: Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 149–224; zu Hessen: Messerschmidt, Aufnahme und Integration; zu Bayern: Bauer, Flüchtlinge, S. 85–160.

zwischen Regel- und Sonderverwaltung zu interpretieren. Dies mag dazu beigetragen haben, die Konflikte in den Gemeinden zu schüren.

Für die Flüchtlingsverwaltung der britischen Besatzungszone gilt noch immer die Feststellung Thomas Ellweins von 1987: „Verwaltung [ist] ubiquitär präsent [...]. Allerdings erfährt man wenig über Organisation und Funktion dieser Verwaltung, von deren ‚Aufgabe' ständig explizit oder implizit die Rede ist"[24]. Folgt man dem zeitgenössischen Kenner der Szene, Werner Middelmann[25], dann entstand eine deutsche Flüchtlingsverwaltung auf Länder- oder Regierungsbezirksebene in der britischen Zone flächendeckend wesentlich später als im amerikanischen Besatzungsgebiet, nämlich meist erst gegen Ende 1946, zu einem Zeitpunkt, als die grundlegenden Weichenstellungen bezüglich Erstaufnahme sowie Versorgung mit Wohnraum und Arbeit bereits vorgenommen worden waren[26]. In diese Richtung deuten auch Einschätzungen der Flüchtlingskommissare der US-Zone bei ihrer Suche nach kompetenten Ansprechpartnern für bizonale Flüchtlingstreffen 1946. Dem Mangel an zentralen deutschen Flüchtlingsbehörden steht auf der anderen Seite das Bemühen der britischen Besatzungsmacht gegenüber, bereits Ende 1945 von der Provinzebene abwärts für die Einrichtung von sogenannten Flüchtlingskommitees zu sorgen[27]. An ihrer Arbeit sollten alle einschlägig betroffenen Behörden (Finanzamt, Ernährungsamt, Wohnungsamt, Arbeitsamt, Ordnungsamt, Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt), aber auch Vertreter der Kirchen, karitativen Organisationen sowie der Flüchtlinge selbst beteiligt sein. Zu deren Aufgaben zählte die Besatzungsmacht „die gesamte administrative, karitative und statistische Bewältigung der Flüchtlingslingsströme"[28]. Aus den derzeit vorliegenden Einzelstudien beispielsweise zu Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen ist zu entnehmen, daß bei variierender Spitze der Flüchtlingsbehörden auf Landesebene, zumindest auf Regierungsbezirks- und Kreisebene solche Räte tatsächlich eingerichtet wurden, und daß diese Organe der Flüchtlingsverwaltung der Regelverwaltung angehörten[29]. Nach dem Gesetz über die Flüchtlingsbetreuung in Niedersachsen vom 11. Juni 1947 waren die Flüchtlingsräte zu 2/3 aus Flüchtlingen zusammengesetzt[30]. Als echte Ausschüsse der Regelverwaltung auf Kreisebene scheinen sie häufig mit größeren Kompetenzen ausgestattet worden zu sein, als dies im amerikanischen Besatzungsgebiet der Fall war. Im Regierungsbezirk Minden beispielsweise gehörte seit März 1946 nicht nur die Aufnahme der Flüchtlinge zu ihren Aufgaben, „sondern sie sollten auch dafür sorgen, daß sie [die Flüchtlinge] einen eigenen Haushalt führen kön-

[24] Ellwein, Zum Problem, S. 207.

[25] Werner Middelmann war Mitglied der DVP und Geschäftsmann, nach 1945 Landrat von Bruchsal, dann Flüchtlingsbeautragter in Nordbaden, schließlich Koordinator des Flüchtlingausschusses beim südwestdeutschen Länderrat und nach Gründung der Bundesrepublik im Bundesvertriebenenministerium tätig.

[26] Vgl. Middelmann, Entstehung und Aufgaben.

[27] Zonal Policy Instruction No. 10, 21. 11. 1945: Machinery to be provided by the German local administration for the handling of refugees movement, in: PRO, FO 1012/114, aufgeführt bei Jordan, Operation Stork, S. 146f.

[28] Ebenda, S. 147.

[29] Vgl. beispielsweise bei Brosius/Hohenstein, Flüchtlinge, die einschlägigen Kapitel S. 33ff. und S. 92ff. Zum Aufbau der Flüchtlingsverwaltung in Niedersachsen auf Landesebene vgl. die Angaben bei Krug, Das Flüchtlingsproblem, S. 50ff. Zur Lage in Nordrhein-Westfalen vgl. die Einführung bei Gringmuth, Die Seßhaftmachung, S. 261ff.

[30] Vgl. Malecki, Die Heimatvertriebenen, S. 19.

nen und eine Beschäftigung finden, wodurch sie in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen"[31]. Wenn in der britischen Zone die Regelverwaltung vor Ort alleine die Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme, räumliche und wirtschaftliche Eingliederung trug, dann war eine inhaltliche und organisatorische Abspaltung der Flüchtlingsinteressen ähnlich wie in der US-Zone sicher schwieriger. Etwaige sich Gehör verschaffende oder stumme Kritik am verordneten Teilen von Nahrung, Gütern und Wohnraum mochte leichter an die richtige Adresse, an die Auftraggeber, die Besatzer, gerichtet werden, als dies in der US-Zone der Fall war. Ob freilich der Verzicht auf eine Sonderverwaltung den Interessen der Flüchtlinge entgegenkam, mag dahin gestellt bleiben.

In der amerikanischen Zone entwickelte sich die Flüchtlingssonderverwaltung bald zur bestgehaßten und schwachen Behörde. Nur mit Hilfe der Besatzer konnte sie ihren Auftrag überhaupt erfüllen. Die Militärregierung vermochte sich jedoch nicht dazu durchringen, im Interesse der Flüchtlinge die Sonderbehörde organisatorisch zu stärken. Das Postulat der Assimilation schien nach amerikanischem Verständnis jegliche Subventionierung der Neubürger unmöglich zu machen. Daß zum Erhalt gleicher Rechte und Chancen nicht nur der rechtliche Rahmen geschaffen werden mußte, sondern möglicherweise auch gezielte soziale Stützungsprogramme von Nöten waren, lag dem amerikanischen Verständnis der Flüchtlingseingliederung fern. Zwar sah sich die Militärregierung im Laufe des Jahres 1946 immer mehr gezwungen, die ursprünglich geplante Zurückhaltung in der „deutschen" Frage der Flüchtlingsassimilation aufzugeben. Angesichts der zahlreichen Versuche der Gemeinde- und Kreisverwaltungen, die Flüchtlingseingliederung zu sabotieren, intervenierte der zuständige Welfare-Officer in wachsendem Maße, wenn es um die Verteilung der Neubürger auf die Landkreise, die Räumung der Zwischenlager oder die Verteilung des Wohnraums ging; in gleicher Weise engagierte sich die Militärregierung jedoch auch, drohte am politischen Horizont das Gespenst der Organisation eigenständiger räumlicher, wirtschaftlicher oder politischer Flüchtlingssonderinteressen. Die Flüchtlingssonderverwaltungen blieben in den herrschenden Konflikten schließlich auf der Strecke, sie wurde bis zur Gründung der Bundesrepublik in fast allen Ländern der Zone aufgelöst.

4.2. Indirekte und direkte Interventionen im Interesse der Flüchtlinge

Die unerwartet zögerliche Bereitschaft der Altbürger, die Flüchtlingsassimilation zur eigenen Aufgabe zu machen, wie die schwache Stellung der Flüchtlingssonderbehörden unterhöhlten die geplante amerikanische Zurückhaltung bereits zu Beginn des Jahres 1946. Anfangs entsprachen direkte Interventionen seitens der Militärbehörden durchaus den üblichen Verhaltensweisen von OMGUS. Im April 1946 mochte es noch angehen, daß die Landesmilitärregierung Württemberg-Badens beispielsweise Ministerpräsident Reinhold Maier über die in seiner Regierung zu setzenden Prioritäten aufklärte: „The resettlement of these new arrivals in the Wuerttemberg Baden area presents an increasingly difficult problem which must be handled with excellent judgement and must have priority in your government program"[32]. Noch im Mai des gleichen Jahres konnte man dro-

[31] Der Regierungspräsident des Regierungsbezirks Minden am 7. 3. 1946 an die Landräte und Oberbürgermeister, zitiert nach Gringmuth, Die Seßhaftmachung, S. 263f.

[32] Morris O. Edwards, Colonel Acting Director OMGWB am 24. 4. 1946 an Reinhold Maier, GLAK, RG 260 OMGWB 12/22–1/31.

hen, er werde dafür die Konsequenzen zu tragen haben, wenn er von seinen Vollmachten „keinen oder falschen Gebrauch" mache, und nicht in der Lage sei, „seine eigene Bürokratie zu entsprechender Mitarbeit zu bringen"[33]. Doch in den folgenden Monaten ging der direkte Einfluß auf die deutsche Executive merklich zurück. Es gehörte zu den verordneten amerikanischen ‚lessons in democracy' möglichst schnell, die Verantwortung für Poltik und Verwaltung an deutsche gewählte oder eingesetzte Instanzen zurückzugeben. Bekanntlich fanden bereits ab März 1946 Gemeinderats-, schließlich Kreistags- und Landratswahlen in der amerikanischen Zone statt. Dem Reeducationprinzip gemäß favorisierte OMGUS, wenn immer möglich, dezentrale Verwaltungsstrukturen. Eine zentral geplante, hierarchisch von oben nach unten organisierte Flüchtlingsverwaltung geriet damit leicht in den Geruch, „undemokratisch" zu sein[34]. Dementsprechend unterstützte OMGUS den Ausbau der Selbstverantwortung auch in Flüchtlingsfragen auf Kreisebene. Daß gemeinhin gerade die Landräte nicht zu den Behörden zu rechnen waren, die sich durch besondere Flüchtlingsfreundlichkeit auszeichneten, verursachte bei den Landesmilitärregierungsbehörden einiges Kopfzerbrechen. Man kam überein, „this curteils the refugee commissioner that he cannot function effectively"[35], sah jedoch für sich selbst keine Interventionsmöglichkeiten. Als in Württemberg-Baden im August 1946 die Flüchtlingsbehörde explizit nachfragte, „ob die örtlichen Militärregierungen nicht etwas Druck auf die Landräte ausüben könnten, um dem Flüchtlingskommissar die auf steten Widerspruch des Landrats stoßende Arbeit etwas zu erleichtern", wurde mit dem Hinweis geantwortet, „daß die örtliche Militärregierungen keinen direkten Einfluß mehr haben, immer mehr ausgeschaltet werden sollen und lediglich noch zur Beobachtung da seien"[36]. Zwar verhinderte der Rückzug aus der Exekutive nicht, daß auch weiterhin die Besatzungsmacht das Gespräch mit den Landesregierungen ihrer Zone über die Flüchtlingsprobleme suchte, sei es, daß General Clay die versammelten Ministerpräsidenten anläßlich der monatlichen Treffen beim südwestdeutschen Länderrat über Versäumtes rügte, sei es auf der Ebene der Verhandlungen zwischen Landesmilitärregierungen und deutschen Ministerpräsidenten oder Ministern; aber welche Interventionsmöglichkeiten über Apelle und Diskussionen mit den Verantwortlichen hinaus blieben den Vertretern der Militärregierung faktisch, wenn offensichtliche Verstöße gegen die Assimilationsrichtlinien aufgedeckt wurden?

Im amerikanischen Sinne unproblematisch gestaltete sich der Umgang mit den Flüchtlingssonderbehörden. Ohnehin auf amerikanische Unterstützung angewiesen, fragte in gewichtigeren Belangen beispielsweise der württembergische Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen nicht seinen Vorgesetzten, den Innenminister, sondern gleich den amerikanischen Flüchtlingsoffizier. Obwohl General Clay Ende September 1946 offiziell den Rückzug der Militärregierung auf die Beobachterrolle propagierte, läßt sich zum Beispiel im Tagebuch des Refugeeofficers im Oktober lesen: „Verbal request was received by Director Bettinger [Staatskommissar für das Flüchtlingswesen] for blanket approval of Kreis refugee and expellee meetings held under the auspices of the Hilfswerk. The an-

[33] Aktennotiz zur Unterredung von Major Campbell (zuständig für Flüchtlinge) mit dem Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Stuttgart vom 22. 5. 1946, HStASt, EA2/801–2.

[34] Vgl. beispielsweise Überlegungen der Welfare Branch OMGWB zur zukünftigen Organisation der Flüchtlingsverwaltung, Diary 27. 5. 1946, GLAK, RG 260 OMGWB 12/63–1/15.

[35] Diary Public Welfare Branch 12. 7. 1946, GLAK, RG 260 OMGWB 12/76–2/4.

[36] 10. 8. 1946 Niederschrift über die Besprechung der Beamten der Flüchtlingsverwaltung Württemberg-Baden bei der Landesmilitärregierung mit Major Campbell, GLAK, 481–610.

swer was a flat no"[37]. Solche unmittelbaren Interventionen blieben in der Zusammenarbeit mit der Flüchtlingssonderbehörde an der Tagesordnung. Die direkte amerikanische Einflußnahme auf die Regelbehörden auf Kreis- und Gemeindeebene war jedoch formal seit Anfang 1947 nicht mehr gedeckt[38]. Alle Einflußnahmen lokaler Militärregierungsangehöriger galten nur noch als „Ratschläge". Zwar wies die württemberg-badische Landesregierung noch im März 1948 darauf hin, „daß diese Ratschläge die allergrößte Beachtung der deutschen Stellen verdien[t]en", um freilich gleich zu ergänzen: „Sollten die Ratschläge aber bei ihrer Durchführung zu Maßnahmen führen, gegen die von deutscher Seite begründete Einwendungen erhoben werden können, so erwartet die Militärregierung nicht die Durchführung der Ratschläge, sondern eine begründete Darlegung der abweichenden deutschen Auffassung"[39]. Der Erfolg amerikanischer „Ratschläge" hing damit auf der einen Seite in hohem Maße vom Engagement, der persönlichen Autorität und dem Verhandlungsgeschick des zuständigen Refugeeofficers, auf der anderen Seite vom persönlichen und politischen Selbstbewußtsein der beteiligten deutschen Behördenvertreter ab. Wie sich im Laufe der Besatzungsjahre zeigte, entwickelten die Oberbürgermeister größerer Städte und die Landräte eine erstaunliche Widerstandskraft gegen die amerikanischen Interventionen zur Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum[40]. Manche Versuche des Flüchtlingsbeauftragten der amerikanischen Militärregierung, „to observe, advise, inspect, and report on care and welfare services to expellees, refugees and non-german ineligible to UNDF care and report on manner in which German authorities accept their responsibility to recieve and resettle expellees and refugees"[41], mündeten in wahre Verhandlungsmarathons mit der beteiligten deutschen Seite. Außer der Drohung, gewissermaßen als ‚Strafe' weitere Flüchtlingskontingente dem betroffenen Kreis zuzuweisen, oder der Einschaltung der deutschen Landesregierung blieben dem Refugeeofficer wenige, den allgemeinen Richtlinien entsprechende Interventionsmöglichkeiten, wenn seine persönliche Autorität versagte. Insgesamt konnte OMGUS auf diese Weise Spitzen offensichtlicher Flüchtlingsbenachteiligung brechen, eine gleichmäßige Verteilung des Wohnraums auf Alt- und Neubürger oder die gleichberechtigte Einbeziehung der Flüchtlinge in das wirtschaftliche und soziale Leben auf Gemeindeebene jedoch nicht erreichen. Die große Mühe, die sich OMGUS auch noch in der letzten Phase der Besatzungszeit gab, die deutschen Behörden dazu zu bringen, die ‚deutsche' Aufgabe zu erfüllen, überraschte Anfang 1949 selbst den neu amtierenden Landesmilitärdirektor in Württemberg-Baden, General Charles P. Gross[42]. Daß er noch 1950 in seiner Eigenschaft als Landeskommissar öffentlich „bemerkte, er hoffe, daß die gesetzgebenden Körperschaften in Württemberg-Baden genügend Zeit für das Flüchtlingsproblem fänden, wenn sie

[37] Diary Public Welfare and Displaced Persons Section vom 15. 10. 1946, GLAK, RG 260 OMGWB 12/76–2/4.

[38] Vgl. Schreiben der Militärregierung an Reinhold Maier vom 6. 1. 1947 über die Beziehungen zwischen Militärregierung und Zivilregierung auf Grund der Annahme der Landesverfassung, GLAK, 481–613.

[39] Brief des Staatsministeriums Stuttgart vom 27. 3. 1948 an alle Ministerien und den Präsidenten des Landesbezirks Baden, GLAK, 481–613.

[40] Vgl. die ausführlichen Beispiele in Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 267ff.

[41] MGR, 7–505, 7–510, 20–320.1 und 20321.

[42] „Short office visit was paid to this branch by the new military Government Director, Mr.Charles P. Cross who showed special interest in the refugee and housing problems and was surprised to find that Military Government had considerable responsibility in these respective fields". Diary Refugee branch vom 10. 1. 1949, GLAK, RG 260 OMGWB 12//77–2/1.

einmal erst die Frage der Pensionen für sich und ihre Freunde erledigt haben würden", wirft ein bezeichnendes Licht auf die amerikanische Sichtweise des deutschen Engagements bezüglich der Flüchtlingsintegration[43].

Angesichts der bereits festgestellten „auffallende[n] Forschungslücke im Bereich der Britischen Besatzungszone"[44], liegt eine Darstellung zu den konkreten britischen Maßnahmen im Rahmen ihres Flüchtlingsassimilationskonzepts derzeit nicht vor. Doch da die britische Militärregierung ohnehin später als die amerikanische die Eigenverantwortlichkeit der deutschen Behörden zu stärken begann, kann man sicherlich auch von einer großen britischen Interventionsbereitschaft in der Flüchtlingsfrage während der gesamten Besatzungszeit ausgehen; sie gilt es detailliert noch zu dokumentieren und zu analysieren. Wie beispielsweise Dieter Brosius in seiner Studie über den Regierungsbezirk Lüneburg feststellt, blieben die britischen Militärbehörden „auch nach dem Aufbau der deutschen [Flüchtlings-]betreuungsorganisation die maßgeblichen Instanzen für alle sich ergebenden Fragen und Probleme. Nicht der Oberpräsident oder sein Sonderbeauftragter [für Flüchtlinge], sondern die 914. Militärregierung in Lüneburg war der wichtigste Gesprächspartner des Regierungspräsidenten"[45]. Allein die Tatsache, daß sich die britische Militärregierung von vornherein die Verteilung der Flüchtlinge auf Kreise und Gemeinden vorbehielt, verweist auf grundsätzliche Unterschiede zwischen britischen und amerikanischen Auffassungen über die deutschen Flüchtlingsaufgaben. Übernahmen die amerikanischen Militärbehörden im Laufe der Besatzungsjahre 1946 und 1947 zunehmend mehr Verantwortung für die deutsche Aufgabe, entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption, so scheinen die Briten Aufgaben im Flüchtlingsbereich ohnehin von Anfang an nur als Auftragsarbeiten an die deutschen Behörden übertragen zu haben. Wie die zu Beginn dieses Beitrags beschriebenen allgemeinen Charakteristika britischer und amerikanischer Assimilationskonzepte belegen, führte die unterschiedliche organisatorische Vorgehensweise keineswegs zu großen inhaltlichen Differenzen in der Ausgestaltung der jeweiligen Flüchtlingspolitik. Ob beispielsweise die Einrichtung von Flüchtlingsbeiräten auf Kreisebene von deutschen Behörden auf Drängen der amerikanischen Militärregierung angeordnet oder direkt von der britischen Militärregierung veranlaßt wurde, mag für die Betroffenen ohne Belang gewesen sein, letzlich entschieden ohnehin die politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der Gemeinde über den Einfluß solcher Gremien. Das Verbot von politischen Flüchtlingsorganisationen zum Beispiel blieb gleich unbefriedigend für die Neubürger beider Zonen, auch wenn im einen Fall formal die deutschen Flüchtlingsbehörden, im anderen die Besatzungsbehörde dafür verantwortlich zeichneten. Insoweit sind die organisatorischen Unterschiede möglicherweise vernachlässigbar. In einem gewichtigen Punkt scheint jedoch auch hier besondere Aufmerksamkeit angebracht: Während in der amerikanischen Zone vor Ort häufig die deutschen Behörden als Befürworter und Organisatoren der dauerhaften Flüchtlingsansiedlung in Erscheinung treten mußten und den Zorn in deutsch-deutschen Verteilungskämpfen auf sich zogen, mögen in der britischen Zone in erster Linie die Besatzer für massive Eingrif-

[43] Vgl. Staatsanzeiger für Württemberg-Baden vom 15. 7. 1950. Vgl. ferner: Schreiben von Prof. a. D. Franz Dewald, Landesbeirat im Flüchtlingsamt beim Hess. Staatsministererium des Innern, an Herrn Dr. Edmund Nowotny, Staatsbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Württemberg, vom 21. 5. 1950, auch Dewalds Schreiben an Gross, HStASt, EA 2/801–8.

[44] Jordan, Operation Stork, S. 142.

[45] Brosius, Flüchtlinge, S. 13 ff.

fe in das Leben der Altbürger zugunsten der Neubürger gesorgt haben. Ebenso wie der Verzicht auf eine Sonderverwaltung vermochte diese öffentliche Verantwortungsübernahme Konflikte zwischen Alt- und Neubürgern vermutlich eher zu entschärfen.

4.3. Schritte zur Flüchtlingsassimilation

Doch nicht nur in organisatorischen Belangen und Zuständigkeitsfragen unterschieden sich amerikanische und britische Flüchtlingspolitik. Auch die Prioritäten, die es im Interesse der Flüchtlingsassimilation zu setzen galt, scheinen die beiden Besatzungsmächte unterschiedlich bewertet zu haben. Vieles deutet darauf hin, daß die britische Militärregierung der wirtschaftlichen Eingliederung von Anfang an höchste Aufmerksamkeit schenkte[46], während die amerikanische Besatzungsmacht vorzugsweise Assimilation als räumlichen Diffundierungsprozeß begriff. Dies führte wohl sehr früh auf britischer Seite dazu, die wirtschaftliche Aufnahmekapazität der jeweiligen Aufnahmeregion in die Assimilationspläne einzubeziehen und folgerichtig kurz- bis mittelfristig Flüchtlingsumsiedlungen innerhalb Deutschlands zu planen. Überdies sensibilisierte diese Sichtweise des Flüchtlingsproblems die britischen Besatzer früh schon für die ökonomische Gefährdung des Assimilationsdiktats. Dagegen verwendeten die amerikanischen Miltärbehörden viel Energie darauf, die Flüchtlinge in privatem Wohnraum unterzubringen und Ghettobildungen zu vermeiden, und dies auch in Regionen, in denen eigentlich abzusehen war, daß auf längere Zeit keine Basis für eine wirtschaftliche Eingliederung vorhanden war. Erst relativ spät, etwa seit Mitte/Ende 1948 öffnete sich OMGUS der Erkenntnis, daß die tatsächliche Eingliederung der Neubürger ihre wirtschaftliche Saturierung zur Vorbedingung habe. Angesichts des Postulats, jegliches Flüchtlingssonderprogramm zu vermeiden, verlangte die späte Einsicht in die ökonomischen Flüchtlingsprobleme, nunmehr auf die wirtschaftliche Gesundung Westdeutschlands zu setzen. OMGUS verzichtete jedoch auch weiterhin auf direkte Interventionen zugunsten der wirtschaftlichen Eingliederung der Neubürger, sieht man von der noch recht spät durchgesetzten Gewerbefreiheit einmal ab, die freilich durchaus den Flüchtlingen zugute kam.

5. Die Tripartite Working Party on German Refugees

Die Unterschiede zwischen britischer und amerikanischer Bewertung des wirtschaftlichen und politischen Flüchtlingsproblems lassen sich am Beispiel eines Ende 1948 eingerichteten trizonalen Arbeitskreises bestens veranschaulichen: Die Initiative zur Bildung einer ‚Tripartite working party on German refugees' hatte der Leiter der britischen Militärregierung, General Robertson, höchstpersönlich ergriffen. Er wandte sich in einem Schreiben an seine Kollegen in der amerikanischen und französischen Zone, General Clay und General Koenig, und signalisierte mit dieser Kontaktaufnahme auf höchster Ebene die Bedeutung, die die Briten der deutschen Flüchtlingsfrage zumaßen. Der Bevölkerungsdruck in der britischen Zone, insbesondere in Schleswig-Holstein, sei mittlerweile so angestiegen, daß eine Umsiedlung innerhalb der drei Westzonen Deutschlands nicht mehr umgangen werden könne. Er sei sich bewußt, daß die Entscheidung über zo-

[46] Nach Jordan teilte sich die britische Militärregierung in Flüchtlingsfragen bereits im Juni 1945 folgende Aufgaben zu: „first priority – preservation of law and order; second priority – prevention of desease and famine; third priority – allocation of labour". Deputy Military Governor's Conference, 8. 6. 1945, PRO, FO 1051/204 zitiert nach Jordan, Operation Stork, S. 145.

nenübergreifende Flüchtlingsumsiedlungen bald in den Händen der Deutschen läge, aber ein solcher Arbeitskreis könne einen Report erarbeiten, der der zukünftigen deutschen Regierung übergeben werde, „with a recommendation that it should be put into force"[47]. Clay reagierte wenige Tage später zustimmend, betonte allerdings die deutsche Eigenverantwortung. Auch er sei zwar der Meinung, daß die zukünftige westdeutsche Regierung „its obligation with respect to the assimilation of the refugee population" erkennen müsse. „Further it should be aware that in order to affect the economic, social and political integration of these people, a redistribution of refugees throughout Western Germany probably will be necessary"[48]. Doch eines sei klar: „The report rendered by the Working Party should serve as a basis for a recommendation rather than as a directive to the Federal Government when it is established"[49]. Wie die folgenden Diskussionen innerhalb der amerikanischen Militärregierung zeigen, hielt sich die Begeistung über das geplante Vorhaben und den „außerordentlich komplizierten Fragenkomplex" in deutlichen Grenzen[50]. Das erste Treffen der working party im Dezember bestätigte die amerikanischen Vorbehalte. „A practical solution had then evidently not been attempted. A memo, signed by all participants in the meeting, contained such forthright and sweeping suggestions as return to the Germans of territories now held by Poland, removal of all restrictions on German economy, etc." Es werde weitere Treffen geben, „but nothing of decisive character is expected to transpire. It will be probably followed by many others", so Paul Goetz, Mitarbeiter des Office of the Economics Adviser[51]. Clay gab als Ziel für weitere Treffen schließlich vor: „to prepare the way, through recommendations, for later action by the Germans themselves". Dabei sei allerdings zu berücksichtigen, daß „statements of the high-policy type as referred [. . .] certainly have no place in our recommendations"[52]. Der Diskussionsspielraum des trizonalen Arbeitskreises blieb damit in den folgenden Arbeitssitzungen äußerst beschränkt. Man versuchte sich auf das Naheliegende zu einigen, auf die Umsiedlung von 500000 Flüchtlingen in die französische Zone. Da die französische Delegation dem Vorschlag erwartungsgemäß nicht zustimmte, kam die konzeptionelle gemeinsame Arbeit schnell zum Erliegen. Ein Memorandum General Robertons an General Clay, das auf der Arbeit der working group basierte und wohl auch Robertsons eigener Meinung entsprach, sollte im Februar 1949 ausführlich die hohe Bedeutung veranschaulichen, die die britische Miltiärregierung der Flüchtlingsfrage zumaß[53]: „Due mainly to the Potsdam decisions on Germany's Eastern frontiers, there are now more Germans in Germany than is good for the future tranquillity of Europe"[54].

[47] Schreiben General Robertsons an General Clay, 26. 11. 1948, RG 260 OMGUS CAD 3/159–2/10.
[48] Schreiben General Clays an General Robertson, 4. 12. 1948, RG 260 OMGUS CAD 3/159–2/10.
[49] Ebenda.
[50] OMGUS zeigte seine verhaltene Begeisterung über den Arbeitskreis durchaus auch öffentlich; vgl. z. B. die Berichterstattung im Mannheimer Morgen: „Die drei Westzonen-Militärregierungen haben einen Arbeitsausschuß gebildet, der die gesamten Flüchtlingsfragen in den drei Westzonen Deutschlands erörtern wird. [. . .] Ein amerikanischer Beamter wies darauf hin, daß der gesamte Fragenkomplex außerordentlich kompliziert sei und vorerst noch nicht gesagt werden könne, welcher Art die Vorschläge des Ausschusses sein werden". Mannheimer Morgen vom 24. 1. 1949.
[51] Meeting of 15 January 1949 on Redistirbution of Refugees in Western Germany, RG 260 OMGUS EA 11/1–2/4.
[52] Ebenda.
[53] Robertson an Clay, 2. 3. 1949, RG 260 OMGUS CAD 3/159–2/10.
[54] The Refugees and the Demographic Problem Presented by Western Germany, RG 260 OMGUS CAD 3/159–2/10. Hieraus auch die folgenden Zitate.

Die Lage der Flüchtlinge sei wirtschaftlich und sozial katastrophal; es gehe ihnen wesentlich schlechter als der deutschen Altbevölkerung. „The German cannot affort to neglect the psychological consequences of this state of affairs". Die Altbürgerschaft diskriminiere die Neubürger in jeder Weise. „The misery of immigrants brings out all the latent impulses of the German character of persecute the underdog". Langfristig müsse die zusätzliche Bevölkerung absorbiert und die deutsche Wirtschaft ausgebaut werden. Kurzfristige Hilfe seien von verstärktem Wohnungsbau und von einem Bevölkerungsumsiedlungsprogramm zu erwarten. „Germany's ability to achieve full employment and a balanced foreign trade is painfully dependent upon conditions in the outside world and on the provision of foreign capital. [...] German psychology, combined with the circumstances in which she will have to live, will make Germany an uncomfortable partner in the Western Union. Our ability effectively to shape the course of events is strictly to solve their problems and to ensure that they do not develop in the future into a formidable mass of discontent".

Clay bedankte sich artig bei Robertson; weitere Reaktionen innerhalb der amerikanischen Militärregierung rief der Report nicht hervor[55]. Der Arbeitskreis gab sich als weitere Aufgabe, statistisches Material über die Flüchtlingssituation für die zukünftige deutsche Regierung zu sammeln. Als kurzfristige Maßnahme empfahlen das englische und das amerikanische Mitglied der Arbeitsgruppe, unmittelbar mit der Umsiedlung von 300000 Flüchtlingen in die französische Zone zu beginnen. Die geplanten Umzüge sollten auf freiwilliger Basis erfolgen. Höchste Priorität habe dabei die Familienzusammenführung, gefolgt von der Umsiedlung von Flüchtlingen, die in den Ländern des französischen Besatzungsgebiets ein Arbeitsverhältnis aufnehmen. An dritter Stelle sollte die Wohndichte des Abgabelandes in Rechnung gestellt werden und an vierter Stelle die schnellstmögliche Räumung von Flüchtlingslagern erfolgen[56].

Am 15. September 1949 konstituierte sich die erste Regierung der Bundesrepublik. Bereits sechs Wochen später, am 29. November 1949, trat die Verordnung über die Umsiedlung der Heimatvertriebenen aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Kraft; sie regelte ganz im Sinne der Vorarbeit der working party die Umsiedlung von 300000 Flüchtlingen „auf freiwilliger Grundlage unter Wahrung der Familien-, Haushalts- und Lebensgemeinschaft"[57].

[55] Clay an Robertson, 8. 3. 1949, RG 260 OMGUS CAD 3/159-2/10.

[56] Report of the Tripartite Working Party on German Refugees, RG 260 OMGUS CAD 3/159-2/10.

[57] Bundesgesetzblatt 1950, Nr. 2.

Marita Krauss

Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns – Konflikte und Erfolge

Massenmigration, Flucht und ethnische Vertreibung sind Problemkreise mit Vergangenheit, mit Gegenwart und wohl auch mit Zukunft. Die Gejagten und Besitzlosen von heute lösen die gleichen Gefühle hilfloser Angst und Ablehnung aus wie die Flüchtlinge von gestern. Ein analytischer Blick auf die Erfahrungen der Vergangenheit scheint daher angebracht: Es geht um die Wechselwirkungen zwischen Ankommenden und Aufnehmenden, zwischen alten und neuen Traumata, zwischen Aufstiegsmotivation und Besitzstandswahrung, Integrationswünschen und Assimilationszwang.

Integration, in der bundesrepublikanischen Forschung meist – neben anderen Bedeutungen im Rahmen der Soziologie – als Sammelbegriff für Phänomene der Akkulturation und der Assimilierung gebraucht, ist ein schillernder Terminus[1], wurde und wird er doch vielfach als Wunderwaffe gegen die formale Anerkennung der Eigeninteressen zugewanderter Gruppen benützt. Um dennoch mit ihm zu arbeiten, soll er hier als Oberbegriff für Eingliederungsvorgänge verstanden werden: Eingliederung durch Assimilierung, also Aufgehen in der aufnehmenden Gesellschaft, Eingliederung durch Akkulturation, also die Übernahme ihrer Gebräuche, Wertorientierungen und Verhaltensmuster oder Eingliederung durch Annäherung beider Seiten an ein gemeinsames Neues.

Die vielfach hinter „Integration" verborgenen Denkmuster sind kritisch mit zu berücksichtigen, wendet man sich der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen – diese Begriffe sollen hier synonym verwendet werden – in Bayern zu. Im vorgegebenen Rahmen kann es dabei nur darum gehen, exemplarisch einige wichtige Aspekte und Problemkreise herauszugreifen. Vollständigkeit ist weder möglich noch angestrebt.

1. Forschungslage

Die zeitgenössischen Arbeiten versuchten zunächst statistisches Material bereitzustellen oder, wie Elisabeth Pfeil, erste Umfrageergebnisse unter den Neubürgern zu präsentieren[2]. In den fünfziger Jahren lag das Schwergewicht auf der Geschichte der Herkunftsgebiete, aber auch bereits auf den Fragen der Integration in der neuen Heimat. In den folgenden zwei Jahrzehnten stagnierte die Forschung: Die Eingliederung galt als weitge-

[1] Krauss, Integration und Akkulturation; Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung; Ackermann, Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme; Tolksdorf, Phasen der kulturellen Integration; Grebing, Zum Begriff Integration.

[2] Pfeil, Der Flüchtling.

hend abgeschlossen. Den Historikern standen aufgrund der Aktensperrfrist die einschlägigen Unterlagen noch nicht zur Verfügung[3].

Dies änderte sich in Bayern Ende der siebziger Jahre, als das vor allem mit der Flüchtlingseingliederung befaßte Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung nicht nur seine Nachkriegsakten an das Hauptstaatsarchiv abgab, sondern gleichzeitig ein wissenschaftliches Forschungsprojekt über die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge anregte. Die Ergebnisse dieses ersten Projektes liegen in der von Friedrich Prinz koordinierten Pilotstudie „Integration und Neubeginn" von 1984 vor[4]. Gleichzeitig entstand die Doktorarbeit von Franz Joseph Bauer über „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern"[5], die die politischen Prozesse in den Blick nahm. Es folgte eine Fülle weiterer regionaler und lokaler wissenschaftlicher oder heimatkundlicher Forschungen, unter denen hier als Beispiel die Studie von Paul Erker über Mittelfranken von 1988 erwähnt werden soll[6]. Gleichzeitig setzte das bayerische Arbeitsministerium seine Bemühungen fort[7]. 1995, fünfzig Jahre nach Flucht und Vertreibung, legte das Ministerium eine Zwischenbilanz der wichtigsten Ergebnisse der abgeschlossenen und noch laufenden Projekte vor[8].

Sichtbar wird hierbei die Verschiebung des Interesses von den politischen Maßnahmen der ersten Jahre, die meist am Anfang der jeweiligen regionalen Aufarbeitung des Flüchtlingsproblems stehen, zu einem differenzierten sozialstrukturellen und kollektivbiographischen Zugriff, der einen größeren Zeitraum umgreift. Neben den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Zuwanderung gewinnt inzwischen der kulturelle Aspekt deutlich an Interesse. Überdies läßt sich mit einem Generationswechsel der Forschenden auch ein Wandel in der Betrachtung des untersuchten Gegenstandes konstatieren: Flucht und Vertreibung wurden in den vergangenen Jahren zunehmend „historisiert" und der unbefangene Zugriff der jüngeren Wissenschaftlergeneration befreite das Thema inzwischen weitgehend aus seiner lebensgeschichtlich und politisch bedingten, mit vielfachen Vorbehalten belasteten Sonderposition. Doch besteht offenbar immer noch eine gewisse Scheu, die Bundesrepublik Deutschland als Einwanderungsland zu untersuchen, dessen erste, aber keineswegs letzte große Herausforderung das Vertriebenenproblem darstellte.

Zukunftweisend erscheint die Forderung Klaus Bades, Flucht, Vertreibung und Integration nach 1945 stärker in die sozialhistorische Migrationsforschung einzubinden[9]. Überdies sollten die Ergebnisse der Exilforschung, aber auch der Soziologie, der Ethnologie und der Psychologie für die Thematik fruchtbar gemacht werden; so bietet beispielsweise die Akkulturationsforschung im Rahmen der „cross-cultural psychology"[10] Parameter an, durch die sich die für Eingliederungsprozesse so wichtigen persönlichen Faktoren wissenschaftlich beschreiben und mit volksgruppenspezifischen Akkulturati-

[3] Umfängliche Forschungsberichte bei von der Brelie-Lewin, Zur Rolle der Flüchtlinge; bei Grosser, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung und bei Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem.

[4] Prinz, Integration und Neubeginn; vgl. Prinz, Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen.

[5] Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik.

[6] Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger.

[7] Vgl. den Beitrag von Winfried Müller in diesem Band.

[8] Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Die Entwicklung Bayerns.

[9] Bade, Sozialhistorische Migrationsforschung.

[10] Berry, Psychology of Acculturation; vgl. Krauss, Integration und Akkulturation.

onsvorgängen korrelieren lassen. Dies gibt sozialgeschichtlich arbeitenden Historikern Methoden in die Hand, Einzel- und Gruppenschicksale jenseits von Betroffenheitsritualen innerhalb der Akkulturationsprozesse der betroffenen Bevölkerungsgruppe zu untersuchen und daraus neue Erkenntnisse über die Ankommenden, aber auch über die aufnehmende Gesellschaft zu gewinnen. Die Zukunft der historischen Integrationsforschung liegt sicherlich, so ist zu resümieren, in interdisziplinärer Zusammenarbeit.

2. *Kurzer Abriß der Entwicklung in Bayern*

Die bayerischen Vorgänge der Flüchtlingsintegration sind in mancher Hinsicht exemplarisch, da die Entwicklung in den Ländern der Westzonen viele Ähnlichkeiten aufweisen. Dies ist nicht überraschend, ging es doch zunächst mit Varianten überall um die gleichen Schritte der Integration: Notdürftige Aufnahme, vorläufige Unterbringung, endgültige Seßhaftmachung mit Eingliederung in den Arbeitsprozeß, kulturelle Integration. Dennoch gibt es manche bayerischen Spezifika, beispielsweise innerhalb der Besatzungspolitik: So wurde hier die Selbstorganisation der Flüchtlinge und auch die geschlossene Ansiedelung von Spezialindustrie aus Flüchtlingskreisen eher geduldet als in anderen deutschen Ländern.

Der Flüchtlingszustrom begann bereits vor Kriegsende und führte vor allem Reichsdeutsche aus den Ostgebieten nach Bayern, die größtenteils in den Grenzregionen Niederbayerns und der Oberpfalz untergebracht wurden. Bei Kriegsende 1945 lebten hier noch rund 680000 Evakuierte aus anderen Teilen des Reiches sowie knapp eine halbe Million Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter; rund 15 Prozent des Wohnraums waren zerstört.

In einer zweiten Phase kam es zur organisierten Ausweisung vor allem der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat, die bald die zahlenmäßig stärkste und politisch einflußreichste Vertriebenengruppe in Bayern werden sollten. Ende 1946 war diese Phase weitgehend abgeschlossen und in den folgenden Jahren kamen kaum noch organisierte Transporte nach Bayern. Um hier Zahlen zu nennen: Bei der Volkszählung vom September 1950 lebten in Bayern 1,92 Millionen Heimatvertriebene, das waren 21,1 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Die Sudetendeutschen mit über einer Million stellten die größte Gruppe, gefolgt von über 450000 Schlesiern, dann von Ungarndeutschen und Volksdeutschen aus dem übrigen Ausland[11].

Alle diese Menschen mußten untergebracht und ernährt werden, eine Aufgabe, bei der auch das Rote Kreuz und die Kirchen tatkräftig mithalfen. Dennoch herrschten in den Flüchtlingslagern unerträgliche hygienische Zustände und katastrophale Wohnverhältnisse. So hieß es in einem aufrüttelnden Bericht des Präsidenten des Bayerischen Roten Kreuzes vom September 1945, es gebe „wilde Flüchtlingslager an den Stadträndern mit ihrem Unrat (Mangel an richtigen Latrinen, mangelnde Sauberkeit). Anwachsen der Epidemien durch die [. .] Zusammendrängung in Lagern und überhaupt Überbevölkerung in der Stadt [Passau] [. . .] Durch befohlene Räumung liegen z. B. 19 Personen in einem Raum. Viele Leute liegen ohne Betten auf dem Boden. In einer Halle allein 60 Frauen, Männer, Kinder und Säuglinge. Krankenhäuser voll. Zahlreiche offene Tuberkulosefälle in den Quartieren."[12]

[11] Zitiert nach Prinz, Integration und Neubeginn, Dokumentenband, S. 945.
[12] Pscheidt, Die Flüchtlingslager, S. 205.

Hinzu kamen auf längere Sicht die Probleme von engem Zusammenleben, Gemeinschaftsverpflegung und Arbeitslosigkeit. Die sogenannte Dachauer Lagerrevolte von 1948 zeigt[13], daß die schwierigen Zustände nicht auf die Anfangszeit beschränkt blieben. Einem Demagogen wie im Dachauer Flüchtlingslager Egon Hermann, der die Nöte der Flüchtlinge benannte und anprangerte, gelang es leicht, Leidensgenossen zu aktivieren und zu politischen Aktionen anzustacheln, war das Lager doch ein gefährlicher Sammelpunkt von Unzufriedenen. So schrieb die Frankfurter Allgemeine Zeitung noch 1952: „Der ‚Homo barackensis'! Das 20. Jahrhundert hat den Menschen eine furchtbare Wahrheit gelehrt: Fortschritt, Humanität und Selbstachtung gibt es nur in der intakten Welt. Wenn die Ordnung zerfällt, entsteht das Lager, das grauenvollste und grausamste Zeugnis menschlichen Unvermögens – entsteht die Brutstätte des Nihilismus."[14]

Bereits im Sommer 1945 hatte die bayerische Regierung einen „Sonderbeauftragten für das Flüchtlingswesen" ernannt; im November wurde dann das „Staatskommissariat für das Flüchtlingswesen" beim bayerischen Staatsministerium des Inneren geschaffen. An seiner Spitze wirkte Staatskommissar – später Staatssekretär – Wolfgang Jaenicke, ein hochqualifizierter Verwaltungsfachmann aus preußischer Beamtentradition[15]. Ihm standen für jeden Regierungsbezirk Regierungskommissare und auf Landkreisebene Flüchtlingskommissare zur Verfügung.

Neben der Flüchtlings-Sonderverwaltung, deren Aufgabe erst einmal in der Unterbringung und der Versorgung mit dem Nötigsten bestand, bildeten sich bald auch Selbsthilfeorganisationen wie die Sudetendeutsche oder die Südostdeutsche Hilfsstelle, die sich als Interessenvertretung der jeweiligen Flüchtlingsgruppen fühlten. Im Sommer 1946 verbot jedoch die Militärregierung deren Tätigkeit, da sie fürchtete, es könne sich hierdurch eine Minderheitenvertretung etablieren, was der amerikanischen Politik diametral widersprach[16]. In Bayern wurde diese jedoch keineswegs so konsequent ausgeübt wie zum Beispiel im späteren Baden-Württemberg, was nicht zuletzt die Existenz dieser Hilfsstellen beweist.

Auf politischer Ebene bemühte man sich unterdessen um ein Flüchtlingsgesetz, an dessen Ausarbeitung auf ausdrücklichen Wunsch Ministerpräsident Wilhelm Hoegners, der als deutscher Emigrant in der Schweiz das Flüchtlingsschicksal am eigenen Leibe erfahren hatte, auch die Flüchtlinge selbst beteiligt wurden. Dies galt vor allem für den inzwischen gebildeten „Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen", der sich paritätisch aus Vertretern der Parteien sowie der Herkunftsgebiete zusammensetzte. Obwohl nicht demokratisch legitimiert, konnte er sich unter seinem Vorsitzenden Hans Schütz eine wichtige Beratungsfunktion erarbeiten[17].

Im Februar 1947 wurde dann das Flüchtlingsgesetz erlassen, das unter anderem die demokratische Mitwirkung der Flüchtlinge an der Regierungarbeit sowie die anteilige Berücksichtigung bei Anstellungen festlegte. Gleichzeitig begann der Abbau der Flüchtlingssonderverwaltung und ihre Rückführung in den normalen Behördenapparat – eine Entwicklung, die von der Besatzungsmacht gewünscht und von den wiedererstarkenden

[13] Pscheidt, Die Flüchtlingslager, S. 264–270.
[14] Krauss, „Deutsche sind Deutsche. . .", S. 328.
[15] Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik.
[16] Schraut, Flüchtlingsaufnahme.
[17] Bauer, Der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen, S. 97–112; eine andere Bewertung für Hessen bei Messerschmidt, Wie können wir die ‚Flüchtlinge' zu ‚Bürgern' machen, S. 250f.

bayerischen Behörden geschickt vorangetrieben wurde. Wollten die Amerikaner auf diesem Wege den Integrationsprozeß beschleunigen, so ging es der bayerischen Bürokratie darum, den einheimischen Interessen wieder stärker Gewicht zu verleihen und den selbstbewußten Flüchtlingsstaatssekretär Jaenicke zu entmachten. 1950 war die Sonderverwaltung dann endgültig abgewickelt[18]. Dieses Procedere betraf jedoch nicht nur die Flüchtlinge: Auch die zweite Sonderverwaltung in Bayern, das Staatskommissariat für die rassisch, religiös und politisch Verfolgten unter Philipp Auerbach[19], erlebte ein ähnliches Schicksal.

Der Abbau des Sonderstatus für Flüchtlinge ging einher mit Maßnahmen zur politischen und zur wirtschaftlichen Integration. Um hier nur einen Bereich herauszugreifen[20]: Seit April 1947 wurde das Lizenzierungsverfahren für Betriebsneugründungen beschleunigt, wovon viele Flüchtlingsbetriebe profitierten. Schon vor der Währungsreform lief überdies ein Programm von staatsverbürgten Flüchtlingsproduktivkrediten für Flüchtlingsunternehmen an, das seit 1950 von der neugegründeten Landesanstalt für Aufbaufinanzierung weitergeführt wurde. Es flossen seit 1949 auch die ersten Gelder aus dem Soforthilfegesetz, der Vorstufe des späteren Lastenausgleichsgesetzes, das den Vertriebenen wenigstens Überbrückungsgelder in die Hand geben sollte. Hinzu kamen Mittel aus dem amerikanischen ERP-Programm (Marshall-Plan). Ab 1952 ermöglichte der Lastenausgleich dann den Flüchtlingsbetrieben eine Erhöhung der dünnen Eigenkapitaldecke. Dahinter wird das Bemühen erkennbar, durch finanzielle Aufbauhilfe sowohl den Flüchtlingen wie dem Land Bayern wirtschaftlich auf die Füße zu helfen. Mögliche Vorbehalte der Einheimischen wurden dadurch umgangen, daß die Kredithilfen nicht nur den Vertriebenen zur Verfügung standen, sondern eine Aufbauhilfe für die gesamte bayerische Wirtschaft darstellten[21].

Mit dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung entspannte sich die materielle Lage zunehmend. Wohnung, Erwerbstätigkeit und Einkommen der Flüchtlinge schienen gesichert. In der Verwaltung waren die Vertriebenen ebenso präsent wie in den Parteien, ja manche SPD-Ortsvereine auf dem flachen Land hatten die Sudetendeutschen erst gegründet. Dies trug positiv zum Aufbrechen der Honoratiorenstrukturen und damit zur Demokratisierung bei: Vielfach gelang es erst massiven Interventionen der Neubürger, die auf politische Teilhabe drängten, Gemeindepolitik transparenter zu machen und aus dem Wirtshaus in die Gemeinderatssitzung zu verlegen.

Auch kulturell zeigten sich Veränderungen: Die Volkshochschulen und Volksbibliotheken florierten dank der aktiven Teilnahme der Zugewanderten. Die Neubürger waren aus ihrer Heimat vieles gewöhnt, das sie jetzt anmahnten; dazu gehörte auch die Versorgung mit Büchern durch Volksbibliotheken, die in Bayern zu dieser Zeit meist nur in den großen Städten existierten[22]. Auf dem flachen Land mußte man sich mit kommerziellen Leihbüchereien begnügen, deren Buchbestände unter volkspädagogischen Aspekten immer wieder heftig kritisiert wurden. Die Bücher aus Flüchtlingslagerbüchereien und zusätzliche staatliche Gelder legten dann vielfach den Grundstock für gemeindliche Bibliotheken[23].

[18] Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik.
[19] Krauss, Heimkehr der Verfemten.
[20] Dazu die Aufsätze von Pscheidt, Dusik und Haertle.
[21] Haertle, Der gesetzgeberische Rahmen und weitere Aufsätze in Prinz, Integration und Neubeginn.
[22] Krauss, Nachkriegskultur in München.
[23] Böhm, Ein neuer Zweig – die öffentlichen Büchereien.

Ähnliches galt für andere Bereiche der Kultur. Die Bestrebungen der Vertriebenen waren dabei sowohl auf eine Pflege der eigenen wie auf eine Aneignung der neuen Kultur gerichtet. Wie wichtig gerade der bewußte Umgang mit der kulturellen Tradition dazu beiträgt, die eigene Identität zu bewahren und den psychischen Akkulturationsstreß zu verringern, zeigen psychologische ebenso wie historische Untersuchungen[24]. Hier gelang in Bayern sogar in einem sensiblen Bereich ein Miteinander: Gab es zunächst von seiten der Einheimischen noch Versuche, die Ausgabe von Lederhosen an Flüchtlinge zu untersagen, da diese „eine rein bayerische Tracht seien"[25], so wurden die Neuankömmlinge bald zu einem willkommenen Zuwachs der Trachtenvereine. Beim jährlichen Oktoberfestumzug präsentieren sie sich bis heute stolz in ihren heimischen Trachten, die Sudetendeutschen als Vertreter des „Vierten Stammes" in Bayern.

Dieses Modell des „Vierten Stammes" bildet ein bayerisches Spezifikum, das weit in die Geschichte zurückweist. Hier werden historische Muster sichtbar, auf die man in Bayern zurückgriff[26] und die den Boden bilden für den offiziellen Umgang mit den Vertriebenen. Im 19. Jahrhundert war es eines der wichtigsten Probleme des nachnapoleonischen bayerischen Staates gewesen, neue und alte Staatsteile zu einem Ganzen zusammenzufügen. Es ging dabei um die Art der Verbindung der schwäbischen, der fränkischen und der Pfälzer Gebiete mit den altbayerischen Kernlanden. Um das Eigenständigkeitsbewußtsein der neubayerischen Gebiete nicht zu verletzen und dennoch ihr Zugehörigkeitsgefühl zur bayerischen Monarchie zu stärken, entstand das Konstrukt der verschiedenen „Stämme" Bayerns.

In dieses bewährte Modell ließen sich nun nach 1945 die Vertriebenen einfügen, die zwar nicht territorial, aber nach der Zahl Bayern um ein Fünftel anwachsen ließen. Sie wurden – wie bereits die Franken und die Schwaben – im Rahmen der Staatsrepräsentation neben den Altbayern besonders berücksichtigt. Auch ihre kulturelle Tradition konnte auf diese Weise offiziell gefördert und präsentiert werden, ohne sie künstlich zu bayerischer Kultur erklären zu müssen: Einem eigenen Stamm standen eigene Traditionen zu[27]. In diesem Sinne waren auch Vertriebenenverbände wie die Landsmannschaften als Traditionsvereine und nicht als fordernde Minderheitenvertreter zu behandeln. So wurde in Bayern, zumindest von seiten des Staates, ein Prozeß der Integration, nicht der Assimilierung dekretiert: Aus zwei Teilen entstand ein neues Ganzes. Bereits Anfang der sechziger Jahre galt die Eingliederung der Vertriebenen als weitgehend abgeschlossen: Aus Fürsorgeempfängern waren solide Steuerzahler und gute, wenn nicht gar die besseren Bayern geworden.

3. Problemkreise

Doch die Probleme lagen meist unterhalb dieser sichtbaren Bemühungen der Einheimischen um die Neubürger und die Erfolgsgeschichte war vor allem eine Erfolgsgeschichte des Landes Bayern. Sicherlich hätte es düstere Alternativen gegeben[28], doch es ist neben den Hilfen des bayerischen Staates und der Besatzungsmacht zentral der Selbsthilfe,

[24] Berry, Psychology of Acculturation; Tolksdorf, Phasen der kulturellen Integration.
[25] Haertle, Die Wohnungssituation der Vertriebenen, S. 291.
[26] Zum folgenden Krauss, Symbolische Herrschaft und moderner Staat.
[27] Für solche Bemühungen z. B. Stadtarchiv München, Bürgermeister und Rat 1894, Entwurf der Kulturhilfe zur Förderung kultureller Bestrebungen der Heimatvertriebenen vom 7. 9. 1951.
[28] Vgl. Prinz, Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen, S. 253.

dem großen Fleiß und der Ausdauer der Betroffenen zuzuschreiben, daß die Eingliederung gelingen konnte und das Land Bayern nicht nur einen Bevölkerungszuwachs, sondern auch einen Industrialisierungschub erlebte. Bei allem Applaus für das gelungene „Wunder" der Integration ist daher nicht zu vergessen, daß es sich letztlich um einen oft schmerzhaften Prozeß des Heimatverlustes und Heimatgewinns handelte.

Um das Bild abzurunden, sollen im folgenden kurz einige ausgewählte Problemkreise dieses Integrationsprozesses skizziert werden.

1. Die unterschiedlichen Haltungen und Erwartungen der Flüchtlinge und der Einheimischen zu Beginn des Integrationsprozesses
2. Die Stadt-Land-Problematik
3. Die Ergebnisse soziologischer Langzeituntersuchungen zur Integration

Zunächst zu einem „weichen" Integrationskriterium, das sicherlich für die Betroffenen das härteste war: der Haltung der Aufnahmegesellschaft. Bei aller Hilfsbereitschaft im Einzelnen überwog anfangs die Ablehnung bei weitem. Begrüßt wurden die Neuankömmlinge bestenfalls als Ersatz für die nun wegfallenden ausländischen Zwangsarbeiter, deren Stellen vor allem in der Landwirtschaft und in anderen Bereichen der schweren ungelernten Arbeit man aufzufüllen hoffte. So äußerte Herr Stähler vom bayerischen Bauernverband 1945: „Die Landwirtschaft kann viele junge, gesunde und arbeitswillige Flüchtlinge aufnehmen [...]. Der Bauer wird [...] den Flüchtlingen auch mit Bekleidungsstücken helfen, wenn sie arbeitswillig sind und er seinen Nutzen sieht."[29] Die Entlohnung solcher Arbeit in der Landwirtschaft lief auf Naturalbasis, was zwar in den ersten Hungerjahren viele Vorteile hatte, aber keine Dauerlösung darstellte.

Doch es funktionierte das System der konkurrierenden Abneigungen: Ließ sich kein geborener Bayer für eine qualifizierte Stelle finden, so war den Ansässigen ein Flüchling häufig lieber als ein jüdischer Lagerüberlebender[30]. Vor allem in den Sudetendeutschen, die den Einheimischen mentalitätsmäßig und konfessionell am nächsten standen, erkannte man bald wichtige Mithelfer für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Da für viele Einheimische dieses Ziel im Mittelpunkt ihres Denkens und Handelns stand, begannen sie die Flüchtlinge zunehmend zu akzeptieren.

Auch die Konfession spielte für die Haltung der Aufnahmegesellschaft eine nicht zu unterschätzende Rolle: So faßten katholische Flüchtlinge im überwiegend protestantischen Franken zunächst nur schwer Fuß, ebenso erging es evangelischen Vertriebenen im katholischen Altbayern. Kirchliche Würdenträger beider Konfessionen hatten sich bereits während der chaotischen Phase der Vertreibung darum bemüht, bei Zuweisungen an Gemeinden auch konfessionelle Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Dies scheiterte jedoch an organisatorischen Problemen[31]. Im Zusammenhang mit Lehrkräften aus Vertriebenenkreisen kam es zu heftigen Zusammenstößen, die ein helles Licht auf die Situation werfen. So heißt es in einem Bericht von 1948: „In der Gemeinde Hofkirchen z. B. hat der H. H. Pfarrer eines Tages den Schulstreik proklamiert, als eine Lehrerin aus dem Buchenland [Rumänien] eingesetzt wurde, einzig und allein aus dem Grunde, weil er nur einheimische und zwar katholische Lehrkräfte wünscht. Und dies tat er,

[29] Stadtarchiv München, Bürgermeister und Rat 1899, Konferenz über das Flüchtlingswesen am 7. 12. 1945 im Landesarbeitsamt München.

[30] Krauss, Heimkehr der Verfemten.

[31] Stelzle, Die evangelische Kirche und die Vertriebenen, S. 701; vgl. Endres, Die Kirchliche Hilfsstelle.

ohne zu wissen, ob besagte Lehrerin katholisch oder evangelisch sei. Diese Lehrerin, eine Katholikin übrigens, fand auch keine Wohnung in der Gemeinde, mußte den ganzen Tag im Schulhause sich aufhalten, und am Abend den Weg nach Pfaffenberg antreten, um in einem Loch – denn Zimmer kann man diesen Raum nicht nennen – mit weiteren drei Personen zu übernachten."[32] Obwohl die konfessionelle Struktur der Vertriebenen insgesamt der bayerischen vergleichbar war, führte die geschilderte Situation zu einer Umschichtung; zwischen 1945 und 1955 entstanden daher in Bayern allein 113 neue protestantische Gemeinden, die weitaus größte Zahl in der Bundesrepublik[33].

Auch die vom Flüchtlingsgesetz vorgeschriebenen Quoten, die eine proportionale Verwendung der Vertriebenen im öffentlichen Dienst entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung festlegten, wurden in vielen Bereichen der Verwaltung oder der qualifizierten Berufe nur höchst zögernd erfüllt. So waren 1948 im bayerischen Landwirtschaftsministerium beispielsweise nur 13 Prozent Flüchtlinge beschäftigt, bei den kreisunmittelbaren Städten sogar nur etwas über sieben Prozent[34]. Die traditionell starke bayerische Bürokratie wollte sich das Heft nicht aus der Hand nehmen lassen und versuchte immer wieder, die entscheidenden Schlüsselpositionen doch mit Bayern zu besetzen; dies war auch einer der Gründe für das Ende der Sonderverwaltung. Im Laufe der Jahre gelang es den Vertriebenen jedoch, wie vor ihnen bereits den Franken und den Pfälzern, zentrale Stellen innerhalb der hohen Bürokratie zu erobern. Die Bedeutung dieser Vorgänge für Integrationsprozesse ist aber noch kaum erforscht.

Anfangs hofften die Vertriebenen noch auf eine Rückkehr; dies schlug sich auch in Überlegungen nieder, Exilregierungen zu bilden[35]. Vereinzelt kam es zu der Forderung, die Flüchtlinge an bestimmten Plätzen geschlossen anzusiedeln und die dort ansässigen Einheimischen mit 100 Kilo Gepäck umzusiedeln. Dies war letztlich nur der Ausdruck dafür, daß sich die Neuankömmlinge nicht allein die Folgen des Krieges aufbürden lassen wollten, fanden sich doch in den ersten Jahren gerade diejenigen, die ohnehin bereits durch Flucht und Vertreibung, den Verlust von Heimat und Habe, von Familienangehörigen und Freunden traumatisiert waren, am unteren Ende der gesellschaftlichen Leiter wieder. Aus dieser Ausgangssituation ist daher der gelungene Neuanfang besonders bemerkenswert.

Als zweites ist die Stadt-Land-Problematik zu nennen[36]. In Bayern waren während des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts vor allem die großen Städte zu Industriezentren herangewachsen, ein Phänomen, das meist als Bayerns punktuelle Industrialisierung beschrieben wird[37]. Obwohl sich dies in der Zwischenkriegszeit bereits etwas verwischt hatte, konzentrierten sich doch in den Städten mit über 100000 Einwohnern die meisten industriellen Arbeitsplätze. Durch die Kriegszerstörungen waren nun vor allem diese Zentren betroffen. Mit dem Argument, es sei kein Wohnraum vorhanden, schlossen sie ihre Tore[38]: Zuzugssperren hielten alle diejenigen draußen, die nicht ausdrücklich ange-

[32] Endres, Die Kirchliche Hilfsstelle, S. 184.
[33] Ebenda.
[34] Bayerischer Landtagsdienst vom 13. 10. 1948.
[35] Krauss, „Deutsche sind Deutsche...", S. 141.
[36] Für Bayern Erker, Revolution des Dorfes; ders., Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger; Für Deutschland mit weiterführenden Thesen u. a. Schulze, Zuwanderung und Modernisierung; Kötter, Vorschläge und Hypothesen.
[37] Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr; Tenfelde, Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft.
[38] Krauss, „Deutsche sind Deutsche..."; vgl. für Hamburg Glensk, Die Aufnahme und Eingliederung.

fordert wurden. So lag beispielsweise in München die Flüchtlingsquote immer noch bei sechs bis acht Prozent, als sie im Umland bereits auf 22 Prozent angestiegen war. Auf diesem Wege hielten die Städte zu Lasten des flachen Landes auch ihre Fürsorgelasten klein. Andererseits konnten viele Arbeitsplätze in den Städten nicht besetzt werden, die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau dringend gebraucht wurden und die Anzahl der illegalen Arbeitskräfte, auch aus Flüchtlingskreisen, stieg.

Unter der Haltung der Städte hatten die Vertriebenen am stärksten zu leiden, da sie ohne jede andere Basis dringend auf Arbeit angewiesen waren: Noch 1948 lebten drei Viertel aller Vertriebenen auf dem Land. Doch in mancher Hinsicht wurde diese mißliche Situation zum Motor einer neuen Entwicklung[39]. Trotz anfänglicher Fehlleitungen und Irritationen kam es letztlich doch vielfach zu geschlossenen Ansiedelungen von vertriebenen Industrien oder auch zu gemischtindustriellen Vertriebenensiedlungen, die den Flüchtlingen einen wirtschaftlichen Neuanfang ermöglichten, aber auch die Industriestruktur des Landes deutlich verbesserten[40]. Zu nennen sind hier Siedlungen wie Kaufbeuren-Neugablonz, Waldkraiburg, Geretsried, Traunreut, Neutraubling, Wildflecken, Bubenreuth, Neustadt an der Aisch oder Vohenstrauß. Die Basis für diese Siedlungen bildeten meist ehemalige Rüstungsanlagen, die von den Amerikanern zwar nach dem Krieg gesprengt wurden, deren Infrastruktur jedoch erhalten geblieben war. Ergriff neben den Vertriebenen auch noch ein energischer Landrat die sich bietende Chance, Kredite und Industrie in sein Gebiet zu ziehen, so gab es gute Erfolgsaussichten.

Im Gegensatz zur Entwicklung im späteren Baden-Württemberg[41] sträubte sich die Militärregierung nur wenig gegen solche Siedlungsprojekte. Ein Musterbeispiel für eine Neuansiedlung ist Kaufbeuren-Neugablonz, wo sich die Gablonzer Schmuckwarenindustrie wieder etablieren konnte[42]. Die genossenschaftliche Selbstorganisation ermöglichte den Gablonzern bald wieder wirtschaftliche Standfestigkeit und ein neues Selbstbewußtsein. Dennoch zeigte sich bei manchen Flüchtlingsbetrieben in den sechziger Jahren, daß die Eigenkapitaldecke immer noch zu dünn war, um größere Krisen zu überstehen. Viele Familienbetriebe überstanden auch das Abtreten der Gründergeneration nicht und wurden Opfer allgemeiner Konzentrationsprozesse.

Nach der Aufhebung der Zuzugssperren Ende der vierziger Jahre setzte überdies ein weiterer Wanderungsstrom ein, der viele Flüchtlinge vom Land in die Stadt führte[43], der aber auch umfangreiche Umverteilungen innerhalb der Bundesrepublik zur Folge hatte. Dies wurde ausdrücklich gefördert, sahen die bayerischen Ministerien doch ein: „Eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte wird durch behördliche Eingriffe allein nicht zu erreichen sein. Die natürlichen Antriebskräfte der Wirtschaftsbelebung werden zu einem großen Teil automatisch die Arbeitskräfte dahin ziehen, wo sie in einer gesunden Wirtschaft untergebracht werden. Die Behörden der inneren Verwaltung und die Arbeitsämter werden in der kommenden Zeit durch engste verständnisvolle Zusammenarbeit bemüht sein müssen, diesem natürlichen Wirtschaftsprozeß nicht hindernd im Wege zu ste-

[39] Vgl. auch Willenborg, Bayerns Wirtschaft; Schreyer, Bayern – ein Industriestaat.
[40] Pscheidt, Die Kreditierung der heimatvertriebenen Spezialindustrie; Dusik, Die Haida-Steinschönauer Glasindustrie.
[41] Schraut, Flüchtlingsaufnahme.
[42] Pscheidt, Die Kreditierung der heimatvertriebenen Spezialindustrie; Dusik, Die Gablonzer Schmuckwarenindustrie.
[43] Vgl. auch Haerendl, Berufliche Mobilität von Flüchtlingen; Boyer, Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit.

hen, ihn vielmehr nach allen Möglichkeiten zu fördern."[44] Manche Flüchtlingsindustrie in den Zonenrandgebieten verlor auf diesem Wege ihre Facharbeiter und damit ihre Existenzgrundlage.

Doch die Stadt-Land-Problematik bildet letztlich nur den Ausgangspunkt für die Frage nach der langfristigen Integration und Akkulturation der Neubürger. Soziologische Studien zeigen[45], daß zwar die jüngeren und mobileren Zuwanderer ebenso wie die Vertreter der zweiten Generation gute Chancen hatten, den ursprünglichen Statusrückgang auszugleichen, daß jedoch viele ältere Flüchtlinge, vor allem die ehemaligen Landwirte und Selbständigen, dauerhaft in den Ungelerntenpositionen verblieben. Auch die staatlichen Programme zur Wiederansiedelung vertriebener Bauern hatten daran nichts ändern können. Die jüngere Vertriebenengeneration war in hohem Maß für den beruflichen Aufstieg motiviert und konnte daher vergleichsweise häufig in Beamten- und Angestelltenpositionen aufsteigen. Die Untersuchung des Konnubiums zeigt eine in der jüngeren Generation zunehmende Neigung zu Mischehen mit Einheimischen, verschweigt jedoch den bis weit in die sechziger Jahre anhaltenden Widerstand der Elterngeneration gegen solche Heiraten. Für die meisten Frauen brachte der Neuanfang in Bayern eine raschere Lösung aus der mithelfenden Tätigkeit in Familienbetrieben hin zu marktorientierter und damit „modernerer" Erwerbstätigkeit[46].

Für die große Mehrheit der Befragten wurde Bayern zu einer ersten oder einer zweiten Heimat und mit ihrer beruflich-wirtschaftlichen Eingliederung war eine psychische, soziale und kulturelle Eingliederung verbunden. Der langjährige bayerische SPD-Vorsitzende Volkmar Gabert formulierte das so: „Der Geburt nach bin ich Sudetendeutscher. Inzwischen bin ich stark von der bayerischen Geschichte und der bayerischen Sozialdemokratie geprägt. Insofern verstehe ich mich auch als Bayer und natürlich als Deutscher. Weil meine Emotionen aber darüber hinausgehen, fühle ich mich vor allem als Europäer."[47]

Eine kleinere Gruppe hatte sich jedoch auch noch Anfang der neunziger Jahre nicht von der starken Bindung an die Herkunftsregionen gelöst, einer Bindung, die sich – wie auch im Rahmen anderer Wanderungsprozesse feststellbar – im Alter oft wieder verstärkte. Insofern zeigen sich ganz unterschiedliche Formen der Annäherung an solche Integrationsverläufe und es ist sicherlich zu kurz gegriffen, sie als ein abgeschlossenes historisches Phänomen zu behandeln.

Es gab, so ist zu resümieren, wohl alle drei Formen der Integration im Rahmen der Eingliederungsprozesse der Nachkriegsjahre in Bayern: Vielfach sind die Vertriebenen vor allem in der zweiten und dritten Generation in der bayerischen Gesellschaft aufgegangen und lassen sich – eine charakteristische Folge von Assimilierung – nur ungern an ihre Herkunft erinnern. Wie nicht zuletzt die Aussage von Volkmar Gabert zeigt, konnten sich aber auch viele Flüchtlinge der ersten Generation akkulturieren: Geprägt von einem halben Jahrhundert Leben in Bayern übernahmen sie einheimische Gebräuche und Wertmaßstäbe. Doch auch die bayerische Gesellschaft blieb nicht, wie sie war; sichtbaren Ausdruck fand diese Veränderung in dem Konstrukt des „Vierten Stammes", das den Neubürgern im Rahmen symbolischer staatlicher Traditionspflege eine eigene kulturelle Identität wiedergab.

[44] Krauss, „Deutsche sind Deutsche. . ."
[45] Handl/Hermann, Soziale und berufliche Umschichtung.
[46] Vgl.Volbrachtovà, Distinktions- und Integrationsschwierigkeiten.
[47] Kronawitter, Ein politisches Leben, S. 108.

Peter Exner

Integration oder Assimilation?

Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft - eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden[1]

1. Problemaufriß und Untersuchungsobjekt

Die Integration der Ostvertriebenen erwies sich als eine der mühevollsten Aufgaben, denen sich die deutsche Nachkriegsgesellschaft stellen mußte[2]. Den westfälischen Landgemeinden drängte sich diese einschneidende Herausforderung seit dem Frühjahr 1946 in drastischer Weise auf. Die von den Alliierten geleitete Operation „Schwalbe" sorgte für einen immensen Bevölkerungszuwachs, da die Transporte über eine Million Neuankömmlinge – vor allem aus den polnisch verwalteten Ostgebieten – in die britische Besatzungszone brachten. Die Vertreibung erfolgte nach einem festen Verteilerschlüssel und traf vornehmlich die ehemaligen Einwohner ober- und niederschlesischer Gemeinden[3]. In den westfälischen Dörfern war dadurch „alles in Bewegung geraten: Menschen, Güter, Vorstellungen, Werte"[4]. Die alteingesessene Bevölkerung sah sich durch den massiven Flüchtlingszuzug und deren Zwangseinquartierung mit alternativen Lebensformen konfrontiert.

Von Interesse ist bei dieser unvermittelten Gegenüberstellung, wie Einheimische und „Neubürger"[5], die – mehr unabsichtlich als willentlich – eher „Spannungsträger als Faktoren der Stärkung dörflicher Integration" waren[6], ihr schicksalhaftes Zusammenleben

[1] Dieser Beitrag thematisiert einen Aspekt meiner Dissertation „Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969". Sie ist Teil des Forschungsprojektes „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960" des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte.

[2] Den Forschungsstand zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen geben wieder Haerendel, Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland, S. 35–42; Sywottek, Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland, S. 38–46; Brelie-Lewien, Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, S. 24–45.

[3] Zum Ausmaß der Umsiedlung siehe Benz, Fremde in der Heimat, S. 382; Theisen, Die Vertreibung der Deutschen, S. 13–19. Zu den Auswirkung der „Operation Schwalbe" auf westfälische Landgemeinden siehe Schlesinger, Die Integration von Flüchtlingen in den Amtsbezirk Gescher nach 1945, S. 112–116; Frie, Die Eingliederung von Flüchtlingen in den Landkreis Münster nach dem Zweiten Weltkrieg, S. 125–131; Hoffmann, Flüchtlinge und Einheimische, S. 164.

[4] Pfeil, Der Flüchtling, S. 11.

[5] Der Terminus „Neubürger" geht zurück auf das Flüchtlingsgesetz für die amerikanische Besatzungszone v. 14. 02. 1947. Vgl. Pfeil, Der Flüchtling, S. 75; Brändle, Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in ländlichen Orten, S. 36f.

[6] Müller, Die soziale Wirklichkeit des deutschen Dorfes von heute, S. 29.

formten. Lebten die beiden Sozialgruppen „mißtrauisch oder gar feindselig" mehr neben- als miteinander, oder fügten sich alte und neue Dorfbewohner zu „einem neuen Volk aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen" zusammen[7]? Gelang es, aus der mittlerweile „sozial, konfessionell und stammesmäßig bunt zusammengewürfelten Einwohnerschaft des Dorfes wirklich eine Dorfgemeinschaft im echten Sinne wachsen zu lassen"[8]? Gab es das in politischen Sonntagsreden oft bemühte ‚Wunder der Flüchtlingseingliederung', oder ist die harmonisierende Formel von der raschen Integration ein „Mythos"[9]?

Das Objekt dieser Untersuchung sind drei westfälische Landgemeinden, die anhand einer Typologie – hauptsächlich aus sozioökonomischen Kriterien bestehend – ausgewählt wurden[10]. Das Dorf als der Mittelpunkt der ländlichen Gesellschaft bietet sich unter drei Aspekten als Forschungsobjekt an. Zum einen verkörpert dieses Sozialgebilde den wichtigsten ländlichen Siedlungstyp. Zum anderen bildet es wegen seiner Enge und speziellen Verfaßtheit als Face-to-face-Gesellschaft den Rahmen einer täglichen Konfliktgeschichte zwischen Gruppen und Schichten der Dorfgesellschaft. Gerade im Dorf als dem „Kristallisationspunkt der Begegnung von Flüchtlingen und Einheimischen" offenbarten sich die Kommunikationsprobleme zwischen den sich unvermittelt gegenüberstehenden Alteingesessenen und Neuankömmlingen mit ihren unterschiedlichen Denk- und Verhaltensweisen; gerade dort äußerte sich das Problem der Flüchtlingsintegration am unmittelbarsten: Hier stießen die stärksten Ausgrenzungsversuche von seiten der Einheimischen auf die schwächste Anpassungsbereitschaft der Neuankömmlinge[11]. Für den Untersuchungsgegenstand Dorf spricht schließlich die Tatsache, daß die Alliierten die Vertriebenentransporte bewußt auf das Land geleitet hatten.

Die erste Untersuchungsgemeinde liegt südwestlich von Münster auf dem Gebiet der ertragreichen Böden des Kernmünsterlandes[12]. Ottmarsbocholt, Kreis Lüdinghausen, in dem 56,1 Prozent der Einwohner dem Agrarsektor zugehörten, war von allen drei Dörfern am stärksten landwirtschaftlich, und zwar großbäuerlich, geprägt[13]. Die zweite Un-

[7] Rundschreiben 3/1950 des Westfälischen Heimatbundes; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 127. Vom Autoren dieser Schrift, Eugen Lemberg, siehe auch ders./Krecker, Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen; Waldmann, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, S. 188.

[8] Aussage des Vertriebenen und ersten Lehrers der evangelischen Volksschule Ottmarsbocholt, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 2, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 35.

[9] Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration, S. 20–36; Siewert, Der Verein, S. 83; Haerendel, Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland, S. 40f.

[10] Es waren dies der Anteil der hauptberuflich in der Landwirtschaft Beschäftigten, die Größenverhältnisse der Agrarbetriebe, der Grad der gewerblichen und industriellen Prägung sowie die Konfessionsstruktur. Dabei gerieten zum einen Agrargemeinden, zum anderen gewerblich bzw. industriell geprägte Landgemeinden in den Blick.

[11] Brelie-Lewien, Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, S. 33; Brändle, Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in ländlichen Orten, S. 180; Haerendel, Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland, S. 36.

[12] Wermert, Die Land- und Forstwirtschaft, S. 553f.; Kloosterhuis, Schwarz-Weiß-Grüne Landgemeinden, S. 397; Ditt, Struktur und Wandel westfälischer Agrarlandschaften, S. 41f.

[13] Volks-, Berufs- und Betriebszählung (im folgenden VBBZ) 1933, StDR Bd. 455,15, S. 15/64f. Der Anteil an groß- und mittelbäuerlichen Betrieben lag 1939 in Ottmarsbocholt bei 19,5 bzw. 33,7% der Gehöfte, während Heek mit 18,3 bzw. 28,7% und Rödinghausen mit 3,75 bzw. 28,75% demgegenüber deutlich abfielen; vgl. VBBZ 1939, StDR Bd. 559,9, S. 9/6f. und 9/11.

tersuchungsgemeinde befindet sich im Westmünsterland[14]. In Heek, Kreis Ahaus, war die Bevölkerung – wie in Ottmarsbocholt – bis zur Jahrhundertmitte konfessionell homogen und charakteristisch für das Münsterland katholisch sozialisiert. Obgleich agrarisch verfaßt, wies Heek im Vergleich zum ersten Dorf mehr Kleinbetriebe auf; zudem war die Dinkelgemeinde industrialisierter und beheimatete daher auch mehr Arbeiterbauern[15]. Die dritte Untersuchungsgemeinde liegt im äußersten Nordwesten des Ravensberger Landes im Kreis Herford[16]. Rödinghausen, das „Dornröschen am Wiehengebirge"[17], war – typisch für den Raum Ostwestfalen – protestantisch geprägt. In der ländlichen Gewerbegemeinde, die mit 37,4 Prozent den kleinsten Anteil an land- und forstwirtschaftlicher Bevölkerung, aber den höchsten Prozentsatz von agrarischen Kleinbetrieben vorweisen konnte, lebten aufgrund der Nähe zu städtischen Zentren (Bünde, Herford und Bielefeld) viele Industriearbeiter, die als Arbeiterbauern mit ihren Familien die Mehrheit der Ansässigen stellten[18].

Die soziale Schichtung der Dörfer richtete sich an der dominanten Stellung des primären Schichtungsmerkmals, des (Grund-)Besitzes, aus. Die Stellung zum Produktionsmittel Boden legte als Besitz- und Arbeitsverhältnis den Standort im Produktionsprozeß wie den sozialen Platz im Produktions- und Sozialverband Dorf fest. Zusammen mit dem untrennbar verbundenen Faktor Verwandtschaft bildete der Besitz die Determinante dörflicher Existenz: Familie und Besitz stellten für die dörfliche Sozialstruktur „statusbildende Elemente" dar[19].

Die Dorfgesellschaft basierte mithin auf „einer ökonomischen-rationalen Grundlage"[20], die gleichermaßen zu solidarischem Handeln wie zu Auseinandersetzungen motivieren konnte. Prägend wirkte sich das „Denken in besitzhierarchischen Systemen" aus[21]. Die Eigentumsverhältnisse besiegelten „eine Summe charakteristischer Unterschiede der dörflichen Lebenslagen" und formten daher den Werdegang eines jeden Individuums, bestimmten sie doch u. a. die Teilhabe an der politischen Herrschaft und den Kreis der zukünftigen Lebenspartner[22]. Die Familie bzw. die Verwandtschaft waren „Basisorganisationen bei der Verteilung politischer Macht und den Strategien der Verwandtschaftsbildung."[23] Sie waren als „Besitz-Clans" wesentliche „soziale Struktur-Elemente des dörflichen Produktions- und Reproduktionssystems"[24]. Nach der sozialen und mate-

[14] Ditt, Siedlungs- und wirtschaftsgeographischer Überblick, S. 16; dies., Struktur und Wandel westfälischer Agrarlandschaften, S. 36f.

[15] Während die Kleinbetriebe in Ottmarsbocholt nur 47,8 % der Höfe zählten, ergaben sie in Heek 53 %; VBBZ 1939, StDR Bd. 559,9, S. 9/6f.

[16] Botzet, Bauersleut und Heimarbeiter; Schüttler, Rödinghausen im Ravensberger Land, S. 4ff.

[17] Westfalen-Zeitung Nr. 190 v. 14. 12. 1949; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 1–20/2c.

[18] In Rödinghausen zählten 67,5 % der landwirtschaftlichen Höfe zu den Klein- und Kleinstbetrieben; VBBZ 1939, StDR Bd. 559,9, S. 9/6f. und 9/11.

[19] Zur Plazierungsleistung der Familie siehe Kromka, Die Bedeutung von Ehe und Familie für die ländliche Gesellschaft, S. 222f.; Kaschuba/Lipp, Dörfliches Überleben, S. 297. – Unter Sozialstruktur wird hier die Zusammenfassung der Bevölkerung in soziale Schichten unter Beachtung von Einstellungs- und Verhaltensmustern, Werten und Mentalitäten verstanden.

[20] Siewert, Der Verein, S. 73.

[21] Weber-Kellermann, Die deutsche Familie, S. 86; Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 49 und 126f.

[22] Vgl. Jeggle, Kiebingen, S. 201.

[23] Weber-Kellermann, Die deutsche Familie, S. 151; Hausen, Familie und Familiengeschichte, S. 73. – Das Zitat siehe bei Kaschuba/Lipp, Dörfliches Überleben, S. 572.

[24] Jeggle, Krise der Gemeinde, S. 103; Ilien, Prestige in dörflicher Lebenswelt, S. 46f.

riellen Herkunft richtete sich, „welches Wirtshaus man besuchte, mit wem man Umgang pflegte und woher man Schwiegersohn oder -tochter wählte“[25]. Schließlich gehörte der Besitz nicht dem jeweiligen Individuum, dieses verfügte lediglich über ihn. Er „war das eigentlich Beständige, die Besitzer wechselten, die konnte man austauschen, Boden war unersetzlich“[26].

2. Der unvermittelte Umbruch: Die Bevölkerungs- und Konfessionsumwälzung durch den Vertriebenenzuzug

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand in den westfälischen Dörfern ein Zuzug in drei Abschnitten statt: in der Vertreibungsphase, die durch Flucht und Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten bis Ende der vierziger Jahre ausgelöst worden war, danach die Phase der Zuwanderung aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR bis zum Mauerbau 1961 sowie schließlich der Zuzug von Arbeitskräften aus Südeuropa zu Beginn der sechziger Jahre. Der demographische und konfessionelle Umbruch, der hier beispielhaft an den Gemeinden Heek und Ottmarsbocholt gezeigt wird, ist eine Konsequenz, die der Vertriebenenzuzug seit 1946 auslöste.

Die Einwohnerzahl Heeks blieb in der ersten Jahrhunderthälfte nahezu konstant – unter Berücksichtigung der Verwaltungsreform 1936, als das Heeker Gemeindegebiet um die Bauernschaften Ahle und Gemen erweitert wurde. Kriegsbedingt sank die Einwohnerziffer zu Beginn der vierziger Jahre trotz ausländischer Arbeitskräfte, d. h. Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter, um dann ab 1944 einen neuen Aufschwung zu erfahren, besonders durch die Zuweisung von Evakuierten[27]. Im Februar 1943 kamen die ersten 43 Ausgebombten aus dem rheinisch-westfälischen Industrierevier, drei Monate später 100 Menschen aus Recklinghausen, denen weitere Evakuierte aus Münster, dem Rheinland (Düsseldorf, Duisburg und Jülich), Gelsenkirchen, Essen, Bottrop und anderen Städten des nördlichen Ruhrgebietes sowie aus Ostwestfalen (Rheda), Lippe (Lemgo) und Großstädten wie Berlin und Prag folgen sollten[28]. Je näher die Kampfhandlungen rückten, desto größer wurde der Prozentsatz der Evakuierten aus den zerbombten Nachbarstädten wie Ahaus und dem stark zerstörten Stadtlohn[29]. In den letzten beiden Kriegsjahren stieg die Zahl der Evakuierten von 339 auf den Höchstwert von 555 Mitte Februar 1945, ehe die Ziffer im darauffolgenden März auf 320 sank[30]. Unmittelbar am Ende des Krieges lebten 330 Evakuierte in Heek und stellten 11,6 Prozent der Dorfbevölkerung[31].

[25] Weber-Kellermann, Die deutsche Familie, S. 86 und 156f.

[26] Jeggle, Kiebingen, S. 73.

[27] Insgesamt bestanden während der Kriegsjahre im Amtsbezirk fünf Kriegsgefangenenlager mit einhundert Franzosen und 450 Sowjets, 21 im Krankenhaus Heek untergebrachten Franzosen sowie zwei Lager für ausländische Arbeitskräfte mit 180 Personen und ein Straflager mit 100 Inhaftierten; GA Heek, D 4 und 5.- An ausländischen Arbeitskräften lebten Ende 1941 zehn polnische Staatsbürger in Heek. Im Amtsbezirk lebten auf Höfen ohne männlichen Betriebsleiter im Mai 1944 neun Niederländer, sieben Franzosen, je drei Polinnen und Russinnen und ein Pole; GA Heek, D 257 und 245.

[28] Schreiben des Landrats v. 6.2. und 21. 5. 1943, Schreiben des NSV-Ortsamtsleiters v. 25. 8. 1943; GA Heek, D 471. Verzeichnis der Evakuierten; GA Heek, D 661.

[29] Zu den Evakuierten aus Ahaus siehe Heimat- und Rathausspiegel. Informationsschrift der Verwaltung und der Heimatvereine Heek und Nienborg 24 (1988), S. 930.

[30] Belegungsmeldungen des Amtsbürgermeisters an den Landrat von Ahaus v. 27. 11. 1944 bis 10. 3. 1945; GA Heek, D 20.

[31] Schreiben des Landrats an den Amtsbürgermeister v. 7.8. und 20. 8. 1945; GA Heek, D 20.

In der Nachkriegszeit wuchs die Einwohnerschaft weiter an. Die Evakuierten mußten auf Anordnung der Militärregierung einstweilen auf dem Land bleiben, vor allem aber schraubten die vielen Vertriebenen aus Ostdeutschland die Bevölkerungsziffer nach oben[32]. Für den gesamten Kreis Ahaus sahen die Militärbehörden eine Aufnahmekapazität von 10000 Vertriebenen bis Ende 1945 vor, von denen das Heeker Amt Nienborg 700 Menschen Unterkunft bieten sollte[33]. Der erste Transport Ende März 1946 brachte 151, der zweite 118 Nieder- und Oberschlesier sowie Ostpreußen nach Heek[34]. Weitere Transporte von Mai bis Juli und im September leiteten weitere Heimatlose in die Dinkelgemeinde[35]. Ende 1946 waren es bereits über eintausend Neuankömmlinge, die in Heek eine neue Wohnstätte zu finden hofften. Sie stellten bereits über ein Viertel der Gesamtbevölkerung[36]. In den Endvierzigern stieg die Gesamtzahl der Dorfbewohner noch einmal leicht an, um Ende 1950 den Höchststand von 3742 Ansässigen zu erreichen. Der leichte Anstieg Ende der vierziger Jahre ist vor allem auf den Bevölkerungszuwachs bei den Einheimischen zurückzuführen, während die Zahl der neuen Dorfbewohner von kleinen Schwankungen abgesehen gleich blieb. Die Vertriebenen allein stellten 1950 17,9 Prozent der Gemeindebevölkerung, lagen damit aber deutlich über dem Mittel des Kreises Ahaus von 12,5 Prozent[37].

Nach dem Höchstwert Ende 1950 nahm die Einwohnerquote in den fünfziger Jahren langsam, aber beständig ab. Wie in den anderen Dörfern sorgten vor allem die abwandernden Evakuierten und Flüchtlinge für diesen Abwärtstrend, während die Zahl der Alteingesessenen leicht anstieg. Der Blick auf die Werte der Volkszählung von 1961 verdeutlicht die Entwicklung der beiden sozialen Gruppen, die wie eine Schere auseinanderlief: Die Zahl der Einheimischen wuchs, wogegen die zugezogenen Dorfbewohner noch immer die Gemeinde verließen. Hatten die Evakuierten und Vertriebenen 1951 noch ein knappes Viertel der Bevölkerung (24,3 %) ausgemacht, so stellten sie zehn Jahre später lediglich ein Sechstel (16,8 %), 1963 nur noch ein Siebtel (14,2 %)[38].

Mit der Bevölkerungsstruktur brachen zweitens auch die Bekenntnisverhältnisse um. Das katholische Ottmarsbocholt und Heek oder das evangelische Rödinghausen veränderten unter dem Zuzug protestantischer Schlesier oder katholischer Sudetendeutscher ihre konfessionelle Homogenität. Die Gemeinde Heek zum Beispiel war bis in die vierziger Jahre hinein ein fast einheitliches konfessionelles Gebilde gewesen. Von den 2732 Einwohnern hatte sich die überragende Mehrheit von 2717 Christen (99,4 %) zur römisch-katholischen Lehre bekannt, 15 Gläubige hatten der evangelischen Kirche angehört (0,5 %)[39].

[32] Schreiben des kommissarischen Landrats Ahaus v. 2. 5. 1945; a. a. O. .
[33] Trautmann, Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe, S. 25.
[34] Aufstellung v. 25. 3. 1946; GA Heek, D 9.
[35] Die Transporte erreichten Heek am 6.5., 26.6., 3. und 22.7. sowie am 4. und 11. 9. 1946; GA Heek, D 415.
[36] Am 30. 11. 1946 stellten die 1024 Evakuierten und Vertriebenen 27,9 % der Dorfbevölkerung; GA Heek, D 123.
[37] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 15, S. 14 und 120.
[38] GA Heek, D 123; Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 0–13/2B und Flächennutzungsplan der Gemeinde Heek v. 23. 8. 1963, Zwischenarchiv Reg.-Nr. 0–13/1A; Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3a, S. 257.
[39] GA Heek, D 123 und 124; Handbuch des Bistums Münster, S. 507 f.

Der Vertriebenenzuzug nach dem Zweiten Weltkrieg weichte die althergebrachte konfessionelle Geschlossenheit Heeks auf. Vornehmlich evangelische Schlesier bewirkten, daß der Anteil der protestantischen Dorfbewohner Zuwachs erfuhr. Dennoch waren mehrheitlich katholische Vertriebene nach Heek gekommen. Von den 978 neuen Dorfbewohnern im Februar 1949 waren 808 (82,6 %) Katholiken, die restlichen 170 (17,4 %) gehörten der evangelischen Kirche an[40]. Zur Zeit der Volkszählung 1950 lebten 91,6 Prozent Katholiken und 8,3 Prozent Protestanten in Heek. Das Dinkeldorf lag damit weit unter dem Kreisdurchschnitt von 18,9 Prozent Protestanten[41]. Mit diesem Wert zu Beginn der fünfziger Jahre war zugleich der Höchststand des evangelischen Bevölkerungsanteils erreicht. Bei der nächsten Volkszählung elf Jahre später kamen die Protestanten in Heek lediglich auf eine Quote von 7,1 Prozent, während sich der katholische Bevölkerungsteil auf 92,7 Prozent vermehrt hatte[42]. Auf Kreisebene hingegen blieben die konfessionellen Relationen unverändert: Der Katholikenanteil blieb bei etwas über achtzig Prozent, die Protestantenquote wurde weiterhin mit rund 18 Prozent beziffert[43].

Diese Auseinanderentwicklung ist – entsprechend der Bevölkerungsentwicklung – auf die Abwanderung von Evakuierten und Vertriebenen zurückzuführen. 1963 hatte sich diese Entwicklung bereits weiter fortgesetzt. Nun lebten in Heek nur noch 6,9 Prozent Protestanten, der Anteil der Angehörigen der katholischen Kirche hatte sich auf 93,1 Prozent erhöht. Ein Jahr danach hatten sich die Werte noch weiter auseinanderentwickelt. Die Katholikenrate lag nun bei 94,2 Prozent, die Quote der Protestanten hatte sich auf 5,8 Prozent reduziert[44].

Konfessionsmotivierte Konflikte traten vor allem bei der Frage eines Gottesdienstraumes und einer Volksschule für die evangelischen Neubürger hervor. In Ottmarsbocholt beispielsweise hatte sich die Frage einer bekenntnisübergreifenden Erziehung nicht gestellt, bis seit 1946 evangelische Schulkinder am Unterricht in den beiden katholischen Volksschulen teilnahmen[45]. 1947 besuchten bereits 58 protestantische Kinder die konfessionsgebundenen Anstalten. Die Schulabteilung des Regierungspräsidiums forcierte daher den Bau einer evangelischen Bekenntnisschule in Ottmarsbocholt, den die Gemeindevertretung aber mit dem Hinweis auf die Raumnot, die zu erwartende sinkende Zahl evangelischer Schüler und die langen Schulwege für die Kinder, „was ihnen bei dem schlechten Schuhwerk usw. unter keinen Umständen zugemutet werden kann", abgelehnt hatte. Obgleich das Regierungspräsidium die von der Gemeindevertretung geforderten neuen Planstellen für die katholischen Bekenntnisschulen bereits im Juli 1947 genehmigt hatte – allerdings mit der Auflage, einen evangelischen Lehrer mit dieser Stelle zu betrauen, um die protestantischen Schüler auszubilden – erhielten die 35 Vertriebe-

[40] Statistische Erhebungen der Gemeinde Heek v. 4. 2. 1949; GA Heek, D 134.

[41] GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 0–11/1A. Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 15, S. 16 und 121.

[42] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3a, S. 257. Für die Werte des Jahres 1961 vgl. auch Konfessionsstatistik für den Landkreis Ahaus v. 13. 3. 1962; GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 0–13/1A.

[43] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 15, S. 16 und Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3a, S. 27.

[44] Konfessionsstatistik für Heek, Stand August 1963, und Konfessionsstatistik für den Landkreis Ahaus, Stand 31. 12. 1964; GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 0–13/1A.

[45] Vgl. GA Senden, Schulchronik Venne, o. Sig., S. 124.

nenkinder auch im Schuljahr 1947/48 keinen eigenständigen Unterricht[46]. Es dauerte bis zum 1. September 1948, bis eine einklassige, öffentliche evangelische Volkschule im Dorf den Unterrichtsbetrieb in einem Raum der katholischen Dorfschule aufnehmen konnte[47], vor allem nachdem der Schulvorstand und die katholische Elternschaft die Einrichtung einer besonderen evangelischen Schulklasse gefordert hatten, um den „konfessionelle(n) Charakter der (katholischen) Schule" zu wahren[48].

Bei der zweiten Streitfrage, dem Problem eines eigenen Gottesdienstraumes für die evangelischen Neubürger, übte sich die Ottmarsbocholter Amtsverwaltung in Zurückhaltung. Während in einzelnen Nachbargemeinden in den fünfziger Jahren Gotteshäuser für die Zugezogenen gebaut wurden, konnten die Ottmarsbocholter Protestanten erst 1956 den Raum der evangelischen Schulklasse beziehen. Für ein eigenes Gotteshaus und eine eigenständige Kirchengemeinde war die Zahl der evangelischen Christen (zu diesem Zeitpunkt noch 200 Protestanten) zu gering und nicht einflußreich genug[49].

3. Alt- und Neubürger im Spannungsfeld zwischen Konfrontation, Koexistenz und Kooperation: Aspekte der Vertriebeneneingliederung

Angesichts der determinierenden Rolle des (Grund-)Besitzes für die ökonomische, politische und sozialkulturelle Plazierung von Individuen oder Familien im Sozialverband Dorf wird offenbar, welche unterprivilegierte Position die neuen Dorfbewohner in den Landgemeinden bekleideten. In der vom Denken in besitzhierarchischen Strukturen geprägten ländlichen Gesellschaft galten sie als sozial tiefstehende ‚Habenichtse', die in der Dorfgesellschaft untergeschichtet wurden und nun einen Großteil des dörflichen „Proletariats" stellten[50]. Die Unterschichtung der Vertriebenen aufgrund ihres mangelnden materiellen und sozialen Kapitals verdeutlicht ein Überblick über den sozialen, ökonomischen, politischen, generativen und sozialkulturellen Aspekt ihrer Eingliederung.

3.1. Rivalen um Ressourcen: Verteilungskämpfe zwischen Einheimischen und Vertriebenen

Die unvermittelte Konfrontation verschiedener Normenkataloge und Lebensentwürfe der Alteingessenen und Neuankömmlinge war eine folgenschwere Belastung für das Zusammenleben der unterschiedlichen Gruppen. Aufgrund ihrer Herkunft, Prägung und Konfession brachten die Neubürger für die ansässigen Dorfbewohner anders geartete, vor allem urbane Einstellungs- und Handlungsmuster mit. Die daraus resultierenden Probleme im Umgang betrafen vorrangig die Vertriebenen, denn mangels einer Alternative konnten sie vorerst nicht aus dem ihnen zugewiesenen Umfeld wegziehen. Während

[46] Schreiben des Regierungspräsidiums, Schulabteilung, v. 6.7. und 25. 7. 1947 an den zuständigen Schulrat in Werne sowie Schreiben des Amtmanns Horn an den Schulrat in Werne v. 29. 9. 1947; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 122.

[47] Aussage des ersten Lehrers der evangelischen Volksschule, Günter Löhrke, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 2, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 34 und 36.

[48] Auszug aus dem Protokollbuch des Schulvorstandes Ottmarsbocholt v. 28. 4. 1948; Bestand Ottmarsbocholt, C 122.

[49] Auszug aus dem Protokollbuch des Schulvorstandes Ottmarsbocholt v. 28. 4. 1948; Bestand Ottmarsbocholt, C 122.

[50] Mooser, Abschied von der „Proletarität", S. 173 f.

die Evakuierten in ihre Heimatorte zurückgingen, blieben die Flüchtlinge – als Fremde im Dorf. Nicht ohne Grund nahm sich der westfälische Heimatbund auf dem Bielefelder Westfalentag 1950 der Thematik „Integration von Vertriebenen" an[51].

Die materielle Notlage, die das Leben in der Zusammenbruchsgesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit diktierte, forcierte noch die Bedrohungsängste auf Seiten der Einheimischen und das Gefühl der Ablehnung bei den Neuankömmlingen[52]. Beide Sozialgruppen wollten die knappen Ressourcen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verwendet sehen: „Sich im nackten Existenzkampf zu behaupten, war in den ersten Jahren die Hauptsache."[53] In den drei Dörfern stieg der örtliche Bedarf an materieller Grundversorgung, den der sprunghafte Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 hervorgerufen hatte, immens. Einem radikal dezimierten Angebot an täglichen Bedarfsgütern stand eine sprunghaft gewachsene Bevölkerung gegenüber. Angesichts dieser Diskrepanz konnten Grundbedürfnisse nur mühselig, häufig völlig unzureichend gestillt werden; der Mangel konnte lediglich verwaltet werden[54]. Lebensmittel waren noch bis zur Währungsreform 1948 rationiert; dringend benötigte Güter, wie zum Beispiel Brennholz, mußten geteilt werden, um die Unterversorgung strukturell benachteiligter Bevölkerungsteile wie der mittellosen Zugezogenen zu verhindern[55]. Aus dieser Mangellage, die die erhöhte Nachfrage anfänglich nur ungenügend decken konnte, ergaben sich zahlreiche Spannungen, die sich vor allem in Konflikten zwischen Angehörigen der beiden dörflichen Sozialgruppen entluden. Ein schlesischer Neubürger reklamierte die gute Versorgungssituation seines Heeker Vermieters, eines Tabakhändlers, dessen NSDAP-Mitgliedschaft er als Grund vermutete: „Wie kann man heute noch jeden Tag Kakao kochen, Speck ins Essen tun, schon früh Käse und Schinken aufs Weißbrot! So leben Nazis! Ich kann meinen Kindern kaum eine trockene Kartoffel bieten!"[56] Der Heeker Amtsbürgermeister Schlichtmann erkannte in seinem Rechenschaftsbericht die Konkurrenz der beiden Sozialgruppen und deren rivalisierende Bedürfnisse als Antrieb für Zwistigkeiten: „Daß hierbei [in der unzureichenden Versorgungssituation] die oft gegenteiligen Ansichten und Wünsche der Bevölkerung und der Flüchtlinge Schwierigkeiten verursachen, ist unausbleiblich."[57] Zudem zog der Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung anarchische Aktionsformen wie Felddiebstähle und Plünderungen nach sich. Wegen dieser „Moral der tausend Kalorien"[58] fürchtete die Militärregierung sogar „zivile Unruhen"[59] und

[51] Siehe Rundschreiben 3/1950 des Westfälischen Heimatbundes; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 127.

[52] Trittel, Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949, S. 18ff.

[53] Aussage des ersten Lehrers der evangelischen Volksschule, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 2, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 33–38, S. 33.

[54] Zur Notsituation siehe die Schilderung in FS zum 50jährigen Vereins-Jubiläum SV 1920 Heek, S. 77; allgemein Schlange-Schöningen, Im Schatten des Hungers; Vogel, Familie, S. 98–126; Brunhöber, Wohnen, S. 186ff.

[55] Siehe Liste über die Verteilung der Brennholzlieferung an die Gemeinden des Amtsbezirks v. 5. 7. 1947; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, B XI-1–14. Abgabesoll für das Amt Rödinghausen, in: Anlage zu Verfügung über Kleiderabgabe im Landkreis Herford; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–42/3–5.

[56] Schreiben des Klägers an den Oberpräsidenten in Münster v. 21. 7. 1946; GA Heek, D 1137.

[57] Schreiben des Amtsbürgermeisters an den Landrat von Ahaus v. 9. 8. 1946; GA Heek, D 493.

[58] Ausspruch des Leiters des Zentralamts für Wirtschaft in der Britischen Zone, Viktor Agartz; zit. nach Trittel, Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949, S. 27.

[59] Schreiben der Militärregierung an den Landrat v. 5. 3. 1946; GA Heek, D 164.

erließ aus Furcht vor revanchistischen Umtrieben ein Koalitionsverbot für Flüchtlinge, das bis 1948 bestand[60].

Das außerordentliche Anschwellen der Bevölkerungszahl durch den Vertriebenenzuzug hatte vor allem eine heikle Wohnungsnot zur Folge. Neben der bedrohlichen Nahrungsnot herrschte in den drei Vergleichskommunen wie im gesamten Westen Deutschlands ein desolates Wohnungsdefizit „in Höhe eines Drittels des notwendigen Wohnungsbestandes"[61]. In allen Dörfern wurde eine „ordnungsmäßige Unterbringung" ab dem Frühjahr 1947 immer schwieriger und stieß „bei den beschränkten Wohnverhältnissen [. . .] auf größte Schwierigkeiten". Spätestens zu diesem Zeitpunkt galt die Aufnahme der Vertriebenen als „mangelhaft"[62]. Dabei muß man sich vergegenwärtigen, daß die Bauernhäuser nicht für mehrere Mietparteien konzipiert waren[63]. Bereits die Aufnahme von Evakuierten hatte zu gelegentlichen Belastungen und Konflikten geführt. Reibungspunkte gab es bei diesem Zusammenprall von fremden Menschen auf engem Raum zuhauf. Die Stimmung unter den Einheimischen wie den Vertriebenen war daher „sehr gedrückt" und „von Tag zu Tag am Sinken"[64]. Überhaupt entfachte die Frage der Wohnraumverwaltung einen ständig schwelenden Konfliktherd zwischen Alt- und Neubürgern.

In Rödinghausen stieß der Wille, die Neuankömmlinge unterzubringen, wie in den anderen Landgemeinden auf materielle und mentale Grenzen[65]. Die stetig steigende Zahl der Haushaltungen war nur eine quantitative Antwort auf die Anforderung in den Endvierzigern, zeitweise über 300 neue Dorfbewohner aufzunehmen. Existierten zu Beginn der dreißiger Jahre noch 166 Haushaltungen, so war deren Zahl bereits 1947 um drei Viertel auf 289 in die Höhe geschnellt, bis sie im August 1950 mit 313 ihr Maximum erreichte[66]. Entsprechend dem Rückgang des Flüchtlingsanteils an der Gesamtbevölkerung ging die Zahl der Haushaltungen im Jahre 1961 leicht auf 309 zurück.

Im Amtsbezirk Heek standen im Oktober 1946 705 normalen 228 ‚anormale' selbständige Wohnungen – das waren Behausungen, die nicht als Wohnungen bestimmt waren, jedoch aus der Not heraus als solche genutzt wurden – gegenüber[67]. Während bereits die Unterbringung ausgebombter Familien in den letzten Kriegsjahren von einzelnen Dorfbewohner abgelehnt worden war[68], verdichteten sich die materiellen und sozialen

[60] Vgl. Wiesemann, Zweite Heimat Nordrhein-Westfalen, S. 431; Stefanski, Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet, S. 427.

[61] Hockerts, Ausblick, S. 252.

[62] Bericht des Kreisflüchtlingsamtes v. 13.3. und 12. 6. 1947 an die Militärregierung; Bericht des Oberkreisdirektors Lüdinghausen an die Militärregierung v. 18. 3. 1947; NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1500.

[63] Lagebericht des Amtsbürgermeisters Rorup an den Landrat von Coesfeld v. 26. 4. 1946; NRW-STA Münster, Kreis Coesfeld, Nr. 948.

[64] Bericht des Oberkreisdirektors Lüdinghausen an die Militärregierung v. 16. 5. 1947; NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1500.

[65] Zur Unterbringung der Evakuierten und Flüchtlinge siehe GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 6–40/9.

[66] Übersicht über die Ergebnisse der VBBZ 1933 v. 16. 6. 1933; GA Rödinghausen, B 178. Liste über die Verteilung der Brennholzlieferung an die einzelnen Haushalte der Gemeinde v. 5. 7. 1947; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, B XI-1–14. Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 15, S. 180.

[67] Unterlagen der Volkszählung v. 29. 10. 1946; GA Heek, D 134.

[68] Aufforderung des Landrats Ahaus v. 17. 2. 1944 an einen Heeker Gastwirt, seine sieben Fremdenzimmer Evakuierten zur Verfügung zu stellen. Der Gastronom hatte sich bislang mit dem Hinweis auf eine eventuelle Beschädigung der Betten geweigert; GA Heek, D 347.

Probleme in den direkten Nachkriegsmonaten und -jahren[69]. Häufig richteten die Neubürger Klagen an die Amtsverwaltung wegen „menschenunwürdiger" Unterbringung[70]. Die Flüchtlinge „mußten sich mit dem begnügen, was ihnen von den Einheimischen mehr oder weniger freiwillig überlassen wurde: mit Notunterkünften, Baracken und Lagerbehausungen als Wohnungsersatz."[71] Manchmal wurden sie sogar in gesundheitsschädlichen Behausungen wie Viehställen und Wellblechhütten untergebracht. So protestierte eine neue Dorfbewohnerin gegen die Unterbringung in einem Viehstall: „Schließlich sind wir Menschen und kein Vieh!"[72] Das mit Anträgen überhäufte Wohnungs- und Flüchtlingsamt konnte die Hausbesitzer nur dazu anhalten, die Einquartierten besser unterzubringen[73]. Landrat Sümmermann ermahnte die Kreisbevölkerung zu einer korrekten Aufnahme der Neuankömmlinge, da „auch einzelne Fälle der Ablehnung und schlechter Behandlung bekannt geworden" waren. Er drohte den Personen, die sich fehlverhielten, „daß sie auf Befehl der Militärregierung aus ihren Häusern entfernt und Flüchtlinge in diese eingewiesen" würden[74].

Tatsächlich erfolgte die Aufnahme der Vertriebenen „nicht immer rosig, oft sogar abweisend"[75]. Die Klage eines neuen Dorfbewohners über die Art und Weise der Aufnahme dokumentiert die sozialpsychologische Erfahrung eines Statusverlusts bei den Vertriebenen, die bei ihrer Aufnahme in Heek von den ansässigen Bauern unter dem „Gesichtspunkte der Arbeitsfähigkeit" ausgesucht wurden, was bei den Ausgewählten den ehrabschneidenden „Eindruck eines Sklavenmarktes" erweckte[76]. Die dörflichen Führungsgruppen hingegen sahen es als ihre Pflicht an, „daß arbeitsfähige Menschen bei Landwirten und nicht bei Dorfbewohnern, wo sie zum Nichtstun verurteilt sind, untergebracht werden"[77]. Hier zeichnete sich eine Kontinuität in der Aufnahme und Behandlung fremder Sozialgruppen ab; der Übergang von den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu den Vertriebenen ereignete sich als „bloßer Austausch"[78].

Die einheimische Bevölkerung reagierte auf die Vertriebenen, deren Rückkehr immer unwahrscheinlicher wurde, vorrangig mit Abgrenzung und dem Willen, den eigenen Besitzstand zu wahren. Von den für die Neuankömmlinge ausgehobenen Unterkünften in Einheimischenwohnungen mußten nahezu alle zwangsrekrutiert werden, lediglich eine wurde freiwillig abgegeben: Zwischen 1947 und 1950 waren dies 108 Zimmer und eine

[69] Zu Weigerungen einheimischer Dorfbewohner, Vertriebene aufzunehmen, siehe GA Heek, D 1137.

[70] Siehe dazu Verzeichnis der Einspruchs- und Beschwerdeverfahren in Wohnungsangelegenheiten; GA Heek, D 621, über den Zeitraum von 1947 bis 1950 und die bei der Verwaltung eingegangenen Proteste; GA Heek, D 160, 348, 349, 413–417, 493 sowie KA Borken, Flüchtlingsamt, Ortsbestand Nienborg, o. Sig.

[71] Waldmann, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, S. 170.

[72] Schreiben v. 30. 7. 1947; GA Heek, D 348.

[73] Ermahnung an eine einheimische Familie in dieser Angelegenheit v. 11. 2. 1947; GA Heek, D 417. Einzelne Flüchtlinge warfen den Behörden hingegen Untätigkeit vor. Siehe Schreiben einer Vertriebenen an das Kreiswohnungsamt in Ahaus v. 5. 3. 1947; GA Heek, 348.

[74] Bekanntmachung des Landrats v. 28. 3. 1946; GA Heek, D 656.

[75] Aussage einer Vertriebenen; Heimat- und Rathausspiegel 32 (1992), S. 1404.

[76] Schreiben des Klägers an die Militärregierung in Ahaus v. 20.7. und an den Oberpräsidenten in Münster v. 21. 7. 1946; GA Heek, D 1137.

[77] Stellungnahme der Gemeindevertreter v. 18. 8. 1946; GA Heek, D 493.

[78] Herbert, Zwangsarbeiter – Vertriebene – Gastarbeiter, S. 172; Sywottek, Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland, S. 46.

Wohnung mit drei Zimmern, von denen nur ein Zimmer zwanglos abgegeben wurde[79]. Eine Heeker Witwe zum Beispiel weigerte sich, zwei Zimmer einer Gemeindewohnung zu räumen, worauf der Amtsbürgermeister ihr nahelegte, der Aufforderung nachzukommen, andernfalls werde er die gesamte, gemeindeeigene Wohnung beschlagnahmen lassen[80]; in der Rödinghauser Amtsgemeinde Bieren machte sich der Bürgermeister des Hausfriedensbruchs schuldig, als er die bei einem Bekannten untergebrachten Flüchtlinge trotz eben erfolgter Zwangseinquartierung eigenmächtig wieder auswies[81]. Nicht zu Unrecht sprach das Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in einem Rundschreiben davon, daß die Flüchtlinge in zahlreichen Fällen schlechter Behandlung sich gezwungen sahen, „gegen einheimische Quartiergeber Anzeige wegen Beleidigung, Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu erstatten"[82].

In Rödinghausen erhielten die bei einem Bauern einquartierten Flüchtlinge lediglich einen Eimer Wasser als Tagesration[83]. Die beim Dorflehrer untergebrachten Vertriebenen hatten sich beim Verlassen des Hauses bei ihm abzumelden. Überhaupt lieferte die Frage der Schlüsselgewalt oder der Küchennutzung ständig den Anlaß zu Streitereien. Eine vertriebene Familie aus Ostdeutschland bat die Heeker Amtsverwaltung um Verlegung von ihrem Quartier bei einem Bauern im Ortsteil Averbeck. Den dortigen Aufenthalt empfanden die Umsiedler als „unerträglich", seitdem das Gerücht kursierte, sie wollten den Hof übernehmen; auch das Einschalten des örtlichen Polizisten änderte die Verhältnisse nicht, weswegen die Neuankömmlinge „noch lieber. . . in ein Flüchtlingslager" umziehen wollten, als auf dem Hof zu bleiben[84].

Jedoch erreichten die Kommunalverwaltung nicht nur Beschwerden von den Neuankömmlingen, sondern auch solche über sie. Eine Heeker Bäuerin beschwerte sich im Juni 1946 über die „zu anspruchsvolle" Haltung der bei ihr Einquartierten, die die gebotene Verpflegung als „saumäßig" bezeichnet hatten[85]. Ein Bauer beklagte sich über eine bei ihm untergebrachte, „sehr unsaubere" Ostvertriebene, die er „aus hygienischen Gründen" nicht weiter beherbergen wollte[86]. Ein Großbauer weigerte sich sogar gänzlich, Vertriebene auf seinen Hof aufzunehmen, worauf ihn Amtsbürgermeister Wermelt ermahnte, „Verständnis für die Lage der Ostflüchtlinge und deren Unterbringung

[79] Verzeichnis der freien oder beschlagnahmten Wohnungen, Zimmer oder Schlafstellen; GA Heek, D 620.

[80] Schreiben des Amtsbürgermeisters v. 8. 10. 1945; GA Heek, D 20. Ähnlich Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 84, wo eine Zwangseinquartierung unter Polizeieinsatz erfolgte.

[81] Der Flüchtlingsfrau gegenüber erklärte der Gemeindevorsteher: „Die [für die Zwangseinquartierung verantwortlichen Vollstreckungsbeamten] aus Herford hätten ihre Sache jetzt erledigt, nun könnte er wieder handeln." Siehe Abschrift des Urteils des Schöffengerichts Bielefeld v. 29. 4. 1949; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–00/4.

[82] Schreiben des Sozialministers des Landes Nordrhein-Westfalen v. 12. 7. 1948; GA Heek, D 418.

[83] Das Verhalten des mittelbäuerlichen Quartiergebers war den Vertriebenen noch im Mai 1950 Anlaß zu Klage. Siehe Aktenvermerk des Amtsdirektors über die Sitzung des Flüchtlingsbeirats v. 16. 5. 1950; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 4–40/2B.

[84] Schreiben der Flüchtlingsfrau v. 23. 5. 1946 und Protokoll des Flüchtlingsmannes v. 28. 5. 1946; GA Heek, D 415.

[85] Schriftliche Klage der Bäuerin v. 4. 6. 1946; GA Heek, D 415. Allgemein Verzeichnis der Einspruchs- und Beschwerdeverfahren in Wohnungsangelegenheiten; GA Heek, D 621.

[86] Beschwerde v. 17. 9. 1946; GA Heek, D 416. Auch im benachbarten Kreis Coesfeld beklagte sich eine einheimische Familie über eine evakuierte Frau, „die einfach den Inhalt des Nachtgeschirrs durchs Fenster in den Garten geschüttet" haben soll; NRW-STA Münster, NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenabteilungen, Nr. 109.

auf[zu]bringen."[87] Angesichts der Vielzahl protestierender Vertriebener hielt ein einheimischer Angehöriger des Flüchtlingsausschusses einem klagenden Neubürger vor: „Wenn alle Evakuierten so wären wie Sie, dann stünde ganz Heek Kopf!"[88]

Manchmal führte die Wohnungsnot auch zu handfestem Streit. Im Juli 1948 wurde der Leiter des Wohnungsamtes von einem Ostvertrieben nach einem Disput über Wohnungsangelegenheiten öffentlich beleidigt, gewalttätig angegriffen und dabei mit einem Aktenlocher am Kopf verletzt[89]. Ebenso wollte ein frisch vermählter Hausbesitzersohn sich den Zugang zu einer elterlichen Wohnung mit Gewalt verschaffen. Dort wohnte aber noch eine Kriegerwitwe samt Kindern und Bruder zur Miete. Da diese aufgrund des Wohnungsmangels nicht ausziehen konnten, setzte sich der Sohn des Vermieters mit beiden erwachsenen Mietern derart handgreiflich auseinander, daß diese ärztlich versorgt werden mußten. Daß es sich hierbei um keinen Einzelfall handelte, bemerkte das Ahauser Kreisblatt: „Das Geschehnis wäre weniger von öffentlichem Interesse, wenn dasselbe nicht allzusehr ähnlichen Vorkommnissen glich."[90]

Eine konfliktfreie Koexistenz von Alt- und Neubürgern war wie gesehen in keinem der drei Dörfer zur Zeit der Trümmergesellschaft möglich[91]. Bei den teilweise handfest ausgetragenen Streitigkeiten lieferte neben der materiellen Not und unterschiedlichen materiellen Ausgangslage die mentale Hürde traditioneller Deutungs- und Verhaltensmuster zusätzlichen Antrieb. Die Fremdheit des Anderen, ob nun wegen seiner unterschiedlichen Herkunft oder Konfession, seiner Bräuche oder Sprache, behinderte die Kommunikation und verschärfte die gegenseitige Abneigung. Voreingenommenheit war oft der Hemmschuh im Umgang der beiden sozialen Gruppen und Antrieb für mangelndes Verständnis, ja sogar feindselige Haltungen auf beiden Seiten. Verallgemeinerungen wie ‚die Rucksackdeutschen' oder ‚die Einheimischen' waren Ausdruck einer gleichermaßen undifferenzierten wie abschätzigen Betrachtungsweise. Vor allem auf einheimischer Seite führte die Stigmatisierung der fremden Neuankömmlinge zu deren Ausgrenzung; eine Vertriebene beschrieb die Stigmatisierung rückblickend so: „Viele Vorwürfe mußte man über sich ergehen lassen, wie z. B. ‚hergelaufenes Pack' oder ‚Polacken'."[92] Diese abfälligen Urteile standen symptomatisch für den Umgang mit den Neuankömmlingen, die als Eindringlinge empfunden wurden; sie drückten die „kollektive Ablehnung unangepaßter Zuwanderer" aus[93]. Die Nichtangepaßtheit der Neuankömmlinge an bestehende Normen brachte ihnen schnell das Klischee der Faulheit oder der Arroganz ein[94]. Eine evangelische Flüchtlingsfrau beschrieb in ihrer Klage diese gespannte Atmosphäre in Heek: „Krach, Streitigkeiten und ein solches Verhältnis verekeln mir das Leben."[95]

[87] KA Borken, Flüchtlingsamt, Ortsbestand Nienborg, o. Sig.
[88] GA Heek, D 493.
[89] Siehe dazu polizeiliche Ermittlungen v. 16., 17., 23., 24. und 30. 7. 1948; GA Heek, D 160.
[90] Ahauser Kreisblatt v. 15. 10. 1949; GA Heek, D 349.
[91] Zur Trümmergesellschaft siehe Teppe, Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, S. 22–33.
[92] Das Stereotyp „Polacken" begegnete auch den Flüchtlingen in einer Westerwaldgemeinde; Wurzbacher, Die Nachbarschaft als Ausgleichsfaktor gegen Vereinzelung und Anonymisierung, S. 142. Die Vertriebenen im badischen Schriesheim wurden als „Slowakenpack" bezeichnet; Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 83.
[93] Brelie-Lewien, Im Spannungsfeld zwischen Beharrung und Wandel, S. 360; Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 130.
[94] Zum Vorwurf der Faulheit siehe auch Brändle, Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in ländliche Orte, S. 180.
[95] Beschwerde v. 30. 7. 1947; GA Heek, D 348.

Der Wille zur Eingliederung war auf beiden Seiten gering entwickelt. Auf der einen Seite stießen die Flüchtlinge auf eine reservierte Dorfbevölkerung und waren als Rivalen im Verteilungskampf der knappen Güter höchst unwillkommen. Die Neubürger sahen sich gegenüber ihrer zerstörten Heimat in eine vergleichsweise intakte Infrastruktur gestellt, spürten aber die Reserviertheit der Einheimischen: „Man war zwar in Ottmarsbocholt in ein unzerstörtes Dorf gekommen, aber nicht immer hilfsbereit aufgenommen worden." Auf der anderen Seite zeigten die in den Westen Deutschlands gekommenen Ostvertriebenen anfänglich wenig Bereitschaft, in ihrer neuen Umgebung aufzugehen, hoffte man doch, daß der Aufenthalt fern der Heimat kein Dauerzustand werden würde: „In den ersten Jahren aber war die Hoffnung noch groß, in die alte Heimat zurückzukommen."[96] Der Leiter des für Ottmarsbocholt zuständigen Kreisflüchtlingsamtes vermerkte zum Rückkehrwunsch der neuen Dorfbewohner: „Die Flüchtlinge wollen nicht im hiesigen Volkstum aufgehen. Sie wollen ihre Heimat wiederhaben."[97]

3.2. Landwirte ohne Grund und Boden: Die Situation der Flüchtlingsbauern

Ein Gradmesser für die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenenlandwirte ist die Entwicklung der Besitzverhältnisse in der westfälischen Landwirtschaft. Die familienwirtschaftliche Struktur der westfälischen Höfe sorgte dafür, daß sich der überwiegende Teil der gesamten Betriebsfläche in privater Hand befand (1933: 86,5 %, 1949: 86,7 %, 1961: 84,8 %). Lediglich ein Achtel bis ein Siebtel (1933 wie 1949: 12,8 %, 1961: 15 %) waren Pachtland, davon der größte Teil bei den Kleinst- und Kleinbetrieben[98]. Mit dieser Situation, d. h. relativ starren Besitzverhältnissen und geringer Pachtfläche, sahen sich seit Mitte der vierziger Jahre die Flüchtlingsbauern konfrontiert, die in ihren angestammten und erlernten Beruf zurückkehren wollten.

Eine tiefgreifende Umwandlung der althergebrachten Agrarbesitzstruktur zugunsten der Ostlandwirte setzte allerdings nicht ein[99]. Eine staatlich verordnete Umwandlung der Besitzverhältnisse, die Neuverteilung von „Junkerland in Bauernland", blieb im Gegensatz zur SBZ aus[100]. Das vom Bundestag am 10. August 1949 verabschiedete Flüchtlings-Siedlungsgesetz beabsichtigte zwar noch eine zwangsweise Landübergabe, doch bereits der Teil „Landwirtschaft" im Bundesvertriebenengesetz von 1953 in der Fassung vom 14. August 1957 kannte nur eine freiwillige Abgabe des Landes abgehender Betriebe bzw. die Übernahme dieser Höfe[101]. Deshalb glückte es nur wenigen der Flüchtlingsbau-

[96] Mitmenschen unter uns – Vertriebene, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 16f.

[97] NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1500. Zum Rückkehrwunsch vor allem der älteren Flüchtlingsgeneration Brändle, Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in ländlichen Orten, S. 179 und 184f.; Rudolph, Strukturwandel eines Dorfes, S. 70f.

[98] Siehe Anhang, Tabelle Nr. 1.

[99] Exner, Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westdeutschland im Schatten der Bodenreformdiskussion, S. 181–219.

[100] Funke, 1945, S. 12; Trittel, „Siedlung" statt „Bodenreform", S. 181–207; Weisz, Versuch zur Standortbestimmung der Landwirtschaft, S. 125; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 81ff; Nehrig, Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, S. 66–76.

[101] Niggemann, Strukturwandel der Landwirtschaft im technischen Zeitalter, S. 497; Die Landwirtschaft Niedersachsens 1914–1964, S. 114f. Im gesamten Bundesgebiet übernahmen bis zum 31. 12. 1962 exakt 136362 Vertriebene einen Betrieb, in Baden-Württemberg waren es 19266; Grünende Wälder – fruchtbare Felder, S. 40.

ern, in ihrer neuen Heimat wieder einen landwirtschaftlichen Betrieb selbständig zu leiten. Im Kreis Lüdinghausen betrieben im August 1948 von 623 Flüchtlingsbauern nur zehn (1,6 %) wieder eigenverantwortlich einen Hof[102]. In Westfalen wurden bis 1949 lediglich 0,5 Prozent der Vertriebenenlandwirte wieder zu Vollbauern[103]. Aus diesem Grund waren die meisten von ihnen gezwungen, in berufsfremden Beschäftigungen zu arbeiten oder als Landarbeiter einen sozialen Abstieg hinzunehmen. Eine solche materielle wie soziale Verlusterfahrung mußten in Rödinghausen zwei vertriebene Brüder erleiden. Die Schlesier verloren bei ihrer Vertreibung großbäuerliche Höfe von 24 bzw. 48,5 ha und mußten sich nun als Landarbeiter verdingen[104]. Das Flüchtlingsschicksal bedeutete für lange Zeit eine „kollektive Deklassierung durch geminderte berufliche Stellung"[105]. Der Anteil der Flüchtlingsbauern, die diesen Weg gehen mußten, lag bei über 95 Prozent[106]. Nach einer Erhebung des ersten Lehrers der evangelischen Volksschule in Ottmarsbocholt waren 41,4 Prozent der Väter vertriebener Schulkinder nicht mehr in ihrem alten Beruf tätig. „Das war natürlich kein Dauerzustand [. . .] Jeder strebte danach, zumal nach der Währungsreform 1948, wieder seinen alten Arbeitsplatz, wenn auch nicht in seiner Heimat, zurückzugewinnen."[107] Das Landesflüchtlingsamt Westfalen empfahl daher den vertriebenen Landwirten im Sommer 1946, für das Optiker-, Uhrmacher- oder Feinmechanikerhandwerk umzuschulen[108].

Auf den Höfen der Einheimischen hingegen waren die Vertriebenen, die vielfach dort einquartiert worden waren, in der unmittelbaren Nachkriegszeit gern gelittene Arbeitskräfte, da sie die Lücken füllten, die die Landarbeiter und das Gesinde durch ihre Landflucht hinterlassen hatten[109]. Mit den neuen Dorfbewohnern sahen viele westfälische Landwirte die Gelegenheit gekommen, dem ständigen Arbeitskräftemangel „für Dauer ein Ende zu machen", da ein Drittel der nach Westdeutschland Vertriebenen der ostdeutschen Landwirtschaft entstammte[110]. In den Mangeljahren seit 1945 fanden die Bauern vor allem dann Arbeitskräfte, wenn sie Entlohnung in Naturalien boten, und manche Flüchtlingsfamilie mußte sich so ihr Überleben sichern[111]. Diese Erwerbstätigkeit ist –

[102] NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1500.

[103] Siehe Anhang, Tabelle Nr. 2.

[104] Fragebogen zur Erfassung des aus dem Osten vertriebenen Landvolks; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 4–40/2B. Die beiden Brüder gehörten zu den insgesamt zehn Vertriebenen, die als ehemalige Landwirte Betriebe mit durchschnittlich 17,4 ha geleitet hatten.

[105] Petzina, Industrieland im Wandel (1945–1980), S. 464.

[106] Müller, Die soziale Wirklichkeit des deutschen Dorfes von heute, S. 29; Waldmann, Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, S. 181.

[107] Aussage des Vertriebenen und ersten Lehrers der evangelischen Volksschule in Ottmarsbocholt; Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 2, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 35 und Teil 3, in: a. a. O. 8 (1987), S. 13. Zur wirtschaftlichen Integration der Vertriebenen siehe auch Benz, Fremde in der Heimat, S. 384.

[108] NRW-STA Münster, Oberpräsidium, Nr. 8263, S. 58.

[109] Im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen waren 1949 28,3 % der Vertriebenen in Räumlichkeiten der Landwirtschaft untergebracht; Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 27, Heft 2, S. 87. Auf 29,1 % der nordrhein-westfälischen Höfe waren zu diesem Zeitpunkt noch Vertriebene einquartiert; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 111; Priebe, Wer wird die Scheunen füllen? S. 208f.

[110] Artikel „Die Eingliederung der Ostvertriebenen", in: Landwirtschaftliches Wochenblatt für Westfalen und Lippe 105 (1948), S. 1; NRW-STA Münster, Oberpräsidium, Nr. 7413, S. 5.

[111] Bericht des Kreisernährungsamtes an Landrat Coesfeld v. 20. 3. 1947; NRW-STA Münster, Kreis Coesfeld, Nr. 968. NRW-STA Münster, Oberpräsidium, Nr. 8263, S. 143.

als kurzzeitige Reagrarisierungswelle – auf die verheerende Versorgungslage zurückzuführen, in der eine Beschäftigung in einem landwirtschaftlichen Betrieb der eigenen Existenzsicherung diente[112]. Der Anteil der 15491 Betriebe, die Neubürger beschäftigten, bezifferte sich auf 8,9 Prozent und lag damit knapp über dem Bundesdurchschnitt. Nahezu alle der 33536 vertriebenen Arbeitskräfte waren als familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt[113].

Jedoch bildeten die landwirtschaftlichen Betriebe für viele neue Dorfbewohner eine Durchgangsstation zu anderen Berufen. Viele Neubürger waren in ein wirtschaftliches Umfeld gekommen, in dem sie ihre spezifischen Fähigkeiten nicht entfalten konnten. Nach der Währungsreform und dem anschließenden ökonomischen Dauerboom wanderten viele Heimatvertriebene in industrielle Ballungsräume an Rhein und Ruhr ab[114]. Diese konnten jetzt wieder Erwerbspersonen aufnehmen, die während und nach dem Krieg in die weniger vom Krieg betroffenen, ländlichen Gebiete dirigiert worden waren. Andere wollten aus der sozial geringgeschätzten Stellung einer landwirtschaftlichen Arbeitskraft aufsteigen und fanden außerhalb des dörflichen Produktionsrahmens bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen, blieben aber wegen des knappen städtischen Wohnraumes auf dem Land wohnen. Damit zogen die seit Mitte der vierziger Jahre neugewonnenen Landarbeiter unter den Neubürgern aus der Landwirtschaft in die wieder auflebende Industrie fort[115].

Auch in den Konsolidierungsjahren der Bundesrepublik glückte es nur wenigen Flüchtlingsbauern, sich im Agrarsektor eine eigene Existenz aufzubauen. Den ehemals vollbäuerlichen Vertriebenenlandwirten war es praktisch unmöglich, an Boden zu kommen. Land zu kaufen war ihnen verwehrt, da sie kaum Geld besaßen und ihnen faktisch kein Land verkauft wurde. Schließlich blieb nur die Einheirat in einen Hof, was nur den wenigsten gelang. Im münsterländischen Landkreis Borken leiteten Anfang der fünfziger Jahre nur drei von 500 ehemals selbständigen Ostlandwirten wieder einen Hof. 37 Prozent der Flüchtlingsbauern waren als Hilfsarbeiter, 22 Prozent als Landarbeiter und sieben Prozent als Facharbeiter erwerbstätig; 35 Prozent hatten keine Arbeit. In der gleichen Größenordnung bewegte sich das Ausmaß der Eingliederung von vertriebenen Landwirten in den Kreisen der drei Untersuchungsgemeinden. In Lüdinghausen und Ahaus bewirtschafteten 1953 zehn bis 15, in Herford 15 bis 20 Vertriebene einen von tausend Betrieben[116].

[112] Vgl. Anhang, Tabelle Nr. 2.- Das Bundesmittel lag bei 8,8 %. Zwischen den einzelnen Ländern gab es beträchtliche Unterschiede, aus der je verschiedenen Betriebsgrößenstruktur und dem Bevölkerungsanteil der Vertriebenen resultierten: In Schleswig-Holstein beschäftigten 37,8 % aller Betriebsleiter Flüchtlinge, in Württemberg-Baden nur 6,9 %; Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 27, Heft 2, S. 89f.

[113] Bei der VBBZ 1950 waren 37999 Flüchtlinge im Agrarsektor erwerbstätig; Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 5b, S. 4–7, 72–75, 132–135 und 238–241.

[114] Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 4 (1952), 2. Sonderheft, S. 15–22, bes. S. 15; für die Bundesrepublik Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 27, Heft 2, S. 87.

[115] Artikel „Wege zur Bekämpfung der Landflucht" von Ministerialdirektor Maier-Bode, Düsseldorf, in: Landwirtschaftliches Wochenblatt für Westfalen und Lippe 106 (1949), S. 1353.

[116] Grafik „Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in Nordrhein-Westfalen 1953", in: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 33, Anhang.

Anfang der sechziger Jahre belief sich der Flüchtlingsanteil unter den selbständigen Landwirten in Westfalen auf 2,8 Prozent[117]. Noch niedriger fielen die Quoten für die ökonomische Eingliederung in den Kreisen der Untersuchungsgemeinden aus. So kamen 1960 nur 87 der 3985 Landwirte im Landkreis Lüdinghausen aus Ostdeutschland. Sie stellten damit 2,2 Prozent der Bauern und bewirtschafteten 2,4 Prozent der Betriebsfläche. Nur 933 der 1434 Hektar waren Eigentum der vertriebenen Landwirte: 35 Prozent ihrer Betriebsfläche mußten sie hingegen pachten. Unter den 4642 Betriebsinhabern im Landkreis Ahaus, die 1960 einen Agrarbetrieb leiteten, waren lediglich 53 Vertriebene. Diese 1,1 Prozent bearbeiteten 0,8 Prozent der gesamten Betriebsfläche; ein Viertel des bearbeiteten Landes war gepachtet[118]. Insgesamt waren es 4130 Flüchtlingsbauern, die für ihren Neuanfang in Westfalen zinsverbilligte Darlehen und Beihilfen aus öffentlichen Mitteln des Landes und aus dem Lastenausgleichsfond, einer der größten finanziellen Transaktionen in der deutschen Geschichte, in Anspruch nehmen konnten[119].

Hervorzuheben ist bei diesen Betrieben, daß der Anteil des Pachtlandes mit 49,2 Prozent dem des Privatlandes von 50,8 Prozent entsprach. In allen Betriebsgrößen bis fünfzig Hektar überwog bei den Vertriebenenhöfen die Fläche des Pacht- die des Eigenlandes. Die Höfe der Einheimischen dagegen standen auf einer weitaus breiteren Basis von privatem Grund, der im Mittel 85 Prozent der Betriebsfläche ausmachte. Die 15 Prozent Pachtland hatten dabei lediglich die Funktion, die Produktionsbasis zu arrondieren. Darüber hinaus stellten die Höfe der Vertriebenenbauern in der Regel Parzellen- und Kleinbetriebe dar, die im ökonomischen Strukturwandel der Nachkriegszeit stark in ihrer Existenz gefährdet waren[120]. Zu den für Westfalen charakteristischen mittelbäuerlichen Betrieben zählte mit 31,8 Prozent nur ein knappes Drittel der Neubürgerhöfe[121]. Mehr als die Hälfte der 4130 Höfe (56,6 %) verfügten über eine Betriebsfläche von einem halben bis fünf Hektar; zum Teil handelte es sich dabei um vergrößerte Kleingärten[122].

[117] Vgl. Anhang, Tabelle Nr. 3.

[118] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 4a, S. 16f.

[119] Heimatvertriebene Landwirte in Nordrhein-Westfalen, S. VIIff. In Niedersachsen lag die Zahl der Neusiedler bei 7790 und im Bundesgebiet bei 34564. Die Landwirtschaft Niedersachsens 1914–1964, S. 116; Die Zahl der Vertriebenen, die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe waren, lag mit 14976 in Niedersachsen und 46069 im Bundesgebiet noch höher; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960, S. 162.

[120] In der Bundesrepublik stellten die Vertriebenenlandwirte Anfang der fünfziger Jahre nur 0,5 % der Inhaber von Betrieben über 0,5 Hektar, aber 13,5 % der Eigentümer von Höfen unter 0,5 Hektar; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 30. Siehe auch Bauerkämper, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren, S. 189.

[121] Damit konnte Westfalen höhere Werte als andere Bundesländer oder das Bundesgebiet vorweisen. In Baden-Württemberg lag der Anteil der von Flüchtlingslandwirten übernommenen mittelbäuerlichen Betriebe bei 10,5, im Bund bei 16,6 %; Grünende Wälder – fruchtbare Felder, S. 40.

[122] Siehe Anhang, Tabelle Nr. 4. In Baden-Württemberg und der gesamten Bundesrepublik dagegen lag der Anteil der von Vertriebenen übernommenen Kleinst- und Kleinbetriebe mit 88 bzw. 78,1 % deutlich höher. Vor allem im Südwesten versuchte man infolge des Landmangels Nebenerwerbssiedlungen zu schaffen, die faktisch vergrößerte Hausgärten darstellten; Grünende Wälder – fruchtbare Felder, S. 40.

3.3. Die Herrschaft der Verwandtschaft: die politische Partizipation der neuen Dorfbewohner

Bei der Rekrutierung der politischen Dorfelite kam der Familie bzw. Verwandtschaft zusammen mit dem Besitz die Funktion des entscheidenden Kriteriums zu. Verwandtschaft legte die politische Wählbarkeit und den gesellschaftlichen Einfluß im Sozialraum Dorf fest; umfangreicher (Land-)Besitz bildete eine der essentiellen „Quellen lokaler politischer Macht" und Legitimitätsgrundlagen zur Ausübung von Herrschaft[123]. Die politische Kompetenz und öffentliche Akzeptanz eines Kandidaten beruhte weniger auf individuellen Fähigkeiten und Qualifikationen als vielmehr auf dessen sozialem und ökonomischem Hintergrund. Die Flüchtlinge, die als ‚Habenichtse' kaum materielles oder soziales Kapital vorweisen konnten, besaßen bei dieser herkömmlichen Form der Elitenrekrutierung, die sich an Besitz, Status und Prestige ausrichtete, geringe Chancen auf politische Partizipation.

Seit den Wahlen zu den Amts- und Gemeindevertretungen seit 1948 versuchten die Altbürger, die Einflußmöglichkeiten der neuen Dorfbewohner zu begrenzen. Diese artikulierten sich in Ottmarsbocholt in Gestalt der Arbeiter Hermann Drygalla und Bernhard Metzner, die als Flüchtlingsfürsprecher in diese Gremien gewählt wurden[124]. Während Metzner seinen Platz nach einem Jahr durch Fortzug an einen Alteingessenen verlor, entwickelte sich Drygalla zum Sprachrohr der Vertriebeneninteressen[125]. Der Niederschlesier, 1895 in Weide-West im Kreis Breslau geboren, hob sich von seinen Ratskollegen wesentlich ab: Zum einen gehörte er der protestantischen Kirche an, zum anderen engagierte er sich als SPD-Mann[126]. Der gelernte Bauarbeiter stellte in der Lokalpolitk also unter zwei Aspekten eine Neuheit dar. In seiner Person trat erstmals eine Minderheit in der bislang konfessionell wie parteipolitisch homogenen Landgemeinde auf. Bis 1948 hatten ausschließlich katholische Lokalpolitiker amtiert und jeweils eine Partei – entweder das Zentrum, die NSDAP oder die CDU – monopolartig die Bürgervertretungen dominiert. 1948 kam es unter dem Einfluß der Flüchtlinge zum erstenmal zur gleichzeitigen Präsenz zweier Parteien in den politischen Gremien[127]. Diese Konstellation wiederholte sich in der vormaligen Zentrumshochburg Heek, dort allerdings mit vierjähriger Verzögerung, und in Rödinghausen stellte sie sich auch ein – freilich unter umgekehrten Vorzeichen[128].

[123] Planck/Ziche, Land- und Agrarsoziologie, S. 175.

[124] Zum Zeitpunkt der Wahl lebten 703 Flüchtlinge in Ottmarsbocholt bei einer Einwohnerzahl von 2265. Der Flüchtlingsanteil lag demnach bei 31 %; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 43.

[125] Auszug aus dem Protokollbuch der Amtsvertretung Ottmarsbocholt von 1938 bis 1969, o. Sig., Sitzungsprotokoll v. 20. 5. 1949; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 33.

[126] Im Unterschied zu Drygalla schloß sich der zweite Flüchtlingsfürsprecher Metzner wie alle einheimischen Kandidaten der Union an; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 33. Nach Grebing, Die Parteien, S. 128, waren 90 % der SPD-Mitglieder im Jahre 1946 bereits vor 1933 Parteiangehörige gewesen.

[127] Am 17. Oktober 1948 stimmten von 1036 Wählern 849 (81,9 %) für CDU- und 187 (18,1 %) für SPD-Kandidaten. Angesichts der geringen Wahlbeteiligung ist zu vermuten, daß sich vor allem die Flüchtlinge enthalten haben, denn die Zahl ihrer Sachwalter entsprach nicht ihrem Bevölkerungsanteil von einem knappen Drittel. Zum unpolitischen Verhalten der Flüchtlinge siehe die ersten zeitgenössischen Analysen wie Schelsky, Die Flüchtlingsfamilie, S. 159ff.

[128] Unter einer Hochburg ist eine lokal begrenzte soziale Einheit zu verstehen, die durch das Zusammentreffen mehrerer Strukturdimensionen wie regionaler Tradition, wirtschaftlicher Lage,

Auf den Einfluß der Zugezogenen ging eine Veränderung in der politischen Kultur des Dorfes zurück, nämlich in der institutionalisierten Form der Kommunikation und Interaktion der Dorfbewohner. Die Bekanntgabe amtlicher Bescheide war bislang „in ortsüblicher Weise" erfolgt, konkret „durch Ausruf an der Kirche" nach dem sonntäglichen Hochamt[129]. Diese althergebrachte Ansagepraxis an einem bekenntnisgebunden Ort war in der konfessionell heterogenen Dorfgesellschaft nach dem Krieg nicht mehr möglich. Der Zuzug bekenntnisverschiedener Vertriebener verlangte eine Verlegung in konfessionell neutrale Gefilde. Zudem erwirkten die neuen Dorfbewohner die Transparenz politischer Entscheidungsprozesse. Vor dem Krieg hatten die Ratssitzungen oft sonntags nach dem Kirchgang in Wirtshäusern oder privaten Wohnungen stattgefunden. Seit Ende der vierziger Jahre änderte sich dieses familiäre Procedere, und die Zusammenkünfte wurden nun nachmittags an einem Wochentag anberaumt[130]. Den Neubürgern gelang es, gestützt auf „eigene kommunalpolitische Erfahrung" und auf „eine gut entwickelte traditionsreiche Selbstverwaltung" in ihrer Heimat, die lokalpolitische Entscheidungsfindung aus der Dunsthülle verwandtschaftlicher Absprachen in Gast- und Gotteshaus herauszulösen[131].

Ebenso veränderte sich unter dem Eindruck des Vertriebenenzuzugs das Abstimmungsverhalten. Bislang war man sich bei den Ratssitzungen immer schon vorher einig gewesen; Personal- und Sachentscheidungen waren traditionell „einstimmig" und „durch Zuruf" gefallen[132]. Das bedeutet nicht, daß keine gegensätzlichen Meinungen oder Interessen existiert hätten, sondern interne Absprachen im Vorfeld der Ratssitzungen hatten zu dem üblichen einhelligen Abstimmungsbild geführt. In den Volksvertretungen der Nachkriegszeit, wo infolge des Vertriebenenzuzugs unterschiedlich sozialisierte und politisch orientierte Interessenvertreter saßen, konnte es nicht mehr zu einmütigen Entschlüssen kommen. Damit wurden Anträge nicht mehr durch einhelligen Zuruf sanktioniert, vielmehr mußten von nun an Stimmen gezählt werden[133].

Gleichwohl erschütterten die Vertriebenen die Grundsäulen dörflicher Politik, wie zum Beispiel die Zusammensetzung der Bürgervertretungen, nicht. Trotz seiner zeitweiligen Mitgliedschaft in den Bürgervertretungen stellte die Amtszeit des genannten Amts- und Gemeinderates Drygalla eine ‚exotische Episode' dar. Nach ihm kam kein Arbeiter mehr in die von Großbauern und Handwerksmeistern dominierten Gremien, zudem blieb er der letzte protestantische Rat. In Rödinghausen gehörte ab 1961 kein Neu-

kultureller Ausrichtung, schichtspezifischer Zusammensetzung der intermediären Gruppen und der Religion gebildet wird; Falter, Hitlers Wähler, S. 351, in Anlehnung an M. Rainer Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Wilhelm Abel (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Fs. zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 383.

[129] Siehe dazu z. B. die Verkündung der Abschrift der Satzung über die Festsetzung der Zahl der Gemeinderäte v. 1. 6. 1934; GA Heek, D 43. Siehe auch Schreiben des Amtsbürgermeisters v. 21. 3. 1939; GA Heek, D 368.

[130] GA Senden, C 7 und Protokollbuch der Amtsvertretung Ottmarsbocholt von 1938 bis 1969, o. Sig., Sitzungsprotokolle ab 1946.

[131] Für bayerische Landgemeinden siehe Erker, Revolution des Dorfes? S. 414.

[132] Protokollbuch der Gemeindevertretung Heek von 1925 bis 1933; GA Heek, C 758, zudem D 34, 43 und 371.

[133] Exemplarisch steht hierfür neben den personellen Besetzungen der Ausschüsse auch die Delegation der Schulvorstände im Jahre 1946. Beschluß der Gemeindevertretung Heek v. 11. 10. 1946; GA Heek, D 371.

bürger mehr der Gemeindeverordnung an. Dieser Befund spricht für eine einseitige Angleichung der Vertriebenen. Die politische Partizipation der neuen Dorfbewohner unterlag gleichsam einer ‚negativen Auslese', da sich die Flüchtlingsfürsprecher neben der erforderlichen Konfession auch noch dem lokalen politischen Anforderungsprofil anzupassen hatten oder sich der SPD als der Partei der auswärtigen Außenseiter anschließen mußten. Dies verdeutlicht das Beispiel Heek. Hier glichen sich die Vertriebenenverteter immer mehr ihren einheimischen Kollegen an; sie gehörten der katholischen Kirche an, obendrein war ein CDU-Kandidat für die örtlichen Gegebenheiten besser geeignet. Überhaupt avancierte in den katholischen Münsterlandgemeinden die SPD als erstmalige (partei-)politische Alternative zu einer Außenseitervereinigung: Während bei der Heeker Gemeinderatswahl von 1964 unter den 27 CDU-Bewerbern 24 Einheimische (rund 89%), zwei Westfalen aus Nachbargemeinden und nur ein Vertriebener aus Breslau waren, kam keiner der neun SPD-Kandidaten gebürtig aus Heek. Vielmehr traten sieben Vertriebene für die Sozialdemokratie ein[134]. Diese Verhältnisse hatten bereits bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen von 1952 bis 1961 vorgeherrscht.

Auch in den Unterausschüssen der Bürgervertretungen trafen die neuen Dorfbewohner nur geringe Mitgestaltungsmöglichkeiten an. Dem neunköpfigen Ottmarsbocholter Flüchtlingsausschuß vom 8. Mai 1946 gehörten drei Vertriebene an, unter ihnen auch – ein Novum in der Lokalpolitik – eine Frau[135]. Dem Nachfolgegremium vom 22. Oktober 1946, das eine reine Honoratiorenriege aus stellvertretendem Bürgermeister, Amtsvertretern und zwei Lehrern war, gehörte kein Vertriebener an. Angesichts der in der Trümmergesellschaft knappen Mittel wollten die Alteingesessenen diese in ihrem Interesse verwaltet sehen. Im Sammelausschuß der Gemeinde von 1947 saß ein Vertriebenenvertreter neben sieben Ottmarsbocholtern, dem Bürgermeister, Pfarrer, einer Lehrerin, je zwei Bauern und Handwerkern[136]. In der Wohnungskommission von 1948 saß die Vertriebenenvertreterin mit vier Einheimischen: dem Bürgermeister, einem Bausachverständigen, Maurer und kaufmännischen Angestellten.

Die Partizipationsmöglichkeiten der Neubürger an der Dorfpolitik schienen sich im Herbst 1948 zu bessern, als die Amtsvertretung beschloß, Flüchtlinge zu Ausschußsitzungen nach den Neuwahlen zur Amtsvertretung und zum Kreistag am 17. Oktober hinzuzuziehen[137]. Tatsächlich nahmen sich politischen Beteiligungsmöglichkeiten für die Neubürger aber unverändert aus: Im Flüchtlings-, Wirtschafts-, Bau-, Finanz- und Marktleistungsausschuß befand sich keiner ihrer Fürsprecher, im Wohnungsausschuß lediglich einer, der erst vier Jahre später auf Vorschlag der Interessengruppe der Ostvertriebenen Verstärkung erhielt[138]. Im Fürsorgeausschuß hatten zwei Flüchtlingssprecher Sitz und Stimme, im Siedlungsausschuß und in der Schlichtungsstelle einer. Bei der Zusammenstellung der Ausschüsse nach der Amts- und Gemeindevertreterwahl 1956 fand erneut kein Ver-

[134] Dazu kam ein Kandidat vom Niederrhein (Kleve) und zwei aus Ahaus. Wahlunterlagen betr. Amts- und Gemeindevertretung am 27. 9. 1964; GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 0–26/3A.

[135] Zu Vertriebenenverbänden und Flüchtlingsorganisationen im Kreis Lüdinghausen NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1505.

[136] Behändigungsliste über die am 26. 11. 1947 stattfindende Sitzung des Sammelausschusses der Gemeinde Ottmarsbocholt, GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, C 14.

[137] GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, Protokollbuch des Amtes Ottmarsbocholt von 1938 bis 1969, o. Sig., Eintrag v. 3. 9. 1948.

[138] Ab Februar saß neben dem schlesischen Renter Franz Gröger die Vertriebene Martha Göllner im Wohnungsausschuß; a. a. O., Einträge v. 29. 10. 1948, 30. 4. 1951 und 22. 2. 1952.

triebener Berücksichtigung im Haupt- und Finanzausschuß. Auch in der Schiedsstelle, wo Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen unterhalb des Gerichts geschlichtet werden sollten, saß kein Sachwalter der neuen Dorfbewohner[139].

Als sich im Jahre 1954 noch ein Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen konstituieren sollte, der sich für deren Interessen gegenüber der Amts- bzw. Gemeindeverwaltung einzusetzen hatte, zeigte sich, daß das neue Gremium keinerlei Einflußmöglichkeiten besaß[140]. Während in Nachbargemeinden wie Ascheberg oder Beckum-Hövel die Beiratsmitglieder zu kommunalpolitischen Themen, zumindest aber zu Flüchtlingsfragen, gehört wurden, hielten die Ottmarsbocholter Kommissionsmitglieder Zusammenkünfte für „nicht [...] notwendig"[141]. Die Beiräte trafen sich lediglich einmal im Jahre 1956, als eine Situation wie im benachbarten Bork entstanden war, wo die Kollegen „ihre Arbeit für überflüssig" hielten, „da inzwischen nach 10 Jahren Vertreibung gesetzliche Regelungen ausreichend getroffen wurden"[142]. Die erste Beiratssitzung stellte also zugleich die letzte dar.

In Rödinghausen war den Neuankömmlingen auf der Ebene der Ausschüsse anfänglich der gleiche geringe Grad an politischer Partizipation zugewiesen worden, der sich erst durch Interventionen der Aufsichtsbehörden verbessern sollte. Da im Amtsausschuß für Evakuierte und Flüchtlinge keiner der Betroffenen einen Platz gefunden hatte, dafür ausschließlich Einheimische, ordnete das Oberpräsidium Westfalen im Sommer 1946 an, die Flüchtlingsausschüsse neu zu bilden[143]. Diese sollten sich nun paritätisch aus neuen und alten Dorfbewohnern zusammensetzen. So saßen sich ab August 1946 unter dem Vorsitz von Amtsbürgermeister Kiel vier Ortsansässige, die zugleich dem Amtsrat angehörten, und ebenso viele Vertriebene gegenüber[144]. Der Flüchtlingsausschuß der Gemeinde Rödinghausen setzte sich nach demselben Muster zusammen[145]. Im Wohnungs-, Finanz- und Personalausschuß des Amtes hingegen hatte noch im Oktober 1948 keiner der Neubürger Sitz oder Stimme, im Jugendausschuß einer als Vertreter eines örtlichen Sportvereins. Im Wohnungsausschuß kam es lediglich auf Initiative des Amtsflüchtlingsausschusses zur Wahl eines Flüchtlingsfürsprechers[146]. Im Wohnungs-, Schul-, Wohlfahrts- und Siedlungsausschuß konnte erst im Jahre 1948 je ein Neubürger mitarbeiten, nachdem dies zwei Jahre zuvor noch nicht möglich gewesen war. Im Amtswohnungsausschuß 1949 waren zwei von neun, im Wohlfahrtskomitee drei von elf und im Verbrau-

[139] Im Fürsorgeausschuß saßen das CDU-Mitglied Bernard Metzner und Elfriede Peikert, im Siedlungsausschuß der frühere Landwirt Oskar Soffke und in der Schlichtungsstelle Bernhard Metzner; a. a. O., Eintrag v. 29. 10. 1948 und 8. 11. 1956.

[140] Diese Beiräte wurden bereits in den vierziger Jahren mit derselben Intention landesweit auf allen Verwaltungsebenen gebildet; Wiesemann, Zweite Heimat Nordrhein-Westfalen, S. 432f.; Stefanski, Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet, S. 428.

[141] Schreiben des Kreisbeirats für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen an die Amtsverwaltung Ottmarsbocholt v. 15. 6. 1954, 18. 11. 1955 und 28. 10. 1957; KA Coesfeld, Bestand 5, Nr. 9.

[142] KA Coesfeld, Bestand 5, Nr. 9.

[143] Siehe die Erlasse vom 13.6. und 16. 7. 1946; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, D 0–23/10.

[144] Protokoll der Amtsvertretersitzung v. 20. 8. 1946, Nachweisung der gewählten Ausschüsse des Amtes Rödinghausen v. 26. 9. 1946 und Namen der Vorsitzenden des ständigen Ausschusses v. 4. 10. 1946; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–00/20 und D 0–23/10.

[145] Anordnung des Herforder Oberkreisdirektors v. 23. 9. 1946 und Namen der Vorsitzenden der ständigen Ausschüsse v. 4. 10. 1946; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–00/20.

[146] Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Amtsvertreter v. 10. 7. 1948 und Protokoll der Amtsvertretersitzung v. 30. 10. 1948; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–23/10.

cherausschuß gar vier von neun Mitgliedern zugezogene Neubürger[147]; im Amtswohnungsausschuß 1950 saßen vier Neubürger mit elf Alteingesessen zusammen[148]. Da sich im Rödinghauser Gemeinderat zu diesem Zeitpunkt keine Zugewanderten plazieren konnten, wurde der Vertriebenenbeirat aufgefordert, einen Flüchtlingsfürsprecher zu bestimmen, der zu allen Sitzungen eingeladen wurde, in denen Vertriebenenangelegenheiten besprochen wurden. Auch hier leitete eine Weisung von oben, diesmal eine Verfügung der Herforder Kreisverwaltung, die Neuerung ein[149].

3.4. „Drum prüfe wer sich ewig bindet, wie sich die Wies' zum Acker findet": Integration durch Heirat?

Der Bereich der generativen Reproduktion ist von besonderem Interesse bei der Frage nach der Vertriebenenintegration, da das Konnubium einen Teil der klassischen Integrationstrias – Kommerzium, Kommensalität und Konnubium – ausmacht[150]. In den Jahren nach 1945 herrschte in den westfälischen Dörfern wie im gesamten Westen Deutschlands ein Heiratsboom, der die Folge eines kriegsbedingten Nachholbedarfes, mehr noch das Resultat des Vertriebenenzuzugs war[151]. Der Zuzug zahlreicher Flüchtlinge brachte potentiell neue Orientierungen für das generative Verhalten mit sich; mit den Vertriebenen lebten von nun an Menschen mit verschiedener Sozialisation und unterschiedlicher Konfession in den Landgemeinden[152]. Wertet man das Heiratsverhalten, das bis 1960 analysiert wurde, als Indikator für die Integrationskraft des Sozialraumes Dorf unter dem Eindruck des Vertriebenenzuzugs, dann gelten Trauungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen als Gradmesser für die Eingliederung der neuen Dorfbewohner.

In allen Landgemeinden erwiesen sich die das Heiratsverhalten beherrschenden Orientierungs- und Verhaltensmuster als äußerst beharrlich. In Ottmarsbocholt heirateten bei insgesamt 310 Verbindungen mit einheimischer Beteiligung 84,1 Prozent der Brautleute gemäß der althergebrachten Ausrichtung, d. h. die Ottmarsbocholter gingen 254 Vermählungen untereinander oder mit Partnern aus der Umgebung ein. Lediglich bei 48 Ehebünden (15,9%) trauten sich ein Flüchtling und ein Bewohner Ottmarsbocholts. In Heek gaben sich bei 324 von 427 Trauungen ausschließlich Einheimische das Ja-Wort; in Rödinghausen traf dies bei 105 von 154 Vermählungen (68,2%) zu[153].

[147] Nachweisung der gewählten Ausschüsse der Gemeinde Rödinghausen v. 30. 10. 1948 und Schreiben der Amtsverwaltung an das Kreisflüchtlingsamt v. 1. 3. 1949; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–00/20.

[148] Protokoll der Amtsvertretersitzung v. 22. 6. 1950 und Protokoll der Bürgermeisterbesprechung v. 25. 4. 1950; GA Rödinghausen, C 0–00/21 und D 0–23/10.

[149] Verfügung der Landkreisverwaltung Herford v. 28. 2. und Protokoll der Bürgermeisterkonferenz v. 17. 3. 1949; GA Rödinghausen, Zwischenarchiv, C 0–00/21.

[150] Müller, Die Verschwägerung (Konnubium) als soziologischer Maßstab für die Einwurzelung der heimatvertriebenen Bevölkerungsgruppen, S. 117–133; ders., Die soziale Wirklichkeit des deutschen Dorfes von heute, S. 29; Köllmann, Die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik, S. 91.

[151] Für die Bundesrepublik siehe Kromka, Die Bedeutung von Ehe und Familie für die ländliche Gesellschaft, Tabelle 1: Familienstatistische Daten für die Bundesrepublik Deutschland (1950–1986), S. 217.

[152] Mit den seit 1943 untergebrachten Evakuierten kam es zu keinen Trauungen; ihr Zwangsaufenthalt wurde als Provisorium angesehen.

[153] Der höhere Prozentsatz von lokal exogenen Verbindungen ist damit zu erklären, daß die Gattensuche in der Ravensberger Landgemeinde im Vergleich mit Ottmarsbocholt traditionell nicht allein auf das Dorf fixiert war, sondern bedingt durch geographische Lage und Pendlerwesen viele Rödinghauser schon vor 1946 auswärtige Partner gewählt hatten.

Die herkunfstverschiedenen Verbindung werden im folgenden noch eingehender untersucht.

Die Geschlossenheit in den einzelnen Schichten nahm gegenüber den Kriegsjahren geringfügig ab, erlangte nach 1945 aber immer noch einen hohen Anteil. In Ottmarsbocholt wurden unter den 353 Vermählungen 324 zwischen Partnern aus der gleichen Gesellschaftsschicht eingegangen. Mit einem Anteil von 91,7 Prozent blieben die schichtinternen Ehebünde die beherrschende Mehrheit. In Heek betrug die Schichtkonsistenz 85,5 und in Rödinghausen 87,7 Prozent. Hauptsächlich die einheimischen dörflichen Unterschichtler gingen Ehebünde mit den Neubewohnern ein. Dieser Umstand verwundert nicht, galten doch beide bei einem Heiratsverhalten, das sich am Denken in besitzhierarchischen Strukturen ausrichtete, aufgrund ihres mangelnden materiellen und sozialen Kapitals als gesellschaftlich tiefstehende ‚Habenichtse'. In einem Sozialsystem, in dem die Lebenskoordinaten Besitz und Familie das generative Verhalten geradezu prädestinierten, waren die zugezogenen wie die einheimischen Unterschichtangehörigen im ursprünglichen Wortsinn mittellos: „Wer wenig erbt [oder hat], kann auch keine gute Partie machen."[154] Die großbäuerliche Oberschicht dagegen richtete sich nach wie vor am materiellen und sozialkulturellen Kapital der Familie des Partners aus und heiratete spät; ihr generatives Verhalten orientierte sich an dem heiratsstrategischen Grundsatz „Drum prüfe wer sich ewig bindet, wie sich die Wies' zum Acker findet".[155] Auch die gewerblichen und bäuerlichen Mittelschichtangehörigen suchten ihre Lebensgefährten nach vergleichbarem materiellen Besitzstand und beruflichen Berührungspunkten aus[156].

Bei den Heiraten mit Vertriebenenbeteiligung sind drei Gruppen zu unterscheiden, die unterschiedlich bewertet werden müssen: reine Flüchtlingsverbindungen sowie konfessionell gleiche und gemischte Ehen zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Insgesamt sind in Ottmarsbocholt 100 Heiraten mit Flüchtlingsbeteiligung zu registrieren. Gemessen an der Gesamtzahl von 353 Trauungen ergibt dies einen Anteil von 28,3 Prozent der Gesamtheiraten; in Heek belief sich die Quote auf 24,1, in Rödinghausen auf 38,6 Prozent. Aus der Sicht der Flüchtlinge lagen Lebensgemeinschaften mit Menschen, die die gleiche Sozialisation und vor allem das gleiche Schicksal erfahren hatten, nahe[157]. Da die Vertrieben aus verschiedenen Ostgebieten kamen, waren bei ihren Ehebünden alle konfessionellen Kombinationen möglich: rein katholische, geschlossen protestantische und konfessionelle Mischehen. Tatsächlich sind unter den 44 Flüchtlingsehen alle drei Gruppen ungefähr gleich stark vertreten: 18 rein katholische, 14 rein evangelische und zwölf gemischt konfessionelle. Diese Verteilung läßt den Schluß zu, daß für die Vertriebenen die Konfession bei der Partnerwahl an Bedeutung verloren hatte und andere Faktoren wie das gemeinsame Schicksal größeres Gewicht erlangten. Dazu trug auch die Fremdwahrnehmung durch die Einheimischen bei. Diese sahen die Flüchtlinge trotz aller landsmannschaftlichen und konfessionellen Unterschiede als eine einheitliche Gruppe an; Vertriebenenkinder galten als „Polenkinder"[158].

[154] Ilien/Jeggle/Schelwies, Verwandtschaft und Verein, S. 96.

[155] Kaschuba/Lipp, Dörfliches Überleben, S. 452, Anm. 10; ähnlich auch Jeggle, Krise der Gemeinde, S. 103: „damit sich Wies' zu Wiese findet, und Acker an Acker bindet".

[156] Mittelschichtangehörige heirateten idealtypisch unter dem Aspekt der professionellen Endogamie, d. h. die Partnerwahl war oft von dem gemeinsamen Erfahrungshintergrund einer agrarischen oder gewerblichen Tätigkeit geleitet.

[157] Pfeil, Soziologische und psychologische Aspekte der Vertreibung, S. 40ff.

[158] Aussage einer Vertriebenen in Heek; Heimat- und Rathausspiegel 31 (1991), S. 1358.

Herkunftsverschiedene Eheschlüsse zwischen Einheimischen und Flüchtlingen ergaben sich 56. Davon waren 30 konfessionell homogene Verbindungen; 29 rein katholische Paare und ein rein evangelisches gaben sich das Ja-Wort. Demgegenüber stellten besonders herkunfts- und konfessionsverschiedene Partnerschaften eine Belastungsprobe für die traditionellen Orientierungs- und Verhaltensmuster der beiden Sozialgruppen dar. Diese 26 Verbindungen standen unter der Last, zwei Familien unterschiedlicher Sozialisation zu vereinen. Erschwert wurde dieser Wunsch nach ehelicher Gemeinsamkeit, wenn die Brautleute verschiedenen Konfessionen angehörten. Hier ist als besonderes Phänomen zu beobachten, daß protestantische Flüchtlinge, die sich mit einer einheimischen Katholikin vermählen wollten, dazu die Konfession wechselten bzw. zur Konversion bewegt wurden. In Ottmarsbocholt gab es drei, in Heek fünf Fälle, in denen evangelische Vertriebene zur katholischen Konfession übertraten, um die Ehe mit einer Ortsansässigen eingehen zu können[159]. In Rödinghausen waren fünf Konversionen – unter umgekehrten Vorzeichen – zu konstatieren. Da es zu diesem Zeitpunkt noch keine Möglichkeit einer ökumenischen Trauung gab, schien eine Konversion für die einheimische Seite der einzig akzeptable Weg gewesen zu sein[160].

Konfessionelle Mischehen erwiesen sich als eine außerordentliche Bürde für die traditionellen Einstellungs- und Verhaltensmuster der Dorfbewohner. Dies verdeutlicht der Anteil von sogenannten Mußehen unter gemischt konfessionellen Lebensgemeinschaften. Von den 26 interkonfessionellen Verbindungen wurden in Ottmarsbocholt 13 eingegangen, bei denen die Brautleute ein Kind erwarteten oder bereits eines geboren war. Damit war jede zweite konfessionelle Mischehe zwischen Einheimischen und Flüchtlingen als ‚Mußehe' zu kennzeichnen. In Heek lag die Quote bei einem Drittel, in Rödinghausen wiederum bei knapp der Hälfte.

Im historischen Rückblick ist dieser hohe ‚Mußehen'-Anteil ohne Vorbild. In Ottmarsbocholt waren zwischen 1930 und 1946 11 Paare vor den Traualtar getreten, weil ein gemeinsamer Nachkomme unterwegs oder bereits geboren war. Der Anteil von ‚Mußehen' lag hier bei 6,5 Prozent. Bei Einheimischen allein kam es in der Zeit von der ersten Flüchtlingsniederlassung bis 1960 zu 13 ‚Mußehen'. Das ergab bei insgesamt 254 Trauungen in diesem Heiratskreis 5,1 Prozent. Bedeutend höher war im gleichen Zeitabschnitt jedoch der Anteil von ‚Mußehen' bei allen Heiraten, bei denen Alt- und Neubürger beteiligt waren. Dabei kamen auf 56 Eheschließungen 18 aufgrund eines gemeinsamen Kind[161]. Bei den interkonfessionellen Verbindungen zwischen Alteingessenen und Neuankömmlingen nun war, wie bereits dargestellt, bei jeder zweiten ein uneheliches Kind zu konstatieren.

Anzumerken ist hierbei, daß ausgesprochen junge Paare diese Ehebünde zwischen Einheimischen und Flüchtlingen bildeten. Das Altersmittel bei allen Eheschließungen in den Jahren 1946 bis 1960 betrug 28,4 Jahre, bei Ehen aus den beiden sozialen Gruppen lag es dagegen bei 26,4 Jahren. Noch geringer war das Heiratsalter bei ‚Mußehen' von konfessionenell gemischten Verbindungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen.

[159] Aussage des Vertriebenen und ersten Lehrers der evangelischen Volksschule Ottmarsbocholt, in: Schulchronik der Evangelischen Volksschule, Teil 4, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 8 (1987), S. 27.

[160] Zu konfessionellen Mischehen Kindermann, Religiöse Wandlungen und Probleme im katholischen Bereich, S. 154f.

[161] Hierunter sind alle Eheschließungen, heterogen wie homogen konfessionell, subsumiert.

Bei 13 von 26 Trauungen, die wegen eines gemeinsamen Kindes geschlossen wurden, traten im Alter von 24,3 Jahren noch jüngere Brautleute vor den Traualtar.

Zwei Motive sind als Antrieb für dieses erstaunliche Heiratsverhalten anzunehmen: Einerseits ging von den zugewanderten Dorfbewohnern ein individuell ansprechender „Reiz des Neuen" aus[162]. Diese Neugier hatte ihren Grund darin, daß die neuen Dorfbewohner als Fremde Faszination auf einzelne Alteingesessene ausübten und letztere durch ihre Andersartigkeit anzogen[163]. So klagten Geistliche über die „Sexualisierung und Hedonisierung des Geschlechterverhältnisses" auf Dorffesten der unmittelbaren Nachkriegszeit[164]. Andererseits ist zu bedenken, daß es sich bei den unverhältnismäßig vielen Mischehen unter Einheimischen und Vertriebenen, zumal den konfessionell verschiedenen, um Partnerschaften handelte, die als hinzunehmendes Übel von den verschiedenen Familien erst akzeptiert wurden, wenn sich Nachwuchs einstellte. Bei längeren Verbindungen konnten sich diese Paare die bestehenden Normen zu eigen machen und so den geltenden Moralkodex nutzen, um ihr Verhältnis bei eingetretener Schwangerschaft legalisieren zu lassen. In diesem Falle handelte es sich um quasi heiratsstrategisch erzwungene Liebesheiraten, denn nach bestehender Konvention mußte bei einer Schwangerschaft sofort geheiratet werden, um größeren moralischen Schaden abzuwenden. Ein gemeinsames Kind, das sich bereits ankündigte, erforderte nicht nur eine rasche Heirat, sondern machte diese aus der Sicht des betroffenen Paares erst möglich.

Das generative Verhalten erfuhr auch beim Heiratsalter einen nachhaltigen Wandel durch die Neubürger[165]. Ebenso einschneidend wie auf die Heiratskreise und auf konfessionelle Homogenität wirkte sich der Vertriebenenzuzug auch auf das Durchschnittsalter der Brautpaare aus. Kamen die Heeker Hochzeiter im Schnitt auf 30 Jahre, waren die Brautleute bei Eheschließungen mit Vertriebenenbeteiligung beträchtlich jünger. Die 206 Brautleute wiesen bei ihren Trauungen ein durchschnittliches Alter von 26,5 Jahren auf. Auch nach Geschlechtern unterteilt war die Altersdifferenz zwischen den Brautleuten bei den Alteingesessenen erheblich höher als bei den zugezogenen Heiratswilligen. Die einheimischen Männer traten im Alter von 31,9 Jahren vor den Traualtar, ihre Partnerinnen mit 28,1 Jahren. Die vertriebenen Bräutigame hingegen waren 27,8 und ihre zukünftigen Gattinnen lediglich 25,3 Jahre alt. In Ottmarsbocholt belief sich das Durchschnittsalter der einheimischen Brautleute auf 29,3 Jahre und das der ortsansässigen Bräutigame und Bräute 31,2 bzw. 27,4 Jahre; das mittlere Heiratsalter bei Ehebünden mit Flüchtlingsbeteiligung lag indes bei 26,9 Jahren. Die Männer waren 28,6, ihre Partnerinnen 25,2 Jahre alt. Daß die Vertriebenenverbindungen deutlich früher getraut wurden, belegt auch eine Untersuchung schichtspezifischer Heiratskreise. Vergleicht man Oberschichtverbindungen, die sich nahezu ausschließlich aus einheimischen Großbauern und Großbauerntöchtern zusammensetzten, mit Flüchtlingstrauungen, die fast gänzlich als

[162] Hier offenbart sich die Ambiguität der Erscheinung des Fremden, die sich in Anziehung wie in Abstoßung äußern kann. Siehe auch Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 122f.

[163] Von einem „lustvollen Aufsuchen des Fremden", das der Faszination des Fremden entspringt, sprach der Psychologe C. F. Graumann in seinem Vortrag „Erfahrung des Fremden: Lockung und Bedrohung" vor dem Kolloquium „Westfalens Geschichte und die Fremden", das die Historische Kommission für Westfalen in Münster am 28./29. 1. 1994 ausrichtete.

[164] Siehe den Münsteraner Domvikar Tenhumberg, Grundzüge im soziologischen Bild des deutschen Dorfes, S. 30.

[165] Zum sinkenden Heiratsalter in der Nachkriegszeit Sieder, Sozialgeschichte der Familie, S. 256.

Unterschichtverbindungen zu kennzeichnen sind, so zeigt sich erneut: Einheimische heirateten später, Flüchtlinge früher.

Der säkulare Trend zu einer individualisierten Partnerwahl lieferte die Ursache für das sinkende Heiratsalter. Er trat in der Hauptsache bei den Angehörigen der dörflichen Unterschicht, wozu nach 1946 auch die Flüchtlinge gehörten, zum Vorschein. Familiengründungen von ‚Habenichtsen' waren nicht an heiratsstrategische Überlegungen gekoppelt, die sich an Besitzverhältnissen auszurichteten hatten. Ihre Partnerwahl besaß in diesem Punkt einen „größere[n] personale[n] Entfaltungsspielraum"[166]. Die dörflichen Unterschichtler konnte sich stärker von individuellen Neigungen leiten lassen, statt materielle und sozialkulturelle Erwartungen ihrer Familien beachten zu müssen. Den Kontrast dazu lieferten die – ausnahmlos alteingessenen – Mitglieder der grundbesitzenden Oberschicht. Sie orientierten sich in ihrer Wahl eines zukünftigen Ehepartners auch an dessen Besitz und Sozialprestige. Daß sich in solchen Fällen auch das Gefühl der Liebe einstellen konnte und gewiß auch eingestellt hat, soll hier nicht bezweifelt werden. Jedoch war die Heirat eines Oberschichtangehörigen immer auch eine Angelegenheit, die seine Familie und damit deren Besitz und Ansehen berührte. Die heiratswilligen Oberschichtler mußten die daraus geformte Erwartungshaltung bei ihrer Partnersuche berücksichtigen. Dies trug letztlich dazu bei, daß die Angehörigen der obersten Gesellschaftsschicht in allen Zeitabschnitten das höchste Durchschnittsalter erreichten, wenn sie vor den Traualtar schritten, während sich die mittellosen Unterschichtangehörigen – von derartigen ‚Erblasten' befreit – früher trauten.

3.5. Dörfliche Freizeit- und Geselligkeitsbünde: Vereine als Einstiegsleitern in die Dorfgesellschaft

Die Mitgliedschaft in einem örtlichen Verein bot „eine Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen, um mit deren Hilfe vielleicht in die inneren Kommunikationskreise des Dorfes vorzudringen"[167], gelten Vereine doch als „die wohl verbreitetste und wichtigste Form der gesellschaftlichen Mobilität"[168]. Als gesellschaftliche Zusammenschlüsse besaßen sie eine integrative Funktion sowohl für das soziale System Gemeinde in Form einer Systemintegration als auch für das Individuum in Gestalt einer Sozialintegration; letztere half entscheidend zur „Statusbildung und Statussicherheit des Individiuums als Gesellschaftsmitglied" mit[169]. Deshalb ist zu fragen, welche Vereine sich den Flüchtlingen gegenüber öffneten, welche sich exklusiv verhielten oder ob sich reine Flüchtlingsvereine bzw. neue Vereine mit dem Ziel der sozialen Eingliederung der neuen Dorfbewohner gründeten[170].

[166] Wurzbacher, Die Familie als sozialer Eingliederungsfaktor, S. 109.

[167] Kaschuba/Lipp, Dörfliches Überleben, S. 595.

[168] Kratzsch, Vereinsbildung und Vereinswesen, S. 12.

[169] Zur Integrationsfunktion des Vereins siehe Siewert, Der Verein, S. 66, 74 und 81ff., Zitat S. 74; Pflaum, Die Vereine als Produkt und Gegengewicht sozialer Differenzierungen, S. 167f. und 180; Kratzsch, Vereinsbildung und Vereinswesen, S. 16.

[170] In der nordhessischen Landgemeinde Körle führte der Interessenkonflikt zwischen Einheimischen und Vertriebenen zur Neugründung eines Fußballvereins aus Sudetendeutschen, nachdem der einheimische Sportverein die Aufnahme der Flüchtlinge als eingegliederte Fußballabteilung abgelehnt hatte; Wagner, Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung, S. 417.

Die älteste, mitgliederstärkste und am weitesten verbreitete Assoziation in Westfalen war und ist der Schützenverein[171]. In den Untersuchungsgemeinden zeigten sich die traditionsreichen Schützengilden den Neubürgern gegenüber exklusiv. In Ottmarsbocholt verschärfte sich diese Frontstellung, weil die dortige St. Johannes-Bruderschaft kirchlich-konfessionell verfaßt war und sich damit für die Gruppe der evangelischen Vertriebenen kein Zugang zu dem renommierten und das dörfliche Festleben prägenden Verein ergab. Die Statuten Mitte der fünfziger Jahre sahen vor, daß jedes Mitglied der katholischen Kirche angehören mußte, und die Vorsitzenden seit mindestens 10 Jahren in Ottmarsbocholt beheimatet zu sein hatten[172]. Diese Barriere rief den neuen Dorfbewohnern immer wieder ins Gedächtnis, daran zu denken, „daß wir in einer Diasporagemeinde leben, und gerade im katholischen Münsterland ist das Vereinsleben oft konfessionell gebunden"[173]. Eine Integration sozial externer Gruppen wie der konfessionsverschiedenen Neubürger in den Traditionsverein konnte auf diese Weise nicht gelingen[174]. Beachtenswert waren auch der Anspruch, mit dem Schützenfest eine Feier für das ganze Dorf auszutragen sowie die damit verbundene Wahrnehmung der Festgemeinde. Die Heeker Schützen beabsichtigten mit ihrem Schützenfest ein „echte[s] Volksfest" auszutragen, „wobei Jung und Alt aus dem Dorfe geschlossen mitfeiern" sollten[175]. Da sich die Festgemeinde hauptsächlich aus Einheimischen zusammensetzte, spiegelte der formulierte Anspruch die Selbstwahrnehmung der Alteingesessenen wider, die die Zugezogenen nicht als genuine Dorfbewohner ansahen. Bei Schützenverein und Schützenfest verharrte die alteingesessene Dorfbevölkerung unter sich.

In Ottmarsbocholt blieben die Einheimischen auch in dem Zucht-, Reit- und Fahrverein, der 1947 ins Leben gerufen wurde, unter sich. Ein eigenes Pferd halten oder dem Reitsport nachgehen, konnte sich keiner der Flüchtlinge leisten, von denen noch Anfang der fünfziger Jahre etliche in Notunterkünften lebten. Diese ökonomische Hürde wirkte wie eine Mitgliederschleuse: Allein begüterten Alteingesessenen wie Großbauern wurde der Einlaß in den Verein gewährt. Aufnahme fand nur der Bewerber, für dessen schriftliches „Bittgesuch" sich zwei Drittel der Vereinsversammlung aussprachen[176]. Lediglich Oberschichtangehörige hatten die ökonomische Basis und innerhalb des Sozialsystems Dorf die Legitimation, sich hoch zu Roß darzustellen. Der „demonstrative Konsum" hatte hier die Funktion, daß materiell und sozial Minderbemittelte ferngehalten wurden und die dörfliche Oberschicht unter sich blieb[177].

[171] Kirchner/Pahs, Zur volkskundlichen Vereinsforschung und regionalen Differenzierung des Schützenwesens, S. 295. Siehe die 33. und 127. Frage des ersten Fragebogens zum Atlas der deutschen Volkskunde von 1930 sowie die Umfrage der Volkskundlichen Kommission für Westfalen 1974/75; Atlas zur deutschen Volkskunde, Karten Nr. 11–13; Sauermann, Hauptfeste in Westfalen, S. 152–180; Kirchner, Westfälisches Schützenwesen im 19. und 20. Jahrhundert.

[172] FS 275 Jahre St. Johannes-Bruderschaft Ottmarsbocholt 1716–1991, S. 121.

[173] Aussage des ersten Lehrers der evangelischen Volksschule, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 3, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 8 (1987), S. 18.

[174] Dieses Phänomen beobachtet auch Kirchner, Westfälisches Schützenwesen, S. 73.

[175] GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 1–16/1A, FS 150 Jahre Heimat- und Schützenverein St. Ludgerus Heek, S. 76 und 80; Heimat- und Rathausspiegel 17 (1984), S. 523.

[176] Satzungen des bäuerlichen Zucht-, Reit- und Fahrvereins Ottmarsbocholt; NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1505; Artikel „Zucht-, Reit- und Fahrverein Ottmarsbocholt", in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 8 (1987), S. 4–6.

[177] Folgerichtig war der erste Vorsitzende der Großbauer Philipp Schulte Bölling, der vor dem Krieg die Präsidentschaft der Kriegerkameradschaft inne gehabt hatte. Sein Stellvertreter war der Großbauer und Bürgermeister Bernard Brüse, der der nächste Vereinsvorsitzende werden sollte. Zum demonstrativen Konsum Wehling, Heimat Verein, S. 239; Schröder, Sport und Leibesübungen, S. 50.

Aber auch bei den neuen Dorfbewohnern manifestierte sich die Neigung, sich abzugrenzen. Die „Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen" (IGO), die sich als politische Interessenvertretung der Flüchtlinge konstituiert hatte, nahm sich ebenso der kulturellen Betreuung ihrer Mitglieder an[178]. In Heek richtete die IGO alljährlich einen Heimatabend aus, der neben der Geselligkeit auch der Brauchtumspflege gewidmet war. Neben dem Tanzvergnügen bildete auch die Präsentation von Heimatfilmen einen festen Programmpunkt[179]. Die Mitglieder der IGO versuchten, ihre kulturelle Identität zu wahren und diese auch nach außen hin auszustellen – durchaus zur Abgrenzung von den Einheimischen. Wie gesehen lasteten diese den neuen Dorfbewohnern ihre Nichtangepaßtheit an und forderten deren rasche Angleichung[180]. Dieses Verlangen nach einseitiger Einfügung verstärkte bei den neuen Dorfbewohnern wiederum den Wunsch, unter sich zu sein und die kulturelle Eigenständigkeit zu bewahren. So deklarierten die Vertriebenen ihre jährliche Veranstaltung als „streng geschlossene Gesellschaft"[181]. Eine Kontaktaufnahme mit den Alteingesessenen strebten sie folglich nicht an. Die IGO trug damit zwar zur „psychischen Stabilität in der Fremde" für die entwurzelten Neubürger bei, erwies sich dadurch aber ebenso exklusiv wie manche Einheimischenfeier oder mancher alteingesessener Traditionsverein[182]. Dieser Befund unterstreicht die These zweier sich größtenteils unvermittelt und unverbunden gegenüberstehenden Gruppen im Dorf der Nachkriegsgesellschaft[183].

Die integrationsbereiten Vertriebenen mußten sich daher andere Vereine suchen, die ihnen offen standen, oder selbst welche gründen. Als Beispiel sei hier der Sportclub „Blau-Weiß" Ottmarsbocholt und seine Entstehungsgeschichte genannt. Der Verein wurde 1946 von Mitgliedern des Junggesellenvereins, quasi der Jugendabteilung der St. Johannes-Bruderschaft, aus der Taufe gehoben[184]. Dem anfänglich reinen Fußballerverein schlossen sich neben Einheimischen auch Vertriebene an, die im Gründungsjahr nach Ottmarsbocholt gekommen waren[185]. Der Sportclub erwies sich den Neubürgern gegenüber als offen: Der Sohn des Vertriebenenvertreters im Flüchtlingsausschuß von 1946, Hans Soffke, hütete das Tor der damaligen A-Jugendmannschaft und das der aktiven Mannschaft; Vater und Sohn Soffke sollten später beim Vereinsjubiläum 1971 das goldene und silberne Vereinsabzeichen für langjährige Mitgliedschaft und ihre Verdienste um den Sportclub erhalten[186]. Auch in Heek befand sich unter den Spielern der Ersten Mann-

[178] GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 1–16/2B.

[179] Programme der Heimatabende von 1950 bis 1959; GA Heek, D 182 und Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 1–16/1A, Reg.-Nr. 1–16/2B.

[180] Ähnlich Wurzbacher, Die Nachbarschaft als Ausgleichsfaktor gegen Vereinzelung und Anonymisierung, S. 143.

[181] Schreiben der IGO an die Amtsverwaltung v. 16. 12. 1951; GA Heek, Zwischenarchiv, Reg.-Nr. 1–16/2B.

[182] Wurzbacher, Die Nachbarschaft als Ausgleichsfaktor gegen Vereinzelung und Anonymisierung, S. 144; Stefanski, Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet, S. 427.

[183] Ein sudetendeutscher Bauer im badischen Schriesheim beantwortete die Frage nach gesellschaftlichem Anschluß mit: „Nein, aus unserem Dorf ist sonst niemand hier"; Hund, Flüchtlinge in einem deutschen Dorf, S. 158.

[184] 40 Jahre Sport in Ottmarsbocholt, S. 35.

[185] Zum Sportgeschehen 1946 siehe NRW-STA Münster, Kreis Lüdinghausen, Nr. 1505. Zur namentlichen Nennung der Spieler der ersten Mannschaft von 1947 siehe FS 40 Jahre Sport in Ottmarsbocholt, S. 10.

[186] Gustav Soffke gehörte dem ersten Flüchtlingsausschuß von 1946 an; GA Senden, Bestand Ottmarsbocholt, Protokollbuch des Amtes Ottmarsbocholt von 1938 bis 1969, o. Sig., Eintrag v. 8. 5. 1946; FS 40 Jahre Sport in Ottmarsbocholt, S. 11, 21 ff. und 27.

schaft von 1948 und 1950 je ein Vertriebener; Mitte der fünfziger Jahre nahm ihre Zahl merklich zu. Hier offenbarte sich erneut, daß jüngere Flüchtlinge eine höhere Bereitschaft zur Eingliederung zeigten, die ihnen in der Tat auch in stärkerem Maße glückte[187]. Wie bereits in Ottmarsbocholt zeigte sich auch hier: Vereine, vor allem Sportvereine, „verkörperten und waren gleichzeitig das Einfallstor des Neuen."[188] Ohne die Neugründung des Fußballvereins hätten sportbegeisterte evangelische Jugendliche keine Entfaltungsmöglichkeit vorgefunden. Angesichts der restriktiven Aufnahmebedingungen der St. Johannes-Bruderschaft durften sich „streng genommen [. . .] nur katholische Kinder sportlich betätigen, da ja der Schützenverein nur katholische Gläubige aufnimmt."[189]

Der Sportclub konnte sich bei seiner Mitgliederrekrutierung integrativer als die Schützengilde verhalten, da er auf das Herkommen seiner Mitglieder nicht in dem Maße Rücksicht zu nehmen brauchte wie die Traditionszusammenschlüsse. Der Sportverein stellte andere Anforderungen an seine Mitglieder als die Repräsentationsvereinigung der Schützen. Bei dieser waren Besitz und das sich daraus speisende Sozialprestige gefragt, um eine führende Rolle zu spielen; außerdem erwiesen sich Herkunft und Konfession im Einzelfall als Hemmschuh. Die Satzung des Sportclubs „Blau-Weiß" 1946 Ottmarsbocholt hingegen regelte die Mitgliedschaft lapidar: „Mitglieder können einzelne Personen und Personengemeinschaften werden." Im Fußballverein zählten vorrangig individuelle Fähigkeiten. Hier war weniger das aus Besitzverhältnissen hergeleitete Sozialprestige gefragt, sondern Prestige und Anerkennung konnte der erlangen, der schlicht das Tor traf. Damit stand der Fußballclub für eine gleichermaßen egalitäre wie leistungsorientierte Einstellung. Der Sportclub präsentierte sich als dynamischer Zusammenschluß im Dorf; in ihm war ein Höchstmaß an sozialer Mobilität gegenüber der vielfach statischen Dorfgesellschaft vorhanden. Als „Revisionsinstanz der blutsmäßig organisierten Verwandtschaft" war er ein soziales Sprungbrett für Nichtprivilegierte an der verwandtschaftlich organisierten und besitzorientierten Dorfhierarchie vorbei[190].

4. Integration oder Assimilation: ein Fazit zur Vertriebeneneingliederung

Die Notwendigkeit, die ostdeutschen Neuankömmlinge in die Dorfgesellschaft einzugliedern, stellte sich in den Landgemeinden als drängendes Problem heraus. Dort prallten Stigmatisierungs- und Ausgrenzungsversuche der Einheimischen sowie die anfänglich geringe Anpassungsbereitschaft, vor allem der älteren Vertriebenen, aufeinander. Generell muß man bei der Eingliederung den generativen Apsekt berücksichtigen. Die älteren Flüchtlinge blieben zurückhaltend und zeigten nicht soviel Anpassungbereitschaft wie die jüngeren Vertriebenen – dies in der Hoffnung auf eine doch noch mögliche Rückkehr in die Heimat, wie ein Ottmarsbocholter Neubürger und eine Heeker Zugezogene bekannten: „In der ersten Zeit trösteten sich die Eltern und hofften auf eine baldige Rück-

[187] Sywottek, Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland, S. 39.

[188] Ilien/Jeggle/Schelwies, Verwandtschaft und Verein, S. 104. Vereine als „Neuerungsagens" sieht auch Wallner, Die Rezeption stadtbürgerlichen Vereinswesens durch die Bevölkerung auf dem Lande, S. 162.

[189] Aussage des ersten Lehrers der evangelischen Volksschule, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 3, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 8 (1987), S. 18.

[190] Jeggle/Ilien, Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang, S. 50, schildern in ihrer Dorfstudie den Aufstieg eines ‚Newcomers', über den man urteilte: Er „ist zwar ein Speidel (= ein Lügner), aber im SV, da schießt er die Tore".

kehr in ihre alte, so teure Heimat"; „Die Erwachsenen hofften ja die ersten Jahre, irgendwann geht es wieder heimwärts [. . .]. Sie zehrten von den Erinnerungen."[191] Als sich diese Hoffnung zerschlug, legte die ältere Vertriebenengeneration nicht mehr die Bereitschaft zum Neuanfang an den Tag und blieb eine wenig eingebundene Gruppe im Dorf.

Von Interesse sind vielmehr die integrationswilligen jüngeren Neubürger. Hier vollzog sich die Eingliederung in die dörflichen Strukturen im großen und ganzen als allmählicher, mit starken Retardierungsmomenten behafteter, eingleisiger Assimilationsprozeß von seiten der Flüchtlinge. Während unter Integration ein auf Gegenseitigkeit angelegter, mehrdimensionaler Prozeß zu verstehen ist, muß man hier eine einseitige Angleichung der neuen Dorfbewohner konstatieren, die auf allen fünf Untersuchungsfeldern zu Tage tritt – nicht zuletzt weil die traditionellen Orientierungs- und Verhaltensmuster, die sich an den determinierenden Lebenskoordinaten Besitz und Familie ausrichteten, die Infragestellung durch die Vertriebenen überdauerten[192].

Bei den Verteilungskämpfen der unmittelbaren Nachkriegsjahre befanden sich die Neuankömmlinge in einer benachteiligten Ausgangslage und konnten ihre unterprivilegierte Position kaum verbessern, da sie in den relevanten Bürgervertretungen von den Einheimischen, die die dörflichen Ressourcen in ihrem Sinn verteilt sehen wollten, majorisiert wurden. Erst im ökonomischen Dauerhoch der fünfziger Jahre wich das Konfliktpotential begrenzter Ressourcen und enspannte sich das Zusammenleben von Alt- und Neubürgern.

Bei der ökonomischen Eingliederung ist festzuhalten, daß es den Flüchtlingsbauern nicht mehr gelang, in ihrer neuen Heimat in ihren alten Beruf zurückzukehren. Die vertriebenen Landwirte mußte neben der in ihrer Heimat bereits erlittenen materiellen nun auch eine soziale Verlusterfahrung hinnehmen. Viele Neubürger versuchten, diese Verlusterfahrung durch erhöhte Leistungsbereitschaft auszugleichen und sahen darin im nachhinein ihren Beitrag zu ihrer Sozialintegration: „Durch unseren Fleiß (und unsere Leistung) sind wir anerkannte Heeker Bürger geworden und wollen es bleiben bis ans Lebensende."[193]

Daß die Flüchtlingseingliederung sich in Form einer eingleisigen Angleichung der Neuankömmlinge entpuppte, trat auf dem Gebiet der Lokalpolitik sichtbar zum Vorschein. Auf kommunalpolitischer Bühne konnte sich auf lange Sicht nur derjenige Neubürger etablieren, der dem örtlichen Anforderungsprofil genügte, das heißt der sich von seinen einheimischen Kollegen lediglich in der Herkunft unterschied, ihnen in Konfession und Parteizugehörigkeit aber entsprach. Insofern handelte es sich hierbei um eine ‚negative Auslese'. Flüchtlingsfürsprecher, die sich im Parteibuch, in ihrer Konfession sowie ihrem sozialen und beruflichen Profil von den einheimischen Ratskollegen unterschieden, konnten nur für kurze Zeit erfolgreich kandidieren; ihre Amtszeit stellte daher nur eine ‚exotische Episode' dar.

Das generative Verhalten belegte, daß im Dorf der Nachkriegszeit Alt- und Neubürger sich weitgehend unverbunden gegenüber standen. Einheimische und Vertriebene blieben

[191] Aussage des Vertriebenen und ersten Lehrers der evangelischen Volksschule Ottmarsbocholt, in: Schulchronik der evangelischen Volksschule, Teil 2, in: Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7 (1986), S. 35; ebenso Heimat- und Rathausspiegel 32 (1992), S. 1405.

[192] Exner, Beständigkeit und Veränderung; siehe ebenfalls die Forschungsberichte von Markus Köster und Rainer Auts, in: AHF-Information Nr. 29 v. 16. 6. 1994, S. 1–8, sowie von Arnd Bauerkämper, in: IWK 30 (1994), S. 421–428.

[193] Heimat- und Rathausspiegel 13 (1982), S. 327.

beim Heiraten überwiegend unter sich. Dies hing wesentlich damit zusammen, daß die dörflichen Strukturmerkmale Verwandtschaft und Besitz die Weitergabe des eigenen materiellen und sozialkulturellen Kapitals steuerten. Die starren Besitzverhältnisse schrieben die Wirkmacht der traditionellen Orientierungs- und Handlungsmuster weiter fest: Regionale und darunter besonders konfessionelle Mischehen stießen auf schroffe Ablehnung. Ein Indiz dafür sind die Fälle, in denen Neubürger und -bürgerinnen konvertieren mußten, um eine Einheimische oder einen Einheimischen heiraten zu können. Auch der frappierend hohe Anteil von ‚Mußehen' unterstreicht diesen Befund. Erst Ende der fünfziger Jahre ebbten diese Phänomene ab. Eine Heeker Neubürgerin bemerkte dazu: „Je länger die einzelnen Familien zusammenlebten [...], desto besser wurden die zwischenmenschlichen Beziehungen, zumindest in den meisten Fällen." Erst zu dieser Zeit kam es bei Eheschließungen mit Flüchtlingsbeteiligung zu mehr Heiraten zwischen Alt- und Neubürgern als reine Vertriebenenverbindungen.

Das Fest- und Vereinsleben erwies sich im Hinblick auf die Integrationskraft des Sozialsystems Dorf als doppelbödig. Einerseits stellten Sportverein ein soziales Sprungbrett für nichtprivilegierte Neubürger dar, andererseits bildete der Traditionsverein nach wie vor die Plattform für die soziale Plazierung der Alteingessenen. Zudem gestaltete die einheimische Bevölkerung ihr traditionelles Vereinsleben und feierte ihre Feste nach wie vor unter sich, und es gelang nur wenigen Vertriebenen, in die bestehenden Repräsentationsorganisationen aufgenommen zu werden. In dem Heeker Schützenverein beispielsweise befand sich unter den 45 Vorsitzenden, Schriftführern und Schatzmeistern, Beisitzern und Chronisten, den Schützenkönigen und 22 Offizieren kein Vertriebener[194]. Aufgrund der darin begründeten Exklusivität der Traditionsvereine blieb denjenigen Neubürgern, die ihre Freizeit in einem Verein verbringen wollten oder dort gesellschaftlichen Anschluß erhofften, nur die Möglichkeit, neue Vereine zu gründen. Wenn die Funktion von Vereinen in der System- bzw. der Sozialintegration liegt, dann bedeuteten Vereinsneugründungen, daß sich die Eingliederung nicht in den traditionellen Zusammenschlüssen erschöpfte.

Schützengilde und das westfälische Hauptfest, das Schützenfest, blieben aus den genannten Gründen eine Domäne der Alteingesessenen. Selbst Mitte der siebziger Jahre, als bereits die zweite Generation der Heimatvertriebenen in den westfälischen Landgemeinden lebte, war dort die Eingliederung keineswegs „so nachhaltig und vollständig erfolgt [...], wie man es immer annimmt"[195]. Der empirische Befund läßt „die frommen Hoffnungen von der integrativen Wirkung des Vereinslebens recht fragwürdig erscheinen"[196].

Alles in allem stellte sich die reibungsfreie und umfassende Integration der Neubürger in die Dörfer als Mythos dar. Sicherlich ist die „globale Aussage einer bereits zu Ende der fünfziger Jahre geglückten Integration [...] nicht aufrecht zu erhalten"[197]. Das in politischen Sonntagsreden der Nachkriegszeit gern zitierte ‚Wunder der Flüchtlingseingliederung' erwies sich hier als beschwerlicher und langwieriger Prozeß.

[194] FS 150 Jahre Heimat- und Schützenverein St. Ludgerus, S. 92–97 und 117–121.

[195] Noch 1974 erzielten nach einer Umfrage der Volkskundlichen Kommission für Westfalen die Alteingesessenen den höchsten Beteiligungsgrad am Schützenfest, während demgegenüber deutlich weniger Vertriebene teilnahmen; Sauermann, Hauptfeste in Westfalen, S. 169.

[196] Siewert, Der Verein, S. 83.

[197] Lüttinger, Integration der Vertriebenen, S. 240.

Tabelle 1: Westfalen-Lippe, Besitzverhältnisse 1933[198], 1939[199], 1949[200], 1960[201]

Jahr	Zahl der Betr.	Gesamtfläche der Betriebe in ha	davon[202]					
			eigenes Land		gepacht. Land		Deputatland	
			Betr.	Fläche	Betr.	Fläche	Betr.	Fläche
1933	172241	1874526	152136	1622286	89193	240310	1833	2054
1939	179797	1866328	158791	1601937	100466	249602	3867	8793
1949	172780	1876822	154832	1627027	95705	239862	3222	7538
1960	145190	1805407	133674	1531173	74619	270954	1502	3280

Tabelle 2: Westfalen-Lippe, Vertriebene in der Landwirtschaft 1949[203]

	Betriebe		Flüchtlinge in den Betrieben				
	insgesamt	mit beschäftigten Flüchtlingen	insgesamt	als			
				Inhaber		Beschäftigte	
					davon weibl.		davon weibl.
Ahaus	5081	314	516	13	0	503	234
Herford	5436	514	1119	30	5	1089	513
Lüdinghausen	4591	610	1231	15	0	1216	648
West.-Lippe	172780	15491	33536	763	88	32773	14908

[198] VBBZ 1933, StDR Bd. 459,1, S. 58f., 99f. und 113.

[199] VBBZ 1939, StDR Bd. 560, S. 46–48, 126f., 134f., 150–153; zum Heuerlingsland siehe auch Die Betriebszählung 1939 nach Landesbauernschaften, Heft 2, S. 2f. und 14f.

[200] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 7: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, S. 10f.; Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 25: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, S. 2f. und 6–9; Wirtschaftsmappe der Landesbauernschaft Westfalen 1940–1949, B2b.

[201] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 1, S. 54f.; Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 3, S. 8f.; Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 4a, S. 30f.; Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 9 (1962), S. 100f.

[202] Fläche des sonstigen Landes: 9876 ha (1933), 5996 ha (1939), 3190 ha (1949).

[203] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 7: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, S. 138–141.

Tabelle 3: Westfalen-Lippe, Vertriebene und landwirtschaftliche Betriebe 1960[204]

Betriebsfläche in Hektar	land- und forstwirtschaftliche Betriebe					
	insgesamt	Fläche		davon m. Vertriebenen als Leiter		
				Betriebe	Fläche	
		eig. Land	Pacht		eigenes Land	Pachtland
0,5– 2	45066	36920	11760	1595	801	799
2 – 5	32039	76185	26940	743	854	1402
5 –10	23218	122577	44042	510	1279	2370
10 –20	22962	253309	74760	802	5117	6423
20 –50	17388	443494	81422	400	4277	7022
über 50	4517	598688	32030	80	8920	2602
insges.	145190	1531173	270954	4130	21248	20618

Tabelle 4: Westfalen-Lippe, Betriebe von Flüchtlingsbauern 1960[205]

Größenklasse nach der Betriebsfläche in Hektar	Betriebe, deren Inhaber Vertriebene sind								
	insgesamt		mit eigenem Land			m. Pacht od. sonst. Land			
	Betr.	Fläche	Betr.	Fläche		Betr.	Fläche		
				zus.	eig.		zus.	Pacht	sonst.
0,5– 2	1595	1654	1035	1068	801	1005	1091	799	54
2 – 5	743	2382	415	1325	854	622	1996	1402	126
5 – 7,5	289	1779	157	966	603	243	1498	1157	19
7,5– 10	221	1906	106	918	676	182	1563	1213	
10 – 15	463	5768	234	2924	2353	367	4545	3383	31
15 – 20	339	5805	186	3172	2764	246	4229	3040	
20 – 30	277	6712	122	2927	2503	219	5307	4206	
30 – 50	123	4595	55	2036	1774	90	3375	2816	
50 –100	57	3825	36	2519	2271	38	2490	1552	
üb. 100	23	7699	17	6745	6649	11	1555	1050	
insges.	4130	42125	2363	24600	21248	3023	27819	20618	230

[204] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 4a, S. 16–31.

[205] Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftszählung 1960, Heft 1, S. 56f.

II. Politisches System und Integrationspolitik in der SBZ/DDR

Manfred Wille

SED und „Umsiedler" – Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt

Der Moskauer Exilvorstand der KPD war bis zum Kriegsende über das Ausmaß zukünftiger Gebietsabtretungen und über die geplante Vertreibung von Millionen Deutschen nicht oder nur völlig unzureichend informiert. So finden sich in den programmatischen Vorstellungen und Konzepten der Jahre 1944/45 keine diesbezüglichen Hinweise[1]. Wenn auch der Verlust von Oberschlesien, Ost- und Westpreußen unabwendbar erschien, so glaubte man an den Verbleib von Pommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien bei Deutschland. Ein Papier vom Februar 1945 sah den Aufbau kommunistischer Parteiorganisationen sowie die Einrichtung von Volksfrontausschüssen in diesen Territorien vor[2]. Auch ging die KPD davon aus, daß die Sudetendeutschen, die nicht mit dem nazistischen Okkupationsregime paktiert hatten, in der Heimat bleiben könnten.

Die bei Kriegsende einsetzenden wilden, spontanen Vertreibungen der Deutschen durch Polen und Tschechen stellten die inzwischen nach Berlin übergesiedelte KPD-Führung vor eine unerwartete Situation. Aus Sachsen, Westbrandenburg und Vorpommern informierten Genossen über das Vertriebenenelend, die eskalierenden sozialen Probleme und erbaten Orientierung und Hilfe[3]. Am 11. Juli 1945 brachte Wilhelm Pieck die Angelegenheit beim Obersten Chef der SMAD, Marschall Schukow, zur Sprache. Er beklagte die „Austreibung" der Deutschen aus den Ostprovinzen und dem Sudetengebiet, entgegen „unserer früheren Parole ‚bleibt dort!'" Auch Anhänger würden nicht geschont, selbst Tote seien zu beklagen[4]. Wenige Monate später schätzte die KPD-Führung ein, die deutsche kommunistische Parteiorganisation sei in Schlesien von den Polen in die Illegalität gedrängt worden[5].

Mit den in Potsdam gefaßten Beschlüssen zur Aussiedlung Deutscher und Deutschstämmiger, der Verständigung der Alliierten im Kontrollrat über die Aufschlüsselung der heimatlos gewordenen Menschen auf die Besatzungszonen und der Ausweitung der Massenvertreibung entstanden im Sommer 1945 unumstößliche Tatsachen, die alle Siegermächte und die neuen politischen Kräfte in Deutschland in die Pflicht nahmen. Auch die KPD-Führung mußte sich der sogenannten „Flüchtlingsfrage" stellen. Sie tat es aus mehreren Gründen ungern, halbherzig und distanziert.

[1] Vgl. Erler u. a. (Hrsg.), ‚Nach Hitler kommen wir.'; vgl. jedoch den Hinweis in der Ausarbeitung von Edwin Hoernle auf S. 316.
[2] Ebenda, S. 329ff.
[3] Vgl. z. B. SAPMO, NY 4182/1160, Bl. 1ff.
[4] Badstübner/Loth, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, S. 53f.
[5] Ebenda, S. 60.

1. Die kommunistische Politik war auf andere Felder – Aktionseinheit, Arbeit im Block, Entnazifizierung, gesellschaftliche Umgestaltungen – ausgerichtet. Das Flüchtlingsproblem konnte die Umsetzung dieses Konzepts sowie die ins Auge gefaßte schrittweise kommunistische Machtausweitung nur behindern.
2. Die Massenaufnahme von Millionen nahezu mittelloser Menschen potenzierte die angespannte wirtschaftlich-soziale Lage in der SBZ. Besatzungsmacht und KPD befürchteten ein Umschlagen des sozialen Sprengstoffs in Unzufriedenheit. Sie sahen darin vor allem eine Gefahr für die Konsolidierung des kommunistischen Einflusses und für die gesellschaftlichen Veränderungen.
3. Den im schablonenhaften Denken von festgefügten Klassenstrukturen und sich polar gegenüberstehenden Klassenfronten erzogenen Altkadern fiel es schwer, die mit der Aufnahme von Millionen mittelloser Menschen verbundenen gravierenden sozialen Umschichtungen mit ihren gesamtgesellschaftlichen Folgen zu begreifen. Vor allem der mit dem massenhaften Absturz bäuerlicher, mittelständischer und handwerklicher Existenzen in die Arbeiterschaft befürchtete ideologische Verwässerungsprozeß bereitete den Kommunisten Unsicherheit und Sorge.
4. Ein Wesenszug kommunistischer Personal- und Kaderpolitik war von jeher die politische Überprüfung. Viele Vertriebene verfügten über keine oder unvollständige Papiere bzw. Ausweise. Sie stießen nicht selten bei Funktionären auf Mißtrauen, da diese eine nazistisch-reaktionäre Infiltration und Unterwanderung argwöhnten.

Trotz des Wissens um die in der Aufnahme von Millionen Menschen liegende politische und wirtschaftlich-soziale Brisanz nahm das Vertriebenenproblem im Aufgabenkatalog der KPD-Führung einen untergeordneten Platz ein. Das verwundert insofern, als sich die Partei in der Öffentlichkeit als politische Vertreterin der Interessen der Volksmassen und der vom Krieg am meisten betroffenen Menschen darstellte[6]. Die kommunistische Führungsriege glaubte offensichtlich, mit der Delegierung von Genossen an die Spitze der Umsiedlerbehörden das Notwendige für die Ausgewiesenen getan zu haben. So nimmt es nicht Wunder, daß sich das Sekretariat der Partei erstmalig Ende 1945 auf einer erweiterten Sitzung ausführlicher mit „Flüchtlingsfragen" befaßte. Die Schwerpunkte, die dabei nach Meinung des Referenten im Mittelpunkt der Arbeit der KPD stehen sollten, waren die Aufnahme der Antifa-Umsiedler und ihr Kadereinsatz. Mahnungen wie „Wenn wir von der Kommunistischen Partei der Umsiedlung nicht das notwendige Augenmerk schenken, so wird die Stimmung bei den Umsiedlern sehr ungünstig gegen uns beeinflußt werden" blieben im Raum stehen und wurden vom Redner selbst mit dem Hinweis relativiert, wegen der fortgeschrittenen Zeit nicht weiter auf die politische Tragweite des ganzen Problems eingehen zu können[7].

Mit der Gründung der Einheitspartei änderte sich an der oben skizzierten Einstellung im wesentlichen nichts. Auch in den folgenden Jahren standen die Vertriebenen hintenan. Das überrascht bei der Fülle der im Nachkriegsdeutschland zu bewältigenden Aufgaben nicht sonderlich, zumal sich auch die anderen politischen Parteien dem Schicksal der Millionen heimat- und mittellos gewordenen Menschen nur sporadisch zuwenden konnten. Auf den SED-Parteitagen 1946/47 wurden die „Umsiedler" nur mit wenigen Sätzen bedacht[8].

[6] Aufruf der KPD vom 11. 6. 45, in: Erler, Peter, u. a., S. 390ff.
[7] Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/1946, Bd. 2, S. 415ff.
[8] Vgl. Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, S. 90.

Wichtige Parteidokumente – so die Sozialpolitischen Richtlinien vom Dezember 1946 – listeten lediglich angezielte Maßnahmen in gedrängter Form und ohne verbindliche Festlegungen auf[9]. Das im Zentralsekretariat eingerichtete Referat „Umsiedlung und heimkehrende Kriegsgefangene" widmete sich in erster Linie den entlassenen deutschen Soldaten[10].

Verstärkte Aufmerksamkeit weckte das Los der Vertriebenen lediglich in Perioden stark zugespitzter wirtschaftlicher Probleme und sozialer Not sowie vor Wahlen. So versuchte sich die SED im Vorfeld des einzigen bis 1990 halbwegs freien Volksvotums der SBZ/DDR-Geschichte – den Kommunal-, Kreistags- und Landtagswahlen 1946 – als Sachwalterin der Vertriebenen darzustellen. Das vor allem darum, weil trotz der Blockpolitik die drei Parteien mit getrennten Kandidatenlisten um die Gunst der Wähler werben konnten. Obwohl gemäß der Gemeindewahlordnung nur die Vertriebenen Stimmrecht hatten, die bereits drei Monate in der betreffenden Kommune angemeldet waren[11], ging es um 2,5 Millionen Wahlberechtigte, die beeinflußt und gewonnen werden sollten[12]. Deshalb beschloß die SED-Führung Mitte 1946 eine Reihe von Maßnahmen. Die Arbeit des Apparates und der gesamten Partei wurde stärker auf die „Umsiedler" ausgerichtet. Paul Merker, der im Zentralsekretariat mit Helmut Lehmann die Bereiche Agrar-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verantwortete, erhielt den Auftrag, sich mehr den Belangen der Vertriebenen zuzuwenden[13]. Die Landes- und Provinzialvorstände richteten unter der Leitung von Sekretären Umsiedlerabteilungen ein[14]. Diese sollten in erster Linie die politische Arbeit der Umsiedlerbehörden und der unteren Parteieinheiten mit den Vertriebenen organisieren, anleiten und kontrollieren. Ein Schreiben des Zentralsekretariats an die Landes- und Provinzialvorstände wies an, bereits in den Lagern die politische Einflußnahme „mittels ständiger Vorträge, Materialzuweisung, Zeitungs- und Literaturvertrieb, kulturelle Veranstaltungen usw. durchzuführen."[15] Gleichzeitig bemühte sich die SED, die Vertriebenen davon zu überzeugen, daß sie der beste Anwalt für deren wirtschaftlich-soziale Probleme sei. An die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) – die wie auch die Umsiedlerbehörden in den Ländern und Provinzen als verlängerter Arm der Partei begriffen wurde – erging die Weisung, Erfolgsbilanzen über Wohnraumvergabe, Arbeitsvermittlung, soziale Betreuung zusammenzustellen, in der Presse zu publizieren bzw. in der Wahlpropaganda den Vertriebenen zugänglich zu machen[16]. Ein Anfang September 1946 erarbeiteter Vorschlag wurde kurz vor den Kreis- und Landtagswahlen als Befehl Nr. 304 von der SMAD veröffentlicht. Er stellte den erwerbsunfähigen Vertriebenen und den Kindern eine einmalige finanzielle Zuwendung in Aussicht[17].

Die SED war sich trotz der intensiven Propaganda, der gemachten Versprechungen und eingeleiteten Maßnahmen ihres begrenzten Einflusses auf die Vertriebenen bewußt.

[9] Vgl. Dokumente der SED, Bd. 1, S. 131 ff.
[10] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/1/1.
[11] Vgl. Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1946, S. 277.
[12] Vgl. das Referat Grotewohls zu den Lehren der Gemeindewahlen auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18. 9. 1946, in: SAPMO, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 14.
[13] Vgl. Badstübner/Loth, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, S. 83.
[14] LAM-LHA, Bestand SED, Nr. IV/LL 2/1.
[15] Ebenda.
[16] Vgl. die Pressebeiträge von Engel, Tschesno, Lange in der „Berliner Zeitung", dem „Neuen Deutschland" und der „Täglichen Rundschau".
[17] Vgl. „Tägliche Rundschau", 16. 10. 46.

In Vorbereitung der Wahlkampagne wiesen auf den Parteivorstandssitzungen vor allem die Genossen aus den Territorien auf diesen Umstand hin. So sagte Kurt Bürger (Mecklenburg-Vorpommern), die Regelung der Umsiedler- und Flüchtlingsfrage sei eine der wesentlichsten Vorbedingungen für den guten Ausgang der Wahlen[18]. Von anderen Mitgliedern der Landes- und Provinzialvorstände übermittelte Erfahrungen zeigten, daß auf den Versammlungen die Vertriebenen mit den Genossen nicht vordergründig über ihre tagtäglichen Sorgen und Nöte diskutierten, sondern die grundsätzlichen Fragen der Oder-Neiße-Linie und der Rückkehr in die Heimat zur Sprache brachten[19]. Auf der Parteivorstandssitzung im Juni 1946 informierte Otto Buchwitz (Land Sachsen), auf Wahlversammlungen und in „Stößen von Briefen" würden die Vertriebenen von der SED eine eindeutige Stellungnahme zur Ostgrenze verlangen. Buchwitz sagte: „Sie [die Vertriebenen] werden von ihrem Heimatsgefühl geleitet, und ihre ständige Frage ist: habt ihr uns vergessen? Ihr redet fortgesetzt vom Ruhr- oder Saargebiet, aber über Schlesien hört man kein Wort. Habt ihr für uns nichts übrig?" Weiter führte der Genosse aus Sachsen aus: „Für das, was sich in Schlesien abspielt, könnte ein neuer Weltgerichtshof eingerichtet werden. Dort ist ein großes Massensterben, Mißhandlungen über Mißhandlungen finden statt." Buchwitz verlangte, mit der SMAD zu sprechen, um das Elend in den von Polen verwalteten Gebieten zu mildern und um in Friedensverhandlungen eine Verbesserung der Grenze zu erreichen[20].

Die SED mußte reagieren, zumal die bürgerlichen Parteien die Forderungen der Vertriebenen aufgriffen. Die Haltung des Parteivorstandes zur Oder-Neiße-Linie war gespalten. Während eine Gruppe um die Vorsitzenden Pieck und Grotewohl an Korrekturen glaubte, hatten sich andere – allen voran Ulbricht – längst mit dem Verlust der Ostprovinzen abgefunden. Einigkeit bestand im Sommer 1946 jedoch darin, zunächst zu taktieren, das heißt mit dem Verlangen nach Offenhalten der Grenzfrage bis zu einem Friedensvertrag bei den Vertriebenen Vertrauen und Wählerstimmen zu gewinnen. Die SED-Führung tat sich jedoch schwer, einen Standpunkt zur Ostgrenze zu erarbeiten. Es dauerte schließlich zwei Monate, ehe die von den Parteivorsitzenden auf den Weg gebrachte Resolution „SED und Ostgrenze" vom Zentralsekretariat verabschiedet wurde (12. August 1946)[21]. Die darin enthaltene eindeutige Aussage, daß „die Potsdamer Beschlüsse der drei Siegermächte nach der von ihnen gemeinsam beschlossenen Übertragung der Verwaltung deutscher Gebiete bis zur Friedensregelung an Polen keine Gebietsabtretung vorsehen", entsprach der völkerrechtlich verbindlichen Position[22]. Das Dokument durfte – höchstwahrscheinlich aufgrund des Einspruches der SMAD – nicht veröffentlicht werden. Es wurde jedoch im Pressedienst den nachgeordneten Parteiorganen zur mündlichen Wahlagitation zugeleitet. Im Sinne der August-Resolution trat auch Wilhelm Pieck auf Kundgebungen in Cottbus und Guben auf[23]. Wie Otto Grotewohl in Auswertung der Gemeindewahlen feststellte, war die Stellungnahme zur Ostgrenze für die SED bei den Umsiedler-Wählern von Nutzen gewesen[24].

[18] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/1/4.
[19] Vgl. ebenda.
[20] Ebenda.
[21] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/23, Bl. 5.
[22] Ebenda.
[23] SAPMO, NY 4036/743, Bl. 59.
[24] SAPMO, DY 30/IV 2/1/8.

Durch ihre Haltung zur Oder-Neiße-Linie – die auf sowjetischen Druck durch einen Beschluß des Parteivorstandes vom 19. September 1946 stark abgeschwächt werden mußte[25] – geriet die SED in Widerspruch zur sowjetischen und zur polnischen Führung. Sowohl der sowjetische Außenminister Molotow als auch die polnische Regierung bezeichneten die Oder und Görlitzer Neiße als unantastbare Westgrenze Polens[26]. Als sich nach der Moskauer Außenministerkonferenz der Siegermächte, die keine Fortschritte hinsichtlich eines deutschen Friedensvertrages gebracht hatte, der Ost-West-Konflikt weiter zuspitzte, mußte die SED – endgültig nach einer Stellungnahme Stalins zur Oder-Neiße-Linie – alle Hoffnungen auf Korrekturen bei den territorialen Abtretungen begraben[27]. In der Grenzfrage und damit auch in der Vertriebenenpolitik setzte sich in der Parteiführung die Gruppe um Walter Ulbricht stärker durch. Ulbricht hatte bereits am 25. Juni 1945 in einer Rede vor kommunistischen Funktionären festgestellt, die Aggressionsakte Hitlers hätten „die Gebiete östlich der Oder und Neiße für immer verspielt."[28]

Nach den Wahlen im Spätsommer/Herbst 1946 verblaßte das Interesse der SED an den Vertriebenen schnell. Die „Umsiedlerfrage" wurde wieder eine Ressortangelegenheit der Behörden. Mit dem sehr kalten Winter 1946/47, der die mit Demontagen und Reparationen überforderte SBZ an den Rand des wirtschaftlich-sozialen Kollaps brachte, entstanden andere Sorgen und Probleme. Die Vertriebenen tauchten in der Notlage der Gesamtbevölkerung unter. Die Einheitspartei wurde jedoch aufgeschreckt, als sich im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Siegermächte die Vertriebenen im Hinblick auf eine erhoffte Verständigung über einen Friedensvertrag zu Wort meldeten. In Briefen, Resolutionen und Stellungnahmen verlangten sie die Rückgabe der Ostprovinzen und das Recht auf Heimat[29]. Dabei bezogen sich nicht wenige auf die von der SED Monate zuvor gemachten Versprechungen.

Enttäuschte Erwartungen, Unzufriedenheit und soziale Not vieler Ausgewiesener, aber auch die zunehmende Erkenntnis der Bedeutung der arbeitsfähigen Vertriebenen für den gesellschaftlichen Auf- und Umbau nahmen die SED seit Mitte 1947 wieder in die Pflicht. Sie verstärkte ihre Bemühungen, die Assimilation der Vertriebenen in die SBZ-Gesellschaft zu intensivieren. Das entsprechende Konzept wurde von Paul Merker mit der Schrift „Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems" erarbeitet[30] Bei Anerkennung der rechtlichen Gleichstellung mit den Einheimischen sollte innerhalb weniger Jahre eine Verbesserung der Lage der Vertriebenen erreicht werden. Als die entscheidenden Basisintegrationsstufen wurden die Versorgung mit Wohnraum und Hausrat sowie die schnelle Eingliederung der Erwerbsfähigen in den Arbeitsprozeß bezeichnet. Nach Auffassung der SED konnte die Einbürgerung nur fassen, wenn die wirtschaftlich-beruflich-soziale Integration von einer ständigen politischen Beeinflussung und Umerziehung der Vertriebenen flankiert wurde. Die politisch-ideologische Aufklärung sollte sich auf die folgenden Schwerpunkte konzentrieren:

[25] Vgl. Dokumente der SED, Bd. I, S. 92f.
[26] Vgl. die Ausführungen von Pieck auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18. 9. 46, in SAPMO, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 4ff.
[27] Vgl. z. B. die Stellungnahme des Präsidenten der ZVU Engel zu einem Stalin-Interview von Ende Oktober 1946, in: BAB, DO 1/10/4, Bl. 66.
[28] Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd.II, S. 434.
[29] Vgl. BAB, DO 1/10/50, Bl. 437ff.
[30] Merker, Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems.

- Schuldzuweisung für die Vertreibung an den NS-Staat und seine Politik
- Beseitigung aller Hoffnungen auf Rückkehr in die Heimat
- Versuch des Abbaus antisowjetischer und antikommunistischer Einstellungen
- Gewinnung der Vertriebenen für das aktive Mitwirken am gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß in der SBZ

Im Mittelpunkt der gezielt gesteuerten politisch-ideologischen Kampagne standen neben der Kriegsschuldthese und dem Bewußtmachen der Pflicht zur Wiedergutmachung der Heimatbegriff. In der Merker-Schrift wurde beklagt, daß die Sehnsucht nach der Heimat das entscheidende Hindernis für eine schnelle Integration sei[31]. Deshalb sollte bei den Vertriebenen eine vollständige innere Abkoppelung von der alten Heimat und die Zuwendung zur neuen Heimat erreicht werden. Um die Erinnerung an die Vergangenheit schnell verblassen zu lassen, durfte beispielsweise der Rundfunk keine Musiksendungen mit Liedern aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland senden[32].

Das Assimilationskonzept der Einheitspartei sah vor, die Einbürgerung der Vertriebenen zu beschleunigen und in einem überschaubaren Zeitraum durchzuführen. Dazu war die Bestandsaufnahme des bisher Erreichten unerläßlich. Die ZVU erhielt von der Parteiführung Order, eine zonale Arbeitskonferenz zu organisieren und Vorschläge für die weitere Integration zu unterbreiten[33]. Die in Vorbereitung der Eisenacher Konferenz (16./17. Juni 1947) von der ZVU gebildeten Kommissionen „Wohnung" und „Arbeit" machten deutlich, um was es in erster Linie ging[34].

Das erneute Aufgreifen der „Umsiedlerfrage" durch die SED und die in dem Zusammenhang der ZVU übertragenen Aufgaben veranlaßten deren Präsidium, eine Reihe von Maßnahmen einzuleiten, die zum einen den Assimilationsprozeß beschleunigen, zum anderen das „Umsiedlerproblem" noch stärker als einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Faktor herausstellen sollten. Ab Mai 1947 erschien die auf die Umerziehung der Vertriebenen ausgerichtete Monatszeitschrift „Die neue Heimat"[35]. Im Mittelpunkt der ZVU-Initiativen stand jedoch die Konstituierung eines zonalen Gremiums, das sich aus Vertretern der Verwaltungen, Parteien, Organisationen und Vertriebenen zusammensetzen sollte. Mit Billigung der SMAD wurde in Vorgesprächen und Kontakten die Einrichtung des „Zentralen Umsiedlerausschusses" betrieben. Derselbe – auch „Umsiedlerbeirat" genannt – sollte das Vertriebenenproblem als wichtige gesellschaftliche Aufgabe verstärkt im Blickfeld der Öffentlichkeit und des politisch-staatlichen Handelns halten. Dem Ausschuß war, wie ZVU-Präsident Engel schrieb, die Aufgabe zugedacht, „die bisherigen Erfahrungen der praktischen Arbeit zusammenzutragen, und nach einheitlichen Gesichtspunkten für die ganze Zone zu organisieren."[36] Nachdem das Zentralsekretariat der SED am 19. Mai 1947 der Gründung zugestimmt hatte, mußte die für Ende des Monats ins Auge gefaßte Konstituierung mehrmals verschoben und schließlich Anfang Oktober gänzlich aufgegeben werden[37].

[31] Ebenda, S. 8.
[32] Vgl. BAB, DO 1/10/92, Bl. 81f.
[33] Diese Aufgabe wurde der ZVU am 15. 4. 1947 von der SMAD übertragen; vgl. BAB, DO 1/10/31, Bl. 117.
[34] Vgl. ebenda, Bl. 136ff.
[35] Vgl. Wille, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 47f.
[36] Vgl. BAB, DK 1/8930.
[37] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/88.

Die seit Sommer 1947 abrupt veränderte Haltung der SED in der „Umsiedlerfrage" war außen- und innenpolitisch bedingt. Der sich zuspitzende Ost-West-Konflikt mit seinen Folgen für die Spaltung Europas und Deutschlands führte zwangsläufig zu einer immer engeren Anlehnung an die Sowjetunion, aber auch an Polen und die Tschechoslowakei[38]. So hieß es in der vom II. Parteitag (September 1947) verabschiedeten Entschließung zur politischen Lage, die Verständigung mit Polen und den anderen Nachbarvölkern entspräche den eigenen Lebensinteressen[39]. Zu dieser Erkenntnis hatte auch die ausgebliebene Einladung zur Gründung des Kommunistischen Informationsbüros beigetragen[40]. Die SED mußte dies in erster Linie als Ausdruck des tiefen Mißtrauens der Teilnehmerländer gegenüber den Deutschen, das bis zu ihr durchschlug, empfinden. Es galt auch unter diesem Gesichtspunkt, sich um das Vertrauen der kommunistischen Gesinnungsgenossen in Polen und in der Tschechoslowakei zu bemühen. Dazu kamen wirtschaftliche Zwänge. Der stockende Warenaustausch mit den Westzonen zwang die SBZ, für sie lebenswichtige Rohstoffe und Erzeugnisse der Grundstoffindustrie aus dem Osten zu beziehen. So wurden im Zuge der sich abzeichnenden Blockbildung seit 1948 mit dem östlichen und südlichen Nachbarn vielfältige Kontakte – Besuche von Regierungs- und Handelsdelegationen, Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Freundschaftswochen – geknüpft[41]. Dieser Entwicklung durften die Vertriebenen mit besonderen Interessenvertretungen und dem Verlangen nach Rückkehr in die Heimat nicht im Wege stehen.

Die sich gleichzeitig aus der inneren SBZ-Entwicklung ergebende, durch die sowjetische Führung massiv beeinflußte Errichtung eines diktatorischen Regimes hatte Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche und setzte andere Prioritäten. In der angestrebten transformierten Gesellschaft mit einer alles beherrschenden Staatspartei an der Spitze gab es für das Anmelden und Vertreten gruppenspezifischer Interessen – noch dazu, wenn sie nicht in Übereinstimmung mit der SED-Politik standen – keinen Platz. So verlangten die SMAD und in ihrem Sog die SED, das Einfügen der Vertriebenen in die Wohnbevölkerung zu einem schnellen Ende zu bringen und jegliche Unterschiede zu verwischen. Diese Aufgabe sollte unter direkter Führung der SED verwirklicht werden. Dazu wurde aufgrund eines Beschlusses des Zentralsekretariats vom 13. Oktober 1947 beim Parteivorstand eine Kommission gebildet[42].

Die veränderte Parteilinie in der „Umsiedlerpolitik" mit ihren inhaltlich-organisatorisch-strukturellen Konsequenzen wurde mehrfach modifiziert[43]. Ende Januar 1948 unterbreitete Paul Merker einen Vorschlag, von dem wesentliche Aussagen aufgegriffen wurden. Danach waren mit dem Abschluß der Hereinnahme der Ausgesiedelten die Umsiedlerbehörden aufzulösen. Das „Umsiedlerproblem" sollte fortan keine Ressortangelegenheit mehr sein, sondern in die Belange der Gesamtbevölkerung eingefügt werden. Um politische Unwägbarkeiten auszuschließen, verlangte Merker die erneute Überprüfung aller Vertriebenen[44]. Auf mehreren Beratungen des Zentralsekretariats und in Kon-

[38] Vgl. dazu die Protokolle der Beratungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes der SED 1947/48, in: SAPMO.
[39] Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages, S. 538.
[40] Friedrich, Das Kominform und die SED, BzG Bd. 33 3/1991, S. 327f.
[41] Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/192 und DY 30/J IV 2/3/7 und 46.
[42] SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/138.
[43] Vgl. die Protokolle der Beratungen des Zentralsekretariats vom 9.2.; 26.4.; 19.7.; 15. 11. 1948; in SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/171; 193; 217; 248.
[44] Vgl. BAB, DO 1/10/83, Bl. 5f.

takten mit den Ländern wurde eine Beschlußvorlage erstellt, die am 31. Mai von der Umsiedlerkommission verabschiedet und dem Machtzentrum der SED zur Bestätigung zugeleitet wurde[45]. Das am 19. Juli 1948 von Walter Ulbricht im Zentralsekretariat erläuterte Papier sah vor, die ZVU als „Hauptabteilung Umsiedler und Heimkehrer" in die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) und die Umsiedlerämter der Länder als Abteilungen in die Innenministerien einzugliedern. Aufgabe der so abgestuften Behörden sollte es sein, „Voraussetzung zu schaffen, daß das Umsiedlerproblem seine Lösung unter den allgemeinen bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten findet" und „daß durch Aufklärung unter Einbeziehung der Presse, Rundfunk und demokratische Organisationen ideologisch jede umsiedlerfeindliche und reaktionäre Tendenz (Rückkehr-Propaganda) ausgeschlossen wird."[46]

Auf Vorschlag der Kommission erfolgte die Einrichtung eines Hauptreferates „Umsiedler" in der Abteilung Landespolitik des Parteivorstandes. Ab 1. Oktober 1948 übernahm dessen Leitung Georg Chwalczyk[47]. Mit Anton Plenikowski[48] war ihm die Aufgabe zugedacht, entsprechend den Vorgaben der Parteiführung Richtlinien und Ausführungsbestimmungen für die Abwicklung des „Umsiedlerproblems" zu erarbeiten[49]. Am 8. November 1948 verabschiedete das Zentralsekretariat die von Plenikowksi und Chwalczyk entworfene Beschlußvorlage zur „Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler"[50]. Über die bisherigen Konzepte hinausgehend hieß es nun unmißverständlich, die weitere Existenz von Umsiedlerbehörden und -ausschüssen würde „den Verschmelzungsprozeß durch die Herausstellung besonderer Umsiedlerinteressen [nur] behindern."[51] Die Umsiedlerabteilungen in der DVdI bzw. den Innenministerien der Länder sollten aufgelöst und ein Teil der Mitarbeiter in die Abteilungen Bevölkerungspolitik übernommen werden. Mahnend wurde vermerkt: „Es muß jedoch von vornherein der Gefahr begegnet werden, daß diese Abteilungen ihre Aufgabe in der Fortsetzung einer besonderen Umsiedlerpolitik sehen", denn die in der SBZ lebenden Vertriebenen seien „gleichberechtigte Staatsträger und keine von der Gesamtbevölkerung isoliert lebende Gruppe"[52].

Wenn das Dokument auch eine Reihe von Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lage der Vertriebenen auflistete und die seit 1948 zur Liquidation der „Umsiedlerfrage" eingeleitete Kampagne mit „Beschleunigung des Assimilationsprozesses" umschrieb, so sollte in Wirklichkeit das Schicksal von vier Millionen in der SBZ aufgenommenen Menschen mit repressiv-administrativen Mitteln und Methoden aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gebracht werden. Dabei war sich die SED im klaren, daß es sowohl bei den Vertriebenen als auch in der CDU und LDPD sowie unter den Mitarbeitern der Umsiedlerbehörden Widerspruch und Ablehnung geben würde. Deshalb wurden die Genossen an der Basis verpflichtet, verstärkte Aufklärungsarbeit zu leisten[53]. In der Orientierung „Zum Umsiedlerproblem" der Abteilung Landespolitik des Parteivorstandes hieß es:

[45] Vgl. zum Gesamtproblem: Schwartz, Kontrollierte Partizipation, S. 182ff.
[46] SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/217, Bl. 16 und 17.
[47] Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 42.
[48] Anton Plenikowski war Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung im ZK der SED.
[49] Vgl. z. B. die entsprechenden Ausarbeitungen in: SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.
[50] SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248, Bl. 8f.
[51] Ebenda, Bl. 8.
[52] Ebenda.
[53] Ebenda, Bl. 8f.

„Der Artikel des Genossen Walter Ulbricht über die Grundlage der deutsch-polnischen Freundschaft zeigt allen Parteieinheiten, von welcher Seite die Behandlung des Umsiedlerproblems anzupacken ist, und daß es untrennbar verbunden ist mit unserem Kampf um die Befestigung des Friedens und die Errichtung einer neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland."[54]

Am 3. Dezember 1948 wurde den Vertretern der Umsiedlerbehörden und der Umsiedlerabteilungen der SED-Landesvorstände die neue Marschroute erläutert. Nach Meinung des Referenten Plenikowksi ging es für die Vertriebenen lediglich noch um „die restlose Beseitigung der Schwierigkeiten bei der Verbesserung der materiellen Lage." Dazu seien die Betroffenen selbst zu motivieren. Materielle und finanzielle Unterstützung würde fortan nicht mehr entsprechend dem Status des Bevölkerungsteiles (z. B. Umsiedler), sondern ausschließlich nach dem „Grad der Hilfsbedürftigkeit"[55] gewährt. In der anschließenden Diskussion machten die mit Vertriebenenfragen befaßten Vertreter der Behörden gegen den schnellen Schwenk der SED-Führung Vorbehalte geltend, konnten jedoch keine Entschärfung der Beschlüsse erreichen[56].

Der zukünftige Umgang mit den Vertriebenen war seit Ende 1948 zu einem wichtigen Feld der Auseinandersetzungen zwischen der SED und den beiden bürgerlichen Parteien geworden. In der CDU-Zeitung „Neue Zeit" hieß es: „Kein Umsiedlerproblem mehr?" In dem Beitrag entgegnete der Vorsitzende eines Umsiedlerausschusses in Sachsen-Anhalt dem Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks, Sender Leipzig, der behauptet hatte, daß in der SBZ die Vertriebenenfrage gelöst sei. Zwar würde – so hieß es in dem Artikel – der Sender täglich Vorträge über Sozialismus, Solidarität und Demokratie ausstrahlen, wüßte jedoch über die wirkliche Lage des Volkes, vor allem über das Los der Vertriebenen, wenig Bescheid. Aus der vom Autor aufgelisteten tatsächlichen Situation der Vertriebenen soll ein Beispiel aufgeführt werden: „Ist es kein Problem, wenn Hunderttausende kein Bett, keinen Strohsack und kaum eine Decke, nur unzureichende Bekleidung und nur noch Holzsandalen besitzen? Hunderttausende wissen nicht mehr, wie es sich in einem Federbett liegt."[57] Im Januar 1948 beantragte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag, die Landesregierung solle mit der Deutschen Wirtschaftskommission Verhandlungen betreffs des Erhalts einer zonalen Institution für Flüchtlingsfragen aufnehmen[58]. Der Zentralvorstand der LDPD forderte in einem Schreiben, die zum 1. April 1949 geplante Auflösung der Umsiedlerbehörden rückgängig zu machen[59]. Die „Neue Zeit" bezeichnete die Beseitigung der Umsiedlerausschüsse als eine am „Grünen Tisch" getroffene verfrühte Maßnahme[60].

Die Kontroverse um das Vertriebenenproblem verschärfte sich noch durch den Alleingang der SED in der Frage der Ostgrenze. Entgegen der früheren Haltung war die Parteiführung seit 1948 bereit, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens anzuerkennen. So beschloß das Zentralsekretariat im Dezember 1948 die Herausgabe einer „Broschüre über Oder-Neiße-Grenze"[61]. Wie konträr die Standpunkte der Parteien in dieser Frage

[54] SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 47.
[55] Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 213; siehe auch LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 3.
[56] Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 2ff.
[57] „Neue Zeit", 14. 11. 1948.
[58] Ebenda, 27. 1. 1949.
[59] Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6564, Bl. 7.
[60] „Neue Zeit", 31. 5. 1949.
[61] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/258, Bl. 4.

waren, wurde in der Aussprache zum Entwurf der Richtlinien über die Arbeit des zentralen Blocks Anfang Juli 1949 deutlich. Entgegen der ersten Fassung hatte die SED die Formulierung „die Grenzfrage zwischen Polen und Deutschland" durch „die neue Grenze zwischen Polen und Deutschland" ersetzt. In der Diskussion wies der Generalsekretär der CDU Georg Dertinger auf den völkerrechtlichen Tatbestand der endgültigen Festlegung der Grenze erst durch einen Friedensvertrag hin. Der Mitvorsitzende der LDPD Karl Hamann mahnte, sich an die alliierten Beschlüsse zu halten und keine einseitigen Vorleistungen zu bringen. Dagegen befanden sich die Vorsitzenden der NDPD Lothar Bolz und des DBD Ernst Goldenbaum bereits auf SED-Kurs. Bolz sah in der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze „die erste Voraussetzung für die Lösung des Umsiedlerproblems", da den Vertriebenen damit endgültig die Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat genommen würde. Für Goldenbaum war die Grenzfrage sowieso nur noch eine formale Angelegenheit. So einfach machte es sich Grotewohl nicht. Er mußte zugestehen, daß es in der SED-Mitgliedschaft viele Vorbehalte gäbe, „aber dennoch hat die Partei unerschrocken gesagt, das müssen wir in dieser Situation aussprechen, so schwer uns das auch fällt." Auf die außenpolitischen Zwänge mit ihren wirtschaftspolitischen Konsequenzen verweisend führte er die folgenden, aus der Situation der SBZ verständlichen Beweggründe an: „Bekennen wir uns nicht zu der Grenze, so schlägt uns aus dem gesamten Osten ein eisiger Wind entgegen. ‚Wo wollen wir denn Kohle und Stahl herbekommen, wenn wir in dieser Linie nicht einen klaren Standpunkt einnehmen. Das ist doch mit die Voraussetzung für die Belieferung mit Kohle, Stahl, Lebensmitteln usw. aus Polen.'" Käte Kern (SED) äußerte: „eine Unklarheit hier würde auch dazu führen, daß die Umsiedler ihre jetzige Lage irgendwie als vorübergehend ansehen und sich nicht richtig in den Arbeitsprozeß einordnen, daß sie ideologisch immer noch auf dem Köfferchen sitzen. Hier muß man eine ganz klare Sprache sprechen. Dann werden diese Menschen auch ihre Arbeitsproduktivität steigern, und dann werden wir auch unseren Volkswirtschaftsplan erfüllen"[62]. So einfach war das also im Verständnis von Teilen des SED-Apparates!

Alle Einwände und Argumente mißachtend wurden von der SED die Beschlüsse zur „Liquidierung der Umsiedlerfrage" durchgesetzt. Bis Ende März 1949 mußten die Umsiedlerbehörden und -ausschüsse ihre Tätigkeit einstellen[63]. So hatten beispielsweise die Abwicklung der ZVU weder Anbiederungsversuche an den Parteiapparat noch Verweise auf die Unentbehrlichkeit der Institution sowie Appelle an die SMAD verhindern können[64]. Deren im Rahmen der DVdI erfolgter Abstieg über eine Hauptabteilung, eine Abteilung „Umsiedler und Heimkehrer" zur Abteilung „Bevölkerungspolitik" war von einem vollständigen Austausch der Leitungsspitze und einem gravierenden Personalabbau begleitet[65]. Im Frühjahr 1949 kam auch das Ende für die Zeitschrift „Die neue Heimat". In dem Beschluß des Kleinen Sekretariats der SED hieß es, diese „hat durch die Entwicklung in der Ostzone ihre Bedeutung verloren und ist deshalb einzustellen."[66] Die sowjetzonalen statistischen Erhebungen erfaßten und wiesen fortan die Vertriebenen nicht mehr gesondert aus[67]. In dem Dokumententwurf des zentralen Parteiapparats vom Fe-

[62] Vgl. SAPMO, DY 3/9, Bl. 25 ff.
[63] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/187, Bl. 41.
[64] Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 225; ebenda, Nr. 4, Bl. 184.
[65] Vgl. ebenda, Nr. 18, Bl. 42; Nr. 19, Bl. 111.
[66] SAPMO, DY 30/J IV 2/3/11, Bl. 6.
[67] Vgl. BAB, DQ 2/1927.

bruar 1949 steht: „Keine Diskussionen mehr über das ‚Umsiedlerproblem', sondern nur noch Diskussion über unsere Arbeit[s]- und Sozialpolitik. Der Begriff ‚Umsiedler' muß schnellstens verschwinden. Alle Genossen sind darauf aufmerksam zu machen, daß nur noch vom sozialen Gesichtspunkt aus gehandelt und gesprochen werden sollte."[68] Wenige Monate später hieß es in einem Beschluß des Kleinen Sekretariats der SED: „Die Einbürgerung der Umsiedler in der sowjetischen Besatzungszone ist durchgeführt."[69] Eine im Auftrag gegebene Denkschrift legte praktisch die Abschlußbilanz vor[70].

Die SED stieß mit dem offiziellen Ad-acta-legen des Schicksals der Vertriebenen bei der übergroßen Mehrheit der älteren Betroffenen auf Widerspruch und Ablehnung. In den Behörden und Parteibüros häuften sich die Eingaben und Beschwerden[71]. In ihnen wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich im Gegensatz zu der doktrinären Einschätzung der Einheitspartei die tatsächliche Lage vieler Vertriebener anders darstellte. Auch behördliche Berichte – in denen vieles abgeschwächt festgehalten wurde – mußten den Tatsachen Rechnung tragen. So gaben die im Vorfeld der „Abschlußbilanz" in ausgewählten Kommunen und Regionen angestellten Untersuchungen zur Lage der Vertriebenen trotz der vorgegebenen Grundaussage, nämlich, daß trotz einiger noch offener Probleme die „Umsiedlerfrage" in der SBZ gut gelöst worden sei, partiell die Sorgen und Nöte der Betroffenen wider[72]. Während sich die Jüngeren im allgemeinen in die Ankunftsgesellschaft – vor allem gefördert durch die Arbeitsaufnahme – eingepaßt hatten, lebten viele Ältere und Erwerbsunfähige an oder unter der Schwelle der Armutsgrenze. Renten und Unterstützungsgelder waren knapp bemessen. Oft standen die zur Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lage erlassenen Gesetze und Verordnungen nur auf dem Papier. In einem Bericht der Landesregierung Brandenburg hieß es, das Bemühen, „diesen Menschen die Gleichberechtigung zu verschaffen", sei „zum großen Teil ein Verwaltungsakt" geblieben, „denn die tausendfachen Ereignisse, Erlebnisse und Beschwerden, auch die unterschiedliche, ungerechte und verständnislose Behandlung der Umsiedler beweisen uns täglich das Gegenteil, angefangen bei der Schikane am gemeinsamen Kochherd oder [bei der] Benutzung der Toiletten bis hinauf zur Eingliederung in das Berufsleben."[73]

Im Vergleich mit den Einheimischen verfügten im zonalen Durchschnitt die Vertriebenen noch 1949 nur über die Hälfte der Wohnraumfläche[74]. Behördlichem Wunschdenken entsprach, wenn die Abteilung „Umsiedler" der Landesregierung Sachsen vorschlug, „alle noch bestehenden behelfsmäßigen und lagerähnlichen Unterkünfte (Baracken usw.) zu beseitigen und die Umsiedler in bessere Wohnungen unterzubringen."[75] Die ZVU hatte 1948 die den Vertriebenen fehlenden notwendigsten Möbel auf 2,4 Millionen Stück geschätzt[76]. Die Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern meldeten im gleichen Jahr einen Bedarf von jeweils 300000 Strohsäcken für die Vertriebenen an[77]. In einem Runderlaß der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom Juli 1949 wurde festge-

[68] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 101.
[69] SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.
[70] Ebenda.
[71] Vgl. LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6547, Bl. 113.
[72] Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 64ff.
[73] Vgl. BAB, DO 1/10/83, Bl. 21.
[74] Vgl. ebenda, Nr. 49, Bl. 153.
[75] SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 304, Bl. 14.
[76] Vgl. BAB, DO 1/10/68, Bl. 7.
[77] Ebenda, Bl. 38ff.

stellt: „Noch gibt es zahlreiche Umsiedler, die kein Bett, keinen Schrank, keinen Tisch und keinen Kochtopf haben."[78]

Anfang der fünfziger Jahre mußte die SED das verordnete Totschweigen des „Umsiedlerproblems" aus mehreren Gründen noch einmal unterbrechen. Die Vertriebenen kehrten für kurze Zeit als „ehemalige Umsiedler" in das Blickfeld der Medien, der Parteien und Behörden zurück. Die Führungsspitze der SED beschloß im August 1950, kurzfristig ein „Umsiedlergesetz" zu erarbeiten und von der Provisorischen Volkskammer der DDR verabschieden zu lassen[79]. Das mit großem propagandistischen Aufwand am 8. September beschlossene „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" kündigte Hilfe und Kredite für Neubauern und Handwerker sowie für erwerbsunfähige und bedürftige Vertriebene an. Es versprach, mehr für die bessere Versorgung mit Wohnraum zu tun. Kinder sollten für die Ausbildung und das Studium Stipendien erhalten[80].

Das „Umsiedlergesetz" erschien „termingerecht" wenige Tage vor den Volkskammer- und Landtagswahlen. Die SED-Presse prophezeite: „Das neue Gesetz wird in der DDR den Begriff ‚Umsiedler' in eine historische Vokabel verwandeln, weil es nach seiner Durchführung keinen noch so geringfügigen Unterschied mehr zwischen Alt- und Neubürgern geben wird. Das ist ein Ziel, das heute schon in zahlreichen Dörfern und Städten der DDR erreicht worden ist."[81] Über die wirkliche Stimmung unter den Vertriebenen sagten interne Berichte jedoch etwas anderes aus[82]. Obwohl der inzwischen durchgesetzte Wahlmodus jede direkte Niederlage der SED ausschloß, sollten die Vertriebenen durch die im „Umsiedlergesetz" gemachten Zugeständnisse und Versprechungen für die Teilnahme an der Wahl und die Zustimmung zur Einheitsliste gewonnen werden. In der Presse kamen Vertriebene zu Wort, die versicherten, „am 15. Oktober aus tiefster Überzeugung für die Kandidaten der Nationalen Front [zu] stimmen."[83]

Die Einflußnahme der SED auf die Vertriebenen war im Jahre 1950 besonders schwierig. Neben der Ablehnung des im Entstehen begriffenen diktatorischen Regimes und der angespannten wirtschaftlich-sozialen Lage wurde die Mehrheit der aus den deutschen Ostprovinzen vertriebenen Menschen durch die Einheitspartei durch deren Vorpreschen in der Grenzfrage schockiert. Als wichtige Vorbedingung für die Aufnahme in den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" und den weiteren Ausbau der Beziehungen verlangten vor allem die Sowjetunion und Polen von der DDR-Führung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze. Dazu stellte eine von Ulbricht geführte Regierungsdelegation am 5./6. Juni 1950 in Warschau die Weichen[84]. Eine eiligst verbreitete Broschüre dokumentierte auch das angebliche „Ja der Umsiedler zur Friedensgrenze".[85] In Ostberlin wurde begonnen, Bahnhofs- und Straßennamen, die an den deutschen Osten erinnerten, zu tilgen[86]. Besondere Verbitterung rief bei den Vertriebenen hervor, daß die SED einerseits von den Siegermächten Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag verlangte, jedoch andererseits zu einseitigen, ihr nicht zustehenden Vorleistungen bereit war.

[78] LAM-LHA, Rep.K, MdI, Nr. 6546, Bl. 12.
[79] Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/131, Bl. 3.
[80] Vgl. Gesetzblatt der DDR 1950, S. 971 ff.
[81] „Tägliche Rundschau", 9. 9. 1950.
[82] Vgl. z. B. SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 304, Bl. 13 f.; ebenda, Nr. 2208.
[83] „Neues Deutschland", 10. 9. 1950.
[84] Vgl. die Broschüre „Die Wahrheit dem Volke. Die Oder-Neiße-Friedensgrenze".
[85] Ebenda.
[86] Vgl. z. B. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/150, Bl. 7.

Um von den eigenen Schwierigkeiten abzulenken, aber auch in der Hoffnung, sich in die inneren Verhältnisse Westdeutschlands einmischen zu können, wurde das nach Ansicht der SED in der SBZ/DDR insgesamt erfolgreich bewältigte „Umsiedlerproblem" zur Auseinandersetzung mit dem „Klassengegner" und den „Kriegsbrandstiftern" instrumentalisiert. Die Parteipresse erhielt Weisung, den eigenen Erfolgen die große Vertriebenennot in der Bundesrepublik gegenüberzustellen. „Auf der ganzen Linie versagt" oder „Ein Hund lebt besser im Staate Adenauers" wußte das „Neue Deutschland" über die Lage der Vertriebenen im Westen zu berichten[87]. Im Juli 1949 schlug das Politbüro vor, eine gesamtdeutsche Konferenz der Sozialminister der Länder zu Umsiedlerfragen durchzuführen. Die westdeutschen Politiker sollten von der SBZ lernen[88]! Mehrere Delegationen ausgewählter Vertriebener besuchten die DDR, um sich in den Medien beeindruckt über die Lage der hier untergekommenen Landsleute zu äußern. „Sie haben hinter den ‚Eisernen Vorhang' gesehen und sind begeistert", schrieb das „Neue Deutschland"[89]. Die Vertriebenen in der Bundesrepublik wurden aufgerufen, sich in eigenen Organisationen zu formieren und gegen den Staat Front zu machen[90]. Als Sachwalterin ihrer Interessen sollte die „Nationale Front" der DDR wirksam werden. Die erfolglose Kampagne wurde 1952 abgebrochen.

Die sich seit 1949/50 in der SED-Propaganda immer deutlicher abzeichnende Gleichstellung des Verlangens nach Rückkehr in die Heimat und der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze mit „gegnerischer Einflußnahme" und „Kriegshetze" war in erster Linie gegen die Bundesrepublik, aber auch als Warnung an die Vertriebenen im eigenen Machtbereich gerichtet. In Stellungnahmen erklärten „bewußte ehemalige Umsiedler", im Interesse der Erhaltung des Friedens auf die Heimat verzichten zu wollen[91]. Das Bestehen auf dem Heimatrecht wurde immer häufiger kriminalisiert, polizeilich verfolgt und gerichtlich geahndet. Versuche zur Bildung von Umsiedlerorganisationen oder Ansätze landmannschaftlicher Kontaktaufnahme und Formierung galten als friedensgefährdende Zusammenschlüsse und Verschwörung gegen die Staatsmacht. Aus Furcht vor Benachteiligung und Verfolgung wagten es immer weniger Vertriebene, in Wort und Schrift die Rückkehr in die Heimat zu verlangen oder andere grundsätzliche Fragen, die sie bewegten, anzusprechen. Die es trotzdem taten, stellten den Schreiben meistens Ergebenheitsbekundungen voran – so in der Stadt Zittau, wo sich die Bewohner von vier Behelfsheimen zur „Oder-Neiße-Friedensgrenze" bekannten und „von der Richtigkeit der Politik unserer Regierung" überzeugt waren, um dann die Bitte vorzutragen, nach fünf Jahren Notquartier bald mit einer Wohnung bedacht zu werden[92].

Ungeachtet des von der SED angestellten Ost-West-Vergleichs in der „Umsiedlerpolitik" und der im Gesetz vom 8. September 1950 gemachten Versprechungen änderte sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre an den Lebensverhältnissen der meisten Vertriebenen wenig. Eines der drängendsten Probleme blieb die völlig unzureichende Unterbringung vieler Familien. Hatte Wilhelm Pieck noch am 12. August 1949 auf einer Umsiedler-Kundgebung im Berliner Zirkus Barlay baldige Abhilfe versprochen[93], so engte

[87] Vgl. „Neues Deutschland", 28. 6. 1949 und 25. 12. 1951.
[88] „Tägliche Rundschau", 7. 7. 1949.
[89] „Neues Deutschland", 17. 5. 1951.
[90] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2/118, Bl. 76.
[91] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Nr. 238, Bl. 429.
[92] SächsHStA, LRS, MdI, Nr. 2208.
[93] Vgl. SAPMO, NY 4036/744.

das „Umsiedlergesetz" den Kreis der beim Wohnungsbau bedachten Vertriebenen auf die Neubauern und diejenigen, „die in den volkseigenen Betrieben, in den Maschinenausleihstationen und in den volkseigenen Gütern arbeiten", ein[94] In den folgenden Jahren konnten jedoch nicht einmal die so „Privilegierten" mit Wohnraum versorgt werden. Die in der DDR-Presse verbreitete Meldung, 46 Prozent der im Bauprogramm 1951 entstandenen Wohnungen seien an „ehemalige Umsiedler" vergeben worden, sprach der Wirklichkeit Hohn[95]. In den lokalen Vergabeplänen der wenigen Neubauwohnungen wurden die Vertriebenen nur noch selten gesondert ausgewiesen oder bevorzugt berücksichtigt[96]. Ähnlich sah es bei der Kreditierung der Neubauerngehöfte aus. Beispielsweise hatten Mitte 1952 im Land Brandenburg von 5221 bauwilligen Neubauern nur 2438 einen Baukredit erhalten[97]. Auch diejenigen, die mit einer finanziellen Hilfe bedacht worden waren, stießen auf vielfältige materielle Schwierigkeiten. In einer vom Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg einberufenen Arbeitsbesprechung mußte eingeschätzt werden: „Der Materialmangel an Mauersteinen und Nägeln und Schnittholz behindert die zügige Erfüllung des Bodenreform-Bauprogramms"[98].

Das „Umsiedlergesetz" hatte für erwerbsunfähige, bedürftige und alte Menschen „Wohnbedarfskredite" in Aussicht gestellt. Entsprechend einer Pressemeldung erhielten bis Ende 1952 660 000 Vertriebene zur Anschaffung von Mobiliar und Haushaltsgegenständen einen Kredit bis zu 1000 Mark[99]. Zweifellos wurde vielen damit geholfen. Andererseits schuf das unzureichende Warenangebot hohe Barrieren. Bei den Behörden häuften sich Eingaben und Beschwerden, daß das dringend Benötigte nicht zu bekommen sei. Wegen der schlechten Versorgungslage mußte die Gültigkeitsdauer der Kreditberechtigungsscheine von ein auf zwei Jahre verlängert werden. Unzufriedenheit löste auch aus, als durch Ausführungsbestimmungen zum „Umsiedlergesetz" der Kreis der Antragsteller eingeschränkt und die monatlichen Tilgungsraten erhöht wurden. „Das haben die oben vorher auch gewußt, wieviel Gelder sie benötigen, um den Umsiedler-Familien diese ihnen gesetzlich zustehenden Kredite auszahlen zu können, oder sind geschaffene oder erlassene Gesetze nur ein Stück Papier?", brachte ein Vertriebener die Meinung vieler zum Ausdruck[100].

Seit Mitte der fünfziger Jahre wurden die in der DDR lebenden Vertriebenen in den Medien und in der Berichterstattung nicht mehr erwähnt. Als die Berliner Außenministerkonferenz der Siegermächte Anfang 1954 keinerlei Fortschritte im Hinblick auf einen deutschen Friedensvertrag gebracht hatte, gaben auch die Letzten die Hoffnungen auf Rückkehr in die Heimat auf. Während sich eine Minderheit noch stärker mit dem herrschenden System identifizierte, während die mit den politischen und wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen Unzufriedenen in die Bundesrepublik flüchteten, fügte sich trotz aller Vorbehalte und Bedenken die Mehrheit Schritt für Schritt in die DDR-Gesellschaft ein. Das wurde ihnen durch das insgesamt niedrige Lebensniveau der Gesamtbevölkerung erleichtert.

[94] Vgl. Gesetzblatt der DDR 1950, S. 971 ff.
[95] Vgl. „National Zeitung", 23. 2. 1952.
[96] Vgl. z. B. die Unterbringung der in der Großkokerei Lauchhammer Beschäftigten, in: BLHA, Rep. 206, Nr. 3115.
[97] BLHA, Ld. Br., Rep. 206, Nr. 2624, Bl. 10.
[98] Ebenda.
[99] Vgl. „Neues Deutschland", 16. 12. 1952.
[100] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Nr. 235, Bl. 31.

Michael Schwartz

Apparate und Kurswechsel.

Zur institutionellen und personellen Dynamik von ‚Umsiedler'-Politik in der SBZ/DDR 1945–1953.

1. Personelle Netzwerke als politische Kontinuitätsfaktoren

Die organisatorische Entwicklung des politisch-administrativen Systems in der SBZ/DDR im allgemeinen und dessen personalpolitische Dynamik im besonderen waren – gerade auch im Bereich der Vertriebenenpolitik – derart rasant, daß sich die Frage stellt, inwiefern sich diese *institutionell-personellen* Diskontinuitäten in den Herrschaftsapparaten auch in *inhaltlicher* Hinsicht auf Kontinuität oder Diskontinuität der Vertriebenen- oder ‚Umsiedler'-Integrationspolitik der SBZ/DDR auswirkten. Die lange Zeit singuläre westdeutsche Studie zur „Flüchtlingspolitik des Sowjetzonenregimes" ging 1954 noch davon aus, „daß die Gründung der ‚DDR' [. . .] in der Haltung gegenüber den Vertriebenen *keinen* Einschnitt bedeutet[e], sondern daß man von einer einheitlichen Haltung gegenüber den Heimatvertriebenen vor und nach der Gründung des neuen sog. Staates sprechen" müsse[1]. Demgegenüber erschienen institutionelle Wandlungen – wie die 1948 erfolgte Abschaffung der eigenständigen Flüchtlingssonderverwaltung in der SBZ, der ‚Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler' (ZVU) – als relativ unerheblich, zumal sie anhand des spärlichen publizierten Materials ohne Kenntnis der Hintergründe nur relativ unscharf rekonstruiert werden konnten[2]. Doch auch manche in den 80er Jahren möglich gewordene Studie der DDR-Historiographie zur ‚Umsiedlerpolitik' ihres Staates entzog sich dem Periodisierungsproblem und diskutierte stattdessen in eher statisch anmutender sozialgeschichtlicher Ausrichtung die „Integration der Umsiedler in die Gesellschaft" der SBZ/DDR für einen zusammenhängenden Zeitraum der Jahre 1945–1952[3].

Doch bereits in der späten DDR-Historiographie war, sofern sie sich des Periodisierungsproblems annahm, bei aller SED-konformen Interpretation der Zäsurcharakter des Jahres 1948 herausgestellt worden: Damals sei es zur schrittweisen Auflösung der umsiedlerpolitischen Sonderverwaltungen zugunsten einer „Umsiedlerbetreuung im Rahmen der umfassenden sozialpolitischen Arbeit" gekommen, wobei – eine zweite Zäsur – das DDR-Umsiedlergesetz von 1950 bereits „das letzte Glied in der Kette der seit

[1] Vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 31.

[2] So wurden als „Träger dieser Flüchtlingspolitik" für den Zeitraum bis 1949 relativ undifferenziert „die Länder und die ‚Deutsche Wirtschaftskommission'", für die Folgezeit die DDR-Regierung namhaft gemacht, wobei „die grundsätzliche Linie der Politik" vor wie nach 1949 „von den militärischen und politischen Beauftragten der UdSSR [. . .] bestimmt" worden sei; vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 31ff.

[3] Vgl. Meinicke, Integration.

1945 durchgeführten Maßnahmen zur Lösung des Umsiedlerproblems" gewesen sei[4]. Nachdem die politische Wende der Jahre 1989/90 das Problem des Quellenzugangs grundlegend behoben hatte, kam es in der neueren Forschung zur ‚Umsiedlerpolitik' der SBZ/DDR insgesamt zu empirisch gesicherten Versuchen einer Periodisierung, die hieran anknüpfen konnten. Dabei wurde zwangsläufig das ominöse Jahr 1948 meistgesuchter Referenzpunkt. Diese Sicht ist durch einige verwaltungsgeschichtliche Studien zur ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung ZVU, die zwangsläufig mit dem Jahre 1948 enden müssen, noch verstärkt worden[5]. Die damalige Abschaffung der ‚Umsiedler'-Sonderverwaltungen und -institutionen ist seither des öfteren zum Anlaß genommen worden, den Zäsurcharakter des Jahres 1948 sehr stark und manchmal überzogen zu gewichten. So wurde unlängst das Jahr 1948 zur Scheidelinie zweier grundlegend unterschiedlicher Phasen von Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR stilisiert: Habe es bis 1948 in der SBZ eine ‚redistributive Vertriebenenpolitik' gegeben, in der die Behörden versucht hätten, „die Vertriebenen oft zu Lasten der einheimischen Bevölkerung soweit zu unterstützen und zu fördern, daß sie sich eine neue Existenz aufbauen konnten", sei es nach 1948 zu einer „negativen Vertriebenenpolitik" gekommen, welche die Vertriebenen selbst zunehmend stigmatisiert und die bisherige Umverteilungspolitik „schrittweise abgebaut" habe[6]. Diese Periodisierung vermag jedoch nicht zu erklären, wieso es ausgerechnet in der Phase dieser angeblich ‚negativen Vertriebenenpolitik' zum DDR-Umsiedlergesetz des Jahres 1950 kommen konnte, das nachgerade als Höhepunkt redistributiver Vertriebenenpolitik angesprochen werden muß und damit dieses Deutungsschema eklatant widerlegt[7]. Die Vertriebenenpolitik der SBZ/DDR nach 1948 kann folglich keineswegs als tendenziell *negativ* gekennzeichnet werden, sondern erscheint vielmehr durch eine *widersprüchliche Gemengelage und eigentümliche Konkurrenz* ‚negativ'-repressiver und sozialpolitisch-integrativer Maßnahmen gekennzeichnet. Entsprechend ist denn auch andernorts das Jahr 1948 als relative Zäsur skizziert worden: Es habe einerseits zwar einen „entscheidenden Einschnitt" für die Umsiedlerpolitik der SBZ bedeutet, denn im Rahmen der umfassend einsetzenden Stalinisierungsdynamik sei damals auch „das Vertriebenenproblem nun praktisch über Nacht als gelöst" erklärt worden, was in der Auflösung der ZVU und im offiziellen Fallenlassen des Umsiedlerbegriffs selbst seinen Ausdruck gefunden habe. Doch andererseits habe dieser 1948 einsetzende Versuch des „völlige[n] Übergehen[s]" der „Sorgen und Nöte" der Vertriebenen politisch „nicht durchgestanden werden" können, vielmehr habe sich die DDR-Regierung – in Form des Umsiedlergesetzes von 1950 – zur (zeitweiligen) Intensivierung der Integrationspolitik gezwungen gesehen[8].

[4] Vgl. Just, Lösung, S. 983; zur Erklärung der Zäsur von 1948 wurde freilich unhinterfragt der zeitgenössische SED-Standpunkt übernommen, es habe sich 1947/48 sehr bald gezeigt, „daß spezielle Verwaltungsorgane, die durch ihre besondere Funktion immer wieder die Unterschiede betonten und die Umsiedlerfrage zu einer Ressortangelegenheit machten, sich als nicht geeignet erwiesen, die vollständige Integration der Umsiedler zu fördern"; zur Erklärung der Zäsur von 1950 reichte die ebenfalls der früheren SED-Politik geschuldete Auffassung, der Integrationsprozeß sei damit tatsächlich bereits abgeschlossen worden.

[5] Vgl. Schneider, Zentralverwaltung; Wille, Zentralverwaltung; kritisch dazu die ZVU-Studie von Schwartz, Zusammenbruch.

[6] Vgl. Ther, Vertriebenenpolitik, S. 160.

[7] Eine konzise Zusammenfassung der diversen Hilfsprogramme des ‚Umsiedlergesetzes' bietet Meinicke, Integration, S. 877f.

[8] Vgl. Hoffmann u. a., Flüchtlinge, S. 24f.

Diese zeitweilige Fortsetzung der vertriebenenbezogenen Integrationspolitik in der SBZ/DDR gegen die ursprünglichen Intentionen (innerhalb) ‚der' SED-Führung ist erklärungsbedürftig. Es reicht nicht aus, die gewichtigen objektiven Sachzwänge – etwa die soziale Notlage der Vertriebenen und die aufgrunddessen gegebene Furcht vor politischer Radikalisierung und Systemdestabilisierung[9] – für diese Kontinuität in der Diskontinuität heranzuziehen, denn nur wenig später (nach 1952/53) sah sich die SED-Führung sehr wohl in der Lage, solche objektiven Sachzwänge dezisionistisch zu ignorieren. Daß dies nicht schon 1948 geschah, muß letztlich durch *interne Kontinuitäten* des sich etablierenden SED-Regimes erklärt werden, die mit dessen Politik-Konzeptionen und den sie tragenden Funktionärsgruppen zusammenhängen.

Diese Sicht führt zu einer sorgfältigen Berücksichtigung jener spezifischen „Dialektik der Liquidation" im Jahre 1948, die zwar das *institutionelle* Ende der Vertriebenen-Sonderverwaltung ZVU, damit jedoch keineswegs das *inhaltliche* Aus vertriebenenspezifischer Sozialpolitik mit sich brachte; stattdessen ging, wie sich zeigen sollte, lediglich die Federführung der ‚Umsiedler'-Politik „von einer parteipolitisch durchsetzten Staatsbürokratie" – der SED-dominierten ZVU – „auf die Bürokratie des zentralen Parteiapparats selbst über"[10]. Diese Dialektik führte auch zu der schizophren anmutenden Situation, daß seit 1948 einerseits die Fortexistenz eines besonderen Integrationsproblems immer stärker geleugnet wurde, zum anderen weitere, vergleichsweise weitgehende politische Hilfsprogramme zur Behebung desselben Integrationsproblems konzipiert und implementiert wurden. Diese Schizophrenie der SED-Politik spiegelte sich explizit im mustergültigen Sprachkompromiß des offiziellen Titels jenes Umsiedlergesetzes von 1950, das ein ‚Gesetz zur *weiteren* Verbesserung der Lage der *ehemaligen* Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik' sein sollte. Intern stellte bereits im Sommer 1949 ein für die SED-Führung erarbeiteter Denkschriftenentwurf zur Vertriebenenintegration fest, der Einbürgerungsprozeß der ‚Umsiedler' sei in der SBZ „bereits weit vorangeschritten", weshalb man sich in der unmittelbaren Zukunft nur „noch mit den Resterscheinungen des Umsiedlerproblems zu beschäftigen" haben werde. Diese euphemistischen Behauptungen, die der sozialen Realität Hohn sprachen, waren zu diesem Zeitpunkt für den Umgang in der SED-Führung mit dem Vertriebenenproblem ebenso symptomatisch wie die unübersehbaren, mit Rotstift an den Rand dieser Ausführungen gesetzten Fragezeichen[11]. Die SED-Politik war folglich 1949/50 eher zweideutig als allzu eindeutig, eher durch interne Meinungsverschiedenheiten und daraus resultierende uneinheitliche Politikentwürfe denn durch klare Negation und Repression in der Vertriebenenfrage gekennzeichnet. Die SED-internen Fragezeichen angesichts jener zukunftsträchtigen Behauptung, man habe schon (fast) alles im Griff, verschwanden erst etwas später, dann jedoch umso nachhaltiger. An dieser Stelle soll gerade die Dynamik dieses

[9] In den Westzonen befürchtete man einen Linksruck im zwangsproletarisierten ‚fünften Stand', während die kommunistischen Regenten der SBZ umgekehrt eine Rechtsradikalisierung befürchteten; der ursprüngliche Faschismusverdacht wurde sehr leicht und sehr bald durch die Stigmatisierung jeglicher Affinitäten zur westdeutschen Demokratie – inklusive der dort möglich gewordenen Selbstorganisation der Vertriebenen – ergänzt und ersetzt.

[10] Diese These bereits bei Schwartz, Zusammenbruch, S. 91 ff., wo insbesondere auf den SED-Zentralsekretariatsbeschluß vom November 1948 zur politischen ‚Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler' hingewiesen wurde, aber eine umfassende Beweisführung nicht erfolgen konnte; diese soll mit der vorliegenden Studie erbracht werden.

[11] Vgl. hierzu SAPMO, DY 30/IV 2/13/388, insb. Bl. 30 f.

herrschaftsinternen Wandlungsprozesses eingehender beleuchtet werden: Warum konnte es noch interne Fragezeichen geben und weshalb verschwanden sie schließlich?

Hier kommen die politischen ‚Apparate' und mehr noch die sie tragenden *Personengruppen* ins Spiel – die Entscheidungs- und Funktionseliten der SED und der von ihr bereits ziemlich stark ‚durchherrschten' Verwaltungen der SBZ. Im folgenden soll das Verhältnis zwischen institutionellen und personellen Veränderungen an und in diesen ‚Apparaten' einerseits und der inhaltlichen Kontinuität von ‚Umsiedler'-Politik andererseits diskutiert werden. ‚Umsiedler'-Politik – als spezielle, gezielt auf die Gruppe der Vertriebenen bezogene Form der Sozialpolitik – vollzog sich in der SBZ/DDR zwischen den Jahren 1945 und 1953 und besaß ihre beiden Höhepunkte gewiß 1947 und 1950/51. Dabei stand das strategische Kernziel dieser sowjetisch und immer stärker auch SED-geprägten ‚Umsiedler'-Politik – die dauerhafte und gleichberechtigte Integration zu den politischen und sozialen Bedingungen des sich entwickelnden SED-Regimes – spätestens ab Herbst 1946 (wenn nicht schon von Anfang an) ziemlich unveränderlich fest und überlebte auch alle Brüche der Jahre 1948 und 1950. Die zentralen politischen Vorgaben waren für das politische System der SBZ/DDR ohnehin *heteronom,* d. h. sie stammten von außen, aus Moskau und standen nicht zu deutscher Disposition. Was der deutschen Seite (und innerhalb derer zunehmend konzentriert der SED-Führung) verblieb, war die konkrete taktische Ausgestaltung und die Form der institutionell-personellen Umsetzung dieser ‚Umsiedler'-Politik.[12] Die Durchführung dieser Politik oblag einem kleinen *personellen Netzwerk*, das in und zwischen den kooperierenden Institutionen (SMAD, SED, deutsche Zentral- und Länderverwaltungen etc.) entstand. Seine Existenz und sein Ende waren mit der Dauer einer spezifischen ‚Umsiedler'-Politik in der SBZ und frühen DDR auf das engste verbunden.

2. *Entstehung und Verdichtung: Das umsiedlerpolitische Netzwerk 1945–1948*

Aufgrund der ‚fließenden Strukturen' des neu entstehenden politischen Systems kann die Bedeutung persönlicher Beziehungen für politische Entscheidungen in der SBZ/DDR schwerlich überschätzt werde[13]. Faßt man diesen Aspekt quasi-institutionell – also als Kombination organisations- und elitensoziologischer Dynamik –, dann geht es im folgenden um die organisatorische Positionierung und Verflechtung sowie um die personelle Struktur und Kohärenz jener „verschiedenen Subgruppen" des politischen Systems der SBZ/DDR, welche die vertriebenenpolitischen Entscheidungen faktisch vorbereiteten und erließen[14]. Für den Bereich der Vertriebenenpolitik kommt der Entstehung eines entsprechenden *personellen Netzwerkes* solcher Funktionärsgruppen der ‚zweiten Reihe'[15]

[12] Institutionell dominierte in dieser ersten Phase 1945/46 klar die SMAD das administrative Geschehen, die 1946/47 erst der ZVU, 1947/48 zunehmend auch dem zentralen SED-Apparat größere Mitwirkungs-Spielräume gestattet zu haben scheint; gleichwohl blieb die SMAD als interventionistischer Schiedsrichter im Kompetenzendschungel der konfligierenden deutschen Verwaltungen aller Ebenen unverzichtbar, obgleich sie selbst keineswegs immer einheitlich agierte; vgl. konkret zur ‚Umsiedler'-Politik: Schwartz, Besatzer; zur SMAD grundlegend: Foitzik, Militäradministration; Foitzik, Einleitung; neuerdings auch die Versuche einer Gesamtdarstellung sowjetischer Besatzungspolitik bei Naimark, Russians; Creutzberger, Besatzungsmacht.

[13] Vgl. Foitzik, Einleitung, S. 43.

[14] Vgl. diesen Forschungsansatz in der klassischen Studie von Ludz, Parteielite, S. 41.

[15] Man könnte auch vom für jede Herrschaft unverzichtbaren Funktionskader der ‚Obristen' sprechen, die nicht der obersten Entscheidungsebene (‚Generäle') angehören, sondern die Spitze der Planungs- und Durchführungsebene darstellten; vgl. Deutsch, Kybernetik.

große Bedeutung zu. Ein solches Personenbündnis spezifischer Funktions- und Entscheidungsträger in diversen Verwaltungen und der SED entwickelte sich 1946/47 und vermochte in der Folge institutionelle Reibungsflächen ebenso zu verringern, wie es aufgrund wachsender eigener Professionalität die konkrete Durchführung der weiteren ‚Umsiedler'-Politik entwarf und bei den SMAD- bzw. SED-Spitzen auch für einen gewissen Zeitraum durchsetzte.

Eine längerfristige *personelle Kontinuität* an den Schaltstellen der wichtigsten beteiligten Apparate war für die inhaltliche Kohärenz dieser ‚Umsiedler'-Politik unabdingbar. Diese personelle Kontinuität existierte zwischen Mitte 1946 und Mitte 1948 in den diversen beteiligten Machtapparaten und wurde allmählich zur Grundlage guter Kooperationsverhältnisse. So gelang es dem zweiten Präsidenten der ZVU, Rudolf Engel, im Unterschied zu seinem bereits nach wenigen Monaten in Ungnade entlassenen Vorgänger Josef Schlaffer, im Laufe des Jahres 1946 ein gutes Verhältnis zu den zuständigen Vertretern der SMAD herzustellen[16] – insbesondere zum einflußreichen Chef der SMAD-Kommandanturdienstverwaltung, General Gorochow, der noch über 1949 hinaus in der Sowjetischen Kontrollkommission an leitender Stelle tätig bleiben sollte, sowie zu seinem konkreten Ansprechpartner Oberst Maslenikow, dem Gorochow unterstellten Leiter der Umsiedlerabteilung der SMAD[17]. Dieses Verhältnis beruhte weniger auf Engels formeller Alleinzuständigkeit für die offiziellen Kontakte der ZVU zur SMAD[18], sondern primär auf seiner langen Amtserfahrung und mehr noch auf seiner persönlichen Fähigkeit, im Umgang mit den SMAD-Offizieren „eine richtige Atmosphäre zu schaffen"[19]. Rückschauend beschrieb Engel seine rasche positive Aufnahme durch seine sowjetischen Ansprechpartner folgendermaßen: „Man sprach mit mir offen über alle Fragen, ich wurde als Genosse angesehen, und es hatte sich herumgesprochen, daß ich Offizier in den Interbrigaden [des Spanischen Bürgerkrieges gewesen] war und auch in der französischen Widerstandsbewegung gekämpft habe. Und das hat ihnen gefallen. Vielleicht kam auch noch dazu, daß ich zwei Jahre in der Sowjetunion gelebt hatte und mich einigermaßen in der russischen Sprache auskannte."[20] Während es zur Alltagserfahrung vieler anderer SED-Funktionäre gehörte, daß das Verhalten ihrer sowjetischen Ansprechpartner durchaus nicht durch solche ‚Liebe auf den ersten Blick' geprägt wurde[21],

[16] Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 64.

[17] Noch Jahre nach seiner Tätigkeit in der ZVU erinnerte sich Rudolf Engel emphatisch an den „besonders eng" gestalteten „Kontakt zu den sowjetischen Dienststellen" und dabei „mit besonderer Freude an die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den [sic!] für die Umsiedlung verantwortlichen General Gororchow [sic! gemeint ist Gorochow], an den Oberst Maslenikow, an Oberst Isakow, an Major Stottland, der ausgezeichnet die deutsche Sprache beherrschte und mich oft bei meinen Dienstreisen durch die Länder begleitete." Demgegenüber wurden seine SED-internen ‚Vorgesetzten' – der frühere Sozialdemokrat Helmut Lehmann und der mittlerweile zur Unperson gewordene Paul Merker (im Text fälschlich: „Merkel") – gerade einmal knapp erwähnt; vgl. SAPMO, SgY 30/1821/1, Bl. 3f.

[18] Seit Februar 1947 war der Präsident per Präsidiumsbeschluß der allein Unterschriftberechtigte im Schriftverkehr mit der SMAD; vgl. BAB, DO 1/10/31.

[19] Vgl. Foitzik, Einleitung, S. 43, der deutlich darauf hinweist, daß solchem „persönlichen Führungsstil eine besondere Bedeutung" zukam.

[20] Zit. nach SAPMO, SgY 30/1821/1.

[21] So erinnerte sich der thüringische SED-Politiker Willy Gebhardt später: „Ich darf offen sagen, unsere Zusammenarbeit mit den sowjetischen Soldaten und Offizieren war von Anfang an durchaus nicht ‚Liebe auf den ersten Blick'. Das konnte auch nicht anders sein. Wir gehörten zu dem deutschen Volke, das so grausam und barbarisch Millionen Sowjetmenschen Tod und

war es Engel offenbar schon nach wenigen Monaten Amtszeit gelungen, die Beziehungen zur SMAD entscheidend zu verbessern. Schon im Mai 1946 jedenfalls wagte Engel die öffentliche Feststellung, es gebe wohl kaum eine Zentralverwaltung, „die in einem so guten Verhältnis zur SMA" stehe wie die seine[22] – nach den heftigen Konflikten des Jahres 1945, die mit der demonstrativen Absetzung der ersten ZVU-Führung durch die SMAD im Dezember 1945 geendet hatten, ein bemerkenswerter Umschwung.

Ein ähnlich rasches und gutes Einvernehmen kam zunächst zwischen der Führung der ZVU und den Führungen der Arbeiterparteien – KPD, SPD bzw. SED – nicht zustande, was umso erstaunlicher scheint, als die ZVU ganz massiv – stärker als jede andere Zentralverwaltung der SBZ – mit Funktionären beider Arbeiterparteien und insbesondere der KPD durchsetzt worden war. Die Frühphase der im September 1945 gebildeten ZVU war nicht zuletzt von kommunistischen Versuchen überschattet, die ursprünglich am (nie erreichten) Ziel der ‚Parität' orientierte Berücksichtigung von Sozialdemokraten bei der Besetzung von Führungspositionen in der ZVU möglichst rasch zu revidieren. Auch deshalb geriet der erste ZVU-Präsident Josef Schlaffer, der gegen den Willen der SMAD und einflußreicher KPD-Genossen an seinem SPD-Vizepräsidenten festhielt, im Dezember 1945 unter die Räder[23]. Seither rekrutierte sich das ZVU-Präsidium stets ausnahmslos aus Kommunisten[24], während nach Gründung der SED im Frühjahr 1946 auf zentraler Partei-Ebene paradoxerweise ein bisheriger Sozialdemokrat, der Sozialexperte Helmut Lehmann, für die ‚Umsiedler'-Politik zuständig wurde. Bot schon diese Konstellation allgemein kaum Gewähr für allzu reibungslose Zusammenarbeit, wurde das Verhältnis zusätzlich noch dadurch erschwert, daß Lehmann selbst ein Opfer der kommunistischen Monopolisierungsstrategie in der ‚Umsiedler'-Politik gewesen war: Als damaliger Vizepräsident der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS, später DVAS) hatte er sich im Sommer 1945 des Vertriebenenproblems angenommen, war jedoch mit Gründung der ZVU zugunsten des Kommunisten Schlaffer aus diesem Sektor partiell wieder herausgedrängt worden[25]. Lehmanns Verhältnis zur kommunistisch monopolisierten ZVU-Spitze scheint nicht besonders gut gewesen zu sein und mündete Anfang 1948 sogar in offene Konflikte[26]. Frei-

Verderben gebracht hatte, das Tausende von Dörfern und Städten zerstört und das Land verwüstet hatte. Kein Wunder, auch wir waren für die Sowjetsoldaten erst einmal bei unseren gemeinsamen Beratungen ‚Gospotins' [sic!], und als dann das ‚Towarisch' Anrede wurde, hatten wir eine große Freude und eine Freundschaft wuchs heran, die in den Jahren [. . .] herrliche Früchte trug." Vgl. SAPMO, SgY 30/1415, Bl. 3.

[22] Vgl. BAB, DO 1/10/6, Bl. 18; diese Entwicklung war offensichtlich das Verdienst Engels und seines Vizepräsidenten Michael Tschesno, der nach 1933 zwar Westemigrant gewesen, als aus dem damals russischen Wilna Stammender jedoch ebenfalls die russische Sprache perfekt beherrschte; vgl. hierzu auch Schwartz, Zusammenbruch, S. 62ff.

[23] Schlaffer wurde von seinem kommunistischen Abteilungsleiter Erich Hanke diesbezüglich bei Walter Ulbricht denunziert; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 48, Anm. 19.

[24] Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 76.

[25] Vgl. hier den Hinweis bei Wille, Zentralverwaltung, S. 29, wo Helmut Lehmann allerdings fälschlich als „Wilhelm Lehmann" firmiert; zu Lehmanns Wirken im September 1945: BAB, DO 1/10/29; zu dessen wichtiger Rolle in der SBZ-Sozialpolitik, insb. in der Reorganisation des Sozialversicherungswesens ab 1945 nunmehr auch: Hoffmann, Neuordnung.

[26] Dies resultierte aus dem von Merker gedeckten gewachsenen Regelungsanspruch der ZVU ab 1947, der in Lehmanns verbliebene Domänen – die Kompetenzen der DVAS und der Volkssolidarität – einzugreifen drohte; Anfang 1948 eskalierte schließlich ein seit längerem schwelender Kompetenzkonflikt zwischen der ZVU-Führung und der Volkssolidarität um die Federführung bei der Verteilung ausländischer Spenden; vgl. BAB, DO 1/10/88.

lich trat bereits im Herbst 1946 eine entscheidende Machtverschiebung ein, indem Lehmann innerhalb des SED-Zentralsekretariats die Zuständigkeit für ‚Umsiedler'-Fragen faktisch entzogen und dem früheren Kommunisten Paul Merker übertragen wurde[27]. Dieser SED-interne Machtwechsel, der Lehmann nicht gänzlich, aber doch weitgehend ausbootete, fiel zeitlich mit den SED-intern denkbar negativ gewerteten Oktober-Wahlen des Jahres 1946 zusammen, die auch in der SMAD zu grundsätzlichen Debatten über mögliche Kursänderungen Anlaß gaben[28]. Im Jahre 1947 scheint sich daraufhin zwischen den beiden früheren Kommunisten und Westemigranten Merker und Engel eine enge Arbeitsbeziehung entwickelt zu haben[29], was in der Phase wachsenden politischen Einflusses des zentralen SED-Parteiapparates besonders wichtig war. Diese günstige persönliche Konstellation hinter und neben der institutionellen Kooperation wurde noch dadurch verstärkt, daß Merker Anfang 1947 den ihm schon aus der Zeit der Westemigration persönlich verbundenen Philipp Daub[30] als neuen Vizepräsidenten und Vertrauensmann in der ZVU installierte und für die eigentliche Integrationspolitik zuständig machte. Daubs engster Mitarbeiter – zunächst als persönlicher Referent, dann als Leiter der integrationspolitischen ZVU-Abteilung ‚Bevölkerungspolitik und Ansiedlung' – wurde Georg Chwalczyk, den zuvor schon Engel gefördert hatte. Im Verwaltungsalltag kooperierten nachgeordnete ZVU-Funktionäre wie Chwalczyk mit den Lehmann und Merker unterstellten SED-Funktionären Rudolf Belke, Rudolf Weck oder Kurt Nettball. Dieses institutionell-personelle Netzwerk aus SMAD-Umsiedlerabteilung, ZVU-Führungszirkel und der Merker zugeordneten ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge bestimmte maßgeblich die Operationalisierung der sowjetzonalen ‚Umsiedler'-Politik zwischen Herbst 1946 und Mitte 1948.

Die Durchschlagskraft dieses zonalen Bündnisses hing zum einen davon ab, inwiefern seine politischen Anweisungen auf der Ebene der Landesverwaltungen bzw. -regierungen sowie der Kreise und Kommunen tatsächlich umgesetzt wurden. Zum anderen mußte versucht werden, den vergleichsweise geringen institutionellen Einfluß der Umsiedler-Sonderbehörden innerhalb des jeweiligen administrativen Gesamtsystems zu erhöhen. In beiden Fragen bereiteten schon die Landesumsiedlerbehörden der Zentralebene erhebliche Probleme. Nur allmählich und teilweise kam es zwischen den Führungen der Zentral- und der Landesbehörden zu einer Verstärkung der schon aufgrund von Sachfragen erforderlichen institutionellen Kooperation durch intensivierte persönliche gute Kontakte. Dies war frühzeitig bereits im Verhältnis zu den Amtsleitungen Brandenburgs und Sachsen-Anhalts[31] der Fall, deren langjährige Umsiedlerabteilungsleiter Erich Friedrichs (1945–1949) und Rudolf Hiebsch (1946–1949) trotz aller Reibungen ein insgesamt relativ gutes Verhältnis zur ZVU gepflegt zu haben scheinen – ein Tatbestand, der in Sachsen schon aufgrund häufigerer Personalwechsel gar nicht erst möglich wurde, der jedoch in Thüringen und Mecklenburg bis weit in das Jahr 1947 hinein gezielt von den dortigen Spitzen der Landesverwaltung ebenso wie von den amtierenden umsiedlerpolitischen Amtsleitern abgeblockt wurde[32]. Im Falle Sachsens gelang es der ZVU-Führung,

[27] Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 80f.
[28] Vgl. zur SMAD: Creutzberger, Besatzungsmacht, S. 106ff.
[29] Merker und Engel tauschten wichtige politische Informationen auch über private Korrespondenz aus; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.
[30] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.2512.
[31] Bis zur formellen Auflösung Preußens im Sommer 1947: „Provinz Sachsen".
[32] Vgl. hierzu etwa BAB, DO 1/10/2; ferner die Beobachtungen bei Schwartz, Zusammenbruch, S. 59–75.

im Frühjahr 1947 die Leitung der dortigen Umsiedlerabteilung der liberalen Politikerin Ruth Fabisch (1947–1949) überantworten zu lassen, mit der sich die Kooperation aus Sicht der ZVU gut entwickelte. Mit Ausnahme der Sächsin Fabisch gehörten sämtliche Landesabteilungsleiter der SED an, was freilich keine automatische Gefolgschaftstreue erzeugte. Die gegenüber der Zentrale so hartnäckigen Bastionen Mecklenburg und Thüringen fielen erst im Herbst 1947 aus innerer Schwäche: In Mecklenburg stürzte der von der ZVU schon seit längerem heftig bekämpfte bisherige Amtsleiter über einen Korruptionsskandal[33], während in Thüringen eine massive Kritik der regionalen SMA an der Arbeit des dortigen ‚Amtes für Neubürger' zu einem personellen Wechsel in dessen Leitung führte[34]. Besonders im Falle Thüringens kam es daraufhin auch zu einem engeren persönlichen Kooperationsverhältnis zwischen dem neuen Amtsleiter Willy Kalinke (1947–1949) und der Führung der ZVU.

Noch gravierender als das Durchsetzungsproblem der Zentrale innerhalb der ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung war das allgemeine Strukturproblem der Einflußsicherung und -ausdehnung dieser ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung im jeweiligen politisch-administrativen Gesamtsystem. Die institutionelle Position der Sonderverwaltung ZVU gegenüber den Regelverwaltungen war denkbar schwach, so daß wirklicher Einfluß nur durch permanente Rückversicherung bei den Ansprechpartnern in SMAD und SED gewonnen werden konnte. Auf der eigenen, zonalen Ebene versuchte die ZVU, ihre umsiedlerpolitische Richtlinienkompetenz durch die Bildung eines ‚Zentralen Umsiedler-Beirates' institutionell zu verankern, in dem neben handverlesenen Vertriebenenvertretern unter ihrem Vorsitz auch alle relevanten Verwaltungen, Massenorganisationen und Parteien – einschließlich der SED – vertreten sein sollten. Dieser ehrgeizige Plan, zunächst im Mai 1947 vom SED-Zentralsekretariat gebilligt, scheiterte jedoch aus diversen, hier nicht zu erörternden Gründen im Spätsommer 1947 an plötzlichen Widerständen innerhalb der SED-Führung[35]. Seither begann die ZVU ganz offensichtlich in der SED-Führung an Rückhalt zu verlieren, denn bereits Anfang 1948 wurde dort ihre allmähliche Auflösung ernsthaft diskutiert und wenige Monate später beschlossen[36]. Auch innerhalb der ZVU setzten unmittelbar nach Scheitern der ehrgeizigen Beirats-Ambitionen Überlegungen ein, ob man sich künftig nicht besser an stärkere Regel-Verwaltungen anlehnen sollte. Schon im Oktober 1947 hatte ein ZVU-Abteilungsleiter gegenüber seinem Präsidium angeregt, hierbei nicht etwa auf die alte Rivalin der Arbeits- und Sozialverwaltung (DVAS) zuzugehen, sondern sich vielmehr auf eine neue Macht – die erst im Sommer 1946 geschaffene ‚Deutsche Verwaltung des Innern' (DVdI) – als Bündnispartnerin zu orientieren[37].

[33] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v. 3007.

[34] Vgl. BAB, DO 1/10/26.

[35] Vgl. hierzu ausführlicher Schwartz, Zusammenbruch, S. 86–91, sowie insbesondere Schwartz, Partizipation, S. 177ff.

[36] Dies erfolgte im Februar 1948 durch Beschluß des SED-Zentralsekretariats, der freilich noch der Bestätigung durch einen SMAD-Befehl bedurfte; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 91; ob ein solcher Befehl formell erging, ist unklar; als die SMAD jedoch am 22.Mai 1948 die offizielle Ablösung Rudolf Engels durch Arthur Vogt verfügte, wurde diese bereits nicht mehr für die Position als ZVU-Präsident ausgesprochen, sondern für jene des „Chefs der Abteilung für Deutsche Umsiedler der Deutschen Zentralverwaltung des Innern"; vgl. Foitzik, Inventar, S. 155; daraus geht hervor, daß die SMAD zu diesem Zeitpunkt die Überführung der ZVU in die DVdI angeordnet (oder – weniger wahrscheinlich – zumindest toleriert) haben muß.

[37] Vgl. BAB, DO 1/10/34, Bl. 63f.

Der Gedanke einer Anlehnung der ZVU an die DVdI hatte insofern eine gewisse Logik, als sich die ZVU ihrerseits schon seit Anfang 1947 bemühte, die *Landes*-Umsiedlerverwaltungen in die Innenministerien zu überführen. Seit Bildung der Landesregierungen Ende 1946 firmierten – mit Ausnahme Thüringens, wo das Innenressort zuständig wurde – die Landesumsiedlerämter als Teil der Landes-Arbeits- und Sozialministerien. Da letztere mehrheitlich von CDU-Ministern geführt wurden, während die Innenminister sämtlich der SED angehörten, liefen bei diesem Reorganisationsplan der ZVU partei- und strukturpolitische Überlegungen bestens zusammen[38]. Diese Vereinheitlichungs-Konzeption der ZVU, die freilich implizierte, daß die ‚Umsiedler'-Zentralverwaltung selbst an der machtbewußten Führung der DVdI vorbei in die Landesinnenministerien hineinregieren würde, konkurrierte 1947 mit gegenläufigen Vorstellungen der DVAS, die im November 1947 bei der SED-Führung anregte, den ‚Sonderfall Thüringen' gerade nicht zum Vorbild zu nehmen, sondern vielmehr (zugunsten des dortigen Arbeitsministeriums) seinerseits zu beseitigen[39]. Damit hoffte die DVAS wahrscheinlich, sich irgendwann gänzlich an die Stelle der ZVU setzen zu können. Die SED-Führung machte sich Anfang 1948 zwar die Konzeption der ZVU[40] zu eigen, doch richtete sie dieselbe sehr bald auch gegen deren Urheberin: Nicht nur die Landesumsiedlerämter sollten in die Innenressorts überführt werden, sondern auch die ZVU selbst, die damit ihren Status als selbständige Zentralverwaltung einbüßen würde. Dies war jedenfalls das Resultat eines komplizierten Entscheidungsprozesses der ersten Monate des Jahres 1948, der eine massive Krise der bisherigen ‚Umsiedler'-Politik verursachte.

Die neue Linie der SED zielte darauf ab, „schrittweise" – nämlich bis zum April 1949 – auf eine eigenständige Umsiedlerverwaltung zu verzichten, zugleich jedoch die administrative Durchschlagskraft der ‚Umsiedler'-Politik gerade zu erhöhen. Bereits im Januar 1948 hatte das SED-Zentralsekretariat die Abberufung des integrationspolitisch engagierten ZVU-Vizepräsidenten Philipp Daub veranlaßt, um ihm die Leitung der einflußreichen ZS-Abteilung Personalpolitik (die spätere Kaderabteilung des ZK) zu übertragen[41]. Daubs persönlicher Karrieresprung war zugleich ein Signal für den bevorstehenden Bedeutungsverlust der ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung. Wenig später stimmte das SED-Zentralsekretariat am 9. Februar 1948 einer Beschlußvorlage Paul Merkers zu, welche die „schrittweise Liquidierung der Zentralverwaltung" mit einer Aufteilung ihrer bisherigen Aufgabengebiete auf die Arbeits- und die Innenverwaltungen, insbesondere jedoch auf das Sekretariat der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) verband[42]. Letzteres war am wichtigsten: Die 1947 festgelegte Hauptaufgabe der bisherigen ZVU – die arbeitsmarktorientierte Integrationspolitik – sollte gezielt mit der sich seit dem II. Parteitag der SED abzeichnenden Priorität allgemeiner Wirtschaftsplanung verknüpft werden.

[38] Vgl. ausführlicher Schwartz, Zusammenbruch, S. 68ff.

[39] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.

[40] ZVU-Präsident Engel hatte hier im Januar 1948 am Beispiel Mecklenburgs die Konzeption eines neustrukturierten ‚Landesbürgeramtes' entwickelt, das dem Ministerpräsidenten oder dem Innenminister unterstellt werden und weitreichende beratende Funktionen im Bereich der Wirtschaftsplanung übernehmen sollte; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 70f.

[41] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/168; formell schied Daub erst Ende März 1948 aus der ZVU aus.

[42] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/171; ein von Merker persönlich erstellter Entwurf dieser Vorlage vom 28.Januar 1948 findet sich in den Akten der DVdI, deren Führung damit möglicherweise recht frühzeitig in diesen SED-intern laufenden Entscheidungsprozeß eingebunden worden war; vgl. BAB, DO 1–8/83, Bl. 5f.

Diese Konstruktion opferte zwar die unabhängige und öffentlich sichtbare Zentralverwaltung, stieß zugleich jedoch zunehmend ungeliebte Altaufgaben (wie Vertriebenentransport und -Lagerunterbringung) großzügig ab, womit zugleich einige Kompetenzkonflikte mit anderen Verwaltungen bereinigt werden konnten. Freilich zeichneten sich bereits neue, weit schärfere Konflikte ab, denn dieser SED-Beschluß wollte ganz offensichtlich dem umsiedlerpolitischen ‚Think tank' der bisherigen ZVU (der von Georg Chwalczyk geleiteten Abteilung ‚Bevölkerungspolitik und Ansiedlung') *institutionell gesicherten Einfluß an führender Stelle* des politischen Systems der SBZ verschaffen: Diese Abteilung sollte beim Sekretariat der 1947 geschaffenen DWK angesiedelt werden – jener DWK, die soeben zum planwirtschaftlichen Leitungsapparat umstrukturiert wurde und damit zum Kern einer künftigen DDR-Regierung werden sollte[43].

Diese Politik schien in den folgenden Wochen tatsächlich zu greifen. Gemäß dem SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar 1948 wurde der Präsident der ZVU Mitglied der DWK, die damals noch als bloßes Beratungs- und Koordinierungskommission aller wirtschaftlich relevanten Zentralverwaltungen konzipiert worden war[44]. Als sich die Präsidenten dieser Verwaltungen am 9. März 1948 zur konstituierenden Sitzung der umstrukturierten DWK versammelten, waren sie jedoch kurz zuvor von einer „gravierenden Änderung" überrumpelt worden, die „nur im kleinen Kreis" zwischen den Spitzen von SMAD und SED abgesprochen worden war: „Die DWK sollte danach nicht nur [. . .] eine Kommission der Zentralverwaltungspräsidenten und anderer Funktionsträger, sondern [. . .] eine einheitliche, hierarchisch strukturierte Behörde darstellen, in die die bisherigen Zentralverwaltungen als Hauptverwaltungen einzugliedern waren."[45] Auch die ‚Umsiedler'-Zentralverwaltung wurde formell als ‚Hauptverwaltung Umsiedler' in die DWK überführt[46]. Dabei erhob ZVU-Präsident Engel gegenüber dem neuen DWK-Vorsitzenden Heinrich Rau (SED) noch selbstbewußt die Forderung, „bei jeder Wirtschaftsplanung auch die sich aus der veränderten Bevölkerungsstruktur ergebenden Fragen zu beachten", also die Belange der zu ‚Umsiedlern' deklarierten Vertriebenen zu berücksichtigen. Konkret schlug Engel der DWK-Führung vor, diesbezüglich die ZVU-Abteilung ‚Bevölkerungspolitik und Ansiedlung' der DWK-Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung anzugliedern. Dieses sollte „möglichst bald" geschehen, „damit nicht nur vom Material [,] sondern auch vom Menschen aus die Wirtschaftsplanung aufgebaut werden" könne[47].

Doch bevor die ZVU in der DWK wirklich Fuß fassen konnte, revidierte die SED-Führung auf sowjetisches Geheiß ihre diesbezügliche Grundsatzentscheidung. Schon am 9. März 1948 erklärte NKWD-Generalmajor Malkow, der Chef der SMAD-Verwaltung für Innere Angelegenheiten, dem herbeizitierten Walter Ulbricht hinsichtlich des Vorhabens der SED, die ZVU als „Hauptverwaltung Umsiedler" in die DKW zu überführen „mit der Absicht, sie dort bis zum 31. 3. 1949 aufzulösen", „daß die Frage sich geändert" habe und „die Aufgaben für Umsiedlung" künftig „von der DVdI wahrzunehmen" seien. Dieser Eröffnung setzte Ulbricht nicht etwa Widerstand entgegen, sondern distanzierte sich auch seinerseits vom Februar-Beschluß des SED-Zentralsekretariats, in-

[43] Vgl. zur Geschichte der DWK insbesondere: Zank, Zentralverwaltungen, S. 260–276.
[44] Zit. nach: SBZ von 1945 bis 1954, S. 69.
[45] Vgl. Zank, Zentralverwaltungen, S. 265.
[46] Vgl. BAB, DO 1/10/27; ferner: SBZ von 1945 bis 1954, S. 70.
[47] Am 10. März 1948 führte Engel eine diesbezügliche Unterredung mit Rau, deren Grundlinien er gegenüber dessen Stellvertreter Luitpold Steidle (CDU) am 11. März noch einmal schriftlich darlegte; vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 94.

dem er erklärte, die SED-Führung sei „nicht interessiert" daran, daß die ZVU in der Wirtschaftskommission verbleibe[48].

Daraufhin beschleunigte sich die Abwicklung der ZVU. Bereits am 17. März 1948 teilte Merker dem ZVU-Präsidenten vertraulich mit: „Es ist möglich, daß die Auflösung der Zentralverwaltung für Umsiedler [. . .] noch vor Ablauf des bisher vorgesehenen Termins erfolgt. Daraus würden sich noch einige Schlußfolgerungen ergeben."[49] Was hier noch als Eventualität diskutiert wurde, sollte wenig später mit dem Beschluß des SED-Zentralsekretariats vom 26. April 1948 abrupt Gewißheit werden: Dieser dekretierte die *sofortige* Liquidierung der ZVU und ihre *vollständige* Überführung in die Innenverwaltung (DVdI)[50]. Diese Kehrtwende der SED-Politik führte konzeptionell zum *ersatzlosen Verzicht* auf die erst im Februar beschlossene Anbindung der integrationspolitischen Planungsabteilung an die DWK[51]. Damit war eine institutionelle Vertretung umsiedlerpolitischer Gesichtspunkte in den immer wichtigeren Gremien der SBZ-Wirtschaftsplanung nicht länger gegeben. Die bisherige Vertriebenen-Sonderverwaltung sah sich stattdessen der zentralen polizeilichen Exekutive zugeschlagen, was die polizeistaatlich-repressive Seite der ‚Umsiedler'-Politik der SBZ nicht nur symbolisch verstärkte.

Diese rasante Beschleunigung der institutionellen Liquidierung der bisherigen ZVU und die deutliche Richtungsänderung in der Herabstufung dieser Sonderverwaltung ging im April 1948 mit einer gezielten Enthauptung des bisherigen *personellen* Netzwerkes der Umsiedlerpolitik einher. ZVU-Präsident Engel wurde spätestens Anfang April 1948 per ZS-Weisung aus der ‚Umsiedler'-Verwaltung abberufen – eine Maßnahme, die offensichtlich vom SED-Kaderchef Franz Dahlem (und damit auch von seinem neuen Mitarbeiter Philipp Daub, dem bisherigen Stellvertreter Engels) ausging[52] und kaum ohne Billigung Ulbrichts erfolgt sein dürfte. Auch hier änderte das SED-Zentralsekretariat binnen kurzem seine eigene Politik: Im Januar 1948 war ein Vorschlag Paul Wandels, Engel als Vizepräsidenten in die von ihm geleitete Zentralverwaltung für Volksbildung zu transferieren, in diesem Gremium noch strikt abgelehnt worden[53], während dieser Wechsel nunmehr hastig vollzogen wurde[54]. Die Abberufung Engels wog umso schwerer, als dessen 1.Vizepräsident Philipp Daub – wie erwähnt – die ZVU bereits vorher verlassen hatte; an deren Spitze blieb somit allein der 2.Vizepräsident Arthur Vogt zurück, der bis dato mit der Aufgabe der Vertriebenenintegration weniger befaßt gewesen war. Dem *institutionellen* Bedeutungsverlust – der Herabstufung einer eigenständigen Zentralverwaltung zur untergeordneten Hauptabteilung einer anderen – wurde damit noch eine erhebliche *personelle* Schwächung hinzugefügt, hatte doch die bisherige ZVU mit

[48] Vgl. BAB, DO 1/7/5, Bl. 98 und Bl. 101 ff.

[49] Vgl. zu diesen SED-internen Vorgängen: SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34.

[50] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/193; allerdings wurden in der Folge dennoch einzelne Aufgabenbereiche an die frühere DVAS, die nunmehrige DWK-Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge, abgetreten.

[51] Vergeblich versuchte der frühere ZVU-Vizepräsident und nunmehrige Leiter der neuen ‚Hauptabteilung Umsiedler' in der DVdI, Arthur Vogt, im Laufe des Jahres 1948, bei den Spitzen der DWK dennoch eine Vertretung seiner Abteilung bei der Wirtschaftsplanung zu erreichen; vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 58, Anm. 50.

[52] Dies belegt Dahlems Reaktion auf Merkers aufgeschreckte Reaktion; siehe unten.

[53] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/166.

[54] Engel amtierte zwischen Juli 1948 und Oktober 1949 als 3.Vizepräsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung; faktisch dürfte er seine dortige Tätigkeit bereits früher – eben im Frühjahr 1948 – aufgenommen haben.

der Ablösung ihres langjährigen Präsidenten schlagartig auch dessen exzellente persönliche Kontakte zur SMAD verloren. Dieses enge Arbeitsverhältnis zwischen der ZVU-Spitze und den ihr zu- bzw. übergeordneten SMAD-Instanzen wurde im Frühjahr 1948 durch die SED-Führung (und offenbar auch durch hochrangige sowjetische Kreise) gezielt zerschlagen. Auch innerhalb der SMAD kam es Mitte 1948 zu entsprechenden Umstrukturierungen, die die dortige Umsiedlerabteilung ebenfalls in die Innenabteilung inkorporierten. Zugleich wurde die Leitung der SMAD-Abteilung personell umbesetzt, gewachsene Kontakte gezielt zerschlagen oder doch erheblich relativiert[55].

Die Durchsetzung einer neuen organisatorischen Strategie und wohl auch einer geplanten inhaltlich neuen Linie in der ‚Umsiedler'-Politik ging dabei 1948 sowohl auf deutscher als auch auf sowjetischer Seite mit dem Versuch der bewußten Entmachtung der bisherigen personellen Träger dieser Politik einher. Dies mag nicht zufällig gewesen sein, hatte doch etwa die für ‚Umsiedler'-Politik zuständige SMAD-Kommandanturdienstverwaltung bis dahin offenbar keinerlei Anstalten gemacht, dem vorangegangenen SED-Beschluß vom Februar 1948 in irgendeiner Form Rechnung zu tragen. Wie Paul Merker SED-intern am 24. April 1948 nicht ohne Verärgerung feststellte, bestand zu diesem Zeitpunkt „in der Frage der Überführung der Zentralverwaltung für Umsiedler [. . .] noch immer keine Klarheit", denn der Chef der Kommandanturdienstverwaltung, „General Gorochow [,] arbeitet weiterhin mit der Verwaltung wie bisher und hat keinerlei Anweisung zur Umstellung oder Überführung gegeben."[56] Merker, der nunmehr – entgegen der von ihm entwickelten Februar-Linie – die sofortige Zerschlagung der ZVU vorbereitete, mußte allerdings zwei Tage später erkennen, daß weder der von ihm kritisierte General noch er selbst weiterhin Herren der Lage waren. Merker wandte sich am 26. April 1948 – dem Tage des zweiten SED-Beschlusses zur ZVU-Liquidierung – einigermaßen konsterniert an SED-Kaderchef Franz Dahlem: „Ich höre soeben, daß über den Gen.[ossen] Engel anderweitig verfügt worden ist, ohne daß Gen. Engel sein bisheriges Arbeitsverhältnis gelöst hat. Bis heute ist die zuständige Stelle der SMA, General Gorochow, noch nicht informiert, daß Gen. Engel bereits eine andere Arbeit macht. Er wird von seiten der SMA immer noch als Präsident der Verwaltung angesehen. Es ist notwendig, die Angelegenheit zu regeln."[57] Damit machte Merker auf die im Besatzungskontext unerhörte Tatsache aufmerksam, daß die SED-Führung – konkret: Dahlem als Kaderchef – den von der SMAD eingesetzten und nur durch die Sowjets auch wieder zu entlassenden Präsidenten einer Zentralverwaltung eigenmächtig abgelöst hatte. Doch dieses Vorgehen war kein Versehen der SED-Spitze, sondern durchaus kalkuliert (und vermutlich nicht ohne noch höhere sowjetische Rückendeckung), wie Dahlems kühle Reaktion auf Merkers Notiz erkennen läßt: Er habe Engel seinerzeit „eine schriftliche Bestätigung über den Sekretariatsbeschluß gegeben, den er dem General unterbreiten soll. Das genügt."[58] Diese ohne Konsultation der in SMAD und SED zuständigen umsiedlerpolitischen ‚Geschäftsführer' Gorochow und Merker verfügte Amtsenthebung Engels zeigte nachdrücklich, daß beide von mächtigeren Kräften im Hintergrund längst ausmanövriert worden waren[59] und läßt

[55] Vgl. eingehender zu diesen bemerkenswerten Vorgängen: Schwartz, Besatzer.
[56] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.022/16, insb. Bl. 268.
[57] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/6, Bl. 171.
[58] Vgl. ebenda.
[59] Ebenda; formell verfügte der Oberste Chef der SMAD Engels Entlassung erst Ende Mai 1948; vgl. SMAD-Befehl Nr. 95 vom 22. 5. 1948 nach Foitzik, Inventar, S. 155.

konzeptionelle Konflikte um die künftige ‚Umsiedler'-Politik innerhalb der SED-Führung ebenso ahnen wie damit zusammenhängende allgemeine Machtverschiebungen innerhalb von SMAD und SED. Die Spitzen von SMAD und SED scheinen in diesem Fall gegenüber ihren nachgeordneten Funktionären ein ähnliches Überrumpelungsverfahren angewandt zu haben wie bei der oben erwähnten Neustrukturierung der DWK. Der April 1948 brachte damit nicht nur für die seither in Liquidation befindliche Sonderverwaltung ZVU eine gravierende Zäsur, sondern auch für die bislang mit ihr verbundenen umsiedlerpolitischen Apparate in der SMAD und in der SED selbst. Innerhalb der SED-Führung büßte Paul Merker, der sich schon im April 1948 mehr wie ein Notar denn wie ein Gestalter des SED-Kurswechsels ausnahm, im Juli 1948 endgültig seine umsiedlerpolitischen Kompetenzen ein. Diese gingen direkt auf Walter Ulbricht über: Fortan übernahm die von Ulbrichts Gefolgsmann Anton Plenikowski geleitete ZS-Abteilung Landespolitik anstelle der Merker zugeordneten Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge die weitere Federführung und Kontrolle der SBZ-Umsiedlerpolitik[60].

3. Umbau oder Abbau: Die Krise der ‚Umsiedler'-Politik 1948

Der plötzliche Kurswechsel der SED im April 1948 führte zu einer gravierenden *Krise der SBZ-Umsiedlerpolitik:* Die Spitzeninstitution ZVU plötzlich zerschlagen und personell enthauptet, breitete sich unter den verbliebenen ‚Umsiedler'-Bürokraten der SBZ tiefe Verunsicherung aus. Schon zu Jahresbeginn 1948 war es, sobald erste Gerüchte über bevorstehende Umorganisierungen die Runde machten, zu Beunruhigung gekommen, zumal andere interessierte Instanzen die damit offensichtlich berührten Existenzängste der ‚Umsiedler'-Verwaltungen gezielt schürten. Schon zu diesem Zeitpunkt warnte der Leiter des brandenburgischen Umsiedleramtes, Friedrichs, die ZVU-Führung, selbst wenn man umsiedlerpolitisch „nicht so weiterarbeiten [könne] wie bisher", da die praktischen Resultate unbefriedigend seien, dürfe man andererseits doch „keinesfalls" – einzig, „um den Begriff ‚Umsiedler' verschwinden zu lassen" – die Umsiedler-Abteilungen einfach auflösen, denn damit würden „sich die Umsiedler völlig allein überlassen bleiben". Unweigerliche Folge einer solchen Isolation sei in absehbarer Zeit die *Selbstorganisation* der ‚Umsiedler', „um sich ihren Rechtsschutz zu sichern". In Brandenburg habe man durchaus konzeptionelle Vorstellungen für eine Neuorientierung der ‚Umsiedler'-Politik. Allerdings sei es an der ZVU, hier die Landesumsiedlerämter – möglichst zoneneinheitlich – an den Planungen zu beteiligen[61].

Zu solcher Beteiligung der Länder kam es nicht, die Entscheidungen des Jahres 1948 fielen stattdessen – wie oben gezeigt – in diversen kleinen Machtzirkeln der Zentralebene. Dabei wuchs der Eindruck, daß die sich abzeichnenden Änderungen in der Verwaltungsorganisation nicht nur auf einen *Umbau,* sondern einen *völligen Abbau* aller besonderen Integrationspolitik zielten. Diese dritte Phase der ‚Umsiedler'-Politik – die Phase krisenhafter Verunsicherung – währte etwa bis Jahresende 1948. Sie war damit retrospektiv gesehen nur eine kurze Übergangsphase. Damit ist jedoch umso erklärungsbedürftiger, weshalb am Ende dieser Krise die ‚Umsiedler'-Integrationspolitik nicht die Gestalt einer ‚negativen Vertriebenenpolitik'[62] annahm, obgleich es Tendenzen zu solcher

[60] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 260; ferner Schwartz, Zusammenbruch, S. 91 ff.
[61] Vgl. BAB, DO 1/10/2, Bl. 102.
[62] Vgl. Ther, Vertriebenenpolitik, S. 160.

Ausrichtung gegeben hatte. Gewiß bewirkten letztlich die eigentlich unübersehbaren Sachzwänge der sozialen Notlagen der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie das darauf reagierende politische Machtkalkül der SED-Führung die Fortsetzung einer speziellen ‚Umsiedler'-Politik. Doch gerade diese politische Reaktion der SED-Führung war 1948 keineswegs sicher. Um Unübersehbares tatsächlich wahrzunehmen, bedurfte es auch damals einer gezielten Optik. Ein weiterer Erklärungsfaktor muß folglich hinzutreten – und scheint in der Tatsache zu finden zu sein, daß das angeschlagene, aber keineswegs zerschlagene umsiedlerpolitische Netzwerk der SBZ-Administrationen SED-intern gezielt – und letztlich erfolgreich – auf eine solche Kontinuität von Sonderpolitik hinwirkte[63].

Dieser Zusammenhang personeller und politischer Kontinuität ist bislang von der Forschung nicht gebührend gewichtet worden. Frühere Arbeiten zur Umsiedlerpolitik der SBZ haben in der Abschaffung der ZVU eine entscheidende Zäsur erblickt, da deren herabgestufte Nachfolgeabteilung – die ‚Hauptabteilung Umsiedler' in der DVdI – zu echter Integrationspolitik gar nicht mehr in der Lage gewesen sei. Deren „ständig abnehmendes Wirken"[64] habe sich vielmehr „lediglich"[65] oder doch „im wesentlichen"[66] darauf beschränkt, „die Maßnahmen der Länderregierungen bei der Verteilung und Ansiedlung der Umsiedler zu koordinieren"[67]. Eine solche Sicht gibt ein verkürztes Bild der damaligen Situation: Beide Ebenen, die Umsiedlerabteilung in der DVdI und mindestens ebenso sehr die Umsiedlerverwaltungen der Länder, kämpften vielmehr 1948/49 für eine politische Kontinuität der speziellen ‚Umsiedler'-Politik. Freilich verlagerte sich, anders als von den leitenden Funktionären dieser Verwaltungen damals intendiert, die *institutionelle* Basis solcher Politikkontinuität von den Sonderverwaltungen in den zentralen SED-Parteiapparat, der 1948 analog zu umfassenderen Prozessen einer damals „einsetzenden Stalinisierung der Gesellschaft in der SBZ [...] auf alle Lebensbereiche direkt einzuwirken" begann und dabei „auch die volle Entscheidungsgewalt in der Vertriebenenfrage" an sich zog[68]. Daß jedoch diese Verlagerung nicht gleichbedeutend wurde mit einer schlichten Liquidierung der Umsiedlerpolitik, sondern in Form einer wirklichen „Dialektik der Liquidation" deren grundsätzliche Fortsetzung ermöglichte, beruhte zu einem erheblichen Teil auf der Kontinuität jenes *personellen* Netzwerkes, das sein bisheriges Wirken nicht einfach zerschlagen lassen wollte, sondern bewußt verteidigte[69]. Auf dem Höhepunkt der Krise – im Oktober 1948 – machte Engel-Nachfolger Arthur Vogt sich und den versammelten ‚Umsiedler'-Experten Mut mit den beschwörenden Worten: „Wir haben gemeinsam Kraft genug, die weitere Entwicklung unserer Arbeit zu beeinflussen." Man müsse „zusammenbleiben, bis unser Werk einen gewissen Abschluß erhalten hat", denn letzten Endes handle es sich dabei doch um „ein Stück unseres Lebens, das wir dieser Arbeit gewidmet haben, und ein Teil des Weges und des Zieles, das wir uns von unserer weltanschaulichen Basis aus gesteckt haben"[70].

[63] Dabei half zweifellos die 1948/49 starke vertriebenenpolitische Konkurrenz der bürgerlichen Blockparteien, das SED-interne Gewicht solcher Expertenvorstösse zu erhöhen.
[64] Vgl. Wille, Zentralverwaltung, S. 54.
[65] Ebenda.
[66] Vgl. Schneider, Zentralverwaltung, S. 242.
[67] Vgl. ebenda, sowie ihm vollinhaltlich folgend Wille, Zentralverwaltung, S. 54.
[68] Vgl. Wille, Zentralverwaltung, S. 53.
[69] Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 57ff. und S. 91ff.
[70] Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 159; bei diesen offenen Worten waren allein SED-Mitglieder anwe-

Für solche Beeinflußungs- und Rettungsversuche gab es zwei verschiedene Strategien, die sich konzeptionell widersprachen, aber in gewisser Weise dialektisch ergänzten: Den Weg einer *institutionellen Defensive* und denjenigen einer *personellen Diffusion*. Die institutionelle Defensive vertrat exemplarisch Arthur Vogt. Dieser erklärte im August 1948 auf einer Direktorenkonferenz der Umsiedlerverwaltungen programmatisch, zwar sei nunmehr das Ende einer „besonderen Umsiedlerbetreuung" gekommen und auch der „Begriff des Umsiedlers [müsse] überhaupt verschwinden", da „die Umsiedlerarbeit" künftig „in die Bemühungen zur Überwindung der allgemeinen Notlage der Bevölkerung miteinbezogen werden" solle. Gleichwohl hoffte er immer noch auf Mitsprache innerhalb der DWK hinsichtlich der Berücksichtigung von Umsiedlerinteressen in der Wirtschaftsplanung, um „die bereits begonnenen bevölkerungspolitischen Arbeiten planmäßiger und in erweiterter Form fortzusetzen". Vogt war immerhin realistisch genug einzusehen, daß weder seine zusammengestutzte Hauptabteilung noch die Landesumsiedlerämter hier „selbst planen" könnten, glaubte jedoch daran, daß die verbliebenen Sonderverwaltungen „von der bevölkerungspolitischen Seite her die Unterlagen zu schaffen" hätten, „die ein besseres und zweckmäßigeres Planen auf den verschiedensten Gebieten des gesellschaftlichen Lebens ermöglichen". Dabei dürfe man sich „nicht in Einzeldingen verlieren", sondern müsse auch künftig „der Motor sein [...], der die Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen anregt und ihre Durchführung ständig überwacht"[71]. Allerdings vermochte Vogt den Abstieg der Umsiedlerverwaltungen mit solchen Konzepten kaum zu verzögern, geschweige denn aufzuhalten. Bereits im April 1948 war er mit seinem Vorstoß gescheitert, seiner Behörde innerhalb der DVdI wenigstens den Rang einer eigenständigen *Hauptverwaltung* zu erhalten; während des Sommers 1948 liefen dann auch seine wiederholten Versuche, mit der DWK-Spitze über die Beibehaltung der institutionalisierten Beteiligung an deren Wirtschaftsplanungen zu verhandeln, buchstäblich ins Leere (man ließ ihn schlicht ohne Antwort); und im Laufe des ersten Halbjahres 1949 konnte er weder die Aufteilung seiner Hauptabteilung noch deren weitere Herabstufung und schließliche Auflösung im Juni 1949 verhindern[72]. In der DVdI trat eine kleine ‚Abteilung Bevölkerungspolitik' das Erbe der Vogt'schen Umsiedlerabteilung an, die zwar den Namen der früheren integrationspolitischen Kern-Abteilung der aufgelösten ZVU trug, sich jedoch inhaltlich mit ihrem Abteilungsleiter Kurt Büttner – obgleich ebenfalls ein langjähriger Mitarbeiter der früheren ZVU – zur Vollstreckerin der höherenorts beschlossenen Entmachtung der früheren Sonderverwaltungen machte[73].

Vogt war freilich nicht der einzige Vertreter der institutionellen Defensivstrategie zur Rettung der ‚Umsiedler'-Politik, und vielleicht war er nicht einmal der wichtigste. Je deutlicher wurde, daß die besagte Defensivstrategie auf zonaler Ebene 1948/49 nur geringe Erfolge aufwies, desto wichtiger wurde die stabilisierende Rolle der Landesumsiedlerverwaltungen. Hier waren die Stellungnahmen gerade solcher Umsiedler-Bürokraten von Gewicht, die aus dem SED-internen Kreis der sog. ‚antifaschistischen Umsiedler'[74] stammten und im jeweiligen regionalen SED-Machtgeflecht oft gut verankert waren –

send, denn die der LDP angehörige Leiterin des sächsischen Umsiedleramtes war – gezielt? – an dieser Sitzung nicht beteiligt; vgl. ebenda, Bl. 151.

[71] Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 86f.

[72] Vgl. Schwartz, Zusammenbruch, S. 57ff.

[73] Vgl. ebenda, S. 72ff.

[74] Vgl. zum Sonderproblem der zur SED-‚Kaderreserve' gewordenen ‚antifaschistischen Umsiedler' aus der CSR insbesondere: Foitzik, Kadertransfer; Wille, Ausreise.

wie etwa Rudolf Hiebsch in Sachsen-Anhalt oder Willy Kalinke in Thüringen[75]. Schon im August 1948 hatte Hiebsch die Vertreter der Zentralebene vor der seiner Meinung nach dort weitverbreiteten Fehleinschätzung gewarnt, „daß man sich mit den Umsiedlern nicht mehr zu beschäftigen brauche", denn falls sich eine solche Linie durchsetze, würden „sich die Umsiedler in ihrer Masse früher oder später gegen das neue Staatssystem aussprechen", wofür „die überall auftretenden Tendenzen zur Schaffung von eigenen Umsiedlervereinen oder -organisationen" schon Beweis genug seien[76]. Kalinke griff im Oktober 1948 dieses sicherheitspolitische Argument seines Kollegen auf, mit dem sich die Notwendigkeit weiterer Sonderpolitik trefflich begründen ließ, und warnte entschieden vor zu großem Vertrauen auf die umsiedlerpolitische Effizienz der allgemeinen Verwaltungen, die ja nach dem ZS-Beschluß vom April 1948 die Aufgaben der Sonderverwaltungen übernommen hatten. Unter gezielter Anspielung auf alte leninistische Überzeugungen erklärte Kalinke: „Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß sich irgendwer dieser Aufgabe annimmt. Es muß eine Stelle geben, die kontrolliert, ob die einzelnen Verwaltungen diese besonderen Aufgaben auch richtig in Angriff nehmen." Wenn man jedoch – wie derzeit – ständig erkläre, die Umsiedlung sei „mehr oder weniger abgeschlossen", werde man kaum eine ernsthafte verwaltungsinterne Beschäftigung mit diesem Problem fördern. Kalinke warnte ferner vor den sozialen Folgen für die Vertriebenen, falls sie von der SED-Politik alleingelassen würden: „Es sind für diesen speziellen Teil der Bevölkerung so schwere Aufgaben zu lösen, daß man nicht weiß, wo man die Kraft dazu hernehmen soll. Natürlich ist es leichter, den Problemen aus dem Wege zu gehen, bei den Umsiedlern bleibt dann alles hängen."[77] Ganz ähnlich bekräftigte auch die neuernannte mecklenburgische Abteilungsleiterin Johanna Blecha, das Umsiedlerproblem in der SBZ werde noch „viele Jahre" eine administrative Aufgabe bleiben müssen[78].

Angesichts solcher Grundüberzeugungen fiel die Kritik der Ländervertreter an der offensichtlichen strukturellen und personellen Führungsschwäche der Zentrale umso schärfer aus, wobei offen Vogts DVdI-Hauptabteilung, indirekt jedoch auch das SED-Zentralsekretariat selbst angegangen wurde. So monierte der Weimarer Amtschef Kalinke, er habe den Eindruck, die Hauptabteilung Umsiedler „behauptet sich nicht genügend gegenüber den entscheidenden Stellen", man habe dort „nicht energisch genug mit der Faust auf den Tisch geschlagen". Man müsse jedoch gegenüber den vorgesetzten Stellen in der DWK und der DVdI offen reden und zugleich die Vertreter der Länder „mehr zu allen Fragen hören". Ganz offensichtlich hätten „die anderen Stellen" noch gar nicht erkannt, „wieviel" in der Umsiedlerpolitik noch „geleistet werden muß". Stattdessen hätten „die Halbheiten des letzten 3/4-Jahres" eine sachgerechte Arbeit fast unmöglich gemacht. Kalinke sah – offensichtlich nicht nur im eigenen Namen – nur noch die Chance, durch eine kaum verhüllte Rücktrittsdrohung Druck zu erzeugen: „Ich möchte die Herren Vogt, Thiele und Chwalczyk bitten, einmal an entscheidender Stelle zu sagen, daß wir, wenn

[75] Die beiden genannten Funktionäre verfügten über gute Direktkontakte zu ihren jeweiligen Innenministern Robert Siewert bzw. Willy Gebhardt; Kalinke war darüber hinaus als Mitglied der SED-Landtagsfraktion und Vorsitzender der VVN Thüringen tätig; vgl. SBZ-Handbuch, S. 942; Hiebsch wiederum fungierte neben seiner amtlichen Tätigkeit 1948/49 überdies als Vorsitzender der SED-Betriebsgruppe des Sozialministeriums von Sachsen-Anhalt und war Mitglied der SED-Betriebsgruppenleitung der dortigen Landesregierung; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.165.

[76] Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 89.

[77] Vgl. ebenda, Bl. 157.

[78] Vgl. ebenda, Bl. 160.

die Dinge so weitergehen, nicht mehr mitarbeiten können, weil wir die politische Verantwortung nicht mehr zu tragen vermögen."[79] Daß der thüringische Behördenleiter hier nicht für sich allein sprach, verdeutlichte dessen Hallenser Kollege Hiebsch, der ganz ähnlich argumentierte. In Hiebschs Einschätzung stand die offensichtliche Liquidierungspolitik der SED-Führung in klarem Gegensatz zur Haltung der sowjetischen Besatzungsbehörden, denn „die SMA" sei nach wie vor „gewillt, die Umsiedlerarbeit zu verstärken"[80].

Diesen geballten Unmut der Landesvertreter konnten die Vertreter der Zentralinstanzen nur begrenzt besänftigen. Hauptabteilungsleiter Vogt verteidigte die Grundrichtung der neuen Politik als richtig und sich selbst zugleich gegen den Vorwurf der Führungsschwäche: Keineswegs rührten alle Probleme der letzten Monate nur daher, „daß anstelle von Engel nunmehr Vogt die Leitung übernommen hat"; im Gegenteil wollte sich Vogt erklärtermaßen einbilden, „daß mein Wort an verantwortlicher Stelle etwas gilt". Die objektive Krise der ‚Umsiedler'-Politik gestand er hingegen unumwunden ein: „Zweifellos ist im Frühjahr ein entscheidender Fehler gemacht worden, indem man eine falsche Darstellung der weiteren Aufgaben gegeben hat, allerdings gegen meinen Willen, z. T. ohne mein Wissen. Aber gerade der Kreis unserer uns noch verbliebenen engsten Mitarbeiter hat *gegen diese falsche Auffassung angekämpft*. Man soll, weil etwas falsch gemacht worden ist, nicht resignieren und die Zügel gänzlich schleifen lassen [. . .]." Dieses offenherzige Eingeständnis mündete in den schon zitierten pathetischen Appell an den Korpsgeist der versammelten, sämtlich der SED angehörigen Behördenleiter[81], „zusammen[zu]bleiben, bis unser Werk einen gewissen Abschluß erhalten hat", mit dem man letzten Endes „ein Stück unseres Lebens" verteidige, „das wir dieser Arbeit gewidmet haben"[82].

Nicht nur Vogt, sondern auch sein Mitarbeiter (und baldiger Gegenspieler) Kurt Büttner gestand die Berechtigung der Länderkritik zu, „daß es an zentraler Stelle an einer engen Verbindung zwischen DWK und DVdI" fehle; beide Instanzen hätten derart viele wichtige Entscheidungen zu treffen, „daß dadurch das Umsiedlerproblem ins Hintertreffen geraten muß"[83]. Demgegenüber suchte der anwesende Repräsentant der solcherart kritisierten Spitzenverwaltungen, DVdI-Vizepräsident Willi Seifert, zu beschwichtigen, man müsse sehen, „daß sich die Dinge schon geändert haben", womit er freilich indirekt zugab, daß sie sich zumindest zuvor tatsächlich kritisch entwickelt haben mußten. Die Fragen der Umsiedler-Integration, so Seifert, würden keineswegs „plötzlich vernachlässigt", sondern seien „bei den politischen Stellen heftig diskutiert worden". Erstmals habe etwa eine Innenministerkonferenz sich mit dem Umsiedlerproblem befaßt. „Daraus ergibt sich, daß dieses Problem zu einem Problem der Innenpolitik geworden ist", für die es grundsätzlich „unerträglich" sei, einen großen Teil der Bevölkerung „durch sein Vorhandensein und die dort herrschende Stimmung" als „Unsicherheitsfaktor in der Gesamtentwicklung" bewerten zu müssen. Was die Sonderverwaltungen anging, betrachtete

[79] Vgl. ebenda, Bl. 157f.; damit war nicht nur die Leitung der DVdI-Hauptabteilung Umsiedler angesprochen, sondern auch die SED-Führung selbst, denn der auf der Konferenz anwesende Chwalczyk fungierte damals bereits als neuernannter Mitarbeiter des SED-Zentralsekretariats.

[80] Vgl. ebenda, Bl. 158; es ist denkbar, daß innerhalb der SMAD ein vergleichbarer Dissens zwischen der Spitze und den ‚Umsiedler'-Experten oder zwischen SMAD und Länder-SMA entstand wie auf deutscher Seite.

[81] Sachsen, dessen Landesumsiedlerabteilung von einer LDP-Politikerin geleitet wurde, war bezeichnenderweise auf dieser Konferenz nicht vertreten.

[82] Vgl. ebenda, Bl. 158f.

[83] Vgl. ebenda, Bl. 161.

Seifert es als Problem der bisherigen Arbeit, immer nur vertikal von oben nach unten sowie streng nach Ressorts getrennt vorgegangen zu sein. Das müsse man ändern. Er habe sich jedoch „von Anfang an [...] dagegen gewehrt, einen Apparat aufzulösen, der jahrelang gut gearbeitet und sich eine bestimmte Qualifikation erworben hat". Darum sollten die bisherigen Umsiedlerabteilungen gerade nicht zerschlagen und personell in alle Winde zerstreut werden, sondern vielmehr allgemeine bevölkerungspolitische Aufgaben übernehmen. Einzelne personelle Abgänge zugunsten anderer Verwaltungen wären unter Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu prüfen, doch eine Aufteilung der gesamten Abteilungen sei gewiß „nicht richtig"[84].

Neben der bisher diskutierten institutionellen Defensive kommt hier die zweite 1948 erkennbare Kontinuitätsstrategie ins Spiel: Was Seifert und andere Spitzenvertreter einzelner Fachverwaltungen – so auch die stellvertretende Leiterin der DWK-Hauptverwaltung Arbeit und Sozialfürsorge, Jenny Matern[85] – als personalpolitische Beutezüge zur Gewinnung einzelner brauchbarer Fachleute werteten, konnte im internen Kreis der ‚Umsiedler'-Experten zu einer mehr oder weniger gezielten Strategie *personalpolitischer Diffusion in politischer Absicht* umgemünzt werden. Nicht nur die Beharrungskraft eines zwar angeschlagenen, aber nicht völlig beseitigten Apparates an Sonderverwaltungen rettete die besondere ‚Umsiedler'-Politik aus der Krise des Jahres 1948, sondern auch der personelle Einstieg einiger bisheriger ‚Umsiedlerbürokraten' in andere zentrale Apparate. Im Unterschied zu Vogts Strategie der institutionellen Defensive hatte der langjährige ZVU-Abteilungsleiter Georg Chwalczyk – ein enger Mitarbeiter Engels und Daubs – bereits im Juli 1948 intern angeregt, zur Sicherung umsiedlerpolitischer Kontinuität die Institution notfalls verlorenzugeben und stattdessen möglichst gezielt deren bisheriges Personal in wichtigere Positionen zu bringen. Chwalczyk wollte zu diesem Zeitpunkt – anders als Vogt – schon nicht mehr annehmen, „daß das Präsidium der DVdI beabsichtigt", der zur „Abteilung Umsiedler" verkleinerten ehemaligen ZVU noch wirklich „weit gesteckte Aufgaben" zu übertragen; es gebe insbesondere „Meinungsverschiedenheiten darüber, ob einer speziellen Umsiedlerverwaltung das Recht eingeräumt werden kann, Kontrollinstanz und Koordinator für fast sämtliche bestehenden Verwaltungen und Ressorts bei den Landesregierungen zu sein". Dieser – in der Tat erhebliche – Anspruch der bisherigen ZVU sei „bestritten worden und wird sich auch [...] nicht durchsetzen". Stattdessen würden – so der Realist Chwalczyk – nur noch wenige Rest-Aufgaben bei der Hauptabteilung verbleiben. Es müsse klar erkannt werden, „daß auf wirtschaftspolitischem Gebiet nicht wir, sondern die DWK der koordinierende Faktor sein wird, während die Wahrnehmung der höheren politischen und wirtschaftspolitischen Momente [...] der Partei, evtl. dem Volksrat überlassen bleiben müssen". Chwalczyk, der hier den unausweichlichen Abstieg der Sonderverwaltungen vorausahnte, verlangte von diesen – sowohl auf Zentral- als auch auf Landesebene – die bewußte Selbstaufgabe, damit die neuen Machtzentren – die DWK und der zentrale SED-Apparat selbst – umsiedlerpolitisch auf den ‚richtigen Kurs' gebracht werden könnten: „Unser Interesse kann [...] nur darin bestehen, durch Abgabe qualifizierter Mitarbeiter an andere Stellen mit dazu beizutragen, daß das Umsiedlerproblem dort, wo es Beachtung finden muß, diese auch wirklich findet. Ein engherziges Festhalten dieser Kräfte würde diese Entwicklung lähmen."[86]

[84] Vgl. ebenda.
[85] Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 177ff.
[86] Vgl. ebenda.

Als Chwalczyk dies Ende Juli 1948 formulierte, war er selbst soeben zum besten Beleg für die Stichhaltigkeit seiner These geworden, denn aufgrund eines von Ulbricht veranlaßten Beschlusses des SED-Zentralsekretariats stand sein eigener Wechsel in den zentralen SED-Parteiapparat bereits fest: Chwalczyk war als „Hauptreferent für Umsiedler" in die ZS-Abteilung Landespolitik berufen worden[87], eine Funktion, die er zum 1. Oktober 1948 antrat[88] und in der er innerhalb des ZS-Apparates Merkers bisherigen ‚Umsiedler'-Referenten Kurt Nettball ablöste[89]. Als frischgebackener SED-Apparatschik nahm er wenige Tage später an der erwähnten Umsiedlerdirektorenkonferenz im Oktober 1948 teil, wurde sogleich mit der massiven Kritik der ihm persönlich bekannten Landesvertreter konfrontiert und durch den Thüringer Kalinke auch sofort für eine Verbesserung der zentralen Politik in die Pflicht genommen. Chwalczyk dürfte rasch erkannt haben, daß weniger den in die DVdI gezwungenen und ziemlich einflußlosen Umsiedlerbürokraten um Arthur Vogt als ihm selbst innerhalb seines neuen Wirkungskreises die Aufgabe zufallen würde, konzeptionelle Wegweisung zu geben. Dies umso mehr, als auch DVdI-Vizepräsident Seifert (dessen Verhältnis zu Chwalczyk von Anfang an Reibungen aufwies) diesen ‚schwarzen Peter' mit Freuden an das SED-Zentralsekretariat weitergab: Er wisse, so Seifert spitz, leider auch nicht, woher die bedauerliche Unklarheit in den Arbeitsvorgaben rühre: „Vielleicht kann uns Herr Chwalczyk dabei helfen, wie wir die Gesamtaufgaben unserer Abteilung im Rahmen der gesamten Innenpolitik konkretisieren und weiter entwickeln."[90] Dazu war dieser – noch neu und unerfahren in Ulbrichts Vorhof der Macht – natürlich nicht ohne weiteres in der Lage[91]. Doch Chwalczyks personelle Präsenz im SED-Apparat Ulbrichts bürgte fortan dafür, daß die Kritik und die Kontinuitätswünsche des angeschlagenen umsiedlerpolitischen Apparates nicht einfach ungehört verhallten. Er sicherte damit an entscheidender Stelle 1948/49 die umsiedlerpolitische Kontinuität nach der Krise von 1948 mit ab. Anfang 1949 war sogar die Leitung der DVdI-Hauptabteilung soweit, den Nutzen dieser personellen Diffusionsstrategie anzuerkennen: Solche personellen Abgänge wie derjenige Chwalczyks ins Zentralsekretariat würden „wesentlich dazu beitragen, auch nach Auflösung unserer Abteilung die Belange der Umsiedler zu sichern"[92].

[87] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 259; diese Personalentscheidung Ulbrichts und seines Abteilungsleiters Plenikowski dürfte durch Vermittlung des Dahlem unterstellten ZS-Abteilungsleiters Daub – des früheren ZVU-Vorgesetzten Chwalczyks – zustande gekommen sein; an dieser Stelle muß das Schema zur „Struktur des zentralen Parteiapparates 1947–1952" bei Kaiser, Zentrale, S. 85, korrigiert werden, wo das „Referat Umsiedler, Heimkehrer, OdF" fälschlich bruchlos bis zum Juni 1950 der ZS-Abteilung Arbeit und Sozialpolitik zugeordnet wird.

[88] Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 42.

[89] Bereits einen Tag nach dem Beschluß des SED-Zentralsekretariats, in der ZS-Abteilung Landespolitik ein Hauptreferat für Umsiedler zu schaffen und damit den bisherigen ZVU-Abteilungsleiter Georg Chwalczyk zu betrauen, wies Merker den bisher als Umsiedler-Referenten in der ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge tätigen Kurt Nettball am 20. Juli 1948 an, dem nunmehr für „alle Fragen, die Umsiedler betreffend", zuständigen Chwalczyk „diesen Teil Deiner bisherigen Arbeit" zu übergeben; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.027/34, Bl. 259f.

[90] Vgl. BAB, DO 1/10/32, Bl. 163.

[91] Daher beschränkte sich Chwalczyk zunächst darauf, seinerseits die Wogen zu glätten und Kalinkes Kritik konstruktiv dahingehend zu interpretieren, daß „wir [!] die aktive Gruppe bei der Lösung dieser [aktuellen] Probleme" sein müßten; vgl. ebenda, Bl. 162.

[92] Vgl. BAB, DO 1/10/18, Bl. 253.

4. Neuformation und Erosion: Die fragile Kontinuität 1949/50

Als das SED-Zentralsekretariat am 15. November 1948 formell die „Weiterführung des Assimilationsprozesses der Umsiedler" beschloß[93] und damit eine umfangreiche Vorlage Chwalczyks akzeptierte, begann die vierte Phase der SBZ-‚Umsiedler'-Politik, die bis zum Sommer 1950 währte und als *Sonderpolitik über den zentralen SED-Apparat* funktionierte. Chwalczyk war im Zentralsekretariat nicht nur mit detaillierten sozial- und integrationspolitischen Forderungen erfolgreich gewesen, er hatte darüber hinaus auch die Befürchtungen Kalinkes vor dem mangelnden umsiedlerpolitischen Engagement der allgemeinen Verwaltungen positiv aufzugreifen versucht[94]. Entsprechend hatte das Zentralsekretariat beschlossen, die allgemeinen Verwaltungen müßten dazu angehalten werden, den Assimilationsprozeß „durch eine qualifiziertere Tätigkeit" zu fördern, wozu in allen SED-Betriebsgruppen der Verwaltungen die politische Bedeutung des Umsiedlerproblems diskutiert werden sollte[95]. Umgekehrt hatte Chwalczyk schon bei der Abfassung dieser seiner Beschlußvorlage mit deutlich vorhandenem Mißtrauen in Teilen der SED-Führung gegen die Anpassungsfähigkeit der alten ‚Umsiedler'-Experten an den neuen Kurs zu rechnen. Dieser sich gegen das alte institutionelle und personelle Netzwerk der ‚Umsiedler'-Politik richtende nachhaltige Argwohn war es, den auch Arthur Vogt auf einer internen Konferenz im Februar 1949 salopp in Erinnerung rief: In den vorbereitenden Diskussionen zur Errichtung der neuen Abteilungen Bevölkerungspolitik in den Innenressorts „kamen [demnach] einige Leutchen und sagten, so wie ihr die Dinge seht, [. . .] heißt das, daß hier eine Verwaltung über der anderen stehen soll". Daher wollte auch Vogt von vornherein klargestellt wissen, „daß diese Abteilung kein Weisungsrecht haben wird, nur die Aufgabe, aufgrund ihrer Untersuchungen, die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten und sagen wir nicht einmal [zu] überwachen, aber [zu] verfolgen, wie die einzelnen Verwaltungskörper an die Durchführung der für sie sich ergebenden Aufgaben gehen."[96] Gewichtige Kräfte in der SED-Führung wollten demnach jeden Ansatz einer zugkräftigen Sonderverwaltung gemieden wissen. Deren Mißtrauen hatte Chwalczyk Rechnung zu tragen. So verteidigte er im November 1948 zwar einerseits dezidiert die (auch von Seifert konzedierte) Notwendigkeit der institutionell-personellen Kontinuität, verband dies jedoch mit der eilfertigen Zusicherung, es müsse dabei „von vornherein der Gefahr begegnet werden, daß diese Abteilungen ihre Aufgabe in der Fortsetzung einer besonderen Umsiedlerpolitik sehen". Die künftigen Abteilungen würden überdies „weder übergeordnete noch kontrollierende Funktionen gegenüber anderen Zweigen der Verwaltung besitzen", sondern lediglich „als koordinierendes Element innerhalb der Landesverwaltungen" arbeiten und mit ihren Auswertungsergebnissen die Verbesserung von deren Tätigkeit „unterstützen"[97]. Übergeordnete Anleitung und Kontrolle behielt sich der zentrale Parteiapparat, für den Chwalczyk zu sprechen lernte, strikt selbst vor.

Auf einer Konferenz mit den Leitern der Landes-Umsiedlerämter sowie der Umsiedlerabteilungen in den SED-Landesleitungen am 3. Dezember 1948 gab Chwalczyks un-

[93] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248.
[94] Vgl. ausführlich SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 31.
[95] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/2.1/248.
[96] Vgl. BAB, DO 1/10/36, Bl. 304.
[97] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.

mittelbarer Vorgesetzter, der aus Danzig stammende Ulbricht-Mitarbeiter Anton Plenikowski, die neue Marschrichtung der SED-Umsiedlerpolitik vor. Demnach verfolgte die SED inhaltlich nach wie vor das politische Ziel einer völligen „Gleichberechtigung der Umsiedler", die in rechtlicher Hinsicht bereits erreicht sei, in materieller Hinsicht jedoch noch realisiert werden müsse. Dieses Ziel sollte jedoch nicht mehr über besondere Umsiedlerverwaltungen, sondern fortan ausschließlich durch die traditionellen Fachbürokratien umgesetzt werden, wobei „die Partei" selbst zur „entscheidende[n] Kraft" werden wollte. Letzteres bedingte freilich eine breite umsiedlerpolitische Mobilisierung *innerhalb* der SED, denn laut Plenikowski hatten „viele der maßgebenden Funktionäre in der SED" bislang „die politische Bedeutung der Umsiedler in ihrem Assimilationsprozeß nicht erkannt". Doch im Rahmen der zunehmenden west-östlichen Systemkonkurrenz müsse die SED in Zukunft „beweisen, daß unsere Ordnung in der SBZ die bessere ist". Daß die Zäsur von 1948 kein Ende einer besonderen Umsiedler-Integrationspolitik bedeutete, machte der SED-Funktionär Plenikowski den versammelten Umsiedler-Bürokraten explizit deutlich, als er eine große Aufklärungskampagne mit entsprechenden Diskussionen in Betriebs- und Wohngruppen der SED ankündigte und darüber hinaus eine besondere Interessierung aller Verwaltungen für die Umsiedlerproblematik verhieß[98].

Diese Wegweisung beruhigte die Kritiker in den Landesumsiedlerämtern nur zeitweilig. So wollte der Thüringer Kalinke den verbleibenden Arbeitszeitraum seiner ‚Neubürger'-Behörde dazu verwenden, „den dafür in Frage kommenden Verwaltungsstellen konkretes Material für die weitere Arbeit" zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten qualifizierte Mitarbeiter des Amtes in andere relevante Verwaltungen vermittelt werden, „damit sie in diesen Stellen ihre gesammten [sic!] Erfahrungen zum Wohle der Allgemeinheit und damit auch zum Wohle der Umsiedler und Neubürger anwenden" könnten. Chwalczyks Diffusionsstrategie begann folglich auch auf die Länder auszustrahlen[99]. Sie schien angesichts des nahenden Schlußtermins für die bisherigen Landesumsiedlerbehörden im April 1949 längerfristig freilich auch ohne Alternative. Zugleich blieb bei Kalinke Skepsis spürbar. Vorsorglich formulierte er, die bevorstehende Auflösung seines Amtes im Frühjahr 1949 dürfe „nicht so angesehen werden, als ob ab diesem Termin keine Umsiedlerfrage, kein Neubürgerproblem mehr bestände". Es gebe noch viele „Teilfragen, die zu lösen die einzelnen Verwaltungen berufen sind", wobei allerdings insbesondere die antifaschistischen Parteien (im Klartext: die SED) dafür Sorge tragen müßten, „daß diese einzelnen Verwaltungen auch ihre Pflicht erfüllen"[100]. Hier plagten den agilen Umsiedlerbürokraten offensichtlich erhebliche Zweifel, die er im Januar 1949 in einem Privatbrief an DVdI-Hauptabteilungsleiter Vogt auch aussprach: „Du weißt, welche eigenartige Stimmung unter einem großen Teil unserer Mitarbeiter im vergangenen Jahr war, als sie nicht so recht wußten, was mit uns werden soll. Der Beschluß des ZS brachte eine erfreuliche Klärung." Ihm scheine es nur so zu sein, fügte er vielsagend hinzu, „als ob nicht alle Stellen auch an die Durchführung dieses Beschlusses herangehen" würden. Insbesondere müsse man wissen, wie die Arbeit an die Nachfolgebehörden – die Abteilungen für Bevölkerungspolitik – übergeleitet werden solle, um eine organisatorische und politische Lähmung zu vermeiden[101]. Auf einer im Februar 1949 abgehaltenen Ver-

[98] Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 213.
[99] Vgl. BAB, DO 1/10/27, Bl. 5.
[100] Vgl. ebenda, Bl. 6.
[101] Vgl. BAB, DO 1/10/33, Bl. 115.

waltungskonferenz in Thüringen gestand Vogt dieser Kritik, daß die neuen Abteilungen bislang weder klare Kompetenzabgrenzungen noch Aufgabenbestimmungen erhalten hätten, Berechtigung zu. Allerdings gehöre das ‚Umsiedler'-Problem eben zu jenen Fragen, für die es keinen „Patentschlüssel" gebe; nicht klare Vorschriften, die es gar nicht geben könne, sondern „nur das erfahrungsvolle Schaffen wird richtungweisend sein". Vogt versuchte das konzeptionelle und daraus folgende administrative Chaos als learning by doing, als zielgerichteten, quasi ‚unbeschlossenen Wettbewerb' der Verwaltungen zu interpretieren: „Es wird ein ernsthaftes Nachdenken, eine[...] gute [...] Koordinierung der Arbeit zwischen der neuen Abteilung und den anderen Verwaltungen erforderlich sein, inwieweit man hier feste Normen erkennen, feste Formeln für die Richtung dieser Arbeit herausgeben kann."[102] An dieser Schwebesituation der neuen Institutionen änderte sich auch in den folgenden Monaten kaum etwas, denn im März 1949 beklagte Vogt auf einer Besprechung, an der für die SED auch Chwalczyk teilnahm, daß immer noch „keine Klarheit" herrsche, denn „es liegt noch kein festformuliertes Arbeitsprogramm weder vom Z. S. noch von der DVdI vor". Chwalczyk griff seinerseits die nicht anwesende DVdI-Führung – namentlich Vizepräsident Seifert – an, die seines Erachtens den ZS-Beschluß vom 15. 11. 48 „einfach [...] ignoriert" haben mußte: „Im ZS war der Zustand klar, es ist jedoch danach nicht gearbeitet worden."[103] Offensichtlich war es mit der faktischen Richtlinienkompetenz des SED-Zentralsekretariats im allgemeinen und des ZS-Funktionärs Chwalczyk im besonderen im Verhältnis zu machtbewußten SED-Staatsfunktionären noch nicht allzu weit her.

Unübersehbar existierten in den zentralen Machtapparaten immer noch Unklarheiten, wenn nicht sogar Konflikte über die weitere Ausrichtung der ‚Umsiedler'-Politik. So stellte Willy Kalinke am 24. März 1949 auf einer Besprechung beim thüringischen SED-Landesvorstand fest, „in Berlin" sei „man sich anscheinend noch nicht vollkommen einig darüber, wie die Arbeit in Zukunft durchgeführt werden soll". Offensichtlich muß es auch Vorschläge zur Beibehaltung bestimmter Sonderinstitutionen gegeben haben, denn Kalinke fügte hinzu: „Nachdem wir in der Presse und in Konferenzen erklärt haben, die Ämter für Umsiedlung und Neubürgerkommissionen aufzulösen, können wir heute keinen gegenteiligen Standpunkt einnehmen." Gleichwohl plädierte auch ein höherer Funktionär des thüringischen Innenministeriums „für die Beibehaltung des bestehenden Zustandes in der Landesebene", da der Zustrom weiterer ‚Umsiedler' schließlich immer noch anhalte. Diese Illusion zerschlug jedoch die SED-Funktionärin Emma Sachse – Mitglied des Sekretariats des thüringischen SED-Landesvorstands und zugleich Mitglied des zentralen Parteivorstands der SED[104] – auf unmißverständliche Weise: „Es gibt kein Zurück. Die Umsiedlerämter und Ausschüsse müssen verschwinden." Der Streit konnte sich angesichts dieser klaren Vorgaben letztlich nur noch darum drehen, ob die künftige Arbeit „nur noch im Rahmen der Bedürftigkeit" – also der Sozialfürsorge – erfolgen sollte, wofür Sachse plädierte, oder allgemeinpolitisch aufzufassen war, wie Kalinke forderte: Die Partei müsse „die Führung übernehmen", denn „die Wichtigkeit der politischen Bedeutung" der ‚Umsiedler'-Problematik dürfe „nicht übersehen" werden[105].

[102] Vgl. BAB, DO 1/10/36, Bl. 304.
[103] Vgl. BAB, DO 1/10/33, Bl. 78.
[104] Vgl. SBZ-Handbuch, S. 1011.
[105] Vgl. ThHStA, MdI, Bd. 3680, Bl. 130.

Im Kontext all dieser vielfältigen Rivalitäten und Kompetenzkonflikte suchte Chwalczyk den von ihm konzipierten SED-Grundsatzbeschluß zur Weiterführung der ‚Umsiedler'-Politik im Jahre 1949 mit Leben zu erfüllen. Er organisierte – ganz in ZVU-Tradition – um die Jahreswende 1948/49 diverse Inspektionsreisen in verschiedene Regionen der SBZ, um das Problembewußtsein der SED-Führung durch ‚harte Fakten' weiter zu schärfen. Hierfür zog er weitere ‚Überlebende' des früheren umsiedlerpolitischen Netzwerkes heran, etwa den SED-Funktionär Kurt Nettball aus Merkers ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge sowie den in der DVdI tätigen früheren ZVU-Kollegen Kurt Büttner[106]. Die von diesen Experten vertretene verengte sozioökonomische Integrationsperspektive, die kulturell-mentale Faktoren beinahe systematisch ausblendete, mündete immerhin in den Beschluß des von Ulbricht geleiteten ‚Kleinen Sekretariats' des SED-Politbüros vom 23. Mai 1949 über eine ganze Reihe konkreter sozialpolitischer „Maßnahmen im Interesse der Umsiedler". Das Programm sollte – wie schon im ZS-Beschluß vom November 1948 proklamiert, doch seither kaum realisiert – von einer gezielten umsiedlerpolitischen Mobilisierung der zuständigen Verwaltungen unter Kontrolle durch die SED-Parteiinstanzen begleitet werden[107].

Die daraus resultierenden Aktivitäten der Apparate (etwa der DWK), aber auch der SED-Parteiführung selbst – erinnert sei hier an Wilhelm Piecks große Kundgebung vom August 1949 zum offensiv gegen die Politik der Westzonen vertretenen Thema „Wer hilft den Umsiedlern?"[108] – hielten bis zum Sommer 1949 an, um dann allerdings sichtlich zu erlahmen. Dabei zeigte sich, daß die im Laufe des Jahres 1948 erfolgte Verlagerung der umsiedlerpolitischen Federführung in das neue Machtzentrum der entstehenden DDR – den zentralen SED-Apparat – keineswegs eine reibungslose Umsetzung von ‚Umsiedler'-Politik garantieren konnte. Vielmehr verlagerten sich alsbald auch die existierenden politischen und gesellschaftlichen Interessengegensätze dieses Politikfeldes umso stärker in den SED-Apparat selbst. Die langwierigen redaktionellen Überarbeitungen der erwähnten, Mitte 1949 entworfenen Denkschrift zum Stand der ‚Umsiedler'-Integration in der SBZ, die oft gegenläufigen Interessen und Intentionen diverser Verwaltungen und ZS-Abteilungen geschuldet waren, lassen diese Entwicklung nur zu gut erkennen[109]. Doch was immer die Absichten einiger Mitautoren gewesen sein mögen, zumindest für ihren Redakteur Chwalczyk bedeutete diese Denkschrift keineswegs schon „praktisch die Abschlußbilanz"[110] der gesamten ‚Umsiedler'-Politik, sondern wollte – gemäß dem die Denkschrift veranlassenden Parteibeschluß, auf den sich Chwalczyk ausdrücklich berief – die intendierte Bilanzierung der „bisher erreichten Ergebnisse in der Unterbringung der Umsiedler in der Wirtschaft und Verwaltung" auch als Gelegenheit zur Ausarbeitung von neuen politischen „Vorschläge[n] zur weiteren Festigung der wirtschaftlichen Existenz der Umsiedler" nutzen[111].

Parteiinterne Diskussionen entzündeten sich bereits an der Ende 1948 von Chwalczyk und Plenikowski durchgesetzten Weiterverwendung des Umsiedlerbegriffs. So unterstützte die kurz zuvor Ulbricht unterstellte ZS-Organisationsabteilung[112] in eigenen „Be-

[106] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243.
[107] Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/29.
[108] Vgl. Pieck, Reden, S. 274ff.
[109] Vgl. die verschiedenen Entwürfe der Denkschrift 1949/50 in: SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.
[110] Vgl. diese Wertung im Beitrag von Manfred Wille in diesem Band.
[111] Zit. nach BAC, DN 1 alt/3190.
[112] Die ZS-Organisationsabteilung hatte von 1946 an – ebenso wie die Abteilung Personalpolitik –

merkungen [...] zum Umsiedlerproblem" zwar Chwalczyks politische Maßnahmenkataloge, kritisierte jedoch zugleich heftig das in dessen ZS-Abteilung Landespolitik weiterhin vorherrschende Bewußtsein eines *besonderen* Integrationsproblems. Es dürfe „keine Diskussionen mehr über das ‚*Umsiedler*problem'" geben, „sondern nur noch Diskussion über unsere Arbeit[s-] und Sozialpolitik" im Ganzen. Der „Begriff ‚Umsiedler'" müsse nicht zuletzt deshalb „schnellstens verschwinden", weil „oft Klassenfeinde [...] unter dieser Tarnung alte Machtpositionen zu gewinnen" suchten[113].

Erschöpfte sich die Kritik der Organisationsabteilung in solcher – allerdings bald wirksam werdender – alternativer Sprachpolitik, so versuchte die ebenfalls Ulbricht zugeordnete ZS-Wirtschafts- und Finanzabteilung eine besondere ‚Umsiedlerpolitik' aus finanzpolitischen Motiven auch inhaltlich zu torpedieren. Hier profilierte sich deren aufstrebender Abteilungsleiter Willi Stoph als entschiedener Gegner des Kurses von Plenikowski und Chwalczyk. Schon im September 1949 reagierte Stoph sehr zurückhaltend auf die von dort inspirierten Pläne Ulbrichts zur „Gewährung von Teilzahlungskrediten an Umsiedler" zwecks Anschaffung des oft so dringend benötigten Hausrats, die zwar sozialpolitisch notwendig, jedoch finanzpolitisch nicht vertretbar oder doch zumindest „verfrüht" seien[114]. In der Tat erwiesen sich diese Kreditpläne aus finanziellen Gründen als undurchführbar und wurden Ende 1949 von den zuständigen Regierungsstellen der mittlerweile gegründeten DDR vorerst auf Eis gelegt[115]. Als sich Stoph ein knappes Jahr später erneut an die nunmehrige ZK-Abteilung Staatliche Verwaltung (die frühere Abteilung Landespolitik) wandte, um kostspielige „Sonderregelungen für Umsiedler" schon im Ansatz abzuwehren, war das sprachliche Taktieren des Herbstes 1949 bereits einer sehr viel deutlicheren Kritik gewichen. Offenbar begann die Gunst des Genossen Ulbricht sich zu wenden. Jedenfalls lehnte Stoph vielfach erhobene Forderungen von ‚Umsiedlern' nach Entschädigungen oder Sonderunterstützungen „zum großen Teil aus finanzwirtschaftlichen Gründen, mitunter aber auch als vollkommen ungerechtfertigt" strikt ab, zumal seiner Meinung nach die soziale Lage der Vertriebenen in der DDR im Sommer 1950 schon durchaus differenziert betrachtet werden müsse: „Ein Teil von ihnen" habe „in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen sogar eine Verbesserung gegenüber seinen früheren Verhältnissen erfahren", was leider öffentlich viel zu wenig „klargelegt" werde. Daß sich demgegenüber arbeitsunfähige Umsiedler „in mitunter schwerer wirtschaftlicher Bedrängnis" befänden, konnte auch Stoph „selbstverständlich [...] nicht übersehen", doch gelte dies für „alle mittellosen alten oder kranken Menschen". Eine hinreichende Sozialfürsorge für all diese Bevölkerungsgruppen lasse die gegenwärtige Finanzlage des Staates derzeit nicht zu. Grundsätzlich jedoch hielt es Stoph für ohnehin nunmehr „an der Zeit, dafür zu sorgen, daß die Umsiedler sich nicht mehr wie bisher als eine besondere Gruppe in der Bevölkerung betrachten mit gesondert gelagerten Interessen". Sie müßten vielmehr mit dem Rest der Bevölkerung klar erkennen, „daß ihre Lage [...] nur durch Erfüllung und Übererfüllung unseres Zweijahrplanes, d. h. also

dem ZS-Mitglied Franz Dahlem (und bis 1948 zusätzlich Erich Gniffke) unterstanden und war am 15. 2. 1949 in Ulbrichts direkten Einflußbereich übergegangen; vgl. Kaiser, Zentrale, S. 63 und S. 74; nur wenige Tage später, am 24.2., entstand das nachstehend zitierte Papier der Organisationsabteilung, das von einem untergeordneten Mitarbeiter namens Schäfer entworfen wurde, nicht von den beiden durch Ulbricht neu berufenen Abteilungsleitern.

[113] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/5/243, Bl. 100f.

[114] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.

[115] Vgl. hierzu BAB, DO 1/33283.

durch äußersten Arbeitseinsatz, weiterhin verbessert werden kann"[116]. Rückhaltlose Integration in die allen offenstehende Arbeits- und Leistungsgesellschaft der DDR und gemeinsames Warten auf das Wirtschaftswachstum – das war die hier in seltener Offenheit formulierte Alternative zur besonderen Umsiedlerpolitik, die letztere in der DDR sehr bald zu einem Ende kommen ließ.

Stophs selbstbewußte Attacke auf die Sonderpolitik erfolgte alles andere als zufällig. Kurz zuvor, im Sommer 1950, waren zwei für die Zukunft der DDR-Integrationspolitik zentrale Entscheidungen gefallen. Die SED-Führung hatte zum einen öffentlichkeitswirksam beschlossen, ein ganzes Bündel neuer Hilfsprogramme für bestimmte soziale Schichten unter den ‚Umsiedlern' anlaufen zu lassen, die im eingangs erwähnten, kurz vor den ersten ‚Wahlen' zur DDR-Volkskammer verabschiedeten „Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" vom 8. September 1950 gebündelt wurden. Fast gleichzeitig war – diesmal gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit – das 1948 reorganisierte umsiedlerpolitische Netzwerk im zentralen SED-Apparat endgültig zerschlagen worden. Dieser doppelte Kontext prägte Stophs Attacke: Im Bewußtsein dessen, daß der DDR-Staat mit den Maßnahmen des eben verkündeten Umsiedlergesetzes ohnehin bis an den Rand seiner finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten ging, konnte Stoph darüber hinausgehende Forderungen (die letztlich auf einen Lastenausgleich zielten) entschieden abblocken. Dies tat er freilich auf eine Weise, die implizit sogar das gerade verabschiedete Umsiedlergesetz in Frage stellen mochte. Das erkennbar gewachsene Selbstbewußtsein dieses Kritikers kostenintensiver ‚Umsiedler'-Sonderpolitik erklärte sich nicht zuletzt daraus, daß sich die macht- und personalpolitischen Gewichte zwischen Mitte 1949 und Mitte 1950 entscheidend verschoben hatten: Während Stoph selbst im Juli 1950 zum Mitglied des neugeschaffenen SED-Zentralkomitees aufsteigen konnte, waren einige wichtige Vertreter des personellen Netzwerkes der ‚Umsiedler'-Politik im zentralen SED-Apparat im Sommer 1950 aus ihren Ämtern entfernt worden.

Zuvor war es bereits im Laufe des Jahres 1949 auf Länderebene im Zuge der institutionellen Veränderungen der dortigen Umsiedlerbehörden auch zu einem Austausch ihrer Leiter gekommen. Dieser unauffällige Bruch hatte gravierende Folgen, verschwanden damit doch die erfahrenen und selbstbewußten Wortführer des Jahres 1948 ersatzlos von der Bildfläche. Die Ursachen dieses Prozesses sind vielfältig. Zum einen gab es vermutlich gezielte Ablösungen, um unbequeme Mahner vom Schlage des Thüringers Kalinke loszuwerden, der bereits im Frühjahr 1949 verschwand. Andere, noch im Amte verbliebene Landesbehördenchefs der früheren ZVU-Phase machten sich im Laufe des Jahres 1949 bei der DVdI durch die Neigung zu Alleingängen mißliebig, die stets aus dem Wunsch nach Beibehaltung sonderpolitischer Maßnahmen resultierten: Der sachsen-anhaltischen Abteilung unter Hiebsch wurde noch nachträglich Ende 1949 zum Vorwurf gemacht, daß sie sich mit (nunmehr) sachfremden Arbeiten beschäftigt hätte, weil sie seit Ende 1948 federführend in einer von der regionalen SMA gedeckten ‚Landesarbeitsgemeinschaft für Umsiedlerversorgung' engagiert war[117]. Größere Probleme ergaben sich – nicht zuletzt aus blockpolitischen Gründen – mit der zur LDP gehörigen sächsischen Behördenchefin Ruth Fabisch, die noch September 1949 gegenüber der DVdI auf der „Meinung" beharrte, „daß im Land Sachsen eine besondere Umsiedlerabteilung bestehen

[116] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388.
[117] Vgl. BAB, DO 1/33283.

bleiben müßte, um die [Wahrnehmung der] Belange der Umsiedler nach ihrer Eingemeindung zu gewährleisten"[118]. Die selbstbewußte Liberale, deren Ablösung schon im Sommer 1948 vom damaligen sächsischen Innenminister Wilhelm Zaisser in Aussicht genommen worden war[119], hatte es zum Ärger der DVdI offenbar fertiggebracht, Zaisser und dessen Stellvertreter Arthur Hofmann (SED) vom Nutzen ihrer Politik zu überzeugen[120]. Angesichts solcher Konflikte verwundert es nicht, daß die Zentrale ein großes Interesse an einem personellen Austausch auf Länderebene besaß. Zum anderen mochte jedoch der erhebliche Status- und Funktionsverlust der im Frühjahr 1949 gebildeten Abteilungen Bevölkerungspolitik deren Leiter zusätzlich motivieren, von sich aus nach alternativen Karrieremöglichkeiten Ausschau zu halten. Hier verursachte insbesondere die Institutionalisierung der DDR-Zentralregierung ab Herbst 1949 eine personalpolitische Fluktuation, die beiläufig auch zur Schwächung des personellen Netzwerkes der ‚Umsiedler'-Politik beitrug. Der sachsen-anhaltische Amtschef Hiebsch etwa wechselte in den neuen diplomatischen Dienst der DDR[121], seine sächsische Kollegin Fabisch trat sogar als Staatssekretär im Volksbildungsministerium in die neugebildete DDR-Regierung ein[122]. In jedem Falle waren seit Herbst 1949 alle Landesabteilungen für Bevölkerungspolitik mit neuen Leitern versehen, die sich in der Folge für die Zentrale auch als ‚handhabbarer' erweisen sollten.

5. Zerschlagung und Disziplinierung: Der Austausch der Netzwerke 1950–1953

Die massive Entmachtung der bevölkerungspolitischen Abteilungen der Länder und die begleitende Ausschaltung ihrer bisherigen Leiter im Laufe des Jahres 1949 wog umso schwerer, als dadurch – anders als 1948 – von den Ländern keine Stabilisierungswirkung mehr auszugehen vermochte, als auch das umsiedlerpolitische personelle Netzwerk auf zentraler Ebene zerschlagen wurde. Letzteres erfolgte abrupt im Sommer 1950: Bereits Ende Juni 1950 wurde der bisherige enge Mitarbeiter Dahlems und frühere ZVU-Vizepräsident Philipp Daub von seiner Funktion als Leiter der wichtigen ZS-Abteilung Personalpolitik entbunden[123] und als Magdeburger Oberbürgermeister alsbald in die Provinz und den politischen ‚Vorruhestand' versetzt[124]. Seit demselben Juni 1950 war zu beobachten, daß Ulbrichts ZS-Referent Georg Chwalczyk, seit Ende 1948 der intellektuelle Kopf des verbliebenen umsiedlerpolitischen Netzwerkes, ganz offensichtlich SED-intern ins Abseits geriet und an den wichtigen umsiedlerpolitischen Besprechungen und Planungen des Jahres 1950 nicht mehr beteiligt wurde. Schon am 8. Juni 1950 hatte ZS-Abteilungsleiter Plenikowski zu einer Beratung über die Propagandastrategien zur Popularisierung

[118] Vgl. BAB, DO 1/10/23, Bl. 147ff.
[119] Vgl. BAB, DO 1/10/1, Bl. 192.
[120] Vgl. BAB, DO 1/10/23, Bl. 149.
[121] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.165; im diplomatischen Dienst fanden überdurchschnittlich viele ‚antifaschistische Umsiedler' Karrieremöglichkeiten; vgl. Foitzik, Kadertransfer.
[122] Vgl. SBZ-Handbuch, S. 896; die LDP-Politikerin scheint damit – im Unterschied zu ihren SED-Kollegen – der einzige frühere Amtschef einer Landesumsiedlerbehörde gewesen zu sein, der nach seiner Ablösung in der DDR eine wirkliche Karriere machte, wobei sie pikanterweise ausgerechnet den früheren ZVU-Präsidenten Engel verdrängte, der als bisheriger Vizepräsident der Volksbildungsverwaltung nunmehr dem Parteienproporz weichen mußte; vgl. auch SAPMO, SgY 30/1821/1.
[123] Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/117; Daubs Beurlaubung trat zum 1.Juli 1950 in Kraft.
[124] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/11/v.2512.

des Görlitzer Vertrages über die Anerkennung der ‚Oder-Neiße-Friedensgrenze' durch die DDR-Regierung nicht Chwalczyk, sondern seinen bislang in Sachen Umsiedlerpolitik nicht hervorgetretenen ZS-Mitarbeiter Bruno Wolf hinzugezogen[125]. Es war wiederum Wolf, der anstelle des formell noch amtierenden umsiedlerpolitischen Hauptreferenten Chwalczyk Mitte August 1950 in die parteiinterne Vorbereitungskommission für das Umsiedlergesetz berufen wurde[126]. Am 1. September 1950 wurde Chwalczyks Ablösung dann auch formell dekretiert. Das Sekretariat des neugeschaffenen SED-Zentralkomitees beschloß bezeichnenderweise in einem nicht nur die Entfernung Chwalczyks aus dem ZK-Apparat, sondern ebenso die seines Vorgängers als ZS-Umsiedlerexperte, Kurt Nettball; Chwalczyk wurde als Lektor an die SED-Parteihochschule abgeschoben, Nettball als stellvertretender Abteilungsleiter in den Bundesvorstand des FDGB[127].

In diesem Sommer des Jahres 1950 fanden – auf Moskauer Order – in allen Ostblockstaaten massive personalpolitische ‚Säuberungen' statt. Diese führten auch in der SED zu einer „Umwertung der Biographien von [kommunistischen] Westemigranten", was der Stalins Befehl exekutierenden Moskauer Emigrantengruppe um Walter Ulbricht ebenso Gelegenheit zur Begleichung alter persönlicher Rechnungen „aus den Weimarer- oder Exiljahren" bot wie auch zur indirekten Entscheidung aktueller inhaltlicher Streitfragen[128]. Zum prominentesten Opfer dieser ‚Säuberungen' im Sommer 1950 wurde das bisherige SED-Politbüromitglied Paul Merker[129]. Der enge zeitliche Zusammenhang zwischen der öffentlich inszenierten Entmachtung jenes früheren Koordinators der SED-Umsiedlerpolitik und der Zerschlagung des kleinen personellen Netzwerks teils früherer, teils noch agierender ‚Umsiedler'-Experten im zentralen SED-Apparat ist evident, jedoch hinsichtlich seiner Ursachen nur schwer zu gewichten. Es läßt sich nicht eindeutig klären, ob die ‚Umsiedler'-Funktionäre in der SED-Spitze deshalb mit Merker untergingen, weil sie der „strategische[n] Clique" um Ulbricht *inhaltlich* zu unbequem (möglicherweise allzu einseitig vertriebenenorientiert) erschienen[130] oder weil sie schlicht als *Personen* dem nunmehr verfemten Paul Merker längere Zeit nahegestanden hatten[131]. Möglicherweise wirkte beides – Expertenstatus in zunehmend ungeliebter Sache und personelle Nähe zu einer Unperson – zusammen. Berücksichtigt man die fast zeitgleichen Vorbereitungen zum oben erwähnten Umsiedlergesetz der DDR, so erscheint das Ende

[125] Vgl. BAB, DO 1/5512.

[126] Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/131.

[127] Vgl. SAPMO, DY 30/J IV 2/3/135; zu Nettball ferner SAPMO, SgY 30/0670/1, Bl. 1f.

[128] Vgl. Staritz, Gründung, S. 182f.; zum Kontext und zu Zielrichtungen dieser SED-internen ‚Säuberungen' nun auch die Skizze bei Fulbrook, Anatomy, S. 31–35.

[129] Merker wurde auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 nicht wieder ins Politbüro ‚gewählt' und war damit faktisch bereits entmachtet; am 24.August 1950 wurde er dann auch formell aus der SED ausgeschlossen und verlor gleichzeitig die ihm noch verbliebene Funktion des Staatssekretärs im DDR-Landwirtschaftsministerium; vgl. zum Fall Merker neuerdings auch: Herf, Antisemitismus; Kießling, Partner.

[130] Hier wird lose Bezug genommen auf Ludz' (einer späteren Phase der SED-Entwicklung gewidmeten) Beobachtungen zur mehr oder weniger „latente[n] Elitenkonkurrenz" zwischen parteigebundenen Experten unterschiedlicher Provenienz und der eigentlichen „politische[n] Entscheidungselite", der „strategische[n] Clique"; vgl. Ludz, Parteielite, S. 42f.

[131] Nicht nur Nettball als langjähriger Mitarbeiter der bis Mitte 1950 Paul Merker zugeordneten ZS-Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge, sondern auch Daub und Chwalczyk hatten zumindest bis 1948 aufgrund ihrer ZVU-Funktionen eng mit dem nun zum Agenten gestempelten Merker zusammengearbeitet; Daub war Merker darüber hinaus schon aus der Zeit vor 1945 verbunden gewesen.

dieses Netzwerkes primär als Nebenprodukt der Noel-Field-Affäre. Es war somit ein eher zufälliger, indirekter Schlag gegen die Umsiedlerpolitik insgesamt, der sich zudem erst zeitverzögert auswirkte. Doch in jedem Falle führten diese ‚Säuberungen' an der SED-Spitze – die übrigens eine vollständige Überprüfung der gesamten SED-Mitgliedschaft nach sozialen und politischen Kriterien und massenhafte Parteiausschlüsse nach sich zogen[132] – auch im Bereich der SED-‚Umsiedlerpolitik' zu einem einschüchternden, disziplinierenden Personalaustausch[133]. Bei den nachrückenden ‚Umsiedler'-Experten, die in der Regel keinerlei ‚ZVU-Prägung' als sozialisierenden ‚Korpsgeist' mehr aufwiesen, bewirkte das repressive Klima dieser Zeit jene „Verschüchterung", die allgemein seither insbesondere der Mehrheit des „Funktionärs-Korps" der SED attestiert worden ist[134]; auch bei den seither mit der Vertriebenenproblematik befaßten nachgeordneten SED-Funktionären dürfte dieser „giftige Virus"[135] in der Regel dazu geführt haben, fortan schlicht „die Beschlüsse der Führung zu akzeptieren und durchzusetzen"[136]. Das bedeutete inhaltlich für die ‚Umsiedlerpolitik' der Folgezeit: Es gab so gut wie keine Eigeninitiative aus dieser ‚zweiten Reihe' der politisch-administrativen Elite mehr.

Im Unterschied zu 1948 wirkte sich jedoch diese *neuerliche Zäsur* weder unmittelbar noch offensichtlich aus, denn zur selben Zeit – im Hochsommer 1950 – feilten *andere* personelle Netzwerke im SED-Apparat und in der DDR-Regierung am schon öfter erwähnten ‚Umsiedlergesetz', das bekanntlich zum Höhepunkt der gesamten vertriebenenbezogenen Sonderpolitik in der SBZ/DDR werden sollte.[137] Die Ausschaltung wichtiger Teile des bisherigen personellen Netzwerkes der ‚Umsiedler'-Politik beeinträchtigte die Fortführung dieser Sonderpolitik folglich nicht sofort. In der brisanten Situation des Jahres 1950 – angesichts der heftig umstrittenen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die DDR-Regierung, im Vorfeld der für Oktober 1950 angesetzten ‚Wahlen' und vielleicht auch aufgrund sowjetischer Weisungen[138] – war die Intensivierung oder Wiederbelebung großangelegter sozialer Hilfsmaßnahmen für Vertriebene politisch für die SED unumgänglich. Wilhelm Pieck hatte auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 unmißverständlich klargemacht: Es handele „sich dabei nicht nur um die Hilfe für notleidende Teile unserer Bevölkerung" an sich, „sondern auch darum, durch praktische Maßnahmen unseren Kampf für den Frieden zu stärken"[139], indem die erhofften Fortschritte

[132] Diese parteiinterne Überprüfung begann im Herbst 1950 und sollte nach Ulbrichts Zielvorgaben etwa 300000 Parteiausschlüsse sozial und politisch unerwünschter SED-Mitglieder erbringen; vgl. Kaiser, Zentrale, S. 71; im März 1950 hatte die SED etwas über 1,5 Millionen Mitglieder; vgl. SBZ-Handbuch, S. 510.

[133] Allerdings wurden die Betroffenen – anders als Merker – nicht ausgeschlossen oder öffentlich gebrandmarkt, sondern konnten ihre Karrieren auf freilich deutlich untergeordneten Positionen fortsetzen.

[134] Vgl. Staritz, Gründung, S. 184.

[135] Vgl. diese retrospektive Einschätzung der „Prozesse und anderen Repressalien", der „Agentenfurcht" und der „ständigen Aufrufe zur Wachsamkeit" bei Hager, Erinnerungen, S. 183f.

[136] Vgl. diese Diagnose bei Staritz, Gründung, S. 184.

[137] Vgl. hierzu in gesamtdeutsch-vergleichender Perspektive: Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 179ff.

[138] Zumindest für Thüringen kann gezeigt werden, daß die dortige regionale Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission im Juni 1950 von der SED und der Landesregierung eine Wiederaufnahme der vertriebenenbezogenen Integrationspolitik verlangte; vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/388; es ist wahrscheinlich, aber nicht nachweisbar, daß die SED-Führung entsprechende Signale durch die SKK erhalten haben dürfte.

[139] Vgl. Protokoll des III. Parteitages, Bd. 1, S. 68.

der inneren Integration die Akzeptanz der sogenannten „Friedensgrenze" erhöhen sollten. Das wenig später in diesem Sinne realisierte Umsiedlergesetz wurde im Sommer 1950 von einer neuen personellen Bündniskonstellation zwischen SED-Apparat und DDR-Regierung getragen und im wesentlichen durch den Ulbricht-Vertrauten und ZK-Abteilungsleiter Plenikowski, dem anstelle Chwalczyks nunmehr insbesondere der erwähnte Bruno Wolf zuarbeitete, und den seit Herbst 1949 amtierenden Staatssekretär im DDR-Innenministerium Hans Warnke vorangetrieben, der als früherer langjähriger mecklenburgischer Innenminister mit dem Vertriebenenproblem relativ gut vertraut war und nunmehr weitere SED-Gefolgsleute aus seiner Heimatregion an seinem umsiedlerpolitischen Aufstieg teilhaben ließ. Schon auf dem SED-Parteitag trat im Juli 1950 als umsiedlerpolitischer Sprecher nicht etwa Chwalczyk, sondern die von Warnke protegierte, für Umsiedlerfragen mitzuständige Leiterin der Sozialfürsorge-Abteilung im mecklenburgischen Sozialministerium Johanna Blecha auf[140]. In ähnlicher Weise rückte auf der Volkskammersitzung vom 8. September 1950, auf der das DDR-Umsiedlergesetz verabschiedet wurde, neben Warnke als Sprecher der Regierung und Plenikowski als Sprecher der SED-Fraktion die mecklenburgische SED-Politikerin Frieda Wollermann als Berichterstatterin des zuständigen Ausschusses mit ins Rampenlicht[141]. Spätestens mit Warnkes Entlassung als Innen-Staatssekretär Mitte 1952 wurde jedoch auch der potentielle Einfluß dieses mecklenburgischen SED-Zirkels hinfällig. Der damals eingeleitete Führungswechsel an der Spitze des DDR-Innenministeriums bewirkte auch personelle Rotationen auf den nachgeordneten Ebenen dieses Ressorts, die auch die Leitung der Abteilung Bevölkerungspolitik tangierten und dort die noch verbliebenen personellen Kontinuitäten zur früheren ZVU noch weiter zurückdrängten[142]. Überhaupt wirkt das Revirement von 1952 einigermaßen symbolhaft: Hans Warnke, der an Entstehung und Durchführung des Umsiedlergesetzes einigen Anteil gehabt hatte, mußte im Sommer 1952 die Führungsetage des DDR-Innenministeriums verlassen, während gleichzeitig mit Willi Stoph ein ausgewiesener Gegner der besonderen ‚Umsiedler'-Politik als Minister an die Spitze dieses Ressorts gestellt wurde.

Vorübergehend, also zwischen Mitte 1950 und Mitte 1952, hatte ironischerweise die im Zuge der innerparteilichen ‚Säuberungen' eher beiläufig zum Scheitern gebrachte Strategie der personellen Diffusion zu einer zeitweiligen Aufwertung der längst rudimentär gewordenen umsiedlerpolitischen Institutionen und ihrer Einwirkungsmöglichkeiten geführt. Die Durchführungsbestimmungen zum Umsiedlergesetz bestimmten nämlich das DDR-Innenministerium zur federführenden Weisungs- und Kontrollinstanz, was praktisch dazu führte, daß die dortige, bislang fast bedeutungslose Abteilung Bevölkerungspolitik unter dem früheren ZVU-Mitarbeiter Kurt Büttner eine kleine umsiedlerpolitische Renaissance erlebte. Büttner war mit wenigen anderen Mitarbeitern seiner Abteilung[143] das letzte Spurenelement des verblichenen Netzwerks der einstigen ZVU-Phase. Zwischen 1950 und 1952 vermochte diese Abteilung in den häufigen Praxis-Konflikten

[140] Vgl. ebenda, S. 256ff.

[141] Vgl. BAB, DA 1/977.

[142] Der bisherige Abteilungsleiter Büttner wurde im November 1952 durch seinen bisherigen Stellvertreter Walter Kaßner abgelöst, der im Gegensatz zu Büttner nie in der ZVU ‚gedient' hatte, sondern erst Anfang der 50er Jahre ins DDR-Innenministerium eingetreten war.

[143] Der wichtigste war Oberreferent Georg Heinze, der noch 1953 – also längst nach Büttners Abgang – in dieser Abteilung tätig war und die abklingende ‚Umsiedler'-Berichterstattung redigierte.

der am Umsiedlergesetz beteiligten unterschiedlichen Ressorts durchaus nicht unwichtige Akzente in der Auslegung und partiellen Ausweitung der gesetzlichen Hilfsprogramme zu setzen[144], aber sie konnte auf ihrer subalternen Ebene letztlich nichts konstruktiv Neues mehr hervorbringen, geschweige denn durchsetzen. Was somit seit dem Sommer 1950 sichtlich fehlte, war gerade *innerhalb der SED-Führung* der nachhaltige Wille zu weiterer umsiedlerpolitischer Konzeptualisierung. Auch der nachgeordnete ZK-Apparat der SED, der weiterhin programmatischer, anleitender und kontrollierender ‚think-tank' der ‚Umsiedler'-Politik hätte sein müssen, um deren Weiterführung zu garantieren, engagierte sich hierfür in seiner neuen personellen Zusammensetzung nicht mehr. Daher wurde der Zeitraum zwischen Spätsommer 1950 und Frühjahr 1953, als die meisten Maßnahmen des Umsiedlergesetzes ausliefen, nicht nur zur *Durchführungsphase*, sondern ebenso sehr zur *Abwicklungsphase* der Vertriebenenpolitik in der DDR. In dieser Abwicklungsphase versandete auch das öffentlich früher so gern (gerade gen Westen) zur Schau gestellte umsiedlerpolitische Selbstbewußtsein der SED, das in der Folgezeit durch die 1952 einsetzende bundesrepublikanische Lastenausgleichs-Gesetzgebung endgültig gebrochen werden sollte. Statt zum Gegenstand stolzer Erfolgspropaganda wurde das Vertriebenenproblem immer mehr zum bloßen Objekt der DDR-Repressionsapparate (Volkspolizei und MfS) und ihrer Bespitzelung. Auch der letzte kleine umsiedlerpolitische Apparat des Regimes ging von Erfolgs- zu Verlustbilanzen über: Die Abteilung Bevölkerungspolitik des DDR-Innenministeriums bemühte sich höherenorts im September 1952 um neue Aufgabenstellungen, da sie mit der ihr übertragenen Kontrolle der praktischen Durchführung des Umsiedlergesetzes nicht mehr ausgelastet sei[145]. Ab 1953 erhielt sie tatsächlich eine neue, alle Ressourcen beanspruchende Tätigkeit, die – Ironie der DDR-Verwaltungsgeschichte – denn doch wieder in gewissem Zusammenhang mit der bisherigen umsiedlerpolitischen Tätigkeit stand: Die Ministerialabteilung beobachtete fortan die ‚Republikflucht' aus der DDR[146], an der die in der DDR lebenden Vertriebenen überdurchschnittlich stark beteiligt waren[147].

6. Schluß

Der vorliegende Beitrag hat versucht, die Bedeutung des engen Zusammenhangs zwischen politisch-konzeptionellen, institutionellen und personellen Verschiebungen im politisch-administrativen System der SBZ und frühen DDR herauszuarbeiten. Dabei sollte deutlich werden, daß der zeitweilig auch in Umbruchphasen gewahrte Zusammenhalt eines personellen Netzwerkes in SED und Verwaltungen ein wichtiger Faktor für die Kon-

[144] Etwa in den 1952 zugelassenen Sonderrichtlinien für sogenannte ‚Umsiedler-Aktivisten' aus volkseigenen Betrieben im Kontext der Wohnbedarfs-Kredite des Umsiedlergesetzes.

[145] Vgl. SAPMO, DY 30/IV 2/13/392.

[146] Vgl. ebenda.

[147] Wolfgang Meinicke beziffert die Anzahl der ‚republikflüchtigen' Vertriebenen aus der DDR auf insgesamt etwa 950000 bei einer Gesamtflüchtlingszahl von etwa 2,7 Millionen Menschen; seine Einschätzung, dies habe „etwa ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprochen", ist allerdings unzutreffend; vgl. Meinicke, Flüchtlinge, S. 79; bedenkt man, daß der Bevölkerungsanteil der Vertriebenen in der DDR um 1950 bei etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung lag, ihr Anteil an den Zonenflüchtlingen jedoch bei gut einem Drittel, wird man vielmehr der zeitgenössischen Einschätzung Seraphims beitreten, „daß die Heimatvertriebenen unter den Sowjetzonenflüchtlingen zunächst jedenfalls *erheblich stärker vertreten* waren, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung [. . .] entspricht"; vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 63.

tinuität einer besonderen ‚Umsiedler'-Politik gewesen zu sein scheint. Ebenso deutlich wurde der Konnex zwischen einer schubweisen Auflösung dieses personellen Netzwerkes insbesondere zwischen 1948 und 1950 und dem allmählichen Auslaufen dieser Sonderpolitik. Dabei konnte angedeutet werden, daß die Zerschlagung des personellen Netzwerkes meist SED-gebundener ‚Umsiedler'-Experten keineswegs immer und ausschließlich einer inhaltlichen Stoßrichtung gegen die von ihm vertretene Sonderpolitik geschuldet war, sondern zuweilen durch übergeordnete Prozesse von Machtkonzentration zugunsten der SED sowie von Machtverschiebungen innerhalb der SED verursacht wurde. Im Ergebnis bedeutete dies freilich in jedem Falle, daß die Chancen für eine besondere Vertriebenen-Integrationspolitik in der SBZ/DDR umso stärker schwanden, je mehr sich das entstehende totalitäre SED-Regime zur Kenntlichkeit fortentwickelte. Es will insofern kaum zufällig erscheinen, daß die ‚Umsiedler'-Politik stets dann in schwere Krisen geriet, wenn sich die SED-Führung insgesamt gefährdet glaubte und darauf mit intensivierter Machtkonzentration und Repression antwortete: Dies gilt für das Jahr 1948 ebenso wie für 1950. Das Ende jeglicher besonderen Vertriebenenpolitik der DDR könnte 1952/53 unter diesem Aspekt beinahe logisch mit jener allgemeinen krisenhaften Entwicklung zusammengefallen sein, die im Ergebnis in die eigentliche, die „'innere Staatsgründung' der DDR"[148] mündete.

Diese ‚eigentliche' DDR gestattete sich keinerlei besondere ‚Umsiedler'-Politik mehr. Nicht nur inkompatible Teil-Identitäten der Millionen Vertriebenen wurden von der SED-Diktatur in das Halbdunkel der privaten Erinnerung oder Verdrängung verbannt, sondern ebenso die Erfahrungen der eigenen einstigen ‚Umsiedler'-Experten, die längst kein ‚Netzwerk' mehr bildeten. Deren seit 1948 artikulierten Vorschlägen, wenigstens eine breitangelegte Dokumentation der ganzen Integrationsarbeit der ersten Nachkriegsjahre zu publizieren, begegneten die SED-Machthaber – auch und gerade solche wie Paul Merker und der ihm verbundene Kulturfunktionär Walter Janka, die später selber zu ohnmächtigen Unpersonen werden sollten – mit unerschütterlichem, umso verletzenderen Desinteresse. Noch im Juli 1957 suchte der frühere ZVU-Vizepräsident Arthur Vogt, unterdessen zum Berliner Schlachthofdirektor abgehalftert, diese SED-Politik des Verschweigens parteiintern zu durchbrechen: Vogt, dem erklärtermaßen „die Dokumentation der Umsiedlung sehr am Herzen [lag], weil er diese Arbeit mitverantwortlich geleitet" habe, bat darum, die Erfahrungen und Kenntnisse der noch lebenden Protagonisten der früheren ‚Umsiedler'-Politik für die SED-Parteigeschichtsschreibung zu nutzen. Vogt nannte vorsorglich etliche Namen noch lebender potentieller Ansprechpartner aus dem einstigen personellen Netzwerk, doch sein Vorstoß blieb ebenso eindringlich wie vergeblich. Seine Warnung, „die Partei werde es noch einmal bereuen, daß sie nicht darauf bestanden habe, die Dokumentation niederzuschreiben"[149], verhallte folgenlos. Selbst SED-konforme Erinnerung war dem SED-Regime in der Vertriebenenfrage nicht mehr erwünscht. Die vertriebenenrelevante ‚Vergangenheitspolitik' der SED war längst vom Versuch zurechtgestutzter Erinnerung zu dem völliger Tabuisierung übergegangen.[150]

[148] Vgl. Kowalczuk u. a., Tag X.
[149] Vgl. SAPMO, SgY 30/0969, Bl. 14.
[150] Vgl. zu diesem Übergang zur Tabuisierung ausführlich: Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik.

Philipp Ther

Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 bis 1950

Vertriebene als eine klar definierbare Gruppe und ein Forschungsobjekt wurden in der Publizistik und der Historiographie der Bundesrepublik und des westlichen Auslands bis 1990 überwiegend als ein westdeutsches Phänomen eingeordnet und begriffen. Seit der Wiedervereinigung besitzt die in der späten DDR-Zeit begonnene und nun erstmals auf uneingeschränkten Aktenzugang basierende Erforschung der Vertriebenenintegration in der SBZ/DDR eine ausgesprochene Konjunktur[1]. Dank der seit 1989 veröffentlichten Forschungsergebnisse ist in Ansätzen bereits ein Vergleich zwischen der Geschichte der Vertriebenen in Ost- und in Westdeutschland möglich. Wie mehrere Tagungen zum Thema zeigten, hat der vergleichende Ansatz die Forschung auf beiden Seiten bereichert[2]. Ost- und Westdeutschland waren in ihrer Gründerzeit nicht zwei nebeneinander existierende Staaten, sondern kommunizierende Gesellschaften und konkurrierende Systeme. Das Wissen über den einen deutschen Teilstaat ist in vielen Detailfragen Voraussetzung für das Verstehen des zweiten. Wie fruchtbar die Komparatistik als Methode im Bereich der Vertriebenengeschichte erscheint, sei hier kurz anhand zweier Beispiele erläutert: Die Wirkung des Lastenausgleichs für die Bindung der Vertriebenen an den jungen westdeutschen Staat wird trotz des begrenzten Umverteilungsumfangs[3] vor dem Hintergrund eines abgeblockten, ähnlichen Ausgleichs in Ostdeutschland um so deutlicher[4]. Die quantitative und qualitative Bedeutung der Bodenreform in der SBZ für die Vertriebenen erscheint trotz der begrenzten Zahl von „Umsiedlerneubauern" klarer, wenn mit Westdeutschland verglichen wird, wo eine groß angelegte Umverteilung von Grund und Boden unterblieb[5].

Der Vergleich ist besonders geeignet, um die übergeordnete Frage anzugehen, wo die systembedingten Vor- und Nachteile der SBZ/DDR bei der Integration von Vertriebenen

[1] Vor der Wende beschäftigten sich im wesentlichen zwei wissenschaftliche Zentren mit der Vertriebenenproblematik, zum einen eine Gruppe um Manfred Wille an der PH in Magdeburg, zum anderen eine Gruppe um Wolfgang Meinicke an der Universität in Berlin. Einen Einblick in die spezifische Forschungslage und Interpretationsmöglichkeiten in der DDR gewähren die Veröffentlichungen von Wille, Just, Kaltenborn und Meinicke von vor 1990.

[2] Neben dem IfZ-Kolloquium „Vertriebenenintegration im Nachkriegsdeutschland" ist hier die Tagung „50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration von Vertriebenen in der SBZ/DDR und in den Westzonen/Bundesrepublik." in Magdeburg am 21./22. 9. 1995 zu erwähnen.

[3] Abelshauser, Der Lastenausgleich, S. 234.

[4] Ostdeutschland wird in diesem Aufsatz nicht als historischer Begriff für die ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches, sondern wie auch heute gebräuchlich als Synonym für das Gebiet der SBZ/DDR gebraucht.

[5] Vgl. Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 120.

lagen, die dort mit 24,2 % einen noch höheren Bevölkerungsanteil ausmachten als in Westdeutschland. Eine auf die Möglichkeiten und Grenzen eines sich rasch wandelnden Systems ausgerichtete Fragestellung kann den historiographischen Rückblick auf die DDR versachlichen, anstatt je nach politischem Standpunkt Erfolge oder Mißerfolge des östlichen deutschen Teilstaats zu proklamieren und bezüglich der Vertriebenen den realexistierenden Sozialismus zu exkulpieren oder aber zu verteufeln[6]. Zu berücksichtigen sind bei einem solchermaßen versachlichenden Ansatz selbstverständlich historische „Umstände" wie die weitreichenden Kriegszerstörungen, Versorgungsengpässe und Reparationen. Eingebettet in diese Umstände wächst die Geschichte der Vertriebenen in der SBZ/DDR zu mehr als nur einer Vertriebenengeschichte, sie kann zu einer Parabel der Gründerzeit des östlichen deutschen Teilstaats werden.

Um die in einen rapiden Systemwandel eingebettete Vertriebenengeschichte in der SBZ/DDR zu verstehen – von Integration zu sprechen, erscheint für die gewählte Periode als verfrüht – ist jedoch ein weiterer Vergleich ebenso vielversprechend wie der mit Westdeutschland unternommene: der Vergleich mit Polen. Es ist generell als eines der Defizite der deutschen Vertriebenenforschung anzusehen, daß Zwangsmigrationen in der zeitgeschichtlichen Literatur bisher nicht als europäisches Phänomen wahrgenommen oder gar begriffen wurden[7]. Diese Ausblendung erscheint allein deshalb als nicht haltbar, weil nach dem Zweiten Weltkrieg neben den Deutschen auch Polen, Ukrainer, Ungarn und zahlreiche kleinere Volksgruppen von einer Zwangsmigration betroffen und mehrere Staaten im sowjetischen Einflußbereich mit einem Vertriebenenproblem massiven Ausmaßes konfrontiert waren.

Generell ist der Vergleich der SBZ/DDR mit anderen sozialistischen Ländern bis heute weitgehend ein Desiderat der zeithistorischen Forschung geblieben[8]. Wenn bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte verglichen wurde, dann meist mit der nationalsozialistischen Diktatur. Der Bezug auf die NS-Zeit hat angesichts deren Nachwirkungen auf die Gesellschaft in der SBZ/DDR eine starke Berechtigung. Jedoch erscheint gemäß der Prämisse, daß zwischen Vergleichsgegenständen ein Grundstock an Ähnlichkeiten vorhanden sein sollte[9], der Vergleich der SBZ/DDR z. B. mit Polen häufig als sinnvoller. Der „Ost-Ost-Vergleich" legt auch in der vorliegenden Studie grundsätzliche Probleme des SED-Regimes und seiner Politik offen: die engen Grenzen staatlichen Handelns angesichts vorgegebener Strukturen wie z. B. in der Landwirtschaft, den Widerspruch zwischen politischem Anspruch und der Umsetzung von Politik, die unbeabsichtigten Nebenwirkungen oder Wirkungslosigkeit von staatlichen Eingriffen, das Fehlen von Nationalismus als funktionales Element der Politik, der sich daraus ergebende Egalitarismus in der SBZ, schließlich das Scheitern des Projekts einer gerechten, klassenlosen Gesellschaft und – für die frühe DDR – der Fortbestand einer differenzierten Gesellschaft. Auch für Polen ergibt der Vergleich mit der SBZ/DDR wichtige Schlußfolgerungen.

[6] Vgl. Kocka, Ein deutscher Sonderweg, S. 34.

[7] Eine Ausnahme hierzu stellt Marrus, The Unwanted, dar. Allerdings konzentriert sich Marrus vor allem auf Displaced Persons, also auf während dem Krieg Verschleppte, während nach dem Krieg dauerhaft vertriebene Gruppen unterbelichtet bleiben; vgl. auch Ther, The integration, S. 781–783.

[8] Dabei erscheint jedoch Kaelbles Postulat, in Ländervergleichen innerhalb des ehemaligen Ostblocks vor allem die Spezifika von Unterdrückung und Widerstand zu vergleichen, als eine Focussierung, die von einer eng verstandenen Totalitarismustheorie beeinflußt zu sein scheint. Vgl. Kaelble, Die Gesellschaft, S. 160.

[9] Vgl. die Einleitung von Haupt und Kocka zu ihrem Sammelband Historischer Vergleich, S. 24f.

Die durch die Vertreibung der Deutschen und die Vertreibung der eigenen Landsleute aus den Ostgebieten ausgelöste nationale Homogenisierung führte zumindest bis 1950 nicht zu der erwünschten Stabilisierung des Staates. Die Verbindung von Nationalismus und Kommunismus, also der Nationalkommunismus, war letztlich – nicht nur im Bereich der Vertriebenenintegration – nicht erfolgreicher als die ostdeutsche Variante des Sozialismus. Doch mit diesen allgemeinen Thesen soll der Blick wieder auf den unmittelbaren Untersuchungsgegenstand gelenkt werden.

Prozentual zur Gesamtbevölkerung wies Polen nach Deutschland in Europa die meisten Menschen auf, die einer Zwangsmigration unterlagen und in den neu gebildeten Staat integriert werden mußten. Warum auch im Falle Polens von einer Vertreibung gesprochen werden muß, wird in der vorliegenden Studie nach dieser methodologischen Einführung erklärt. Nachfolgend werden kurz die Vertreibung selbst und die Folgen der Vertreibung für die Betroffenen sowie für die SBZ/DDR und Polen dargestellt. Der analytische Schwerpunkt der Studie liegt auf den staatlichen Lösungsversuchen der Vertriebenenproblematik. Zwischen der Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen sowie den Hindernissen, auf die diese Politik stieß, gab es zahlreiche Ähnlichkeiten. Gleichzeitig existierten zwischen der Vertriebenenpolitik beider Länder auch Unterschiede, die sich mit der nationalen Prägung des Sozialismus, den spezifischen Interessen und der unterschiedlichen strategischen Lage beider Länder unmittelbar nach dem Krieg erklären lassen. Dabei ist zu beachten, daß die Vertriebenenpolitik in der Umbruchzeit von 1945 bis 1950 in beiden Ländern im Rahmen einer durch die Kriegsfolgen geprägten „Gründungskrise“[10] und eines dynamischen Systemwandels stalinistischer Prägung stand und daher nicht isoliert betrachtet werden kann[11].

In der westlichen Forschungsliteratur ist der Begriff Vertreibung weitgehend auf die Zwangsmigrationen von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg beschränkt geblieben. Betreffend Polen wurde dagegen mit wenigen Ausnahmen von Repatriierung oder Umsiedlung gesprochen[12]. Diese begriffliche Unterscheidung zwischen Deutschland und Polen ist nicht haltbar. Eines der Resultate des Zweiten Weltkrieges war die Änderung von Grenzen. Betroffen davon waren insbesondere Deutschland und Polen. Die polnischen und deutschen Ostgebiete wurden im Zuge international gelenkter Prozesse auf Beschluß Dritter, der alliierten Siegermächte, von Deutschland bzw. von Polen abgetrennt. Die dort ansässige Staatsbevölkerung mußte zu einem großen Teil ihre Heimat verlassen, da die ethnischen Grenzen entsprechend der territorialen Neuordnung gewaltsam verändert wurden.

In der Art und Weise, wie die ethnische Neuordnung legitimiert und ausgeführt wurde, gab es zwischen Deutschland und Polen Unterschiede im Detail. Das PKWN in Lu-

[10] Zu diesem Begriff siehe Erker, Vom Heimatvertriebenen, S. 12.

[11] Die vorliegende Studie basiert auf Quellen, die im Rahmen einer Dissertation in Zentral-, Landes- und Provinzialarchiven in der ehemaligen DDR und Polen eingesehen wurden.

[12] Für die jüngere englischsprachige Literatur siehe Davies, God's playground, S. 509; Leslie, The History, S. 288; für die deutsche Literatur siehe Carl, Kleine Geschichte, S. 153. Carl schreibt von einem „Bevölkerungstausch mit der Sowjetunion“, ohne in irgendeiner Form zu erwähnen, daß eine bedeutende Anzahl von Polen ihre Heimat verlassen mußte; Enno Meyer erwähnt 1,5 Millionen „Repatrianten“, ohne diesen Begriff zu erläutern. Die 266000 Heimkehrer aus der Sowjetunion wurden von Meyer getrennt gezählt, obwohl sie in den polnischen Statistiken ebenfalls unter den 1,5 Millionen „Repatrianten“ geführt wurden. Offenbar ist Meyer hier ein Zählfehler unterlaufen. Siehe Meyer, Grundzüge, S. 111. Einzig Hoensch bezeichnet die sogenannten „Repatrianten“ als „vertriebene Ostpolen“. Siehe Hoensch, Geschichte Polens.

blin (Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego/Polnisches Komitee der nationalen Befreiung), also die Vorgängerin der moskautreuen Regierung, stimmte den neuen Ostgrenzen in Verträgen mit den weißrussischen, ukrainischen und litauischen SSR zu[13]. Jedoch können weder das PKWN, noch die am 1. Januar 1945 neugebildete polnische Regierung als gleichberechtigter Vertragspartner Stalins angesehen werden[14]. Polen blieb als einem zwar nicht nominellen, aber faktischem Verlierer des Krieges keine Wahl, als sich Stalin und der ethnisch-territorialen Neuordnung Europas unterzuordnen. Dagegen wurde das Deutsche Reich zerschlagen und konnte daher im Unterschied zu Polen zu keinen Verträgen über Grenzen oder Umsiedlungen gezwungen werden[15]. Das deutsche Volk verlor seine Ostgebiete nach dem Potsdamer Abkommen *de facto* mit der Vertreibung eines Großteils der dort ansässigen Staatsbevölkerung[16].

Der Verlust der Heimat spielte sich in den polnischen und deutschen Ostgebieten unter mittelbarem oder unmittelbarem Zwang auf die Betroffenen ab. Mittelbarer oder auch situationsbedingter Zwang lag dann vor, wenn die Menschen keine andere Möglichkeit sahen, als ihre Heimat zu verlassen, also z. B. vor der Roten Armee oder vor dem polnisch-ukrainischen Bürgerkrieg flohen[17]. Unmittelbarer Zwang lag dann vor, wenn die Menschen keine Wahl hatten, als ihre Heimat zu verlassen, also durch eine fremde Staatsmacht als zu Vertreibende identifiziert und unter Androhung oder Anwendung von Gewalt aus ihren Häusern und Wohnungen ausgetrieben wurden (z. B. bei den sogenannten „wilden" Vertreibungen). Bei der Vertreibung der Deutschen war letztere Variante häufiger als im Falle der Polen. Analog zu den deutschen Vertriebenen fühlten und fühlen sich jedoch viele Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten als vertrieben, einseitig geschädigt und benachteiligt[18]. Der Vertriebenenbegriff, der einen endgültigen

[13] Die Repatriierungsverträge liegen in gedruckter Fassung nicht vor. Sie sind einsehbar im Bestand Hauptbevollmächtigter der polnischen Regierung für Repatriierungsangelegenheiten (GP Rz d/s Repatr.), sygn. 1, Bll. 19–21 und AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bl. 28–37.

[14] Andrzej Albert bezeichnet die Verträge Polens mit den drei SSR als widerrechtlich. Albert, Najnowsza historia, S. 449. Zu den zahlreichen Beschwerden polnischer Stellen, weil sie im Zuge der Repatriierung entgegen geschlossenen Verträgen übergangen wurden und zur Problematik der Ungleichgewichtigkeit sowjetisch-polnischer Beziehungen siehe Eberhard, Polska granica, S. 154–165.

[15] Vgl. Hajnicz, Dialog – Założenia; Ders.: Interview in der Gazeta Wyborcza, Nr. 98, 26. 4. 1995, S. 4. Hajnicz weist darauf hin, daß Polen Objekt und nicht Subjekt der Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen nach dem Zweiten Weltkrieg war.

[16] Der Begriff Vertreibung ist dem künstlich geschaffenen und klingenden Begriff „Zwangsaussiedlung" vorzuziehen, da er zumindest in Deutschland im Vertriebenengesetz definiert ist und ethymologische Wurzeln besitzt, die selbst Sinn und Aussagekraft haben. Der Begriff Vertriebener war und ist auch durchaus als Aufforderung an die Aufnahmegesellschaft zur Integration der Ankömmlinge zu verstehen, da Vertreibung einen endgültigen Ortswechsel beschreibt.

[17] Wettes Terminus „strukturelle Gewalt" kommt dem hier gebrauchten Begriff sehr nahe. Vgl. Wette, Gesellschaft im, S. 267.

[18] In Polen gibt es keine zu Schieders Dokumentation der Vertreibung oder der im Bundesarchiv in Koblenz zugänglichen „Ost-Dokumentation" vergleichbaren Quellensammlungen. Allerdings können wesentliche Hinweise zu den Empfindungen der aus den Ostgebieten vertriebenen Polen aus den Einsendungen zu verschiedenen Memoirenwettbewerben gewonnen werden. Von besonderem Interesse sind im Instytut Zachodni, Poznan (Westinstitut, Posen) die Bestände des Wettbewerbs „Pamiętnik Osadników" (Erinnerungen der Siedler) von 1957 und des Wettbewerbs „Pamiętnik mieszkańców ziem zachodnich" (Erinnerungen von Einwohnern der Westgebiete) von 1970; Desweiteren sei hier verwiesen auf den Wettbewerb „Pamiętniki trzech pokoleń mieszkańców Ziem Odzyskanych" (Erinnerungen von drei Generationen der Einwohner der wieder-

Verlust der Heimat impliziert, ist auch auf Flüchtlinge anzuwenden, die vor Kampfhandlungen geflohen waren. Aus diesen Flüchtlingen wurden Vertriebene, weil sie nach dem Ende des Krieges nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten[19].

Ähnlich wie in der DDR konnte die Geschichte der Vertreibung im kommunistischen Polen jedoch nicht als solche benannt oder öffentlich diskutiert werden. In Polen kreierte das Regime für die Menschen, die aus den polnischen Ostgebieten vertrieben wurden, sowie den ehemaligen Ostpolen, die aus der Deportation in Sibirien und Zentralasien nach Polen rückgeführt wurden, den Begriff „Repatrianten"[20]. In der SBZ und in der DDR hießen die Menschen, die in Folge des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat in den Ostgebieten des Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten in Osteuropa verlassen mußten, „Umsiedler"[21]. Die Unterdrückung der historischen Wahrheit hatte nicht nur theoretische Bedeutung, sondern auch praktische Konsequenzen für die Vertriebenen. In der DDR und in Polen wurde nicht anerkannt, daß die „Umsiedler" bzw. „Repatrianten" eine besonders schwere Geschichte durchlitten oder eine „Last" mit weitreichenden Folgen für ihre Zukunft getragen hatten. Folgerichtig gab es auch keinen Lastenausgleich. Im Gegenteil: In der DDR wurden „Umsiedler" als „fünfte Kolonne" bezeichnet und damit kollektiv als Imperialisten und Nationalisten diffamiert. Die polnische Regierung stellte die „Repatrianten" als Träger von Nationalismus und Imperialismus sowie als Unterdrücker und Oberklasse der gemischtnationalen Ostgebiete hin.

In beiden zu vergleichenden Ländern stellten die Zwangsmigranten aus dem Osten einen erheblichen Anteil an der Gesamtbevölkerung und prägten die Nachkriegsgeschichte wesentlich mit[22]. Bis 1948 gelangten 4,2 Millionen Vertriebene in die SBZ und machten

gewonnenen Gebiete) von 1986 im Instytut Śląski (Schlesisches Institut) in Opole/Oppeln und die zahlreichen gedruckten Memoiren und Tagebücher des Studienzentrums „Karta" in Warschau. Bei der Auswertung der Memoiren ist zu beachten, daß unveröffentlichte Erinnerungen besonders faktenreich sind. Bei gedruckt vorliegenden Memoiren empfiehlt es sich, die Originalversion der gedruckten Ausgabe vorzuziehen. Ein Vergleich der beiden Versionen erlaubt einen Einblick in die Funktionsweisen und Ziele von Zensur im Zusammenhang mit der Vertriebenenproblematik in Polen.

[19] Der Begriff Vertriebene umfaßt hier daher in Anlehnung an die Definition im Bundesvertriebenengesetz alle deutschen bzw. polnischen Staatsbürger und Volkszugehörige in Osteuropa, die in der Konsequenz des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat verlassen mußten.

[20] Ein wichtiger Bestandteil dieses Propagandabegriffs ist eine Fiktion von Freiwilligkeit. Der offiziellen Lesart zufolge kehrten die Ostpolen freiwillig in ihr Mutterland heim. Tatsächlich unterschrieben die offiziell „Repatriierten" gemäß den Repatriierungsverträgen eine Erklärung, in der sie sich für die Repatriierung bzw. wie bis Anfang 1945 im offiziellen Sprachgebrauch üblich, für die „Evakuierung" entschieden. Wie bereits erwähnt, wurden diese Unterschriften in den meisten Fällen unter unmittelbarem oder mittelbarem Zwang geleistet (z. B. aus Angst vor der Deportation nach Sibirien, Verhaftungen durch den NKWD, Bürgerkrieg mit den Ukrainern oder aus ganz praktischen Gründen, weil an Polen keine Lebensmittelkarten mehr ausgegeben wurden). Żygulski hinterfragte jedoch schon 1962, ob die Geschichte der „Repatrianten" unter Aufrechterhaltung des Axioms, daß die Ostpolen freiwillig umgesiedelt hätten, untersucht werden könne. Żygulski, Repatrianci, S. 11. Der Ausdruck „Repatriierung" ist schon allein dadurch ad absurdum geführt, daß die meisten „Repatrianten" nicht in ihr Heimatland, die „Patria" zurückkehrten, sondern in Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg und dem südlichen Ostpreußen angesiedelt, also in die Fremde vertrieben wurden.

[21] In der SBZ gebot die Zentralverwaltung für Umsiedler (ZVU) bezeichnenderweise in ihrer ersten Rundverfügung, „daß fortan in unserem Sprachgebrauch nur die Rede von Umsiedlern ist. Die Bezeichnung Flüchtlinge oder Ausgewiesene ist nicht mehr zu gebrauchen." BAB, DO 1/10/1, Bl. 7.

[22] Vgl. für Deutschland Wette, Gesellschaft im, S. 277ff.

dort 24,2 % der gesamten Bevölkerung aus. In Polen war der Anteil der gut zwei Millionen Ostvertriebenen an der Gesamtbevölkerung mit unter 10 % deutlich niedriger. In den polnischen Westgebieten[23] (also den ehemaligen deutschen Ostgebieten), wo die meisten „Repatrianten" angesiedelt wurden, stellten die Vertriebenen mit 26,6 % einen der SBZ ähnlichen Bevölkerungsanteil[24]. Im polnischen Fall ist jedoch zu berücksichtigen, daß gut zwei Millionen Menschen zusätzlich aus dem Westen zurückströmten, die während des Krieges von den Deutschen verschleppt oder vertrieben worden waren. Wie Wette hervorhebt, waren auch diese Menschen von einer Entwurzelung betroffen und machten somit ähnliche Erfahrungen wie die Vertriebenen[25]. Außerdem zogen im Zuge der Westverschiebung Polens mehrere Millionen Menschen aus Zentralpolen in die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Krystyna Kersten charakterisiert die Situation daher zutreffend: „The Pole of 1945 (and of the next two years) was a wanderer."[26] Allerdings muß in Polen zwischen Migranten unterschieden werden, die als tatsächliche Umsiedler aus Zentralpolen in die Westgebiete zogen, und den aus den Ostgebieten kommenden Zwangsmigranten.

Der Verlauf der Vertreibungen kann in dieser Studie aufgrund der vorgegebenen Länge nur thesenartig dargestellt werden. Zur Vertreibung der Deutschen und ihrer chaotischen Ankunft in der SBZ existiert eine vergleichsweise breite Forschungsliteratur[27]. Kaum erforscht ist dagegen der Verlauf der Vertreibung im Falle der Polen, der hier daher etwas breiterer Raum eingeräumt werden soll[28]. Da eine nähere Befassung mit dieser Problematik ähnlich wie der Komplex um Katyn die „Freundschaft" mit der Sowjetunion gefähr-

[23] Westgebiete (ziemie zachodnie) ist der heute in Polen übliche Begriff für die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Bis in die fünfziger Jahre hinein wurden diese Gebiete überwiegend als „ziemie odzyskane" (wiedergewonnene Gebiete) bezeichnet. Mit diesem Begriff sollte die piastische Konzeption und damit die angeblichen historischen Ansprüche Polens auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete untermauert werden. Da die ehemals deutschen Ostgebiete 1945 auf Dauer in polnischen Besitz kamen, wird der Begriff Westgebiete entsprechend dem heutigem Sprachgebrauch übernommen.

[24] Die Zahl von 26,6 % wurde anhand der Bevölkerungsstatistik vom 31. 12. 1948 errechnet, siehe Osękowski, Społenczeństwo Polski, S. 53–54; Aus den polnischen Ostgebieten wurden laut Czernakiewicz 1944 117 211, 1945 742 631, 1946 640 014, 1947 10 801 und 1948 7325, also insgesamt von 1945 bis 1948 1 517 982 Polen repatriiert. Czerniakiewicz, Repatriacja S. 54. Zusätzlich flohen insgesamt eine mindestens eine halbe Million Repatrianten auf eigene Faust, strömten aus der Zwangsarbeit im Deutschen Reich zurück oder verschwiegen ihre Identität aus Furcht vor dem NKWD. Insgesamt ergibt sich somit eine Zahl von mindestens zwei Millionen Repatrianten, die man jedoch nie genau wird feststellen können. Banasiak geht in seiner Schätzung, der höchsten innerhalb der polnischen Wissenschaft verbreiteten, von insgesamt 2,4 Millionen Repatrianten aus, wovon sich 949 529 als ländliche und 912 309 als städtische Siedler in den polnischen Westgebieten niedergelassen hätten. In den verbliebenen Vorkriegsgebieten Polens vermutet Banasiak eine Zahl von 550 000 Repatrianten. Banasiak, Settlement, S. 148–149.

[25] Wette, Gesellschaft im, S. 258.

[26] Kersten, The Establishment, S. 164; Nach Długoborski mußten 16–18 % der polnischen Bevölkerung während des Krieges ihre Heimat verlassen. Siehe Długoborski, Zweiter Weltkrieg, S. 312ff.

[27] Zu dieser Problematik siehe Die Sudetendeutschen, hrsg. von Manfred Jahn; Meinicke/v. Plato, Alte Heimat – Neue Zeit; Wille, u. a., Sie hatten; Eine wichtige Ergänzung zum Wissensstand über die Vertreibung stellen neuere polnische und tschechische Studien zur Vertreibung dar, siehe u. a. Stankowski, Zur Aussiedlung; Śniadecki, Die Aussiedlung; Madajczyk, Przyłączenie, S. 49–84 und S. 219–235; für die Tschechoslowakei bzw. Tschechische Republik siehe Staněks umfangreiche Monographie Odsun Němců.

[28] Borkowicz, Wypędzeni Polacy, S. 37–55. Beachtenswert ist hier insbesondere, daß Borkowicz als

det hätte, wurde von der „Repatriierung" vor 1989 allenfalls ein beschönigendes Geschichtsbild zugelassen.

Ähnlich wie die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über einen humanen und organisierten Transfer können die Repatriierungsverträge nicht als Anhaltspunkt für den tatsächlichen Verlauf der „Repatriierung" dienen. Man kann die Vorschriften zum Ablauf der Bevölkerungsverschiebungen aber auch als den Anfang einer Vertriebenenpolitik sehen, weil sie, wären sie eingehalten worden, die größte Not der polnischen und deutschen Vertriebenen verhindert hätten. Für die Polen waren diese Bestimmungen weitaus günstiger als im Falle der Deutschen. Ursprünglich war es vorgesehen, ganze Dörfer aus Ostpolen in die von Deutschen geräumten Ostgebiete des Reiches zu verpflanzen. In diesem Sinne durften polnische Vertriebene, wenn sie vom Land stammten, Vieh und pro Familie zwei Tonnen Gepäck mitnehmen, die Städter eine Tonne[29]. Doch in der Realität wurden zahlreiche Polen schon vor der Verladung in die Eisenbahnwaggons häufig überfallen und ausgeplündert. Mehrere hunderttausend Menschen hatten ihr Eigentum bereits zuvor im Zuge des polnisch-ukrainischen Bürgerkriegs verloren[30]. In vielen Fällen behinderten lokale sowjetische Behörden eine Verladung des Eigentums[31]. Der Eisenbahntransport dauerte in der Regel mehrere Wochen und erfolgte meist in offenen Waggons ohne sanitäre Anlagen. Die Zustände auf diesen Waggons waren selbst nach den Maßstäben des Jahres 1945 nicht menschenwürdig. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Heizmaterial und ärztlicher Hilfe war in der Regel mangelhaft oder fiel ganz aus. Auf den Transporten wurden Teile des geretteten Eigentums, insbesondere mitgeführtes Vieh, vernichtet. Als Resümee der polnischen und deutschen Vertreibung bleibt festzuhalten, daß weder ein geordneter „Transfer", noch eine Verpflanzung, wie sie für Polen vorgesehen war, sich als durchführbar erwiesen[32]. Angesichts der starken Kriegszerstörungen in beiden Ländern, des allgemeinen Chaos und dem erst beginnenden Verwaltungsaufbau vermag dies nicht zu verwundern.

Schuld an den tragischen Umständen der Vertreibung waren auch politische Prioritäten, die bei der Neuordnung Europas schwerer wogen als das Los der Vertriebenen. Un-

einer der ersten Historiker Polens die Repatriierung mit dem ehemals verpönten Begriff Vertreibung (wypędzenie) bezeichnet.

[29] Żygulski, Repatrianci, S. 20.

[30] Zum Bürgerkrieg siehe Eberhardt, Przemiany narodowościowe S. 157ff.; Torzecki, Polacy i Ukraińcy; Łukaszów, Walki polsko-ukraińskie.

[31] Für die heutige Westukraine siehe: Archiwum Akt Nowych (AAN), Generalny Pełnomocnik Rzadu RP do Spraw Repatriacji w Warszawie (GP Rz d/s Repatr.), sygn. 12, Bll. 3, 4 und 13. Im Falle der Ukraine ist zu beachten, daß viele Polen schon im Verlauf des polnisch-ukrainischen Bürgerkriegs 1943 und 1944 aus ihren Dörfern geflohen waren und ihr Hab und Gut verloren hatten. Für Weißrußland siehe AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 1, Bl. 5, für Litauen siehe AAN, GP Rz d/s Repatr., sygn. 2, Bl. 96 und die entsprechenden Berichte an die Partei in AAN, 295/VII/76, Bl. 1 (unter der Signatur 295 werden im AAN ehemalige Archivbestände des ZK der PZPR geführt). Die hier zitierten Quellen aus den Bestand „GP Rz d/s Repatr.", also dem Generalbevollmächtigten der Regierung für Repatriierungsangelegenheiten, demonstrieren per se einen der wesentlichen Unterschiede zwischen der Vertreibung der Deutschen und der Polen. In den polnischen Ostgebieten gab es immerhin eine polnische Behörde, die zugunsten ihrer Landsleute intervenieren konnte. Die Deutschen, die ausschließlich Objekt internationaler Politik waren, besaßen eine solche Vertretung nicht und waren daher in stärkerem Maße Willkür und systematischer Mißhandlung ausgesetzt.

[32] Die Überlieferungen von Ostpolen über ihre Vertreibung sind im Inhalt und sogar in ihrer literarischen Struktur häufig denen deutscher Vertriebener ähnlich. Siehe auch Anmerkung 17.

ter diesen Prioritäten ist vor allem die „Politik der vollendeten Fakten" zu nennen. Sowohl in den polnischen, als auch in den deutschen Ostgebieten wurde die Bevölkerung möglichst schnell vertrieben, um sowjetische bzw. polnische Ansprüche auf diese Gebiete zu untermauern. Eine Abmachung des PKWN mit der Ukrainischen SSR sah vor, die „Repatriierung" zum 1. Februar 1945 abzuschließen. Die Vertreibungen in Litauen sollten ursprünglich in nur vier Monaten, vom 1. Dezember 1944 bis zum 1. April 1945 durchgeführt werden[33]. Der polnische Ministerrat beschloß im Mai 1945, daß die Wiederbesiedlung der polnischen Westgebiete schnell geschehen müsse, „ohne die Aufmerksamkeit auf die unter diesen Bedingungen unvermeidbaren Mißstände und Fehler zu lenken." Diese Politik, so hieß es, sei „diktiert durch die Staatsraison"[34]. Ziel sei es, „daß in kürzester Zeit in den Allensteinischen, Stettiner, Oppelner und Breslauer Gebieten sich eine größtmögliche Zahl von Bevölkerung ansiedelt"[35]. Damit sollte die polnische Position in den ehemaligen deutschen Ostgebieten bei einer erwarteten Friedenskonferenz – wie sich zeigte in Potsdam – gestärkt werden. Die Politik der vollendeten Fakten betraf also nicht nur deutsche Vertriebene, die je nach Bedarf über Nacht aus ihren Häusern gejagt wurden, sondern auch die polnischen Vertriebenen, die eben nicht verpflanzt, sondern weitgehend beliebig in die deutschen Ostgebiete verfrachtet wurden.

Die Aufnahme der Vertriebenen überforderte die polnischen Behörden noch mehr als der bloße Transport[36]. An den Eisenbahnknotenpunkten kam es zu regelrechten Flüchtlingsstaus. Ende Juni 1945 lagerten in Oppeln, Groß Strelitz, Neisse und anderen Bahnhöfen im Oppelner Schlesien über 43 000 Menschen[37]. Der Bericht einer Delegation der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) vom 22. Juni 1945 gibt die Lage der „Repatrianten" in Oppeln wieder: „Die Bedingungen, unter denen sich die Leute aufhalten, sind wirklich fatal. 1) Mangel irgendwelcher sanitären Einrichtungen. 2) Niemand kümmert sich um Sauberkeit. 3) Mangel an sauberem Trinkwasser. Unter den Repatrianten gibt es schon Typhuskranke, für die es an ärztlicher und medikamentöser Fürsorge fehlt."[38] Ursache des Flüchtlingsstaus in Oppeln war, daß dort die Bahn russischer Spurbreite endete, die für militärische Zwecke und zum Abtransport der Ostpolen von Ostgalizien nach Schlesien verlegt worden war. Vertriebene wurden aus den russischen Zügen geworfen, ohne daß ihr Weitertransport zum Beispiel nach Niederschlesien gesichert war. Auch in Pommern und Masuren war die Lage ähnlich prekär. Die tragischen Umstände der Flüchtlingsaufnahme in der SBZ sind von Jahn, Wille, Meinicke u. a. hinreichend beschrieben worden und sollen hier daher nicht weiter dargestellt werden.

Wegen der Politik der vollendeten Fakten büßten die polnischen Vertriebenen auch den scheinbaren Vorteil, daß für sie von der eingesessenen Bevölkerung weitgehend geräumte Wohnungen, Häuser und Arbeitsplätze vorhanden waren, weitgehend ein. Cha-

[33] Banasiak, Panstwowy Urząd, S. 338ff.

[34] Erläutert wurde dies im Anhang des Ministerratsbeschlusses, siehe AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 11–24.

[35] AAN, MZO, sygn. 1658, Bll. 1–7.

[36] Vgl. Gołębiowski, Pierwsze lata, S. 176; Heffner, Śląsk Opolski, S. 61; Liszka, Wkład kościola, S. 46/47; Żygulski, Repatrianci, S. 78.

[37] Serafin, Osadnictwo wiejskie, S. 94; Banasiak, Osadnictwo rolne, S. 153; Liczka, Wkład kościola, S. 46/47.

[38] AKW, PZPR (ehemaliges Archiv des Komitet Wojewódzki, also des Provinzialkomitees der PZPR in Katowice) 1/VI/15, zitiert nach Kowalski, Kształtowanie się, Quelle Nr. 133.

rakteristisch für die Ankunft der Vertriebenen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern und Masuren war es, daß sie zu spät, nämlich nach der Plünderung und der ersten Besiedlungswelle ihrer Aufnahmegebiete ankamen. Bereits auf dem Fuße der Roten Armee wanderten Polen aus den angrenzenden Wojewodschaften Zentralpolens in die Westgebiete. Die Plünderer und Umsiedler sicherten sich die besten, ehemals deutschen Wohnungen und Hofstellen[39]. Insofern kamen die Vertriebenen „zu spät". Auch in der SBZ entschied eine frühe Ankunft häufig darüber, in welchen Wohnquartieren die Vertriebenen unterkamen, und inwieweit sie im Rahmen der Bodenreform gutes Land erhielten.

Die Umstände der Vertreibung hatten großen Einfluß auf die weitere Geschichte der polnischen Vertriebenen. Ähnlich wie die deutschen Vertriebenen büßten die Polen aus den ehemaligen Ostgebieten einen Großteil ihres Eigentums ein. Dies beeinflußte ihr Verhältnis zum Staat und zur Bevölkerung in den Aufnahmeregionen. Ein Beispiel dafür ist die „Anspruchshaltung", die von der zeitbegleitenden Forschung sowohl bei deutschen als auch bei polnischen Vertriebenen festgestellt wurde[40]. Die Vertriebenen waren nicht nur arm, sie waren darüber hinaus an ihrer Sprache und an kulturellen Gewohnheiten zu erkennen. Diese doppelte Identifizierung von arm und fremd durch andere Gruppen in der Gesellschaft trug dazu bei, die Integration der Vertriebenen in Polen und der DDR wesentlich zu verzögern. Die Umstände der Vertreibung verursachten außerdem bei vielen Betroffenen Vertreibungstraumata, die sich in Erscheinungen wie einem Gefühl der Entwurzelung, Apathie, Alkoholmißbrauch und verspäteter Arbeitsaufnahme äußerten[41]. Viele deutsche und polnische Vertriebene, vor allem der älteren Generation, wollten nicht glauben, daß die Vertreibung endgültig sei, und versuchten sich daher in den Aufnahmegebieten nur ein Existenzminimum zu sichern[42]. Die psychosozialen Folgen der Vertreibung bewirkten, daß sich die ohnehin vorhandenen negativen Stereotype anderer Bevölkerungsgruppen, also der Einheimischen bzw. in Polen auch der Umsiedler aus Zentralpolen gegen die Neuankömmlinge verstärkten.

Der massenhafte Zustrom von Vertriebenen ließ der Politik und den Behörden in Polen und der SBZ keine andere Wahl, als aktiv zu werden. Sie waren aufgrund der dramatischen Lage gezwungen, kurzfristige Sofortmaßnahmen für die Lösung der Vertriebenenproblematik zu ergreifen[43]. Allgemeines Ziel war in beiden Ländern die dauerhafte Integration bzw. Assimilation der Vertriebenen in den Aufnahmegebieten. Allerdings bestanden im Frühjahr 1945 noch keine schlüssigen oder später umgesetzten Konzepte be-

[39] Gołębiowski, Pierwsze lata, S. 175; Liszka, Wkład kościoła, S. 46; Żygulski, Repatrianci, S. 112; für die Untersuchungsgebiete siehe Archiwum Państwowe (AP) w Opolu, Państwowy Urząd Repatriacyjny (PUR), pow. (Kreis) Kluczbork, Nr. 6, Bl. 46.

[40] Nowakowski, Adaptacja, S. 30 und 39; Simonides, Problem unifikacji, S. 21.

[41] Żygulski, Repatrianci, S. 19; Nowakowski, Adaptacja, S. 39.; Pierwsze lata, S. 835 f.; siehe auch Bericht einer Untersuchungskommission des MZO in Oppeln vom 17. 1. 1946. AAN, Ministerstwo Ziem Odzyskanych (MZO), sygn. 1256, Bll. 14 ff.; Für die SBZ/DDR: Meinicke, Die Bodenreform, S. 55–86, hier: S. 61; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 57 und BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 25.

[42] Für die SBZ vgl. Hübner, Arbeiter und, S. 38; Meinicke/v. Plato, Alte Heimat, S. 28 f.; für Polen siehe Anm. 40.

[43] Auf die Rolle der Sowjetischen Kommandaturen bzw. Militäradministrationen in Polen, den polnischen Westgebieten und der SBZ kann in diesem Aufsatz nicht näher eingegangen werden. Für die SBZ liegt zu diesem Themenkomplex seit kurzem Naimarks Monographie The Russians in Germany vor, zu Polen vgl. Osękowski, Społeczeństwo Polski, S. 37–42.

züglich der Verteilung der Vertriebenen[44] oder gar der einzelnen Maßnahmen auf dem Weg zu ihrer Integration. Die Vertriebenenpolitik stand in beiden Ländern in einem engen Wechselverhältnis zur allgemeinen staatlichen Politik, die ebenfalls starken Schwankungen unterworfen war. Die Wirren der Gründerzeit und der Systemwandel hin zum Sozialismus beeinflußten ebenfalls die Vertriebenenpolitik, die analog zur allgemeinen staatlichen Politik einem raschen Wandel unterlag.

In der SBZ/DDR kann die Vertriebenenpolitik im wesentlichen in zwei Phasen untergliedert werden, die sich jedoch überlagerten[45]. Von 1945 bis 1948 war die Vertriebenenpolitik von einem starken egalitären Impetus geprägt. Die ZVU (Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler) verkündete als politische Leitlinie: „Wir müssen eine riesengroße Solidaritätsaktion durchführen, und so arm wir auch sind, müssen wir den Umsiedlern, die noch weniger haben als wir, helfen."[46] Die Brandenburger Umsiedlerbehörde fand es „beglückend, wenn wir vor diese Menschen hintreten können, um ihnen zu sagen, daß wir sie brauchen"[47]. Die beiden Zitate zeigen, daß eine geradezu naive Hoffnung bestand, daß die Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung gleichgestellt werden könnten, und daß mit dieser Gleichstellung alle Probleme gelöst seien. Die Staats- und Parteiführung der SBZ/DDR versuchte im Vergleich zur polnischen Regierung wesentlich konsequenter, ihre Politik und damit das egalitäre Leitmotiv umzusetzen. Da die ostdeutschen Kommunisten keine Legitimität aus Nationalismus schöpfen konnten, war die versprochene soziale Gerechtigkeit eine der wenigen Trumpfkarten des sich etablierenden Regimes, um bei der Bevölkerung und auch bei den Vertriebenen um Zustimmung zu werben. Die Integration der Vertriebenen sollte im wesentlichen mit drei unterscheidbaren Ansätzen der Vertriebenenpolitik erreicht werden: einem sozialkaritativen, einem redistributiven und einem sozialrevolutionären Ansatz. Im folgenden soll die Vertriebenenpolitik nicht chronologisch, sondern gemäß dieser strukturellen Unterteilung dargestellt werden[48].

Die bedeutendste Einzelmaßnahme, die in der SBZ im Bereich des sozialkaritativen Ansatzes eingeordnet werden kann, war die 1946 nach dem SMAD-Befehl 304 beschlossene Soforthilfe für bedürftige Vertriebene, die für Unterstützungsbedürftige einmalig 300 Mark pro Haushalt und 100 Mark pro Kind betrug[49]. Teil des sozialkaritativen Ansatzes waren auch die zahlreichen Spendenaktionen und Sammlungen für Vertriebene,

[44] Für die SBZ siehe Hoffmann u. a., Flüchtlinge und Vertriebene, S. 13; Christopeit, Die Herkunft, S. 90–95; Für die politischen Konzeptionen in Polen siehe Projekty osadnictwa, S. 130–176; zur ausführlichen und aufschlußreichen Kritik an dieser Politik noch im Jahr 1945 siehe AAN, MZO, sygn. 82, Bll. 43–59.

[45] Für Polen kann keine vergleichbare Zäsur in der Vertriebenenpolitik festgestellt werden. Zur Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR siehe auch Ther, Die Vertriebenenpolitik, S. 160.

[46] BAB, DO 1/10/1, Bl. 13; siehe auch BAB, DO 1/10/50, Bl. 50ff.

[47] BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 4.

[48] Die Kritik von Michael Schwartz (Vgl. Schwartz, Vertreibung und Vergangenheitspolitik, S. 184), daß jede Art von Sozialpolitik umverteilend sowie eine Unterscheidung zwischen sozialcaritativer und redistributiver Vertriebenenpolitik ungenau sei, ist daher zurückzuweisen. Um die Rezeption von Vertriebenenpolitik in der gesamten Bevölkerung zu verstehen, ist gerade diese Differenzierung innerhalb von Sozialpolitik nötig. Die Spezifik redistributiver Politik lag darin, daß sie unmittelbar und leicht nachvollziehbar zu Lasten Dritter ging. Ein Beispiel dafür war die Umverteilung von Wohnraum von Einheimischen zugunsten von Vertriebenen.

[49] Zur Ausführung des Befehls 304 siehe BAB, DO 1/10/4, Bl. 30; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1184, Bl. 42–45 und Bl. 85; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1105, Bl. 6; BLHA, Ld. Br. Rep. 206, Nr. 3312, Bl. 2–16. Unter der Bevölkerung war nach Jahren von „freiwilligen" Kriegsopfern die

die von der Volkssolidarität durchgeführt wurden[50]. Sämtliche sozialkaritative bzw. auch konsumptive Maßnahmen wie der SMAD-Befehl 304 oder später im Rahmen des Umsiedlergesetzes von 1950 waren zwar wohlmeinend und wurden von den Vertriebenen begrüßt, bewirkten jedoch auch viel Enttäuschung, weil der SBZ und der DDR die Mittel fehlten, um den materiellen Nachholbedarf der Vertriebenen auch nur ansatzweise zu decken[51]. Überdies war der angekündigte Umfang der Hilfe jeweils wesentlich höher als die tatsächlich geleistete Unterstützung.

Da es nur wenig Ressourcen neu zu verteilen gab, war die Umverteilung knapper Güter von wesentlicher Bedeutung. Eine der wichtigsten Maßnahmen im Bereich der redistributiven Vertriebenenpolitik war die versuchte Umverteilung von Wohnraum, dessen Verfügung als ein Indikator für die Gleichstellung der Vertriebenen verwendet werden kann. 1947 fehlten in der SBZ mehr als eine Million Wohnungen[52]. Pro Kopf lebten die Menschen auf einer Fläche von nur 8,1 Quadratmetern[53]. Viele lokale Berichte zeigen, daß dieser Durchschnitt von Vertriebenen erheblich unterboten wurde[54]. Die Behörden in der SBZ beschlagnahmten zunächst gestützt auf das „Gesetz des Allierten Kontrollrats Nr. 18" vom 18. März 1946 zahlreichen Wohnraum von ehemaligen Nationalsozialisten[55]. Nachdem der Leiter der ZVU, Rudolf Engel, im Dezember 1946 erklärt hatte, „das entscheidende Problem der Umsiedler im heutigen Stadium ist die Frage der Wohnraumbeschaffung. Erst wenn die Umsiedler in ihrer neuen Heimat eine eigene Wohnung haben, und wenn sie noch so bescheiden ist, können sie anfangen sich wohl zu fühlen"[56], begann 1947 eine erste Welle von allgemeinen Überprüfungen des Wohnraums auf Unter- und Fehlbelegungen hin, die entweder von den Landesumsiedlerbehörden oder den lokalen Umsiedlerausschüssen, die häufig mit den Wohnungsausschüssen zusammengefaßt waren, durchgeführt wurden[57]. Im Land Brandenburg wurden allein im Laufe des Jahres 1948 24 932 Wohnungen des gesamten Bestandes von 612 000 Wohnungen auf Unterbelegung überprüft[58]. Die Überprüfung dieser Wohnungen bedeutende für die Verwaltungen eine erhebliche Belastung und mußte gegen den Widerstand der Wohnungsinhaber durchgeführt werden. Einer Aktennotiz zufolge wurden jedoch 1948 lediglich

Spendenbereitschaft jedoch weitgehend erschöpft. Vgl. dazu BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 574, Bll. 84–86; BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 575, Bll. 57–120.

[50] Für Sachsen siehe Just, Die Lösung, S. 59–61, SächsHStA, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 28, Bl. 28 ff.; für Brandenburg siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1075, Bl. 69; für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/27, Bl. 214. Die Wirkung des Befehls 304 kann als ebenso begrenzt gelten wie die Ergebnisse der Sammlungen und Spendeaktionen. Diese Maßnahmen trugen jedoch dazu bei, das unmittelbare Überleben der Vertriebenen zu sichern.

[51] Auf das Umsiedlergesetz von 1950 und die vielen Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung kann in diesem Aufsatz leider nicht näher eingegangen werden, weil dies den vorgegebenen Umfang dieses Aufsatzes sprengen würde.

[52] BAB, DO 1/10/31, Bl. 178.

[53] Ebenda, Bl. 176 und 177. Zum Vergleich: Heute lebt die Bevölkerung der Bundesrepublik durchschnittlich auf einer etwa vier Mal so großen Wohnfläche.

[54] Vgl. Einzelberichte in: BAB, DO 1/10/23, Bl. 4 und BAB, DO 1/10/13, Bl. 90; für Sachsen siehe SächsHStA, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Nr. 27, Bl. 5.

[55] Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 5, Berlin 31. 3. 1946, S. 117–121.

[56] BAB, DO 1/10/4, Bl. 69.

[57] Für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/27, Bl. 114, 131 und 134; allein im zweiten Halbjahr 1948 wurden nach Angaben des Amtes für Neubürger in Thüringen 8864 Wohnungen durch „Zusammenrücken der Bevölkerung" frei. Siehe ebenda, Bl. 151.

[58] BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1104, Bl. 6.

1507 Wohnung nach einer Überprüfung sofort umbelegt[59]. Die schlechtere Ausstattung der Vertriebenen mit lebensnotwendigen Gütern wie Wohnraum ließ sich also selbst bei größtem Aktivismus kaum ändern.

Redistributive Maßnahmen wie Wohnungsüberprüfungen trugen außerdem dazu bei, das gemeinhin schlechte Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen weiter zu belasten. Ähnlich wie in Polen zerfiel die Gesellschaft in der SBZ in konkurrierende Gruppen. Besonders ausgeprägt war der Gegensatz zwischen Einheimischen und Vertriebenen in den geschlossenen dörflichen Gesellschaften. Dort hatten letztere es besonders schwer, als Neubauern oder in anderen Berufen eine Existenz zu gründen. Maßnahmen zur Umverteilung knapper Güter wie Wohnraum, Hausrat, Heizmaterial stießen auf teilweise erbitterten Widerstand. Die Grenzen der Umverteilungspolitik in der SBZ können anhand der Lastenausgleichsdebatte von 1947 aufgezeigt werden. Als Anträge auf ein dem Lastenausgleich ähnlichem Gesetz Sommer 1947 im sächsischen Landtag debattiert wurden, argumentierte die Landesregierung: „Die Landesregierung Sachsen steht auf dem Standpunkt, daß eine zwangsweise Erfassung [von Wohnraum, Möbeln, Hausrat etc.] nicht möglich ist. Wir können uns eine Verschärfung der Stimmung unter der Bevölkerung nicht leisten."[60] Diese Beispiele zeigen das Dilemma der Politik in der SBZ deutlich auf: In der Periode bis 1948, als die Anhebung des Lebensstandards der Vertriebenen noch ein zentrales Anliegen war, waren die Machthaber noch nicht unabhängig von Restbeständen eines partizipatorischen Systems und mußten auf die Mehrheit, d. h. die Einheimischen, Rücksicht nehmen.

In Polen waren die Ansätze einer sozialkaritativen und redistributiven Vertriebenenpolitik weniger akzentuiert und durchgeplant als in der SBZ/DDR. Die polnische Staats- und Parteiführung setzte in erster Linie auf eine Integrationsklammer, die in Deutschland durch den Nationalsozialismus und den verloreren Krieg diskreditiert war: den Nationalismus. Die polnischen Vertriebenen sollten als „Pioniere des Polentums" (Pionierze polskości) die „wiedergewonnenen Gebiete" für Polen sichern[61]. Gleichzeitig sollten die Vertriebenen wie alle anderen Neubürger in den polnischen Westgebieten im Rahmen einer kleinbäuerlich und kleingewerblich geprägten Sozialstruktur den Sozialismus aufbauen. Für Polen hatte die Sicherung und Integrierung der Westgebiete in den Staatsverband eindeutig Vorrang vor der Integrierung der „Repatrianten", die in den Regierungsberatungen und -beschlüssen zur Wiederbesiedlung der Westgebiete oft nicht einmal genannt wurden.

Es gab zwar Forderungen innerhalb der Verwaltung, die durch die Vertreibung verarmten „Repatrianten" durch Umverteilung der übrigen Bevölkerung gleichzustellen[62], denen aber nicht in vergleichbarem Maße wie in der SBZ/DDR entsprochen wurde. Begrenzt verfolgte auch Polen eine sozialkaritative Vertriebenenpolitik, zu der aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes und der Verarmung vieler Vertriebener von 1945 bis 1947 keine Alternative bestand, wollte man eine weitere Ausbreitung von Krankheiten und Todesfällen unter den Vertriebenen verhindern[63]. So hatten die „Repatrianten" beispielsweise ein Anrecht auf bevorzugte Zuteilung von Lebensmitteln auf Karte, Wä-

[59] BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1115, Bl. 292.
[60] BAB, DO 1/10/31, Bl. 202.
[61] AAN, MZO, sygn. 1256, Bl. 14ff.; siehe auch die in Oppeln erschienene Tageszeitung „Trybuna Robotnicza" Nr. 219, 2. 10. 1945, zit. nach Kowalski, Repolonizacja, S. 58–62.
[62] AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 1, 2 und 29.
[63] Zur katastrophalen Lage vieler Vertriebener siehe AAN, MZO, sygn. 1256, S. 14ff.; AAN, Ministerstwo Administracji Publicznej (MAP), sygn. 2467, Bl. 10, 68, 124 und 135; AP w Opolu,

sche und Kleidung. Über die Sicherung des Überlebens hinaus konnten die Vertriebenen keine sozialstaatlichen Wohltaten erwarten: In der Frage der Besteuerung von Landwirten, die aus den Ostgebieten stammten und vielfach von Null an beginnen mußten, in der Frage der kostenlosen Abgabe ehemals deutschen Mobiliars und Hausrats, auf die Vertriebene als Ersatz für den in den Vertreibungsgebieten zurückgelassenen Besitz Entschädigungsanspruch gehabt hätten, und in der Frage der Ablösezahlungen für die Übernahme der ehemals deutschen Bauernhöfe entschied die Regierung in Warschau, daß die Staatsfinanzen Vorrang vor Rechten und Ansprüchen der Vertriebenen haben sollten[64].

Der weitgehende Verzicht auf eine redistributive Vertriebenenpolitik war insofern logisch, als in den Westgebieten ehemals deutscher Besitz und Eigentum 1945 und 1946 gerade neu verteilt worden waren. Die im Frühjahr 1945 geschaffenen Besitzverhältnisse in den Westgebieten, bei denen die Vertriebenen relativ zu anderen Bevölkerungsgruppen schlecht abschnitten, blieben unangetastet. Erst im Zuge der Verstaatlichung und Kollektivierung änderten sich die Besitzverhältnisse, allerdings nicht zugunsten der Vertriebenen, sondern des Staates.

Die Pläne des Wissenschaftsrates für Probleme der Wiedergewonnenen Gebiete (Rada Naukowa dla Zagadnień Ziem Odzyskanych) und des Büros der Westgebiete (Biuro Ziem Zachodnich)[65], die Maßnahmen für die berufliche Eingliederung der Vertriebenen vorsahen, scheiterten an den Realitäten in den Westgebieten. Die Vertriebenen konnten sich um Land und Bauernhöfe bemühen, was aufgrund ihrer überwiegend bäuerlichen Herkunft große Bedeutung besaß, aber sie konnten dies eben nur in einem freien Wettbewerb als eine Bevölkerungsgruppe unter mehreren. Wegen der psychosozialen Folgen der Vertreibung und ihrer späten Ankunft schnitten sie in diesem Wettbewerb relativ schlecht ab. Teilweise wollten sich Vertriebene überhaupt nicht dauerhaft ansiedeln[66], teilweise bebauten sie nur soviel Land, wie zum unmittelbaren Überleben nötig war[67].

Eine wichtige Rolle spielte in diesem Zusammenhang auch, daß die polnischen Vertriebenen analog zu den deutschen Vertriebenen lange Zeit nicht glauben wollten, daß sie auf Dauer in den Aufnahmegebieten verbleiben würden. Dies trug wiederum dazu bei, daß sich Vertriebene in Konkurrenz zu anderen Bevölkerungsgruppen häufig nicht durchsetzen konnten. Dies betraf nicht nur die Vergabe von Wohnraum und Land, sondern auch die Konkurrenz um Posten in der staatlichen Verwaltung, auf die gegen Ende dieser Studie näher eingegangen wird. Ähnlich wie in der SBZ/DDR hätte es, um die Vertriebenen gleichzustellen, stärkerer Eingriffe des Staates bedurft. Wirklich aktiv mit massiven Eingriffen in die Besitz- und Wirtschaftsstruktur wurde der polnische Staat erst in der Folge des Systemumbaus nach sowjetischem Vorbild[68]. Allerdings stieß die ab 1948 einsetzende

PUR, pow. Kluczbork, sygn. 6, Bl. 138; ebenda, sygn 30 und 31; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 11, Bl. 46.

[64] Vgl. ein geheimes Schreiben des MZO vom 8. 7. 1946, in: AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 186–188.

[65] Projekty osadnictwa, S. 130–176.

[66] AAN, MAP, sygn. 2489, Bl. 53.

[67] Żygulski, Repatrianci, S. 117ff.; siehe auch Pierwsze lata, S. 835f.; für die Fallstudien siehe AP w Katowicach, UWŚl (Wojewodschaftsverwaltung), Sp-Pol. (gesellschaftspol. Abt.), sygn. 26, Bl. 46. Ähnliche Beobachtungen wurden im Zusammenhang mit der Bodenreform auch in der SBZ gemacht. Vgl. Meinicke, Die Bodenreform, S. 59; Osmond, Kontinuität und Konflikt, S. 144.

[68] Zur Kollektivierung in Polen siehe das wichtigste seit der Wende erschienene Buch von Dobieszewski, Kolektywizacja wsi.

Stalinisierung und Kollektivierung bei den Vertriebenen auf besonders großen Widerstand[69].

Neben dem sozialkaritativen und dem redistributiven Ansatz versuchten Polen und die SBZ die Vertriebenenintegration auch im Zuge der sozialrevolutionären Umwälzungen voranzubringen. In der SBZ/DDR und in Polen wurden von 1945–1950 die bestehenden Besitzverhältnisse radikal verändert. Dies war die Grundlage des sozialrevolutionären Ansatzes der Vertriebenenpolitik, dessen wichtigstes Element die Neuverteilung von Land war. In der SBZ stand das Land aufgrund der Enteignung des Großgrundbesitzes zur Verfügung, in Polen überwiegend wegen des Anschlusses der Westgebiete. Die Landreformen in der SBZ und in Polen hatten eine Schlüsselbedeutung für die Herrschaftslegitimation der KPD bzw. der SED und der PPR bzw. der PZPR in Polen und waren ein Grundstein für das Selbstverständnis beider sich etablierenden Regime, eine gerechtere, bessere Gesellschaft aufzubauen[70]. Im weiteren Sinne können die Landreformen auch als Teil der Vertriebenenpolitik angesehen werden, weil sie neben anderen Zielen wie etwa der Versorgung landarmer oder landloser Bauern der Integration der Vertriebenen dienen sollten. Von der Wirkung her kann die Neuverteilung von Land in Polen und Ostdeutschland als die wichtigste Maßnahme zur Integration von Vertriebenen angesehen werden.

Eine *Neu*verteilung hatte für die Machthaber von Beginn an den Vorteil, daß sie politisch leichter durchzusetzen war als die *Um*verteilung knapper Güter wie Wohnraum, Möbel oder Hausrat. Eine Beschäftigung mit dem sozialrevolutionären Ansatzes ist für die Geschichte der Vertriebenen um so bedeutsamer, als dieser Weg der Vertriebenenpolitik in Westdeutschland nicht bestritten wurde. Aus vergleichender Perspektive ergibt sich somit die Frage, inwieweit sozialrevolutionäre Umwälzungen für die Gruppen, die davon profitieren sollten, überhaupt wirksam waren.

In der SBZ waren die Vertriebenen eine bedeutende Zielgruppe unter den Empfängern von Bodenreformland. Sie erhielten im Zuge der Bodenreform 43,3 % aller Neubauernstellen[71] und 34,9 % des verteilten Bodens, deutlich mehr als ihrem Anteil an der Bevölkerung von 24,2 % entsprach[72]. Erfolg oder Mißerfolg der Bodenreform waren also von höchster Bedeutung für die Integration der Vertriebenen und deren Akzeptanz der staatlichen Integrationsbemühungen[73]. Für Polen liegen keine vergleichbaren Zahlen vor, al-

[69] Serafin, Osadnictwo wiejskie, S. 124; Żygulski, Repatrianci, S. 120; als Quelle siehe AP w Katowicach, UWŚl, Sp-Pol., sygn. 54/1, Bl. 31 und AAN, MAP, sygn. 141, Bl. 31; Der besondere Widerstand der polnischen Vertriebenen hatte seinen Hintergrund in der Erfahrung der Ostpolen mit der Kollektivierung nach der sowjetischen Okkupation der polnischen Ostgebiete 1939–1941. Für die DDR ist in dieser Hinsicht nur schwer ein Nachweis zu führen, da „Umsiedler" in der Kollektivierungsphase nicht mehr gesondert in den staatlichen Akten geführt wurden. Erkenntnisse aus dem Umkreis der Fallstudie erlauben jedoch die Schlußfolgerung, daß die „Umsiedler-Neubauern", sofern sie nicht zu Mittelbauern aufgestiegen waren, der Kollektivierung aufgeschlossener gegenüberstanden als andere Bevölkerungsgruppen. Vgl. dazu SächsHStA, Bezirk Dresden, Nr. 6071, Bl. 88; SächsHStA, Bezirk Dresden, Nr. 4067, keine Pag.

[70] Vgl. Hoernle, Bodenreform, betreffend die Vertriebenen siehe S. 65.

[71] Meinicke, Die Bodenreform, S. 63.

[72] Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 126.

[73] Ein ZVU-Konzept zur beruflichen Wiedereingliederung sah vor, die Umsiedler durch Verteilung auf freie Arbeitsplätze und Umschulung, Bildung von Produktivgenossenschaften, Entwicklung von Heimindustrien und die Bodenreform in Arbeit zu bringen. BAB, DO 1/10/13, Bl. 68. Die ersten beiden Vorschläge wurden nicht umgesetzt, die Bildung von Genossenschaften von 1946 bis Anfang 1948 dagegen gefördert. Auf die höchst interessante Thematik der Umsiedlergenossenschaften kann hier jedoch wegen der vorgegebenen Textlänge nicht näher eingegangen werden.

lerdings ist dort bekannt, daß Vertriebene bezüglich der Landbonität und der Ausstattung und Größe der Höfe im Vergleich zu Umsiedlern schlecht abschnitten.

Die Landreformen in Polen und der SBZ/DDR scheiterten in Bezug auf die Vertriebenen weitgehend an strukturellen Problemen. In den polnischen Westgebieten erwies sich die bestehende, von Großgrundbesitz geprägte Agrarstruktur als ungeeignet für die Ansiedlung von Klein- und Mittelbauern. Zum einen trugen dazu die Kriegsfolgen bei, die zu starken Verlusten an Vieh, Saatgut und landwirtschaftlichen Maschinen geführt hatten[74], zum anderen der unabhängig vom Krieg bestehende und durch ihn verschärfte Mangel an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für eine Individualbewirtschaftung. Es kam in den Westgebieten 1946 zu dem paradoxen Phänomen, daß selbst Landwirtschaften unter zehn ha mit mehreren Familien überbelegt waren, während die Flächen ehemaliger Gutsherrschaften überhaupt nicht bewirtschaftet werden konnten. Die Westgebiete erwiesen sich daher als wesentlich weniger aufnahmefähig für bäuerliche Bevölkerung, als man ursprünglich erhofft hatte, Ende 1945 waren weite Teile der Westgebiete sogar überfüllt, d. h. es gab mehr Bauern als Landwirtschaften[75]. In der Konkurrenz um die knappen Bauernhöfe konnten sich Vertriebene gegen andere Gruppen wie Umsiedler, aber auch die autochtone Bevölkerung Oberschlesiens nur begrenzt oder nicht durchsetzen[76], d. h. sie waren von strukturellen Problemen bei der Umstellung von Großgrundbesitz auf ein Klein- und Mittelbauerntum besonders betroffen.

Auch in der SBZ/DDR hatte der Krieg zu weitreichenden Verlusten an lebendem und totem Inventar geführt[77]. Die Kriegsfolgen und die analog zu den polnischen Westgebieten bestehenden Strukturprobleme bei der Umstellung der Landwirtschaft erschwerten den Neubeginn. Ähnlich wie in Polen scheiterten viele Bodenreformbauern an einem Mangel an Wirtschaftsgebäuden, Vieh und Maschinen[78]. Die „Umsiedler-Neubauern" hatten es besonders schwer, weil sie infolge der Vertreibung über wenig Tauschgegenstände, Kapital und Reserven verfügten. Entsprechend dieser Problemlage waren unter den gescheiterten Empfängern von Bodenreformland überproportional viele Vertriebene[79]. Wie Meinicke nachweist, konnten nur 15 % der „Umsiedler-Neubauern" 1948 als ökonomisch gefestigt gelten[80]. Dieses Scheitern wog für die SBZ/DDR um so schwerer, als sie von 1947 bis 1949 einen Großteil ihrer Bauressourcen in die Errichtung von Bo-

[74] In den polnischen Westgebieten, wo wie bereits erwähnt die weit überwiegende Zahl der Repatrianten angesiedelt wurden, waren die Zerstörungen besonders umfangreich. Vgl. Osękowski, Społeczeństwo Polski, S. 28–29; Magierska, Przywrócić, S. 54–59, zum gesamten Polen siehe Łuczak, S. 685. Zur SBZ/DDR vgl. Meinicke, Die Bodenreform, S. 55–56.

[75] AAN, MZO, sygn. 755, Bl. 66, 69 und 73. Laut Banasiak waren die gesamte Wojewodschaft Śląsk-Dąbrowski, acht Bezirke in der Wojewodschaft Breslau, fünf in der Wojewodschaft Allenstein und zwei in der Wojewodschaft Posen „überfüllt". Banasiak, Settlement, S. 145. Kerstens Aufsatz über die Bildung neuer landwirtschaftlicher Strukturen erklärt dieses scheinbare Paradox zwischen Überfüllung und Untervölkerung in den Westgebieten. Kersten, U podstaw, S. 71–73.

[76] Vgl. dazu für Niederschlesien Franciszek Kusiaks Monographie Osadnictwo wiejskie, S. 234 ff. Kusiak hat in mehreren Landkreisen anhand der Landübergabeprotokolle Zählungen erhoben, welche Bevölkerungsgruppe durchschnittlich pro Landwirt wieviel Land erhielt. Dabei ergab sich, daß Vertriebene sowohl bei der Verteilung von Land als auch bei der Landbonität vergleichsweise schlecht abschnitten.

[77] Bauerkämper, Problemdruck und Ressourcenverbrauch, S. 297.

[78] Bauerkämper, Von der Bodenreform, S. 124.

[79] Zur Statistik in Brandenburg siehe BLHA, Rep. 203, Nr. 1166, Bl. 15.

[80] Meinicke/von Plato, Alte Heimat, S. 61; Seraphim, Die Heimatvertriebenen, S. 15–17; siehe auch Arnd Bauerkämpers Aufsatz in dem vorliegenden Band.

denreformbauernhöfen investiert hatte[81]. Für die SBZ/DDR bedeutete das Scheitern vieler Umsiedlerneubauern somit eine doppelte Fehllenkung: von knappen Ressourcen und des Schwerpunkts der Vertriebenenpolitik auf das Land, wo die Integration im Vergleich zu den Städten schwieriger war und langsamer verlief.

Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR war somit in eine Sackgasse geraten. Die Umverteilungsspielräume waren aufgrund der materiellen Notlage des Staates und seiner Bevölkerung ausgereizt oder nur gegen heftigen Widerstand noch zu erweitern. Die Wirkung der Bodenreform für eine berufliche Eingliederung war längst verpufft und andere Maßnahmen wie die Förderung von Umsiedlergenossenschaften[82] wurden schrittweise abgebaut. Gleichzeitig wurden die Forderungen der Vertriebenen wie etwa nach einem Lastenausgleich immer lauter. Nach dem Frühjahr 1948, das als Zäsur gelten kann, kam es zur Ausprägung einer zunehmend negativen Vertriebenenpolitik. Zwar bestand bis zum „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" vom 8. September 1950 eine Kontinuität des sozialkaritativen Lösungsansatzes[83], aber statt einer durch Redistribution herbeigeführten Gleichstellung rückte die Unterdrückung der Vertriebenenproblematik und der Vertriebenen immer stärker in den Vordergrund. Ab 1950 setzte eine polizeistaatliche und politische Verfolgung von Vertriebenen ein, die mit dem Abschluß des Görlitzer Vertrages zur Oder-Neiße-Grenze im Zusammenhang stand[84]. 1952/53 kam es im Zuge der Kollektivierung und Industrialisierung zu einem neuen Schub an Systemveränderungen. Die Vertriebenen profitierten vor allem von den Arbeitsplatzangeboten und den Aufstiegschancen in der Industrie, allerdings waren sie zu diesem Zeitpunkt keine Gruppe mehr, die von diesen Systemveränderungen speziell angesprochen werden sollte.

In Polen war die Situation insofern verschieden, als die Kollektivierung dort bereits 1948/49 in Angriff genommen wurde. Die Besitzverteilung auf dem Lande geriet also nur zwei Jahre, nachdem sie festgelegt worden waren, wieder in Bewegung. Die polnische Historiographie hat die Kollektivierung in ihrer Wirkung auf die Vertriebenen verurteilt, da sie die Bindungen der Ankömmlinge an die neue Heimat, für die das Bewußtsein, Eigentümer zu sein, entscheidend war, wieder zerstörte[85]. Von der Kollektivierung waren die Vertriebenen besonders betroffen, da sie im Gegensatz zu den Autochtonen oder den Bauern in Zentralpolen meist über keine Grundbucheintragung ihres zugewiesenen Eigentums verfügten. Somit fehlte den vertriebenen jegliche rechtliche Handhabe

[81] Bauerkämper, Das Neubauernprogramm, S. 199ff.; siehe auch Bauerkämper, Problemdruck, S. 309. In Polen wurden nur auf lokaler Ebene vergleichbare Bauprogramme für Neubauern gestartet, aber meist bald wieder eingestellt. Von einem zentral gesteuerten Bauprogramm sah man wegen der zu erwartenden Kosten ab. Vgl. Gołebiowski, Pierwsze lata, S. 197. Vergleicht man die Berichte über die durchaus ähnliche Situation der Neubauern in beiden Ländern 1948/49, liegt der Schluß nahe, daß die SBZ lieber dem Beispiel Polens gefolgt wäre.

[82] Siehe zu dieser Thematik, auf die in der vorliegenden Studie nicht näher eingegangen werden kann, Kaltenborns jüngsten Aufsatz über das Gablonzer Kunsthandwerk in Buchheim, S. 383–402.

[83] Gesetzblatt der DDR, Jg. 1950, 2. Halbjahr, S. 971–973. Die im Umsiedlergesetz beschlossenen Maßnahmen zur Förderung von ehemals vertriebenen Neubauern oder Handwerkern waren aufgrund der viel zu knappen finanziellen Spielräume wesentlich geringer als vorgesehen. Die wichtigste Wirkung des Umsiedlergesetzes war daher eine kurzfristige und allenfalls teilweise Befriedigung des konsumptiven Nachholbedarfs der Vertriebenen.

[84] BAB, DO 1/11/886, Bl. 12–21, besonders Bl. 24.

[85] Kusiak, Osadnictwo wiejskie, S. 292; Żygulski, Repatrianci, S. 120.

gegen die Kollektivierung. Kersten attestiert bei den Ostpolen ein um so stärkeres „Gefühl der Benachteiligung", je höher ihre materiellen Verluste waren[86]. Jedoch bot ähnlich wie in der DDR die Industrialisierung in den fünfziger Jahren zahlreichen Vertriebenen neue Existenzmöglichkeiten.

Wie anhand des Beispiels der Landreform gezeigt wurde, konnten die Vertriebenen in Ostdeutschland und Polen bis 1950 nur sehr begrenzt vom sozialrevolutionären Systemwandel profitieren. Dies ist insofern bemerkenswert, als die Machthaber in der SBZ/DDR und in Polen in ihrer Ideologie und Propaganda anstrebten, daß alle Menschen unabhängig ihrer Klasse auf ein gleiches Lebensniveau gehoben würden. Dieses Ziel, das auch ausdrücklich für die Vertriebenenpolitik galt, konnte nicht umgesetzt werden. Somit kann am Beispiel der Vertriebenenpolitik demonstriert werden, daß staatliche Politik in beiden sich etablierenden sozialistischen Systemen nur begrenzt wirksam war.

Der Widerspruch zwischen Konzeption und Resultaten im Bereich der Vertriebenenpolitik liegt jedoch auch in der Spezifik der damaligen Administrationen Polens und der SBZ/DDR begründet. Im folgenden soll daher mit einer kursorischen Analyse des staatlichen Apparates selbst dargestellt werden, warum die Interessen der Vertriebenen, die sich teilweise durchaus mit den Zielen der staatlichen Gleichstellungsagenda deckten, bis 1950 nur begrenzt berücksichtigt wurden. Eine entscheidende Rolle spielte, daß Vertriebene in den ersten Jahren nach dem Krieg in der allgemeinen staatlichen Verwaltung in beiden zu vergleichenden Ländern unterrepräsentiert waren. In Polen wurden die Posten bei den mächtigen Sicherheitsbehörden, der Verwaltung und in der Partei zunächst überwiegend mit Umsiedlern aus Zentralpolen besetzt, unter anderem deshalb, weil man die Vertriebenen nicht ohne Grund antikommunistischer und antisowjetischer Einstellungen verdächtigte. Eine Regierungsstudie vom Mai 1945 erklärte, daß sich „Repatrianten derzeitig nicht für die Rolle des Pioniers, Eroberers und Organisators eignen, wie es die Aufgaben von ihnen fordern, vor denen Polen steht"[87]. Eine Beamtenzählung in der Woiwodschaft Oberschlesien vom Herbst 1946 zeigt, daß trotz der starken Fluktuation in den Behörden die Vertriebenen nach wie vor unterrepräsentiert waren[88].

Für die SBZ/DDR liegen leider keine vergleichbaren Untersuchungen vor. Es gibt jedoch mehrere Indizien, daß auch in der staatlichen Verwaltung der SBZ und der Länder, insbesondere in den Landkreisen und Landgemeinden die Vertriebenen unterrepräsentiert waren[89]. Eindeutig erwiesen ist die Unterrepräsentierung der Vertriebenen im politisch-legislativen System, d. h. für die Land- und Kreistage Brandenburgs, Sachsen-Anhalts und Sachsens[90]. Einer der wenigen staatlichen Berufszweige, in denen die Vertriebenen in Polen und der SBZ/DDR stark überrepräsentiert waren, war der Lehrdienst.

Man begegnete den Vertriebenen auch in der SBZ/DDR mit Mißtrauen. Unterschwellig hielten sich in der Bevölkerung und den Behörden Vorurteile, daß es sich bei den Vertriebenen um eine „Fünfte Kolonne" handele, zumal diese Stereotype zunächst direkt

[86] Kersten, U podstaw, S. 72–73.

[87] Vgl. eine ausführliche Regierungsstudie zur Wiederbesiedlung in AAN, MZO, sygn. 1658, Bl. 11–24; siehe auch AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 4, Bl. 91.

[88] Śląsko-Dąbrowski Przegląd Administracyjny, Jg. 2, Nr. 1/1947, S. 30.

[89] BAB, DO 1/10/23, Bl. 4; BLHA, Ld. Br. Rep. 202 G, Nr. 71, Bl. 5. Laut einer Erhebung der brandenburgischen Landesregierung beschäftigten Ende 1946 nur 64 % der Gemeinden Umsiedler. Siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1074, Bl. 163.

[90] Für Sachsen siehe Just, Die Lösung, Band 2, Anlage 17, S. 85; für Sachsen-Anhalt siehe Mehlhaase, Die SED, S. 176; für Brandenburg siehe BLHA, Ld. Br. Rep. 203, Nr. 1104, Bl. 20.

nach dem Krieg und dann nochmals verstärkt ab 1948 von Seiten der Regimes und seinen lokalen Verantwortungsträgern genährt wurden[91]. Diese Vorurteile hatten ihren Hintergrund auch darin, daß sich die Vertriebenen wegen des erzwungenen Ortwechsels der Entnazifizierung meist entziehen konnten.

Angesichts des repräsentativen Defizits der Vertriebenen in der allgemeinen Verwaltung kam den speziellen Vertriebenenverwaltungen in der SBZ/DDR und in Polen eine besondere Bedeutung zu. Diese waren vor allem auf unterer Verwaltungsebene eine Bastion der Vertriebenen und gleichzeitig bis 1948 der wichtigste Transmissionsriemen staatlicher Vertriebenenpolitik. In Polen wurde das Państwowy Urząd Repatriacyjny (PUR), also das staatliche Repatriierungsamt, per Dekret des PKWN am 7. Oktober 1944 gegründet[92]. Zu dieser Zeit sollten die ersten Aussiedlungen von Polen aus den Ostgebieten beginnen, obwohl die deutschen Gebiete, in denen sich die Ostpolen einmal ansiedeln sollten, noch gar nicht erobert bzw. wie es offiziell hieß, „befreit" waren. Das PUR war zu Beginn seiner Tätigkeit für die Registrierung und den Abtransport der auszusiedelnden Ostpolen zuständig. Mit der Eroberung der deutschen Ostgebiete erweiterten sich die Aufgaben des PUR auf die Aufnahme, Ansiedlung und Fürsorge für die „Repatrianten". Als Untergliederung der Behörde wurden eine Transport-, Etappen-, Gesundheits-, Inspektions-, Ansiedlungs- und Planungsabteilung geschaffen. Ab dem 7. Mai 1945 war das PUR auch für die Vertreibung der Deutschen und die Rückführung der Polen aus dem Westen zuständig und wurde somit zu einer Behörde, die mit allen Migrationsströmen in und nach dem Ausland befaßt war.

Das PUR war an vielen Orten in den Westgebieten die erste polnische Behörde überhaupt und blieb in etlichen Kreisen bis zum Aufbau der Provinzial- und nachgeordneten Landkreisverwaltungen die einzige Behörde. Allein in der Wojewodschaft Śląsk-Dąbrowski (Provinz Oberschlesien) hatte das PUR bis Sommer 1945 1370 Angestellte, also ein vielfaches der ZVU und der Landesumsiedlerbehörden in der SBZ. Das PUR machte im Frühjahr und Sommer 1945 ähnlich wie die gesamte polnische Verwaltung in den Westgebieten eine tiefe Gründungskrise durch. Ursachen dieser Krise waren Kompetenzkonflikte mit den Kommandanturen der Roten Armee, die erst nach und nach die Macht an die polnische Verwaltung übergaben, und Auseinandersetzungen zwischen den einzelen Verwaltungen[93]. Darüber hinaus hatte das PUR Schwierigkeiten, seine Mitarbeiter zu bezahlen und für die Arbeit zu motivieren[94]. Im Laufe des Jahres 1945 stabilisierte sich jedoch das PUR. 1946 kann von einem regelmäßigen Funktionieren gesprochen werden[95], also zu einem vergleichbaren Zeitpunkt wie bei der Vertriebenenverwaltung in der SBZ.

Im Zuge des Aufbaus der allgemeinen polnischen Verwaltung in den Westgebieten verlor das PUR seine Kompetenzen wie zum Beispiel die alleinige Zuständigkeit für die Zu-

[91] BLHA, Ld. Br. Rep. 202 G, Nr. 136 Bl. 27 und 213; BLHA, Ld. Br. Rep. 250, Landratsamt Calau/Senftenberg, Nr. 408, o. Bl.

[92] Zum PUR siehe Banasiak. Państwowy, S. 337–348.

[93] Dagegen waren wegen der zentralistischen Struktur Polens die Konflikte zwischen der Zentralgewalt und den Wojewodschaften weniger ausgeprägt als zwischen der ZVU und den Ländern.

[94] Banasiak, Państwowy, S. 339; Serafin, Osadnictwo, S. 106; Osękowski, Społeczeństwo Polski, S. 44ff. Kritisch wird das PUR in folgenden Quellen beurteilt: AAN, MZO, sygn. 70, Bl. 18, 115 und 116; AAN, 295/VII/51, Bd. 1, Bl. 24; AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 102; AP w Opolu, PUR, pow. Kluczbork, sygn. 8, Bl. 32 und 40.

[95] Banasiak, Państwowy, S. 343.

weisung von Wohnungen und Land an Vertriebene. Konkurrenz bekam das PUR von den Ansiedlungskomittees, die in der Wojewodschaft Oberschlesien am 1. Juni 1945 gegründet wurden und eine Koordinationsstelle für alle an der Ansiedlungbeteiligten Behörden darstellen sollten[96]. Auch die in allen Landratsämtern gebildeten Ansiedlungsabteilungen zogen Kompetenzen an sich. Der Kompetenzverlust des PUR wurde durch das Tempo des Aufbaus der allgemeinen Verwaltung bestimmt und unterschied sich zeitlich je nach Woiwodschaft und Landkreis. Dieser Kompetenzübergang, aber auch seit der PUR-Gründung bestehende Kompetenzüberschneidungen mit anderen Administrationen führten zu Reibungsverlusten, die im übrigen auch in der SBZ beobachtet werden können und die Wirksamkeit der Sonderverwaltung schmälerten.

Von besonderem Interesse im Vergleich zur SBZ ist die Tatsache, daß sich das PUR in seinem Selbstverständnis zunehmend als Behörde und Interessenvertretung für die Repatrianten verstand. Die Betreuung der polnischen Vertriebenen war die ursprüngliche Aufgabe und blieb der Kern der Aktivitäten des PUR, obwohl und gerade weil die Kompetenzen des PUR 1945 immer weiter gefaßt wurden[97]. Dies ist zum einen aus den Erinnerungen von PUR-Mitarbeitern, zum anderen aus dem innerbehördlichen Briefverkehr mit verschiedenen Ministerien nachzuweisen[98]. Der Vergleich zwischen ZVU und PUR – im übrigen auch ein Vergleich mit den Flüchtlingsverwaltungen in Westdeutschland – zeigen, daß eine Sonderverwaltung, die mit einer bestimmten Gruppe befaßt ist, sich offenbar generell zunehmend als Interessenvertretung dieser Gruppe versteht.

Erster spektakulärer Schritt in diese Richtung war eine Eingabe der PUR-Zentrale an das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete (MZO) vom Februar 1946, in dem gefordert wurde, den Zufluß von Umsiedlern aus Zentralpolen bis zum 15. Juni 1946 zu stoppen, um die „primäre Aufgabe" der Ansiedlung der „Repatrianten" zu lösen[99]. Gleichzeitig zu seiner zunehmenden Entmachtung versteifte sich das PUR in unzähligen weiteren Eingaben darauf, eine besondere Berücksichtigung der Vertriebenen z. B. beim Viehausgleich oder dem Erlaß von Pachtzahlungen für Land durchzusetzen. Bis auf wenige Ausnahmen im sozialkaritativen Bereich wie etwa der Verteilung von Spenden der UNRRA[100] konnte sich das PUR mit seinen Forderungen jedoch nicht durchsetzen. Das PUR scheiterte insbesondere im legislativen Bereich, bei den Gesetzesmaßnahmen für die Verteilung von Land, Immobilien, und ehemalig deutschem Inventar[101]. Aus gesamtstaatlicher Sicht erfüllte das PUR für den jungen Staat jedoch erfolgreich eine systemintegrative Funktion. Beschwerden und Anliegen der Vertriebenen wurden überwiegend an das PUR gerichtet, auf diesem Wege kanalisiert und gleichsam in das politische System integriert. Trotz der schwierigen Situation vieler Vertriebener kam es in Polen zu keinen für den Staat bedrohlichen oder gewaltsamen Protesten.

[96] Vgl. AAN, MAP, sygn. 2467, Bl. 24; Gołębiowski, Pierwsze lata, S. 165; Serafin, Osadnictwo, S. 55.

[97] In dieser Kompetenzüberlastung des PUR ist auch einer der Gründe zu sehen, warum die Vertreibung der Deutschen, die in der Zuständigkeit des Amts lag, nicht entsprechend der Vorgaben der Potsdamer Verträge und der polnischen Regierung verlief.

[98] Pierwsze lata, vol. II, S. 311; AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 7, 25, 81–83.

[99] AAN, MZO, sygn. 690, Bl. 1–2.

[100] AP w Opole, Starostwo Powiatowe (Landratsamt oder Kreisamt, SP) w Kluczborku, sygn. 83, Bl. 9.

[101] Zu erwähnen ist hierbei, daß es in Polen keine den Umsiedlerausschüssen vergleichbare institutionelle Berücksichtigung von Repatrianten in der Legislative gab.

Die ZVU in der SBZ spielte eine im Vergleich zum PUR etwas bescheidenere Rolle, da sie nicht über einen vergleichbar großen Apparat verfügte. Innerhalb des Staatsapparates war jedoch die Rolle der ZVU durchaus vergleichbar. Durch die „stellvertretende Inklusion"[102] war die ZVU in der Lage, die allgemeine Verwaltung teilweise von der Vertriebenenproblematik zu entlasten. Diese Entlastung wirkte nicht nur in administrativer und politisch-konzeptioneller Hinsicht, sondern im doppelten Sinne. Die Vertriebenenverwaltung fungierte ähnlich wie das PUR als Anwalt der Vertriebenen, als Ansprechpartner und somit eine Art Blitzableiter, wenn Probleme nicht gelöst werden konnten. Gleichzeitig blieb die ZVU stets eng mit den Machthabern verbunden und unter deren Kontrolle.

Die systemstützende Funktion von ZVU und PUR war um so bedeutsamer, als nichtstaatliche Organisationen und gesellschaftliche Iniativen, die die Interessen der Vertriebenen vertraten oder hätten vertreten können, in Polen ebenso unterdrückt wurden wie die Ansätze zur Bildung von Vertriebenenverbänden in der SBZ. Die ZVU erklärte in ihrem Jahresbericht für 1947: „Die Diskussionen in der Westzone über die Schaffung besonderer Umsiedlerorganisationen haben ebenfalls ihr Echo in der sowjetischen Zone gefunden. Von Seiten unserer Verwaltung [...] ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Bildung besonderer Umsiedlerorganisationen den erstrebten Assimilierungsprozeß stören würde und aus diesem Grunde abzulehnen ist."[103] Auch die polnischen Behörden erklärten die Bildung von Repatriantenverbänden als der Integration abträglich[104].

Die Organisationen, denen allein die Vertretung von Vertriebeneninteressen zufiel, waren somit die Vertriebenenbehörden ZVU und PUR. Deren weitere Geschichte ist daher nicht nur von verwaltungshistorischem Belang, sondern besaß eine überhöhte Bedeutung für die Integration von Vertriebenen. Das Prädikat überhöht erscheint vor allem Vergleich zu Westdeutschland angemessen. Dort konnten nach der Aufhebung des Koalitionsverbotes die neu gebildeten Vertriebenenverbände die bestehenden Vertriebenenverwaltungen als Interessenvertretung für die Vertriebenen zunehmend ergänzen und ablösen.

In Polen stellte für den Einfluß des PUR das Dekret vom 6. September 1946 über „die landwirtschaftliche Ordnung und Siedlung auf dem Gebiet der wiedergewonnenen Gebiete und der früheren Freien Stadt Danzig"[105] einen endgültigen Wendepunkt dar. Laut Artikel 33 dieses Dekrets waren die Kreis- und Provinzsiedlungskommissionen (powiatowe i wojewódzkie komisje osadnictwa) sowie die Landesämter (urzędy ziemskie), und nicht das PUR für die Vergabe von landwirtschaftlichen Flächen zuständig. Zwar konnte sich das PUR in Folgeverordnungen noch eine Einbeziehung bei der Landverga-

[102] Schwartz, Zwischen Zusammenbruch, S. 77.

[103] BAB, DO 1/10/13, Bl. 88. Von der Verlogenheit der SED in diesem Zusammenhang zeugt der Beschluß der Partei auf einer „Konferenz über Umsiedlerfragen am 3. 12. 1948 beim Zentralsekretariat", die Vertriebenenverbände in Westdeutschland zu unterstützen. Der für Umsiedlerfragen zuständige ZS-Abteilungsleiter Plenikowski erklärte auf dieser Konferenz: „Anders unsere Stellung zum Umsiedlerproblem in der Westzone. Dort sind wir, bedingt durch die ungleiche Behandlung, die Klassifizierung als Flüchtlinge, für die Bildung besonderer Vertretungen, die zum Kampf um ihre Interessen dienen. Im Westen Kampf um die Gleichberechtigung dieser Menschen. Im Osten bereits Assimilierung." BLHA, Ld. Br. Rep. 332, Nr. 574, Bl. 131.

[104] Serafin, Osadnictwo, S. 115.

[105] Dekret o ustroju rolnym i osadnictwie na obszarze Ziem Odzyskanych i byłego Wolnego Miasta Gdańska, in: AP w Opolu, SP w Opolu, sygn. 716, Bl. 97–105.

be sichern, doch markierte das Dekret den Anfang vom Ende der Vertriebenenverwaltung. Nach dem Abebben des Vertriebenenzustroms im Herbst 1946 wurden die Aufgaben des PUR nach und nach auf die allgemeine Verwaltung übertragen. 1948 wurde der Personalbestand des PUR radikal abgebaut[106]. In den Winter 1948/49 fallen auch die letzten, fruchtlosen Eingaben des PUR, in der es mit der Korrektur einzelner rechtlicher Regelungen zur Vergabe von Landwirtschaften eine Verbesserung im Sinne der Repatrianten erreichen wollte[107]. 1951 wurde das schon längst bedeutungslos gewordene PUR endgültig aufgelöst.

Eine vergleichbare Agonie blieb der ZVU erspart, da sie im Frühjahr 1948 plötzlich geschlossen wurde. Ein halbes Jahr nach dem Ende der ZVU beschloß die SED, bis zum 31. März 1949 auch sämtliche Umsiedlerausschüsse aufzulösen[108]. Die Abwicklung der Sonderverwaltung bedeutet für die Vertriebenenpolitik in Ostdeutschland einen tiefen Einschnitt und hatte weitergehende politische Folgen. Sie setzte für die lokalen Politiker ein Signal, daß die „besonderen Umsiedlerinteressen", eine eindeutig negative Kennzeichnung der Forderungen von Vertriebenen, nicht mehr auf der Agenda der Staats- und Parteiführung in Berlin standen. Das Ende der ZVU und ein Jahr später der Umsiedlerausschüsse ist daher als Signal nicht zu unterschätzen, wie dies bei einer vorwiegend institutionell orientierten Perspektive vielleicht unvermeidbar ist[109]. Die Auflösung der ZVU bedeutete die politische Abwicklung der „Umsiedlerinteressen". Die Hauptabteilung Umsiedler in der DVdI (Deutsche Verwaltung des Inneren) bemerkte nach der Abschaffung der Umsiedlerausschüsse: „Aus den täglich eingehenden Beschwerden der Neubürger ist ersichtlich, daß bis jetzt die maßgeblichen Amtsstellen bis hinauf zu den Regierungsstellen sich für die Belange der Neubürger noch nicht so eingesetzt haben, wie es unbedingt erforderlich ist."[110]

Es kann nicht übersehen werden, daß etwa in der gleichen Periode auch in westdeutschen Ländern Vertriebenenbehörden abgebaut wurden[111]. Der Abbau der Sonderverwaltungen spiegelt somit eine grundsätzliche Tendenz von Administrationen zur Unifizierung und Zentralisierung wider. In Polen und der SBZ/DDR hatte die Abwicklung der Vertriebenenbehörden jedoch auch deshalb die bereits erwähnte überhöhte Bedeutung, weil im Zuge der angestrebten Gleichschaltung der Gesellschaft nichtstaatliche Organisationen, die sich der Vertriebenen und ihrer Integration angenommen hatten, allen voran die Kirchen, aus dem gesellschaftlichen Leben zurückgedrängt wurden. Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die Schließung der Caritas in Polen, die Anfang 1950 erfolgte[112], deren Arbeit für die Repatrianten jedoch bereits 1949 weitgehend eingeschränkt wurde. In der SBZ hatte ZVU-Präsident Engel noch 1947 eine Einbeziehung der Kirchen in die Sammelaktionen zugunsten von Umsiedlern gefordert[113], da die Volkssolidarität al-

[106] AAN, MZO, sygn. 67, Bl. 126ff.; AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 12, Bl. 80; AP w Opolu, PUR Koźle, sygn. 10, Bl. 1; ebenda, sygn. 11, Bl. 7; AP w Opolu, PUR, pow. Kluczbork, Nr. 2, o. Bl.

[107] AP w Opolu, PUR Nysa, sygn. 1, Bll. 11–12.

[108] BLHA, Ld. Br. Rep 332, L IV/2/61/574, Nr. 20; vgl. auch BAB, DO 1/10/4, Bl. 130.

[109] Schwartz, Zwischen Zusammenbruch, S. 93.

[110] BAB, DO 1/10/23, Bl. 150 und 171.

[111] Bauer, Flüchtlinge, S. 83, und 124–160.

[112] In der apostolischen Administratur Oppeln wurde die Caritas am 1. 2. 1950 geschlossen. Siehe Liszka, Wkład, S. 128 und 215.

[113] BAB, DO 1/10/4, Bl. 45; für Thüringen siehe BAB, DO 1/10/25, Bl. 17f.

lein nur ein unzureichendes Spendenaufkommen aktivieren konnte. 1949 war das öffentlichkeitswirksame Engagement der Kirchen schon nicht mehr erwünscht. Der Staat konnte die Lücken, die er durch diese Monopolisierung des gesellschaftlichen Lebens riß, jedoch nicht schließen.

Insgesamt demonstriert die Geschichte der Vertriebenenpolitik, daß die im Aufbau befindlichen sozialistischen Systeme der SBZ/DDR und Polens schmerzhaft an die Limits ihrer Wirkungs- und Leistungsfähigkeit gestoßen wurden. Angesichts der allgemeinen Notlage nach dem Krieg bewirkte der sozialkaritative Ansatz in der Vertriebenenpolitik nur eine Sicherung des Überlebens. Die Vertriebenen blieben aber in beiden verglichenen Ländern eine durch ihre Herkunft, Sprache und Kultur klar definier- und diskriminierbare Unterklasse. In Polen, wo in den von den Deutschen geräumten Gebieten alle Bevölkerungsgruppen neu beginnen mußten und somit eine Gesellschaft neu entstand, war diese Unterklasse materiell weniger benachteiligt als in der SBZ/DDR, wo die Vertriebenen vor allem im ländlichen Raum auf eine festgefügte Gesellschaftordnung trafen. Obwohl in Polen die materiellen Unterschiede zwischen Umsiedlern, Vertriebenen, und in bestimmten Gebieten den Einheimischen weniger ausgeprägt waren, blieben die Vertriebenen auch dort eine klar abgrenzbare und abgegrenzte Gruppe. Der redistributive Ansatz der Vertriebenenpolitik wurde in der SBZ/DDR weit stärker verfolgt als in Polen, scheiterte aber weitgehend an dem Widerstand der Einheimischen, außerdem waren spätestens 1948 die Umverteilungsspielräume in der SBZ ausgereizt.

Mit der Vertreibung geschaffene Fakten wie die soziale Degradierung der Vertriebenen konnten aufgrund struktureller Probleme des sozialrevolutionären Wandels, der Konkurrenz anderer Bevölkerungsgruppen und der vor allem finanziell eng begrenzten Handlungsspielräume beider Staaten nicht behoben werden. Die Geschichte der Vertriebenenverwaltung demonstriert, daß Polen und die SBZ/DDR nur vorübergehend in der Lage waren, die Vertriebenen und ihre Interessen in das bestehende System zu integrieren. Da andere Instanzen der Interessenvertretung von Vertriebenen unterdrückt oder zunehmend ausgeschaltet wurden, fällt dieser „Systemfehler" für die Integration der Vertriebenen stark ins Gewicht.

Die Vertriebenen konnten bis 1950 von dem sozialrevolutionären Wandel in Polen und der SBZ/DDR nur begrenzt profitieren, obwohl das zunächst wichtigste Element dieses Wandels, die Aufteilung von Land, unter anderem an die Vertriebenen gerichtet war. Erst danach gestattete der beschleunigte wirtschaftliche Wandel eine stark zunehmende soziale Mobilität in der SBZ/DDR und in Polen. Die Chancen zur beruflichen Integration und zum materiellen Aufstieg, die sich ab 1950 boten, waren jedoch nicht mehr speziell oder auch nur beiläufig an die Vertriebenen gerichtet und sind daher auch im weiteren Sinne nicht als Teil der Vertriebenenpolitik anzusehen. Die Integration der Vertriebenen in der DDR und in Polen in den fünfziger Jahren schritt zufällig als Nebeneffekt des weiteren Systemwandels voran.

Für beide Staaten hatte das weitgehende Scheitern der Vertriebenenpolitik kurz- und langfristig negative Konsequenzen. In der SBZ/DDR wirkte sich dies bis 1950 dahingehend aus, daß es zur Abwanderung von im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung überproportional vielen Vertriebenen nach Westdeutschland beitrug. Darüber hinaus kann festgestellt werden, daß das Aufbaupotential, daß die Vertriebenen in der Bundesrepublik gerade wegen ihres materiellen Rückstands entwickelten, durch die DDR nicht in diesem Maße genutzt werden konnte.

In der Volksrepublik Polen ist eine im Vergleich zur DDR verzögerte Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft zu konstatieren[114]. Diese Verzögerung behinderte den Wiederaufbau und die Entwicklung der Westgebiete und damit deren Integration in den polnischen Staatsverband. Die in den fünfziger Jahren weiterexistierenden Brüche innerhalb der Gesellschaft in den polnischen Westgebieten deuten daraufhin, daß das nationale Element im polnischen Nationalkommunismus eher destruktiv wirkte. Durch den Nationalismus wurden einerseits die sogenannten Autochthonen vollkommen von Polen entfremdet, andererseits blieb auch die Integration der Vertriebenen bis weit in die fünfziger Jahre hinein ein Stückwerk[115]. Polen hatte sich von der Vertreibung der Deutschen und eines Großteils der ukrainischen Minderheit sowie der „Repatriierung" eine Stabilisierung des Staates erhofft. Die nationale Homogenisierung erfüllte diesen Zweck aber nicht, im Gegenteil: sie verursachte viele neue innen- und außenpolitische Probleme.

[114] Zu ersehen ist dies beispielsweise an der niedrigen Rate von Mischehen. Vgl. die Untersuchung von Anna Olszewska-Ładykowa i Kazimierz Zygulski, Małżenstwa mieszane na Śląsku Opolskim, in: Przegląd Socjologiczny, Nr. 13, vol. 1 (1959), S. 89–106; Zygmunt Chrzanowski, Problemy Adaptacji i integracji społecznej w Lewinie Brzeskim (Opole, 1966), S. 70ff.; Bogusław Chruszcz, Osadnictwo i przeobrażenie społeczne w Wałbrzychu ze szczególnym uwzględnieniem zagadnienia małżeństw mieszanych w latach 1945–1955, in: Studia Śląskie, Seria nowa, t. XVI (1969), S. 155–219. Für die SBZ/DDR existiert in diesem Bereich bisher nur Wiechhusens Untersuchung.

[115] Vgl. Ther, The integration, S. 800f.

Damian van Melis

„Angabe nicht möglich" – Integration statt Entnazifizierung der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern

Die Migranten verdienen in dem Anfang Juli 1945 gegründeten Land Mecklenburg-Vorpommern aufgrund ihres überragend großen Bevölkerungsanteils besondere Aufmerksamkeit. Fast kein Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens blieb von den Problemen bei der Versorgung, Unterbringung und Integration der Neuankömmlinge unberührt, weil sie fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachten[1]. Daher stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Flüchtlingsaufnahme und Entnazifizierung: Während die Flüchtlingspolitik die gesellschaftliche Integration der Umsiedler beabsichtigte, zielte die politische Überprüfung auf die politische Desintegration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, von denen es natürlich auch zahlreiche unter den Zugezogenen gab.

In allen Zonen basierte die Entnazifizierung auf Angaben über die Funktionen, das Verhalten und die Rolle der Menschen während der NS-Zeit. Bei den Ortsfremden bezog sich dies größtenteils auf ihr Leben an anderen Orten und vor der Flucht, was die Überprüfung und Recherche bedeutsam erschwerte; ihre Entnazifizierung setzte besondere Anstrengungen voraus. Allein durch das quantitative Ausmaß erlaubt dieser Aspekt der Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern Rückschlüsse auf die Intensität des sowjetischen und deutschen Überprüfungs- und Entlassungseifers. Der kleine und überschaubare Sachverhalt beleuchtet somit nicht nur einen Aspekt von Flucht und Integration, sondern auch das Verhältnis der neuen politischen Verantwortungsträger jenseits ihrer offiziellen Antifaschismus-Rhetorik zum Dritten Reich, zu seinen Opfern und zu seinen Tätern.

1. Die Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern

Weil die allgemeine Geschichte der Entnazifizierung den Rahmen zur politischen Überprüfung der Ortsfremden festlegte, wird im folgenden kurz deren Verlauf im Norden der SBZ zusammengefaßt. Die Entnazifizierung zeichnete sich in Mecklenburg-Vorpom-

[1] Angesichts des Themenschwerpunkts des vorliegenden Bandes reichen Stichwörter wie Ernährung, Gesundheit, Hygiene, Bekleidung, Unterbringung und Arbeitsmarkt aus, um die in allen Aufnahmegebieten vorhandenen Probleme anzudeuten. Der Zuzug von Flüchtlingen, Umsiedlern und Vertriebenen betraf Mecklenburg-Vorpommern allerdings besonders stark: Zum Jahresende zählte das Statistische Landesamt in Schwerin unter den 2199781 Einwohnern des Landes 1033703 Flüchtlinge. MLHA, MdI, Bd. 349; weitere quantitative Angaben in van Melis, Herrschaft, S. 80ff. Mecklenburg-Vorpommern wurde damit stärker als alle anderen Länder der vier Besatzungszonen belastet. Vgl. Meinicke, Flüchtlinge, S. 31; Kleßmann, Staatsgründung, S. 356.

mern dadurch aus, daß die Landesverwaltung sie besonders schnell und besonders rigoros durchführte[2]. Gemäß einer Anordnung der SMAD gab es in den staatlichen Verwaltungsstellen des Landes, der Kreise, Städte und Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns seit dem November 1945 keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP mehr; die einzige Ausnahme bildeten Mitarbeiter im Gesundheitssystem[3]. Dieser Befund unterscheidet das ländliche Mecklenburg von allen anderen Ländern der SBZ, die unter demselben Befehl standen, ihn aber nur viel langsamer oder gar nicht erfüllten. Die Schweriner Landesverwaltung entließ ehemalige NSDAP-Mitglieder dabei nicht nur besonders schnell, sondern auch anhand besonders rigoroser Maßstäbe, die Individualprüfungen ausdrücklich ausschlossen. Eine Folge dieses Rigorismus war das schnelle Ende der Entnazifizierung des staatlichen Verwaltungsapparates in Mecklenburg-Vorpommern. Der Um- und Aufbau der Verwaltungsapparate konzentrierte sich seit dem ersten Jahreswechsel nach Kriegsende nicht mehr auf die Suche und Entlassung Belasteter, sondern auf den Aufbau eines hierarchischen Verwaltungsapparates, der zur Durchsetzung der neuen Herrschaft und der sozialen Umgestaltungen notwendig war. Dabei handelte es sich nicht um den Weberschen Idealtyp von Bürokratie, sondern um Systeme, die sich sowohl allgemeinpolitisch als auch in jeder Einzelfrage ausdrücklich der führenden Partei und ihren Repräsentanten im Staatsapparat unterordneten. Bereits 1945 begannen die Kommunisten erfolgreich, diese Hierarchien und Strukturen innerhalb der Verwaltung durchzusetzen[4].

Dazu richteten die führenden Kommunisten innerhalb der mecklenburgischen Landesverwaltung ein durchsetzungsfähiges Personalamt ein, das schon 1945/46 die Personalpolitik des gesamten öffentlichen Dienstes zentralisierte. Dabei ergab sich das auch in anderen Ländern der SBZ zu beobachtende Muster, daß diese politisch zentrale Kompetenz dem ersten und kommunistischen Vizepräsidenten Johannes Warnke zustand, während sich der sozialdemokratische Ministerpräsident Wilhelm Höcker mit einem repräsentativen Titel und eher marginalen Aufgabenbereichen abfinden mußte[5]. Nachdem bis November 1945 zahlreiche Mitarbeiter der alten Verwaltungsapparate gegangen

[2] Die folgenden Ausführungen stützen sich auf meine Doktorarbeit, in der ich mich mit dem Um- und Aufbau der staatlichen Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt habe: van Melis, Herrschaft, besonders S. 53–169, 255–404 und van Melis, Denazification. Im Zentrum steht dabei die Personalpolitik, bei der wiederum die Entnazifizierung eine besonders herausragende Rolle spielte. Dies erklärt die besondere Beachtung, die im folgenden der staatlichen Bürokratie zukommt. Zur Entnazifizierung in der gesamten SBZ/DDR siehe: Meinicke, Entnazifizierung; mit zahlreichen Fehlern und Fehleinschätzungen: Rößler, Entnazifizierungspolitik; Schöneburg, Errichtung, S. 93–101; Urban, Rolle; Welsh, Wandel; Welsh, Umwälzung; Wille, Entnazifizierung.

[3] Ende 1945 gab es noch zwei ehemalige NSDAP-Mitglieder unter den 563 Mitarbeitern der Landesverwaltungen und 46 unter den 11 077 Dienstkräften in Städten, Kreisen und Gemeinden; diese 48 Personen arbeiteten im Gesundheitssektor. Ihre Anzahl entspricht einem Anteil von 0,36 % bzw. 0,42 % aller Beschäftigten auf Landes- bzw. Kreis-/Stadtebene, van Melis, Herrschaft, S. 163ff., 452ff. Zur Entnazifizierung der Heilberufe in der SBZ siehe: Domeinski, Ärzteschaft; Kleßmann, Relikte.

[4] Siehe zu diesem Typ sozialistischer ‚Kaderverwaltung': Balla, ‚Bürokratische' oder ‚Kader'-Verwaltung?; Balla, Kaderverwaltung; Glaeßner, Herrschaft; Lipp, Bürokratie; Lipp, Bürokratien; van Melis, Herrschaft, S. 170–221; Rudolph, Kader; Schultz, Funktionär; Schwarzenbach, Kaderpolitik; Zimmermann, Überlegungen.

[5] Warnke unterstand unter anderem die Entnazifizierungs-, die Personal-, die Bodenreform- und die Sequestrierungspolitik; damit hatte er alle macht- und gesellschaftspolitisch relevanten Bereiche unter seiner Kontrolle. Beispielhaft für Höckers auch offiziell sehr eingeengten Verantwortungsbereich ist die in der Präsidialsitzung vom 23. 8. 1946 vorgenommene Ressortaufteilung. MLHA, MinPräs., Bd. 642, Bl. 129f.

oder entlassen worden waren, zeichnete sich das neue Anforderungsprofil deutlich ab. Das Landespersonalamt wählte anhand der sozialen Herkunft, vor allem aber anhand der parteipolitischen Bindung aus, wer als loyal und wer als unzuverlässig galt. In diesem Zusammenhang vollendete auch der Antifaschismus seine bemerkenswerte Wendung, die noch heute zu zahlreichen Auseinandersetzungen führt: Er verlor immer stärker seinen Bezug zur Vergangenheit und richtete sich dafür zunehmend auf die gegenwärtige politische Loyalität. Das konkrete Tun und Lassen bis zum Mai 1945 verlor an Bedeutung, das Verhältnis zur Besatzungsmacht und zur KPD/SED gewann Überhand. Damit einher ging ein wachsendes Desinteresse an den vereinnahmten Opfern des Faschismus, sofern ihre konkreten Biographien nicht in die politischen Schablonen paßten. Man verhielt sich gemäß dem Motto einiger SED-Funktionäre im DEFA-Klassiker ‚Spur der Steine': „Immer nach vorn diskutieren."[6]

Dem entsprach die Neuauflage der Entnazifizierung 1946/1947, in deren Zuge auch in der SBZ Spruchkammern gegründet wurden, in denen deutsche Vertreter der Parteien und Massenorganisationen anhand von Vorgaben des Kontrollrates und der SMAD über den Belastungsgrad einzelner Personen entschieden. Da es innerhalb der Verwaltung keine Pgs mehr gab, betraf diese Kommissionstätigkeit bei den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes praktisch nur politische Dissidenten, denen nun mit Hilfe der ausladenden alliierten Kontrollratsbestimmungen der politische Prozeß gemacht werden konnte. Die Untersuchung der Kommissionstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und die seitens des Landespersonalamtes zuverlässig für den internen Gebrauch notierten Entlassungszahlen zeigen, daß fast keine Verwaltungsmitarbeiter von der Neuauflage der Entnazifizierung betroffen waren. Kurz gesagt: Die Neuauflage und Beendigung der Entnazifizierung anhand der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und Nr. 38 sowie des SMAD-Befehls Nr. 201 richtete sich innerhalb der Verwaltungen nicht gegen Nazis, sondern gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner von Besatzungsmacht und SED. Die Kampagne unterzog Betriebe und Verwaltungen einer politischen Überprüfung und einem Ritual zum aktiven Nachweis politischer Loyalität. Sie war kein Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit, sondern Teil der ‚permanenten Säuberung', die die weitere Geschichte der DDR und anderer Volksdemokratien prägte[7].

Soweit eine zugespitzte Zusammenfassung der Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Diese neuen Ergebnisse weichen nicht unerheblich von bisherigen Forschungen zur Entnazifizierungsgeschichte der SBZ ab. Dies basiert auf einer anderen Gewichtung altbekannter Daten, dem Zugang zu vormals geheimgehaltenen Archivalien und dem Blick auf Mecklenburg-Vorpommern[8], das nicht nur hinsichtlich der Entnazifizierung eine gewisse Vorreiterrolle bei der Einpassung der SBZ-Gesellschaft in die SED-Diktatur spielte. Für diese Fakten spricht nicht nur die weitgehend reibungslose und oppositionsfreie kommunistische Landespolitik der ersten Nachkriegsjahre. Einige Stichworte weisen auf weitere Faktoren, die diese Tendenz unterstreichen: die traditionell geringe politische und soziale Organisationsdichte, das traditionell dürftige Partizipations-

[6] Drehbuch, S. 19 und 79. Ich danke dem Progress-Filmverleih dafür, mir eine Kopie des Drehbuches vom 31. 5. 1966 zur Verfügung gestellt zu haben. Der Film entstand nach der gleichnamigen Romanvorlage von Erik Neutsch, Halle (Saale) 1964.

[7] Der Wortlaut der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und 38 und der SMAD-Befehle Nr. 201 und Nr. 35 in: Rößler, Entnazifizierungspolitik, S. 64–81, 97–124, 147–158, 257f.

[8] Abgesehen von Wille, Entnazifizierung berücksichtigt keine der in Anm. 2 aufgeführten Darstellungen die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern.

und Demokratisierungsniveau Mecklenburg-Vorpommerns sowie das traditionell niedrige Bildungsniveau; hinzu kamen seit 1945 die radikalen Folgen der Bodenreform und die zahlreichen Flüchtlinge, die auch eine Personalreserve für die vielen Entlassenen darstellten.

2. Die Entnazifizierung der Flüchtlinge

Am 27. August 1945 befahl die SMAD, daß sich alle ehemaligen Angehörigen der SS und SA, Mitarbeiter der Gestapo und Mitglieder der NSDAP innerhalb eines Monats bei den Kommandanturen registrieren lassen müßten[9]. Weil die Mitgliedschaft in den genannten Organisationen 1945 das entscheidende Kriterium der Entnazifizierung war, wurden so alle Betroffenen registriert, sofern sie sich nicht versteckten oder in den Westen flohen. Die Erfassung intendierte einen Überblick in dem durch die Bevölkerungsbewegungen unüberschaubar gewordenen Chaos. Trotz der mit strengen Strafandrohungen verbundenen Registrierungsbefehle blieb es ein schwieriges Unterfangen, unerkannte Pgs bekannt zu machen, weshalb der zitierte Befehl weder der erste noch der letzte seiner Art war[10]. Die Erfolge sind unbekannt, da ihre Durchführung nicht über deutsche, sondern sowjetische Schreibtische ging. Auffällig ist aber, daß in den folgenden Jahren nur selten Personen entdeckt wurden, die falsche Angaben gemacht hatten[11]. Dies lag unter anderem an dem in keinem anderen Land der SBZ vergleichbar hohen Anteil der Fremden an der Gesamtbevölkerung, was die Suche schwerer, das Problem aber auch gewichtiger machte.

Fast die Hälfte der mecklenburgischen Bevölkerung war erst seit dem Frühjahr 1945 in dieses Land gezogen. Sequestrierungen und Enteignungen gingen selbstverständlich an den Zugezogenen vorbei, weil sie gewöhnlich arm und mittellos ankamen. Bemerkenswerter ist allerdings, daß sie auch in den Entnazifizierungsunterlagen nicht als eigene Gruppe auftauchen: Immerhin war allen Beteiligten stets bekannt, daß sich unter den Ortsfremden zahlreiche unerkannte Nazis befanden[12]. Außerdem war die Entnazifizierung in allen Besatzungszonen stark von „lokalem Filz“[13] geprägt, der durch die Migranten eine neue Färbung bekam. Dennoch tauchen trotz der zahlreichen sozialen Schwierigkeiten fast nirgends Anklagen oder Beschwerden gegen Ortsfremde auf, die sie als NS-belastet denunzieren, was eine denkbare Reaktion in weiten Teilen der ‚Altbevölkerung‘ oder seitens der miteinander konkurrierenden Flüchtlinge gewesen wäre.

[9] SMAD-Befehl Nr. 42, MLHA, MinPräs., Bd. 1458, Bl. 53.

[10] Daher wurden weiterhin ähnliche Registrierungsbefehle erlassen; siehe z. B. das Mitteilungsblatt Güstrow, Nr. 7 (1945), in dem entsprechend der politischen Kultur der Zeit bei Nichtbefolgung „strengste Bestrafung“ angedroht wurde, MLHA, MdI, Bd. 197, Bl. 246f.

[11] Ein Beispiel sind die zwischen dem 31. 12. 1946 und 28. 2. 1947 entlassenen sechs Pgs in Schweriner Ministerien, deren NS-Mitgliedschaft zuvor nicht bekannt war, da sie sonst in den vorhergehenden Statistiken oder bei der Einstellung benannt worden wären. Diese geringe Zahl zeigt aber, daß ihre Enttarnung eher Zufall als Erfolg einer systematischen Suche war; siehe den statistischen Anhang bei: van Melis, Herrschaft. Eine Begründung des Personalamtes in Entlassungsstatistiken, die auf dieses Problem hinweist, war die „Angabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung“, wobei dies nur selten spezifiziert wurde: z. B. MLHA, MinPräs., Bd. 611, Bl. 83.

[12] Siehe beispielsweise den Bericht der Landesverwaltung vom 21. 7. 1945, MLHA, MdI, Bd, 345 oder den Hinweis des ersten KPD-Bezirkssekretärs aus Pommern, Kollwitz, vom 15. 8. 1945 an die KPD-Landesleitung: „Es ist aber ohne Zweifel so, daß noch viele bekannte Faschisten an anderen Orten im Staatsapparat arbeiten“, MLHA, LL KPD, I/1a, Bl. 250.

[13] Woller, Gesellschaft, S. 147.

Die Entnazifizierung der Flüchtlinge stellte ganz offensichtlich ein besonderes Problem dar. Der Arbeiterschriftsteller und KPD-Instrukteur Willi Bredel hatte bereits im Juni 1945 an seinen KPD-Landesvorsitzenden Kurt Bürger geschrieben, daß er „einer großen Anzahl" der neuen Genossen in Warnemünde „nicht über den Weg" traue, da sie keine Warnemünder seien und man daher „überhaupt nicht feststellen [könne], ob sie überhaupt früher Mitglieder der Partei waren"[14].

Wie gingen die politischen Verantwortungsträger mit dieser Angelegenheit um? Trotz der umfangreichen Antifaschismus-Rhetorik und Entnazifizierungspropaganda und obwohl verschiedene staatliche bzw. administrative Stellen die Flüchtlinge behandelten und erfaßten, passierte hinsichtlich ihrer NS-Vergangenheit nicht viel[15]. Beispielsweise erhoben die meisten Flüchtlingslager Informationen über ihre unfreiwilligen Bewohner: Sie interessierten sich für die Anzahl der aufgenommenen Frauen, Kinder und Männer, für ihre Lebensmittel, Dokumente, Kleidung, Schuhe und Gesundheit sowie für deren berufliche Qualifizierung und Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement. Die Frage der politischen Vergangenheit findet sich aber fast nirgends[16].

Der Bestand der Landespolizei im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv Schwerin überliefert einige Ausnahmen, die das sonst verbreitete Fehlen dieser Frage erklären. Im Herbst 1945 wurden neuankommende Umsiedler in den Ankunftslagern auf Formblättern nach ihrer NSDAP-Mitgliedschaft befragt. Die Zahlenangaben tendierten dabei stark gegen Null. Beispielsweise meldete sich im Landkreis Rostock am 5. November 1945 von insgesamt 6269 Flüchtlingen niemand als NSDAP-Mitglied. Entsprechend füllten viele Bearbeiter die Spalten erst gar nicht aus oder versahen sie mit Kommentaren wie: „entfällt"; „Vermerk: Von den Flüchtlingen will niemand der NSDAP angehört haben"; „Angabe nicht möglich, da Aussagen der Umsiedler offensichtlich falsch"[17].

Trotz der Schwierigkeiten hätten Wege einer Lösung beschritten werden können. Die politisch Verantwortlichen suchten aber keine Möglichkeiten zur systematischen Überprüfung der Ortsfremden und ihrer Angaben über die eigene Vergangenheit. Anscheinend war dieses Desinteresse an einer ernsthaften Überprüfung der Flüchtlinge innerhalb der SBZ nicht ungewöhnlich. Eine Stellungnahme des mecklenburgischen SED-Landesvorsitzenden Carl Moltmann gegenüber Vertretern der SMAD und des Präsidiums der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge belegt vielmehr die weitreichende Akzeptanz für dieses Desinteresse: „Unter den 1 Mill. Umsiedlern, von denen natürlich keiner Nazi sein will, ist die Kontrolle sehr schwer"[18].

Weil die Kommunisten sonst keine Scheu hatten, ihre weitreichenden gesellschaftlichen Vorstellungen durchzusetzen, war die Zurückhaltung gegenüber den Migranten sicher kein Zufall. Dieses Vorgehen gründete vielmehr in dem Umstand, daß sich unter ihnen viele Personen befanden, die sich die Landesverwaltung und die Parteien für den Neuanfang zunutze machen konnten: Zahlreiche derjenigen, die an ihren neuen Wohnorten heimisch wurden, durch die Bodenreform Land erhielten oder andere Arbeit fanden, entwickelten eine überdurchschnittliche Loyalität und soziale Dankbarkeit gegenüber

[14] MLHA, LL KPD, I/22, Bl. 1 ff.; siehe ähnliche Fälle: MLHA, LV SPD, II/5, Bl. 3; BAB, DO 1/7/205, Bl. 17 f.; ACDP, III – 036, A 104.

[15] Dieser Befund betrifft nicht nur die öffentlichen Stellungnahmen beispielsweise in der Presse oder auf Parteiversammlungen, sondern auch die partei- und verwaltungsinterne Überlieferung.

[16] Siehe z. B. MLHA, RdK Güstrow, Bd. 133; MLHA, Ministerium für Sozialwesen, Bd. 12.

[17] MLHA, Landesbehörde der Volkspolizei, Bd. 400, passim.

[18] BAB, DQ 2/1, Bl. 93.

den entscheidenden politischen Kräften des gesellschaftlichen Neuaufbaus, weil diese den Betreffenden angesichts des Verlustes der Heimat und des allgemeinen gesellschaftlichen Chaos eine Alternative boten[19]. Die Kommandantur in Hagenow formulierte dies recht unumwunden, indem sie dem Landrat gestattete, NS-belasteten Flüchtlingen ihr Bodenreformland zu belassen, sofern sie „den ehrlichen Willen bekunden, am Neuaufbau mitzuhelfen und ihr Ablieferungssoll zu erfüllen"[20].

Häufig wurden Flüchtlinge als Ersatz für Entlassene herangezogen. Dies galt für alte Kader ebenso wie für politisch unorganisierte Flüchtlinge. Unmittelbar nach der Waffenruhe und der Gründung der Landesverwaltung im Sommer 1945 hatten zum Beispiel zahlreiche Überlebende des in Crivitz nahe Schwerin endenden Todesmarsches aus dem KZ Sachsenhausen leitende Stellen in der Verwaltung der Landeshauptstadt übernommen[21]. Außerdem kamen zahlreiche Genossen in geschlossenen Transporten aus der Tschechoslowakei in den Norden der SBZ, um den allgemeinen Politisierungsgrad zu heben[22].

Dies waren parteinahe Posten. Es mußten aber auch viele entlassene und gen Westen geflohene Fachkräfte ersetzt werden; so forderte der Parteienblock in der kleinen Stadt Laage im Oktober 1945 von dem für Personalfragen zuständigen ersten Vizepräsidenten Warnke die Absetzung eines Revierförsters, der Mitglied der NSDAP gewesen war; statt dessen schlugen die neuen Parteien einen früheren Revierförster aus dem östlichen Pommern vor, von dem es hieß, daß er „sich immer schon und jetzt wieder zur SPD bekannt" habe[23].

Nach Barthel waren von 1946 bis 1949 elf bis 14 % aller Erwerbstätigen der SBZ im öffentlichen Dienst beschäftigt; die Zahl der 1947 im öffentlichen Dienst tätigen Flüchtlinge war mit 18,2 % auffällig höher[24]. Diese Angaben sind vage und für Mecklenburg-Vorpommern liegen leider keine Zahlen über die einheimischen und die ortsfremden Verwaltungsmitarbeiter vor. Solche Listen wurden in Partei und Verwaltung anscheinend nicht geführt. Verschiedene Aspekte weisen darauf hin, daß dahinter keine Blindheit, sondern ein politisch intendiertes Desinteresse stand. Da die Flüchtlinge keinen Rückhalt in bestehenden gesellschaftlichen Strukturen hatten und keine eigenen Organisationen wie Landsmannschaften gründen durften, bildeten sie eine mögliche Klientel der neuen

[19] Die Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge berichtete z. B. am 4. 12. 1945 von der Meldepflicht der Flüchtlinge bei den Arbeitsämtern und damit zusammenhängenden umfangreichen Umschulungstätigkeiten in Mangelberufen wie Maurer, Krankenschwester, Schlosser, Dreher, Schmiede, Elektroschweißer und landwirtschaftliche Maschinenschlosser, MLHA, Ministerium für Sozialwesen, Bd. 228. Die aktivste Partei verschuf sich damit eine große Popularität, weil zahlreiche Umsiedler ihren persönlichen Neuanfang mit dem der neuen Gesellschaft gleichsetzten. Kaiser, Klientelbildung, S. 126ff. betont die Bedeutung dieser intendierten Klientelbildung für die Bodenreform. Die Bodenreformstatistiken zeigen, daß diese nur in Verbindung mit den weiteren Integrationsleistungen wirkte; angesichts von einer Million Flüchtlingen ist die Zahl der 32621 Begünstigten (vgl. Murken, Transformation, S. 77) nicht überragend, so daß ähnliche Prozesse in anderen Bereichen quantifiziert werden müssen: Wie viele ‚Umsiedler' waren Nutznießer der Verpachtung und des Verkaufs von enteigneten Handwerks- und Handelsbetrieben, wie viele kamen in der Verwaltung unter, wie viele wurden selbst politische Funktionsträger etc.?

[20] MLHA, MinPräs, Bd. 1309, Bl. 120.

[21] Siehe die von der Initiativgruppe Sobottka erstellte Liste der Anfang Juli 1945 in Mecklenburg bekannten alten KPD-Mitglieder, SAPMO, RY 1/I 3/15/37, Bl. 77ff.

[22] Siehe dazu MLHA, LL KPD, I/1, Bl. 182; MLHA, LL KPD, I/5, Bl. 186, 211, 239f., 243, 329–335; MLHA, LL SED, IV/2/5/155, Bl. 57f.; MLHA, LL SED, IV/2/5/158, Bl. 16; MLHA, LL SED, IV/2/6/334.

[23] MLHA, MdI, Bd. 210 b; ähnliche Hinweise in: MLHA, RdK Güstrow, Bd. 266, Bl. 15f., 75.

[24] Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 67.

Parteien und der neuen Herrscher innerhalb und außerhalb der Verwaltungen. Ihre Präsenz und Mitarbeit konnte eine wichtige Stütze beim Aufbau neuer Politik- und Gesellschaftsstrukturen sein[25]. Dies erklärt, warum KPD und Landespersonalamt keine rigorose Untersuchung der Flüchtlinge intendierten.

Ein einschlägiger Schriftwechsel erhärtet und erläutert diese Vermutung: Am 9. Februar 1946 informierte Ministerpräsident Höcker das für sämtliche Personalfragen zuständige Landespersonalamt, daß die SPD-Zugehörigkeit der Flüchtlinge aus Danzig anhand dort ausgestellter und von der „polnischen SPD" [!] bestätigter Ausweise nachprüfbar sei; ähnliches nahm Höcker für die KPD an. Daher seien alle staatlichen Dienstkräfte, die die frühere Zugehörigkeit zu einer der Arbeiterparteien angegeben hätten, daraufhin zu überprüfen, ob sie „im Besitze einer solchen Bescheinigung" seien[26]. Zur selben Zeit hatte die US-amerikanische Militärregierung bereits die gesamte Mitgliederkartei der NSDAP und zahlreicher weiterer NS-Organisationen gefunden und sichergestellt, womit ein hervorragendes Mittel zur Suche NS-Belasteter zur Verfügung stand. Daher schlug Höcker wegen seines Mißtrauens hinsichtlich der bislang nicht überprüfbaren Angaben der Flüchtlinge im selben Brief vor, von den neuen Bürokraten eidesstattliche Erklärungen zu verlangen, kein NSDAP-Mitglied gewesen zu sein. Dabei seien sie auf die Folgen von Falschaussagen „hinzuweisen und ausdrücklich zu verwarnen. Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß viele frühere Mitglieder der NSDAP ihre Mitgliedschaft aus dem Grunde verschweigen, weil sie glauben, eine Nachprüfung sei nicht möglich. Nachdem die Zentralkartei der NSDAP gefunden ist, wird auch eine solche Nachprüfung bei jedem aus dem Osten stammenden Angestellten erfolgen, sobald dies möglich ist. Die Gerechtigkeit erfordert es, daß auch diese Faschisten rücksichtslos aus der Verwaltung entfernt werden."[27] Die Antwort des Personalamtes fiel recht skeptisch aus[28]: Die Nachweise der SPD- oder KPD-Zugehörigkeit seien von Dienstkräften in der Landesverwaltung „nur in Ausnahmefällen" beizubringen. Die von Höcker vorgeschlagene Einführung einer eidesstattlichen Erklärung über die NS-Zugehörigkeit sei überflüssig, weil sie schon im allgemeinen Personalfragebogen enthalten sei[29]. Auch der

[25] So sah es auch Hauptabteilungsleiter Vogt von der DVdI auf einer Sitzung der thüringischen Landeskommission für Neubürger im Februar 1949, als er feststellte, daß mehr als die Hälfte der Mitarbeiter der mecklenburgischen Landesverwaltung Flüchtlinge seien. Leider erläuterte Vogt die zugrunde gelegte Statistik nicht genauer, dafür nannte er aber die politische Zielrichtung der Angelegenheit, indem er unmittelbar nach der Zahlenangabe feststellte, daß die SED-treue „Aktivisten- und Hennecke-Bewegung" inzwischen „zu ein[em] wesentliche[n] Teil aus Umsiedlern" bestehe. ThHStA, MdI, Bd. 3652, Bl. 240.

[26] MLHA, MdI, Bd. 759.

[27] Ebenda.

[28] Ebenda.

[29] Das Personalamt hatte allen Behörden am 19. 9. 1945 einen Musterfragebogen geschickt, auf dem der Unterschrift ein eidesstattlicher Charakter zugesprochen wurde und hinzugefügt war: „Ich bin mir bewußt, daß unrichtige Angaben strafrechtliche Ahndung zur Folge haben", MLHA, MinPräs., Bd. 947, Bl. 28. Auch entlassene Kriegsgefangene mußten bei ihrer Rückkehr eidesstattliche Erklärungen abgeben, keiner NS-Organisation angehört zu haben. Im Falle der Mitgliedschaft wurden sie vom Dienststellenleiter vorläufig ohne Bezüge beurlaubt, MLHA, MinPräs., Bd. 752. Den geringen Zuverlässigkeitsgrad von eidesstattlichen Erklärungen verdeutlicht allerdings ein Verordnungsentwurf „über die Bestrafung falscher Angaben über die Zugehörigkeit zur ehemaligen NSDAP und zu ihren Gliederungen", in dem die Deutsche Justizverwaltung zu Beginn des Jahres 1946 eine Höchststrafe von einem Jahr und bei eidesstattlichen Stellungnahmen eine Mindeststrafe von drei Monaten vorschlug, BAB, DP 1 (Verwaltungsarchiv), Bd. 6957, Bl. 103.

Hinweis des Präsidenten auf die Zentralkartei der NSDAP begeisterte das Personalamt nicht: Die Nachprüfung der Dienstkräfte aus dem Osten solle zwar „sobald als möglich erfolgen", doch zuerst werde „in einigen Zweifelsfällen um Auskunft gebeten", um „das richtige Funktionieren der Zentralkartei festzustellen".

Trotz der präsidialen Anregung und der Tatsache, daß die US-amerikanische Militärregierung sie ausdrücklich einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung stellte, wurde die NSDAP-Mitgliederkartei im Document Center nicht von Dienststellen der sowjetischen Besatzungsmacht genutzt[30]. Damit setzte sich die Linie des Personalamtes durch: Das Mißtrauen und der Widerwillen gegen die von OMGUS verwalteten Auskünfte übertrafen das Interesse an einer zuverlässigen Überprüfung der Flüchtlinge. Das war nicht nur ein antiwestlicher Vorbehalt noch vor Beginn des Kalten Krieges gegen die Verwaltung der Kartei durch US-Amerikaner. Das Personalamt fürchtete vielmehr jeden fremden Einfluß auf sein eigenes Ressort, der dessen weitgehend unangefochtene personalpolitische Stellung im Land gefährdete. Die NSDAP-Mitgliederkartei enthielt Informationen, deren Inhalt und Dosierung nicht im Belieben des Personalamtes standen. Es hätte seine absolute Stellung verloren, die es seinem Vetorecht und Informationsmonopol verdankte. Damit wäre eine Instanz akzeptiert worden, die aufgrund ihrer Unabhängigkeit nicht der Weisungskompetenz des Personalamtes, der KPD/SED oder der Besatzungsmacht zu unterwerfen war[31].

Neben diesem kurzen Schriftwechsel zwischen Personalamt und Höcker wurde das Thema nicht wieder expliziert: weder in Briefen, Protokollen oder anderen der zeitgenössischen Öffentlichkeit unzugänglichen Akten noch in Gesetzen, Verordnungen oder Verlautbarungen. Auch die amtlichen Statistiker brachten die massenweise Migration nicht mit der Entnazifizierung in Verbindung: in Flüchtlingsstatistiken keine Angaben über die Entnazifizierung, in Entnazifizierungsstatistiken keine spezifischen Angaben über Umsiedler.

Es bleibt die Frage nach der Zielrichtung des Rigorismus bei der Entnazifizierung: Wieso wurde einerseits besonders schnell und rigoros selbst gegen die bloß nominellen Pgs gehandelt, andererseits aber darüber hinweggegangen, daß fast die Hälfte der Bevölkerung durch das laxe Verfahren gegenüber Ortsfremden von der Entnazifizierung ausgenommen blieb? Das Schweigen der Dokumente der Landesverwaltung und späteren Landesregierung zu diesem Thema ist auffällig. Dieses in deutlichem Gegensatz

[30] Briefliche Auskunft von Kurt Rosenow, seit der Gründung Mitarbeiter und von 1947 bis 1953 Leiter des Berlin Document Centers, vom 12. 9. 1996 an den Verfasser; gleichzeitig teilt Rosenow mit, daß Juristen und Militärs verschiedener osteuropäischer Länder die BDC-Unterlagen intensiv und ergiebig zur Vorbereitung von Kriegsverbrecherprozessen genutzt haben. Dies entsprach der offiziellen Zulassungspolitik der US-Militärregierung: Lucius D. Clay nannte es das Ziel einer 1947 von OMGUS zur Erleichterung der allgemeinen Benutzung herausgegebenen Broschüre, „to give wide publicity to the information available in these records to the end that their value to interested agencies may be fully exploited". Document Center OMGUS (Hrsg.): Who was a Nazi? Facts about the membership procedure of the Nazi Party. Berlin 1947, S. 3, in: PRO-FO, 371, 64747.

[31] Systematische Anfragen hätten OMGUS und die US-Geheimdienste vielmehr mit wertvollen Informationen über die Personalstruktur der SBZ ausgestattet, für die sie sich ebenso wie ihre britischen Kollegen bereits seit den vierziger Jahren interessierten; OMGUS 3/162-1/9; OMGUS 7/28-3/24; PRO-FO 1005, 1633; PRO-FO 1005, 1741; PRO-FO 1005, 1747; PRO-FO 1005, 1748; PRO-FO 1005, 1749; PRO-FO 1005, 1750; PRO-FO 1030, 110; PRO-FO 1050, 467; PRO-FO 1051, 1088; PRO-FO 1056, 456.

zur sonstigen Akribie des Personalamtes stehende Desinteresse unterstreicht, daß es bei der Beurteilung der Dienstkräfte nur sekundär auf die tatsächliche NS-Belastung ankam. Der Entnazifizierungsrigorismus richtete sich primär gegen die einheimische Bevölkerung und dabei wiederum vor allem gegen die Dienstkräfte derjenigen Behörden, die 1945 nicht aufgelöst, sondern weitgehend unverändert übernommen worden waren. Es ging weder um individuelles Verhalten bis 1945 noch um das, was heute etwas ungeschickt „Aufarbeitung der Vergangenheit" genannt wird. Die Entnazifizierung diente vielmehr in erster Linie der Beseitigung alter Strukturen, der Einführung und Anpassung des neuen Personals und damit der Etablierung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Die eine Hälfte der Bevölkerung blieb also nicht zufällig unbeachtet. Zudem zeigten die Verantwortungsträger, daß ihre Überprüfung auch keineswegs unmöglich gewesen wäre. Schon vor der Vereinigung der Arbeiterparteien hatte ein Sozialdemokrat in Güstrow einen leicht gangbaren Weg vorgeschlagen: Es seien „die Namen der politischen Freunde aus den einzelnen ausgesiedelten Orten zu sammeln, um sich dann bei diesen über verdächtige Personen aus diesen Orten evtl. Auskunft holen zu können"[32]. Der Mär einer organisatorischen Aussichtslosigkeit widersprach auch die Einrichtung von SED-Kommissionen Ende 1946, welche die Flüchtlinge in den eigenen Reihen parteiintern kritisch unter die Lupe nahmen[33].

Wie in der Einleitung ausgeführt, galt die Entnazifizierung der Verwaltungsstellen in Mecklenburg-Vorpommern bereits Ende November 1945 als beendet. Nach diesem Abschluß stellte die Landesverwaltung die Wiederherstellung geordneter gesellschaftlicher Verhältnisse und die Konsolidierung der Verwaltung in den Mittelpunkt ihres Interesses. Verwaltungsintern sollte Ruhe einkehren, um einen reibungslosen Aufbau der neuen Verwaltung zu ermöglichen. Dies teilte Höcker der SMAM am 27. November 1945 ausdrücklich mit[34]. Nunmehr bemaß sich die Valenz der Dienstkräfte nach ihrer gegenwärtigen Aufbau- und Integrationsbereitschaft, nicht mehr nach ihrer Vergangenheit, denn Priorität hatte nun der Neuaufbau.

3. Schluß

Die Flüchtlinge gehörten zu den am stärksten benachteiligten sozialen Großgruppen der deutschen Nachkriegsgesellschaften: Die Klagen hinsichtlich Ernährung, Arbeitsmarkt, Wohnungsnot, sozialer Anerkennung etc. sind Legion[35]. Die Entnazifizierung steht dem entgegen, denn hier erfuhren die Migranten in der SBZ bereits 1945 jene Großzügigkeit, die Besatzungsmacht und SED der Altbevölkerung erst mit dem Ende der Entnazifizierung zugestanden.

[32] MLHA, MdI, Bd. 197, Bl. 330–334.

[33] MLHA, LL SED, IV/2/5/158, Bl. 140. Weitere Belege, daß die Überprüfung möglich gewesen wäre in: SAPMO, DY 30/IV 2/13/109, Bl. 41; MLHA, LL SED, IV/2/5/155, Bl. 51ff.; MLHA, LV SPD, II/5, Bl. 3; ACDP, III – 036, A 104. Die Geschichte der Sowjetunion und die weiteren Jahre der SBZ/DDR zeigen, daß die Kommunisten zur Organisation von umfassenden Überprüfungskampagnen in der Lage waren, sofern sie ihnen politisch opportun erschienen. Ein frühes Beispiel ist das Mißtrauen gegen Rückkehrer und Einwanderer aus dem Westen, vgl. BAB, DO 1/7/434, Bl. 393–396; SAPMO, RY 1/I 2/2/17, Bl. 35f. Brzezinski, Purge erklärte die ‚Säuberungswellen' zu einem konstitutiven Bestandteil entwickelter totalitärer Staaten.

[34] MLHA, MdI, Bd. 752.

[35] Zahlreiche Belege in den Aufsätzen im vorliegenden Band.

Trotz der bis 1989 fortgesetzten Antifaschismus-Rhetorik ging es den politischen Verantwortungsträgern bereits 1945 nicht primär um eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Faschismus und Antifaschismus dienten als dramatische Kulisse, vor der sich große und kleine politische Konflikte sowie grundlegende gesellschaftliche Weichenstellungen inszenieren und beeinflussen ließen. Dazu diente auch die Entnazifizierung: Sie ermöglichte die schnelle Deregulierung der alten Verwaltungs- und Herrschaftsstrukturen, weil durch sie zahlreiche Personen entlassen wurden. Im Mittelpunkt des Interesses der Entscheidungsträger stand nicht die Vergangenheit, sondern immer die Neuordnung, die Zukunft, der von der Avantgarde als richtig erkannte Weg.

III. Integrationspolitik und Wirtschaft

Dierk Hoffmann

Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung?

Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945–1950)

Die berufliche Eingliederung sozial Außenstehender ist ein wesentlicher Bestandteil des dreistufigen Integrationsmodells, das schon seit längerem bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Vertriebenen und Flüchtlingen Verwendung gefunden hat. Die „klassische Trias" von Kommerzium, Kommensalität und Konnubium gilt gemeinhin als „Testskala", um das Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu definieren und den Integrationsstand der zuletzt genannten Gruppe zu charakterisieren[1]. Integration ist die eine Seite dieses Prozesses, Ausgrenzung die andere. Die Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft zur Eingliederung der Zuwanderer ist somit entscheidend für deren Erfolg und kann letztlich auch – zumindest dem Modell nach – negativ verlaufen. In der historischen Betrachtung sind jedoch weniger die Extrempositionen, sondern vielmehr ein Mischverhältnis von Annäherung und Abgrenzung von zentralem Interesse, das es zu bestimmen gilt. Die berufliche Eingliederung stellt wiederum einen ersten wichtigen Schritt dar, mit dem sich Flüchtlinge und Vertriebene einen Zugang zu der für sie neuen Gesellschaft verschaffen konnten. Wie erfolgte – so wäre hier zu fragen – die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsmarkt der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der frühen DDR? Für die Bundesrepublik hat unter anderem Paul Lüttinger auf die zahlreichen Problemlagen dieses Prozesses hingewiesen und von einem Mythos der schnellen Integration gesprochen[2]. Auf der Grundlage der Mikrozensus-Zusatzerhebung vom April 1971 kommt er zu dem Ergebnis, daß von einer chancenindifferenten Integration der Zuwanderer nicht gesprochen werden kann. Vielmehr müsse bei der Beantwortung dieser Frage nach den einzelnen Kohorten differenziert werden. Demzufolge sei – so Lüttinger – die erfolgreiche Integration erst bei den Kindern bzw. den nachfolgenden Generationen der Zuwanderer „in vollem Umfang erreicht" worden[3].

Die archivalische Hinterlassenschaft der DDR macht eine solche, nach Generationen differenzierte Untersuchung nahezu unmöglich. Aus der Sicht der SED-Führung und der DDR-Staatsführung war die Eingliederung der sogenannten ‚Umsiedler'[4] Anfang

[1] Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 194.

[2] Lüttinger, Integration der Vertriebenen. Lüttinger hat seine Thesen in einem Aufsatz nochmals zugespitzt: Ders., Der Mythos der schnellen Integration.

[3] Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration, S. 35.

[4] Im folgenden werden die Begriffe ‚Flüchtling', ‚Vertriebener', ‚Zuwanderer' und ‚Umsiedler' synonym verwendet. Eine begriffsgeschichtliche Erörterung bleibt nach wie vor ein Desiderat der Forschung. Es sei noch darauf hingewiesen, daß es sich beim ‚Umsiedler'-Begriff um eine offizielle Bezeichnung der Personengruppe von seiten der staatlichen Verwaltung und der SED handelt. Um dies deutlich zu machen, wird der Ausdruck in Anführungszeichen gesetzt. Meinicke spricht sich dagegen für die Verwendung des Begriffs ‚Umgesiedelte' aus, um die Passivität

der fünfziger Jahre erfolgreich abgeschlossen. Weitere gruppenspezifische Fördermaßnahmen schienen daher überflüssig und nicht mehr notwendig zu sein. Gleichzeitig entfiel auch die Notwendigkeit für die staatlichen Verwaltungen, die ‚Umsiedler' weiterhin gesondert zu betrachten und ihren Eingliederungsprozeß weiter zu verfolgen. All dies sind Erklärungen dafür, daß die Aktenüberlieferung der Ministerien und Verwaltungen sowie der Hegemonialpartei SED zu diesem frühen Zeitpunkt abbricht.

Dennoch lohnt es sich, die Frühphase der SBZ/DDR genauer unter die Lupe zu nehmen und nach der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt zu fragen. Gab es, so müßte eine leitende Fragestellung lauten, entsprechende arbeitsmarktpolitische Pläne, die primär auf die Gruppe der ‚Umsiedler' abzielten? Welche Konflikte ergaben sich dabei zwischen der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS)[5] sowie der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU)[6]? Und: Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit von Zentral- und Landesverwaltung? Der folgende Beitrag muß sich aus den oben genannten Gründen auf die Anfangsjahre, also auf die Zeitspanne von 1945 bis 1950 beschränken. In einem ersten Schritt soll der Verlauf des Flüchtlings- und Vertriebenenzustroms in die SBZ kurz skizziert, anschließend ein Überblick über die Arbeitsmarktchancen der ‚Umsiedler' in einzelnen zentralen Wirtschaftssektoren gegeben und abschließend auf die Arbeitsmarktpolitik von ZVAS, ZVU und SED sowie der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen eingegangen werden.

1. Phasen der Vertreibung und Neuansiedlung

Bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges war das Gebiet der späteren SBZ durch die massenhafte Flucht Hunderttausender vor der heranrückenden Roten Armee überschwemmt worden. Noch vor der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation begannen auch die sogenannten „wilden" Vertreibungen aus dem ostmitteleuropäischen Raum. Die vier Siegermächte versuchten auf der Potsdamer Konferenz diese unkontrollierte Bevölkerungsverschiebung gen Westen zu ordnen und statt dessen eine geregelte „Umsiedlung" durchzuführen, soweit dies überhaupt möglich war[7]. Der Alliierte Kontrollrat verabschiedete am 21. November 1945 einen „Umsiedlungsplan"[8], der von einer deutschen Restbevölkerung in den ehemals deutschen Ostgebieten und Österreichs von etwa 6,65 Millionen ausging. Von dieser Gruppe sollten 2,75 Millionen in der SBZ, 2,25 Millionen in der amerikanischen, 1,5 Millionen in der britischen und 150000 in der französischen Zone aufgenommen werden[9]. Der Plan blieb zunächst jedoch nur Makulatur, da sich erst ab 1946 die Praxis der geregelten Transporte mit der Eisenbahn langsam durchsetzte[10].

dieses Prozesses (aus Sicht der Opfer) deutlich zu machen. Vgl. Meinicke, Flüchtlinge, S. 23, Anm. 17. Vgl. zur Durchsetzung des Terminus ‚Umsiedler' im Herbst 1945: Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 61.

[5] Vgl. zum Aufbau der ZVAS Hoffmann, Sozialpolitische Neuordnung, S. 24–28.

[6] Vgl. den Beitrag von Dieter Marc Schneider im SBZ-Handbuch, S. 239–243; sowie den aktengestützten Aufsatz von Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung.

[7] Vgl. Benz, Potsdam 1945, S. 110; Henke, Der Weg nach Potsdam, S. 81; Foschepoth, Die Westmächte, S. 99f.

[8] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 142.

[9] Zu den Zahlen Foschepoth, Die Westmächte, S. 100.

[10] Vgl. dazu ebenda, S. 101f.

Auf seiten der sowjetischen Militäradministration (SMAD) begannen die Planungen zur Aufnahme und Verteilung der ‚Umsiedler' in der SBZ vergleichsweise spät. Erst im Oktober 1945 wurde beispielsweise der systematische Aufbau eines Netzes von Aufnahmelagern in Angriff genommen[11]. Die SMAD beauftragte die neu errichteten deutschen Verwaltungen damit, an den östlichen Grenzen der SBZ zwölf Hauptlager aufzubauen, in denen die ‚Umsiedler' registriert und vor allem nach der strapaziösen Flucht medizinisch versorgt werden sollten. Von dort war dann eine Weiterführung ins Landesinnere vorgesehen. In den Lagern herrschten anfangs katastrophale Zustände: So war die Versorgung mit Lebensmitteln äußerst knapp und die Unterbringungsmöglichkeiten schlecht, so daß sich Krankheiten rasch ausbreiten konnten. Berichte der lokalen Behörden über Seuchen in den Lagern sind gerade in den beiden Jahren 1945/46 sehr zahlreich. In der Regel währte außerdem die zeitliche Unterbringung der ‚Umsiedler' in den Aufnahmelagern zu lange[12] – ein Zeichen dafür, daß oftmals kein geeigneter Aufenthaltsort gefunden werden konnte. Die ZVU schob dabei den lokalen Behörden, die für die Leitung und Kontrolle der Lager zuständig waren, die Hauptschuld zu.

Die endgültige Verteilung der ‚Umsiedler' erfolgte in der SBZ alles andere als geordnet. Zwar lag bereits am 19. Juli 1945 ein Befehl von Marschall Schukow zur regionalen Verteilung vor[13], dessen Realisierung aber vor Ort, d. h. in den Städten und Gemeinden, auf zunächst ungeahnte Schwierigkeiten und Widerstände stieß. Dem sowjetischen Befehl zufolge sollten sämtliche Zuwanderer aus den Ostgebieten nördlich der Warthe nach Mecklenburg, die aus den Gebieten südlich der Warthe und östlich der Oder in vier Kreise des östlichen und südöstlichen Brandenburg weitergeleitet werden[14]. Für die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien war das Gebiet um Torgau und in der Lausitz bestimmt worden. Deutlich erkennbar war das Bestreben der SMAD, den Vertriebenenstrom in die dünn besiedelten Räume der SBZ zu lenken, und zwar unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage. Offenbar hatte die SMAD in den ersten Monaten nach Kriegsende eine völlig unzureichende Vorstellung vom Ausmaß und Tempo der Vertreibung. Nur so läßt sich erklären, warum erst im Herbst mit dem Aufbau der Aufnahmelager begonnen wurde und wieso nicht schon vorher Überlegungen zur Lösung des Aufnahmeproblems angestellt worden waren.

Die Kanalisierung des Vertriebenenstroms ließ sich nur schwer durchführen und hing oftmals von der Mitarbeit der lokalen Behörden ab, welche die ‚Umsiedler' in benachbarte Kreise abschieben konnten. Besonders markant ist das Beispiel der sächsischen Landesregierung, die bereits im Juli 1945 die Anweisung gab, sämtliche Neuankömmlinge nach Mecklenburg weiterzuleiten[15]. Daraufhin ordnete die SMAD zwei Monate später einen allgemeinen Stopp der Wanderungsbewegung in der SBZ an. Die Anweisung der sowjetischen Besatzungsmacht richtete sich jedoch nicht nur gegen das eigenmächtige Handeln einzelner Landesregierungen, sondern auch gegen das „planlose" Umherziehen der ‚Umsiedler', das die Anstrengungen zur geregelten Ansiedlung zunichte machte. Zusammenfassend läßt sich für diese frühe Phase, also bis zum Jahres-

[11] Vgl. Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 142.
[12] Das wurde etwa auf einer Konferenz von Vertretern der ‚Umsiedler' aus den Ländern und Provinzen in Berlin am 14. 6. 1946 allgemein beklagt, BAB, DO 1/10/4, Bl. 100.
[13] Vgl. Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 143.
[14] Vgl. Just, Die Integration der Umsiedler, S. 146.
[15] Ebenda. Dies, Zur Lösung des Umsiedlerproblems, S. 975.

wechsel 1945/46 feststellen, daß nur eine unzulängliche Aufnahmeplanung existierte. Erst danach nahm die ‚Umsiedler'-Politik geordnetere Züge an. Da die Behörden bei der provisorischen Volkszählung am 1. Dezember 1945 knapp 2,5 Millionen Vertriebene (ohne Kinder unter fünf Jahren) zählten, war bereits weit mehr als die Hälfte der Zuwanderung in der ersten Phase erfolgt und zum großen Teil „planlos" verteilt worden. Auch die Volkszählung im Oktober 1946, bei der 3,5 Millionen ‚Umsiedler' registriert wurden, zeigt, daß die anfangs angestrebte Ansiedlung nach dem Herkunftsgebiet gescheitert war. Die „Landsmannschaften" waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über die ganze SBZ verteilt. Außerdem wird deutlich, daß die Verteilung der Vertriebenen besonders stark in den dünn besiedelten Gebieten erfolgt war. Nach Berechnungen von Wolfgang Zank waren sogar 86 Prozent in Landkreisen angesiedelt worden[16]. Relativ zur Wohnbevölkerung war der Zuwandereranteil auf dem Land etwa doppelt so hoch wie in den Städten, in Sachsen statistisch gesehen sogar fast dreimal so hoch. Hierfür dürften sicherlich die katastrophale Lage in den ausgebombten Großstädten und die vergleichsweise bessere Versorgung mit Lebensmitteln auf dem Lande eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Die Verteilung der Vertriebenen auf die Länder und Provinzen der SBZ erfolgte höchst ungleichgewichtig und unterstreicht nochmals das Zielvorhaben der Besatzungsmacht sowie der deutschen Stellen, die Neuankömmlinge auf dem Land anzusiedeln. Nach einer statistischen Erhebung der ZVU über die Verteilung der ‚Umsiedler' mit dem Stichdatum vom 31. Dezember 1946 hatten Mecklenburg und Sachsen-Anhalt die meisten Zuwanderer aufgenommen, nämlich 980773 bzw. 961733. Sachsen lag mit 781455 an mittlerer Position; dagegen wurden in Brandenburg und Thüringen 580571 bzw. 607390 ‚Umsiedler' gezählt[17]. Aufschlußreich sind nun die prozentualen Angaben, also der Vertriebenenanteil an der Gesamtbevölkerung. Demzufolge war Mecklenburg mit weitem Abstand am stärksten belastet: 45,7 Prozent der dortigen Wohnbevölkerung waren Vertriebene. Es folgten Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit einem Anteil zwischen 20,5 und 22,8 Prozent. Im bereits zuvor stärker besiedelten Sachsen machten die Zuwanderer nur 13,9 Prozent aus.

2. *Chancen und Hindernisse der beruflichen Eingliederung*

Angesichts der in den ersten Nachkriegsjahren nur geringen Unterstützung durch die öffentlichen Haushalte in Form von Krediten, Zuteilung von Sachmitteln etc., auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann, war für die ‚Umsiedler' die Erlangung eines Arbeitsplatzes von essentieller Bedeutung. Die berufliche Vermittlung von Flüchtlingen und Vertriebenen wurde vor allem dadurch behindert, daß es den Arbeitsämtern bis Anfang 1947 nicht gelang, eine Registrierung der Neuankömmlinge nach Berufen vorzunehmen. Die Rechtsgrundlage dieser Registrierung bildete der Befehl Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates vom 17. Januar 1946: Danach mußten sich alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 14 bis 65 Jahren und alle arbeitsfähigen Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren beim zuständigen Arbeitsamt melden[18]. Andernfalls drohte der Entzug der Le-

[16] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 144.
[17] BAB, DO 1/10/13, Bl. 43. Zusätzlich zu den Vertriebenenzahlen enthält die Statistik auch Zahlenangaben zur Gruppe der Evakuierten, die insgesamt 704118 Personen umfaßte.
[18] Amtsblatt, S. 131–133.

bensmittelkarten. Es hatte in der SBZ schon zuvor entsprechende Anweisungen der sowjetischen Besatzungsmacht gegeben, so z. B. der SMAD-Befehl Nr. 65 vom 15. September 1945, der die Wiedereinführung des Arbeitsbuches bedeutete. Die Austeilung des Arbeitsbuches verzögerte sich jedoch erheblich und hing offensichtlich mit der Papierknappheit zusammen[19]. Darüber hinaus wollte die ZVAS vermulich vermeiden, mit der Wiedereinführung des Arbeitsbuches in die Nähe zur NS-Arbeitsmarktpolitik zu geraten. Erschwerend kam aber vor allem hinzu, daß die SBZ im Herbst 1945 noch gar nicht flächendeckend mit funktionsfähigen Arbeitsämtern versorgt war, so daß die Registrierung noch nicht überall erfolgen konnte.

Die ZVU hatte zwar in einem Rundschreiben im Oktober 1945 angekündigt, ein Fragebogen zur Registrierung der arbeitsfähigen ‚Umsiedler' sei geplant und würde den nachgeordneten Verwaltungseinheiten weitergeleitet werden[20]. Da die Registrierung nur von den Arbeitsämtern übernommen werden konnte (die ZVU verfügte auf der lokalen Ebene über eine personell nur schwache Verwaltungseinheit) war eine enge Zusammenarbeit mit der ZVAS erforderlich, der wiederum die Arbeitsämter unterstanden. Diese Kooperation zwischen den beiden Zentralverwaltungen scheint von Anfang an belastet gewesen zu sein. So beschwerte sich die Führung der ZVAS Ende November 1945 darüber, daß ein Mitarbeiter der ZVU, Georg Chwalczyk, die Herausgabe statistischen Materials verweigert habe[21]. Dieses sei aber als ergänzendes Material notwendig, um die „berufliche Seßhaftmachung der Umsiedler" sicherstellen zu können. Der in der Abteilung Statistik tätige Chwalczyk mußte knapp eine Woche später einlenken und erklären, daß der ZVAS ein „Überblick über die bisher aufgenommenen Umsiedler" gegeben werden müsse[22]. Es dauerte dennoch ein Jahr, bis die ZVU und die ZVAS am 7. November 1946 gemeinsam eine entsprechende Anweisung zur „Wiedereingliederung der Umsiedler und Heimkehrer in den Produktionsprozeß" erließen[23]. Demzufolge war es die Aufgabe des Arbeitsamtes, das für das jeweilige Aufnahmelager zuständig war, die ‚Umsiedler' innerhalb von 48 Stunden nach Berufen[24] zu registrieren. Das Ergebnis sollte dann telefonisch oder per Kurier dem Landesarbeitsamt mitgeteilt werden. Dieses wiederum konnte dann einen Aufnahmeort für die einzelnen Vertriebenen festlegen. Fachkräfte, die innerhalb des Landes bzw. der Provinz nicht untergebracht werden konnten, waren der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS), der Nachfolgebehörde der ZVAS, zu melden, die dann in Absprache mit der ZVU ein neues Aufnahmegebiet festzulegen hatte. Damit wurde eine systematische Registrierung erst in Angriff genommen, als der Großteil der Vertriebenen bereits verteilt und untergebracht war. Darüber hinaus muß für die Umsetzung der Anordnung eine zeitliche Verzögerung in Rechnung gestellt werden.

[19] Zu den Gründen der Verzögerung Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 87f.

[20] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 148.

[21] Schreiben der ZVAS vom 27. 11. 1945 an die ZVU, BAB, DO 1/10/58, Bl. 98.

[22] Notiz Chwalczyks vom 5. 12. 1945 betr. Zusammenarbeit mit der ZVAS, BAB, DO 1/10/58, Bl. 9.

[23] Eine mit handschriftlichen Bemerkungen und Unterstreichungen versehene Fassung befindet sich in: BAB, DO 1/10/58, Bl. 25f. Die Anweisung war an alle Landes- und Provinzialämter für Arbeit und Sozialfürsorge sowie an die Landesämter für Umsiedler gerichtet.

[24] In der ursprünglichen Fassung war eine Registrierung nach Berufsgruppen vorgesehen. Die Änderung ging auf eine Intervention der SMAD zurück. Vgl. Schreiben des Chefs der Abt. für Arbeitskraft bei der SMAD, Morenow, am 12. 12. 1946 an den Chef der 2. Abt. für Zivilangelegenheiten bei KDV-SMAD, Oberstleutnant Ugrjumow, BAB, DO 1/10/58, Bl. 32.

Nur in wenigen Fällen, in denen sich beispielsweise Großbetriebe auch schon 1946 direkt mit Arbeitskräfteanforderungen an die Umsiedlerbehörden wandten, erfolgte eine Festlegung des Aufnahmeortes entsprechend der beruflichen Eignung bzw. des Arbeitsplatzangebotes von seiten der Betriebe. Solche Vermittlungen konnten aber an mangelnden Unterbringungsmöglichkeiten oder der Verweigerung der Zuzugsgenehmigung durch lokale Behörden wieder scheitern. Seit dem Frühjahr 1947 häuften sich dann aber die Fälle, in denen Unternehmen eigenständig Arbeitskräfte in den ‚Umsiedler'-Quarantänelagern[25] warben. So meldete die ZVU beispielsweise, daß in Sachsen-Anhalt Vertreter von Großbetrieben „mit Ausweisen des Landesarbeitsamtes" eine direkte Anwerbung von Fachkräften in den Lagern vornehmen würden[26]. Nach Angaben Chwalczyks hatte sich dieses System gut bewährt. Bereits am 9. September 1946 hatte das Präsidium der ZVU bei der SMAD den Vorschlag unterbreitet, den Großbetrieben mit einem anhaltend hohen Arbeitskräftebedarf eine besondere Genehmigung zur Werbung von Arbeitskräften in den Aufnahmelagern zu erteilen[27]. Dem standen offenkundig anderslautende Verfügungen der sowjetischen Besatzungsmacht entgegen. Ob diese daraufhin revidiert wurden, läßt sich nicht nachweisen. Festzuhalten bleibt aber, daß die Unternehmen an diesen Praktiken nicht gehindert wurden. Die Werbeaktionen einzelner Betriebe besaßen jedoch einen ambivalenten Charakter: Auf der einen Seite wurde dadurch die Arbeit der Arbeitsämter unterstützt, die den Arbeitskräftebedarf der Unternehmen offensichtlich nicht alleine bedienen konnten. Auf der anderen Seite zeigten sich damit aber die Grenzen staatlicher Interventionspolitik, die von einem politischen System, das den Anspruch besaß, den Arbeitsmarkt zentral regulieren zu wollen, nicht ohne weiteres hingenommen werden konnten.

In welchen Wirtschaftssektoren fanden nun die ‚Umsiedler' vor allem eine Beschäftigung? Von insgesamt 1 344588 in Arbeit stehenden Vertriebenen (Ende 1946) waren 588756 in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Das entsprach einem prozentualen Anteil von 43,8[28]. An zweiter Stelle folgte der Bereich Industrie und Gewerbe mit 261337 ‚Umsiedlern' (19,4 Prozent), gefolgt vom Bau- und Baunebengewerbe mit 56237 (4,2 Prozent) und dem Bergbau sowie der Metallindustrie mit 33600 Vertriebenen (2,5 Prozent). Das Schlußlicht bildete die Gruppe der Selbständigen, zu denen 18887 (1,4 Prozent) gezählt wurden[29]. Diese Statistik verdeutlicht, daß in der Anfangszeit vor allem

[25] Die Vertriebenen mußten sich in der Regel 14 Tage in den Quarantänelagern aufhalten, bevor sie in die Aufnahmeorte weitergeleitet wurden. Hintergrund dafür waren gesundheitspolitische Überlegungen der deutschen Verwaltungsstellen, die ein Ausbreiten von Seuchen schon im Keim ersticken wollten. Gleiches traf im übrigen auch die zurückkehrenden Kriegsgefangenen. Die SMAD schaltete sich bei der Seuchenbekämpfung sehr stark ein. Vgl. dazu das Schreiben der ZVU an die Zentralverwaltung der Industrie vom 12. 9. 1947, BAB, DO 1/10/58, Bl. 207.

[26] Aktennotiz Chwalczyks vom 31. 7. 1947, BAB, DO 1/10/58, Bl. 204. In dem Zusammenhang werden die Leuna-Werke, die Buna-Werke und die Mitteldeutschen Braunkohlengruben namentlich genannt.

[27] Schreiben des ZVU-Präsidenten, Rudolf Engel, vom 9. 9. 1946 an den Chef der Abt. für Zivilangelegenheiten, Statistik und Verteilung der Umsiedler bei der KDV-SMAD (Karlshorst), BAB, DO 1/10/58, Bl. 27–29, bes. Bl. 28. Als Beispiele werden die Leuna- und Buna-Werke, der Mansfelder Kupfer-Bergbau, allgemein der Kohlenbergbau, der Kali-Bergbau und die Textilindustrie angeführt.

[28] Die folgenden Zahlen stammen aus einem Bericht der ZVU vom 18. 12. 1946. Erhebungszeitpunkt war der 1. 12. 1946. BAB, DO 1/10/58, Bl. 41.

[29] Einschränkend muß jedoch hinzugefügt werden, daß 385771 ‚Umsiedler' (28,7 Prozent) unter der Kategorie „Verschiedene" zusammengefaßt wurden. Ebenda.

der primäre Sektor Arbeitsmöglichkeiten für die Neuankömmlinge anbieten konnte. Laut ZVU-Statistik waren am 1. Dezember 1946 84,1 Prozent der meldepflichtigen ‚Umsiedler' in den Produktionsprozeß eingegliedert. Aufschlußreich waren aber vor allem die Zahlenangaben über die arbeitsfähigen Vertriebenen, machte sich doch hier eine enorme Kluft zur eingesessenen Bevölkerung bemerkbar: Nur 41,6 Prozent der ‚Umsiedler' galten als arbeitsfähig[30]. Im Gegensatz dazu lag der vergleichbare Wert für die Gesamtbevölkerung um ein Drittel höher, nämlich bei 60,1 Prozent[31]. Die geringere Arbeitsfähigkeit der Vertriebenengruppe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bedeutete eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Haushalte der Länder und Kommunen in Form von Fürsorgeunterstützungen[32].

Einfluß auf die Zuteilung von Arbeitskräften nahm vor allem die sowjetische Besatzungsmacht, die den Arbeitsbehörden immer wieder befahl, Arbeitskontingente für Demontagearbeiten oder aber für den Bereich der Grundstoffindustrie – dabei in erster Linie für die Wismut AG[33] – zusammenzustellen. Auf dieses Thema kann allerdings in diesem Zusammenhang nicht weiter eingegangen werden, zumal die Gruppe der ‚Umsiedler' nicht im Mittelpunkt des sowjetischen Interesses stand. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe spielte für die SMAD und die für arbeitsmarktpolitische Fragen zuständige Abteilung Arbeitskraft bei der Rekrutierung von Arbeitskräften keinerlei Rolle.

Es überrascht nicht, daß die berufliche Integration der Vertriebenen zunächst nur geringe Fortschritte machte. Dabei war die Arbeitsmarktlage 1945/46 zumindest für die männlichen ‚Umsiedler' noch vergleichsweise günstig: Noch im Oktober 1946 zählte man fast eine Million Männer im arbeitsfähigen Alter weniger als 1939. Nach Berechnungen von Wolfgang Zank läge das Arbeitskräftedefizit ohne den Vertriebenenzustrom sogar noch höher, nämlich bei rund 1,8 Millionen[34]. Bemerkenswert war der 1946 allseits gemeldete Arbeitskräftebedarf, unter anderem auch an Hilfsarbeitern und Erntehelfern. Trotz dieser günstigen Ausgangslage waren Anfang 1946 beispielsweise in Sachsen-Anhalt nur 45 Prozent der Vertriebenen im arbeitsfähigen Alter mit einer Arbeitsstelle versorgt, darunter 13 Prozent berufsfremd. Als Vergleichsmaßstab sei die Beschäftigtenrate der erwerbsfähigen Männer in der DDR genannt, die im Oktober 1946 bei 69 Prozent lag. Zu diesem Zeitpunkt lag der Anteil der erwerbstätigen Vertriebenen bezogen auf die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter vermutlich erheblich unter 45 Prozent[35]. Sachsen-Anhalt nahm dabei sicherlich eine Sonderrolle ein, da das Land eine überdurchschnittliche Gewerbedichte und einen etwa im Vergleich zu Mecklenburg geringeren ‚Umsiedler'-Anteil aufwies.

Welche Konsequenzen ergaben sich nun aus diesen Rahmenbedingungen für die berufliche Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt[36]?

[30] Ebenda, Bl. 38.

[31] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 33.

[32] Vgl. zu diesem Zusammenhang den Beitrag von Boldorf im vorliegenden Sammelband.

[33] Vgl. dazu etwa Karlsch, Allein bezahlt, S. 136–150. Die Arbeitskräftemobilisierung für die Wismut AG sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen beschreibt sehr eindringlich Naimark, The Russians in Germany, S. 238–250.

[34] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 149.

[35] Ebenda.

[36] Unter dem Begriff ‚Arbeitsmarkt' wird an dieser Stelle nur der Schnittpunkt verstanden, in dem die Arbeitsnachfrage auf das Arbeitsangebot trifft und in Übereinstimmung gebracht wird. Während in privatkapitalistischen Wirtschaftssystemen dieser Prozeß über den Preismechanismus (Lohn) erfolgt, werden in zentralverwalteten Wirtschaftssystemen, zu denen die der RGW-Staa-

Zum einen mußten den Zuwanderern neue Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden; zum anderen waren die Umsiedler gezwungen, den Wohnort abermals zu wechseln und sich selber einen Arbeitsplatz zu suchen. Was die Schaffung neuer Arbeitsplätze anbelangte, so nahm die im September 1945 eingeleitete Bodenreform[37] einen wichtigen Stellenwert ein, den man aber nicht überbewerten sollte. In diesem Zusammenhang sollte nur kurz auf das Gesamtergebnis dieser staatlich verordneten und kontrollierten Neuverteilung von Land eingegangen werden, und zwar in Hinblick auf die Gruppe der ‚Umsiedler'[38]. Einer statistischen Erhebung vom Sommer 1948 zufolge hatten bis zu diesem Zeitpunkt 88000 Vertriebene Neubauernstellen erhalten; zusammen mit den Familienangehörigen kommt man auf eine Personengruppe von etwa 350000, die durch die Landwirtschaft versorgt werden konnte[39]. Nimmt man die Gesamtgruppe der Vertriebenen zum Maßstab (Ende 1946: 3,9 Millionen), so lag der Anteil unter 10 Prozent. Der Vertriebenenanteil unter den Neubauern lag in allen Ländern der SBZ – mit Ausnahme Mecklenburgs – leicht über dem jeweiligen Bevölkerungsanteil. Da die Mehrzahl der Vertriebenen jedoch erst zu einem späten Zeitpunkt in die SBZ gelangte, als sich die Bodenreform schon in einem weit fortgeschrittenen Stadium befand[40], müssen die angedeuteten positiven Effekte stärker relativiert werden, zumal die weit überwiegende Mehrheit der im primären Sektor tätigen ‚Umsiedler' vielmehr als Landarbeiter eine Beschäftigung fand[41]. Weniger von Bedeutung war dagegen die Tatsache, daß eine Reihe von Neubauern, die sich aus Sicht der SED „nicht bewährt hatten"[42], durch andere Betriebsinhaber ersetzt werden mußten. Für die freiwerdenden Neubauernstellen boten sich – so das SED-Zentralsekretariat – die „antifaschistischen Bauern aus dem Sudetengebiet und aus Polen"[43] an. Diese Zahlen veränderten jedoch das Gesamtergebnis nur unwesentlich. Bei der Behauptung auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt muß ein anderer Zusammenhang noch kurz beleuchtet werden: Für die Vertriebenen, die im Zuge der Bodenreform Land erhalten hatten, bedeutete die Benachteiligung bei der „Verteilung von lebendem und totem Inventar" eine enorme Verschlechterung ihrer Position im Konkurrenzkampf mit den alteingesessenen Bauern[44]. Das führte oftmals dazu, daß zahlreiche ‚Umsiedler' schon bald ihre neu erworbenen Höfe aufgeben mußten[45].

ten zu zählen sind, Preise und Löhne von einer staatlichen Stelle festgesetzt. Insofern kann hierbei nur in einem sehr eingeschränkten Maße von einem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Da zudem aber auch überzeugende, alternative Begriffe fehlen, wird im folgenden vom Arbeitsmarkt die Rede sein. Vgl. zur Unterscheidung der beiden Idealtypen ‚Zentralverwaltungswirtschaft' und ‚Marktwirtschaft' Gruber/Kleber, Grundlagen, S. 33–52.

[37] Ausführlich zu diesem Themenkomplex der Tagungsband von Bauerkämper, „Junkerland in Bauernhand"?

[38] Vgl. dazu den Beitrag von Bauerkämper im vorliegenden Sammelband.

[39] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 149. Ende 1946 lag die Zahl der Vertriebenen, die Neubauernstellen erhalten hatten, bei 77971. Vgl. Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen, S. 139.

[40] Aussprache des Zentralsekretariats der SED mit 30 ‚Umsiedlern', vermutlich im Frühjahr 1946, BAB, DO 1/10/4, Bl. 105.

[41] So auch die Schlußfolgerung bei Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 126.

[42] Aussprache des Zentralsekretariats der SED mit 30 ‚Umsiedlern', vermulich im Frühjahr 1946, BAB, DO 1/10/4, Bl. 105.

[43] Ebenda.

[44] Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen, S. 140.

[45] Vgl. Schwartz, Vom Flüchtling zum Neubürger, S. 34.

Daneben erhielt für die Vertriebenen die Heimarbeit zunehmende Bedeutung und wurde staatlicherseits gefördert. Der erhoffte Effekt auf dem Arbeitsmarkt blieb jedoch aus bzw. stellte sich nicht in dem Maße ein, wie es die Arbeitsverwaltung erwartet hatte. Die staatlich unterstützte Gründung von Produktionsgenossenschaften beschränkte sich bei den ‚Umsiedlern' oftmals auf Betriebe, die kunstgewerbliche Produkte herstellten, wie etwa das Beispiel des Gablonzer Kunsthandwerks in Thüringen anschaulich zeigt[46]. Bei der Totalbetrachtung des Arbeitsmarktes in der SBZ und frühen DDR muß die Bedeutung der Produktionsgenossenschaften stark relativiert werden: So arbeiteten 1948 ca. 8000 Vertriebene in 61 Genossenschaften, also 0,6 Prozent der erwerbstätigen ‚Umsiedler'[47]. Schwierigkeiten ergaben sich für Vertriebene beim Aufbau eigener Handwerksbetriebe. Dies hing mit der unzureichenden Ausstattung mit Werkzeugen, aber auch mit dem Beharrungsvermögen eingesessener Handwerksmeister zusammen, die neue Konkurrenz befürchteten. So wurde auf einer ‚Umsiedler'-Konferenz der SED-Führung am 14. Juni 1946 in Berlin allgemein beklagt, daß die Handwerkskammern „Widerstand bei der Selbständigmachung von Umsiedlern" leisten würden[48]. Die „Niederlassung von selbständigen Umsiedlern" sei in einigen Orten mit dem Hinweis unterbunden worden, daß ansonsten die „noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Handwerksmeister bei ihrer Rückkehr keine Betätigungsmöglichkeit" mehr hätten[49]. Der starke Zustrom von Vertriebenen bedeute jedoch ein „Mehrbedarf" an Arbeitsplätzen im handwerklichen Bereich. Die SED-Führung konnte in dem Zusammenhang nur an die Arbeitsämter appellieren, bei der Vergabe von Arbeitsplätzen ‚Umsiedler' bevorzugt zu berücksichtigen. Die eigentlichen Beharrungskräfte gegen eine gleichberechtigte Eingliederung der Vertriebenen befanden sich aber auf der lokalen Ebene. Dort konnte zum Teil erfolgreich der staatlichen Interventionspolitik entgegengesteuert werden.

Da die Bemühungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze am Aufenthaltsort der Vertriebenen insgesamt nur begrenzten Erfolg hatten, waren zahlreiche Vertriebene gezwungen, ihren Wohnort aufzugeben. Ein zweiter Ortswechsel und eine Binnenwanderung waren die Folge. Daneben hatte schon Anfang 1946 eine Weiterwanderung gen Westen eingesetzt. Vor allem die amerikanische Militärregierung empfand diese Zuwanderung als Belastung für die eigene Zone und ging bald dazu über, die Reisen aus der SBZ in die Westzonen – soweit das überhaupt möglich war – zu regulieren und einzuschränken. Ganz anders verhielt sich die britische Besatzungsmacht, die offensichtlich bereit war, alle Neuankömmlinge in ihrer Zone aufzunehmen[50]. Um die massenhafte Abwanderung in den Westen zu stoppen, erließ der Alliierte Kontrollrat auf Antrag der sowjetischen Seite am 30. Juni 1946 eine Grenzsperre für Flüchtlinge aus der SBZ[51]. Eine genaue Quantifizierung dieses Zustroms ist aufgrund der zu diesem frühen Zeitpunkt noch un-

[46] Vgl. Kaltenborn, Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerks.
[47] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 150.
[48] Konferenz von Vertretern der ‚Umsiedler' aus den Ländern und Provinzen der SBZ am 14. 6. 1946 in Berlin, BAB, DO 1/10/4, Bl. 99.
[49] Ebenda, Bl. 100.
[50] Die britische Zone war bei der Behandlung der Deutschen aus der SBZ bis 1949 die treibende Kraft. Vgl. Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 74 u. 83f. Eine konträre Position bezieht Zank, der davon ausgeht, daß die britische Militärregierung am 30. 6. 1946 eine vollständige Grenzsperre verhängte. Vgl. Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 150.
[51] Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 75.

vollständigen statistischen Erhebungen kaum möglich; es muß jedoch für die Phase bis zur Staatsgründung der DDR 1949 wahrscheinlich von einigen Tausend ausgegangen werden[52].

Zielpunkte der eben angesprochenen Binnenwanderung waren vor allem Großbetriebe oder Großprojekte wie beispielsweise der Uranbergbau im Erzgebirge. Nach Ansicht der ZVU war der Arbeitskräftebedarf weitaus größer, als daß er allein von der Gruppe der ‚Umsiedler' hätte befriedigt werden können[53]. Gleichzeitig wurde aber auch beklagt, daß die Vertriebenen von den Arbeitsämtern oftmals nur als Manövriermasse betrachtet würden. So hätte die Arbeitsverwaltung bei der Durchführung von SMAD-Befehlen zur Zusammenstellung von Arbeitskräftekontingenten „besonders gerne Umsiedler herangezogen"[54]. Als Beispiele führte der ZVU-Präsident den Oder-Deichbau und den Bergbau an. Die Notwendigkeit dieser Arbeiten müsse, so Rudolf Engel weiter, „besser popularisiert werden". Darüber hinaus seien auch die Methoden der Arbeitsverpflichtung zu verbessern. Konkret nannte Engel die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt und die Benachteiligung der ‚Umsiedler' bei der Vergabe von Wohnraum. In den ersten beiden Nachkriegsjahren war die Versorgung mit Wohnraum und Lebensmitteln etwa für die Bergarbeiter der Wismut AG allgemein schlecht; dies belegen die zahlreichen Berichte der örtlichen Verwaltungen. 1947/48 änderte sich jedoch allmählich die soziale Lage der Beschäftigten im Uranbergbau. In zunehmenden Maße wurden Sonderrationen ausgegeben und bei der Wohnungsvergabe genossen die Wismut-Arbeiter bald Priorität. Diese Entwicklung hing aufs engste mit dem Wechsel der Instrumentarien staatlicher Arbeitskräftelenkung zusammen. Während – vereinfacht gesehen – zuvor die Zwangseinweisung auf der Tagesordnung stand, bemühten sich die Arbeitsbehörden nunmehr, Arbeitskräfte auf freiwilliger Basis zu werben. Dies kam den ‚Umsiedlern' durchaus entgegen, waren sie doch bei der Vergabe von Wohnraum beispielsweise oft gegenüber der einheimischen Bevölkerung benachteiligt worden. Der Wechsel in der Rekrutierungspolitik gerade für den Uranbergbau, also fort von „harten" und hin zu „weichen" Maßnahmen, wurde auch dadurch erheblich begünstigt, daß in Gestalt der Vertriebenen ein noch ungebundenes und dringend auf Arbeit und Unterkunft angewiesenes Arbeitskräftereservoir zur Verfügung stand. Im Ergebnis wiesen bereits 1948 die Belegschaften einzelner Großbetriebe einen weit überdurchschnittlichen Anteil an Vertriebenen auf. Für die fünfziger Jahre stellt mit Sicherheit das Eisenhüttenkombinat Ost in Fürstenwalde ein Paradebeispiel für die Eingliederung einer quantitativ nicht unbeträchtlichen Gruppe von ‚Umsiedlern' in den Arbeitsmarkt dar. Umfragen zufolge lag der Vertriebenenanteil 1952 in 34 Großbetrieben bei 39 Prozent[55]. An der Spitze befanden sich die Leuna-Werke mit 11 800 ‚Umsiedlern', was einem Belegschaftsanteil von 47 Prozent entsprach. Auch die Gruben der Wismut AG in Sachsen und Thüringen wiesen einen ho-

[52] Nach Angaben Meinickes waren von den mindestens 2,7 Millionen Menschen, die bis zum Mauerbau die DDR verließen, etwa 950000 Vertriebene. Meinicke, Flüchtlinge, S. 79. Vgl. zur Flüchtlingspolitik der Bundesregierung allgemein die detaillierte Studie von Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung.

[53] Erfahrungsbericht des Präsidenten der ZVU, Rudolf Engel, o. D. (vermutlich Ende 1947), BAB, DO 1/10/4, Bl. 50.

[54] Ebenda.

[55] Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 151. Zank stützt sich dabei auf Untersuchungsergebnisse von Seraphim. Vgl. Seraphim, Die Heimatvertriebenen, S. 96.

hen Anteil auf, in einzelnen Fällen soll der Vertriebenenanteil sogar 80 Prozent betragen haben[56].

Trotz dieser Erfolge erhöhte sich vom Oktober 1946 bis zum März 1949 die Gesamtzahl der erwerbstätigen Vertriebenen kaum: Zu beiden Zeitpunkten lag sie bei etwa 1,4 Millionen[57]. Der Beschäftigungsanstieg durch Binnenwanderung und Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten auf dem Land wurde durch den raschen Anstieg der Arbeitslosigkeit und die zunehmende Konkurrenz mit den Kriegsheimkehrern und die auf den Arbeitsmarkt gedrängten arbeitseinsatzfähigen Frauen wieder zunichte gemacht. Da im selben Zeitraum die Zahl der ‚Umsiedler' noch einmal um ca. 700–800 000 anstieg, sank somit der Anteil der Erwerbstätigen an der Vertriebenengruppe. Diese Entwicklung kann nur zu einem kleinen Teil durch den andersartigen demographischen Aufbau der Vertriebenengruppe erklärt werden, d. h. also höherer Anteil an Alten, Invaliden und Kranken, die nicht mehr in den Arbeitsmarkt eingebunden werden konnten. Es muß insgesamt festgestellt werden, daß die ‚Umsiedler' auf dem Arbeitsmarkt auch noch 1949 erheblich benachteiligt waren. Da angesichts der Eigentumsverluste und der eher bescheidenen staatlichen Unterstützung, die zunächst nur eine ad-hoc-Maßnahme darstellte und die erste Not lindern konnte, das Überleben von einer Erwerbstätigkeit abhing, waren die Vertriebenen in doppelter Hinsicht benachteiligt. Die Lösung der Integrationsaufgabe stand somit bei der Gründung der DDR im Oktober 1949 noch aus.

3. SED, staatliche Verwaltung und die ‚arbeitsmarkt'-politischen Programme zugunsten der ‚Umsiedler'

Erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeitsplatzvermittlung blieb, wie schon eingangs erwähnt, die Registrierung der arbeitsfähigen Bevölkerung durch die Arbeitsämter. In den Monats- und Quartalsberichten, die auf Landes- und auf Zentralebene gebündelt wurden, tauchen die ‚Umsiedler' nur bis Anfang 1949 als Gesamtgruppe auf. Für die Arbeitsverwaltung existierten noch eine ganze Reihe anderer sozialer Gruppen, deren berufliche Integration problematisch erschien. Dies waren vor allem die Frauen und die Schwerbeschädigten[58]. Die statistische Erfassung der arbeitsfähigen, erwerbstätigen und arbeitslosen ‚Umsiedler' bricht Ende Mai 1949 aufgrund eines Erlasses der zuständigen Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (HVAS) ab[59]. Inwieweit die SED-Führung hinter diesem Beschluß stand, kann aus der Retrospektive nicht mehr ermittelt werden. Zu vermuten wäre auch, daß dieser Schritt als verspätete Konsequenz der Auflösung der Flüchtlingssonderverwaltung ZVU und ihrer Eingliederung in die Innenverwaltung erfolgte[60].

Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen war in der Anfangszeit zunächst eine Aufgabe der Landes- und Provinzialverwaltungen. Sie konnten sich in dieser frühen Phase (1945/46) den besten Überblick über den genauen Zustrom der ‚Um-

[56] Seraphim, Die Heimatvertriebenen, S. 97. Der Autor zitiert an dieser Stelle Informationsberichte, ohne deren Herkunft anzugeben.

[57] Zu diesem Urteil kommt Zank. Vgl. Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 151.

[58] Vgl. dazu Boldorf, Eingliederung der Kriegsopfer und Schwerbeschädigten.

[59] Dies geht aus einem Schreiben des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik der Landesregierung Sachsen-Anhalt vom 14. 7. 1949 an die HVAS hervor, BAB, DQ 2/1082.

[60] Vgl. zum Auflösungsprozeß der ZVU Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 57–59.

siedler' verschaffen, während die im Spätsommer 1945 aufgebauten Zentralverwaltungen noch keine Vorstellungen über die damit zusammenhängenden Probleme besaßen. Die für die Registrierung der ‚Umsiedler' zuständige ZVAS versuchte allerdings rasch, die Aktivitäten der Länder bzw. Provinzen zu koordinieren. Dabei wurde der berufsmäßigen Registrierung der Vertriebenen große Bedeutung beigemessen, da dies eine zentrale Voraussetzung für die Lenkung des Flüchtlingsstroms war. Anfang Oktober 1945 lagen nur für die Länder Brandenburg, Mecklenburg sowie für die Provinz Sachsen erste Zahlenangaben vor[61]. Eine restlose Zählung der Flüchtlinge konnte nach Angaben der ZVAS erst Ende 1945 beginnen: Es sei anzunehmen, daß „mit Anbrechung der kalten Jahreszeit und Abebben des Zustroms neuer Flüchtlinge, [. . .], die Flüchtlinge nunmehr im allgemeinen eine feste Unterkunft gefunden haben."[62]

Aufgrund von ersten Statistiken einzelner lokaler Behörden glaubte die ZVAS einen ersten, vorläufigen Plan zur beruflichen Eingliederung der Vertriebenen ausarbeiten zu können. Sie ging davon aus, daß „der größte Teil der männlichen Bevölkerung [gemeint ist die Gruppe der Flüchtlinge] aus Altersgründen nicht voll arbeitsfähig, aber in der Landwirtschaft als Landarbeiter oder in männerlosen Bauernwirtschaften oder als Siedler untergebracht werden kann."[63] Für die landwirtschaftlichen Berufe sei „erfahrungsgemäß [. . .] ‚Voll-Arbeitsfähigkeit' im städtischen Sinne nicht Voraussetzung der Einsatzfähigkeit". Im primären Sektor müßten daher – so die Schlußfolgerung der Zentralverwaltung – zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies könne aber mit Aussicht auf Erfolg nur durch „Zwangsauflage von Arbeitskräften, verteilt auf die einzelnen Betriebe" erfolgen. Eine solche Maßnahme, die Widerspruch hervorrufen werde, diene unter anderem auch der Intensivierung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß schätzte die ZVAS nur als „vorübergehend[es]" Problem ein. Die Jugend stellte nach den Vorstellungen der ZVAS die wichtigste Arbeitskraftreserve für die Mangelberufe dar. Dagegen wurde die berufliche Eingliederung von Frauen als äußerst problematisch angesehen, da bereits bei der einheimischen weiblichen Bevölkerung eine hohe Arbeitslosigkeit herrsche[64]. Der von der ZVAS ausgearbeitete Plan zeigte, daß die Zentralverwaltung zu diesem Zeitpunkt noch keine genauen Zahlenangaben über die Verteilung der ‚Umsiedler' in den einzelnen Ländern bzw. Provinzen besaß und daher nur allgemeine Aussagen machen konnte. Darüber hinaus fällt die besondere Hervorhebung der Landwirtschaft auf. Angesichts der Demontagen industrieller Anlagen, die gleich nach Kriegsende begannen, und der ungelösten Transportprobleme schien für die Zentralverwaltung der primäre Wirtschaftssektor die besten Möglichkeiten zur beruflichen Eingliederung von ‚Umsiedlern' zu bieten.

Die unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen in den Ländern und Provinzen der SBZ machten aus Sicht der Arbeitsverwaltung eine koordinierte Binnenwanderung der ‚Umsiedler' erforderlich. Dadurch erhoffte man sich eine rasche berufliche Eingliederung der Zugewanderten entsprechend ihrer Qualifikation. Eine berufsmäßige Erfassung der

[61] Bericht der Abt. II (Erfassung und Arbeitseinsatz der Bevölkerung) der ZVAS vom 5. 10. 1945, BAB, DO 1/10/58, Bl. 90–94. Die Zahlen lauteten für Brandenburg (700000), Provinz Sachsen (2 Millionen) und Mecklenburg (1 Millionen). Die ZVAS ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, daß insgesamt 12 Millionen Flüchtlinge in der SBZ „untergebracht werden müssen". Vgl. ebenda, Bl. 90.

[62] Ebenda.

[63] Ebenda, Bl. 92.

[64] Ebenda, Bl. 93.

arbeitsfähigen ‚Umsiedler' in 2716 Gemeinden Sachsen-Anhalts hatte ergeben, daß 33 Prozent in ihren erlernten Berufen wieder eingesetzt werden konnten[65]. Ein weiteres Drittel war arbeitslos gemeldet und etwa zwölf Prozent der Vertriebenen mußte in einem fremden Beruf arbeiten[66]. Aus Sicht des Vizepräsidenten der ZVU, Michael Tschesno, waren diese Zahlenangaben aber nur bedingt aussagekräftig. So würden viele ‚Umsiedler' ihren erlernten Beruf oftmals nicht angeben, um ihre neue Arbeitsstelle nicht wechseln zu müssen.

ZVAS und ZVU erblickten in der auf die Erfordernisse des Arbeitsmarktes zugeschnittenen „Lenkung" von Flüchtlingen innerhalb der SBZ eine Möglichkeit, den unkontrollierten Zustrom, der bis zum Jahreswechsel 1945/46 angehalten hatte, nachträglich doch noch zu korrigieren. Da sich aber auch schon lokale Verwaltungen anschickten, Vertriebene in andere Gebiete abzuschieben[67], wollten die beiden Zentralverwaltungen darüber hinaus erreichen, daß der Personentransfer zwischen den Ländern und Provinzen koordiniert, d. h. unter der Regie der jeweiligen Arbeits- und Umsiedlerämter ablief. Vor allem die ZVAS drängte darauf, daß „bei der Lenkung von Umsiedlern aus einer in die andere Provinz vorher die Zustimmung der betreffenden Landesarbeitsämter eingeholt" werden müsse[68]. Es sei „unmöglich, daß einzelne Firmen qualifizierte Arbeiter aus Umsiedlerkreisen, die sich in einer anderen Provinz befinden, ohne die Genehmigung des überbezirklichen Austausches einstellen."[69] ZVAS und ZVU trafen sogar eine Abmachung, wonach Transporte nur nach vorheriger Vereinbarung mit den Landesarbeitsämtern und den Umsiedlerabteilungen des abgebenden und des aufnehmenden Landes zu genehmigen waren[70]. Obwohl diese Abmachung von der SMAD in Karlshorst gebilligt worden war, setzten sich einzelne sowjetische Dienststellen auf der Landesebene darüber hinweg. So war auf Befehl der SMA Mecklenburg am 8. November 1946 ein Transport von Textilarbeitern nach Sachsen abgeschickt worden, der dort von der Landesverwaltung nicht betreut werden konnte, weil weder die Landesarbeitsämter noch die Umsiedlerämter in diese Aktion eingeweiht waren. Daraufhin wurde die ZVU bei der SMAD in Karlshorst vorstellig und bat, „die SMA in den Ländern und Provinzen auf diese Vereinbarungen hinzuweisen."[71]

Die organisatorischen Schwierigkeiten bei der Übersiedlung von arbeitsfähigen Vertriebenen in andere Länder sollen im folgenden am Beispiel der Textil-, Glas- und Bergarbeiter in Mecklenburg veranschaulicht werden. Die Konflikte zwischen den beiden

[65] Denkschrift Tschesnows, o. D. (vermutlich vom Sommer 1946), BAB, DO 1/10/4, Bl. 88.

[66] Der Rest entfiel mit 15 Prozent auf die Kategorie „Hausfrau" sowie sieben Prozent „Einsatzunfähige". Vgl. ebenda. Ähnliche Zahlenangaben finden sich auch bei Zank, Wirtschaft und Arbeit, S. 149.

[67] Zu den Motiven der lokalen Verwaltungsstellen zählten neben der jeweiligen Arbeitsmarktlage auch die z. T. katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt.

[68] Dies geht aus einer Aktennotiz der Organisationsabteilung der ZVU vom 6. 9. 1946 hervor, BAB, DO 1/10/58, Bl. 115.

[69] Ebenda.

[70] Vgl. Aktennotiz der Organisationsabteilung der ZVU vom 24. 9. 1946, BAB, DO 1/10/58, Bl. 118. Der ZVU-Präsident teilte der SMAD den Inhalt dieser Vereinbarung einige Wochen später mit. Vgl. Schreiben vom 12. 11. 1946 an den Chef der Abteilung für Zivilangelegenheiten, Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler bei der KDV-SMAD, BAB, DO 1/10/58, Bl. 30.

[71] Schreiben des Vizepräsidenten der ZVU, Michael Tschesno, vom 28. 11. 1946 an den Chef der Abteilung für Zivilangelegenheiten, Statistik und Verteilung der deutschen Umsiedler bei der KDV-SMAD, BAB, DO 1/10/58, Bl. 31.

Zentralverwaltungen ZVAS und ZVU auf der einen Seite und den Landesverwaltungen auf der anderen Seite treten dabei deutlich hervor. Vertreter der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS), der ZVU und des FDGB hatten bei einer Besprechung gemeinsam festgestellt, daß sich im nördlichsten Land der SBZ zahlreiche Textil-, Glas- und Bergarbeiter aufhielten, die dort nicht benötigt würden[72] und statt dessen in Sachsen angesiedelt werden sollten[73]. Aufgrund des bei Kriegsende zusammengebrochenen Verkehrsnetzes und der vordringlichen Bereitstellung von Eisenbahnzügen für die sowjetische Besatzungsmacht mußte der Personentransport aus Mecklenburg nach Sachsen mehrmals verschoben werden[74]. Erst Anfang Mai 1947 konnte mit den ersten Transporten begonnen werden[75].

Die sächsische Landesverwaltung hatte frühzeitig versucht, die Zahl der aufzunehmenden ‚Umsiedler' mit dem Aufnahmekontingent, welches Sachsen zu erfüllen hatte, verrechnen zu lassen. Die Umsiedlungsaktion sollte mit anderen Worten dazu genutzt werden, den sächsischen Arbeitsmarkt zu bereinigen: Textilfacharbeiter, die man selber brauchte, sollten aufgenommen werden und im Gegenzug arbeitslose Vertriebene, für die kein Arbeitsplatz bereitgestellt werden konnte, abgeschoben werden. Die ZVU hatte sich ganz entschieden gegen diesen Vorschlag ausgesprochen[76]. In der Praxis schien sich jedoch zunächst der vom sächsischen Landesarbeitsamt favorisierte Weg durchzusetzen: Mecklenburgs Landesverwaltung erklärte sich bereit, im Gegenzug eine entsprechende Anzahl von Vertriebenen aus Sachsen aufzunehmen. Das Zentralsekretariat der SED stoppte diesen Handel im Spätsommer 1947 und erklärte, es könne nicht angehen, daß Sachsen die so dringend benötigten Facharbeiter auf das Aufnahmesoll an ‚Umsiedlern' angerechnet bekomme[77].

Als weiterer Konfliktpunkt erwies sich die Frage, aus welchen Haushaltsmitteln die anfallenden Transportkosten zu begleichen waren. Obwohl sich die beteiligten Landesverwaltungen mit der ZVU darauf geeinigt hatten, daß das jeweils „abgebende Land" die Transportkosten übernehmen sollte, fühlte sich das Landesarbeitsamt Schwerin an diese Vereinbarung nicht mehr gebunden[78]. Auch in dieser Frage scheinen sich DVAS und ZVU gegenüber den Landesverwaltungen durchgesetzt zu haben. Sehr viel größeren Erfolg hatten jedoch die Länder bei ihrer Auseinandersetzung mit den beiden Berliner Zentralverwaltungen, wenn sie auf die eigene angespannte Arbeitsmarktsituation verwie-

[72] Bericht über die Besprechung bei der DVAS am 27. 11. 1946, BAB, DO 1/10/30, Bl. 198.

[73] Aktennotiz Riedels (Abt. Organisation), o. D. (handschriftlich: 15. 12. 1946), BAB, DO 1/10/30, Bl. 199.

[74] So hatte die SMA in Mecklenburg noch im November angeordnet, daß bis zum 1. 12. 1946 kein „Transportraum" zur Verfügung gestellt werden darf. Vgl. Aktennotiz Riedels (ZVU) vom 28. 11. 1946, BAB, DO 1/10/58, Bl. 144.

[75] Schreiben des Landesarbeitsamtes Sachsen vom 22. 5. 1947 an die ZVU, BAB, DO 1/10/58, Bl. 185. Eine Gesamtzahl der umzusiedelnden Vertriebenen taucht nicht auf. Es muß sich jedoch um einige Tausend gehandelt haben. So weigerte sich etwa im März 1947 das Amt für Neubürger in Weimar 20000 Textilfacharbeiter aus Mecklenburg aufzunehmen. Zwischenzeitlich war auch Thüringen als Bestimmungsland für die ‚Umsiedler' auserwählt worden. Vgl. Schreiben der DVAS vom 4. 3. 1947 an die ZVU, BAB, DO 1/10/58, Bl. 166.

[76] Schreiben Chwalczyks vom 20. 8. 1946 an das Landesarbeitsamt Sachsen, SächsHStA, Landesregierung Sachsen, Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge, Bd. 416.

[77] Schreiben der Abt. Arbeit und Sozialfürsorge beim Zentralsekretariat der SED vom 5. 9. 1947 an den Vizepräsidenten der ZVU, Philipp Daub, BAB, DO 1/10/58, Bl. 208.

[78] Schreiben des sächsischen Landesarbeitsamtes vom 22. 5. 1947 an die ZVU, BAB, DO 1/10/58, Bl. 185.

sen. Auf diesem Wege gelang es beispielsweise Thüringen, die Übernahme von 20000 Textilfacharbeitern[79] aus Mecklenburg abzuwenden. So erklärte das Amt für Arbeit und Sozialfürsorge in Weimar, daß die Textilindustrie in Thüringen aufgrund von Rohstoffmangel „nur noch in halber Schicht" arbeiten würde[80]. Damit gelang es der thüringischen Arbeitsverwaltung zunächst einmal den Zeitpunkt der Umsiedlungsaktion hinauszuschieben. Ob die Übernahme der Textilfacharbeiter aus Mecklenburg in Thüringen überhaupt verwirklicht wurde, läßt sich an Hand der Aktenüberlieferung nicht mehr klären.

Bei der Arbeitsmarktintegration der Vertriebenen mußten sich zwangsläufig Kompetenzkonflikte auch zwischen den beteiligten Zentralverwaltungen, der ZVAS und der ZVU, ergeben, die aus dem Konkurrenzverhältnis zweier kooperierender Behörden herrührten. Die Zusammenarbeit mußte erst eingeübt werden und verlief keineswegs konfliktfrei. So beklagte etwa der DVAS-Präsident Gustav Brack am 11. Oktober 1946, daß die ZVU noch nicht ihre Zustimmung gegeben habe für die „Umsetzung" von Textil- und Bergarbeitern aus Mecklenburg, die in Halle, aber auch in Sachsen und Thüringen dringend benötigt würden. Es wäre „betrüblich", wenn diese Aktion am hinhaltenden Widerstand der ZVU scheitern würde[81]. Er unterstrich, daß die Vermittlung von Arbeitskräften ausschließlich der DVAS übertragen worden sei. Die ZVU verwies ihrerseits darauf, daß die Zustimmung für eine Überführung der Arbeitskräfte nur dann gegeben werden könne, wenn die „wohnungsmäßige Unterbringung" gesichert sei[82]. Der Konflikt hatte deutlich gemacht, daß die Arbeitsvermittlung allein zum Tätigkeitsbereich der DVAS gehörte, was die ZVU auch anerkennen mußte. Der ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung verblieb nur die Möglichkeit, unter Hinweis auf die schlechte Wohnraumversorgung einzelne ‚Umsiedler'-Transporte zeitlich hinauszuzögern.

Auffallend ist, daß die ZVU besonders die Tätigkeit der Arbeitsämter wiederholt kritisierte, denen sie mangelnde Rücksichtnahme gegenüber den Flüchtlingen und Vertriebenen vorwarf. So wurde der Arbeitsverwaltung etwa auf einer ‚Umsiedler'-Konferenz am 14. Juni 1946 vorgehalten, daß sie bei der beruflichen Eingliederung versagen würde[83]. An dieser Kontroverse zeigte sich aber auch, daß die berufliche Integration der Vertriebenen aufs engste mit anderen Problembereichen verknüpft war, besonders mit der unzureichenden und mangelhaften Wohnraumversorgung. Die ZVU stellte sich auf den Standpunkt, daß erst nach Zuweisung eines Arbeitsplatzes die Beschaffung von Wohnraum sinnvoll sei. Genau umgekehrt argumentierte die ZVAS sowie die ihr unterstellten Arbeitsämter. Die Wohnungsämter ihrerseits verlangten den Nachweis eines Arbeitsplatzes als Voraussetzung für die Zuteilung von Wohnraum. Auf diese Art und Weise wurden die ‚Umsiedler' letztlich von einer Institution zur anderen weitergereicht. Die Auseinandersetzung zwischen Arbeits- und ‚Umsiedler'-Verwaltung zog sich trotz Klärung der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche noch bis 1948 hin. In einer Denkschrift, die während der Auflösung der ZVU und vor der Neuorganisation innerhalb der Deutschen Ver-

[79] Nach Angaben der ZVU handelte es sich hierbei um 20000 ‚Umsiedler', d. h. einschließlich der Familienangehörigen. Vgl. Schreiben der ZVU vom 14. 3. 1947 an die DVAS, BAB, DO 1/10/58, Bl. 169.

[80] Zitiert nach Schreiben der DVAS vom 4. 3. 1947 an die ZVU, BAB, DO 1/10/58, Bl. 166.

[81] Schreiben Bracks vom 11. 10. 1946 an den ZVU-Präsidenten, BAB, DO 1/10/58, Bl. 120.

[82] Schreiben des ZVU-Präsidiums vom 2. 11. 1946 an den DVAS-Präsidenten Brack, BAB, DO 1/10/58, Bl. 128.

[83] Bericht über die Konferenz von Vertretern der ‚Umsiedler' aus den Ländern und Provinzen der SBZ am 14. 6. 1946 in Berlin, BAB, DO 1/10/4, Bl. 98–101, hier Bl. 99.

waltung des Innern (DVdI) im Frühjahr/Sommer 1948 entstand, verlangte der bisherige Abteilungsleiter Chwalczyk eine Verbesserung der Tätigkeit der Arbeitsämter. In der ihm eigenen Behördensprache versuchte er nochmals deutlich zu machen, daß die Arbeitsverwaltung die „endgültige Wiederseßhaftmachung" der ‚Umsiedler' zu fördern habe[84]. Es müsse alles getan werden, um den Vertriebenen das Gefühl zu vermitteln, „einen Dauerwohnplatz mit gesicherter Existenz gefunden zu haben."[85]

Aus Sicht der ZVAS blieb jedoch die Vermittlung eines Arbeitsplatzes mit der Wohnraumfrage gekoppelt, die im Untersuchungszeitraum nie befriedigend gelöst werden konnte. Darüber hinaus stellten die ‚Umsiedler' für die Arbeitsverwaltung nur eine Personengruppe von vielen anderen dar, die in den Arbeitsmarkt einzubinden war. Im Zuge der anvisierten Steigerung der Erwerbstätigenzahlen waren aus Sicht der Arbeitsämter auch Frauen und Schwerbeschädigte von Bedeutung. Wie bei den ‚Umsiedlern' ergaben sich auch hierbei erhebliche Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung.

Die Binnenumsiedlung aufgrund von arbeitsmarktpolitischen Überlegungen beschränkte sich jedoch nicht nur auf die Vertriebenen, sondern konnte auch die einheimische Bevölkerung betreffen. Für die ersten Jahre der SBZ wäre vor allem die Arbeitskräftelenkung für den Uranbergbau zu nennen[86]. Auch für andere Wirtschaftsbereiche wie etwa die Landwirtschaft läßt sich eine z. T. umfangreiche Lenkung von Arbeitskräften nachweisen. Einzelne Landesverwaltungen versuchten in dem Zusammenhang entsprechende Verordnungen auszuarbeiten, um dem Umfang und der Durchführung dieser Binnenumsiedlung einen gesetzlichen Rahmen zu geben. So legte beispielsweise die Abt. Bevölkerungspolitik der Landesregierung Sachsen-Anhalt am 27. April 1949 einen ersten Verordnungsentwurf vor, der die „Umsetzung von Personen aus arbeitsmäßigen Gründen" nur in bestimmten, klar abgegrenzten Fällen zuließ[87]. Zuerst müßten die „Möglichkeiten einer Arbeitsplatzvermittlung in der Nähe des Wohnortes des Betroffenen oder die Wohnmöglichkeiten für Produktivkräfte in Arbeitszentren [ausge]schöpft" werden[88]. Die DVdI verhielt sich dagegen in dieser Frage sehr viel zurückhaltender: Man könne nicht davon ausgehen, daß allein mit Hilfe der Binnenumsiedlung die bestehenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen seien. Als weitere Instrumentarien nannte die DVdI die Wohnraumbewirtschaftung und die Sozialfürsorge. Zunächst einmal sollten die wirtschaftlichen Schwerpunktgebiete, der jeweilige Arbeitskräftebedarf und die konkrete Lage auf dem Wohnungssektor festgestellt werden. Erst danach sei eine Umsiedlung in Erwägung zu ziehen[89]. Einen Monat später wurde die DVdI noch deutlicher, als sie erklärte, daß „die Frage der Umsetzung von Personen aus arbeitsmäßigen Gründen (Binnenumsiedlung) nicht auf dem Verordnungswege gelöst werden kann."[90] Die „Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Bevölkerung" seien in der SBZ „recht verschie-

[84] Denkschrift Chwalczyks vom 14. 4. 1948, BAB, DO 1/10/1, Bl. 116–123, hier Bl. 117.
[85] Ebenda.
[86] Dies wird ein Aspekt einer geplanten monographischen Darstellung über die Arbeitskräftelenkung zwischen 1945 und 1965 sein, die der Verfasser z.Zt. vorbereitet.
[87] BAB, DO 1/10/58, Bl. 70–72.
[88] Verordnungsentwurf vom 27. 4. 1949, § 2, Abs. 1, BAB, DO 1/10/58, Bl. 70.
[89] Entwurf über eine Binnenumsiedlung von der DVdI (HA Verwaltung) vom 25. 5. 1949, BAB, DO 1/10/58, Bl. 73–77.
[90] Stellungnahme der HA Verwaltung der DVdI vom 23. 6. 1949 zum Verordnungsentwurf der Landesregierung Sachsen-Anhalt, BAB, DO 1/10/58, Bl. 82.

denartig und bedürfen jeweils grundlegender Vorarbeiten und Verhandlungen mit allen beteiligten Stellen."[91] Gleichwohl befürwortete die Innenverwaltung eine zoneneinheitliche Regelung für die „Umsetzung von Personen über die Landesgrenzen", für die die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aber ausreichen würden. Damit war der Versuch vorerst gescheitert, eine Verordnung zur Arbeitskräftelenkung der Vertriebenen zu beschließen.

Die Führungsgremien der SED befaßten sich kaum mit dem Problem der Eingliederung der ‚Umsiedler' in den Arbeitsmarkt der SBZ/DDR. So zeigt die systematische Durchsicht der Protokolle des Zentralsekretariats, des Politbüros und des Kleinen Sekretariats, daß die Führungsspitze der Hegemonialpartei keinerlei Beschlüsse in dieser Angelegenheit faßte. Auch im Zuge des Aufbaus einer zentralen Wirtschaftsplanung war die berufliche Eingliederung der Vertriebenen von untergeordneter Bedeutung. So versuchte die neu gebildete Hauptabteilung Umsiedler und Heimkehrer der DVdI im August 1948 einen „Ergänzungsplan für den Einsatz der Umsiedler bei der Durchführung des 2-Jahresplans" einzubringen. Eingangs erklärte der Verfasser und ehemalige ZVU-Mitarbeiter, Wilhelm Thiele[92], daß die Erfüllung dieses Wirtschaftsplanes nicht nur von der Erfassung aller „materieller Reserven und Möglichkeiten, sondern auch von der Mobilisierung der vorhandenen Arbeitskräfte und ihrem zweckentsprechenden Einsatz" abhinge[93]. Um den Mangel an Arbeitskräften in der Industrie zu beheben, sei die stärkere Eingliederung der Frauen in den Produktionsprozeß und die Erfassung aller „in der Masse der Umsiedler noch vorhandenen Reserven an arbeitsfähigen Menschen notwendig". Gleichzeitig wies er auf grundlegende Mißstände hin, die einer Realisierung der im Zweijahresplan formulierten Ziele im Wege stehen würden. So seien zahlreiche ‚Umsiedler' berufsfremd eingesetzt worden. Die Gründe dafür lagen nach Angaben Thieles vor allem darin, daß entweder entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten am Wohnort des bzw. der Vertriebenen oder ausreichender Wohnraum fehlen würden. Damit hatte er die bereits bekannten Problemkreise wieder angesprochen. Des weiteren hätten – so Thiele weiter – zahlreiche ‚Umsiedler' bevorzugt eine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen, da hier in der Regel die Versorgung mit Lebensmitteln und Wohnraum besser sei. Diese Hindernisse waren bestimmend gewesen für die Integrationspolitik in den Jahren von 1945 bis 1950 und konnten nie zur Zufriedenheit der staatlichen Behörden aus dem Weg geräumt werden. Aufschlußreich ist aber in unserem Zusammenhang, daß der Vorschlag des früheren ZVU-Mitarbeiters keinerlei Berücksichtigung fand bei der Ausarbeitung des Zweijahresplanes. Auch dies war ein Indiz dafür, daß die SED-Führung eine gesonderte Förderung der ‚Umsiedler' im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsplanung ablehnte.

In den wenigen Sitzungen des Kleinen Sekretariats bzw. des Sekretariats des ZK, bei denen die Vertriebenenproblematik auf der Tagesordnung stand, beschränkten sich die Gremienvertreter darauf, einen völlig unverbindlichen Maßnahmenkatalog zur Arbeitsmarktintegration der ‚Umsiedler' zu verabschieden. So stimmte das Kleine Sekretariat

[91] Ebenda.

[92] Thiele war seit 1946 Leiter der Abt. Arbeitseinsatz der ZVU und wechselte noch im Laufe des Jahres 1948 auf den Posten des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Mitte. Zwischen 1956 und 1958 war er stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin (Ost). SBZ-Handbuch, S. 1042.

[93] Richtlinien für die Aufstellung eines Ergänzungsplans für den Einsatz der Umsiedler bei der Durchführung des Zweijahresplans vom 4. 8. 1948, BAB, DO 1/10/1, Bl. 199.

auf seiner Sitzung am 23. Mai 1949 einer Vorlage über „Maßnahmen im Interesse der Umsiedler" zu[94]. Die HVAS wurde aufgefordert, den Arbeitsämtern die Anweisung zu geben, die arbeitsfähigen ‚Umsiedler' zu erfassen, welche noch keinen Arbeitsplatz hatten. Darüber hinaus wollte das SED-Gremium über das Ausmaß des fremdberuflichen Arbeitseinsatzes informiert werden, um so eine Lenkung der frei werdenden Arbeitskräfte zu den Industrieschwerpunkten des Landes veranlassen zu können. Als wirtschaftliche Zentren, die aus Sicht der SED Priorität genossen, wurden die im Aufbau befindlichen Werften Mecklenburgs und der Mansfelder Kupferbergbau genannt. Offenkundig hatte sich dort relativ kurzfristig ein Arbeitskräftemangel bemerkbar gemacht. Der Maßnahmenkatalog erstreckte sich jedoch nicht nur auf die Lenkung, sondern auch auf die Mobilisierung zusätzlicher Arbeitskräfte. Neben den bereits erwähnten arbeitsfähigen ‚Umsiedlern' ohne Arbeitsstelle waren damit vor allem die arbeitsfähigen „Umsiedlerfrauen" gemeint, die mit dem Ziel umgeschult werden sollten, „männliche Arbeitsplätze für die Produktionsschwerpunkte freizustellen." Das Kleine Sekretariat faßte seine Beschlüsse jedoch unverbindlich und ohne zeitliche Vorgaben für die zuständigen Arbeitsämter. Bezeichnend dafür ist auch die Tatsache, daß das SED-Gremium in seinen folgenden Sitzungen auf diesen Beschluß nicht mehr zurückkam.

Einen etwas anderen Stellenwert nahm die Vertriebenengruppe beim Fünfjahresplan ein, den das Politbüro im April 1950 beriet und kurze Zeit später verabschiedete[95]. Darin forderte das Politbüro, daß die ‚Umsiedler' als „gleichberechtigte Staatsbürger in den Produktionsprozeß einzureihen" seien[96]. Darüber hinaus sollten sie bevorzugt mit Einrichtungsgegenständen und Gebrauchsgütern versorgt werden; den arbeitsunfähigen Alten sei zudem eine Sozialrente zu gewähren. Über diese unverbindlichen Absichtserklärungen, die immerhin eine Bevorzugung der Vertriebenen auf dem Arbeitsmarkt in Aussicht stellten, ging das Politbüro jedoch nicht hinaus. Eigentlicher Hintergrund für dieses Entgegenkommen – zuvor waren die ‚Umsiedler' von der SED-Führung bei den wirtschaftspolitischen Konzeptionen weitgehend ignoriert worden – bildete das Ziel, die Zahl der Erwerbstätigen erheblich zu erhöhen. So sah der Direktivenentwurf des Politbüros für den Fünfjahresplan eine Erhöhung des Beschäftigtenstandes um immerhin ein Drittel vor[97]. Dabei wurden unter anderem die Vertriebenen als eine der Arbeitskraftreserven angesehen, die verstärkt in den Produktionsprozeß einzugliedern waren. Die industriellen Schwerpunkte dieses utopisch anmutenden Programms sollten nach den Vorstellungen der SED folgende Wirtschaftsbranchen sein: Metallurgie, Maschinenbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie Chemische Industrie. Ein eigenes arbeitsmarktpolitisches Programm für die ‚Umsiedler' wurde allerdings auch zu diesem Zeitpunkt nicht beschlossen.

Obwohl Ministerpräsident Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 unter den Sofortmaßnahmen die weitere Eingliederung der ‚Umsiedler' als eine moralische Verpflichtung hervorgehoben und damit indirekt Handlungsbedarf deutlich gemacht hatte, trat erst ein Jahr später das „Gesetz über die weitere Verbesserung der

[94] SAPMO, DY 30/J IV 2/3/29, Bl. 9. Die folgenden Zitate stammen aus der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt, in: ebenda, Bl. 21 f.

[95] Protokoll der Sitzung des Politbüros vom 25. 4. 1950, SAPMO, DY 30/IV 2/2/85, Bl. 89. Die Direktive für den Fünfjahresplan ist allerdings nur im Arbeitsprotokoll enthalten.

[96] Direktive des Politbüros der SED zur Ausarbeitung des Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft (1951–1955), ebenda, Bl. 79–88, hier Bl. 87.

[97] Ebenda, Bl. 86.

Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR" in Kraft[98]. Das Gesetz war zwar von der Volkskammer verabschiedet worden, die eigentliche Arbeit hatte aber wieder einmal das SED-Politbüro geleistet. Das Gesetz sah in erster Linie weitere Hilfsmaßnahmen zugunsten der Neubauern in Form von Wohnungsbauförderung und die Vergabe von Krediten an Handwerksbetriebe vor. Gesonderte Beschäftigungsprogramme für arbeitslose ‚Umsiedler' enthielt es jedoch auch nicht.

Eine Denkschrift des DWK-Sekretariats im Sommer 1949 machte deutlich, daß auch in Zukunft nicht mit speziellen arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen zugunsten der Vertriebenen zu rechnen war[99]. So unterstrichen die Autoren der Denkschrift, die als Informationsmaterial zum SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck gelangte[100], daß die Arbeitsämter „keine gesonderte Vermittlung für Umsiedler" durchführen würden[101]. Insgesamt wurde ein positives Bild der zurückliegenden Bemühungen gezeichnet, die Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt einzubinden. Ein Vergleich der Zahl der beschäftigten ‚Umsiedler' mit der Zahl der im „Arbeitsprozeß stehenden Altbevölkerung" habe gezeigt, daß die Vertriebenen „ihrem Anteil nach in gleicher Weise wie die Stammbevölkerung in Arbeit gebracht worden sind."[102] Nur bei den Frauen würde der Beschäftigtenanteil „etwas unter dem der Altbevölkerung" liegen. Damit habe sich – so die Schlußfolgerungen, die die Autoren der Denkschrift zogen – die „Richtigkeit" der ‚Umsiedler'-Politik in der SBZ gezeigt[103].

4. Zusammenfassung

Formen und Verlauf der Vertreibung machten eine geordnete Ansiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ nahezu undurchführbar. Erst spät wurden die Aufnahme- und Quarantänelager eingerichtet, in welchen die Neuankömmlinge nach ihrer Arbeitsfähigkeit registriert werden sollten. Zu diesem Zeitpunkt befand sich jedoch die Mehrzahl der Ende 1946 registrierten 3,9 Millionen ‚Umsiedler' bereits auf dem späteren Gebiet der DDR. Hinzu kamen die Binnenwanderung und die bald einsetzende Westwanderung der Vertriebenen, die es den staatlichen Zentralbehörden unmöglich machten, die Neuansiedlung planvoll und organisiert durchzuführen. Beide Phänomene stellten die Statistischen Ämter sowie die ostdeutschen Arbeitsämter vor nahezu unlösbare Probleme. Das hieß mit anderen Worten, daß die Ansiedlung der Vertriebenen oftmals unabhängig vom jeweiligen Arbeitsplatzangebot vor Ort erfolgte. Dies war wiederum ein entscheidender Grund für die später einsetzende Binnenwanderung der ‚Umsiedler'. Dem versuchten die Zentral- und Landesverwaltungen mit einer Lenkung der Vertriebenen nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten entgegenzusteuern. Dies gelang nur partiell und war vor allem nur für die Großbetriebe mit einem enormen Arbeitskräftebedarf von Nutzen; am Beispiel der sächsischen Textilindustrie konnte dies gezeigt werden.

[98] Vgl. dazu Just, Die Integration der Umsiedler, S. 171–173. Das Gesetz ist abgedruckt in: ebenda, S. 172.

[99] SAPMO, NY 4036/744, Bl. 80–111.

[100] Pieck hielt am 12. 8. 1949, zwei Tage vor der ersten Bundestagswahl, eine Rede auf einer öffentlichen ‚Umsiedler'-Versammlung im Zirkus Barlay (Berlin). Die Denkschrift hatte er vermutlich für diesen Zweck beim Sekretariat der DWK in Auftrag gegeben. Die Rede Piecks befindet sich in: SAPMO, NY 4036/440, Bl. 104–118.

[101] SAPMO, NY 4036/744, Bl. 85.

[102] Ebenda, Bl. 87.

[103] Ebenda, Bl. 111.

Die Chancen der Flüchtlinge und Vertriebenen, eine Anstellung zu erhalten, gestalteten sich ganz unterschiedlich und hingen in der Regel von den lokalen Gegebenheiten am Arbeitsmarkt ab. Zahlreiche Arbeitsplätze wurden in der Landwirtschaft, dem Handwerk und von einigen Großbetrieben (vor allem Bergbau sowie die Stahl- und Walzwerke) angeboten. Im Vergleich zur heimischen Bevölkerung ist eine Benachteiligung der Vertriebenen bei der Arbeitsplatzvergabe jedoch nicht zu übersehen, galten doch die ‚Umsiedler' als neue Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt.

Die Eingliederung der Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt muß im Kontext der staatlichen Steuerung der Gesamtwirtschaft gesehen werden. Nachdem bereits frühzeitig die Entscheidung für eine Zentralverwaltungswirtschaft in der SBZ gefallen war, die zuvor mit den sowjetischen Beratern und der SMAD abgesprochen worden war, wurde unter anderem der Einsatz der Produktionsfaktoren zentral koordiniert und gesteuert. Eine Folge war notwendigerweise auch die Lenkung des Faktors ‚Arbeit'. Für die ‚Umsiedler' existierten aber auf zentraler Ebene keine gesonderten Beschäftigungsprogramme. Dies hätte im übrigen auch den ideologischen Vorbehalten widersprochen, die die SED-Führung gegenüber einem Sonderbewußtsein der Vertriebenen hegte, das somit erst gar nicht entstehen sollte. Die Flüchtlinge und Vertriebenen stellten somit eine Personengruppe von vielen anderen dar, die es in den Arbeitsprozeß zu integrieren galt. Während die ‚Umsiedler' zumindest in den Anfangsjahren statistisch erfaßt wurden, brach doch ab 1949 die Berichterstattung von seiten der Arbeitsämter fast vollständig ab.

Bei dem Kompetenzgerangel zwischen der ‚Umsiedler'- und der Arbeitsverwaltung konnte sich die zuletzt genannte Behörde de facto durchsetzen. Den Arbeitsämtern oblag aufgrund einer sowjetischen Anweisung und dem Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom Januar 1946 die Registrierung der arbeitsfähigen Bevölkerung und damit auch der Vertriebenen. Die Registrierung war eine wesentliche Voraussetzung für die Steuerung des Arbeitsmarktes, die auch in den Händen der Arbeitsämter lag. Nur mit ihrer Zustimmung durfte – so zumindest die gesetzlichen Bestimmungen – ein Arbeitsplatzwechsel vorgenommen werden. Damit verfügten die Arbeitsämter über alle technischen Voraussetzungen. Die ‚Umsiedler'-Sonderverwaltung, die im Laufe des Sommers 1948 aufgelöst und der Innenverwaltung unterstellt wurde, bemühte sich vergebens um weiteren Einfluß auf diesem Gebiet. Die Tatsache, daß es infolge dieser Auseinandersetzungen zu zeitlichen Verzögerungen etwa bei der Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen, die das Arbeitsrecht betrafen, gekommen war, mag mit ein Grund für die rasche Auflösung der Sonderverwaltung ZVU gewesen sein.

Abschließend soll noch auf die Eigeninitiative der Vertriebenen bei der Arbeitsplatzsuche verwiesen werden, auch wenn dies nicht Thema des vorliegenden Beitrags war. Diese Form der Arbeitsplatzbeschaffung entzog sich weitgehend der Betrachtung durch die Arbeitsämter, trug aber zweifellos zur Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bei. So stellte beispielsweise die Abt. Umsiedlerbetreuung in Halle Anfang 1946 fest, daß ein großer Teil der Flüchtlinge „sich selbst Arbeit besorgt" habe[104]. Auch diese Tatsache unterstreicht den beschränkten Erfolg der Eingliederung von Vertriebenen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt, der nur langfristig und damit über unseren Untersuchungszeitraum hinaus festzustellen war.

[104] Schreiben der Abt. Umsiedlerbetreuung Halle vom 22. 2. 1946 an den Präsidenten der Provinz Sachsen, LHA Magdeburg, Rep. K, MinPräs., Nr. 415, Bl. 1.

Arnd Bauerkämper

Die vorgetäuschte Integration.

Die Auswirkungen der Bodenreform und Flüchtlingssiedlung auf die berufliche Eingliederung von Vertriebenen in die Landwirtschaft in Deutschland 1945–1960

1. Flüchtlingsintegration als Problemfeld und Legitimationsbereich

Die Vorstellung von der schnellen und weitgehend bruchlosen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen[1] gehört zu den zählebigen Mythen der deutschen Nachkriegsgeschichte. Angesichts der übermächtigen Legitimationsbedürfnisse der beiden deutschen Staaten im Ost-West-Konflikt wurde die Flüchtlingsintegration in den fünfziger Jahren als weitgehend abgeschlossene „Erfolgsgeschichte" interpretiert – eine Deutung, die noch in der Gegenwart das Geschichtsbild beeinflußt[2]. Besonders schnell erklärten die SED-Führung und die Verwaltungsorgane in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und DDR die Eingliederung der Vertriebenen, die seit Herbst 1945 offiziell als „Umsiedler"[3] bezeichnet wurden, für beendet: bereits im Sommer 1948 wurde die im September 1945 gebildete Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) in die Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI) integriert, in der die neugebildete „Hauptabteilung Umsiedler" völlig im Schatten der Politik des Zentralsekretariats (ZS) der SED blieb. Nachdem 1948/49 auch alle Umsiedlerabteilungen und -ausschüsse der Länder und Provinzen, der Kreise, Städte und Gemeinden aufgelöst worden waren, wurden in der DDR genuine Flüchtlingsprobleme tabuisiert. Die SED-Führung entzog den Vertriebenen – auch in den Statistiken – ihren Sonderstatus und leugnete die mit der Fluchterfahrung verbundene spezifische Identität. 1952/53 liefen schließlich alle Sondergesetze zugunsten der ‚Umsiedler' aus[4].

Auch in der Bundesrepublik Deutschland wurde lange angenommen, daß die Flüchtlingseingliederung zwar nicht reibungslos, aber letztlich doch erfolgreich bis zum Ende der fünfziger Jahre erreicht worden sei. In ihrer richtungweisenden und für die öffentliche Debatte repräsentativen Studie, die 1959 in drei Bänden veröffentlicht wurde, hielten Friedrich Edding und Eugen Lemberg als Bilanz fest: „Mit der Eingliederung vollzieht

[1] Zu den Begriffen „Flüchtlinge" und „Vertriebene", die in diesem Beitrag synonym verwandt werden: Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 82f.

[2] Für Westdeutschland: Frantzioch-Immenkeppel, Die Vertriebenen, S. 5, 7f., 11. Dagegen: Lüttinger, Mythos; ders., Integration.

[3] Hierzu der begriffsgeschichtliche Überblick in: Frantzioch-Immenkeppel, Vertriebene (Umsiedler). Vgl. auch Meinicke, Flüchtlinge, S. 23f. (Anm. 17).

[4] Schwartz, Zusammenbruch, S. 57–59, 91–96; Schneider, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 242; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 165–168; Frantzioch-Immenkeppel, Die Vertriebenen, S. 5, 8.

sich ein Wandel der Gesellschaftsstruktur, eine Umwertung aller Werte oder [...] die Entstehung eines neuen Volkes".[5] Nachdem sich aber die volkskundliche, soziologische und historische Forschung zu den Flüchtlingen und Vertriebenen in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren erneut intensiviert hatte, wurde besonders in geschichtswissenschaftlichen Lokalstudien, volkskundlich-mentalitätshistorischen Langzeituntersuchungen und soziologischen Kohortenanalysen deutlich, daß die Integration keineswegs linear und bruchlos verlaufen, sondern mit erheblichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Belastungen sowie einer neuen sozialen Ungleichheit einhergegangen und überwiegend erst im Generationswechsel abgeschlossen worden war. Auch überwand die Forschung – nach dem Vorbild der frühen Untersuchung von Edding und Lemberg – das zuvor überwiegend statische Verständnis von „Integration", indem diese zunehmend als Interaktionsbeziehung dargestellt wurde. Die vielfältigen Prozesse der Eingliederung in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft erschienen dabei als eine wichtige Dimension und Triebkraft des beschleunigten Wandels und des politischen Neuanfangs nach dem Zweiten Weltkrieg. So behandelten Analysen zunehmend das Wechselverhältnis zwischen dem Flüchtlingszustrom und dem Wandel der Aufnahmegesellschaft[6].

Die Vertreibung und Eingliederung der Deutschen wird aber weiterhin zu isoliert betrachtet, so daß zu den langfristigen Auswirkungen des Flüchtlingszustroms auf die Entwicklung der gesellschaftlichen Beziehungen, der Mentalitäten und der politischen Kultur nur wenige Studien vorliegen. Da die von der nationalsozialistischen Besatzungsmacht in Ostmitteleuropa von 1939 bis 1943 erzwungene Bevölkerungsverschiebung, die ein integrales Element der rassistisch-sozialdarwinistischen Vernichtungspolitik bildete, erst in den letzten Jahren eingehend von der historischen Forschung untersucht worden ist, blieb auch die Vorgeschichte der Vertreibung von Deutschen aus ihrer Heimat lange unterbelichtet. Zudem wurde die gesamtdeutsche Perspektive bisher vernachlässigt, denn die Flüchtlingspolitik galt in beiden deutschen Staaten zumindest bis zu den sechziger Jahren als Instrument der Legitimation durch wechselseitige Abgrenzung. Besonders für das Selbstverständnis und die Propaganda der Partei- und Staatsführung in der DDR, deren Zeitgeschichtsschreibung noch in den achtziger Jahren an der Chimäre einer schnellen Integration der ‚Umsiedler' festhielt, bildeten die Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik und die Rolle der Flüchtlinge in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft negative Referenzgrößen. Demgegenüber traten die gemeinsamen Problemlagen und Verflechtungen deutlich zurück[7].

Der Zustrom der deutschen Flüchtlinge aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa erhöhte in Deutschland seit 1944 die geographische und gesellschaftliche Mobilität, nachdem schon die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik in den dreißiger Jahren, die Kriegswirtschaft und die Evakuierungen seit 1942/43 einen nachhaltigen Dynamisierungsschub

[5] Edding u. Lemberg, Eingliederung, S. 173.

[6] Vgl. z. B. Wette, Gesellschaft. Für ein dynamisches Verständnis von „Integration" plädieren: Grebing, Begriff; Schwartz, „Flüchtling", S. 28; Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 193. Prägend für die neuere Forschung außer den von Lüttinger vorgelegten Untersuchungen: Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus. Zum Forschungsstand: Haerendel, Flüchtlinge.

[7] Krellenberg, Eingliederung, S. 1–4, 204–206. Exemplarisch für die westdeutsche Sicht die ansonsten instruktive Studie von Seraphim, Die Heimatvertriebenen, bes. S. 28–30. Zur neueren Forschung über die hier nicht ausführlich nachzuzeichnende Vertreibung der Deutschen zusammenfassend: Henke, Flucht. Allg. anregend: Kleßmann, Verflechtung, bes. S. 39f.; Kocka, Geschichte, S. 14f.

ausgelöst hatten. Da im Nachkriegsdeutschland in den Städten kaum Wohnraum zur Verfügung stand und der Zerstörungsgrad in der Industriewirtschaft ebenso überschätzt wurde wie der Stellenwert der alliierten Reagrarisierungskonzepte, ließ sich die Flüchtlingsbevölkerung zunächst auf dem Lande nieder. Hier bot die Arbeit als selbständige Bauern oder Landarbeiter den Vertriebenen zumindest eine gesichterte Versorgung mit Lebensmitteln. In der Subsistenz- und Tauschökonomie der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde der Zugang zu den begehrten Nahrungsgütern zur wichtigsten Determinante sozialer Ungleichheit. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Landwirtschaft bildete deshalb nicht nur ein wirtschaftliches Problemfeld, sondern war eng mit gesellschaftlichen und politischen Konflikten verknüpft. So vertiefte sich in der Nachkriegszeit in allen alliierten Besatzungszonen der Stadt-Land-Gegensatz[8].

Die Nachkriegszeit war aber nicht nur durch eine enorme Mobilisierung, sondern auch – besonders in Westdeutschland – durch die Kontinuität gesellschaftlicher Strukturen, die Beharrungskraft festgefügter sozialmoralischer Milieus[9] und den fortdauernden Einfluß tradierter Werte gekennzeichnet. Das Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel bildete sich besonders auf dem Lande heraus, wo dörfliche Milieus durch den Krieg und den Flüchtlingszustrom zwar erschüttert, aber keineswegs vollends beseitigt worden waren. Deshalb vollzog sich vor allem in den altbäuerlich geprägten Gemeinden ein neuer Unterschichtungsprozeß. Auf dem Lande, wo der gesellschaftliche Status traditionell durch den Besitz festgelegt wird, blieben die überwiegend mittellosen Flüchtlinge bis zu den fünfziger Jahren marginalisiert und von der alteingesessenen Bevölkerung abhängig, die sich gegenüber den Vertriebenen weitgehend abschloß[10].

Der Zustrom und die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen war im Nachkriegsdeutschland eng mit dem beschleunigten gesamtgesellschaftlichen und -wirtschaftlichen Wandel sowie mit dem politischen Neuaufbau verbunden. In den westlichen Besatzungszonen wurden die zunächst in der Agrarwirtschaft arbeitenden Flüchtlinge seit 1948/49 von einem tiefgreifenden agrarischen Strukturwandel erfaßt, der in den fünfziger Jahren nicht nur das wirtschaftliche Gefüge, sondern auch die Gesellschaft in der frühen Bundesrepublik insgesamt nachhaltig veränderte. In der SBZ war die Flüchtlingsintegration auf dem Lande dagegen eng mit der erzwungenen Transformationspolitik verknüpft, die auf die Zerschlagung der bestehenden sozioökonomischen Strukturen sowie auf eine umfassende wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstruktion zielte. Damit sollte der Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der kommunistischen Machthaber durch eine gezielte Entmachtung und Privilegierung durchgesetzt werden. Die von der KPD-Führung im Sommer 1945 mit Protektion der sowjetischen Besatzungsmacht eingeleitete Bodenreform löste die in Ostelbien seit der Frühen Neuzeit dominierende großbetriebliche

[8] Kleßmann, Staatsgründung, S. 40f.; Teppe, Trümmergesellschaft, bes. S. 22–26, 32f.; Erker, Hunger; Hohenstein, Bauernverbände, S. 271–279; Schwartz, „Flüchtling", S. 29. Zu den Deindustrialisierungsplänen der Alliierten und zu den ökonomischen Auswirkungen der Kriegszerstörungen, Reparationen und Demontagen: Petzina, Kontinuität, S. 258–269.

[9] In Abgrenzung zur Kategorie der sozialen Schichten müssen als konstitutiv für „Milieus" die „partielle Gemeinsamkeit von Existenzformen und erhöhte Binnenkommunikation" angesehen werden. Vgl. Schulze, Erlebnisgesellschaft, S. 174.

[10] Kleßmann, Beharrungskraft, S. 152f.; ders., Haus, S. 167, 175; Teppe, Trümmergesellschaft, S. 26f. Zum Stellenwert des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit zwischen gesellschaftlichem Strukturbruch und Kontinuität allg.: Kocka, 1945; ders., 1945 nach 1989/90; Bauerkämper, 8. Mai 1945, S. 12–17. Aus politikgeschichtlicher Sicht: Möller, Relativität.

Agrarstruktur auf, beseitigte endgültig die – schon zuvor deutlich eingeschränkte – politische Vorherrschaft der Gutsbesitzer und führte zur Bildung von rund 210000 Neubauernstellen. Da auch ‚Umsiedler' die Übernahme von Parzellen beantragen konnten, bot die Bodenreform – im Gegensatz zur Siedlungspolitik in der Bundesrepublik – vielen Flüchtlingen und Vertriebenen eine Erwerbsmöglichkeit als selbständige Landwirte. Die Ansiedlung dieser Zwangsmigranten in der SBZ schien damit günstige Bedingungen für die Integration dieser Bevölkerungsgruppe in die ländliche Gesellschaft zu eröffnen[11].

Als wichtigster Gradmesser der Flüchtlingseingliederung verweist die klassische Trias der Integrationsforschung – das Kommerzium, die Kommensalität und das Konnubium – auf die sozialstrukturelle und die politisch-kulturelle Dimension des Prozesses[12]. Aber nicht alle Bereiche der Vertriebeneneingliederung können in diesem Aufsatz gleichermaßen ausführlich behandelt werden. Die Darstellung konzentriert sich vielmehr auf die Spielräume und Hindernisse der beruflichen Integration in die Landwirtschaft und der sozialen Eingliederung in dörflich-agrarische Milieus in Ost- und Westdeutschland. Die Untersuchung wird sich zwar auf die Auswirkungen der Bodenreform auf die berufliche Integration der ‚Umsiedler' in der SBZ/DDR konzentrieren, in komparativer Perspektive aber auch die Flüchtlingseingliederung in die westdeutsche Landwirtschaft einbeziehen, um die Spezifika, aber auch die Gemeinsamkeiten der jeweiligen Prozesse erfassen und erklären zu können[13].

2. *Die deklamierte Integration: der Stellenwert der Bodenreform für die Eingliederung der ‚Umsiedler' in die Agrarwirtschaft und in die ländliche Gesellschaft*

Nachdem schon bis Ende 1945 nahezu 2,5 Millionen deutsche Flüchtlinge und Vertriebene die SBZ erreicht hatten, befanden sich hier im August 1946 3,3 Millionen ‚Umsiedler' (19,5 Prozent der Gesamtbevölkerung). Ihre Zahl stieg bis Dezember 1947 auf rund 4,4 Millionen; damit stellten Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ 24,3 Prozent der Bevölkerung. Bis Anfang 1949 erhöhte sich die absolute Zahl und der Bevölkerungsanteil der ‚Umsiedler' zwar nur geringfügig; die Zahl der Bewohner hatte sich in der SBZ jedoch gegenüber 1939 um fast 18, die Bevölkerungsdichte sogar um 25 Prozent erhöht. Besonders wegen des Mangels an Wohnraum und Erwerbsmöglichkeiten in den Städten hatte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) bereits unmittelbar nach dem Kriegsende die Anweisung erteilt, die ‚Umsiedler' vor allem in die agrarisch geprägten Regionen Mecklenburg-Vorpommerns und Brandenburgs einzuweisen. Auch das erste Konzept der Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge sah im September 1945 vor, allein drei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in Mecklenburg-Vorpommern unterzubringen. Sie konzentrierten sich deshalb in den späten vierziger Jahren in den nördlichen Agrargebieten der SBZ: in Mecklenburg-Vorpommern erreichte der Anteil der ‚Umsiedler' an der Bevölkerung im März 1949 46,5, in Brandenburg 27,4 Pro-

[11] Zum Nexus von Transformations- und Integrationspolitik: Schwartz, Zusammenbruch, S. 93f.; ders., „Flüchtling", S. 34–36; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 160. Mit Bezug zur Bodenreform: van Melis, Denazification, S. 368–370. Zum Herrschafts- und Gestaltungsanspruch der kommunistischen Machtelite allg.: Meuschel, Überlegungen, S. 5–9; Jessen, Gesellschaft, S. 100f.; Kocka, Gesellschaft, S. 547–550; ders., Sonderweg, S. 35–38.

[12] Zu den Integrationsindikatoren der Flüchtlingsforschung: Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 193f.; Lüttinger, Mythos, S. 20f.

[13] Zu den hier angedeuteten Funktionen des Vergleichs allg.: Kocka, Komparatistik, S. 52, 55f.

zent. Erst in den fünfziger Jahren bauten die Binnenmigration in die Städte und zu den Standorten der Industriebetriebe, aber auch die Flucht aus der DDR die ausgeprägte regionale Konzentration der Flüchtlinge und Vertriebenen allmählich ab[14].

Die ‚Umsiedler', von denen bis Dezember 1948 etwa 76 Prozent aus Polen und rund 16 Prozent aus der Tschechoslowakei in die SBZ geflohen waren, ließen sich vor allem in kleinen Gemeinden nieder, da hier die Zerstörung von Wohngebäuden begrenzt geblieben war. So wurde in Brandenburg, wo insgesamt fast 30 Prozent der Wohnungen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht genutzt werden konnten, in Gemeinden mit jeweils weniger als 2000 Einwohnern im September 1946 ein Zerstörungsgrad von nur 13, in den kreisfreien Städten dagegen von 43,1 Prozent registriert. Deshalb lebten in dieser Provinz im Dezember 1947 54,8 Prozent der Flüchtlinge und Vertriebenen in Gemeinden mit jeweils weniger als 2000 Einwohnern. Insgesamt hatten sich bis 1946 in der SBZ 47 Prozent der ‚Umsiedler' in Dörfern mit bis zu 2000 Einwohnern niedergelassen. In den kleinen Gemeinden nahmen sie zunächst überwiegend eine Erwerbstätigkeit in der Agrarwirtschaft auf, obwohl lediglich 22,3 Prozent der Vertriebenen aus Polen, die bis zum November 1946 die SBZ erreichten, vor ihrer Flucht im primären Sektor gearbeitet hatten; für die Gruppe der ‚Umsiedler' aus der Tschechoslowakei wurde sogar nur ein entsprechender Anteil von 17,3 Prozent registriert. Der Zustrom der Flüchtlinge und Vertriebenen vollzog sich 1945/46 noch weitgehend unkoordiniert, vielfach spontan und ungeregelt, so daß es zu einer gravierenden Fehlallokation von Arbeitskräften kam. Die ungünstige regionale und sektorale Verteilung der Flüchtlingsbevölkerung verzögerte in der SBZ nachhaltig den ökonomischen Wiederaufbau[15].

Da die Flüchtlingsbevölkerung in den späten vierziger Jahren nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt gewann und zudem einen – im Vergleich zu den Alteingesessenen – hohen Anteil von Frauen, Kindern und Jugendlichen mit einem Alter von weniger als zwanzig Jahren aufwies, blieb die Erwerbsquote der ‚Umsiedler' zunächst relativ niedrig. So verfügten Ende 1946 in der SBZ lediglich 33 Prozent aller Flüchtlinge über eine Arbeit, und nach der Währungsumstellung vom Juni 1948 stieg die Zahl der arbeitslosen ‚Umsiedler' bis März 1949 sprunghaft von 37000 auf 127000. Die Beschäftigtenstruktur der Flüchtlingsbevölkerung war durch die Konzentration auf die Agrarwirtschaft geprägt. So arbeiteten von den erwerbstätigen ‚Umsiedlern' im April 1946 mehr als 36 Prozent und Ende 1947 noch nahezu 30 Prozent – in Brandenburg sogar 33 Prozent – im primären Sektor. Da der Arbeitskräftebedarf in der Agrarwirtschaft in der unmittelbaren Nachkriegszeit wegen des Mechanisierungsrückstands sowie des Abzugs der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen („Displaced Persons") erheblich wuchs, nahmen viele Vertriebene – darunter auch Flüchtlingsbäuerinnen – zunächst eine Beschäftigung auf Bau-

[14] Roesler, Refugee Problem, S. 5; Steinert, Flucht, S. 557, 561, 570; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 71, 83; ders., Integration, S. 874f.; ders., Probleme, S. 4; ders., Flüchtlinge, S. 31, 33f., 79f.; Schwartz, „Flüchtling", S. 27.

[15] Vgl. die Denkschrift in: SAPMO, DY 30/IV 2/2.022/52, Bl. 43. Zusammenfassend: Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 71; ders., Integration, S. 873f.; ders., Flüchtlinge, S. 45–47, 51. Allg. auch: Steinert, Flucht, S. 566. Zum Zerstörungsgrad von Wohnraum in den Ländern und Provinzen der SBZ und Brandenburg: BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 49; Meinicke, Probleme, S. 30 (Anm. 23); Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 40f. Zur Bevölkerungsverteilung in Brandenburg im Dezember 1947: BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1075, Bl. 87. Zur Herkunft der ‚Umsiedler': Roesler, Refugee Problem, S. 6. Zur Berufstätigkeit vor der Flucht: BAB, DO 1/10/13, Bl. 71, 151, 171.

ernhöfen auf, wo sie ihre Lebensmittelversorgung sichern konnten[16]. So stellten die ‚Umsiedler' in der SBZ Ende 1946 in den Agrarbetrieben insgesamt 40,7 Prozent der Landarbeiter und 85,5 Prozent der mithelfenden familienfremden Arbeitskräfte. In Mecklenburg, wo Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter im August 1944 rund 66 Prozent der Landarbeiter gestellt hatten, waren im Oktober 1945 sogar nahezu siebzig Prozent der abhängig Beschäftigten in der Agrarwirtschaft ‚Umsiedler'[17]. In der SBZ eröffnete sich Flüchtlingen und Vertriebenen aber auch die Möglichkeit, als selbständige Landwirte Neubauernstellen zu übernehmen.

Die Bodenreform, die in der politischen Propaganda des SED-Regimes – etwa in dem zeitgenössischen Film „Freies Land"[18] – als entscheidende Triebkraft der Integration von ‚Umsiedlern' auf dem Lande glorifiziert wurde, war von der Exilführung der KPD in Moskau während des Zweiten Weltkriegs detailliert vorbereitet worden. Nachdem die Partei bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren die Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des konfiszierten Bodens an Landarbeiter und Kleinbauern verlangt hatte, präzisierte vor allem Edwin Hoernle, der führende Agrarpolitiker der KPD[19], im Moskauer Exil das Bodenreformkonzept. Da die Alliierten ihre Pläne für die Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus ihrer osteuropäischen Heimat erst 1943/44 konkretisierten, wurden Flüchtlinge und Vertriebene als Empfängergruppe von Bodenreformland weder in dem Entwurf, der 1942 von Hoernle in Oranki (bei Gorki) ausgearbeitet worden war, noch in dem von Anton Ackermann Ende 1944 vorgelegten „Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie" erwähnt. Erst am 4. Februar 1945 hob Hoernle in einem Vortrag über „Die Agrarpolitik des Blocks der kämpferischen Demokratie" in Moskau als „besonders schwierige und wichtige Aufgabe" des Neuaufbaus in Deutschland nach dem Kriegsende hervor: „Ansiedlung von 100000en bäuerlich-landproletarischen Flüchtlingsfamilien aus dem Osten".[20]

Als das Ausmaß des Flüchtlingszustroms nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich wurde, gewann die Landvergabe an die Vertriebenen in der Bodenreformagitation der KPD-Führung eine wichtige Legitimationsfunktion. In seinem Aufruf vom 11. Juni 1945 forderte das ZK der Partei deshalb die Übergabe des zu enteignenden Bodens und Inventars an die „durch den Krieg ruinierten und besitzlos gewordenen Bauern".[21] Die Vorbereitung der Bodenreform wurde vor allem von der sowjetischen Staats-

[16] Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 142f.

[17] Schneider, Landproletariat, S. 185. Die weiteren hier aufgeführten Angaben zu den Beschäftigtenanteilen in: BAB, DO 1/10/13, S. 323; MdI 10, ZVU, Bd. 15, Bl. 170; BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1075, Bl. 84f.; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 71; ders., Integration, S. 873; ders., Flüchtlinge, S. 64, 66, 69; Roesler, Refugee Problem, S. 13. Zu den angegebenen Arbeitslosenquoten: BAB, DO 1/10/15, Bl. 148; Roesler, S. 15. Zur Alters- und Geschlechterstruktur der ‚Umsiedler': Meinicke, Probleme, S. 4–10. Zur Arbeit von Flüchtlingsfrauen auf Bauernhöfen: Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 142f.

[18] Mückenberger / Jordan, „Sie sehen selbst", S. 52–59. Zu dem Film auch: BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1074, Bl. 149. Allg.: Heimann, Umsiedler.

[19] Biographische Angaben zu Hoernle (1883–1952) in: Cerny, Wer war wer – DDR, S. 197.

[20] Zit. nach: Erler u. a., „Nach Hitler kommen wir", S. 316. Nach dem „Aktionsprogramm" sollte das Bodenreformland nur Landarbeitern und landarmen Bauern übereignet werden; vgl. ebd., S. 296. Der Bodenreformentwurf Hoernles findet sich in: BAB, DK 107/A 421–41. Allg. zur Vorbereitung der Bodenreform: Bauerkämper, Antifaschismus, S. 624–626. Zusammenfassend auch: Piskol, Entwicklung. Zu den Vertreibungsplänen der Alliierten bis 1945: Henke, Weg.

[21] Weber, DDR, S. 36.

und Parteiführung entscheidend vorangetrieben. Nachdem Stalin bereits in seinem Gespräch mit den KPD-Spitzenfunktionären Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka in Moskau am 4. Juni 1945 einen unverzüglichen Beginn der Landumverteilung gefordert hatte, erarbeiteten Mitarbeiter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR für den sowjetischen Diktator bis Ende Juli einen Gesetzentwurf zur Bodenreform. Diese Vorlage wurde weitgehend in der Direktive übernommen, die das ZK der KPD am 23. August 1945 erließ[22].

In dieser Anweisung an die Bezirks- und Kreisleitungen rechtfertigte das Führungsgremium der KPD die Enteignung der Grundbesitzer und der – so eingestuften – führenden Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher und einflußreichen Repräsentanten des ‚Dritten Reiches' mit dem Ziel, „solchen deutschen Volksangehörigen, die Hitlergegner waren und die infolge des Hitlerkrieges gegen fremde Völker Hof und Heim verloren haben, wieder Erwerbsmöglichkeit, Heimat und Zukunft zu geben".[23] Die KPD-Führung drängte im Herbst 1945 auf die Zuteilung auch kleiner, unrentabler Bauernstellen, um möglichst viele ‚Umsiedler' politisch an die Partei zu binden und ihnen eine neue Lebensperspektive zu eröffnen[24]. Das Ziel der wirtschaftlichen Subsistenzsicherung fand aber auch in der SPD, Ost-CDU und Liberal-Demokratischen Partei (LDP) durchaus eine begrenzte Resonanz. Obwohl die Kirchen und viele Pfarrer Bedenken gegen die pauschale und rechtsstaatlichen Verfahren widersprechende Enteignung der Gutsbesitzer äußerten, war auch für ihre – überwiegend keineswegs vorbehaltlose – Zustimmung zur Bodenreform die Aussicht auf die Ansiedlung von Flüchtlingen ein wichtiges Motiv[25].

Die gemäß der ZK-Direktive in den Ländern bzw. Provinzen, Kreisen und Gemeinden zu bildenden Bodenreformkommissionen sollten außer den Landarbeitern, Kleinpächtern und landlosen Bauern auch Flüchtlinge bei der Landzuteilung berücksichtigen. Der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck verlieh dieser Forderung in seiner richtungweisenden Rede in Kyritz (Provinz Mark Brandenburg) am 2. September 1945 weiteren Nachdruck, und die dort auf einer Bauernversammlung gefaßte, aber gezielt vorbereitete Entschließung betonte besonders die Not der Flüchtlingslandwirte. Da die Bodenreform aber auch nach der Verabschiedung der Verordnungen in den Ländern und Provinzen vom 3. bis 10. September 1945 als „Bewegung von unten her"[26] erscheinen sollte, appellierte die KPD-Führung gezielt an das Interesse der Vertriebenen, Neubauernstellen mit bis zu zehn Hektar (ha) Land zu übernehmen. So forderte der Sekretär der KPD-Bezirksleitung in der Provinz Mark Brandenburg, Willy Sägebrecht, die Kreisleiter und Referenten der Partei am 6. September 1945 auf, in der Bodenreformpropaganda die Flüchtlingsansiedlung hervorzuheben[27].

[22] Laufer, UdSSR, S. 26–30; ders., „Genossen", S. 357; Keiderling, „Gruppe Ulbricht", S. 470. Dazu auch schon der Erlebnisbericht in: Leonhard, Revolution, S. 506–508.

[23] Zit. nach: Benser / Krusch, Dokumente, Bd. 2, S. 14.

[24] Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 137f.

[25] Nowak, Christentum, S. 47, 52. Zu Mecklenburg-Vorpommern: Dokumente, S. 29, 44. Zu den Bodenreformkonzepten der SPD, Ost-CDU und LDP: Weber, Umgestaltung, S. 2828f.

[26] SAPMO, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 63.

[27] BLHA, Ld. Br. Rep. 330, I/2/97, Bl. 3. Allg.: Zank, Gesellschaftspolitik, S. 54. Weitgehend noch der offiziellen pseudodemokratischen Legitimation verhaftet die Darstellung in: Piskol u. a., Umwälzung, S. 43–48. Zu Sägebrecht: Barth u. a., Wer war wer in der DDR, S. 622f. Entschließung von Kyritz in: SAPMO, NY 4182/1052, Bl. 260f. Zum Beginn der Bodenreform in Brandenburg umfassend: Bauerkämper, Bodenreform in Brandenburg, S. 271–281. Zur Rede Piecks in Kyritz auch: Kuntsche, Bodenreform, S. 12f.

Demgegenüber wies der 1. Vizepräsident der brandenburgischen Provinzialverwaltung, Bernhard Bechler, die Oberlandräte, Landräte und Oberbürgermeister am 19. September 1945 an, „daß bei der Zuteilung von Land in folgender Reihenfolge vorzugehen ist: Landarme Bauern, landlose Bauern, Landarbeiter, Flüchtlinge".[28] In den rund 9500 Gemeindebodenkommissionen, die im Herbst 1945 den zu enteignenden Boden sichern, die Landbewerber registrieren und ihre Anträge entgegennehmen sollten sowie zudem Aufteilungspläne zu erstellen und das Land nach der Bestätigung durch die übergeordneten Kreisbodenkommissionen zu übergeben hatten, waren nur 12,1 Prozent der Mitglieder ‚Umsiedler', obwohl ihr Bevölkerungsanteil Ende 1945 17,1 Prozent erreichte. Dagegen stellten alteingesessene Landarbeiter in den Gemeindebodenkommissionen nahezu 38 Prozent und Kleinbauern sowie Pächter 35,6 Prozent der Mitglieder[29].

Da die Flüchtlinge noch lange auf die Rückkehr in ihre Heimat hofften und – ebenso wie viele Landarbeiter und Kleinbauern – die Aufteilung der Güter in kleine, unrentable Neubauernstellen ablehnten, zögerten sie, die Bewirtschaftung von Bodenreformland zu übernehmen. So konstatierte die brandenburgische Provinzialverwaltung in ihrem Bericht über die Durchführung der Bodenreform am 4. Dezember 1945 ernüchtert: „Bei den Umsiedlern stellte sich eine gewisse Zurückhaltung bei der Beantragung von Land heraus. Insbesondere Bauern, die von östlich der Oder und der Neiße kommen und dort ihre Höfe verlassen mußten, hoffen, noch einmal in ihre Heimat zu kommen, und haben daher keine Bodenzuteilung bei den zuständigen Gemeindekommissionen beantragt"[30]. Auch in den Komitees (Ausschüssen) der gegenseitigen Bauernhilfe, die 1945/46 gebildet wurden, und in der 1946/47 aus diesen hervorgegangenen Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) blieben die Flüchtlinge unterrepräsentiert[31].

1945/46 lehnten zudem viele Bodenreformkommissionen, die von Alteingesessenen beherrscht wurden, die Zuteilung von Land an Flüchtlinge und Vertriebene ab, denn die Qualifikation der ‚Umsiedler' – vor allem der Berufsfremden und alleinstehenden Frauen unter den Landbewerbern – zur Bewirtschaftung von Neubauernstellen wurde weithin bezweifelt. Gegen die ‚Umsiedler' richteten sich in der Nachkriegszeit besonders auf dem Lande die Ressentiments und Vorbehalte der einheimischen Bevölkerung, die ihre tradierten ethnischen Stereotype auf die Fremden projizierte[32]. Gelegentlich enteigneten Kommissionen oder Verwaltungsorgane auch nachträglich Flüchtlingsneubauern, die für unfähig erklärt worden waren. Außerdem teilten sich vielfach die Mitglieder der Bodenreformkommissionen selber Parzellen zu oder begünstigten Verwandte und Bekannte. So beklagte der Präsident der ZVU, Rudolf Engel, im Mai 1947, „daß in sehr vielen Fällen die Vergebung von Siedlerstellen unter dem Gesichtswinkel der Freundschaft oder der persönlichen Bekanntschaft erfolgte" oder Bauern und Landarbeiter, die Kom-

[28] Zit. nach: Bauerkämper, Neubauern, S. 117. Zu Bechler (geb. 1911): Cerny, Wer war wer – DDR, S. 29f.

[29] SAPMO, DY 30/IV 2/7/227, Bl. 14–18; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 61; Piskol u. a., Umwälzung, S. 49–56. Andere Angaben in: Kuntsche, Umgestaltung, S. 95. Zum Anteil der ‚Umsiedler' an der Bevölkerung Ende 1945: Roesler, Refugee Problem, S. 5.

[30] Zit. nach: Berichte, S. 145; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 137. Allg.: Nehrig u. Piskol, Rolle, S. 325; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 59, 61; ders., Flüchtlinge, S. 44, 59f.

[31] Wernet-Tietz, Bauernverband, S. 48–58, 60–62; Bauerkämper, Führungsgruppen, S. 85–88.

[32] Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 140. Zur Zurückweisung von Landbewerbern: Bauerkämper, Strukturumbruch, S. 82.

missionen angehörten, „mit der Begründung, daß zur damaligen Zeit nicht genügend Anträge vorlagen, 3, 4 und 5 Siedlerstellen für sich und ihre Angehörigen in Anspruch nahmen“[33].

Auch die seit Herbst 1945 in Kreisen, Städten und Gemeinden konstituierten Umsiedlerausschüsse konnten nicht verhindern, daß weiterhin intakte Beziehungsnetze dörfliche Milieus gegenüber den Ansprüchen der Flüchtlinge abschirmten. Die Anbindung der Vertretungsorgane der ‚Umsiedler‘ an die Kreis- und Gemeindebodenkommissionen scheiterte weitgehend, so daß die Ausschüsse an der Ansiedlung von Flüchtlingsneubauern kaum beteiligt waren. Da die Umsiedlerausschüsse auch die regionalen und lokalen Verwaltungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur unzureichend kontrollieren konnten, blieb die Gleichberechtigung von ‚Umsiedlern‘ und Alteingesessenen in dörflich-agrarischen Milieus vielfach nur ein Postulat. Die Vertriebenen setzten sich trotz der materiellen Unterstützung, die sie von staatlichen Verwaltungsorganen, Parteien und Massenorganisationen erhielten, im scharfen Verteilungskampf der unmittelbaren Nachkriegszeit gegenüber der einheimischen Bevölkerung kaum durch[34].

Weil Parzellen mit hoher Bodengüte bereits vor der Ankunft der Flüchtlinge in ihrer neuen Heimat an alteingesessene Landbewerber vergeben worden waren, verlangte die ZVU von der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLF), die von Hoernle geleitet wurde, 1946/47 nachdrücklich, die abgeschlossenen Zuteilungsverfahren zu überprüfen, um Verstöße gegen die Bodenreformverordnungen aufzudecken. Besonders nachdem die tschechische Regierung 1945/46 nahezu 50000 Kommunisten aus dem Sudetenland in die SBZ transportiert hatte, forderte die ZVU, die von der SMAD unterstützt wurde, gegenüber der DVLF im Juni 1946 kategorisch eine Kontrolle aller bereits durchgeführten Landzuteilungen: „Die Bodenreform wurde durchgeführt und konnte nicht auf später kommende Umsiedler Rücksicht nehmen. Jetzt kommen laufend im Rahmen der Umsiedlung von weiteren 600000 Menschen aus dem Sudetengebiet und Hunderttausende aus dem Osten auch einige tausend aktiver Antifaschisten [. . .] in die Sowjetzone. [. . .] Für die Bodenaufteilung an Antifaschisten kommen ca. 3000 Familien in Frage“[35].

Die Aktion sollte aber auch die Gesellschaftsstruktur auf dem Lande erneut dynamisieren, um den Handlungsspielraum der SED-Führung für ihre Konstruktionspolitik zu erweitern und ihre Herrschaft zu festigen. So bereitete die DVLF im Herbst 1946 eine Verordnung zum Entzug von Bodenreformland vor, obwohl allgemein eine Beunruhigung der Neubauern durch Besitzwechsel unbedingt vermieden werden sollte. Trotz der Anweisungen der ZVU und der Umsiedlerämter in den Ländern und Provinzen

[33] BAB, DO 1/10/63, Bl. 93 (Interpunktion korrigiert). Hierzu auch die Berichte und Stellungnahmen in: SAPMO, DY 30/IV 2/2.022/52, S. 43; DY 30/IV 2/7/321, Bl. 39f.; BAB, DO 1/10/62, Bl. 4, 94; BLHA, Ld. Br. Rep. 208, Nr. 185, Bl. 23. Zusammenfassend: Bauerkämper, Neubauern, S. 117.

[34] Sandford, Hitler, S. 110–112; Schwartz, Partizipation, S. 165–167, 173, 175; ders., „Flüchtling“, S. 29; Just, Lösung, S. 978f.; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 66f.; Bauerkämper, Neubauern, S. 117. Zu Brandenburg: Pape, Flüchtlinge, S. 113, 128f.; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 163f.

[35] Zit. nach einem Schreiben vom 6. 6. 1946, in: BAB, MdI 10, ZVU, Nr. 63, Bl. 12. Die ZVU drängte die SMAD im Mai 1946, einer Kontrolle der Neubauernstellen zuzustimmen. Vgl. BAB, DO 1/10/64, Bl. 104. Zum Transport tschechischer „Antifaschisten“ in die SBZ: Wille, „Freiwillige Ausreise“, S. 36–49; BAB, DO 1/10/13, Bl. 47–49. Überblick in: Foitzik, Kadertransfer, bes. S. 310, 319f.

konnte aber nur wenig Land für die erst 1946/47 eintreffenden Flüchtlinge bereitgestellt werden. Der noch nicht vergebene Boden war vielfach unkultiviert oder befand sich in den verwüsteten Ostkreisen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns, wo weite Ackerflächen in der Nachkriegszeit vermint waren und siedlungsbereite Flüchtlinge kaum untergebracht werden konnten[36].

Im Januar 1946 verfügten die ‚Umsiedler' in Mecklenburg über 39, im Land Sachsen über 38 und in Brandenburg über 37 Prozent des verteilten Landes. In Thüringen und in der Provinz Sachsen wurden entsprechende Anteile von 28 bzw. 25 Prozent verzeichnet[37]. Im Juni 1946 hatten Flüchtlinge in der SBZ insgesamt nahezu 41 Prozent des übereigneten Bodenreformlandes erhalten, und sie bewirtschafteten fast 36 Prozent der Neubauernstellen. Bis zum Abschluß der Bodenreform wurde 94443 Vertriebenen 34,9 Prozent des an Individualempfänger verteilten Landes übergeben[38]. Die Ausstattung der Flüchtlingsneubauern mit technischem Inventar blieb aber trotz der von den zuständigen Behörden gewährten Kredite und des Aufbaus der Ausleihstationen, die vor allem den angesiedelten Landwirten Maschinen bereitstellen sollten, gering. So verfügten in Brandenburg noch Ende 1947 statistisch lediglich 32,4 Prozent der Flüchtlingsneubauern über einen Pferdepflug, 28,2 Prozent von ihnen über Wagen oder Anhänger, 25,5 Prozent über Eggen und 1,4 Prozent über Drillmaschinen[39].

Obwohl wiederholt Ausgleichsaktionen zwischen den Ländern und Kreisen durchgeführt wurden, blieb auch der Viehbestand der Flüchtlingsneubauern in der SBZ gering. Intakte soziale Beziehungsnetze bewirkten in vielen Dörfern, daß alteingesessene Bauern bei der Verteilung von lebendem und totem Inventar begünstigt wurden. Auch deshalb entfielen Ende 1947 auf je 10 Neubauernstellen in Brandenburg nur 4 Schweine, 4 Milchkühe, 3 Pferde und 2 Hühner. Im Juni 1948 hatten noch 9,2 Prozent der rund 38600 ‚Umsiedler', die in Mecklenburg Vollerwerbsbetriebe eingerichtet hatten, keine Milchkuh erhalten, und 63,8 Prozent von ihnen waren ohne Anspannung geblieben[40].

Daneben erschwerte die völlig unzureichende Ausstattung der Flüchtlingsneubauern mit Wohn- und Wirtschaftsgebäuden eine nachhaltige Festigung ihrer Betriebe. So verfügten im Oktober 1947 von jeweils 1000 Flüchtlingsneubauern in der SBZ statistisch nur 262 über Wohngebäude, 150 über Großviehställe, 131 über Schweineställe und 118 über Scheunen oder Überdachungen. Noch im Oktober 1950 besaßen in der SBZ 22000 Flüchtlingsneubauern weder Wohnhäuser noch Stallgebäude; darüber hinaus hatten

[36] Zum Scheitern der Landumverteilung: Wille, „Freiwillige Ausreise", S. 50f. Anweisungen zur Kontrolle der Bodenzuteilungen in: Warning, Dokumente, S. 640f.; SAPMO, DY 30/IV 2/2.022/52, Bl. 39f.; BAB, DO 1/10/62, Bl. 40f., 44, 62, 67; DO 1/10/63, Bl. 12, 93; DO 1/10/64, Bl. 31f., 135–137. Entwurf der Verordnung der DVLF in: BAB, DO 1/10/62, Bl. 17–21.

[37] Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 138.

[38] BAB, DO 1/10/15, Bl. 188; Schulz, Probleme, S. 2f.; Bauerkämper, Von der Bodenreform zur Kollektivierung, S. 126. Andere Werte in: Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 139; ders., Bodenreform und Vertriebene in der SBZ, S. 63.

[39] BAB, DO 1/10/65, Bl. 84. Hierzu auch die detaillierten Angaben in: Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 141–143, 149; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 65, 69. Zu den Flüchtlingsneubauern in Brandenburg: Pape, Flüchtlinge, S. 119; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 164. Zu Mecklenburg-Vorpommern: Krellenberg, Eingliederung, S. 106.

[40] BAB, DO 1/10/65, Bl. 84; Krellenberg, Eingliederung, S. 106, 115f.; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 141–143, 149; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 65, 68, 82; Roesler, Refugee Problem, S. 9.

7000 keine Wohnhäuser und 8900 keine Ställe. Allein in Brandenburg mußten für Flüchtlingsneubauern noch rund 3375 einzelne Wohnhäuser, 4882 Ställe sowie 6924 kombinierte Wohn- und Stallgebäude errichtet werden. Nach dem am 8. September 1950 von der Regierung der DDR erlassenen „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler" konnten Flüchtlingen zwar zinsgünstige Kredite eingeräumt werden; die Bauleistung blieb aber wegen des anhaltenden Mangels an Material, Arbeitskräften und Transportkapazität sowie der Zuteilungsdefizite im sich herausbildenden zentralplanwirtschaftlichen System der DDR weit hinter dem hohen Bedarf zurück[41]. Viele Flüchtlingsneubauern mußten deshalb noch in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren bei alteingesessenen Landwirten oder in baufälligen, kaum beheizbaren Gutshäusern untergebracht werden[42].

Insgesamt ist der Anteil der ökonomisch gefestigten Höfe von ‚Umsiedlern' in der SBZ mit nur 15 Prozent veranschlagt worden. Wegen der wirtschaftlichen Schwäche ihrer Betriebe blieben die Flüchtlingsneubauern noch in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren auf die Unterstützung der alteingesessenen Landwirte angewiesen, besonders beim Zugkrafteinsatz. Die auch daraus resultierende asymmetrische Beziehung, die Armut der Vertriebenen, ihre geringere Qualifikation und ihre spezifische, sich vielfach von den dörflichen Milieus der Aufnahmegesellschaft abhebende kulturell-mentale Prägung führten tendenziell zur sozialen Marginalisierung der Flüchtlingsneubauern. So beschwerte sich eine Frau, die nach der Vertreibung aus der Neumark im brandenburgischen Willmersdorf einen Pachtbetrieb übernommen hatte, in einem Schreiben an Hoernle am 22. Oktober 1948, daß sie in dem Dorf „als unerwünschter Eindringling und Fremdkörper empfunden und behandelt werde. Die Altbesitzer sind mehr oder weniger verwandt, verschwägert oder sonst verbunden. Die Grundsätze der gegenseitigen Bauernhilfe scheinen keine Anwendung zu finden".[43]

Viele angesiedelte Landwirte gaben deshalb ihre Betriebe auf, als die industrielle Produktionskapazität in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren erweitert wurde und damit neue, durchweg attraktivere Arbeitsplätze geschaffen wurden, die auf die Flüchtlingsneubauern – wie auf die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft insgesamt – eine beträchtliche Sogwirkung ausübten. In der Provinz Brandenburg hatten schon bis Ende 1947 von insgesamt 24406 Flüchtlingsfamilien, die 198136 ha Land übernommen hatten, 2944 (12 Prozent) eine Fläche von 13093 ha (6,6 Prozent des übernommenen Bodens) zurückgegeben, und im Kreis Calau-Senftenberg verließen bis 1950 etwa ein Zehntel der Flüchtlingsbauern ihre Höfe. Insgesamt hatten in der SBZ bis zum Juli 1949 10,7

[41] BAB, DK 1/3035, Bl. 58, 68; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 140, 144–148; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 74. Ergänzend: Meinicke, Integration, S. 875; ders., Flüchtlinge, S. 61. Zu Brandenburg: Bauerkämper, Neubauernbauprogramm, S. 194f. Das Gesetz vom 8. 9. 1950 ist abgedruckt in: Gesetzblatt der DDR, Nr. 104–14. 9. 1950, S. 971–973. Allg. zu diesem Gesetz: Meinicke, Flüchtlinge, S. 76; ders., Integration, S. 877f.; Just, Lösung, S. 983; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 166; Schulz, Probleme, S. 16.

[42] Bauerkämper, Neubauern, S. 126f. Zum brandenburgischen Landkreis Beeskow/Storkow: Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 143f.

[43] BLHA, Ld. Br. Rep. 208, Nr. 2758, Bl. 121. Ergänzend die Berichte in: Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Nr. 2827, Bl. 170; SAPMO, DY 30/IV 2/7/117, Bl. 6. Zu Mecklenburg: Krellenberg, Eingliederung, S. 168f. Allg.: Meinicke, Flüchtlinge, S. 61f. Zur ökonomischen Lage der Flüchtlingsneubauern: Seraphim, Die Heimatvertriebenen, S. 15–17.

Prozent aller Neubauern ihre Betriebe aufgegeben. Obwohl die Rückgabe von Neubauernhöfen in den frühen fünfziger Jahren durch gesetzliche Regelungen und politischen Druck erschwert wurde, ließen 1950/51 weitere 30000 der angesiedelten Landwirte ihre Betriebe zurück[44].

3. Die abgebrochene Integration: Bodenreforminitiativen und Flüchtlingssiedlung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Flüchtlinge aus den verlorenen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa beeinflußten auch in Westdeutschland tiefgreifend die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auf dem Lande. Bereits im Oktober 1946 wurden in den westlichen Besatzungszonen nahezu sechs Millionen, im September 1950 schließlich rund 7,8 Millionen Vertriebene registriert. Ihr Anteil an der Wohnbevölkerung hatte damit im Bundesgebiet 16,5 Prozent erreicht. Ebenso wie in der SBZ lebten die Flüchtlinge in Westdeutschland überwiegend in ländlichen, noch agrarisch strukturierten Regionen. So stellten Vertriebene 1950 in Schleswig-Holstein 33,0, in Niedersachsen 27,2 und in Bayern 21,1 Prozent der Bevölkerung. Die Flüchtlinge ließen sich überwiegend in Dörfern nieder: Noch im September 1950 lebten 47,2 Prozent von ihnen – aber nur 32,8 Prozent der alteingesessenen Bevölkerung – in Dörfern mit jeweils weniger als 3000 Einwohnern; 55 Prozent der Vertriebenen waren in Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern registriert[45].

Insgesamt kamen nach Westdeutschland rund 400000 Flüchtlinge, die in ihrer Heimat landwirtschaftliche Betriebe bewirtschaftet hatten. In Niedersachsen wurden 1949 318600 Vertriebene registriert, die in ihrer Heimat als Erwerbstätige in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, darunter 60800 als selbständige Bauern. Nachdem sie in der unmittelbaren Nachkriegszeit überwiegend als abhängig Beschäftigte in der Landwirtschaft berufstätig gewesen waren, ging der Anteil der im primären Sektor Erwerbstätigen unter den Flüchtlingen in den späten vierziger Jahren deutlich zurück. Während 1939 noch 39,6 Prozent der später in der Bundesrepublik aufgenommenen Vertriebenen in der Agrarwirtschaft gearbeitet hatten, war dieser Anteil in der neuen Heimat bis 1950 auf 14,5 Prozent gesunken. In den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, wo die ländliche Industrialisierung erst in den fünfziger Jahren einsetzte, übertraf die Erwerbslosenquote unter den Flüchtlingen erheblich den Durchschnittswert für das Bundesgebiet[46]. Die berufliche Integration der Flüchtlinge in die Landwirtschaft gewann in den westlichen Besatzungszonen deshalb einen hohen politischen Stellenwert. So wurde in einem 1947 veröffentlichten Aufsatz zur wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebe-

[44] BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1166, Bl. 14–16; Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 149f.; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 83; ders., Flüchtlinge, S. 63; Ther, Vertriebenenpolitik, S. 165. Ergänzend die Angaben in: Bauerkämper, Problemdruck, S. 321; ders., Neubauernbauprogramm, S. 200f.

[45] Bethlehem, Heimatvertreibung, S. 22, 30f.; Reichling, Die deutschen Vertriebenen, S. 32f., 40f.; Sommer, Zwischen nationalen Rechtswahrungsansprüchen, S. 407. Ergänzend: Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 92–94, 99–117. Zu Bayern: Bauer, Flüchtlinge, S. 161–181; Pscheidt, Flüchtling, S. 110.

[46] Bethlehem, Heimatvertreibung, S. 40–42, 47; Reichling, Die deutschen Vertriebenen, S. 66–73. Zu den Flüchtlingslandwirten: Palmer, Eingliederung, S. 83; Tarnow, Grundlagen, S. 10; Pscheidt, Flüchtling, S. 117. Zum Industrialisierungsschub in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg: Erker, Sehnsucht, S. 486–488.

nen festgestellt: „Auch die Ansiedlung der Flüchtlinge als Neubauern [...] verdient sicher größere Beachtung, stammen doch recht viele aus der Landwirtschaft. Der Widerstand der Eingesessenen gegen die Abgabe von Boden ist zwar äußerst stark, es ist jedoch zu hoffen, daß die Bodenreform Land für die Ostdeutschen freigibt".[47]

Angesichts der – hinsichtlichtlich seines Ausmaßes und der Dauerhaftigkeit überschätzten – Kriegszerstörungen in der Industriewirtschaft, des Wohnraummangels in den Städten, der Demontagen und der alliierten Reagrarisierungspolitik, die noch im Potsdamer Abkommen festgelegt war, lag in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Übergang zu einer kleinbetrieblichen Struktur mit arbeitsintensiver Veredlungsproduktion in der Landwirtschaft nahe. So sah der „Kleinsthofplan", der von traditionellen agrarromantischen Utopien geprägt war, Agrarbetriebe mit jeweils 1,5 ha vor, die den Inhabern eine direkte Versorgungsmöglichkeit bieten, den Vertriebenen eine Arbeit vermitteln und die Ernährung der Bevölkerung sichern sollten. Dieses Konzept reflektiert die restriktiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der „Zusammenbruchgesellschaft"[48] und sollte den wirtschaftlichen Wiederaufbau ebenso wie die Flüchtlingsintegration erleichtern: „Millionen Menschen schreien nach Land, und Land schreit nach intensiv wirtschaftenden Menschen".[49] Diese agrarpolitische Forderung erwies sich allerdings in den späten vierziger Jahren, als mit der forcierten Abwanderung aus der Landwirtschaft und der zunehmenden Landflucht langfristige Trends des gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Wandels wieder einsetzten, vollends als unrealistisch.

Auch eine Bodenreform sollte in den westlichen Besatzungszonen die Eingliederung der Flüchtlinge in die Landwirtschaft fördern. Sowohl die britische Labour-Regierung unter Premierminister Attlee als auch die amerikanische Administration unter Präsident Truman befürworteten in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine dauerhafte, aber rechtsstaatlichen Verfahren entsprechende Entmachtung der Großgrundbesitzer, denen eine erhebliche Mitverantwortung für den Aufstieg des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg zugewiesen wurde[50]. Im Gegensatz zur SBZ blieb eine durchgreifende Umverteilung des Grundbesitzes in den westlichen Besatzungszonen jedoch aus, obwohl die alliierten Militärregierungen 1946/47 Gesetze und Verordnungen zur Umverteilung des Landbesitzes erließen. Da die Verabschiedung von Ausführungsbestimmungen aber den neugebildeten Länderparlamenten überlassen wurde, verzögerte sich die Durchführung der Bodenreform. Die Landesregierungen verfügten nur über geringe Finanzmittel, um die Großgrundbesitzer zu entschädigen, und waren zunehmend dem Einfluß der agrarischen Interessenorganisationen ausgesetzt. Eine Enteignungspolitik traf auch in den bürgerlichen Parteien auf entschiedenen Widerstand, zumal eine Aufteilung von großen Agrarbetrieben die ohnehin angespannte Lebensmittelversorgung zu gefährden schien und wegen der kleinbetrieblichen Agrarstruktur Westdeutschlands ohnehin deutlich weniger Land als in der SBZ erfaßt hätte[51]. Als der Ausbruch des Ost-West-Konflikts die frühen Vorbehalte der westlichen Alliierten gegen die Durchführung der Bodenreform

[47] Wittlich, Eingliederung, S. 14.
[48] Kleßmann, Staatsgründung, S. 37.
[49] Jebens, Kleinsthofplan, S. 27. Zusammenfassend: Kluge, Agrarpolitik, S. 68.
[50] Für die USA: Marquardt-Bigman, Geheimdienstanalysen, S. 131, 141f.
[51] Trittel, „Siedlung"; ders., Scheitern; ders., Bodenreform, S. 40–45. Zum politischen Widerstand gegen die Bodenreform: Weisz, Versuch, S. 124f.; ders., Organisation, S. 198f.

in der SBZ steigerte, rückten auch ihre Militäradministrationen in Deutschland von der Politik einer weitreichenden Umverteilung des Landbesitzes ab[52].

In der amerikanischen Besatzungszone wurde am 18. September 1946 zwar das „Gesetz zur Beschaffung von Siedlungsland und zur Bodenreform" verabschiedet; bis Ende 1947 beschränkte sich der Landanfall aber auf 25000 ha. In Schwaben wurden bis März 1948 nur etwa 250 ha Bodenreformland gewonnen. Auch in der französischen Zone blieb die bestehende agrarische Besitzstruktur weitgehend erhalten. Eine Verordnung der Militärregierung vom 18. Oktober 1947 legte zwar eine gestaffelte Landabgabe für Agrarbetriebe mit bis zu 450 ha fest, so daß ein Landanfall von rund 40000 ha erwartet wurde. Da die Landtage aber die Verabschiedung von Durchführungsgesetzen verzögerten, konnte nur wenig Land zur Ansiedlung von Flüchtlingen genutzt werden[53].

Nachdem die Außenminister der Alliierten auf ihrer Moskauer Konferenz im April 1947 beschlossen hatten, noch bis zum Jahresende in Deutschland eine Bodenreform durchzuführen, präzisierte auch die britische Militärregierung ihre bereits im Oktober 1946 vorgelegten Grundsätze und erließ am 4. September 1947 eine Verordnung, nach der Grundbesitz von mehr als 150 ha von der Bodenreform erfaßt werden sollte. Aber erst im Frühjahr 1949 hatten alle Länder Ausführungsgesetze vorgelegt, die auch eine progressiv abgestufte Landabgabe für Agrarbetriebe mit einer Fläche von 25 bis 100 ha vorsahen. Diese Gesetze hätten in der britischen Zone rund 235000 ha für die Ansiedlung von Flüchtlingen freigesetzt, wurden jedoch kaum wirksam. Nur in Schleswig-Holstein verabschiedete der Landtag im Dezember 1947 ein Bodenreformgesetz, das auf dem weitreichenden Konzept des sozialdemokratischen Landwirtschaftsministers Erich Arp basierte und eine landwirtschaftliche Siedlung auf etwa 65000 ha ermöglicht hätte, aber von der britischen Militärregierung abgelehnt wurde[54].

Seit 1949 verdrängte die Siedlungspolitik in Westdeutschland vollends die Bodenreforminitiativen der Besatzungsmächte und Landesregierungen. Im April 1949 forderte die „Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung der Heimatvertriebenen auf dem Lande", der unter anderem der Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hans Schlange-Schöningen, angehörte, die Ansiedlung von Flüchtlingen zu beschleunigen. Das Reichssiedlungsgesetz vom August 1919 erfaßte aber lediglich Staatsdomänen nach Ablauf der Pachtverträge, eröffnete eine Enteignungsoption bei Moor- und Ödland, legte ein Vorkaufsrecht bei einem Verkauf von Grundstücken mit mehr als 25 ha fest und begründete für Regionen, die vom Großgrundbesitz geprägt waren, einen staatlichen Anspruch auf ein Drittel der Nutzfläche von Gütern mit jeweils über 100 ha[55].

Da von 1919 bis 1941 – vor allem wegen der unzureichenden Finanzmittel der Siedlungsgesellschaften – jedoch insgesamt nur 78000 neue landwirtschaftliche Betriebe ein-

[52] Hierzu die Telegramme in: FRUS, 1945/3, S. 1014, 1049–1059; Pelly u. Yasamee (Hrsg.), Documents, S. 130–132. Zusammenfassend: Mai, Kontrollrat, S. 250–255; Heydemann, Sowjetrußland, S. 88; Maetzke, Union Jack, S. 59–63; Marquardt-Bigman, Geheimdienstanalysen, S. 239–242.

[53] Trittel, Bodenreform, S. 35–37. Zur amerikanischen Zone als umfassende Studie: Enders, Bodenreform, bes. S. 169–174. Ergänzend: Bauer, Bauernverband. Angabe für Schwaben nach: Sallinger, Integration, S. 182. Allg.: Kluge, Agrarpolitik, S. 68f.

[54] Trittel, „Verwaltung des Mangels", S. 134–138; ders., Scheitern, S. 165–170; ders., „Siedlung", S. 183–189; ders., Bodenreform, S. 37–40; Tarnow, Grundlagen, S. 24–35. Als umfassende Regionalstudien: Rosenfeldt, bes. S. 85–91, 136–138; Hügen, Gesetz, bes. S. 208–213.

[55] Schapper, Durchführung, S. 74; Herlemann, Bauern, S. 61; Tarnow, Grundlagen, S. 19–23. Zu Schlange-Schöningen: Trittel, Schlange-Schöningen, bes. S. 56f.

gerichtet worden waren und das Reichssiedlungsgesetz keine Sonderregelungen für Flüchtlinge enthielt, erließ der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 10. August 1949 schließlich das „Gesetz zur Förderung der Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft" („Flüchtlingssiedlungsgesetz"), das die Bestimmungen des zwei Tage zuvor verabschiedeten „Soforthilfegesetzes" erweiterte. Nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz konnten Vertriebenen zinslose Kredite und Beihilfen für die Übernahme bestehender landwirtschaftlicher Betriebe durch Kauf, Pacht oder Einheirat eingeräumt werden. Landbesitzer, die Boden verkauften oder auf wenigstens 12 Jahre verpachteten, erhielten steuerliche Vergünstigungen. Den Ländern konnten für angesiedelte Flüchtlinge jeweils 5 000 DM gewährt werden. Besonders nicht bewirtschaftete, erbenlose oder auslaufende Höfe sollten von Vertriebenen übernommen werden. Damit konnten Flüchtlinge nicht nur neue landwirtschaftliche Betriebe einrichten, sondern auch durch Aufstockung, Pacht oder Erwerb schon bestehende Höfe übernehmen[56].

Nachdem das Gesetz über den Lastenausgleich eine Entschädigung für Flüchtlingslandwirte fixiert hatte und in einer im März 1953 erlassenen Durchführungsverordnung des Gesetzes auch Aufbaudarlehen an aus der SBZ geflohene Landwirte festgelegt worden waren, übernahm das am 19. Mai 1953 vom Bundestag verabschiedete „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge" (Bundesvertriebenengesetz) die Bestimmungen des Flüchtlingssiedlungsgesetzes. Das Bundesvertriebenengesetz verpflichtete die Bundesregierung zu einer unbefristeten Förderung der Flüchtlingsintegration und sah Finanzhilfen besonders für die Einrichtung landwirtschaftlicher Nebenerwerbsstellen vor. Nach einer Intervention des Ernährungsausschusses war im Bundesvertriebenengesetz aber festgelegt worden, daß Flüchtlingen zwar mindestens die Hälfte des Neusiedlerlandes zuzuteilen war, aber auch Einheimische – vor allem Bauernsöhne und Landarbeiter – bei der Bodenvergabe berücksichtigt werden mußten. Diese „Lex Horlacher" verschärfte nach 1953 die Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und Alteingesessenen und führte auf dem Lande zu Auseinandersetzungen, die das Verhältnis zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen belasteten[57].

Die Flüchtlingssiedlung, die mit den seit 1959 von den Bundeskabinetten verabschiedeten Fünfjahresplänen bis 1974 auch auf die Zuwanderer aus der DDR ausgedehnt wurde, beanspruchte bis Ende 1958 insgesamt rund 2,8 Mrd. DM, darunter etwa 630 Mio. DM aus dem Bundeshaushalt, nahezu 700 Mio. DM Aufbaudarlehen und fast 650 Mio. DM aus Länderhaushalten[58]. Die Siedlungspolitik wurde nicht nur vom Bauernverband der Vertriebenen, sondern auch von der „Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung der Heimatvertriebenen auf dem Lande", der „Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation" und der 1947 gegründeten „Agrarsozialen Gesellschaft" unterstützt. Daneben förderten internationale Verbände wie die von Pastor Birger Forell gegründete „Deutsch-Schwedische Flüchtlingshilfe" und Stiftungen die Flüchtlingssiedlung in Westdeutschland. Auch kirchliche Organisationen sowie Pfarrer und Pastoren traten nachdrücklich für die berufliche Integration der Vertriebenen in die Landwirtschaft ein[59].

[56] Ehrenforth, Durchführung, S. 546f.; Palmer, Eingliederung, S. 86–90, 92; Tarnow, Grundlagen, S. 36f.; Kluge, Agrarpolitik, S. 70f., 73f.

[57] Herlemann, Bauern, S. 71–75; Palmer, Eingliederung, S. 98f.; Kluge, Agrarpolitik, S. 143.

[58] Ehrenforth, Durchführung, S. 561. Hierzu auch die Angaben in: Herlemann, Bauern, S. 81–84.

[59] Palmer, Eingliederung, S. 90–97, 106–114, 116–121. Ergänzend: Rudolph, Kirche, S. 474–479.

Nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz wurden bis Ende 1950 insgesamt 10670 Vertriebenenbauern als selbständige Landwirte in die westdeutsche Agrarwirtschaft integriert. Ende 1952 bewirtschafteten aber 41 Prozent der etwa 35000 angesiedelten Flüchtlingsbauern Nebenerwerbsbetriebe; 29 Prozent hatten Kleinbauernstellen und nur 26 Prozent Vollerwerbsbetriebe übernommen. Von Juli 1949 bis Juni 1954 gingen 48941 Betriebe mit einer Fläche von 315723 ha an Flüchtlingsbauern über, davon 44 Prozent der Höfe im Siedlungsverfahren, 29 Prozent durch Pacht und 27 Prozent durch Kauf. Von den bis Ende 1958 eingerichteten 105565 Siedlerstellen für Vertriebene entfielen zudem nur 17070 (16,2 Prozent) auf Höfe mit mehr als 10 ha. Insgesamt wurden von 1945 bis 1962 in der Bundesrepublik 121554 neue Agrarbetriebe mit einer durchschnittlichen Größe von 1,88 ha eingerichtet. Anfang der sechziger Jahre waren aber nur etwa 16000 Vollerwerbsbetriebe im Besitz von Flüchtlingen und Vertriebenen, denn mehr als 47 Prozent der angesiedelten Flüchtlinge hatten Nebenerwerbsstellen mit einer Betriebsfläche von jeweils weniger als 0,5 übernommen, und nur rund 3191 Flüchtlingsbetriebe wiesen 1962 eine Größe von mehr als 30 ha auf[60].

In Niedersachsen hatten bis Ende 1950 rund 4400 Flüchtlinge landwirtschaftliche Betriebe mit zusammen fast 40000 ha Nutzfläche eingerichtet. Auf dieses Bundesland, in dem Mitte der fünfziger Jahre etwa 18000 landwirtschaftliche Flüchtlingsbetriebe – davon aber nahezu 13000 Nebenerwerbsstellen mit jeweils weniger als 0,5 ha Land – bestanden, entfielen rund 28 Prozent der Flüchtlingshöfe. Aber der Anteil der Vertriebenen unter den selbständigen Landwirten blieb insgesamt gering. Auch in Westfalen, wo bis zum Beginn der sechziger Jahre rund 4100 Flüchtlingsbauern zinsverbilligte Darlehen und Beihilfen aus öffentlichen Mitteln erhielten, konnten nur wenige Vertriebene Land erwerben. So waren von insgesamt 4642 selbständigen Landwirten, die 1960 im Landkreis Ahaus einen Hof bewirtschafteten, lediglich 53 Vertriebene, die über nicht mehr als 0,8 Prozent der gesamten Betriebsfläche verfügten[61].

Eine integrale Komponente der landwirtschaftlichen Siedlung bildete in Westdeutschland bis zu den frühen sechziger Jahren die Moor- und Ödlandkultivierung, zumal die Bodenreformgesetze die bestehende Besitzstruktur weitgehend konservierten und das Landangebot nur wenig erweiterten. Angesichts der geringen Dynamik des Bodenmarktes schien die Erschließung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen die Aussicht auf die Ansiedlung von Flüchtlingen zu eröffnen. Da 1950 allein in Niedersachsen 172795 ha Moore sowie 321737 ha Öd- und Unland registriert wurden, sollten durch die Kultivierung dieser Flächen etwa 100000 bis 150000 ha Boden für die landwirtschaftliche Siedlung bereitgestellt werden. Die Landeserschließung erforderte aber einen hohen Finanzaufwand und war zeitraubend, so daß das Ergebnis weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Von 1945 bis 1953 wurden jährlich nur 780 ha kultiviertes Land für Siedlerstellen übergeben. In Niedersachsen hatte die regionale Siedlungsgesellschaft 1951 insgesamt knapp 6000 ha erschlossenes Moor- und Ödland erhalten, das vor allem im hannoverschen Emsland landwirtschaftlich genutzt werden konnte. Hier wurden bis 1965 zwar 75800 ha

[60] Becker, Jahre, S. 40, 45–51, 63; Kluge, Agrarpolitik, S. 142f., 213, 247f.; Ehrenforth, Durchführung, S. 557–561. Dazu auch die Angaben in: Herlemann, Bauern, S. 76–80; Rudolph, Kirche, S. 479.; Tarnow, Grundlagen, S. 10, 114.

[61] Zur Siedlungsbilanz für Niedersachsen: Malecki, Eingliederung, S. 29; Schulze, „Die Ansprüche kamen erst später", S. 275. Angaben zu Westfalen und zum Landkreis Ahaus nach: Exner, Agrarwirtschaft, S. 201.

Moor und Ödland kultiviert und 1200 neue Höfe, 4550 Nebenerwerbsstellen und 110 Gärtnereibetriebe übereignet. Nachdem in den fünfziger Jahren ein forcierter Strukturwandel eingesetzt hatte, erwiesen sich viele kleine Siedlungshöfe aber als unrentabel[62].

Die deutliche Mehrheit der in der westdeutschen Landwirtschaft berufstätigen Vertriebenen arbeitete als abhängig Beschäftigte. In der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten Flüchtlinge auf den Höfen die dringend benötigten Arbeitskräfte gestellt und damit einerseits erheblich zur Aufrechterhaltung der Agrarproduktion sowie zur Lebensmittelversorgung beigetragen, andererseits aber auch die Modernisierung der Agrarbetriebe verzögert[63]. Die einheimischen Bauern betrachteten die Vertriebenen vielfach nur als potentielle Landarbeiter, so daß es zu scharfen Konflikten kam, wenn die Flüchtlinge dieser Erwartung und den damit verbundenen Anforderungen nicht entsprachen oder sogar ihre Arbeit in der Agrarwirtschaft zugunsten einer Berufstätigkeit in Gewerbebetrieben aufgaben[64]. Da die alteingesessenen Bauern auch Flüchtlingslandwirte überwiegend nicht als gleichberechtigt anerkannten, verringerte sich die gesellschaftliche Distanz zwischen diesen Gruppen in der Nachkriegszeit kaum, wie das geringe Ausmaß des Konnubiums verdeutlicht[65]. So wurde in einer agrarsoziologischen Untersuchung über den gesellschaftlichen Status von Flüchtlingslandwirten in vier niedersächsischen Landkreisen 1952 resümierend festgestellt: „Der am schwersten zu überwindende Graben ist wohl der zwischen den besitzenden und vertriebenen Bauern".[66] Angesichts des sozialen Abstiegs der meisten Vertriebenenbauern verlieh die berufliche Kontinuität bei Flüchtlingslandwirten, die wieder einen Betrieb erhielten und damit selbständige Bauern blieben, diesen unter den Vertriebenen ein hohes Sozialprestige[67].

Nicht nur der Prozeß der beruflichen Eingliederung, sondern auch die Einquartierung der neuen Bewohner und das enge Zusammenleben in den Dörfern lösten scharfe Auseinandersetzungen aus und blockierten die Integration. Zudem schirmten festgefügte gesellschaftliche Beziehungen dörfliche Milieus vielfach gegenüber Eingriffen der Flüchtlingsverwaltung ab. In vielen ländlichen Regionen – z. B. im Münsterland und Bayern – verschärfte besonders der konfessionelle Gegensatz, aber auch die zunehmenden internen Divergenzen im Protestantismus die anhaltenden Verteilungskonflikte zwischen den Flüchtlingen und der alteingesessenen Bevölkerung[68]. Insgesamt blieben die überwiegend mittellosen Vertriebenen in bäuerlichen Gemeinden, wo Besitz Prestige verlieh und die Orientierung auf die Hofwirtschaft noch ausgeprägt war, in der Nachkriegszeit weitgehend isoliert. Die gesellschaftliche Eingliederung wurde – vor allem über Sportver-

[62] Palmer, Eingliederung, S. 85; Tarnow, Grundlagen, S. 51–68, 111; Becker, Jahre, S. 151–154; Schapper, Durchführung, S. 83f. Zum Emsland: Haverkamp, Erschließung; Bauerkämper, Not, S. 90f.

[63] Kötter, Vorschläge, S. 242. Zu Bayern: Erker, Revolution, S. 372. Zu Niedersachsen: von der Brelie-Lewien, Spannungsfeld, S. 363; Schulze, „Die Ansprüche kamen erst später", S. 275.

[64] Dettmer, Konflikte, S. 313. Zu Bayern: Erker, Ernährungskrise, S. 153. Zum Münsterland: Exner, Agrarwirtschaft, S. 200.

[65] Ebd., S. 207–210; ders., Gesellschaft, S. 340–348, 444f. Zur Abwanderung aus der Landwirtschaft für Niedersachsen: Hohenstein, Bauernverbände, S. 279–292.

[66] von Blanckenburg, Lage, S. 57. Anschaulich auch: Arns, Verhältnis, S. 2.

[67] Dazu exemplarisch aus erfahrungsgeschichtlicher Sicht: Dettmer, Konflikte, S. 313.

[68] Sommer, Zwischen nationalen Rechtswahrungsansprüchen, S. 398f.; 408, 313. Zum Münsterland: Exner, Agrarwirtschaft, S. 188f., 192–198; ders., Gesellschaft, S. 65–74. Zu Bayern: Erker, Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger, S. 37–40; ders., Revolution, S. 397–400. Als Fallstudie zu Norddeutschland: Dettmer, Konflikte, S. 315, 319.

eine – nur sukzessive erreicht und erst im Generationenwechsel weitgehend abgeschlossen[69]. Dabei bildeten die allgemeine Not in der Nachkriegszeit und ihre gemeinsame Überwindung wichtige Erfahrungsdimensionen[70]. Seit den fünfziger Jahren begünstigten schließlich die berufliche und soziale Aufstiegsmobilität, die Zunahme des materiellen Wohlstands und der steigende Lebensstandard, aber auch die Urbanisierung und die Binnenmigration der Flüchtlinge ihre Integration in die westdeutsche Gesellschaft. Aber auch am Ende des Jahrzehnts war die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Eingliederung der Vertriebenen in der Bundesrepublik zwar „unumkehrbar, aber noch nicht vollendet".[71]

4. Integration und Transformation: Flüchtlingsbevölkerung und sozioökonomischer Strukturwandel

Der Flüchtlingszustrom bildete in allen Besatzungszonen in Deutschland Problemlagen heraus, die sich besonders aus der Unterbringung in ländlichen Regionen und der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft ergaben. Angesichts der allgemeinen Not, der Zerstörung in den Städten und des sozialpolitischen Zwangs zur beruflichen Integration schien eine Ansiedlung der Flüchtlinge auf dem Lande den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die KPD-Führung rechtfertigte die Bodenreform deshalb unter anderem mit der Absicht, den ‚Umsiedlern' Neubauernstellen zu übergeben und ihnen damit die Chance auf eine schnelle berufliche und soziale Integration zu eröffnen. So argumentierte Hoernle noch 1947: „Es wäre doch Wahnsinn gewesen, wollte man bäuerliche Familien in den Städten arbeitslos unterbringen oder sie nur mit Mühe und Not in der Industrie unterbringen, wo sie draußen auf dem Lande als gelernte landwirtschaftliche Menschen ihre Lebensmittel selber produzieren können".[72]

Die retrospektive Begründung Hoernles verdeckt allerdings, daß die Bodenreform vor allem die Herrschaft der KPD-Führung sichern sollte, indem die Gutsbesitzer entmachtet und mit den Neubauern eine neue gesellschaftliche Gruppe gebildet wurde, von der die Parteielite eine weitgehende Loyalität gegenüber dem sich herausbildenden Regime erwarten konnte. Die Ergebnisse der Gemeinde-, Kreis und Landtagswahlen, die im September und Oktober 1946 durchgeführt wurden, deuten tatsächlich auf eine Bindewirkung der Bodenreform hin. Die SED gewann besonders in den Landkreisen Mecklenburgs, wo die Bodenreform bis Anfang 1950 insgesamt 54 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) erfaßt hatte und viele Flüchtlinge Neubauernstellen übernommen hatten, hohe Wähleranteile. So stimmten bei den Gemeinderatswahlen in den mecklenburgischen Städten 49 Prozent, in den Landkreisen aber mehr als 75 Prozent der Wähler

[69] Der hier nicht ausführlich nachzuzeichnende Integrationsprozeß ist in vielen Studien dargestellt worden. Zu Westfalen u. a.: Lüttig, Fremde, bes. S. 80–90; Hufschmidt, "... und dann blieben wir doch", bes. S. 131–147; Exner, Agrarwirtschaft, S. 211–214. Zu Bayern: Bauer, Flüchtlinge, S. 343–380; Erker, Revolution, S. 379–425; Sallinger, Integration, S. 100, 102–106, 111f. Zu Niedersachsen: Brosius u. Hohenstein, Flüchtlinge, S. 15–40, 49–57; von der Brelie-Lewien u. Schulze, Flucht, S. 101–109, 111; Dettmer, Konflikte, S. 320f. Zu Württemberg: Schwedt, Heimatvertriebene.

[70] von Plato, Heimat, S. 202–210. Vgl. auch Schlau, Eingliederung, S. 152, 158, 160.

[71] Holtmann, Flüchtlinge, S. 361. Zu der hier nicht darzustellenden Integration evakuierter Städter: Krause, Vertrieben.

[72] SAPMO, DY 30/IV 2/7/211, Bl. 377. Zur gemeinsamen Ausgangskonstellation in Deutschland 1945: Kocka, Geschichte, S. 14, 25. Ergänzend: Badstübner, Anfänge, S. 9f.

für die SED. In Brandenburg, wo 41 Prozent der LN enteignet worden waren, stellte die Partei nach den Wahlen in 72 Prozent der Gemeinden die Bürgermeister. Der SED gelang aber 1946 kein nachhaltiger Einbruch in bäuerliche Wählerschichten, denn in ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil an agrar- und forstwirtschaftlichen Beschäftigten gewann die Ost-CDU relativ hohe Stimmenanteile. Obwohl bis zum Sommer 1947 4700 neue Ortsgruppen der SED gebildet wurden, blieb auch der Organisationsgrad der Partei unter Bauern in den späten vierziger Jahren gering. Sie stellten Ende Mai 1947 in Mecklenburg nur 15,8 und in Brandenburg knapp zehn Prozent aller SED-Mitglieder[73].

Die Übernahme von Land hatte vielen Flüchtlingsneubauern als ‚Profiteuren' der Bodenreform zwar durchaus einen sozialen Aufstieg in der ländlichen Gesellschaft eröffnet. Dieser agrarische Transformationsprozeß führte aber nur kurzfristig zu einer Klientelbildung und band die Flüchtlingsneubauern keineswegs durchweg und bedingungslos an die Führung der KPD bzw. SED[74]. Die Vergabe an Parzellen an die ‚Umsiedler' signalisierte als Symbol der Integrationspolitik des SED-Regimes zwar die Entschlossenheit der Parteiführung, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration durch eine umfassende Umverteilungspolitik zu fördern, und schien die Chance einer schnellen Eingliederung der Vertriebenen zu bieten[75]. So erhielten bis März 1950 91 155 Flüchtlinge Land. Damit hatte die Bodenreform rund 350 000 Personen begünstigt, aber lediglich 8,1 Prozent aller ‚Umsiedler' erfaßt. Die ZVU veranschlagte aber im September 1946 die Zahl der sich in der SBZ aufhaltenden Flüchtlinge, die vor der Vertreibung in der Landwirtschaft gearbeitet hatten, mit rund 967 000, so daß die Bodenreform statistisch nur 36 Prozent von ihnen gebunden hatte.

Insgesamt förderte die agrarische Transformationspolitik zwar die gesellschaftliche Mobilisierung und erleichterte insofern die Assimilation der Bevölkerungsgruppen in der SBZ[76]; die Integration der ‚Umsiedler' wurde aber durch die Bodenreform bis zu den frühen fünfziger Jahren keineswegs erreicht. Wegen der desolaten, nicht nachhaltig verbesserten wirtschaftlichen Ausstattung der Neubauernstellen, die zudem weder verkauft, verpachtet, belastet oder verpfändet werden durften und oft rechtlich nur unzureichend gesichert waren, wuchs unter den angesiedelten Flüchtlingen die Desillusionierung, wie die Zunahme der Betriebsrückgaben zeigt. Damit erwies sich die berufliche Integration auf dem Lande weitgehend als Mythos, so daß die SED trotz ihrer glorifizierenden Selbstdarstellung offenbar auch unter Flüchtlingsbauern den Nimbus der ‚Umsiedler'-Partei einbüßte[77].

[73] Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, S. 489, 491, 510. Zu den Wähleranteilen: Braun, Determinanten, S. 347, 351f., 354; Ottofülling, Blockpolitik, S. 584f.; Woderich, Zu den Anfängen, S. 121; Krellenberg, Eingliederung, S. 128 (Anm. 207). Zusammenfassend: Bauerkämper, Neubauern, S. 119f.

[74] Gegenposition z. B. in: Kuntsche, Bauern, S. 235; Merz, Bodenreform, S. 1162; Stöckigt, Kampf, S. 240f.; ders., Gründung, S. 203. Zur politischen Funktionalisierung der Bodenreform: Schwartz, Zusammenbruch, S. 90.

[75] Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 150. Ähnliche Interpretation in: Schwartz, Partizipation, S. 165.

[76] Scholze-Irrlitz, „Umsiedler", S. 141, 147f.

[77] Statistische Angaben nach: BAB, DO 1/10/15, Bl. 226f.; Meinicke, Flüchtlinge, S. 60f.; ders., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, S. 63. Zum gebundenen Bodeneigentum: Steding, Agrarrecht, S. 78. Zu den juristischen Mängeln bei der Übereignung von Bodenreformland: Springer-Liepert, „Bodenreformsperrvermerk gelöscht. . ."?, S. 44–48. Allg.: Bauerkämper, Neubauern, S. 117f.; ders., Strukturumbruch, S. 82, 84.

Der Ost-West-Konflikt steigerte in den späten vierziger Jahren jedoch die Legitimationsfunktion der Flüchtlingspolitik, so daß ein propagandistischer Wettlauf um die Integration der Vertriebenen bzw. ‚Umsiedler' einsetzte. Dabei wurden die Flüchtlinge in der SBZ als Bevölkerungsgruppe mit besonderen Erfahrungen, Werten und Interessen aus der öffentlichen Diskussion verbannt. Das SED-Regime nahm den ‚Umsiedlern' damit ihre spezifische Identität und stilisierte die Integration zu einem abgeschlossenen Vorgang. So dekretierte die Abteilung Umsiedler und Heimkehrer im brandenburgischen Ministerium für Arbeit und Sozialwesen im September 1948 in einem Bericht für die Stadt Spremberg eine „weitere Verschmelzung der Umsiedler mit den Alteingesessenen", wobei die Integration „im ganzen Kreise [Spremberg] als nahezu vollzogen angesehen werden kann".[78] Nach der Gründung der DDR wurden die spezifischen Probleme der Vertriebenen vollends tabuisiert. Erst seit den sechziger Jahren bekannten sich einzelne Schriftsteller wie Christa Wolf und Ursula Höntsch zu ihrer Identität als Flüchtlinge[79].

In Westdeutschland wurde die Vertriebenenpolitik demgegenüber zwar ebenfalls von der weitverbreiteten Illusion einer schnellen und reibungslosen Integration beeinflußt, beseitigte aber nicht gezielt das Selbstverständnis der Flüchtlinge, die ihre Interessen offen artikulieren und auch in Parteien und Verbänden organisatorisch verankern konnten. Auch das Prinzip der freiwilligen Ansiedlung von Flüchtlingslandwirten wurde gewahrt. Die westlichen Alliierten grenzten sich zunehmend von der Bodenreform in der SBZ mit der undifferenzierten und entschädigungslosen Enteignung der Gutsbesitzer ab, und die Bundespolitik griff ebensowenig in die bestehende Struktur des Grundbesitzes ein wie die Länderregierungen und die Landwirtschaftsverwaltung[80]. Obwohl eine Bodenreform in Westdeutschland damit weitgehend unterblieb, verlieh der Ost-West-Konflikt Siedlungskonzepten eine beträchtliche Dynamik. Die traditionelle Vorstellung von der Bodenbindung durch eine landwirtschaftliche Siedlung gewann angesichts der Furcht vor einer politischen Radikalisierung der Flüchtlinge einen hohen politischen Stellenwert.

Die Auswirkungen der Siedlungspolitik auf die berufliche Integration der Vertriebenen in die Landwirtschaft blieben aber begrenzt. In Westdeutschland wurden von 1945 bis 1966 700000 ha mit einem Finanzaufwand von nahezu 7 Mrd. DM an 175000 Flüchtlinge vergeben, aber nur rund 30000 rentable Agrarbetriebe eingerichtet. Insgesamt erhielten 169581 Flüchtlingsfamilien Betriebe, davon aber etwa siebzig Prozent Nebenerwerbsstellen. Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft arbeitenden Selbständigen ging unter den Vertriebenen deshalb von 1939 bis 1950 um 95,7 Prozent zurück. 1950 waren nur 1,1 Prozent aller Erwerbstätigen in selbständiger Stellung in der Landwirtschaft und Tierzucht Vertriebene. Von den Flüchtlingsbauern verfügten 1949 11000, 1952 26000 wieder über Landbesitz. In Bayern hatten im September 1948 lediglich 1,4 Prozent der Vertriebenen, die in ihrer Heimat als selbständige Landwirte gearbeitet hatten, ihre frühere berufliche Stellung wieder erreicht. Auch wegen dieses Statusverlusts wanderten schon in den späten vierziger Jahren viele Flüchtlinge aus der Landwirtschaft ab. So waren 1950 nur noch 14,5 Prozent der Vertriebenen, aber 25,7 Prozent der Altein-

[78] BLHA, Ld. Br. Rep. 203, MdI, Nr. 1087, Bl. 189.

[79] Helbig, Gemeinsamkeiten, S. 79–86; Theisen, Vertreibung, S. 21.

[80] Vgl. Rosenfeldt, Nicht einer ... viele sollen leben, S. 102–105; Trittel, Bodenreform, S. 43; Kleßmann, Verflechtung, S. 34. Zum Konzept der freiwilligen Integration in die Landwirtschaft: Kluge, Agrarpolitik, S. 143. Kritisch zur Flüchtlingseingliederung in der Bundesrepublik: Weisbrod, Wiederkehr, S. 1356.

gesessenen im primären Sektor beschäftigt. 1961 bewirtschafteten 4,9 Prozent der Einheimischen, aber nur noch 0,9 Prozent der erwerbstätigen Vertriebenen landwirtschaftliche Betriebe. Auch die Zahl der mithelfenden Familienmitglieder – überwiegend Frauen – blieb in der Flüchtlingsbevölkerung deshalb gering[81].

Der Strukturwandel, der in den fünfziger Jahren die westdeutsche Landwirtschaft erfaßte, entzog der Flüchtlingssiedlung endgültig die Grundlage, wie auch Agrarwissenschaftler und Politiker erkannten[82]. Die landwirtschaftliche Siedlung wurde deshalb zunehmend durch Flurbereinigungsverfahren und andere Rationalisierungsmaßnahmen ergänzt, um die Arbeitsproduktivität nachhaltig zu steigern und eine „Parität" der Einkommen zwischen den Beschäftigten in allen Wirtschaftssektoren zu erreichen. Die Ansiedlung von vertriebenen Landwirten trug aber zu dem Wandel der ländlichen Gesellschaft und dem langsamen Zerfall dörflich-agrarischer Milieus in den fünfziger und sechziger Jahren bei. Indem sie außerdem beschleunigt von der Landwirtschaft in die Industrie wechselten, trieben die Flüchtlinge den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß voran. Die Flüchtlinge wanderten im Zuge ihres Berufswechsels vielfach nicht vom Land ab und förderten damit als Arbeitspendler die Annäherung von städtischen und ländlichen Lebensformen[83].

Kennzeichnend für die Vertriebenen war im Deutschland der frühen Nachkriegszeit ihre wirtschaftliche Deprivation, die berufliche Dequalifizierung und ihre arbeitsmarktpolitische Pufferfunktion. In Ost- und Westdeutschland bildete sich auf dem Lande ein weitreichender Unterschichtungsprozeß heraus, indem die Flüchtlinge zunächst der Landwirtschaft neue Arbeitskräfte zuführten und damit den Verlust der „Displaced Persons" ausglichen[84]. Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der SBZ/DDR, wo sich eine grundlegende Transformation der Gesellschaftsstruktur vollzog, verdeutlichten die Probleme der Flüchtlingsintegration in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Grenzen politischer Lenkung und Intervention gegenüber den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Traditionen. Bereits in den späten vierziger Jahren trat bei der beruflichen und sozialen Eingliederung der Vertriebenen bzw. ‚Umsiedler' jedoch eine wachsende Divergenz zwischen den sich etablierenden beiden deutschen Staaten hervor.

Mit dem Aufbau des Systems der Wirtschaftsplanung wurden die Auswirkungen der wirtschaftlichen Differenzierung und gesellschaftlichen Umschichtung in Ostdeutschland eingeschränkt, die in den späten vierziger Jahren auch hier – zum Teil entgegen den politischen Zielen des SED-Regimes – eingesetzt hatten. Vielmehr gerieten die angesiedelten Landwirte vor allem in den Sog der politisch oktroyierten Kollektivierung,

[81] Zur Erwerbstätigkeit der Flüchtlingsbauern: Willenborg, Geflüchtet, S. 128; Bethlehem, Heimatvertreibung, S. 40–43; Reichling, Die deutschen Vertriebenen, S. 66–76. Bilanz der Siedlungspolitik in: Trittel, „Siedlung", S. 199; ders., Bodenreform, S. 40. Zu Bayern: Pscheidt, Flüchtling, S. 123 (Anm. 117). Zu den mithelfenden Familienmitgliedern: Handl u. Herrmann, Wandel, S. 134f., 138.

[82] Vgl. z. B. Schapper, Durchführung, S. 94.

[83] Aus zeitgenössischer Perspektive: Schwonke, „Pendler", S. 794f.; Kötter, Stadt-Land-Soziologie, Bd. 2, S. 605f., 612–617. Allg.: Frantzioch, Integration, S. 245f.; Lüttinger, Mythos, S. 25f. Zum gesamtwirtschaftlichen Wandel in Westdeutschland: Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 119–128; Ambrosius, Wirtschaftssystem, Frankfurt 1989, S. 11–81. Zum Strukturwandel in der Landwirtschaft zusammenfassend: Bauerkämper, Landwirtschaft, S. 191–195.

[84] Allg.: Bade, Migrationsforschung, S. 150f.; Wiesemann, Flüchtlingspolitik, S. 43. Für die SBZ: Meinicke, Flüchtlinge, S. 65.

nachdem die SED-Führung auf der 2. Parteikonferenz den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) ihre Unterstützung versichert hatte. Die Kollektivierung, die von den betroffenen Flüchtlingsneubauern offenbar als Verlust wahrgenommen wurde und 1953 die Zahl der in die Bundesrepublik fliehenden Bauern sprunghaft hochschnellen ließ, beseitigte jedoch die gesellschaftlichen Spannungen und Gegensätze zwischen Alteingesessenen und ‚Umsiedlern' keineswegs vollständig. Die sozialen Unterschiede beeinträchtigten vielmehr auch die Zusammenarbeit in den LPG. Als die SED in den späten fünfziger Jahren schließlich auf den schnellen Abschluß der Kollektivierung drängte und Agitationstrupps die Bauern bis zum ‚sozialistischen Frühling' 1960 zum Eintritt in die LPG zwangen, setzte eine Fluchtbewegung ein, die erneut ein konstitutives Merkmal nicht nur der Flüchtlings-, sondern auch der Gesellschaftspolitik der SED insgesamt beleuchtete: die vorgetäuschte Integration[85].

[85] Andere Akzentsetzung in: Meinicke, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, S. 150f. Zur Kollektivierung in der Perzeption der Vertriebenen: Meinicke u. v. Plato, Heimat, S. 163. Zur Flucht von Bauern aus der DDR: Heidemeyer, Flucht, S. 51f., 55. Zur Beharrungskraft von sozialen Unterschieden und Abgrenzungen – auch zwischen Flüchtlingen und Vertriebenen – in LPG: Müns, Volksbrauch, S. 373; Bentzien, Bauern, S. 143f.; Osmond, Kontinuität, S. 164.

Manfred Jahn

Zur sächsischen Spezifik der Aufnahme von vertriebenen Deutschen 1945 bis 1949.

Das Fallbeispiel Uranbergbau

Das Land Sachsen, im Südosten der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) gelegen und weiträumig mit Böhmen und Schlesien benachbart, wurde unmittelbar nach der Beendigung der Kriegshandlungen im Mai 1945 erstes Zufluchtsgebiet für Hunderttausende von Deutschen, die infolge der radikalen Vertreibungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei und in Polen, das seine Westgrenze bis zur Oder und Lausitzer Neiße verschieben konnte, unaufhörlich nach Sachsen hineinströmten. Bis Ende Juli 1945 wurden bereits über 448000 Deutsche aus den böhmischen Ländern durch tschechoslowakische Militär- und Zivilformationen nach Sachsen bzw. über Sachsen in von der SMAD vorbestimmte andere Teile der SBZ (Sachsen-Anhalt) zwangsausgewiesen[1]. Mit den Sudetendeutschen kamen gleichzeitig einige Hunderttausend Schlesier, die in den letzten Kriegsmonaten nach Böhmen evakuiert worden waren und denen polnische Militäreinheiten die Rückkehr über das Iser- und Riesengebirge verweigerten, in das Grenzland Sachsen[2]. Als polnische Militäreinheiten im Juni/Juli 1945 entlang des gesamten (200 Kilometer breiten) Ufergürtels östlich der Oder und Lausitzer Neiße Zwangsaussiedlungen durchführten[3], wurde ein Großteil der betroffenen Deutschen aus dem benachbarten Schlesien in sächsischen Gemeinden untergebracht.

Über 110 schnell eingerichtete Auffanglager, die sich vor allem in Grenznähe (Oberlausitz; Erzgebirge; Görlitzer Raum[4]) befanden, dienten der kurzzeitigen Zwischenaufnahme der Vertriebenen und zunehmend organisierten Weiterleitung in die mitteldeutschen Nachbarregionen Sachsens und nach Mecklenburg-Vorpommern[5]. Bis Ende 1945 wurden Hunderttausende zwangsausgesiedelter Deutscher über Sachsen nach bestimmten Transportplänen per Eisenbahn, Elbeschiffahrt und Fußmarsch in außersächsische Zielregionen geleitet[6]. Gleichzeitig fanden ca. 528000 Vertriebene in sächsischen Gemeinden eine dauerhafte Unterkunft (siehe Tabelle 1), obwohl das Land bis zum März

[1] Vgl. Stanek, Politischer Hintergrund, S. 133.
[2] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 302.
[3] Vgl. Szczególa, Die Aussiedlung, S. 55–56.
[4] Das westlich der Lausitzer Neiße liegende niederschlesische Territorium, d. h. der Westteil des Bezirkes Liegnitz mit den Kreisen Hoyerswerda, Rothenburg und Görlitz, wurde de facto umgehend nach Kriegsende 1945 dem Land Sachsen zugegliedert, danach im SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945 „Zur Verwaltung der Provinzen und Kontrolle der örtlichen Selbstverwaltungsorgane" festgeschrieben (vgl. Broszat/Weber, S. 24, 73 und 126.).
[5] Jahn, Auffang- und Quarantänelager, S. 250–251.
[6] Vgl. Harzbecker, Die Ankunft, S. 67–68.

1946 laut SMAD-Direktiven aufgrund seiner hohen Bevölkerungsdichte offiziell nicht als Ansiedlungsgebiet galt.

Die Doppelfunktion als Transit- und Ansiedlungsland, die bereits in der zweiten Jahreshälfte 1945 sichtbar wurde und durch zeitweilige Übervölkerung und chaotische Versorgungs- und Transportbedingungen geprägt war, stellte ein wesentliches Element sächsischer Spezifik der Aufnahme von Vertriebenen dar. Mit Beginn der zweiten großen Ausweisungswelle ab Sommer 1946 nahm sie wesentlich entspanntere Formen an[7].

Hinsichtlich der Herkunftsgebiete und -länder von zwangsausgesiedelten Deutschen wurde für Sachsen schon ab 1945 erkennbar, daß die übergroße Mehrheit der dauerhaft aufgenommenen Vertriebenen aus Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße kam, darin eingeschlossen über 416000 Personen bis Herbst 1946 aus Schlesien[8]. Die folgende Tabelle gibt einen Zahlenüberblick über aufgenommene Vertriebene nach bestimmten Stichmonaten:

Tabelle 1: Aufnahme zwangsausgesiedelter Deutscher 1945 bis 1948 in Sachsen[9]

Stand	insgesamt	aus der Tschechoslowakei	aus Gebieten östlich Oder/Lausitzer Neiße	aus Ungarn	aus UdSSR*	aus Rumänien	aus anderen Staaten**
Januar 1946	527893	117451	399571	?	?	?	?
Januar 1947	824111	121780	688333	912	3955	4209	4922
Januar 1948	984743	125994	793916	16098	31371	7386	9978
Dezember 1948	997886	129935	763806	40798	47609	6579	9159

* Gemeint sind überwiegend Deutsche aus dem Königsberger Gebiet.

** Heimatvertriebene Deutsche aus Jugoslawien, Österreich und aus Kriegsgefangenenlagern der westlichen Alliierten.

Der Überblick verdeutlicht, daß im Dezember 1948 der Anteil der Deutschen aus den Vertreibungsgebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße 76,5 %, aus der CSR 13,1 % und aus anderen Staaten bzw. Gebieten 10,4 % betrug.

Die dauerhafte Aufnahme von vertriebenen Deutschen wurde auch in Sachsen (wie in anderen Teilen des besetzten Deutschlands) grundlegend von den wirtschaftlichen Gegebenheiten beeinflußt. Arbeitsmarktlage und Wohnraumfrage entschieden in erster Linie über die Integration von Vertriebenen in das neue wirtschaftliche und soziale Umfeld.

Im hier untersuchten Zeitraum (1945 bis 1949) entwickelte sich im sächsischen Erzgebirge der Uranbergbau zu einem Wirtschaftsbereich, der die Spezifik der Aufnahme von Vertriebenen in Sachsen maßgeblich prägte. Für die Untersuchungen kommt dem Sachverhalt nicht unerhebliche Bedeutung zu, daß die Landkreise und kreisfreien Städte der Erzgebirgsregion vor der offiziellen Gründung der Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) Wismut Mitte 1947 keinesfalls von der sachsenweiten Aufteilung zugewiesener Vertriebener verschont blieben. Auch waren die Erzgebirgskreise im Zuge der Zwangsausweisungen von Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 aufgrund ihrer natürlichen Grenzlage in hohem Ausmaße mit Unterkunfts- und Arbeitsvermittlungen für diese Ver-

[7] Vgl. Jahn, Überlegungen, S. 274–276.
[8] Vgl. Steinberg, Die Bevölkerungsentwicklung, S. 140.
[9] Just, Die Lösung, Bd. 2, S. 146–147.

triebenengruppe konfrontiert worden. Eine Stichprobe über die Gesamtzahl der bis zum Februar 1947 neuangesiedelten Vertriebenen aus sämtlichen Vertreibungsgebieten und -ländern in ausgewählten Land- und Stadtkreisen des Erzgebirges ergibt folgendes Bild:

Tabelle 2: Vertriebene Deutsche in ausgewählten Kreisen des Erzgebirges[10]
Stand: Februar 1947

Landkreis/Stadtkreis*	Altansässige insgesamt	Vertriebene insgesamt	Anteil Vertriebener in %
Annaberg	105104	14137	13,4
Aue	123244	10826	8,8
Chemnitz	145081	27817	19,2
Dippoldiswalde	59851	21738	36,3
Freiberg	74688	21016	28,1
Marienberg	66338	8986	13,5
Stollberg	77532	15991	20,6
Aue	26243	2621	10,0
Freiberg	31392	9969	31,7
Zwickau	104710	22377	21,3

* Vor der Kreisreform 1947 war das Land Sachsen in 29 Land- und 23 Stadtkreise aufgegliedert, die nicht immer identisch mit den später gebildeten Kreisen waren.

Ablesbar wird die Tendenz einer ganz offensichtlich schon vor 1947 erfolgten Einschränkung der Vertriebenenaufnahme in den Landkreisen Annaberg, Aue und Marienberg sowie im Stadtkreis Aue. Augenscheinlich beeinflußte das Hineinströmen von zonenweit angeworbenen Arbeitskräften in das traditionelle Uranbergbaugebiet um Annaberg, Johanngeorgenstadt, Aue, Schneeberg und Marienberg[11] derartige lokale Regulierungsmaßnahmen.

Hinsichtlich seiner territorialen Ausdehnung (nach der sächsischen Kreisreform 1947) umfaßte das Uranbergbaugebiet die 11 Landkreise Annaberg, Aue, Auerbach, Chemnitz, Dippoldiswalde, Dresden/Land, Freiberg, Marienberg, Plauen/Land, Stollberg und Zwickau/Land sowie den Stadtkreis Zwickau[12]. Da die Aufsicht über die im Juni 1947 gegründete SAG Wismut der (damals dem Ministerium des Innern der UdSSR unterstellte) sowjetische Geheimdienst ausübte und das gesamte Uranbergbaugebiet den Charakter einer Sonderregion erhielt, wurden die Befugnisse der SMAD-Behörden für diesen Teil der Besatzungszone weitgehend eingeschränkt[13]. Diesem besatzungspolitischen Sonderstatus waren sächsische Zivilverwaltungen und Bevölkerung des Bergbauterritoriums alltäglich ausgesetzt. Die deutschen Selbstverwaltungen auf der Ebene der Landesregierung, der Kreise und der Gemeinden waren im Prinzip gegenüber willkürlichen Eingriffen von seiten der „Wirtschaft Malzew[14]“ machtlos und mußten zugleich die Befehle der SMAD bzw. SMAS realisieren. Offensichtlich infolge dieser außerordentlichen Verwaltungssituation richtete das sächsische Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge im Juli

[10] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 918 (Sammelbericht Umsiedler).
[11] Feirer/Hiller, Zur Entwicklung, S. 259–260.
[12] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 419.
[13] Karlsch, „Staat im Staate“, S. 16.
[14] In Schreiben sächsischer Behörden häufig verwendete Bezeichnung für die SAG Wismut; so nach dem von Juni 1947 bis November 1952 amtierenden ersten Generaldirektor M. M. Malzew (im militärischen Rang eines Generals des NKWD) benannt.

1947 eine „Sonderabteilung Erzbergbau" mit Sitz in Aue ein, die Fragen der Arbeitskräftelenkung in das Wismut-Gebiet, der Wohnraumzuweisung, der Gebrauchsgüterzuteilung und der allgemeinen Sozialfürsorge zu lösen hatte.[15] Die Sonderabteilung Erzbergbau berührte innerhalb ihres Tätigkeitsbereiches auch „umsiedler"-politische Fragen.

Aufgrund des unaufhörlich steigenden Arbeitskräftebedarfs durch den forcierten Abbau des für die UdSSR aus militärstrategischem Denken wichtigen Uranerzes wurden die Vertriebenen zu einer attraktiven Zielgruppe der Arbeitskräftewerbung. Im Angesicht der persönlichen Notlage und des vielfachen sozialen Absturzes der Vertriebenen setzten die Werber gerade bei dieser Zielgruppe auf Verlockungen privilegierter Verdienstmöglichkeiten, Kleidungs- und Gebrauchsgüterzuteilung sowie baldigen Wohnraumerwerbs. Gleichzeitig sahen gerade die Sowjetbehörden in den Vertriebenen eine Personengruppe, die durch ihr Schicksal der Zwangsaussiedlung dem willkürlichen Zugriff der Besatzungsmacht ausgesetzt und deren Ansiedlung – vor allem bei noch zu erwartenden Vertriebenentransporten in den Jahren 1947/49 – nach bergbautauglichen und bergbauerfahrenen Auswahlkriterien sowie in größerer Zahlendimension zu steuern war.

Die Aufnahme von Vertriebenen in den Kreisen des Uranbergbaugebietes wurde ab Mitte 1947 vollends von den Arbeitskräfteanforderungen der Wismut AG bestimmt. Zum einen wurden die Landkreise Aue, Annaberg und Marienberg nun vollständig aus den zentral von der SMAD für das Land Sachsen vorgegebenen örtlichen Aufnahmequoten herausgenommen. Bedingt durch die Priorität der Gestellung von bergbautauglichen Arbeitskräften wies das sächsische Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge die Arbeitsämter der Uranbergbaukreise im Rundschreiben vom 9. 10. 1947 an, Vertriebene, soweit sie bergbautauglich und nicht als Facharbeiter für andere SAG-Betriebe vorgesehen waren, ausschließlich zur Arbeit in die Wismut-Objekte[16] zu vermitteln. Die bergbautauglichen Männer waren unverzüglich arbeitszuverpflichten und in „geschlossenen Transporten mit Transportbegleiter" zu den Arbeitsorten um bzw. in Aue, Annaberg und Marienberg in Marsch zu setzen. Ihre Familienangehörigen sollten aufgrund der dortigen akuten Wohnraumprobleme in benachbarten Kreisen untergebracht werden. Die Arbeitsämter wurden ausdrücklich angewiesen, „keinerlei Arbeitskräfte Vertretern der Wirtschaft Malzew zu übergeben"[17].

Zum anderen rekrutierten zum gleichen Zeitpunkt NKWD-Offiziere der SAG Wismut in den sächsischen Quarantänelagern[18] mit Billigung der SMAS hier eingetroffene Vertriebene für spezielle Wismut-Objekte. Rigoros wurden sämtliche arbeitsfähigen Männer im Alter zwischen 18 und 55 Jahren im ärztlichen Schnellverfahren für „bergbautauglich" befunden, vorgeschriebene Quarantänezeiten verkürzt und die Männer mit ihren Familienangehörigen unter völliger Nichtbeachtung der örtlichen Wohnraum- und Ausstattungskapazitäten sowie ohne amtliche Vorankündigung in das Wismut-Kern-

[15] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MfAS, 415.

[16] Die einzelnen Uran-Lagerstätten und Aufbereitungs- bzw. Montagebetriebe wurden vermutlich aus Geheimhaltungsgründen mit dem lapidaren Begriff „Objekt" bezeichnet und fortlaufend numeriert, z. B. Objekte 1 bis 5 = Lagerstätten in Johanngeorgenstadt, Oberschlema, Schneeberg, Annaberg und Marienberg (vgl. Feirer/Hiller, S. 261).

[17] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 391.

[18] Größere Quarantänelager mit Aufnahmekapazitäten zwischen 1000 und 3000 Personen existierten ab Mitte 1946 u. a. in Pirna, Löbau, Zittau, Hoyerswerda, Leipzig, Niederoderwitz und Plaue /bei Flöha (vgl. Jahn, Auffang- und Quarantänelager, S. 254).

gebiet gesandt[19]. Auch die Anfang September 1947 zwischen der Sonderabteilung Erzbergbau (Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge) und dem Vertreter der „Feldpost-Einheit 27304" (SAG Wismut) abgeschlossene Vereinbarung, die Zuführung von „Umsiedlern" in den zentralen Bergbaukreis Aue vorerst einzustellen, hatte nur sehr kurzfristige Realisierungschancen. Immerhin sollten die Bürgermeister der Gemeinden Transporte, die im Zuge von Einzelaktionen der Malzew-Offiziere zugewiesen wurden, nicht annehmen[20]. Diese Vereinbarung ausnutzend, verstärkten betroffene Bürgermeister und Landräte im Kerngebiet ihre Kritik an der Fortsetzung der eigenmächtigen Zuweisungspraxis der Malzew-Offiziere. Da auch Klärungsversuche über die Berliner Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) nicht fruchteten, verweigerten manche der vorbestimmten Ansiedlungsorte (u. a. im Kreis Zwickau) die Aufnahme der Transporte[21]. Es ist jedoch anzunehmen, daß derartige lokale Entscheidungen sächsischer Verwaltungen aufgrund der Sonderbefehlsgewalt der Malzew-Behörde schnellstens aufgehoben wurden, zumal dieser ungleiche Kompetenzstreit ausschließlich auf dem Rücken der an sich schon leidgeprüften Vertriebenen ausgetragen wurde. Ohne Zweifel verschärften die Rekrutierungsmaßnahmen der Malzew-Offiziere, die Ende Januar 1948 durch einen entsprechenden Befehl des Chefs der Unterabteilung Umsiedler der SMAS (Oberstleutnant Wolodin)[22] unterstützt wurden, die akute Ansiedlungssituation im Uranbergbaugebiet. Obwohl die sächsische Umsiedlerbehörde[23] wiederholt forderte, zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs im Uranerzbergbau alleinstehende Männer und prinzipiell Arbeitskräfte ohne Familienanhang anzusiedeln, verfolgte die SAG Wismut in bezug auf Vertriebene einen konträren Kurs. Insbesondere von Herbst 1947 bis Jahresende 1948 wurden in den Lagern die arbeitsfähigen Männer ausgewählt und ausdrücklich mit ihren Familienangehörigen zur dauerhaften Unterbringung in das Wismut-Gebiet verbracht. Allein im Zeitraum vom 6. September bis 24. Oktober 1947 wurden insgesamt 7279 Vertriebene aus den Lagern Niederoderwitz, Löbau, Pirna (Graue Kaserne; Sonnenstein I), Dresden (Lager „C"; Paul-Schrader-Straße) und Hoyerswerda nach Aue, Auerbach, Zwickau oder Annaberg transportiert[24]. Auf enorme quantitative Unterschiede zwischen in den Quarantänelagern festgestellter und im Ankunftsort überprüfter tatsächlicher Bergbautauglichkeit macht eine Stichprobe zum im Oktober 1947 in den Landkreis Annaberg eingewiesenen Vertriebenentransport aus dem Lager Löbau aufmerksam: Von 378 bergbautauglich gemeldeten Personen wurden nur 19 Männer als für den Bergbau einsatzfähig befunden[25].

Augenscheinlich zielte der Malzew-Kurs auf die Eindämmung der überaus hohen Fluktuation unter den (zwischen 6 Monaten und 2 Jahren) arbeitsverpflichteten Bergleuten. Daher sah sich die SMAD im Oktober 1947 auch genötigt, die Arbeitsämter zur Ein-

[19] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 391.
[20] Ebenda.
[21] Vgl. ebenda, MdI, 2645.
[22] Nach dem Befehl Oberstleutnant Wolodins vom 28. 01. 1948 wurden die Leiter der Quarantänelager in Sachsen angewiesen, Vertretern der Wismut AG unverzüglich Eingang in die Lager zur Auswahl von bergbautauglichen Arbeitskräften zu gewähren (vgl. ebenda, MdI, 2209).
[23] tändiges Amt der LVS), am 12. 02. 1946 Kompetenzwechsel zum Vizepräsidenten für Justiz und Gesundheitswesen [Uhle/LDP]- ab Dezember 1946 Hauptabteilung Umsiedler im neugegründeten Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge [Minister: Gäbler/SED] – ab 01. 01. 1949 Zuordnung zum Ministerium des Inneren [Minister: Zaisser/SED] – Auflösung am 01. 12. 1950.
[24] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 2645.
[25] Vgl. ebenda, MfAS, 391.

schränkung der Zwangseinweisungen aufzufordern[26]. Die SAG Wismut wiederum war sehr daran interessiert, eine stabile und motivierte Stammbelegschaft zu schaffen und deshalb zugleich die Familien der Bergarbeiter in Wohnorten des Wismut-Kerngebietes anzusiedeln[27]. Offensichtlich sah sie in den Vertriebenen eine Zielgruppe, deren erzwungene Mobilität sie zielgerichtet nutzen wollte, zumal sie dazu aufgrund ihrer Position innerhalb des Besatzungsapparates über ausreichende Möglichkeiten verfügte. Doch Zwangsmaßnahmen gegenüber Vertriebenen waren in der SBZ aus interalliierten Gründen und wohl auch infolge der örtlichen Gegebenheiten im relativ dicht besiedelten Raum des Erzgebirges und des Vogtlandes Grenzen gesetzt. So schieden Überlegungen einer totalen Abschirmung oder nach außen geschlossenen Gruppenansiedlung von „Umsiedlern" aus. Dagegen konnte im benachbarten böhmischen Uranbergbaugebiet um Jáchymov (Joachimsthal) ein von der Außenwelt isoliertes Repressivsystem der Zwangsverpflichtungen und des massenhaften Einsatzes von Häftlingen, Kriegsgefangenen und in der Tschechoslowakei nach 1945/47 verbliebenen oder zurückgehaltenen Deutschen errichtet werden. Ab Mitte 1948 bis weit in das Jahr 1949 hinein wurden deutsche Familien aus 11 ausgewählten politischen Bezirken der CSR zur Arbeit in die Jáchymov-Region zwangsumgesiedelt. Die genaue Anzahl der zwangsumgesiedelten Deutschen und ihr weiteres Schicksal in den tschechischen Urangruben („Aktion J") sind der zeithistorischen Forschung bis heute unbekannt[28].

Der Aufbau der Uranindustrie wurde sowohl in der CSR als auch in der SBZ in hohem Maße von einem übersteigerten Sicherheitsdenken begleitet. Ende 1951 wurde das böhmische Urangebiet zur geschlossenen Grenzzone erklärt und einer völligen polizeilichen Kontrolle unterworfen. Analog zur tschechischen Sicherungspraxis erhielten die Uranförderbezirke in Sachsen den Status eines militärischen Sperrgürtels. Innerhalb dieses Sperrgürtels stellten einzelne Urangruben militärisch streng bewachte Enklaven dar[29].

Für die Arbeitskräftelenkung in den sächsischen Uranbergbau spielten in den Jahren 1948/49 vor allem die für eine Ansiedlung in Sachsen vorbestimmten Vertriebenentransporte aus Schlesien, Ostpreußen und Ungarn eine wesentliche Rolle[30]. Dies resultierte auch aus der 1948/49 erheblich ansteigenden Fluktuation von größtenteils zwangsvermittelten Arbeitskräften, die 1948 bei 34 % und 1949 bei 44 % lag[31]. Mitte 1948 teilte die Landesregierung Sachsen auf einer Arbeitsberatung über Fragen des Uranbergbaus mit, den Fluktuationserscheinungen nun durch Ansässigmachen von „Umsiedler"-Familien zu begegnen[32]. Damit wurde zwar mit einiger Verzögerung, doch nun gegen alle lokalen Widerstände die bereits praktizierte Malzew-Linie zum durchgängigen Arbeitsprinzip der Umsiedler- und Arbeitsämter in den Wismut-Kreisen erhoben.

Zunächst plante man deshalb, die für die zweite Jahreshälfte 1948 angekündigten Bergarbeitertransporte aus Schlesien (Waldenburger Kohlerevier) geschlossen in günstiger Verkehrsnähe zu Urangruben anzusiedeln[33]. Des weiteren wurde angestrebt, die Anzahl

[26] Karlsch, „Staat im Staate", S. 17.
[27] Kaden, Wismut, S. 12.
[28] Kaplan/Pacl, S. 32–33.
[29] Karlsch, Uranindustrien SBZ/DDR und CSR, S. 16.
[30] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 2209.
[31] Karlsch, Uranindustrien SBZ/DDR und CSR, S. 14.
[32] Sächs. HStA, KT/KR Annaberg, 625.
[33] Ebenda.

der bisher eingesetzten bergbautauglichen Arbeitskräfte aus dem Personenkreis der „Umsiedler" (bis Dezember 1947 3291 Personen[34]) wesentlich zu überbieten. Experten der sächsischen Sonderabteilung Erzbergbau arbeiteten ortsspezifische Pläne zur Ansiedlung von Vertriebenenfamilien in Verkehrsnähe der arbeitgebenden Wismut-Objekte aus. Beispielsweise sollten in den Sommermonaten 1948 etwa 2200 Familien – in der Mehrzahl aus Schlesien – in den Landkreisen Aue (u. a. in Eibenstock, Schönheide, Schwarzenberg), Stollberg, Zwickau (u. a. in Kirchberg) sowie in der Stadt Zwickau untergebracht werden[35]. Die hauptsächlichen Ansiedlungsorte von Vertriebenen im Landkreis Aue (Frühjahr 1948) zeigt Tabelle Nr. 3.

Sichtbar wird an diesem Fallbeispiel, daß knapp 50 % aller hier angesiedelten Vertriebenen aus Schlesien, Pommern und weiteren Gebieten östlich von Oder und Lausitzer Neiße, fast ein Viertel aus der Tschechoslowakei und etwa 12 % aus dem inzwischen dem polnischen Staat zugegliederten ostpreußischen Landesteil ausgewiesen worden waren. Es wird weiterhin eine breite Streuung der Vertriebenenansiedlung auf sämtliche Gemeinden des Landkreises Aue deutlich.

Durch den ständigen Zulauf von Arbeitskräften blieb das sich verschärfende Problem des akuten Wohnraummangels bestehen. Eine Arbeitstagung der Landesregierung unter Leitung des zuständigen Ministers für Arbeit und Sozialfürsorge Gäbler, die am 16. Januar 1948 in Dresden stattfand, stellte die Wohnraumfrage und das Problem der steigenden Fluktuation in den Mittelpunkt ihrer Diskussion. Das Ministerium forderte von den teilnehmenden Landräten der Uranbergbaukreise und von der Hauptabteilung Umsiedler, an den Brennpunkten der Erzförderung zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Man wollte an die Stelle der bisherigen Praxis der Arbeitszwangseinweisungen grundsätzlich das Freiwilligkeitsprinzip setzen, die freiwillige Arbeitsaufnahme durch ein Anreizsystem von akzeptablen Barackenunterkünften und Wohnungen absichern. Die Verkehrsbedingungen zwischen Arbeits- und Wohnort sollten zudem spürbar verbessert werden. Die Behebung des akuten Wohnraummangels wurde jedoch primär über Zwangsumsiedlungen derjenigen altansässigen Bevölkerungsteile, die ohne Beschäftigung (Arbeitslose; Alte) waren, sowie der bergbauuntauglichen Vertriebenen in Nichtbergbaugebiete angestrebt[36]. Damit wurden erneut ministerielle Planspiele aufgegriffen, die bereits im August 1947 eine derartige rigorose Entscheidung für die Schwerpunktgebiete um Annaberg, Aue und Marienberg ins politische Kalkül gezogen hatten[37]. Sowjetische Besatzungsmacht und deutsche Verwaltungsstellen hatten schon 1947 mit der sog. Re-Umsiedlung von bis dahin angesiedelten bergbauuntauglichen Kriegsflüchtlingen und Vertriebenen aus Schlesien und Böhmen in Nichtbergbaugebiete begonnen[38]. Bemerkenswert erscheint aus damaliger Sicht, daß gleichzeitig der Landrat des Kreises Annaberg dagegen entschiedenen Protest eingelegt und konkrete Vorschläge zur menschenwürdigen Unterbringung gerade von heimatvertriebenen Deutschen dem sächsischen Landesumsiedleramt unter-

[34] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 390/1. – Es ist anzumerken, daß in Akten angegebene Daten zur Arbeitskräftegestellung für 1947 voneinander abweichen. So ging – im Gegensatz zur hier befragten Hauptabteilung Umsiedler – das sächsische Landesarbeitsamt von 3738 „Umsiedlern" und 2236 „heimatlosen Heimkehrern" aus, die zur Arbeit im Uranbergbau vermittelt wurden (vgl. Sächs. HStA, LRS, MfAS, 426.).

[35] Ebenda, 418.

[36] Ebenda, MdI, 2645

[37] Vgl. ebenda, MfAS, 391.

[38] Beyer/Kaden/Raasch/Schuppan, Wismut, S. 60–61.

Tabelle 3: Vertriebene in Ansiedlungsorten des Landkreises Aue[39]
Stand: 15. 03. 1948

Gemeinde	Vertriebene insgesamt	aus ČSR	aus Ungarn	aus Rumänien	aus Gebiet Königsberg (UdSSR zugegliedert)	aus Ostpreußen (Polen zugegliedert)	aus anderen Gebieten östlich Oder/Neiße und Staaten	aus SBZ/ außer-sächsische Orte
Aue	2354	271	209	6	3	493	1201	171
Schneeberg	1560	398	6	–	–	–	1152	4
Johanngeorgenstadt	1550	749	110	–	24	2	653	12
Niederschlema	1289	380	159	10	34	–	706	–
Schwarzenberg	1210	328	65	12	–	50	713	42
Oberschlema	629	109	90	–	–	425	5	–
Lößnitz	547	94	5	2	–	16	401	29
Lauter	502	126	58	–	–	27	276	15
Schönheide	445	74	7	4	43	312	5	–
Eibenstock	430	90	–	–	12	325	3	–
weitere 33 Gemeinden*	4396	1044	9	–	39	402	2817	85
Gesamt	14912	3663	718	34	155	2052	7932	358

* In diesen Gemeinden lag die Ansiedlungszahl unter 500 Personen.

breitet hatte. Sein vehementer Protest verwies zwar auf die Dringlichkeit eines großzügigen Bauprogramms und lehnte Entscheidungen zur nochmaligen Umsiedlung von Vertriebenen in andere Regionen Sachsens ab, zielte jedoch letztlich auf eine Reduzierung des Aufnahmesolls für den Kreis Annaberg[40].

Einige Akten der insgesamt spärlichen Aktenlage deuten durchgeführte Umsiedlungsaktionen nur an, ohne konkrete Zahlen und Zielorte zu nennen. So wurden aus dem Kreis Marienberg bereits bis Ende 1947 „ohne Beschäftigung lebende und überalterte Personen" ausgesiedelt[41]. Die ab Frühjahr 1947 in Erscheinung getretenen Planungen zur zwangsweisen Freimachung von Wohnraum beruhten auf einer SMAD-Direktive vom April 1947. Die Besatzungsmacht beauftragte die ZVU mit der Korrektur der Fehlleitungen von industriellen, landwirtschaflichen, handwerklichen und gewerblichen Fachkräften sowie mit einer „gezielteren" Koordinierungstätigkeit der ZVU bei den Landes- und Provinzialregierungen[42]. Im Klartext bedeutete dies das Freimachen von Wohraum für in wirtschaftsstrategisch wichtigen Ballungszentren benötigte Fachkräfte durch erzwungene Umsiedlung von arbeitsunfähigen Altansässigen.

Im Frühjahr 1948 warfen verschiedene Regierungsstellen die Frage auf, bergbauuntaugliche Vertriebene aus dem Kreis Annaberg in andere Teile Sachsens umzusiedeln[43]. Im März 1948 wurde die Stadt Freital mit der Unterbringung von 3000 Bergleuten (einschließlich der Familienangehörigen) (u. a. Transporte aus dem Gebiet Königsberg) beauflagt. Hier sollten Fachkräften für die Uranminen des Döhlener Beckens (Wismut-Objekt Nr. 6) feste Quartiere zugewiesen werden. Die Stadt Freital teilte in einem Bericht zur dortigen Wohnraumsituation mit, daß die Einquartierung alleinstehender Bergarbeiter realisiert werden könne, doch die zusätzliche Aufnahme der Familienangehörigen die Aussiedlung eines bestimmten Teils der Kernbevölkerung notwendig mache. Der sowjetische Stadtkommandant schlug in diesem Zusammenhang vor, einen ganzen Stadtteil von Altansässigen zu räumen und hier die Bergleute einzuquartieren. Von der Unmöglichkeit eines solchen willkürlichen Vorhabens schließlich überzeugt, wurde entschieden, die Bergarbeiter mit ihren Familien in umliegenden Gemeinden des Landkreises Dresden unterzubringen[44].

Auf Regierungsebene ging man Anfang 1949 dazu über, Aussiedlungen aus den Erzbergbaukreisen nicht durch Zwang, sondern auf freiwilliger Basis durchzuführen. Die sächsische Hauptabteilung Umsiedler stellte in einem Bericht an die Unterabteilung Umsiedler der SMAS Mitte Januar 1949 fest, daß die „Personen, die sich bisher für eine freiwillige Aussiedlung bereiterklärten, [...] durchweg, da sie beruflich nicht an ihren Wohnort gebunden sein dürften, entweder alt, arbeitsunfähig oder krank und invalid oder aber alleinstehende Frauen mit ihren Kindern [sind]"[45]. Die Aussiedlung der erzgebirgischen Kernbevölkerung würde große Unruhe ins Land bringen, und freiwillig Umgesiedelte hätten Anspruch auf zurückgelassene gleichwertige Wohnraum- und andere Lebensbedingungen im neuen Ansiedlungsort. Die Leiterin der sächsischen Hauptabteilung Umsiedler, Ruth Fabisch, war daher der Ansicht, daß „die von der Sonderabteilung

[39] Zusammengestellt und errechnet nach statistischen Angaben aus: Ebenda, MdI, 2648.
[40] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MfAS, 391.
[41] Vgl. ebenda, MdI, 2645.
[42] Vgl. Wille, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 46.
[43] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 2645.
[44] Vgl. ebenda.
[45] Ebenda.

Erzbergbau geplante Umsiedlung der bodenständigen erzgebirgischen Bevölkerung zunächst solange zurückgestellt wird, bis die gesicherte Unterbringung der letzten Umsiedlertransporte aus den Ostgebieten abgeschlossen ist"[46]. Zudem lehnten vorgesehene Empfängerkreise im Osten und Nordwesten Sachsens[47] die Aufnahme freiwilliger Umgesiedelter ab. Der Landrat des Kreises Grimma verwies beispielsweise darauf, daß in seinem Kreis absolut keine zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten bestünden. Dafür in Frage kommende enteignete Schlösser, Gutshöfe und Herrenhäuser seien per SMAD-Befehl inzwischen restlos abgebrochen und abgetragen worden. In den Kreis Grimma zentral eingewiesene „Umsiedler" müßten teilweise in Massenlagern Unterkunft suchen[48].

Bisher nachweisbar sind etwa 3400 Umsiedlungen aus dem Uranbergbaugebiet, die jedoch erst nach 1951 unter der zentralen Regie eines Sonderkommissars der DDR-Regierung durchgeführt wurden[49]. Inwiefern und in welcher Dimension Vertriebene davon betroffen waren, bedarf der weiteren Klärung.

Im Jahre 1948 trafen 60 Vertriebenentransporte aus Ostpreußen (sowohl aus dem Polen zugegliederten Teil als auch aus dem Königsberger Raum), aus Ungarn, Pommern und Schlesien sowie aus der Tschechoslowakei mit insgesamt 80338 Personen in Sachsen ein. Laut Jahresbericht des sächsischen Landesarbeitsamtes für 1948 wurden davon 7351 Fachkräfte mit 18349 Familienangehörigen zur Arbeit in verschiedene industrielle Schwerpunktbereiche vermittelt; 3859 Arbeitskräfte wurden aus ihren Reihen dem Uranbergbau zugewiesen[50]. Aus dem Kreis der heimatlosen zurückgekehrten Kriegsgefangenen fanden etwa 450 Männer eine Arbeit in Uranbergwerken. Da die bisher vom Autor aufgefundenen Akten keine konkreten Schlüsse zur direkten Arbeitsaufnahme von Vertriebenen in Wismut-Objekten zulassen, sind aus gegenwärtiger Sicht gesicherte Aussagen zum Anteil von Vertriebenen an der ständig wechselnden Gesamtzahl der Beschäftigten sowie an der Stammbelegschaft der Wismut AG noch nicht möglich[51]. Für das Jahr 1948 kann davon ausgegangen werden, daß die oben genannten 3859 Fachkräfte aus den Reihen der neuangesiedelten Vertriebenen in ihren Bergbauberufen bzw. wenigstens berufsnah in verschiedenen Uranbergwerken eingesetzt wurden. Ungefähr 9000 arbeitsfähige Vertriebene meldeten sich sachsenweit bei den Arbeitsämtern für Umschulungen zum Einsatz im Erz- oder Kohlebergbau[52]. Aus der Sicht des Autors ist anzunehmen, daß zu den 100000 Beschäftigten, die im Dezember 1948 bei der Wismut AG regi-

[46] Ebenda.

[47] Gemeint waren u. a. die Kreise Döbeln, Hoyerswerda und Rochlitz.

[48] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 2645.

[49] Karlsch, „Staat im Staate", S. 20. – Da Vertriebene generell für Polizei- und Staatssicherheitsbehörden eine ständig zu beobachtende Zielgruppe darstellten, ist ihre Einbeziehung in erzwungene Umsiedlungen aus politischen Gründen zu überprüfen.

[50] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 419.

[51] Hierzu ist die intensive Durchsicht der Personalakten der Belegschaft für den untersuchten Zeitraum notwendig, die zum Teil im Wismut-Archiv Chemnitz auffindbar sind. Die von der sowjetischen Wismut-Behörde nach Moskau ausgelagerten Aktenbestände werden wohl auf längere Sicht nicht zur Verfügung stehen. Das am Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung von Heidi Roth in Angriff genommene Projekt zur Tätigkeit der SED-Gebietsleitung der Wismut AG kann Auskünfte zur Bewertung der Aktenlage vermitteln.

[52] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MfAS, 419. – Vor allem ungelernte oder berufsfremde junge Männer aus dem Personenkreis der Vertriebenen kamen über Umschulungen oder als Anlernlinge in die industriellen Ballungsgebiete der SBZ (vgl. Wille, Integration, S. 166).

striert waren[53], zwischen 10000 bis 15000 Vertriebene aus 1947/48 nach Sachsen gekommenen Transporten sowie etwa 3000 aus Kriegsgefangenenlagern entlassene Heimatvertriebene zählten.

Insbesondere die 1948 im Wismut-Gebiet eingetroffenen Bergarbeitertransporte aus der Waldenburger Region (Schlesien) halfen mit, den Facharbeitermangel in den Bergwerken zu mindern. Die Waldenburger Familien wurden größtenteils in Gemeinden der Landkreise Aue, Auerbach, Zwickau und Annaberg angesiedelt[54].

Die Aufteilung von Vertriebenengruppen entsprechend ihrer Herkunftsregion oder ihres Herkunftslandes auf die Uranbergbaukreise und ihr Anteil an der Vertriebenenmigration auf Kreisebene soll exemplarisch anhand der Unterbringung der Ungarndeutschen mittels der folgenden Tabelle gezeigt werden:

Tabelle 4: Unterbringung von Ungarndeutschen in zum Kerngebiet der Wismut gehörigen Kreisen Sachsens[55]
Stand: 28. 02. 1949

Landkreis/Stadtkreis	Ungarndeutsche	Vertriebene insgesamt	davon Anteil Ungarndeutscher in %
Auerbach	5073	21422	23,7
Zwickau	2865	42234	6,8
Stollberg	2149	14460	14,9
Zwickau	1123	23278	4,8
Dresden	888	35237	2,5
Marienberg	782	8929	8,8
Aue	663	16786	3,9
Dippoldiswalde	600	19174	3,1
Freiberg	393	26936	1,5
Plauen	318	17432	1,8
Annaberg	101	15338	0,7
Chemnitz	69	18707	0,4
Gesamt	15024	259933	5,7

Ein Drittel aller 15024 in den 12 Kreisen zur Ansiedlung gekommenen Ungarndeutschen fanden im Landkreis Auerbach Unterkunft. Auch die Landkreise Zwickau und Stollberg wurden relativ stark frequentiert. Etwa 38 Prozent aller in Sachsen aufgenommenen Ungarndeutschen (von insgesamt 39809 Personen) lebten Ende Februar 1949 in den Uranbergbaukreisen.

Das Land Sachsen trug ohne Zweifel die Hauptlast der bis Anfang der 1950er Jahre ständig steigenden Arbeitskräftezuführung für den Uranbergbau. Noch im ersten Halbjahr 1950 mußten die sächsischen Arbeitsämter 50000 Arbeitskräfte für die SAG Wismut bereitstellen[56]. Die langzeitlich andauernde katastrophale Wohnraumsituation in der Wismut-Region betraf Familien von Vertriebenen in einem besonderen Ausmaße. Die Bürgermeister der größeren Gemeinden und die Landräte forderten eindringlich den Neubau von Wohnungen. Doch das immer mehr greifende bergbautypische Privilegien-

[53] Karlsch, „Staat im Staate", S. 18.
[54] Sächs. HStA, LRS, MfAS, 418.
[55] Zusammengestellt und errechnet nach statistischen Angaben aus: Sächs. HStA, LRS, MdI, 303.
[56] Vgl. Ebenda, MfAS, 390/1.

system kam den Vertriebenenfamilien vielfach entgegen und ließ sie auch unter schlechten Wohnbedingungen ausharren.

Ende 1948 lebten (unter Zugrundelegung der unten folgenden Tabelle 5) 262515 vertriebene Deutsche (einschließlich der aus der Kriegsgefangenschaft heimatlosen Rückkehrer), das heißt fast ein Viertel aller in Sachsen bis zu diesem Zeitpunkt aufgenommenen Vertriebenen, in den Uranbergbaukreisen des Erzgebirges und des Vogtlandes.

Tabelle 5: Ansiedlung von vertriebenen Deutschen im Land Sachsen[57]
Stand: 30. 11. 1948
[W = 1946/48 zum Kerngebiet der Wismut zugehörig]

Landkreis/Stadtkreis*		Gesamtbevölkerung	davon Anzahl Vertriebener	Anteil Vertriebener in %
Annaberg	W	129958	14797	11,4
Aue	W	205130	16972	8,3
Auerbach	W	136010	22078	16,2
Bautzen		182126	40304	22,1
Borna		137234	35714	26,1
Chemnitz	W	166313	19456	11,7
Dippoldiswalde	W	83276	19507	23,4
Döbeln		159468	38907	24,4
Dresden	W	247941	35702	14,4
Flöha		119325	20738	17,4
Freiberg	W	140181	26934	19,2
Glauchau		182826	31846	17,4
Grimma		154673	35653	23,1
Großenhain		144090	41904	29,1
Hoyerswerda		69735	13665	19,6
Kamenz		93633	16915	18,1
Leipzig		176575	32656	18,5
Löbau		143779	44977	31,3
Marienberg	W	78900	8919	11,3
Meißen		179884	47960	26,7
Niesky		122862	36109	29,4
Oelsnitz		77166	12317	16,0
Oschatz		84524	25619	30,3
Pirna		212146	43793	20,7
Plauen	W	109656	17797	16,2
Rochlitz		153290	30381	19,8
Stollberg	W	95118	14784	15,5
Zittau		128569	41505	32,3
Zwickau	W	214145	42932	20,1
Chemnitz		257867	10470	4,1
Dresden		466544	19506	4,2
Görlitz		102020	37225	29,4
Leipzig		633158	77012	12,2
Plauen		84799	2541	3,0
Zwickau	W	129230	22637	17,5
Gesamt		5802151	1000232	17,2

* Nach der sächsischen Kreisreform von 1947.

[57] Zusammengestellt und teilweise errechnet nach statistischen Angaben aus: Sächs. HStA, LRS, MdI, 303.

Es wird sichtbar, daß der Anteil Vertriebener an der Gesamtbevölkerung des jeweiligen Aufnahmekreises im Uranbergbaugebiet in 10 von 12 Fällen unter 20 % lag (Ausnahme: Dippoldiswalde und Zwickau), während Nichtbergbaukreise wie beispielsweise Löbau, Niesky, Großenhain oder Meißen Quoten zwischen rund 26 bis 31 % aufwiesen. Den geringsten prozentualen Anteil (8,3 %) unter diesem Aspekt beanspruchte der Landkreis Aue. Ganz offensichtlich hatten Aufnahmebeschränkung und -stop für die Wismut-Kreise zu dieser augenfälligen Entwicklung beigetragen. Nur die sächsischen Großstädte Dresden und Chemnitz sowie die Stadt Plauen lagen aufgrund der schweren Kriegszerstörungen und besatzungspolitischer Entscheidungen unter der oben angeführten Acht-Prozent-Aufnahmequote (Aue).

Stichproben zum Anteil der Fürsorgeempfänger unter Vertriebenen verweisen ebenfalls auf die Ausnahmestellung der Wismut-Zentren um Aue und Annaberg. So waren unter allen in diesen Landkreisen aufgenommenen Vertriebenen nur 3 bis 4 % sozial hilfsbedürftig, während sich in den anderen Uranbergbaukreisen die Quote zwischen 7 und 13 % bewegte[58]. Der Anteil der Männer unter den Vertriebenen wies in den Landkreisen Annaberg und Aue (Stichprobe Mitte 1949: 40,9 % bzw. 36,5 %) im Gegensatz zu den anderen Wismut-Kreisen (zwischen 22,8 % und 30,4 %; ausgenommen die Stadt Zwickau mit 35,2 %) erheblich überdurchschnittliche Werte aus.[59]

Zieht man die Untersuchungsergebnisse zur Vertriebenenmigration in das Braunkohlenbergbaugebiet Borna[60] – sachsen- und zonenweit ein Zentrum der Kohleförderung und Brennstofflieferung – zum Vergleich heran, so lassen sich sowohl analoge als auch erheblich differente Prozesse und Tendenzen erkennen:

A. Wie die Wismut-Region wurde das Bornaer Braunkohlenrevier aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs bevorzugtes Zielgebiet für Vertriebenentransporte aus Schlesien, Ostpreußen, Pommern und aus der Tschechoslowakei. Doch im Gegensatz zum Sonderstatus des Uranbergbaus erfolgte hinsichtlich der zentral vorbestimmten Ansiedlungsquoten für den Landkreis Borna und die ebenfalls zur Arbeitskräftegestellung für die Braunkohlentagebaue einbezogenen Landkreise Grimma und Leipzig (Südteil) keine Einschränkung. Erst mit der Gründung von Braunkohlenkombinaten (Borna, Espenhain) und dem forcierten Ausbau des Böhlener Kombinates wurden diese Kreise Anfang 1949 aus den Ansiedlungsquoten herausgenommen[61]. Bis dahin wurden Proteste des Bornaer Landratsamtes gegen die Aufnahme von (vor allem bergbauuntauglichen) Vertriebenen von Besatzungsmacht und sächsischer Landesverwaltung stets zurückgewiesen. So geriet hier die Vertriebenenzuweisung in einen temporären Konflikt zu den vorhandenen Wirtschaftsstrukturen. Ende 1948 (siehe Tabelle 5) betrug der Anteil Vertriebener an der Gesamtbevölkerung des Landkreises Borna rund 26 %, was einer für Sachsen überdurchschnittlichen Aufnahmequote gleichkam.

B. Auch im Bornaer Braunkohlenrevier herrschte zeitweilig das System der Arbeitsverpflichtungen. Es betraf generell arbeitsfähige und vor allem qualifizierte Männer. Wie im Uranbergbau wurden Herausnahme von bergbautauglichen Arbeitskräften aus ankommenden Vertriebenentransporten in den sächsischen Quarantänelagern und Verschickung in das Braunkohlerevier gefordert und mehrfach realisiert. Nur so ist u. a. die

[58] Vgl. ebenda, 304.
[59] Vgl. ebenda.
[60] Vgl. Pietsch/Jahn, Regionale Spezifika, S. 81–89.
[61] Vgl. StAL, KT/KR Borna, 1533 und 1567.

im Landesvergleich überdurchschnittliche Quote der Arbeitsfähigkeit unter aufgenommenen Vertriebenen (Landesebene: 32 %; Borna: 43 %) zu erklären, die den Größenordnungen in den Schwerpunktkreisen Aue und Annaberg (45 bis 46 %) sehr nahe kam[62]. Hinsichtlich der Auswahl von Vertriebenen nach der beruflichen Qualifikation gelang es nur im Juli 1946, drei Transporte mit schlesischen Bergleuten fast vollständig in das Revier Borna zu leiten[63], da zu dieser Zeit der Uranbergbau die Arbeitskräftewerbung noch nicht dominierte. Auch der Männeranteil unter den Vertriebenen wies für die damaligen Hauptwohnbezirke im Uran- und Braunkohlebergbau um Annaberg (40,9 %), Aue (36,5 %), Zwickau/Stadt (35,2 %) bzw. Borna (38,2 %) überdurchschnittliche Werte (ansonsten um 26 bis 28 % im Landesdurchschnitt) aus[64]. Der von vornherein ungleiche „Kampf" um einsatzfähige Arbeitskräfte und insbesondere um Fachkräfte wurde nach 1946 eindeutig zugunsten der Wismut AG entschieden.

C. Ebenso wie zuständige Institutionen im Uranbergbaugebiet suchten das Kreisumsiedleramt und die Hauptverwaltung der Braunkohlenwerke Borna über sog. „Freilenkungen" von Wohnraum die auch im Raum Borna katastrophale Unterbringungsfrage zu lösen. Bereits angesiedelte, aber aus fehlenden Arbeitsplatzgründen (vor allem für Frauen) und aus Altersgründen nicht arbeitsfähige Vertriebene sollten in Nichtbergbaugebiete umgesiedelt werden[65]. Obwohl die Hauptabteilung Umsiedler der Landesregierung Sachsen diese Forderung einerseits empört zurückwies, unterstützte sie andererseits die geplante Umsiedlung von arbeitsfähigen Vertriebenen ohne Erwerbsmöglichkeit (mehrheitlich aus dem Kreis alleinerziehender und alleinstehender Frauen)[66].

D. Gerade im Wismut-Gebiet und im Kohlerevier Borna zeigte sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit der enge Konnex zwischen wirtschaftlichem Wiederaufbau (hier bei beschleunigter Wirtschaftsentwicklung dieser Schwerpunktbereiche) und Vertriebenenintegration[67]. Die hier relativ schnell vollzogene berufliche Integration als entscheidende Basis zur gesellschaftlichen Neufindung innerhalb der Aufnahmeregion führte m. E. in den Bergbaugebieten zu einer weitaus rascheren dauerhaften Seßhaftwerdung von Vertriebenen als in wirtschaftlich anders geprägten Regionen. Offensichtlich konnte vor allem im Uranbergbau, der 1947/49 12 Land- und Stadtkreise mit (Ende 1948) rund 263 000 Vertriebenen (26,2 % aller Vertriebenen in Sachsen) erfaßte, das stark auf Berufsbezogenheit ausgerichtete „umsiedler"-politische Integrationskonzept der SED im Sinne der ab 1948 forcierten Assimilation[68] unter den Sonderbedingungen relativ weiträumig greifen. Allerdings sollte untersucht werden, inwieweit das Privilegiensystem der Wismut AG daran Anteil hatte. Auch aus der Sicht der schon 1947 von der ZVU gegenüber allen „Umsiedler"-Institutionen der SBZ angemahnten Beachtung des sozialen Konfliktpotentials zwischen alteingesessener Bevölkerung und „Umsiedlern" und daraus resultie-

[62] Vgl. ebenda, 910 sowie Sächs. HStA, LRS, MfAS, 419.
[63] Pietsch/Jahn, Regionale Spezifika, S. 84.
[64] Vgl. Sächs. HStA, LRS, MdI, 304.
[65] Planungen zur Zwangsumsiedlung aus Arbeitslenkungsgründen waren keine ausgesprochen sowjetzonale Erscheinung, sondern wurden 1948 auch in der Amerikanischen Besatzungszone (Württemberg-Baden, Bayern) von Flüchtlingsverwaltungen thematisiert, jedoch nicht realisiert (vgl. Schraut, S. 190–192).
[66] Vgl. Pietsch/Jahn, Regionale Spezifika, S. 84.
[67] Vgl. Schwartz, Vom ‚Flüchtling' zum Neubürger, S. 32.
[68] Vgl. Wille, Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, S. 45 und 53.

renden notwendigen integrationspolitischen Veränderungen[69] sollten tiefergehende Regionalforschungen Auskunft zu im Uranbergbau vollzogenen Prozessen einer keinesfalls konfliktfreien gesellschaftlichen Eingliederung von „Umsiedler"-Familien geben.

Die Aufnahme von vertriebenen Deutschen in der Uranbergbauregion Sachsens verlief deutschlandweit einmalig und hinsichtlich der Arbeitskräftelenkung sowie -zuweisung und Wohnraumfrage wohl auch außergewöhnlich. Die massenhafte Zuwanderung von Zwangsmigranten aktivierte ohne Zweifel soziale Umverteilungsprozesse im Wismut-Gebiet und brach bis dahin entstandene Bevölkerungsstrukturen auf. Auch Wertungen zum Einfluß der spezifischen Integrationsbedingungen dieser Region auf Prozesse zur Bewahrung, Wandlung oder Überformung der Identität von Vertriebenen müssen beim derzeitigen Forschungsstand noch offen bleiben und bedürfen weiterer Detailuntersuchungen.

Resümee

Der in der zweiten Hälfte der 1940 er Jahre expandierende Uranerzbergbau prägte die Aufnahme von vertriebenen Deutschen im Land Sachsen in einem ganz spezifischen Maße. In den 12 Land- und Stadtkreisen dieser Region lebte Ende 1948 etwa ein Viertel aller bis zu diesem Zeitpunkt in Sachsen aufgenommenen Vertriebenen (rund 263 000 Personen).

Die Vertriebenen, die sowohl den Ansiedlungsdirektiven der SMAD bzw. SMAS und der mit Sondervollmachten ausgestatteten sowjetischen Wismut AG als auch der sächsischen Umsiedlerbehörde unterworfen waren, wurden hinsichtlich Arbeitskräftewerbung und -lenkung eine attraktive Zielgruppe. Der Wismut AG gelang es, vor allem aus den deutschen Ostgebieten, aus Ungarn und aus der Tschechoslowakei ankommende Vertriebenentransporte – in der Regel mit berufserfahrenen Bergarbeitern oder mit einem hohen Männeranteil – vorrangig in die Uranbergbauregion zu leiten und zugleich in den sächsischen Quarantänelagern willkürliche Rekrutierungen von arbeitsfähigen Männern für den Uranbergbau durchzusetzen. Die breit gestreute Ansiedlung von Vertriebenen im von akuten Wohnraummangel gekennzeichneten Wismut-Gebiet zielte auf die Eindämmung der hohen Fluktuation der hier bereits arbeitsverpflichteten Beschäftigten und hatte zum Teil eine Zwangsumsiedlung nicht im Uranbergbau tätiger alteingesessener Bevölkerung sowie nicht einsatzfähiger Vertriebener in andere Gebiete zur Folge. Die zentralen Wismut-Kreise Aue und Annaberg nahmen unter dem Aspekt der ab 1947 erfolgten Aufnahme von fast ausschließlich bergbautauglichen und sozial kaum hilfsbedürftigen Vertriebenen eine Ausnahmestellung ein. Insgesamt lag der Anteil von Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in den sächsischen Nichtbergbaukreisen teilweise weit über den Aufnahmequoten der Wismut-Kreise.

Ein Vergleich mit der Zuwanderung von Zwangsmigranten in das Braunkohlenrevier Borna verdeutlicht Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Offensichtlich führten der forcierte Wirtschaftsaufbau in den Bergbaugebieten, das materielle Privilegiensystem im Uran- und Kohlebergbau sowie berufsbezogene Integration von Vertriebenen zu ihrer schnelleren dauerhaften Seßhaftwerdung als in wirtschaftlich anders geprägten Regionen. Die Wismut AG dominierte eindeutig die Arbeitskräftelenkung in den Bergbau. Aufgrund der spärlichen Aktenlage in sächsischen Archiven bedürfen Fragen nach Konflikten der gesellschaftlichen Eingliederung von Vertriebenen, nach Wandlungen der Bevölkerungsstrukturen und lokalen Integrationsbedingungen weiterer Untersuchungen.

[69] Vgl. Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 52–53.

IV. Soziale Probleme der Vertriebenen-Integration

Marcel Boldorf

Fürsorgeunterstützung in Deutschland unter dem Einfluß der Zwangsmigrationen der Nachkriegszeit (1945–1952)

Die Bewältigung der Krisensituation nach 1945 bietet für einen die Fürsorge betreffenden Vergleich beider deutschen Staaten ein günstiges Untersuchungsfeld, da sich die Problemlagen ähnelten. In der Langzeitperspektive änderte sich dies, weil die Fürsorge in der DDR aufgrund ihres schrumpfenden Umfangs ein an Gewicht verlierendes, im Westen hingegen seit den 1970er Jahren ein wachsendes Problem darstellte. Der Schwerpunkt der folgenden Untersuchung liegt auf der SBZ/DDR, da hier auf Archivmaterial zurückgegriffen wurde. An mancher Stelle konnte der Vergleich mit Westdeutschland anhand der vorliegenden Forschungsergebnisse sowie der Auswertung gedruckter Quellen gezogen werden.

Die wesentliche Ursache für die Ausweitung des Fürsorgeempfangs in der Nachkriegszeit waren die Zwangsmigrationen von Millionen Menschen infolge des Zweiten Weltkrieges. Wie jede Bevölkerungsbewegung solchen Ausmaßes führte die Vertreibung der deutschstämmigen Bevölkerung zu einer sozialen Deklassierung der betroffenen Migranten. Besonders anschaulich zeigt dies der hohe Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen an den Fürsorgeempfängern. In Sachsen lag er 1946 und 1947 zwischen 31 und 39 Prozent[1]. Als sich die Zahl der Fürsorgeempfänger Ende 1948 im Zuge verschärfter Bedürftigkeitsprüfungen und der Einschränkung der Freistellungskriterien von Arbeitseinsatz für alleinerziehende Frauen[2] entscheidend verminderte, stieg der Anteil der Umsiedler auf über 45 Prozent. Ein ähnliches Bild wiesen die Statistiken in Sachsen-Anhalt auf[3]. Nach dem Einschnitt in der Fürsorgestatistik zählten dort Ende 1948 sogar 63,2 Prozent der Unterstützten zu den Umsiedlern. Der Anteil verminderte sich auf 58,1 Prozent (Dezember 1949) und 51,9 Prozent (Dezember 1950). Es zeigt sich am Beispiel der beiden bevölkerungsreichsten Länder der SBZ, in denen durchschnittlich zwei Drittel aller Fürsorgeempfänger lebten, daß weitaus mehr Umsiedler Fürsorgeunterstützung erhielten, als es ihrem Gewicht an der Gesamtbevölkerung, rund 24 Prozent gegen Ende der Hauptzuwanderungsphase,[4] entsprach.

[1] MfAS Sachsen, Statistiken vom 30. 6. 1946 und 18. 12. 1946, in: BAB, DQ 2/3785; Statistiken vom 24. 4. 1947 und 17. 7. 1947, in: BAB, DQ 2/3786; Statistik vom 6. 5. 1949, in: BAB, DQ 2/3775.

[2] ZVOBl. 1948, S. 469. 2. Durchführungsverordnung zur Verordnung über Sozialfürsorge vom 21. 9. 1948. § 2 (5). Für alleinerziehende Fürsorgeempfängerinnen wurden die Altersgrenzen ihrer Kinder, die zur Freistellung berechtigten, von 15 auf 8 bei zwei Kindern und von 6 auf 3 Jahre bei einem Kind gesenkt. Dies machte mit einem Schlag über 100000 Frauen arbeitseinsatzpflichtig.

[3] MfAS Sachsen-Anhalt, Bericht über den Stand der Sozialfürsorge in den Jahren 1948–1950, 14. 2. 1951, in: BAB, DQ 2/3755.

[4] Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 19.

Nicht so deutlich schien dieser Zusammenhang in der Bundesrepublik hervorzutreten, wo im ersten Halbjahr 1950 von fast 1,4 Millionen Unterstützungsempfängern rund 28 Prozent als „Heimatvertriebene" und über sechs Prozent als Evakuierte erfaßt waren[5]. Bei dieser Angabe gilt es allerdings zu beachten, daß die offene Fürsorge durch die Unterhaltshilfe des Soforthilfegesetzes, auf das später zurückzukommen sein wird, wesentlich entlastet wurde. Bis zum 1. Juni 1950 waren über 428 000 Anträge bewilligt worden[6]. Diese Unterhaltshilfeempfänger waren mit Ausnahme einer unbestimmten Anzahl von Heimbewohnern zuvor in offener Fürsorge Unterstützte. Sie empfingen ihre Unterstützungen nun nicht mehr aus kommunalen Mitteln, sondern aus dem Bundeshaushalt und wurden daher in der Fürsorgestatistik nicht mehr erfaßt. Gleichwohl sind sie, zumal in der SBZ/DDR ein entsprechendes Versorgungssystem fehlte, zu den Unterstützungsfällen zu rechnen. Daher kann auch in der Bundesrepublik die Quote der Vertriebenen an der Gesamtzahl der Empfänger öffentlicher Unterstützungsleistungen auf mehr als 45 Prozent geschätzt werden – bei einem Anteil der Vertriebenen von ca. 16,5 Prozent an der Gesamtbevölkerung[7] in den frühen 1950er Jahren.

Die Entwurzelung von Millionen Menschen bildete den Kern des Unterstützungsproblems der Nachkriegszeit. Die Fürsorgeempfänger konnten in der allgemeinen Not der Nachkriegsjahre als die am härtesten betroffene Bevölkerungsschicht gelten. Die Handlungsspielräume, die in der SBZ während der drei unterscheidbaren Phasen der Flüchtlingsansiedlung bestanden, können nachgezeichnet werden. Da das Ergebnis der Ansiedlung demjenigen im Westen gleicht, wird hiernach für beide Teile Deutschlands untersucht, inwiefern sich die regionale Verteilung der Flüchtlinge mit der registrierten Armut in Zusammenhang bringen läßt. Ferner soll ein Vergleich des Niveaus der materiellen Unterstützung in Ost und West gezogen werden.

1. Das Ergebnis der Flüchtlingslenkung

In den bisherigen Forschungen zur SBZ wurde bislang nur an ausgewählten Zeitpunkten der Ist-Stand der aufgenommenen Umsiedler in den einzelnen Ländern und Provinzen erhoben[8].Wenig Beachtung fanden hingegen die einzelnen Phasen, in denen sich die Bedingungen für die Aufnahme des Flüchtlingsstromes allmählich änderten. Die regional unterschiedliche Belastung der Aufnahmegebiete entsprang sozialen, wirtschaftlichen und politischen Determinanten, die in ihrem Wandel untersucht werden sollen. Hieran lassen sich mögliche Alternativen aufzeigen, die bei der Lenkung der Ansiedlung bestanden.

Nach Kriegsende herrschten völlig unklare Vorstellungen über das Ausmaß der Migrationsbewegungen. Im Juli 1945 ging eine irreale Schätzung der SBZ-Verwaltungsbehörden davon aus, daß 12 bis 12,5 Millionen Personen allein in der eigenen Besatzungszone aufzunehmen seien[9]. Angesichts solcher Prognosen entwickelte sich vielerorts eine Abwehrhaltung gegen die Flüchtlingsströme. Die sächsische Landesverwaltung glaubte, daß die bis zum Winter erwarteten zwei Millionen Umsiedler weder untergebracht noch ernährt werden könnten, weil durch ihren Zuzug die Versorgung der „eigene[n] Be-

[5] Wirtschaft und Statistik N. F. 3 (1951), S. 33.
[6] Ebenda, S. 36.
[7] Stat. Jb. Bundesrepublik 1952, S. 30.
[8] Vgl. z. B. Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 19; Wille, Zentralverwaltung, S. 34; Meinicke, Probleme der Integration, S. 3.
[9] Wille, Zentralverwaltung, S. 28; Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 14.

völkerung Sachsens"[10] gefährdet sei. Entsprechend verfügte man einen Aufnahmestopp, der bis März 1946 aufrecht erhalten wurde. Dasselbe galt für andere urban geprägte Gebiete Deutschlands, wie zum Beispiel für das Ruhrgebiet und Berlin. Die aufgenommenen Migranten sollten aus Sachsen in andere Gebiete der SBZ weitergeleitet werden, sofern sie nicht in einem geregelten Arbeitsverhältnis standen. Der vollständige Abtransport der zum Teil bereits seßhaft gewordenen Umsiedler war unmöglich. Dennoch hatte der Plan der sächsischen Landesverwaltung Auswirkungen, wie der Rückgang der registrierten Umsiedler, zu denen zum Teil allerdings Evakuierte gezählt wurden, von 686017 Personen im November 1945[11] auf 544799 am 1. Juni 1946 zeigte. Aufgrund der Abwehrhaltung der urbanen Regionen erfolgte die Ansiedlung in ländlichen Gebieten.

Erst durch Kontrollratsentscheid im November 1945 wurden Quoten beschlossen, nach denen eine „angemessene Verteilung" der Flüchtlingsbevölkerung auf die Besatzungszonen erfolgen sollte[12]. Für eine Lenkung nach einem langfristigen Plan fehlten nach wie vor die Voraussetzungen. Auf Kontrollratsebene beschränkte sich die Behandlung des Flüchtlingsproblems auf Fragen des Transports[13]. Die Alliierten hielten an der Ansiedlung in Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte fest, da in den agrarisch strukturierten Regionen das Ernährungs- und das Wohnraumproblem am leichtesten zu lösen waren. Gesichtspunkte der langfristigen wirtschaftlichen Trag- und Entwicklungsfähigkeit spielten keine Rolle.

Während die Aufnahme der Massentransporte in der US-amerikanischen Besatzungszone (USBZ) im Januar 1946 begann,[14] sprach man in der SBZ ab Mitte 1946 von „planmäßigen Aktionen", nach denen die Lenkung der Wanderung erfolgte. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits, wie in Tabelle 1 zu sehen, über drei Millionen Flüchtlinge und

Tabelle 1: Lenkung der Umsiedler in der SBZ während der Hauptzuwanderungsphase (1946–1948)[15]

Zeitraum	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Brandenburg	Mecklenburg	SBZ
bis 1. 6. 46	544799	680933	488456	590649	837901	3142738
1.6 bis 31. 12. 46	271943	330993	162638	86244	231791	1083609
1947	268251	190026	134000	57511	22087	671875
1948	92673	25448	30403	15328	1119	164971
Summe	1177666	1227400	815497	749732	1092898	5063193
Registrierte am 1. 1. 49	997798	1051024	685913	655466	922088	4312289

[10] Auch zum Folgenden: Rundverfügung der sächsischen Landesverwaltung, Abt. Inneres und Volksbildung, 10. 8. 1945, in : BAB, DQ-1/5548.

[11] Wille, Zentralverwaltung, S. 34.

[12] Müller / Simon, Aufnahme, S. 315.

[13] Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 41. Zur Genese des Verteilungsplanes im Kontrollrat unter besonderer Berücksichtigung der US-amerikanischen Haltung: Ebenda, S. 40–48.

[14] Ebenda, S. 47.

[15] DVdI, HA Umsiedler, Gesamtzahl der in die SBZ gekommenen Umsiedler nach Aufnahmeländern, 19. 4. 1949, in: BAB, DO 1/10/19. Evakuierte sind hier nicht ausgewiesen, wie der Vergleich mit Meinicke, Probleme der Integration, S. 3, zeigt. Die Differenz von 750904 Umsiedlern zwischen der „Summe" und den „Registrierten am 1. 1. 49" erfaßt die Zahl derer, die sich nur kurzzeitig in der SBZ niederließen und bis Ende 1948 in die Westzonen weiterzogen. Da die im ersten Halbjahr 1946 Abgewanderten nicht erfaßt sind, stimmt diese Angabe in der Größenordnung mit derjeinigen bei Heidemeyer, Flucht und Zuwanderung, S. 42–43, auf der Grundlage westdeutscher Volkszählung überein (844000 Flüchtlinge von 1946 bis 1948).

Vertriebene ungeregelt in die SBZ eingeströmt. In der Statistik wurde für die Migration des Jahres 1945 und des ersten Halbjahres 1946 die Ist-Zahl am 1. Juni 1946 eingesetzt[16]. Erst nach diesem Stichtag konnte die Zahl der aufgenommenen Umsiedler genau erfaßt werden.

Die beiden ersten sogenannten „planmäßigen Aktionen" betrafen rund „600000 Umsiedler" aus der CSR und 405401 vertriebene Deutschstämmige aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße. Die Planungen zur Aufnahme der Umsiedler aus dem Sudetenland begannen im April 1946. Die sowjetischen Besatzungsorgane legten einen Aufteilungsschlüssel fest, an dem sich die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) zu orientieren hatte[17]. Sachsen war als Aufnahmegebiet überhaupt nicht vorgesehen. An diese Vorgabe hielt sich die ZVU bei ihren Ausarbeitungen zum konkreten Ablauf, versuchte allerdings eine geringere Belastung Mecklenburgs zu erwirken. Die SMAD lehnte dies ab. Die Transporte aus der CSR wurden durch Sachsen geschleust und zu 37,7 Prozent in Mecklenburg und zu 35,5 Prozent in der Provinz Sachsen angesiedelt. Nur 1450 Sudetendeutsche ließen sich in Sachsen nieder, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, die die Flüchtlingszuweisung in den beiden ersten „planmäßigen Aktionen" zeigt.

Tabelle 2: Verteilung der Umsiedler auf die Länder der SBZ im zweiten Halbjahr 1946[18]

	Sachsen	Provinz Sachsen	Thüringen	Brandenburg	Mecklenburg
CSR	1450	205518	116458	41585	221028
Gebiete östl. von Oder und Neiße	259582	87246	28211	30362	–
Gesamtzahl	261032	292764	144669	71947	221028

Bei den Transporten aus den polnischen Gebieten wurde ähnlich verfahren. Sie wurden zu 64 Prozent nach Sachsen gelenkt, in Mecklenburg ließ sich kein einziger dieser Umsiedler nieder. Es ist anzunehmen, daß diese Vorgehensweise der Tendenz entgegenwirken sollte, in den Gebieten, die an die ehemaligen Wohngegenden grenzten, zu siedeln[19]. Vielfach bestand die Hoffnung auf eine Rückkehr in die Heimat, die nach Möglichkeit im Keim erstickt werden sollte. Die Lenkung der Ansiedlung schien im zweiten Halbjahr 1946 eher von politischen als von wirtschaftlichen Zielsetzungen geleitet zu sein, denn die Erfordernisse des Arbeitsmarktes hätten nach einem anderen Verteilungsschlüssel verlangt.

Zu dieser Einsicht gelangte auch die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS). Von deren Seite wurde eine berufsbezogene Lenkung verlangt, welche die ankommenden Transporte in einen der Wirtschaftsstruktur ihres Herkunftsgebietes entsprechenden Kreis führen sollte[20]. Zum Beispiel ersuchte die Deutsche Verwaltung für

[16] DVdI, HA Umsiedler, Bericht über die Gesamtzahl der in die SBZ gekommenen Umsiedler, 19. 4. 1949, in: BAB, DO 1/10/19.

[17] Bethke, Der Weg der Deutschen, S. 16–18.

[18] ZVU, Verteilung der „600000 Umsiedler" aus der CSR (Juni-Oktober 1946); Übernahme von rund 400000 Umsiedlern aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße (Juli-Dezember 1946), 1. 1. 1947, in: BAB, DO 1/10/13.

[19] Vgl. Seraphim, Heimatvertriebene, S. 12.

[20] Bethke, Weg, S. 20.

Brennstoffindustrie die Zuteilung von Bergarbeitern für die Bergbauregion im Süden der SBZ. Die verlangte Auswahl von Fachkräften konnte nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden. In der Regel wurden die Transporte schematisch in die zur Aufnahme bestimmten Gebiete geleitet.

Im November 1946 erließen die DVAS und die ZVU eine gemeinsame Anweisung, die eine arbeitsmarktorientierte Lenkung der Umsiedler vorsah[21]. Die Landesarbeitsämter sollten den Arbeitskräftebedarf, insbesondere denjenigen an Fachkräften, feststellen. Daraufhin war das Aufnahmeland von der DVAS im Einvernehmen mit der ZVU zu bestimmen. Die Festlegung des Vorrangs der Arbeitsvermittlung erfolgte aber erst zu einem Zeitpunkt, als sich bereits der größte Teil der Umsiedler in der SBZ niedergelassen hatte. Die neue Verfahrensweise führte dazu, daß 1947 fast 40 Prozent und 1948 über 56 Prozent der insgesamt registrierten Umsiedler in Sachsen eingebürgert wurden (vgl. Tabelle 1). Dieses Land besaß als eigentliches Industrieland der SBZ die besten Möglichkeiten für eine Arbeitsintegration gemäß den wirtschaftlichen Zielsetzungen in der Mitte der vierziger Jahre. Gleichwohl hatten die Modalitäten der Zuweisung, gemessen an den langfristigen Erfordernissen des Arbeitsmarktes, zu Disproportionen geführt, woran auch der Kurswechsel 1947 nichts mehr ändern konnte. Mecklenburg als reines Agrargebiet nahm im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen aller deutschen Länder auf. Im April 1949 betrug deren Anteil an der gesamten Landesbevölkerung 43,3 Prozent[22].

Eine Korrektur der Ergebnisse der Umsiedlerlenkung erreichte die überbezirkliche Arbeitskräftelenkung der Behörden nur in geringem Maße. Es wurde zwar die Umsetzung von einigen Zehntausend Textil-, Glas- und anderen Facharbeitern nach Thüringen oder Sachsen aktenkundig[23], doch quantitativ gesehen fiel dies, gemessen an der hohen Gesamtzahl der Fehlzuweisungen bis Ende 1946, kaum ins Gewicht. Die Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (HVAS) der Deutschen Wirtschaftskommission bezeichnete die Ende der vierziger Jahre einsetzende Wanderung vom Land in die Stadt als „sehr positive[n] Vorgang". Dieser war aber „nicht etwa die Folge einer planmässigen Lenkung dieser Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter [...], sondern tatsächlich mehr oder weniger der eigenen Initiative der Umsiedler"[24] zuzuschreiben. Die Löhne, die im gewerblichen Sektor bezahlt wurden, lagen über dem niedrigen Niveau in der Landwirtschaft, so daß ein Anreiz zum Wohnortwechsel bestand. Angesichts der wenig erfolgreichen Bemühungen um eine Behebung der Disproportionen zwischen Qualifikation und Arbeitsunterbringung mußte die HVAS im Jahr 1949 – gemessen an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes – eine weitgehende Fehlleitung der Umsiedler feststellen[25]. Statt der erwünschten langfristigen Arbeitsplatzeingliederung im Sekundärsektor lag eine Überbesetzung der Agrarregionen vor, die 1949 in der SBZ auf eine halbe Million Menschen ge-

[21] Anweisung der DVAS (Brack) und der ZVU (Engel) an die Landes- und Provinzialbehörden für Arbeit und Sozialfürsorge sowie die Landesämter für Umsiedler, 7. 11. 1946, in: BAB, DO 1/10/13.

[22] Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 19.

[23] HVAS, Wandel der Bevölkerungsstruktur in Beziehung zum Zweijahresplan, 5. 3. 1949, in: BAB, DQ 2/3727; Wille, Zentralverwaltung, S. 22, beziffert die Zahl der Arbeitskräfte, die 1946 innerhalb der SBZ umgesiedelt wurden, auf 16 970.

[24] HVAS, Wandel der Bevölkerungsstruktur in Beziehung zum Zweijahresplan, 5. 3. 1949, in: BAB, DQ 2/3727.

[25] Ebenda.

schätzt wurde[26]. Das Ministerium für Arbeit und Sozialwesen in Sachsen-Anhalt mußte Anfang 1951 feststellen, daß die „nochmalige Umsiedlung in die Schwerpunktgebiete des Landes" noch nicht erfolgt sei[27].

Das Ergebnis der Zuweisungspolitik in den Westzonen, d. h. vor allem der britischen und amerikanischen Besatzungszone, weil die französische Besatzungszone so gut wie nicht belastet war, unterschied sich kaum von der Lage in der SBZ. Eine wichtige Determinante der amerikanischen Politik war zum Beispiel, die räumliche Ballung der Flüchtlinge zu verhindern, wodurch der regionalen Streuung der Ansiedlung mehr Gewicht als der Arbeitsmarktintegration beigemessen wurde[28]. Insofern konstatierten auch dort bereits zeitgenössische Untersuchungen eine Fehlverteilung der Vertriebenen[29]. Mit wenig Erfolg bemühten sich die westzonalen Verwaltungen seit 1947 um eine Korrektur der festzustellenden Fehlallokationen. Im November 1949 wurde, allerdings auf freiwilliger Basis, eine Binnenumsiedlung von 300000 Vertriebenen, die sich zur Hälfte in Schleswig-Holstein und zu je einem Viertel in Bayern und Niedersachsen angesiedelt hatten, gesetzlich angeordnet[30]. Weitere Umsiedlungsprogramme folgten in den fünfziger Jahren. Auf die Wirkungen im hier untersuchten Zeitraum wird zurückzukommen sein. Es läßt sich für Gesamtdeutschland feststellen, daß die Maßgaben der Zuweisung in die Aufnahmegebiete zur einleitend konstatierten hohen Unterstütztenquote innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung führten.

Als zusätzliche Ursache für den vermehrten Unterstützungsempfang ist eine niedrigere Arbeitsfähigenquote denkbar, d. h. der Anteil der arbeitsfähigen Meldepflichtigen an der Gesamtzahl der Umsiedler. Angesichts der weitgehenden Arbeitseinsatzpflicht in der SBZ konnte man davon ausgehen, daß nahezu alle Arbeitsfähigen von den Arbeitsämtern registriert waren. Der Anteil der Selbständigen, die nicht der Meldepflicht unterlagen, lag wie in den Westzonen sehr niedrig[31]. Als der Zuwanderungsstrom abebbte, waren zonenweit 49,8 Prozent der 4,3 Millionen registrierten Umsiedler meldepflichtig. Vergleicht man diesen Wert mit dem von Zank geschätzten Anteil der Arbeitsfähigen an der Gesamtbevölkerung, der zwischen 60,1 Prozent (1946) und 61,9 Prozent (1950) lag,[32] erkennt man, daß die geringere Arbeitsfähigkeit ebenfalls einen Beitrag zur Erklärung des hohen Umsiedleranteils an den Fürsorgeempfängern zu leisten vermag.

Ganz anders sahen die Erhebungen zur Bundesrepublik aus. Zwar ließ sich 1950 eine niedrigere Erwerbsquote unter den Flüchtlingen feststellen, die sich auf 42,6 Prozent gegenüber 47,1 Prozent bei der übrigen Bevölkerung belief[33]. Diese Werte wurden auf eine mangelhafte Registrierung der Flüchtlinge bei den Arbeitsvermittlungsbehörden zurückgeführt[34]. Im Gegensatz zur SBZ/DDR lag der Anteil der als erwerbsfähig geltenden

[26] FDGB, Bundesvorstand, Bericht über die Kommissionssitzung betr. Neubearbeitung des Umsiedlerproblems im ZS der SED am 3. 3. 1949, in: SAPMO, FDGB A 152.

[27] MfAS Sachsen-Anhalt, Abt. Sozialwesen, Bericht über den Stand der Sozialfürsorge in den Jahren 1948, 1949 und 1950 im Lande Sachsen-Anhalt, 14. 2. 1951, in: BAB, DQ 2/3755; vgl. auch: Mehlhase, Bestrebungen, S. 350.

[28] Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 45 und 332.

[29] Nimptsch, Heimatvertriebene, S. 468.

[30] Vgl. Bundesministerium des Inneren, Eingliederung, S. 76–84.

[31] Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 23; vgl. auch die Angaben bei Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 383.

[32] Zank, Wirtschaft, S. 33.

[33] Edding, Bevölkerung, S. 9.

[34] Bundesministerium für Vertriebene, Eingliederung, S. 20.

Jahrgänge innerhalb der Flüchtlingsbevölkerung höher als derjenige der einheimischen Bevölkerung[35]. Hiermit korrespondiert die Feststellung, daß vor allem jüngere, ledige Männer die SBZ verließen und in die Westzonen weiterzogen[36]. In der Bundesrepublik waren 1950 die beiden gewichtigsten Gründe für den vermehrten Unterstützungsempfang bei Flüchtlingen und Vertriebenen: 1.) die längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit,[37] die zum Verlust der Leistungsberechtigung in der Arbeitslosenversicherung führten, 2.) die kurzzeitige, meist berufsfremde Beschäftigung, so daß die Erfüllung der Anwartschaftszeiten nicht gegeben war. Dies unterstrich die 1950 erhobene Arbeitslosenquote von 12,5 Prozent in dieser Bevölkerungsgruppe, die wesentlich höher als beim Rest der Bevölkerung (4,9 Prozent) lag. Jeder dritte Arbeitslose war Vertriebener[38]. Wie weiter unten zu zeigen ist, bezogen diese zwar größtenteils Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, doch fiel auch eine große Anzahl der Fürsorge zur Last.

2. Die Aussagekraft der Unterstützтenquote im Hinblick auf die Verteilung der Armut

Da die Flüchtlingsbevölkerung hauptsächlich in ländlichen Gebieten siedelte und den größten Teil der Unterstützungsempfänger ausmachte, liegt die Annahme nahe, daß auf dem Land auch die höchsten Unterstützтenquoten anzutreffen waren. Die folgende Tabelle gibt den Anteil der Unterstützungsempfänger an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder der SBZ wieder. Um eine Vergleichsbasis herzustellen, wurden die Anga-

Tabelle 3: Unterstützтenzahlen und -quoten (kursiv) in den Ländern der SBZ/DDR (1946–1952)[39]

	Dezember 1946	Dezember 1948	Dezember 1952 [Näherungswerte]
Sachsen	467051 *8,3 %*	142659 *2,4 %*	148422 *2,5 %*
Sachsen-Anhalt	272448 *6,4 %*	157419 *3,7 %*	97814 *2,7 %*
Thüringen	155664 *5,2 %*	75245 *2,5 %*	51420 *1,9 %*
Brandenburg	90496 *3,6 %*	79766 *3,0 %*	51383 *1,9 %*
Mecklenburg	84986 *4,0 %*	65429 *3,0 %*	84825 *3,8 %*
SBZ/DDR (ohne Berlin)	1070645 *6,1 %*	520518 *2,9 %*	433864 *2,5 %*

[35] Ebenda und Nimptsch, Heimatvertriebene, S. 467.
[36] Von Plato / Meinicke, Heimat, S. 91.
[37] Die arbeitslosen Vertriebenen im Bundesgebiet nach Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit, in: Bundesarbeitsblatt 1 (1950), S. 256.
[38] Stat. Jb. Bundesrepublik 1952, S. 91.
[39] DVAS (Rühl), Kostenvoranschlag für die SBZ bei der Einführung der Unterstützungsrichtsätze [Dez. 1946], 16. 2. 1947, in: BAB, DQ 2/3716; HVAS, Statistik der Fürsorgeempfänger. Stand: 1. Dezember 1948, in: BAB, DQ 2/3738; Bericht zur Begründung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates der DDR „über Einführung des Sparsamkeitsprinzips in der Sozialfürsorge", 12. 3. 1953, in: BAB, DQ 2/780.

ben zu den im Sommer 1952 gebildeten Bezirken gemäß der früheren Zugehörigkeit der Bezirkshauptstadt auf die ehemaligen Landesgebiete umgerechnet. Hieraus ergeben sich Ungenauigkeiten bei den genannten absoluten Zahlen, weil die Grenzen der Bezirke nicht mit denjenigen der ehemaligen Länder übereinstimmten. Mitunter wurden sogar Kreise auf zwei Bezirke aufgeteilt. Die Fehler bei den Näherungswerten im Dezember 1952 werden durch die Berechnung der Unterstützтenquote relativiert.

Der vermutete Zusammenhang läßt sich im Dezember 1946 nicht herstellen. In Mecklenburg, das am stärksten von Flüchtlingen belastet war, lag die Unterstützтenquote relativ niedrig. Zur Zahl von knapp 85000 Unterstützungsempfängern bemerkte die DVAS, daß es sich nur um die wirklich Unterstützten handelte, der Kreis derer, die als unterstützungsbedürftig gelten könnten, weitaus größer sei[40]. Dies weist auf eine wesentliche Eigenart der Armutsstatistik hin. Die Zahl der unterstützten Personen variierte in der Fürsorgegeschichte nicht nur mit der tatsächlich vorhandenen Armut, sondern spiegelte stets auch die Bewilligungspraxis des verpflichteten Fürsorgeträgers wider[41].

Als wesentliche Prämisse für den Unterstützungsempfang galt das Lohnabstandsgebot, demzufolge der Unterstützungssatz stets unter dem ortsüblichen Mindestlohn des ungelernten Arbeiters liegen mußte. Im Agrarsektor wurden ausgesprochen niedrige Löhne bezahlt, die oftmals unter dem tarifvertraglich vereinbarten Stundenlohn von 50 Pfennigen[42] lagen. Die durch die Sozialfürsorge seit September 1947 garantierten Richtsätze, die sich am Bedarfsprinzip orientierten, gerieten mit den Niedriglöhnen in Kollision. Durch Einführung einer starren „Auffanggrenze", die im Oktober 1948 Höchstsätze unter Einhaltung des Lohnabstandsgebotes festsetzte, wurde diesem Umstand Rechnung getragen. Da die Auffanggrenze wie auch die Niedriglöhne unter dem Niveau der Fürsorgerichtsätze lagen, entstand das Phänomen der labouring poor, die ihren Lebensbedarf trotz Arbeitstätigkeit mit ihrem Einkommen nicht decken konnten. Demnach konnten weitaus mehr Personen als hilfsbedürftig gelten, als die amtliche Statistik erfaßte.

Ferner wirkte sich die ökonomische Leistungsfähigkeit des verpflichteten Fürsorgeträgers aus. Als in der SBZ im September 1947 einheitliche Richtsätze eingeführt wurden, bedeutete dies vielerorts eine erhebliche Erhöhung der bislang lokal unterschiedlichen Unterstützungssätze. Angesichts der geplanten Mehrausgaben kürzte die SMA Mecklenburg die im Landesetat für Fürsorgezwecke vorgesehenen Mittel im vierten Quartal 1947 von 14,1 auf 10,5 Millionen Mark, was erst verspätet durch Intervention der DVAS bei der SMAD in Karlshorst geändert werden konnte[43]. Solche Finanzierungslücken hatten ein Sparsamkeitsregime der Fürsorgebehörden auf Gemeinde- und Kreisebene zur Folge, was sich sowohl auf die Höhe der Unterstützungsleistungen als auch auf die Größe des Empfängerkreises auswirkte. Infolge dessen waren die höchsten Unterstützтenquoten in den urbanen, industriell geprägten Gebieten anzutreffen. Dort wurden einerseits höhere Löhne gezahlt und andererseits standen verhältnismäßig größere Summen für Fürsorgezwecke zur Verfügung.

[40] DVAS (Rühl), Kostenvoranschlag für die SBZ bei der Einführung der Unterstützungsrichtsätze, 16. 2. 1947, in: BAB, DQ 2/3716.

[41] Vgl. Sachße / Tennstedt, Geschichte, Bd. 2, S. 170.

[42] Gries-Schwerin, Sozialversicherungsbeiträge, S. 320–322.

[43] DVAS (Rühl), Besprechung bei der SMAD, Abt. Finanzkraft (Moschkin), 16. 2. 1948, in: BAB, DQ 2/3753.

Die Armutsziffern änderten sich: Im Dezember 1948, als sich die Gesamtzahl der Fürsorgeempfänger zonenweit halbiert hatte, schwankte die Unterstütztenquote aller SBZ-Länder um drei Prozent. Sachsen hatte seine herausragende Stellung des Jahres 1946 nicht nur verloren, sondern wies nun sogar die niedrigste Unterstütztenquote auf. Daß die registrierten Unterstütztenzahlen die existierende Landarmut nicht widerspiegelten, zeigt auch eine Differenzierung nach Stadt- und Landkreisen, die für das Jahresende 1948 vorlag. In den urbanen Gebieten, d. h. den Stadtkreisen, lag die Unterstütztenquote bei 3,4 Prozent, in den ländlichen Gebieten, d. h. der überwiegenden Zahl der Landkreise, aber lediglich bei 2,8 Prozent[44]. Die Erfolge beim Abbau der Unterstütztenzahlen wurden vor allem durch Integration in den Arbeitsprozeß erzielt, wobei die Aufnahme in die Landarbeit unter den oben beschriebenen Bedingungen eine herausragende Rolle spielte.

Die Entlastung der Sozialfürsorge durch andere Systeme der sozialen Versorgung muß in der SBZ/DDR als gering eingestuft werden. Aufgrund kurzzeitiger Beschäftigung erreichten viele Arbeitslose nicht die Anwartschaftszeit der Arbeitslosenversicherung. Auch als diese einer flexiblen Handhabung unterworfen wurde,[45] leistete die Arbeitslosenversicherung nur einen geringen Beitrag zur Entlastung der Fürsorge, weil die gezahlten Sätze aufgrund der meist zugrunde liegenden Niedrigöhne nicht den Stand der Fürsorgerichtsätze erreichten[46]. Somit empfing die Mehrzahl der Arbeitslosen gleichzeitig Unterstützungsleistungen aus der Sozialfürsorge, tauchte also auch in der Fürsorgestatistik auf. Dasselbe galt für Kriegsbeschädigte und deren Hinterbliebene. Die seit Juli 1948 bezahlten Renten erreichten das Niveau der Richtsätze meist nicht[47].

An den statistischen Angaben zum Dezember 1952 fällt auf, daß in den früheren mecklenburgischen Gebieten entgegen der Tendenz in den anderen ehemaligen Ländern eine Steigerung der Unterstütztenquote festzustellen war. Die absolute Zahl der Unterstützungsempfänger in den drei Bezirken des Nordens der DDR lag auf dem Stand des Dezembers 1946. Dies läßt sich dadurch erklären, daß das Bedarfsprinzip konsequenter angewandt wurde, so daß nun alle Bedürftigen auch tatsächlich unterstützt wurden. Angesichts eines verbesserten Systems des Finanzausgleichs vermochten die überlasteten Budgets einzelner Kommunen leichter ausgeglichen zu werden. Insgesamt zeigt die regionale Entwicklung der Unterstütztenquote in der DDR einen Trend zur Nivellierung auf sinkendem Niveau.

Es soll ein Vergleich mit dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet bzw. der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen werden. Dort lag für die Jahre 1949/50 eine entsprechende Erhebung vor.

Markant ist, daß sich die bundesweit erfaßte Unterstütztenquote innerhalb eines Jahres halbierte, so daß sie im Juni 1950 auf einem ebenso niedrigen Niveau wie in der SBZ bereits Ende 1948 lag. Anders als dort beruhte die Entwicklung des Unterstützungsempfangs in den Westzonen/Bundesrepublik auf den veränderten sozialpolitischen Weichen-

[44] HVAS, Statistik der Fürsorgeempfänger, Stand 1. Dezember 1948, in: BAB, DQ 2/3738.

[45] ZVOBl. 1948, S. 62; entsprechende Änderung in der 2. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit vom 27. 12. 1947.

[46] Frerich / Frey, Handbuch, Bd. 2, S. 37 und 172; MfA, HR Sozialfürsorge, Exposé über die Gestaltung der Sozialfürsorge entsprechend der ökonomischen Entwicklung, 16. 9. 1952, in: BAB, DQ 2/780.

[47] HVAS (Hartung), Bericht über die Entwicklung der Sozialfürsorge aufgrund der Fürsorgestatistik im November 1948, 10. 1. 1949, in: BAB, DQ 2/3728.

Tabelle 4: Unterstützтenzahlen und -quoten (kursiv) in den Ländern und Landesteilen der Westzonen/Bundesrepublik (1949–1950)[48]

	März 1949	Juni 1950
Nordrhein-Westfalen	692270 *5,4 %*	388238 *2,9 %*
Bayern	617197 *6,6 %*	289718 *3,1 %*
Niedersachsen	473719 *6,9 %*	194098 *2,8 %*
Hessen	260869 *6,1 %*	133334 *3,1 %*
Württemberg-Baden	199354 *5,1 %*	97282 *2,5 %*
Schleswig-Holstein	251065 *9,2 %*	94797 *3,6 %*
Hamburg	54237 *3,6 %*	38910 *2,4 %*
Bremen	29344 *5,5 %*	25999 *4,6 %*
Rheinland-Pfalz	–	59091 *2,0 %*
Baden	–	28697 *2,2 %*
Württemberg-Hohenzollern	–	21632 *1,8 %*
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet/ Bundesrepublik	2578055 *6,1 %*	1371746 *2,8 %*

stellungen der Nachkriegsjahre. Der Erlaß des Soforthilfegesetzes (SHG) vom 8. August 1949,[49] das zeitlich zwischen den Erhebungszeitpunkten der obigen Statistik angesiedelt war, führte zu einer erheblichen Entlastung der kommunalen Fürsorge. Wie erwähnt, wurden bis 1. Juni 1950 rund 428000 Anträge bewilligt, so daß die Antragsteller nun aus Bundesmitteln unterstützt wurden. Aus systematischen Gründen tauchten diese Leistungsempfänger nicht mehr in der Fürsorgestatistik auf. Die Sonderbestimmungen, nach denen die Empfänger von Unterhaltshilfe versorgt wurden, werden im folgenden Abschnitt untersucht.

Ferner spielte in dem hier interessierenden Zusammenhang das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz (SVAG) vom 17. Juni 1949 eine entscheidende Rolle. Betrug die durchschnittliche Altersrente eines Arbeiters Anfang 1949 noch monatlich 42,80 DM und eine entsprechende Witwenrente 25,10 DM, führte das Gesetz nun Mindestrentensätze von 50 DM bzw. 40 DM ein[50]. Die bis Mitte 1949 gezahlten niedrigen Renten hat-

[48] Wirtschaft und Statistik N. F. 1 (1949/50), S. 88; ebenda, N. F. 2 (1950), S. 272.
[49] Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1949, S. 205 ff.
[50] Hockerts, Entscheidungen, S. 88 und 91; Frerich / Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 6–7.

ten eine zusätzliche Unterstützung durch die Fürsorge verlangt, die nach Inkrafttreten des SVAG kaum noch erforderlich war[51].

Wie in der SBZ/DDR war auch im Westen ein Doppelbezug von Leistungen aus der Fürsorge und der Arbeitslosenversicherung denkbar. Das Arbeitslosenversicherungsrecht der Weimarer Zeit wurde im Grundsatz in der amerikanischen und britischen Zone am 1. Oktober 1947 wieder in Kraft gesetzt und bei einigen länderspezifischen Abweichungen[52] auch in der Bundesrepublik übernommen[53]. 1950 erhielten von den 1,8 Millionen registrierten Arbeitslosen 70,3 Prozent Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung,[54] wodurch die Fürsorge erheblich entlastet wurde. Die durch die Reichsversicherungsanstalt gezahlten Sätze lagen – im Gegensatz zur DDR – über den in der Fürsorge üblichen Richtsätzen, was das nach der Aufhebung des Lohnstopps im November 1948 höhere Lohnniveau widerspiegelte. Andernfalls hätte die Zahl der zusätzlich durch die Fürsorge unterstützten Leistungsempfänger sehr viel höher liegen müssen. Einerseits war das System der Arbeitslosenversicherung im Westen in höherem Maße als im Osten funktionsfähig, weil in der SBZ/DDR so gut wie alle Empfänger von Arbeitslosenunterstützung zusätzlich von der Sozialfürsorge unterstützt wurden, mithin auch in der Fürsorgestatistik auftraten. Andererseits läßt sich feststellen, daß die Belastung der öffentlichen Sozialhaushalte bedeutend blieb, da das Sinken der Unterstützтenzahlen nicht, wie in der SBZ/DDR, über Arbeitsmarktintegration, sondern im wesentlichen über eine Verschiebung in andere Leistungsbereiche erfolgte. Erst während der 1950er Jahre gelang es, die hohen Arbeitslosenzahlen zu senken.

Eine denkbare Entlastung der Fürsorge durch eine Binnenumsiedlung der Flüchtlinge und Vertriebenen erfolgte kaum. Die gelenkte Wanderung setzte 1949/50 ein, spielte aber quantitativ insgesamt eine ungeordnete Rolle im Rahmen der Wanderung innerhalb der Bundesrepublik[55]. Generell überwogen bei den registrierten Umsiedlungstransporten die jüngeren, arbeitsfähigen Jahrgänge bei weitem[56]. Als Indiz für die geringe Bedeutung in Bezug auf die Fürsorge kann auf eine Einzelbestimmung des Änderungsgesetzes vom 23. September 1952 im Zuge des zweiten Umsiedlungsprogramms verwiesen werden. Angesichts eines ständig wachsenden Sozialaufwandes der Abgabeländer wurde explizit herausgestellt, daß das Gesetz „auch erstmals die Einbeziehung von 30000 Rentnern, Pensionären und Fürsorgeempfängern in die Umsiedlung“[57] brachte. Hieraus läßt sich ableiten, daß nur ausnahmsweise eine geplante Umsetzung von Fürsorgeunterstützten stattfand und die Binnenumsiedlung vor allem von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Aufnahmeländer geleitet war.

Für einen länderorientierten Vergleich mit der SBZ/DDR eignet sich die Unterstützтenstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom März 1949 besonders, weil die Unterstützтenquote aufgrund der ausstehenden Gesetzesreformen im Sozialwesen eine ähnliche Aussagekraft wie in der SBZ hatte. Zu diesem Zeitpunkt erfaßte sie noch fast alle Empfänger staatlicher Sozialleistungen, was sich erst durch den Erlaß des SHG und

[51] Zu den Auswirkungen des Erlasses des SVAG auf die Fürsorgedebatte vgl. Heisig, Armenpolitik, S. 136ff.
[52] Vgl. Trode, Grundriß, S. 41f.
[53] Frerich / Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 8.
[54] Ebenda, S. 83.
[55] Marschalck, Bevölkerungsgeschichte, S. 89.
[56] Stat. Jb. Bundesrepublik 1952, S. 51.
[57] Bundesministerium des Inneren, Eingliederung, S. 80.

SVAG änderte, in deren Folge das Unterstützungsproblem teilweise in andere Bereiche des Sozialleistungssystems verlagert wurde. Die Unterstütztenquote lag im März 1949 noch auf einem ähnlich hohen Stand wie in der SBZ während der Hauptzuwanderungsphase. Daraus läßt sich folgern, daß die für den Abbau der Fürsorgeempfängerzahlen wesentliche Arbeitsvermittlung bis zu diesem Zeitpunkt in der SBZ viel erfolgreicher als in den Westzonen arbeitete[58]. Eine Übereinstimmung zwischen Vertriebenenaufnahme und Unterstützungsempfang läßt sich in einzelnen Ländern der Bizone deutlicher als in der SBZ herausstellen. Hierfür sprach die hohe Unterstütztenquote von 9,2 Prozent in Schleswig-Holstein, die weit über derjenigen aller anderen deutschen Länder lag. Am Beispiel der nördlichen Gebiete Badens und Württembergs läßt sich zeigen, daß die Fürsorgelasten mit steigender Entfernung zur Industrie wuchsen[59]. Dem könnte eine strengere Durchsetzung des Bedarfsprinzips als in der SBZ zugrunde liegen, wo ja die Landkreise tendenziell niedrigere Unterstütztenquoten aufwiesen. Eine an der Entwicklung der Unterstütztenzahlen erkennbare, längerfristige Landarmut entstand im Westen offenbar nicht, weil sich die Quoten der agrarisch strukturierten Länder im Juni 1950 denjenigen der industriell und urban geprägten Gebiete allmählich anglichen. Im Westen wurden offenbar gerade die ländlichen Gebiete von der Einführung einer Mindestrente durch das SVAG entlastet, weil dort die Altersrenten besonders niedrig gewesen waren[60]. Im Osten zeichneten rigorose Konzepte der Eingliederung in den Arbeitsmarkt für die vor allem nach 1952 rapide sinkenden Unterstütztenzahlen verantwortlich[61].

3. Materielles Unterstützungsniveau und besondere Fürsorgeleistungen

Die Entstehung von Sonderfürsorgebereichen geht auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurück. 1924 wurden mit der „gehobenen Fürsorge" spezielle Unterstützungsbedingungen für verschiedene Gruppen von Unterstützungsempfängern, nämlich für Kriegshinterbliebene und -beschädigte sowie für Klein- und Sozialrentner, eingeführt[62]. Diese Sonderfürsorge unterschied sich von der allgemeinen Fürsorge durch höhere materielle Unterstützungsleistungen und ein gesteigertes Sozialprestige. Sowohl in der SBZ als auch den Westzonen[63] konnte das System der Gruppenfürsorge wegen seiner Einbindung in die rassistische Auslese während des Nationalsozialismus[64] als diskreditiert gelten. In der SBZ, wo vor allem der FDGB auf die Abschaffung drängte,[65] wurde dies ideologisch dadurch begründet, daß man den Kriegsteilnehmern, denen man mitunter pauschalisierend Militarismus vorwarf, keine begünstigte Stellung in der Fürsorge einräumen

[58] Vgl. auch Zank, Wirtschaft, S. 174.
[59] Schraut, Flüchtlingsaufnahme, S. 388.
[60] Ende 1948 lag in den ländlichen Gebieten über die Hälfte der Renten unter 35 Mark, vgl. Hockerts, Entscheidungen, S. 91.
[61] MfA, HR Sozialfürsorge, Exposé über die Gestaltung der Sozialfürsorge entsprechend der ökonomischen Entwicklung, 16. 9. 1952, in: BAB, DQ 2/780; Anweisung über die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen der Sozialfürsorge (Arbeitsrichtlinien für alle Mitarbeiter der Sozialfürsorge), 20. 12. 1952, in: ebenda.
[62] Sachße / Tennstedt, Geschichte, Bd. 2, S. 88.
[63] Heisig, Armenpolitik, S. 135ff.
[64] Vgl. Sachße / Tennstedt, Geschichte, Bd. 3, S. 183–187.
[65] FDGB, Bundesvorstand, Stellungnahme zum DVAS-Verordnungsentwurf vom 19. 2. 1946, o. D. [nach 19.2., vor 26. 5. 1946], in: SAPMO, FDGB 5/3/1479.

wollte. Auch den Umsiedlern, die in Folge von Flucht und Vertreibung in soziale Notlagen geraten waren, gestand man keinen Sonderstatus zu.

In Westdeutschland knüpfte man in gewisser Hinsicht an die gehobene Fürsorge an, obgleich eine Abkehr vom Prinzip der Gruppenfürsorge von den Alliierten verfügt[66] und von den sozialpolitisch relevanten Kräften auch gewollt war[67]. Zwar wurden keine Sonderfürsorgebereiche eingeführt, aber das SHG schuf durch Einführung einer Unterhaltshilfe eine begünstigte Stellung für gewisse Bevölkerungsgruppen, die von den Zwangsmigrationen betroffen waren. Die Kriterien zum Leistungsempfang waren Bedürftigkeit der betreffenden Person sowie das Über- bzw. Unterschreiten (bei Waisen) der Grenzen der Arbeitsfähigkeit. Im einzelnen umfaßte der Empfängerkreis Personen im Rentenalter (Männer über 65, Frauen über 60 Jahre), Invalide, alleinstehende Frauen mit mindestens drei Kindern und Vollwaisen. Die monatlich gezahlten Beträge lagen für einzelne Anspruchsberechtigte bei 70 DM und für mitunterstützte Familienangehörige bei 30 DM (Ehefrau) bzw. 20 DM (Kinder). Vollwaisen erhielten 35 DM. Auf Grund der Finanzierung aus Bundesmitteln wurden den genannten Personengruppen einheitliche Sätze gewährt, während die Unterstützungssätze der öffentlichen Fürsorge im Bundesgebiet im lokalen Maßstab ansonsten erheblich voneinander abwichen.

Eine entsprechende Begünstigung für nicht arbeitsfähige Umsiedler existierte in der SBZ/DDR nicht. Das sehr disparate Richtsatzgefüge nach dem Krieg wurde in den „Richtlinien für die Bemessung der Barleistungen für den Lebensunterhalt eines Hilfsbedürftigen"[68] im September 1947 zonenweit vereinheitlicht. Die Richtsätze, die nach dem Bedarf errechnet wurden, lagen für Hauptunterstützungsempfänger bei 30 Mark; für erwachsene Mitunterstützte gab es einen Zuschlag von 20 Mark und pro Kind 17,50 Mark. Diese Sätze wurden im Oktober 1948 durch Einführung der Auffanggrenze[69] auf 90 Mark monatlich beschränkt, was kinderreiche Familien besonders empfindlich traf. Für diese Fälle wurde die strenge Limitierung im Laufe des Jahres 1949 teilweise zurückgenommen. Als die Regierung der DDR die Richtsätze – mit Ausnahme derjenigen der erwachsenen Mitunterstützten – nach der Staatsgründung um fünf Mark erhöhte, wurde dies nur zum Teil wirksam, weil die Auffanggrenze erhalten blieb[70].

Die seit Erlaß des SHG einheitlich gezahlte Unterhaltshilfe lag für einen alleinstehenden, nicht arbeitsfähigen Unterstützten somit rund doppelt so hoch wie in Ostdeutschland, die Sätze der Mitunterstützten waren allerdings auf gleichem Niveau. Dieser Vergleich kann sich in der DDR nur auf die Fürsorgeempfänger beziehen, für die die gleichen Kriterien wie die Empfänger von Unterhaltshilfe galten, d. h. die sowohl Umsiedler waren, als auch die entsprechenden Altersgrenzen, die denjenigen in den Bundesrepublik entsprachen, überschritten hatten. Nach dem Stand vom Februar 1950 war dies rund ein Zehntel der zu diesem Zeitpunkt erfaßten 571 000 Unterstützungsempfänger[71].

[66] Tennstedt, Geschichte, S. 108.
[67] Heisig, Armenpolitik, S. 119.
[68] ZVOBl. 1947, S. 224–225, Anhang zur 1. Durchführungsverordnung, 2. 9. 1947.
[69] Eine solche starre Obergrenze gab es im Westen in einzelnen Ländern, z. B. Bayern und Baden, vgl. Heisig, Armenpolitik, S. 78.
[70] Verordnung über Erhöhung für die Sozialversicherten und Kriegsinvaliden sowie der Richtsätze für Sozialuntersützungsempfänger vom 3. November 1949, in: Gbl. der DDR 1949, S. 36.
[71] Fürsorgestatistik [Januar-März 1950], 17. 5. 1950, in: BAB, DQ 2/3737; die Statistik wies 118 500 Unterstützungsempfänger im Rentenalter aus; es wird geschätzt, daß hiervon rund die Hälfte Umsiedler waren.

Für die unterstützten Vertriebenen in Westdeutschland, die nicht unter das SHG fielen, muß die materielle Unterstützungssituation gesondert untersucht werden. Angesichts der Fülle von lokal unterschiedlichen Richtsatzbestimmungen erfaßten die Statistiken des Bundes nur Durchschnittssätze auf Länderebene[72]. Diese wichen im ersten Halbjahr 1950 erheblich voneinander ab: In Rheinland-Pfalz belief sich der monatlich durchschnittlich gezahlte Unterstützungssatz je „Heimatvertriebenen" auf wenig mehr als 16 DM, in Württemberg-Baden waren es rund 19 DM. Diese in den südwestdeutschen Gebieten der ehemaligen Französischen Besatzungszone gezahlten Durchschnittssätze lagen zu jenem Zeitpunkt unter denjenigen, die in der DDR gezahlt wurden. Andere Länder, die eine erheblich höhere Flüchtlingsbelastung aufwiesen, zahlten erheblich höhere Sätze, z. B. Schleswig-Holstein mit einem Durchschnittssatz von 30,37 DM oder Niedersachsen mit 29,61 DM. Somit läßt sich feststellen, daß das SHG ab August 1949 nur den oben aufgelisteten, ausgewählten Bevölkerungsgruppen eine begünstigte Stellung einräumte. Dies war aber nicht mit einer allgemeinen gehobenen Sonderfürsorge, die sich auf alle unterstützten Vertriebenen erstreckte, gleichzusetzen.

Von den starken regionalen Unterschieden in der Bundesrepublik abgesehen, herrschte in West und Ost beim Unterstützungsniveau der allgemeinen, offenen Fürsorge für Vertriebene bzw. Umsiedler eine erstaunliche Übereinstimmung: Im ersten Halbjahr 1950 lag in der DDR die Auffanggrenze für eine Durchschnittsfamilie (Ehepaar mit zwei Kindern) bei 100 Mark, d. h. 25 Mark pro Person. Dieser Satz entsprach nahezu exakt dem im Bundesgebiet für Vertriebene angegebenen Schnitt von 25,06 DM pro unterstützter Person[73].

Für Geringverdienende unterschieden sich 1950 die Minimalausgaben für die Güter des alltäglichen Bedarfs in West und Ost kaum voneinander, wie eine Berechnung des Deutschen Wirtschaftsinstituts ermittelte[74]. Wenn man sich auf das Allernotwendigste beschränkte, schnitt die DDR sogar etwas günstiger ab. Dies änderte sich jedoch, wenn man einen (gehobenen) Kulturbedarf einberechnete. Diese Waren konnten aber für alle Fürsorgeempfänger als weitgehend unerschwinglich gelten. Insofern kann in beiden Teilen Deutschlands für die untersten sozialen Schichten, die von Fürsorgeleistungen abhängig waren, in den frühen 1950er Jahren ein annähernd gleicher materieller Lebensstandard angenommen werden.

[72] Wirtschaft und Statistik N. F. 3 (1951), S. 35.
[73] Ebenda.
[74] DIW-Wochenbericht 17 (1950), S. 199–201.

Michael Grottendieck

Zwischen Integration und Abstoßung.

Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im münsterländischen Greven sowie von „antifaschistischen Umsiedlern" im mecklenburgischen Ludwigslust im Vergleich.

1. Konflikte im Kontext der Vertriebenenintegration in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften

Längst hatte tiefe Desillusionierung um sich gegriffen, und von den hohen Erwartungen war nichts mehr zu spüren. „Die Kisten konnten nicht ausgepackt werden", klagten die 83 „antifaschistischen Umsiedler" über die unzulängliche Unterkunft in der Nähe von Ludwigslust, in der sie bereits knapp einen Monat zubrachten, „und es ist mit größter Sicherheit anzunehmen, daß in den Kleidern und in der Wäsche bereits Stockflecken sind. Und immer besteht noch keine Aussicht, von hier wegzukommen."[1] Aller Hoffnungslosigkeit zum Trotz gingen die Bemühungen um vernünftige Wohnungen und um Arbeitsplätze weiter. Doch innerhalb dieser Zeit fielen die Ergebnisse mager aus: Lediglich ein Transportmitglied hatte in der benachbarten Gemeinde Wöbbelin eine Anstellung als Polizist und „unter großen Schwierigkeiten" auch eine Wohnung erhalten.

Auch im münsterländischem Greven wuchs die Unzufriedenheit der Vertriebenen. Ihre „tägliche Not" erschien ihnen zunehmend schwerer erträglich, je länger sie zusehen mußten, wie für einheimische Grevener Familien, die sich nahezu in einer ähnlichen Lage wie sie selber befanden, in großem Stil Hilfe mobilisiert wurde. Es waren Familien, die ihre Häuser im Frühsommer 1945 hatten räumen müssen, als ein Sammelzentrum für ehemalige Fremdarbeiter in dem Dorf an der Ems errichtet wurde; nun aber durften sie nach mehr als zwei Jahren in ihre stark demolierten Wohnungen zurückkehren. Bei aller Not dieser Familien, so erklärten die Vertriebenen, sei ihr eigenes Los „das härtere", so daß man eine Benachteiligung bei den Hilfsmaßnahmen keineswegs verstehen könne[2].

Verteilungskonflikte um Wohnraum, um Arbeitsplätze sowie um die Zuwendungen von Hilfsmaßnahmen gab es allenthalben in der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Tief prägten sich der Mangel an Nahrung, Kleidung, alltäglichen Gebrauchsgegenständen und Wohnungen in die Alltagserfahrungen der ersten Jahre nach dem „Zusammenbruch" ein. Mit den mannigfaltigen materiellen Nöten hatten in besonderem Maße die Vertriebenen zu kämpfen, da sie als „Problemgruppen der Trümmergesellschaft"[3] völlig depossediert in einer für sie fremden Umgebung häufig ohne die Hilfe der altbekannten sozialen Netzwerke

[1] MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/334, Bl. 3.
[2] Flüchtlingsausschuß an das Amt Greven. „Kurzer Überblick über seine Tätigkeit" vom 7. 12. 1947, StaG, 4–50–13.
[3] Teppe, Trümmergesellschaft, S. 26.

ein neues Leben beginnen mußten. Vergleicht man die Vertriebenen-Integration in den beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften, was nach der Öffnung der Archive der ehemaligen DDR noch immer ein Forschungsdesiderat ist[4], bieten die Verteilungskonflikte um knappen Wohnraum und um Arbeitsplätze durchaus einen wichtigen Ansatzpunkt. Dabei ist das *Angebot* etwa von Wohnungen je nach den Folgen kriegerischer Handlungen, massenhafter Migration oder Beschlagnahmungen durch die Besatzungsmächte für die unmittelbare Nachkriegszeit ein nicht zu unterschätzender, aber nicht allein entscheidender Faktor; zu berücksichtigen sind auch die *Anrechte* im Sinne von Ralf Dahrendorf, die sich bei diesem Beispiel auf die Menge von Zugangschancen auf eine Wohnung beziehen. Anrechte sind laut Dahrendorf weniger persönliche Fähigkeiten als „sozial definierte Zugangsmittel"[5], die wie Eintrittskarten verschlossene Türen öffnen können; allerdings bleiben die Türen zugleich für diejenigen geschlossen, die über keine Eintrittskarten verfügen. „In diesem Sinne ziehen Anrechte Grenzen und schaffen Barrieren."[6] Um ihre Lebenschancen zu verbessern, bedurften die Vertriebenen beiderlei, der Angebote und und der Anrechte.

Grundsätzlich ist bei den Aufnahmebedingungen für beide deutschen Nachkriegsgesellschaften zu differenzieren zwischen Stadt und Land, zwischen industriell bzw. landwirtschaftlich strukturierten Regionen. Wie die Forschung zur Vertriebenenintegration in den westdeutschen Zonen gezeigt hat, bieten sich ländliche Regionen für die Untersuchung des Umgangs mit Konflikten insofern an, als die Konflikte zwischen Einheimischen und Neuankömmlingen signifikanter hervortraten[7]. Das hat natürlich etwas mit den Zahlen der aufzunehmenden Menschen zu tun, da die ländlichen Regionen in beiden deutschen Teilgesellschaften die Funktionen eines Auffangbeckens oder eines Puffers erfüllten[8]. Innerhalb der Forschung wurden die Konflikte vornehmlich im Lichte der Modernisierungstheorie als Ausdruck des Aufbrechens traditionaler sowie nicht selten konfessionell homogener Milieus thematisiert. Das Dorf wurde zu einem Schauplatz einer alltäglichen Konfliktgeschichte, „die bei der gemeinsamen Küchenbenutzung begann und bei der Besetzung lokaler Ämter endete"[9].

Ein Vergleich zweier landwirtschaftlich geprägter Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen oder dem Münsterland ist aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive für einen Ost-West-Vergleich fruchtbar. In der Beschreibung ähnlich gelagerter materieller oder sozialer Notlagen darf er sich jedoch keineswegs erschöpfen[10], da al-

[4] Eine erste vergleichende Sicht auf das gesellschaftspolitische Problem der Vertriebenenintegration bietet Schwartz, Vom ‚Flüchtling' zum Neubürger; siehe auch die zeitnahe Arbeit von Beyer, Versuch einer Darstellung der Lage der deutschen Ostflüchtlinge in der SBZ, S. 320ff.; lediglich nebeneinander gestellt sind die Integrationsprozesse in Ost und West in dem ansonsten überaus brauchbaren Überblick bei Steinert, Die große Flucht, S. 557ff.

[5] Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, S. 28.

[6] Ebenda, S. 28 und 40.

[7] Zuletzt Schulze, „Die Ansprüche kamen erst später", S. 266ff. mit breiten Literaturangaben.

[8] Plato/Meinicke, S. 58; Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 41.

[9] Haerendel, Flüchtlinge und Vertriebene, S. 37.

[10] Es wäre verfehlt, bei einer Phänomenologie der gegebenen Probleme stehenzubleiben. Siehe auch den Hinweis bei Bechthold-Comforty, S. 147: „Hier [in Lokalstudien. M. G.] zeigt sich nämlich, daß zwischen 1945 und 1948 zwar fast überall die gleichen Probleme der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen auftraten, dabei aber von Ort zu Ort durchaus individuelle Problemlösungen gefunden wurden." Methodisch weiterführend: Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhaus, S. 30ff., 48ff., 68ff.; zudem die Sammlung von alltäglichen Konfliktstoffen bei Frantzioch, Die Vertriebenen als Fremde. S. 171–183.

lenfalls das Problem des Angebots, nicht aber das der Anrechte thematisiert würde. In den Blick zu nehmen sind vielmehr sozial-kulturelle Konflikte sowie Integrations- und Abstoßungsprozesse, die sich auf interpersonaler wie intergruppaler Ebene bei der Konfrontation der Etablierten mit den Hinzugezogenen und Fremden vollzogen. Zu ergründen wäre, welchen Einfluß gesellschaftliche Strukturen und soziale Kontexte auf die Form von Konflikten haben; in welchem Umfang soziale, kulturelle und politische Unterschiede Entstehung, Form und Verlauf von Konflikten zwischen Gruppen und Personen bestimmen; welche Strategien die involvierten Personen im Umgang mit derartigen Konfliktsituationen wählen.

Die Studie von Peter Exner in diesem Sammelband sowie die ältere Arbeit von Ilien und Jeggle[11] zum dörflichen Alltag zeigen in der Zusammenschau zahlreiche Gemeinsamkeiten in beiden deutschen Nachkriegsgesellschaften bei der einseitigen Anpassungsleistung der Neuankömmlinge an die in Bewegung geratene Dorfgesellschaft. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß dieser für ländlich geprägte Regionen allgemein gültige Befund zur Skepsis gegenüber der weit verbreiteten Ansicht mahnt, in der SBZ/DDR seien Vertriebene zu einseitiger Anpassung gezwungen worden[12], während in den westlichen Zonen eher von einem Zusammenwachsen und einer gegenseitigen Durchdringung auszugehen sei. Der Weg in die oft beschworene „Neue Zeit" war für Einheimische und Vertriebene unterschiedlich lang[13]. Ein „beträchtlich erhöhter Anpassungsdruck"[14], dem die Vertriebenen in der SBZ/DDR im Vergleich zu den Westzonen gleichwohl ausgesetzt waren, wird auf einer anderen Ebene zu verorten sein. Signifikant für die sozialkulturellen Konflikte bei den Integrationsprozessen in der SBZ/DDR scheint es zu sein, daß die Versuche der Vertriebenen, die auf der Flucht und bei der Ausweisung erlittenen traumatischen Erlebnisse durch Zusammenschlüsse auf örtlicher Ebene zu verarbeiten, damit auch den Erfahrungen der Ausgrenzung und Abstoßung in der neuen Heimat zu entgehen und womöglich die eigenen Interessen im Überlebenskampf zu artikulieren, weder von der Besatzungsmacht noch von der KPD/SED geduldet wurden. Sie ließen die Flüchtlinge und Vertriebenen mit ihren Erlebnissen allein und offerierten ihnen allenfalls den Sozialismus als einzige Lebensperspektive bei gleichzeitiger „Verleugnung der eigenen Lebensgeschichte"[15].

Unter dem Gesichtspunkt, einen Beitrag zur Sozialgeschichte von Herrschaft in der SBZ leisten zu wollen, erscheint die Einbeziehung politik- und strukturgeschichtlicher

[11] Ilien/Jeggle, Leben auf dem Dorf.

[12] Grundsätzlich ist festzustellen, daß die Forderung, die Vertriebenen hätten sich ohne wenn und aber an die einheimische Gesellschaft zu assimilieren, keine Vorgabe der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD/SED allein war; eine verordnete Eingliederung war Konsens in der Flüchtlingspolitik der Alliierten Siegermächte. Siehe Benz, Fremde in der Heimat, S. 382; ebenfalls: Schraut, Assimilationsdiktat, S. 81; Wiesemann/Kleinert, Flüchtlinge und Wiederaufbau, S. 300.

[13] Vgl. die treffenden Bemerkungen aus volkskundlicher Sicht bei Lehmann, Erinnern und Vergleichen. S. 21.

[14] Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 277; Storbeck, S. 229; Seraphim, S. 177; Christopeit, Verschwiegene vier Millionen, S. 228; ferner die instruktiven Ausführungen bei Plato/Meinicke, S. 80.

[15] Plato/Meinicke, S. 80. Kulturellen Wandel als Folge von Zuwanderung unter Kontrolle zu halten und „die Komposition neuer, ungewollter Identitäten zu verhindern", betrachtet Wierlacher aus kulturwissenschaftlicher Sicht als ein Signum totalitärer Regime oder Diktaturen; vgl. Wierlacher, S. 97.

Fragestellungen unerläßlich. Die Teilgesellschaft der SBZ war bekanntermaßen nicht nur eine „Zusammenbruchsgesellschaft", sondern vor allem eine Übergangsgesellschaft zwischen zwei totalitären Diktaturen[16]. Mag man auch der bekannten These der Soziologin Sigrid Meuschel, die von einer „Entdifferenzierung der Gesellschaft"[17] spricht, einige Vorbehalte entgegenbringen, so wird man nicht leugnen, daß schon früh der Abbau von traditionellen Hierarchien, Systemautonomie und Interessenpluralismus von den neuen Machthabern in Angriff genommen wurde[18].

Ein wesentlicher Faktor in diesem Prozeß war bei aller Ambivalenz die Eingliederung von etwa vier Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen in die SBZ. Diejenigen Vertriebenen, die der Partei die geforderte Subalternität entgegenbrachten, erlebten recht bald einen sozialen Aufstieg und wurden zu einem Instrument, das diesen Prozeß der gesellschaftlichen Entdifferenzierung potentiell vorantreiben konnte. Zugleich aber erfuhren die ohnehin vorhandenen sozialen Notlagen in der Nachkriegsgesellschaft durch den Zustrom der Vertriebenen eine weitere Verschärfung – eine Verschärfung, die eine Integration der neu Hinzugekommenen wenn nicht vereitelte, so doch häufig sehr stark hemmte und verzögerte, niemals jedoch eine Eingliederung ohne schwerwiegende Konflikte erlaubte.

Diese Feststellung gilt freilich für die östliche wie für die westliche Teilgesellschaft. Zu fragen ist allerdings in diesem Kontext, wie KPD und SED mit den sozialkulturellen Konflikten umgegangen sind. Vor allem, wenn „die eigenen Leute", die „antifaschistischen Umsiedler", von diesen Abstoßungsvorgängen betroffen waren wie in Ludwigslust. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtzahl der Vertriebenen war gewiß recht gering, jedoch markierte „der spezielle politisch-moralische Status eine hohe Dringlichkeit der Problemlösungen"[19]. Die Frage nach dem Umgang und der Lösung derartiger Konflikte ist auch insofern von Interesse, als sie das Problem der sozialen Machtbasis der SED und damit die Grenzen der sich etablierenden Diktatur berührt[20], zumal sich die Handlungsmöglichkeiten von Migranten in Aufnahmegesellschaften nachhaltig nur über diejenigen Personen und Gruppen verändern lassen, „die Zugang zu den Machtquellen" haben[21].

Durch einen umgrenzten, keineswegs systematisch angelegten Vergleich mit den Problemlagen in der münsterländischen Gemeinde Greven wird zu zeigen sein, daß Partei und Verwaltung in der SBZ die Eingliederung der Neuankömmlinge nicht mit dem Nachdruck betreiben konnten, wie es „von oben" gewünscht war, wollten sie nicht die eigene Macht in ihrer sozialen Umgebung aufs Spiel setzen. Dem intendierten problemzentrierten Vergleich kommt insofern ein vornehmlich heuristischer Wert zu, d. h. er soll helfen, Probleme der Vertriebenenintegration in der SBZ deutlicher benennen zu können.

Für den weiteren Aufbau des Aufsatzes ergibt sich daraus, daß in einem ersten Schritt auf der Basis bisher dargelegter Überlegungen die Versuche geschildert werden, die Probleme bei der Aufnahme „antifaschistischer Umsiedler" in Ludwigslust zu lösen. Die

[16] Möller/Mehringer, S. 179.
[17] Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft, S. 10f; Meuschel, Überlegungen, S. 5f.
[18] Eingehend untersucht wird diese Fragestellung in einem größeren, von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Transformationspolitik und Stalinisierung in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1945–1948/49. Politische und soziostrukturelle Transformationsprozesse zwischen zwei Diktaturen." am Lehrstuhl von Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer in Münster.
[19] Schneider, Aussiedlung, S. 82.
[20] Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur, S. 13.
[21] Esser, Wanderungssoziologie, S. 217.

Darstellung der spezifischen Probleme bei der Vertriebenenaufnahme im münsterländischen Greven wird sich anschließen, um sodann nochmals in Ludwigslust weitere Konfliktpunkte zu analysieren, die zu späteren Zeitpunkten auftraten und Aufschluß erlauben über die „Umsiedler"-Politik in der SBZ/DDR.

2. *Das Eintreffen „antifaschistischer Umsiedler" in Ludwigslust: Probleme, die gar nicht auftreten durften*

Sechs Tage nach ihrer Ankunft in Ludwigslust hatte sich die Situation der kommunistischen Funktionäre, die mit dem Transport Nr. 4368 in die einstige mecklenburgische Residenzstadt gelangt waren, konfliktartig zugespitzt. Bei der Frage der wohnlichen Unterbringung war man noch keinen Schritt weitergekommen. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung[22] waren die Transportmitglieder durch die Straßen gezogen, um vergeblich nach Wohnungen zu suchen, die ihren Ansprüchen genügten. Das übrige tat aufkommender Dauerregen, der am 6. Januar 1946 die Stimmung endgültig auf den Nullpunkt sinken ließ. Die „antifaschistischen Umsiedler" aus dem Sudetenland mußten nun tatenlos mitansehen, wie ihre Möbel weiterhin unter freiem Himmel standen und alsbald, völlig aufgeweicht durch zweitägigen Dauerregen, aus dem Leim gingen. Noch glücklich schätzen durften sich die Kommunisten[23] aus dem Sudetenland, wenn sie und ihre Familien ein einigermaßen wetterfestes Dach über dem Kopf hatten.

Das Mobiliar stand weiterhin auf offener Straße und versperrte seit Tagen die Wege im provisorisch angelegten Umsiedlerlager am Ludwigsluster Bahnhof, nachdem es aus den Eisenbahnwaggons ausgeladen worden war[24]. Die Bedeutung dieses Umzugsguts, das die kommunistischen Funktionäre mitnehmen durften, ist vor allem deshalb für die Neuankömmlinge so hoch gewesen, da sie somit in einer Umsiedlungsaktion erster Klasse in die Aufnahmegesellschaft gelangten[25]. In seinem materiellen Wert erschöpfte sich das Umzugsgut nicht: Die Neuankömmlinge kamen nicht als „Habenichtse", was auch psy-

[22] Vgl. den Brief des Bürgermeisters von Ludwigslust an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 9. 1. 1946; MLHA, MdI 146, ohne Paginierung. Detalliert werden die Ereignisse der ersten Tage geschildert in einem Bericht des Sondergesandten Raddatz vom 10. 1. 1946; vgl. MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I, 5. Bl. 180–183.

[23] BAB, DO 1/10/52, Bl. 57–60. Wie Manfred Wille dargelegt hat, waren für die KPD lediglich die Kommunisten für die Besetzung von Schlüsselpositionen interessant. Dem Transfer von Sozialdemokraten der Zinner-Gruppe stimmte die KPD noch zu, während sie den Transfer von Jaksch-Leuten hintertrieb; vgl. Wille, Freiwillige Ausreise, S. 35. Die strategische Bedeutung, die Jan Foitzik, Transfer, S. 320, den sudetendeutschen Kommunisten ob ihrer Vertrautheit mit der Volksfront-Taktik zumaß, ist von Wille nachdrücklich bestritten, freilich aber noch nicht schlüssig widerlegt worden; vgl. Wille, Freiwillige Ausreise, S. 46f. Einen Überblick über die Transferaktion geben folgende Akten: BAB, DO 1/10/52, Bl. 45ff., 51; BAB, DO 1/10/52, Bl. 191–192; BAB, DO 1/10/93, Bl. 23.

[24] Eine Lösung war nicht in Sicht: Das Mobiliar, die Koffer voller Kleidung und die sonstige Habe hatte man auch in den Eisenbahnwaggons nicht länger zwischenlagern können; sie gehörten der tschechoslowakischen Regierung. Nur aufgrund von Koordinationsproblemen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze waren sie nicht ausgeladen worden, mußten aber nach der Ankunft in Ludwigslust unverzüglich auf die Heimreise geschickt werden. Vgl. BAB, DO 1/10/52, Bl. 58.

[25] So wurden sie darüber hinaus vor Plünderern geschützt; auch war am 1. 10. 1945 der Chef der Kommandanturdienstverwaltung der SMA in Deutschland von der ZVU darum gebeten worden, daß die Antifaschisten von der Besatzungsmacht „besser behandelt und transportiert werden" sollten; vgl. BAB, DO 1/10/86, Bl. 2.

chologisch wichtig war. Es war mithin das äußere Zeichen dafür, daß sie mit einer gültigen Eintrittskarte für die vollen Anrechte in der Sowjetischen Besatzungszone ausgestattet waren.

Diese Privilegierung hatte ihren Grund weniger in dem konkreten Verhalten der Funktionäre in der NS-Zeit, in die die neuen Machthaber beim Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung" große Hoffnungen setzten. Es lag – insbesondere auf tschechoslowakischer Seite – vielmehr in der Logik des Begründungsmodells für die Vertreibung, daß komplementär zu den Deutschen, die für ihre Unterstützung des Hitlerschen Eroberungskrieges zu bestrafen waren, diejenigen davon weitgehend ausgenommen sein müßten, die sich aktiv gegen das verbrecherische Regime gestellt hatten[26]. So hatten die „antifaschistischen Umsiedler" zwar ihre Heimat und gewohnte Umgebung zu verlassen, durften sich jedoch geschlossen in der „neuen Heimat" ansiedeln und blieben vor allem vor einem Totalverlust ihres Eigentums verschont[27]. Deutlich wird dieses, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der ersten Phase des organisierten Transfers kommunistischer Kader in die SBZ, der im Oktober 1945 einsetzte, sich im Schnitt etwa drei bis vier Familien einen Eisenbahnwaggon teilten[28].

Wiederum eine andere Frage ist es, inwiefern diese Privilegierung sowie die Etikettierung mit dem Gütesiegel, ein antifaschistischer Kämpfer gewesen zu sein, für die Neuankömmlinge relativierende Statuskonsequenzen aufwiesen. Oder anders gefragt: Wurde die Eintrittskarte, mit der sie von den kommunistischen Machthabern in der SBZ sowie von der Besatzungsmacht ausgestattet worden waren, von allen Teilen der Gesellschaft als Zugangsberechtigung zu den vollen Anrechten akzeptiert?

Als völlige „Habenichtse" wie die Masse der depossedierten Flüchtlinge und Vertriebenen konnten sie durch die einheimische Bevölkerung nur schwerlich stigmatisiert werden. Aber Fremde blieben sie allemal, die im Gegensatz standen zum Eigenen, zum Gewohnten, Bekannten und Vertrauten. Daraus allein schon konnte Mißtrauen resultieren, da man die Fremden nicht durchschaute. Den „antifaschistischen Umsiedlern" wurde von seiten der Einheimischen schon insofern erhöhtes Mißtrauen entgegengebracht, als sie in Machtpositionen der lokalen Gesellschaften implantiert werden sollten, zu denen Neuankömmlinge aufgrund des größeren Kohäsionspotentials der Alteingesessenen[29]

[26] Vgl. Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 373. Die Kriterien dafür, als Antifaschist anerkannt zu werden, variierten nicht unerheblich. Mithin wurde die A-Legitimation bereits an Personen ausgehändigt, die lediglich aufweisen konnten, Brücken gesprengt oder SS-Männer erschossen zu haben. Bemerkenswert sind auch die Widersprüche zwischen den Definitionen, die vom Innenministerium einerseits und vom Landwirtschaftsministerium andererseits aufgestellt wurden; sie halfen aber, den Grund und Boden deutscher Personen schon einmal in tschechische und slowakische Hände zu überführen. Eine wichtige Voraussetzung, als Antifaschist anerkannt zu werden, hatte weniger mit der Vergangenheit als mit der Gegenwart zu tun: Unterstützung erhielten diejenigen Kommunisten und Sozialdemokraten, die bereit waren, den Vertreibungsgedanken zu unterstützen und dann selbst in die SBZ auszureisen. Schließlich galt es ein Fait accompli zu schaffen; vgl. dazu Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 376ff., 379, 392, 423.

[27] Vergegenwärtigt man sich die Probleme, mit denen Vertriebene nach dem Zerreißen des gewohnten und gewachsenen Sozialverbandes sowie dem Totalverlust des Eigentums zu kämpfen hatten, werden diese Startvorteile der „antifaschistischen Umsiedler" augenfällig; vgl. Pfeil: Soziologische und psychologische Aspekte der Vertreibung, S. 40ff.

[28] Hrabovec, Vertreibung und Abschub, S. 405.

[29] So nennen Elias und Scotson in ihrer instruktiven Studie über die Beziehungen zwischen Etablierten und Außenseitern einer Gesellschaft den größeren Zusammenhalt zwischen alteingesessenen Familien und Gruppen, die sich seit mehreren Generationen kennen. Kennzeichnend sind

wohl kaum Zugang gewährt worden wäre. Bereits im April 1946 wurde in einem Bericht aus dem Kreis Güstrow eindringlich davor gewarnt, die wichtigsten Posten der Dorfgesellschaft wie etwa das Bürgermeisteramt durch Vertriebene und Flüchtlinge besetzen zu lassen: „Und darin liegt vielleicht einer der Kardinalfehler, die zu Beginn unseres Aufbaus gemacht worden sind, daß nämlich an manchen Stellen die einheimische Bevölkerung sich derart zurückgesetzt fühlte zugunsten der sog. ‚Fremden', deren politische Herkunft niemand kannte, daß die Kluft nur noch vergrößert wurde."[30] Während diese Probleme in einem späteren Stadium des Aufnahmeprozesses zu beobachten waren, kam es in Ludwigslust bereits in der ersten Phase zu eklatanten Schwierigkeiten. Ob die Gründe dafür womöglich in einer Abwehrreaktion gegenüber einer politischen Fremdherrschaft zu sehen sind oder ganz andere Ursachen zugrundeliegen, wird zu klären sein. Jedenfalls scheint es sinnvoll, dabei neueste sozialgeschichtliche Forschungen zum politischen Verhalten in der NS-Zeit heranzuziehen, die davor warnen, ein allzu „starre[s] Bild von Herrschaft versus Gesellschaft, von totalitärer Aggressivität versus milieugebundener Defensive" zu zeichnen, und stattdessen „die Dominanz gesellschaftlicher Selbstbezogenheit sozialer Konflikte im NS-Staat"[31] betonen.

Zunächst einmal war es in der Tat ein gewaltiges logistisches Problem, das auf die zuständigen Behörden in Ludwigslust zukam, als ihnen am 31. Dezember 1945 um 16.45 Uhr telefonisch mitgeteilt wurde, ein Transport mit 297 sudetendeutschen Antifaschisten, fünf Personenwagen und 26 Güterwaggons im Schlepptau, müsse noch in der Silvesternacht entladen werden. Verteilt wurden sie auf Ludwigslust und die umliegenden Städte und Dörfer. Während in Neustadt-Glewe, Grabow, Dömitz, Eldena sowie im Dorf Groß Laasch die Unterbringung „reibungslos" gelang, war es in Ludwigslust sechs Tage nach der Ankunft noch immer nicht möglich gewesen, für das zugewiesene Kontingent von 23 Familien mit 83 Personen adäquate Unterbringungen zu finden.

Im Umsiedlerlager am Ludwigsluster Bahnhof jedenfalls konnten sie nicht dauerhaft bleiben. Dafür war die strategische Bedeutung von Ludwigslust bei der Lenkung und Verteilung der Vertriebenentransporte zu groß. Die mecklenburgische Residenzstadt war neben Neustrelitz eine der beiden Durchgangsstationen für Flüchtlingstransporte mit dem Ziel Mecklenburg-Vorpommern. Bereits im Spätherbst 1945 hatte der damalige Präsident der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Josef Schlaffer (KPD), sich persönlich vor Ort für den Ausbau der Lagerkapazitäten eingesetzt[32]. Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) war bestrebt, in einem Rhythmus von 48 Stunden 2000 Vertriebene und Flüchtlinge kurzfristig unterbringen, registrieren, verpflegen und entlassen zu können. Ludwigslust mit seinen guten Bahnverbindungen nach Berlin, Schwerin und Hamburg glich einem Umschlagsplatz und Verschiebebahnhof, auf dem man versuchte, das riesige Heer von Migranten, die sich in Mecklenburg-Vorpommern befanden, in geordnete Bahnen zu lenken.

eine kollektive Identifizierung und die Gemeinsamkeit der Werte; aktiviert wird das Kohäsionspotential durch soziale Kontrolle; vgl. Elias/Scotson, Etablierte und Außenseiter, S. 11f.; zur Ambiguität und Ambivalenz des Fremden siehe: Wieslacher, S. 35ff.; Thamer, Fremde im Land, S. 5; Graumann, Fremde und Fremdes, S. 12ff.; Landmann, S. 180f.

[30] MLHA, MdI 73

[31] Schlögl/Schwartz/Thamer, Zwischen Loyalität und Resistenz, S. 29.

[32] Zu Schlaffers Besuch vom 15. bis 18. 11. 1945 siehe BAB, DO 1/10/11, Bl. 46; BAB DO 1/10/40, Bl. 7f.; BAB DO 1/10/45, Bl. 112. Siehe auch den Bericht einer Mitarbeiterbesprechung in Ludwigslust: MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/331, Bl. 28–33, insb. Bl. 29.

Obgleich der große Flüchtlingsstrom für Mecklenburg-Vorpommern angesichts der akuten Gefahr großflächiger Seuchenausbreitung im Dezember 1945 gestoppt worden war, hatte diese Anordnung der ZVU keine allzu weitreichenden Folgen für Ludwigslust. Zwar wurde die Zeit für eine Umstrukturierung des Lagers genutzt[33], aber auch weiterhin strömten Menschen in die nur dünn besiedelten Gebiete Mecklenburg-Vorpommerns, dessen Bevölkerungszahl sich bereits bis zum Jahreswechsel 1945/46 nahezu verdoppelt hatte. Für den 7. Januar erwartete der Sonderbeauftragte der ZVU, der mit den Ludwigsluster Verhältnissen gut vertraute Fritz Raddatz, die Ankunft von 1800 Flüchtlingen. Ein nächster Transport sollte am 10. Januar folgen, so daß Raddatz die Räumung des Lagers anordnete[34]. Tatsächlich trafen bereits am 6. Januar 1000 Vertriebene ein. Für die „antifaschistischen Umsiedler" hieß dieses, daß die Zustände im Lager zunehmend unhaltbar wurden und eine anderweitige, wohnlichere Unterbringung notwendig erschien. Die drängenden, noch nicht gelösten Alltagsprobleme blieben nicht ohne Einfluß auf ihre Haltung gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Hier trat ein entscheidender, freilich wenig überraschender Wandel ein: Sie sahen mittlerweile keine Perspektive mehr für den Aufbau einer neuen Existenz in Ludwigslust – einem Ort, in den sie überdies ursprünglich gar nicht hatten ziehen wollen und für den sie auch gar nicht bestimmt gewesen waren. Auf der Fahrt erst hatte sich entschieden, daß die „antifaschistischen Umsiedler" aus dem Bezirk Neudeck in Mecklenburg siedeln sollten. Damit wurden mit einem Federstrich die Ergebnisse monatelanger Verhandlungen verworfen, den überwiegend aus Metall- und Textilarbeitern bestehenden Transport nach Thüringen zu lenken, das in der Tat geeignetere Arbeitsmöglichkeiten als das industriearme Mecklenburg-Vorpommern geboten hätte[35].

2.1. Die Suche nach politischen Lösungsmöglichkeiten

Auf einer eilends einberufenen Besprechung am Abend des 6. Januar mit den maßgeblichen politischen Kräften vor Ort sowie einem Vertreter des Landesumsiedleramtes Schwerin wurde der Beschluß gefaßt, alle Möglichkeiten zu sondieren, die 83 Personen in die ursprünglich vorgesehenen Aufnahmeorte Rudolstadt und Zwickau umzuleiten. Die kommunistischen Funktionäre aus der Tschechoslowakei hielten dabei ihre Verbitterung über ihre Aufnahme in Ludwigslust keineswegs zurück: „Da die Aussichten, Wohnungen und Beschäftigungen zu bekommen, äußerst gering sind und durch die bisherigen Ereignisse bewiesen war, daß es entweder tatsächlich nicht möglich ist oder von bestimmter Weise verhindert wird, haben wir alle nur noch den einen Wunsch, uns an den

[33] BAB, DO 1/10/45, Bl. 120–125; auf die konzeptionellen Überlegungen der ZVU-Spitze um den neuen Präsidenten Engel im Januar 1946, die Kompetenzen der ZVU zu erweitern, kann hier nur verwiesen werden. Vgl. Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 48f.

[34] MLHA, Kreistag/Rat des Kreises Ludwigslust, Nr. 385.

[35] BAB, DO 1/10/52, Bl. 54–56. Siehe auch die strategischen Überlegungen der KPD im Dezember 1945: SAPMO, DY 30/I/2/5/41, Bl. 53. Die geringe Industrieansiedlung im Kreis Ludwigslust belegt ein Exposé, das offensichtlich vom Landrat als eine Art Rechenschaftsbericht im Vorfeld der Kreis- und Landtagswahlen im Herbst 1946 erstellt worden ist. MLHA, SED Bezirksleitung Schwerin, IV/4/05/401: Folgende Zahlen werden für das Kreisgebiet genannt: „18 Sägewerke, 9 Ziegeleien, 2 Dachpappenfabriken; 2 Lederfabriken; 5 Betriebe der Elektroindustrie; 3 pharmazeutische Betriebe; 3 holzverarbeitende und 2 eisenverarbeitende Betriebe. Zur Zeit 1293 Handwerksbetriebe, davon 253 in der Stadt Ludwigslust."

ursprünglichen Bestimmungsort nach Thüringen abzutransportieren."[36] Im übrigen gaben sie unmißverständlich zu verstehen, „daß sie keineswegs gewillt wären, sich eine derartige Behandlung, die Antifaschisten unwürdig wäre, gefallen zu lassen"[37].

Dem Wunsch, in Thüringen zu siedeln, versuchten die verantwortlichen Dienst- und Parteistellen – selbst auf Landesebene – nachzukommen. Sie gaben das Versprechen, für den Fall des Weitertransports zehn Güterwagen und zwei Personenwagen bereitzustellen. Nur wenige Tage später jedoch wird man das Vorgehen von Behörden und Partei eher als Doppelstrategie charakterisieren müssen: Weiterhin wurden Kontakte nach Thüringen geknüpft, um den Abtransport der 83 Kommunisten in die Wege zu leiten; der Schwerpunkt lag aber auf den Bemühungen, Voraussetzungen für einen dauerhaften Verbleib der „antifaschistischen Umsiedler" in Ludwigslust zu schaffen[38]. Hier galt es vor allem die vordringliche Frage der wohnlichen Unterbringung zu lösen, zumal man erneut nicht über ein unzulängliches Provisorium hinausgekommen war. Die „antifaschistischen Umsiedler" waren mit Ausnahme des Transportführers, dem man eine feste Wohnung zugewiesen hatte, in den Baracken des ehemaligen Konzentrationslagers Wöbbelin untergebracht[39].

Etwas salopp formuliert läßt sich feststellen, daß in Ludwigslust alles schiefgegangen war, was bei der Aufnahme schiefgehen kann. Das gilt insbesondere für Menschen, die nicht einfach flüchtig untergebracht, sondern dauerhaft angesiedelt werden sollten. Bei der Funktionärsgruppe hatte sich bereits nach wenigen Tagen der Eindruck verfestigt, völlig unerwünscht zu sein. Die Privilegien, die ihr noch beim ‚Abschub' gewährt worden waren, schienen in der neuen Heimat wertlos zu sein. Wie entscheidend aber die Erfahrungen der ersten Tage nach der Ankunft für die Geschwindigkeit der weiteren Eingliederung sind, ist aus der Migrationsforschung hinreichend bekannt. Gerade die Kontakte in dieser ersten Aufenthaltsphase, die von starker Desorientierung und Unsicherheit geprägt ist, bestimmen beim Neuankommenden den Grad an Bereitschaft, sich künftig seiner neuen Umgebung anzupassen. Ein nicht zu unterschätzendes Gewicht kommt der Lösung besonders drängender Alltagsprobleme wie der Beschaffung von Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten zu[40].

2.2. Exkurs: Einsatz von „antifaschistischen Umsiedlern" zur Behebung des Kadermangels

Stärker noch als bei der Aufnahme vermeintlich „normaler" Vertriebener prallten nach der Ankunft „antifaschistischer Umsiedler" das vor Ort und in der Praxis Machbare sowie das aus politischen Erwägungen Wünschbare aufeinander. Jan Foitzik hat bereits 1983 den Kadertransfer von Kommunisten in die SBZ in seiner Funktion eingehend be-

[36] BAB, DO 1/10/52, Bl. 58.
[37] MLHA, MdI 146.
[38] BAB, DO 1/10/52, Bl. 57; zudem Bericht Otto Lechky vom 6. 2. 1946: MLHA, Landesleitung der SED Mecklenburg, IV/2/6/331, Bl. 41.
[39] Treffend wurde in einem Brief an die ZVU angesichts der wiederum unzureichenden Unterbringung davon gesprochen, man sei „vom Regen in die Traufe gelangt"; BAB, DO 1/10/52, Bl. 59.
[40] Esser, Wanderungssoziologie, S. 80, 93; Borrie, Cultural Integration, S. 94. Das gilt unabhängig davon, ob die Migranten freiwillig die Wanderung antreten oder ob dieses unter Zwang geschieht. Während bei Personen, die gegen ihren Willen zu Migranten werden, die Rückkehrabsichten wachsen, neigen Personen, die eher freiwillig und mit bestimmten Erwartungen gekommen sind, zu umso stärkeren Frustrationen. Vgl. Esser, Wanderungssoziologie, S. 88f.

schrieben. Das Ziel, den Kadermangel der mecklenburgischen KPD durch Genossen zu beheben, die in der Partei- und Verwaltungstätigkeit erfahren waren, gewann um die Jahreswende 1945/46 nicht zuletzt angesichts der nunmehr anvisierten Fusion mit der SPD an Aktualität. Insbesondere Franz Dahlem, Mitglied des Zentralkomitees der KPD, drängte auf einen verstärkten Kadereinsatz in Mecklenburg-Vorpommern, als er die politische Bedeutung dieser Migranten hervorhob. Er rückte somit von der bisherigen Haltung der Partei ab, die „antifaschistischen Umsiedler" vornehmlich entsprechend ihrer beruflichen Qualifikation einzusetzen. Trotz seiner Größe und seines offensichtlichen Kadermangels hatte Mecklenburg lediglich 1754 Kommunisten aus der Tschechoslowakei übernommen[41]. Das waren gerade einmal etwas mehr als zehn Prozent der „Antifaschisten" aus der Tschechoslowakei, die laut einer ZVU-Aufstellung bis zum 23. Dezember 1945 in die SBZ transferiert worden waren. Dabei ist zudem zu berücksichtigen, daß sich diese Zahl auf sämtliche Familienmitglieder und nicht auf die Funktionäre als solche bezieht.

Indem Dahlem in den kommunistischen Migranten vor allem ein „klassenbewußtes Proletariat" erkannte, schrieb er ihnen eine wichtige Funktion beim Ausbau der Machtstellung der Partei zu: „Jetzt haben wir die Gelegenheit, wirklich das ganze Land zu durchziehen, das bisher keine Arbeiterkader, geschweige denn kommunistische Kräfte hatte [. . .]."[42] Entsprechend erwartete die Partei die aktive Mitarbeit der „antifaschistischen Umsiedler"[43]. Da Dahlem zudem darauf verwies, daß unter den zumeist gewerkschaftlich oder genossenschaftlich organisierten Neuankömmlingen „alle Berufe, Handwerker, Lehrer usw." vertreten seien, unterstrich er gewissermaßen ihre universelle Verwendbarkeit. „So soll man das Problem sehen, dann wird auch das Interesse dafür da sein", erinnerte Dahlem an die ausgeschöpften Ressourcen fähigen Personals, das der Partei lediglich zur Verfügung stand. Anklang glaubte Dahlem mit seiner Argumentation „nicht nur oben" in der Partei zu finden, „sondern auch bei den Orts- und Kreisleitungen"[44].

[41] BAB, DO 1/10/52, Bl. 35. Für die Verteilung gab es eine einfache Faustregel, die sich an den Arbeitskräftebedürfnissen orientierte: Metallarbeiter kamen in die Provinz Sachsen; Glasarbeiter und Textilarbeiter nach Thüringen; vgl. BAB, DO 1/10/35, Bl. 76–80, 78. Siehe die programmatischen Festlegungen in einem Schreiben von Walter Ulbricht vor dem 1. 10. 1945 an die SMAD; SächsHStA, SED-Landesleitung A 25, ohne Paginierung.

[42] SAPMO, DY 30/I2/5/41, Bl. 59.

[43] Das galt nicht nur für diese Gruppe, sondern für jedes Parteimitglied, gleichgültig, wohin es die Wirren des Krieges verschlagen hatten. So bekam ein Ostpreuße, der sich im niederbayerischen Vilshofen befand, vom ZK der KPD im Februar 1946 als Aufgabe gestellt: „Wer Antifaschist ist, muß überall dort arbeiten, wo er sich im gegenwärtigen Augenblick befindet, und sei es auch in Bayern." Die Fremdheit, die erst in der Nähe des Fremden spürbar wird, wie Georg Simmel gezeigt hat, sowie die eigentümliche Ambivalenz, die der Begegnung mit dem Fremden innewohnt und sich zwischen Faszination und Abstoßung bewegt, waren der KPD offensichtlich nicht bewußt. Unter Genossen durfte es zu keinen Abstoßungsprozessen kommen – angesichts der Größe der Aufgabe. So heißt es in dem zitierten Schreiben der Partei: „Bekanntlich ist gerade die Reaktion sehr stark und Antifaschisten, die das Schicksal nach dort verschlagen hat, haben die große Aufgabe, mitzuhelfen und die Reaktion in Bayern auszurotten." SAPMO, RY1/I2/5/45a, Bl. 290.

[44] Zugleich hoffte Dahlem darauf, daß diese „Antifaschisten" die „großen undurchsichtigen, zum Teil faschistischen Massen bearbeiten" und umerziehen könnten. Insofern sei es „kein Zufall, daß zuerst die Kommunisten kommen und dann die große Masse der Leute aus der Tschechei und dann die Millionen aus Polen". Vgl. SAPMO, RY1/I2/5/45a, Bl. 290. Diese Idee verfolgte Dahlem offenbar seit mehreren Monaten; vgl. seinen Bericht über die Parteiorganisation der

ZVU-Präsident Josef Schlaffer hatte dem politischen Wert der Kommunisten aus dem Sudetenland ebenfalls Priorität eingeräumt und im Dezember 1945 angeordnet, verstärkt kommunistische Familien nach Mecklenburg zu schicken[45]. Zugleich kam er damit Wünschen der Genossen vor Ort nach. Der Landrat von Ludwigslust und spätere ZVU-Mitarbeiter Hermann Schuldt hatte schon früh die Forderung nach zweitausend „antifaschistischen Umsiedlern" für Mecklenburg-Vorpommern aufgestellt, zumal sich trotz der Bodenreform vielerorts in der Bevölkerung noch immer nicht die intendierte Loyalität gegenüber der KPD eingestellt hatte[46].

Als die ZVU ein Jahr später Bilanz zog, war jegliche Euphorie verflogen. Berichte über Probleme mit den „antifaschistischen Umsiedlern" aus allen Provinzen und Ländern häuften sich. Vor allem wurde beklagt, daß den Neuankömmlingen die Anerkennung verwehrt blieb. Es sei eine Tatsache, daß in Mecklenburg-Vorpommern „in den unteren Organisationen bis zu den einzelnen Genossen der Landesvorstände der Wert dieser Funktionärskader verkannt wird"[47]. Der Leiter des Umsiedleramtes der Landesverwaltung in Schwerin hatte bereits einige Monate zuvor unumwunden von einem Fiasko gesprochen, das man bei der Aufnahme der „antifaschistischen Umsiedler" erlebt habe[48]. Längst hatte sich gezeigt, daß sich dieser Problemkomplex nicht allein auf die zunächst zentrale Frage der Wohnungsunterbringung reduzieren ließ, wie dieses einige ZVU-Strategen allzu leichtfertig und voreilig taten[49].

2.3. Barrieren einer erfolgreichen Integration

Für Ludwigslust erlaubt es die Quellenlage[50], verschiedene Konfliktkonstellationen auf unterschiedlichen Ebenen sowie Reibereien zwischen Partei- und Verwaltungsstellen und parteipolitischen Streit zu rekonstruieren – allesamt Faktoren, die als Barrieren einer erfolgreichen Integration entgegenstanden.

KPD in der Sowjetzone, den er am 16. 10. 1945 abgeschlossen hatte, SAPMO, NY4072/209, Bl. 9. Zum Kadermangel der KPD siehe: Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg, S. 134.

[45] BAB, DO 1/10/35, Bl. 76–80.

[46] Vgl. dazu den Bericht des Landrates von Ludwigslust, Hermann Schuldt, 28. bis 30. 12. 45, zur politischen Einstellung der Bevölkerung: „Bei den Flüchtlingen, die angesiedelt sind, herrscht folgende Stimmung: Warum anfangen zu wirtschaften, wenn wir bald wieder zurückkönnen auf die andere Seite der Oder. Bei den Ortsansässigen kommt folgende Stimmung zum Ausdruck: Die Engländer werden dieses Gebiet bald besetzen und die alten Zustände des Gutsbetriebes wieder herstellen. Auf Grund dieser politischen Einstellung und Beeinflussung durch die Nazipropaganda ist jede Aktivität zur Bearbeitung der neuen Arbeitsstellen gelähmt." SAPMO, RY1/IV2/7/245, Bl. 56–58, Bl. 57; MLHA, MdI 77, Bl. 521–522; siehe in diesem Zusammenhang auch Bauerkämper, Neubauern in der SBZ/DDR, S. 113. Zur Forderung nach den 2000 „antifaschistischen Umsiedlern": BAB, DO 1/10/29, Bl. 129–147, 146.

[47] BAB, DO 1/10/52, Bl. 191. Weitere Klagen: BAB, DO 1/10/41, Bl. 160 (Sachsen); BAB, DO 1/10/43, Bl. 47f. (Thüringen) oder BAB, DO 1/10/51, Bl. 203 (Provinz Sachsen).

[48] Direktorenkonferenz der ZVU am 21. 5. 46. BAB, DO 1/10/30, Bl. 134.

[49] So etwa Georg Chwalczyk in seinem Bericht über die Arbeitskonferenz der Umsiedlerabteilung Schwerin vom 12. bis 14. April 1946; BAB, DO 1/10/34, Bl. 4–13, 10.

[50] Heranzuziehen sind Akten aus den ZVU-Beständen aus dem Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam; vereinzelte Aussagen finden sich auch in Archivalien, die in der SAPMO gelagert sind; wichtige Quellenbestände sind im MLHA zu finden: Zu erwähnen ist das Parteiarchiv mit den Beständen der Landesleitung KPD Mecklenburg, Landesleitung SED Mecklenburg sowie der SED Bezirksleitung Schwerin; aus den staatlichen Aktenbeständen diejenigen des Rates und Kreistages Ludwigslust sowie des Ministeriums des Innern.

So mangelte es erstens an einer festen Zuordnung der Zuständigkeiten. Zwischen der KPD und der Umsiedlerverwaltung, namentlich mit Fritz Raddatz als Sonderbeauftragtem der ZVU, kam es in dieser Frage zu handfesten Auseinandersetzungen. Raddatz beklagte sich, der Kreissekretär der KPD habe die Verteilung der „antifaschistischen Umsiedler" zur Sache der Partei erklärt: „Dem Umsiedleramt wurde entgegen den sonst bei Transporten üblichen Obliegenheiten lediglich eine beratende Stimme zugestanden."[51] In der Tat waren die Parteimitglieder im Dezember 1945 von der Landesleitung der KPD zu verstärkter Arbeit mit den „Umsiedlern" aufgerufen worden. Die Vorgabe, die Umsiedler nicht nur menschenwürdig unterzubringen, die Distanz zu ihnen zu überbrücken „und sie in die antifaschistisch-demokratische Geistesrichtung zu lenken"[52], nahm der Kreissekretär der KPD in Ludwigslust, Friedrich Fellenberg, offensichtlich sehr ernst. Das mag auch insofern verständlich sein, als die Parteileitung ihn zur Verantwortung hätte ziehen können. Auf das logistische Know-how des ZVU-Mitarbeiters konnte er freilich nicht verzichten. So mochte der KPD-Kreissekretär als Sündenbock nicht herhalten, als sich die Kritik an der verfahrenen Situation auf eine einzige Person konzentrierte: In dieser undankbaren Rolle fand sich der Sonderbeauftragte der ZVU wieder, der zwar ständig betonte, er sei für die Mißstände nicht verantwortlich, aber gerade deshalb bei den Neuankömmlingen in den Ruf kam, sich aus der Verantwortung stehlen zu wollen[53]. Wegen verschwiegener Angehörigkeit zur NSDAP wurde er Mitte Januar verhaftet[54]. Doch die Annahme, man habe den Kern des Übels erfaßt und nun werde alles normal funktionieren, erwies sich als Illusion. Die Dynamik der Konfliktes-kalation nahm eher noch zu[55].

Sodann ist zweitens nicht von der Hand zu weisen, daß die unbestreitbar hohen Ansprüche der kommunistischen Funktionäre die Wohnungsunterbringung erschwerten. Wer seine gesamte persönliche Habe samt Mobiliar mitnehmen darf, hofft selbstverständlich, daß er nicht den überwiegenden Teil davon auf einem Speicher zu deponieren hat. Indem die Ludwigsluster Verwaltung unvermindert davon ausging, die Neuankömmlinge seien zu keinen Konzessionen bereit, mußte sie zu dem Ergebnis kommen, „daß es unmöglich sei, die Familien in Wohnungen unterzubringen"[56]. In einem Klima wachsenden gegenseitigen Mißtrauens erwarteten die Konfliktparteien wenig Gutes voneinander. Zumal umgekehrt die kommunistischen Funktionäre die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Verwaltungsstellen beklagten, die den Genossen einfach unterstellt hätten, jeder wolle „eine Küche und 3–4 Zimmer" haben – „was ja nicht der Fall ist"[57]. Bis die Erwartungshaltung der Neuankömmlinge auf massiven Druck der Ludwigsluster Kommunisten heruntergeschraubt wurde, war es für die bürgerlichen Parteien ein leichtes, daraus politisches Kapital geschlagen.

Hinzu kam drittens, daß die Wohnungssituation durch die Truppen der Besatzungsmacht erheblich verschärft wurde. Erschwerend wirkten neben dem ohnehin hohen Prozentsatz in Anspruch genommener Wohnungen die fortwährenden willkürlichen Be-

[51] MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/5, Bl. 180–183, 180.
[52] MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/4, Bl. 171.
[53] BAB DO 1/10/52, Bl. 58.
[54] MLHA, MdI 843.
[55] Glasl, Konfliktmanagement, S. 188ff., 203ff.
[56] MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/331, Bl. 41.
[57] Brief der Umsiedler an den Genossen Kurt Bürger am 31. 1. 1946; MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/334, Bl. 7.

schlagnahmungen, vor denen die kommunistischen Funktionäre nicht verschont blieben. Beispielsweise hatten sie in Eigenarbeit eine Villa so weit hergerichtet, daß sie bewohnbar war, da wurde diese kurzerhand von sowjetischen Soldaten konfisziert. Obendrein erlebten die „antifaschistischen Umsiedler" die Rote Armee vollkommen anders, als diese ihnen aufgrund ihrer willfährigen Haltung in der Tschechoslowakei begegnet war. Nun bekamen sie von der Besatzungsmacht zu hören, „sie möchten sehen, daß sie fortkommen"[58] – am besten dorthin zurück, wo sie herkämen. Auch unter diesem Aspekt erlebten sie ihren eigenen Kulturschock, der das Gefühl der Fremdheit nochmals verstärkte[59].

Viertens verschloß sich die KPD selbst den ankommenden Genossen aus der Tschechoslowakei. Nur allzu leicht wurden sie in die Ecke der Sektierer gestellt. „Sehr viele Genossen, die aus jenen Gebieten kommen, glauben, sie kommen in ein Stück Sowjet-Deutschland."[60] Zudem war gar nicht bekannt, daß sie ehemalige Funktionäre der KPC gewesen waren[61]. Aufgrund ihrer Privilegien beim Transfer wurden sie mit Neid betrachtet[62]. Auch hatten sie sich des Verdachts zu erwehren, in ihre Reihen hätten sich „faschistische Elemente" eingeschlichen, wie dieses vereinzelt beobachtet wurde[63]. Mit sozialen Schließungsprozessen innerhalb der Partei hatten sie ebenso zu kämpfen, fürchteten doch die heimischen Genossen um ihre gerade erst eingenommenen Posten in Partei und Verwaltung[64]. Zu diesen Konkurrenzkonflikten um Status, Rang, Ansehen und Einfluß kamen kulturelle Konflikte um die Deutungsmonopole. Der Vorwurf des Sektierertums ist ein Ausdruck dafür. Derartige Ängste den Fremden gegenüber wurden in Ludwiglust zunächst noch nicht virulent, waren allenfalls latent vorhanden, da es primär noch um die Lösung grundlegender Probleme wie die Wohnungsunterbringung ging.

Politisch-kulturelle Unterschiede kamen fünftens allerdings zum Tragen, als mit der zunehmenden Komplexität der Probleme und der größer werdenden Spannung auf beiden Seiten die Neigung zur Simplifizierung sich breit machte, wie sie in Konfrontation mit einer als unbefriedigend empfundenen Situation nicht außergewöhnlich ist. Die Ankömmlinge nahmen Zuflucht zu radikalen Vereinfachungen in Form von Stereotypen. „Alles, was nicht ihren Wünschen entspricht, sehen sie als faschistisch an"[65], bemerkte ein Mitarbeiter der Umsiedlerverwaltung in Thüringen treffend. In Mecklenburg-Vor-

[58] MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/334, Bl. 7.

[59] Allgemein ist das Phänomen des Kulturschocks bei der Ankunft der Vertriebenen in ihrer neuen Heimat häufig zu beobachten gewesen; siehe dazu Tolksdorf, Kulturelle Integration, S. 110; im größeren Zusammenhang zudem Bade, Homo Migrans, S. 44.

[60] SAPMO, RY1/I2/5/41, Bl. 56.

[61] MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/5, Bl. 240.

[62] Siehe für Ludwigslust: BAB, DO 1/10/52, Bl. 60 sowie MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/331, Bl. 41; ferner etwa für den Kreis Schöneberg: MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/5, Bl. 243.

[63] Vgl. Brief von ZVU-Präsident Engel vom 24. 1. 46 an die Landesregierungen. Betr. Lehrreiche Erfahrungen mit einem falschen Antifaschisten-Transport. BAB, DO 1/10/53, Bl. 133–134. Die produktive Rolle, die die Parteileitung den „Fremden" zugeschrieben hatte, mußte nicht von allen Parteimitgliedern so wahrgenommen und eingeschätzt werden. Konkurrierende Interessen senken gemeinhin die Akzeptanz der Fremden; siehe hierzu mit weiteren Beispielen Thamer, Fremde im Land, S. 5.

[64] MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/5, Bl. 334. Siehe auch weitere Beispiele bei Stößel, Positionen und Strömungen, S. 246.

[65] BAB DO 1/10/30, Bl. 134; siehe auch BAB DO 1/10/41, Bl. 161. Vom „fremden Blick", der in der Regel größere Objektivität und Unbefangenheit verbürgt, kann somit keine Rede sein, als die „antifaschistischen Umsiedler" ihre Felle schwimmen sahen.

pommern, das den sudetendeutschen Familien mithin als „Ursprung des Faschismus“[66] galt, war diese Simplifizierung, die das Dilemma nur vergrößerte, überaus verbreitet. Sie wurden dadurch „in ihrem Denken starrer, in ihrem Auftreten radikaler und in ihren Forderungen extremer“[67] – als es konkret um die sofortige Räumung von Wohnungen ging, die von vermeintlichen Faschisten bewohnt wurden.

2.4. Wohnungsräumungen als Lösungsansatz?

Zunächst versuchten die Ludwigsluster Kommunisten das Problem auf herkömmliche Weise zu lösen, indem sie sich auf eine Verordnung des Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 29. August 1945 zur „Inanspruchnahme von Wohnraum und Gebrauchsgegenständen durch die Gemeinden“ beriefen. Ausdrücklich besagte die Verordnung, es sei die „Pflicht des gesamten Volkes, denen, die durch den Krieg und seine Folgen ihre Heimat, ihre Wohnungen und ihre Habe verloren haben, wieder zu einem – wenn auch bescheidenen – Heim zu verhelfen“[68]. Noch ausgehend von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes wurde betont, das „ganze deutsche Volk“ sei heranzuziehen zur Wiedergutmachung der Schäden. Vor allem in den Blick nahm man dabei „die Mitglieder der früheren Nazi-Partei [...] und unter diesen wieder die Aktivisten“. Von einer völligen Enteignung war allerdings keine Rede. Ausdrücklich wurde mißbilligt, „daß dem Einen alles genommen und dem Anderen alles gegeben werden soll“.

Als es am 24. Januar bei einer Sitzung des – aus KPD, SPD und CDU bestehenden – Antifaschistischen Blocks zu einer intensiven Diskussion über das Wohnungsproblem der „antifaschistischen Umsiedler“ kam, war von den einschränkenden Bestimmungen dieser Verordnung nur wenig zu spüren. Die Stadtverwaltung, vertreten durch ein Parteimitglied der Kommunisten, brachte den Vorschlag ein, die „Nazi-Familien“ aus Ludwigslust auszuweisen und sie im Wöbbeliner Konzentrationslager unterzubringen. Zur Begründung wurde angeführt, den sudetendeutschen Familien, von denen einige mehrere Jahre in Konzentrationslagern zugebracht hätten, sei es nicht länger zumutbar, in Wöbbelin zu verbleiben. Währenddessen seien „die Faschisten noch in ihren Wohnungen“[69]. Dem Einwand eines Vertreters der Sozialdemokraten, die zu hohen Ansprüche dieser Familien hätten bislang eine Unterbringung vereitelt, entgegnete der Kreissekretär der KPD, diese Erwartungen seien bereits „auf ein bescheidenes Maß“ heruntergeschraubt worden. Einstimmig wurde am Ende der Entschluß gefaßt, die Polizei solle in Abstimmung mit der Besatzungsmacht den „Faschisten“ die Räumung ihrer Wohnungen befehlen. Und nur für den Fall, daß sich diese nicht selbst neuen Wohnraum beschaffen könnten, würden sie in das Lager Wöbbelin eingewiesen.

2.5. Lösungsansätze zur Wohnungsunterbringung als Gegenstand politischer Auseinandersetzungen

Mit der politischen Einmütigkeit war es wenige Tage später bereits vorbei. Die rücksichtslose Vorgehensweise bei der Räumungsaktion hatte Zweifel an der Richtigkeit des Beschlusses genährt: Der Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, sah sich jedenfalls gezwun-

[66] MLHA, Landesleitung KPD Mecklenburg, I/5, Bl. 334.
[67] Glasl, Konfliktmanagement, S. 199. Vgl. Brief der Umsiedler an den Genossen Kurt Bürger am 31. 1. 1946; MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/334, Bl. 7.
[68] MLHA, MdI 604, Bl. 3f.; ebenso die weiteren Zitate.
[69] MLHA, SED Bezirksleitung Schwerin, IV/4/04/411, Bl. 13.

gen, am 30. Januar 1946 einen Richtlinien-Katalog zu formulieren, um den Auswüchsen Herr zu werden. So wurde festgelegt, lediglich die Wohnungen von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, die vor 1933 der Partei beigetreten seien, dürften geräumt werden. Auch sei ihnen „eine angemessene Frist zur Räumung" zu geben, damit sie bei Freunden oder Verwandten unterkommen könnten. Die bisherige Vorgehensweise, ihnen eine Frist von 24 Stunden zu geben, bezeichnete der Bürgermeister „nicht als angemessen". Ausdrücklich wies er abschließend darauf hin, daß die Familien aus der Tschechoslowakei „nicht besser untergebracht werden können als die eingesessene Ludwigsluster Bevölkerung". Die nämlich bewohne „in der größten Mehrzahl noch höchstens 1 Zimmer und Küche", so daß die Unterbringung „im allgemeinen auch nur in einem Zimmer geschehen" könne.

Auch von seiten der Parteien regte sich Widerstand gegen die gefaßten Beschlüsse. Am 31. Januar kam es zu einer außerordentlichen Sitzung des antifaschistischen Blocks in Ludwigslust. Das einzige Thema war die Unterbringung der „antifaschistischen Umsiedler". Die wiederum hatten sich inzwischen ebenfalls zu Wort gemeldet und Klage darüber geführt, daß die Liste der ehemaligen Nazis zwar 40 Namen umfasse, aber erst sechs Wohnungen geräumt worden seien[70].

Zwei Stunden tagten die Mitglieder des antifaschistischen Blocks. Am Ende wurde festgehalten, „daß der gefaßte Beschluß vom 24. 1. 46 bestehen bleibt und die Aktion weiter durchgeführt werden kann"[71]. Das bedeutete zunächst einmal, daß weitere Räumungen von den drei Parteien mitgetragen wurden. Allerdings weist die Kann-Bestimmung darauf hin, daß sich der antifaschistische Block auf eine weitere Vorgehensweise verständigt hatte. „Ferner wird je ein Vertreter der 3 Parteien am Montag morgen letztmalig beim Kommandanten vorstellig werden, um ihn zu ersuchen, Wohnräume freizugeben, da ein Teil des von der Roten Armee besetzten Wohnraumes nicht in der genügenden Weise ausgenutzt ist."

Zu werten ist der getroffene Beschluß als ein schwer umrungener Kompromiß, zumal die CDU für ein sofortiges Ende dieser Zwangsräumungen eingetreten sein dürfte. Das zumindest legt ein Brief an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 1. Februar nahe. Ihre Argumentation war dabei besonders geschickt angelegt, um nicht als revanchistisch und nazi-freundlich gegeißelt zu werden. Man verwies darauf, daß die ehemaligen NSDAP-Mitglieder lediglich ein oder zwei Zimmer ihrer früheren Wohnungen innehätten und ihren Wohnraum mit Flüchtlingen teilten. Müßten sie ihn nun räumen, hätten die Flüchtlinge ebenfalls auszuziehen, wobei wieder neue Wohnprobleme entstünden[72]. Als zweites Argument führten sie an, auch sogenannte Mitläufer hätten Wohnungen räumen müssen – ein Aspekt, auf den noch zurückzukommen sein wird.

Das Modell, auf das die neuen Machthaber in der SBZ seit dem Sommer 1945 nur allzu gern zurückgriffen, nämlich Probleme auf Kosten der ehemaligen Nationalsozialisten zu lösen, erwies sich als unzureichend und politisch höchst umstritten. Die Zwangsräumungen wurden zwar noch fortgeführt. Der Schwerpunkt des weiteren Vorgehens lag aber nun darauf, bei der russischen Militärverwaltung die Freigabe von nicht benötigtem Wohnraum zu erreichen. Die Festlegung, jeweils ein Vertreter der Parteien werde beim

[70] MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/331, Bl. 41.
[71] MLHA, SED Bezirksleitung Schwerin, IV/4/05/411, Bl. 18.
[72] MLHA, MdI 214, ohne Paginierung.

Kommandanten vorstellig, hieß zugleich, daß auch die KPD mit in die Pflicht genommen wurde. Wenige Tage später dürfte die CDU einen weiteren Erfolg verbucht haben: Nachdem sie sich an den Präsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit dem Hinweis gewandt hatte, daß auch die Wohnungen nomineller Nationalsozialisten geräumt worden seien, erging von der Landesverwaltung die Aufforderung, in diesen Fällen die Räumungen wieder rückgängig zu machen. Dabei dürfte Ludwigslust kein Einzelfall gewesen sein, zumal sich der Leiter des Schweriner Landesumsiedleramtes im Frühjahr 1946 zu diesem Problem äußerte: „Ein Teil der Antifa. hat bereits Wohnungen bekommen. Teilweise waren Wohnungen vorgesehen, diese wurden aber dann den kleinen Pg's wieder eingeräumt – die Landesverwaltung nimmt den kleinen Pg's nicht die Wohnungen."[73] Der Interessenkonflikt, wie er im Vorfeld des Wahlkampfes 1946 zwischen den „Opfern des Faschismus" sowie den Verfechtern einer sanfteren Politik gegenüber den „kleinen Parteigenossen" der ehemaligen NSDAP innerhalb der SED entbrannte[74], zeichnete sich bereits zu diesem Zeitpunkt ab.

2.6. Abwehrreaktion gegenüber einer KPD-Dominanz?

Aufzugreifen ist die Frage, ob die Ludwigsluster Ereignisse als Abwehrrekation gegenüber einer KPD-Dominanz zu werten sind, die quasi von außen bzw. oben forciert wurden und somit einer politischen Fremdherrschaft nahekommen könnten. Für die Funktionäre und ihre Familien aus der Tschechoslowakei war diese Frage nach einigen Wochen des Gezerres bei der Wohnungsunterbringung eindeutig zu beantworten: „Mit einem Wort, man will keinen stärkeren Einfluß der KPD in Ludwigslust und den Faschisten nicht zu nahe treten."[75] Dieser verbitterten Beobachtung ist zugleich der Hinweis zu entnehmen, wie die normale Lokalpolitik mit ihren Ränken und Rivalitäten, ihren Streitigkeiten und sozialen Zwängen trotz des Zusammenbruchs weiterzuleben und sich wieder neu zu entfalten schien. Bestätigt wird dieser Eindruck, wenn man den politischen Streit unter den Ludwigsluster Parteien betrachtet, der im Spätherbst 1945 bei der Neubesetzung des stellvertretenden Landratsamtes entbrannte[76]. Auch hier sollte ein Kandidat, der den alteingesessenen Ludwigslustern fremd war, auf diesen herausgehobenen Posten gehievt werden. Allerdings war der Kandidat nicht ein Mann der Kommunisten, sondern der Christdemokraten, die nach ihrem verspäteten Start in Ludwigslust den mittlerweile gewachsenen Einfluß auch bei der personellen Besetzung wichtiger Machtpositionen berücksichtigt wissen wollten. Als die CDU nicht in der Lage war, binnen eines Monats ein Leumundszeugnis durch ihren Landesvorstand vorzulegen, war der Kandidat im Antifaschistischen Block nicht mehr konsensfähig. SPD und KPD stimmten allerdings der Besetzung des Postens mit einem Christdemokraten zu, der in Ludwigslust allgemein bekannt war. Das Mißtrauen gegenüber allen Fremden saß offenbar tief. Insofern wäre es auch wenig zutreffend, die Probleme bei der Aufnahme kommunistischer Funktionäre aus der Tschechoslowakei als Ausdruck von Resistenz oder gar als Widerstand gegen eine sich formierende KPD-Dominanz zu verstehen.

[73] BAB, DO 1/10/30, Bl. 134.
[74] Keßler/Peter, Antifaschisten, S. 630ff.
[75] MLHA, Landesleitung SED Mecklenburg, IV/L/2/6/334, Bl. 7.
[76] Siehe zum folgenden die Sitzungsprotokolle des Antifaschistischen Blocks vom 1. 11. 1945, 30. 11. 1945 sowie vom 13. 12. 1945; MLHA, SED Bezirksleitung Schwerin, IV/4/05/410, Bl. 22f., 38f., 43.

3. Opferkonkurrenz in Greven zwischen den „evakuierten" Alteingesessenen und den Vertriebenen

Das Konzert mit Yehudi Menuhin am 27. Juli 1945 war zweifellos der Höhepunkt einer Kulturwoche im „Grevener Ausländerlager", wie es die Einheimischen nannten. Der Künstler wollte unmittelbar nach Kriegsende für Displaced Persons – insbesondere Überlebende der Konzentrationslager – spielen. Die britischen Behörden erlaubten Menuhin eine Konzertreise, und so machte dieser auch in Greven im Displaced Persons Assembly Centre Station[77]. In dem kleinen, etwa 8500 Einwohner zählenden Dorf, knapp 20 Kilometer nördlich von Münster, direkt an der Ems gelegen, hatten die Briten einen zentralen Sammelpunkt für ehemalige Fremdarbeiter und Kriegsgefangene eingerichtet. War die Gemeinde von Kriegsschäden weitgehend verschont geblieben, bekam sie nach dem Ende der kriegerischen Handlungen die verschiedenen Migrationswellen umso stärker zu spüren. Bis zu 9000 DP's hielten sich zeitweise in Greven auf. Die letzten von ihnen verließen den Ort erst im Jahre 1950.

Untergebracht waren sie allerdings nicht in irgendeinem Lager oder einer Zeltstadt. Für die ehemaligen Zwangsarbeiter hatten zahlreiche Grevener ihre Häuser zur Verfügung stellen müssen[78]. Im Nordviertel von Greven-Dorf wurden insgesamt 375 Häuser beschlagnahmt, das entsprach einem Anteil von 32,7 % des gesamten Häuserbestandes. 35,6 % der Bevölkerung waren auf den restlichen Teil des Ortes zu verteilen[79]. Diese „Evakuierten" kamen in der Regel bei jenen Dorfbewohnern unter, die von den Hausbeschlagnahmungen verschont geblieben waren. Hinzu kam, daß im benachbarten Reckenfeld, das ebenfalls zum Amtsbezirk Greven gehörte, die Einschnitte für die deutsche Bevölkerung noch gravierender waren. Hier wurden zwei der vier Ortsteile komplett für das DP-Lager beschlagnahmt. Und schließlich kamen die evakuierten Personen aus anderen Städten, so daß das Leben in Greven bereits gehörig durcheinandergeraten war, bevor die ersten Vertriebenen und Flüchtlinge überhaupt der Emsstadt zugewiesen wurden. Die Konflikte, die bei der Aufnahme der Vertriebenen auftraten, wären ohne diesen Hintergrund kaum zu verstehen. Die lokalen Besonderheiten haben die Darstellung und Analyse dieser Konflikte ebenso zu berücksichtigen wie die Konkretisierung allgemeiner Probleme der Vertriebenenaufnahme in ländlichen Regionen der westlichen Zonen.

Eben weil die Belastungen durch das DP-Camp so groß waren, blieb Greven bei den Vertriebenenzuweisungen ausgespart, die im Rahmen der „Aktion Schwalbe" in den Landkreis Münster kamen. Während im künftigen Bundesland Nordrhein-Westfalen das Rheinland sowie das Ruhrgebiet für Vertriebenentransporte abgeschottet waren, hat-

[77] Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 2, S. 236.

[78] Die Gründe für diese außergewöhnliche Praxis, DP-Lager zu errichten, sind noch nicht erforscht. Vgl. auch die leider sehr kursorisch bleibenden Ausführungen bei Jacobmeyer, „Displaced Persons", S. 135. Im übrigen ist es unzutreffend, daß die Besitzer enteignet wurden, wie Jacobmeyer behauptet; zu den Beschlagnahmungen und zu den gezahlten Entschädigungen siehe umfassend Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 2, S. 240.

[79] Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 2, S. 222. Siehe auch die Beobachtungen des schon erwähnten Yehudi Menuhin, der Greven als „kleines, sauberes Städtchen" in Erinnerung behalten hat, das gerade „von den Polen" übernommen worden war: „Die früheren deutschen Einwohner hatte man aus den Häusern vertrieben, wenn man ihnen auch offensichtlich erlaubte, tagsüber in der Stadt weiter ihren Tätigkeiten als Arzt, Hausmädchen usw. im Dienste der Polen nachzugehen." Zitiert nach Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 2, S. 236.

ten die ländlichen Regionen Westfalens in erheblichem Maße Vertriebene und Flüchtlinge aufzunehmen[80]. Noch bevor die „Aktion Schwalbe" angelaufen war, klagten die Vertreter zahlreicher Ämter und Gemeinden des Landkreises Münster bei der konstituierenden Sitzung des Flüchtlingsausschusses am 25. Januar 1946, es sei ihnen unmöglich, weitere Evakuierte, Vertriebene und Flüchtlinge aufzunehmen[81]. Im Unterschied zu anderen Gemeinden brauchte man sich in Greven nicht zweifelhafter Argumentationen zu bedienen, die eine fremdenfeindliche Einstellung nur unzureichend verschleiern mochten; der Amtsbürgermeister Grevens konnte auf 537 für das DP-Lager beschlagnahmte Wohnhäuser mit etwa eintausend Wohnungen verweisen sowie auf Schäden in weiteren 575 Häusern durch ein Jahrhunderthochwasser im Winter 1945/46: „Die Beschädigungen sind umso größer, als die Bewohner aus dem geräumten Nordviertel des Dorfes mit ihrem Hab und Gut, soweit sie es mitnehmen durften, in den Süden des Dorfes gezogen und dort vom Hochwasser überrascht worden sind. Aus vorstehenden Gründen bitte ich nochmals dringend von der Überweisung von Ostflüchtlingen nach Greven Abstand zu nehmen."[82]

Bereits im Juni 1946 war das erste Kontingent an Vertriebenen aufzunehmen, obgleich wenige Tage zuvor noch festgestellt worden war, daß im Ort für „über 200 Familien noch Wohnraum beschafft"[83] werden müßte. Nennenswerte Zahlen wurden erst im Jahre 1947 erreicht – zu einem Zeitpunkt, als andernorts die Aufnahme größerer Vertriebenentransporte bereits abgeschlossen war. Bedeutsam für den weiteren Verlauf der Vertriebenenaufnahme in Greven ist die etwa zeitgleich einsetzende Rückkehr eines ersten Teils der alteingesessenen Grevener, die ihre Wohnungen hatten räumen müssen. Nach mehr als zwei Jahren kehrten sie in ihre Häuser zurück, da ein Teil des DP-Lagers im Sommer 1947 aufgelöst worden war. Vor diesem Hintergrund erweckte das Schicksal der Vertriebenen nur allzu wenig Aufmerksamkeit, obgleich die Lebensumstände der Grevener „evakuierten" Familien geradezu frappierend der Situation von Vertriebenen nahekamen: „Die Bewohner, welche jetzt wieder einziehen wollen, stehen teilweise vor dem Nichts. Zusammengepfercht haben sie nun 2 Jahre lang bei anderen Familien in deren Hausgemeinschaft – teilweise bis zu 9 Personen in einem Raum – wohnen müssen und dort das Mobiliar dieser Familie benutzt. Jetzt, wo sie wieder einziehen, fehlen ihnen die notwendigsten Hilfsmittel wie Betten, Eßgeschirr usw."[84]

[80] Schulze-Westen, Das Flüchtlingsproblem, passim.

[81] Frie, Eingliederung, S. 125; vgl. auch Schwarze, Politische Entwicklung, S. 216–228; Muncke, Nachkriegsjahre, S. 111–123.

[82] Vgl. Brief vom 23. 2. 46 des Amtsbürgermeisters von Greven an den Landrat, Kreis-Ernährungsamt. StaG, 4–50–10. Unterdessen wehrten sich Vertreter anderer Gemeinden im Münsterland mit fadenscheinigen Argumenten gegen eine fortwährende Zuweisung: „Es scheint bedenklich, sie [die Flüchtlinge] hier anzusiedeln, und sei es nur behelfsmäßig. Sie sind ein auf Dauer unerträglicher Fremdkörper im Münsterland, die Verhältnisse im Ruhrgebiet haben dies bewiesen." Zitiert nach Muncke, Nachkriegsjahre, S. 118. Plastisch geschildert wurde die Abwehrhaltung der Bevölkerung in münsterländischen Gemeinden in der Sitzung des Kreis-Flüchtlingsausschusses am 25. 1. 46, als das Versagen überörtlicher Kommissionen beklagt wurde: „Die Einwohner, insbesondere die Bauern wollen keine Ostflüchtlinge aufnehmen. Sobald die überörtliche Kommission da gewesen ist und den Leute gesagt hat, welche Räume für Ostflüchtlinge beschlagnahmt würden, vermieten diese die Räume möglichst bald an Evakuierte aus der Stadt Münster und würden geradezu darum betteln, daß diese Leute bei ihnen wohnen bleiben sollten, selbst wenn sie inzwischen in Münster ein Unterkommen finden würden." StaM, Kreis E 398.

[83] Sitzung des Flüchtlingsausschusses vom 26. 6. 46; vgl. StaG, 4–50–10.

[84] Schreiben vom 21. 8. 1947 an des Kreistag des Landkreises Münster; StaM, C 11 106/328

Es bedarf keiner besonderen Erläuterung, daß alsbald eine veritable Opferkonkurrenz zwischen diesen beiden Gruppen entbrannte, auch wenn sie freilich zunächst noch hinter den Kulissen und nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Aber mit der Lage der „evakuierten" Grevener und insbesondere den Hilfsmaßnahmen, die ergriffen wurden, um deren Not zu beheben, verglichen die Vertriebenen zunehmend diejenige Hilfe, die ihnen als besitzlosen „Fremden" von seiten der zuständigen Verwaltungsstellen zuteil wurde. Denn Appelle an die freiwillige Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, für die Neuankömmlinge zu spenden, waren schon deshalb wenig erfolgversprechend, da die Einheimischen „durch Räumung, Hochwasserschaden und den bereits mehrfach erfolgten hohen Abgaben von Bekleidung zum überwiegenden Teil selbst als äußerst notdürftig bezeichnet"[85] werden müßten, wie das Grevener Wohlfahrtsamt bereits frühzeitig feststellte. Mochte sich auch die Pfarrcaritas um diese Menschen kümmern, die Hilfe blieb im fürsorgerischen Bereich und nahm bei weitem nicht den Umfang der Solidaritätsmaßnahmen an, die von den Bürgern selbst im Rahmen einer Hilfsgemeinschaft für die evakuierten Alteingesessenen ins Leben gerufen wurde.

3.1. Welle der Hilfsbereitschaft für die „evakuierten" Familien

Als im Sommer 1947 die ersten 125 der 375 beschlagnahmten Gebäude in Greven-Dorf den Besitzern zurückgegeben wurden, nutzte ein mittlerweile ins Leben gerufener Hilfsausschuß die Gunst der Stunde, eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft auszulösen. Zum entscheidenden Impuls, möglichst alle Kräfte zu mobilisieren, wurde die Schockwirkung, die von dem Anblick der Häuser ausging. Die kursierenden Gerüchte, die Displaced Persons hätten im kalten Winter 1946/47 alles zum Heizen gebraucht, was sie an Holz hätten finden können[86], erwiesen sich als bittere Wahrheit. So berichteten am 13. August 1947 die „Westfälischen Nachrichten" über eine Ortsbesichtigung des Kreisausschusses, der sich selbst ein Bild von den Zerstörungen verschaffen wollte: „Man stellte fest, daß die einstmals so schmucken Arbeiterhäuschen zum großen Teil abgewrackt sind, um Brennmaterial zu gewinnen. Während an sämtlichen Häusern die Türen und Fenster fehlen, sind aus diesen damals geräumten Häusern nicht nur auch die Treppen und Fußböden entfernt, sondern sogar die Dachtragbalken, teilweise auch die Dachbalken und selbst die Dachsparren. Man ist sogar soweit gegangen, daß man in einigen Fällen aus dem Mauerwerk die Fachwerkbalken loslöste."[87] Schnell wurde deutlich, daß selbst die Leistungskraft des dörflichen Netzwerks gegenseitiger Hilfe überfordert sein würde, um die Schäden zu beseitigen. Auch die Kreisverwaltung wurde um Hilfe gebeten.

Die vielen Maßnahmen – wie etwa die Kompensationsgeschäfte Grevener Unternehmer – sollen hier nicht näher beschrieben werden. In einer Serie von Kleinkonferenzen bemühte sich der Hilfsausschuß, Vertreter der Parteien, Fabrikanten, Handwerker, des Landwirtschaftlichen Ortsvereins, des Einzelhandels und schließlich der Betriebsräte an einen runden Tisch zu bekommen. Von den Kanzeln aus riefen Pfarrer zur Hilfsbereit-

[85] Notiz des Grevener Wohlfahrtsamts vom 14. 5. 1946; StaG, 4–51–40 (1946/50).

[86] Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 2, S. 241.

[87] Westfälische Nachrichten, 13. 8. 1947, zitiert nach StaM, C 11 106/328. In einem Brief des Hilfsausschusses vom 30. 5. 1947 an das Wirtschaftsministerium hieß es, „daß nicht nur ihre Einrichtungsgegenstände und Möbel restlos verschwunden sind, sondern, daß dazu auch noch ihre Wohnhäuser derart zerstört wurden, daß sich ein großer Teil nur noch in einem rohbaumäßigen Zustand befindet"; vgl. StaG, 1–70–34/2: Hilfsausschuß Nordviertel. 1948–1956.

schaft auf, Bauern schlugen kostenlos Holz für die Notleidenden, Möbelsammlungen wurden initiiert. Wer im Dorf einen Neu- oder Anbau plante, wurde unter moralischen Druck gesetzt, seine Bautätigkeiten ruhen zu lassen, damit alle Maurer und sonstigen Bauhandwerker im Nordviertel, also in den Häusern der ehemaligen Evakuierten, zum Einsatz kämen[88]. So leistungsstark sich das Netz gegenseitiger Hilfe auch erwies, Unzufriedenheit trat immer wieder zu Tage. Die Verantwortung dafür lud der Hilfsausschuß bei der politischen Leitung der Gemeinde ab; er selbst hielt sich zugute, daß ohne seine Arbeit „die Bevölkerung nicht ruhig geblieben"[89] wäre.

3.2. Wachsende Unzufriedenheit der Vertriebenen

Unterdessen kam im Sommer 1947 in einer Sitzung des Flüchtlingsausschusses einmal mehr die „tägliche Not der Vertriebenen" zur Sprache, wobei als Ergebnis festgehalten wurde, „daß diese Not nicht allein mit gutem Willen und ohne großzügige öffentliche Hilfe beseitigt werden kann"[90]. Die Ungeduld über die eigene Lage wuchs in den kommenden Monaten. Bemerkenswert an einem Tätigkeitsbericht des Flüchtlingsausschusses aus dem Dezember 1947 ist weniger die Klage über die Behandlung durch die einheimische Bevölkerung als der Vergleich mit der Not der alteingesessenen Grevener, die ihre Häuser für das DP-Lager hatten räumen müssen. „Bei aller Not der Geräumten" sei „das Los der Ostvertriebenen das härtere", so daß man, wie es hieß, „eine Hintansetzung" bei den Hilfsmaßnahmen keineswegs verstehen könne[91].

Während sich diese Kritik noch in internen Arbeitspapieren für die Verwaltung artikulierte, hatte sich ein halbes Jahr später die Situation verschärft. Ein Teil der Vertriebenen, die im Flüchtlingsausschuß tätig waren, kündigten an, „ihre Ämter in öffentlicher Versammlung unter dem Ausdruck des Protestes niederzulegen". Die ständige Abwesenheit der Vertreter der Einheimischen im Flüchtlingsausschuß werteten sie als „den besten Beweis für die Interesselosigkeit" der Dorfbewohner für die Nöte der Vertriebenen. Hinzu käme, daß „der Ostvertriebene in Greven Tag für Tag Zeuge umfassender Hilfsmaßnahmen für die Geräumten des Nordviertels ist". Dort würden „in großzügigster Weise alle die Gegenstände zur Verfügung gestellt [. . .], die er selbst schon seit Jahren nicht mehr kennt"[92].

Der in dem Schreiben gegebene Hinweis, der Ausschuß könne „den stärker werdenden radikalen Einflüssen" nicht länger entgegentreten, war indessen keine leere Rhetorik, die allein taktischen Zwecken diente. Der Vorsitzende des Flüchtlingsausschusses, der dieses Amt seit dessen Konstituierung innegehabt hatte, war aufgrund seiner Einstufung durch die Entnazifizierungskommission des aktiven und passiven Wahlrechts enthoben worden. Von Politikern auf Kreisebene war der entscheidende Anstoß dafür ausgegangen, so daß er die Ämter als Vorsitzender des Flüchtlingsausschusses sowie als Mitglied der Kreisausschüsse Wirtschaft, Wohnung und Wohlfahrt ruhen lassen mußte[93]. Für die

[88] Siehe StaG, 1–70–34/2: Hilfsausschuß Nordviertel. 1948–1956.

[89] Versammlung des Hilfsausschusses vom 13. 7. 1947; StaG, 1–70–34/2: Hilfsausschuß Nordviertel. 1948–1956.

[90] Protokoll der 10. Sitzung des Flüchtlingsausschusses am 20. 7. 1947; StaG, 4–50–13.

[91] Flüchtlingsausschuß an das Amt Greven: „Kurzer Überblick über seine Tätigkeit" vom 7. 12. 1947; StaG, 4–50–13.

[92] Brief des Flüchtlingsausschusses vom 13. 6. 1948 an den Amstdirektor; STaG, 4–50–10 (1945/57).

[93] Vgl. Aktenvermerke vom 24.5. und 25. 5. 1948 sowie das Sitzungsprotokoll vom 2. 6. 1948; StaM, C 11106/328 (Kreiswohnungsausschuß). Ferner: Schreiben der Entnazifizierungskommission vom 11. 6. 1948; vgl. StaG, 4–50–10 (1945/57).

Mitglieder des Grevener Flüchtlingsausschusses mußte dieses umso desillusionierender wirken, als sie ihm einige Monate zuvor – in dem Wissen um seine Einstufung in die Kategorie III durch die Entnazifizierungskommission – ihr Vertrauen ausgesprochen hatten[94]. Seine gesamte politische Brisanz gewann dieser Fall dadurch, daß einer der exponiertesten Sprecher des Hilfsausschusses in der NS-Zeit als Gemeindevorsteher fungiert hatte. Genauer: Er war derjenige, der im März 1933 zum ersten Gemeindevorsteher nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten gewählt worden war. In den letzten Kriegstagen hatte er zudem gemeinsam mit weiteren Grevener Honoratioren dem örtlichen Reichsluftschutzbund vorgestanden[95]. Trotz alledem wirkte er nun im Hilfsausschuß in vorderster Reihe mit und gelangte durch das Engagement in diesem Gremium wieder ins öffentliche Leben, wenngleich er keinerlei offizielle Ämter bekleidete. Nicht nur bei den radikalen Kräften unter den Vertriebenen dürfte dieser Umstand das ohnehin verbreitete Gefühl verstärkt haben, gegenüber den Einheimischen in allen Belangen benachteiligt zu sein[96]. Einige bekannt gewordene Einzelfälle, in denen Einheimische die Familien von Vertriebenen schlecht behandelt haben sollten, heizten naturgemäß die Stimmung zusätzlich an und beförderten ein Klima gegenseitigen Mißtrauens[97].

Zur offenen Eskalation kam es, als im Herbst dem Flüchtlingsausschuß bekannt wurde, daß die Hilfsmaßnahmen für die „evakuierten" Grevener nochmals gesteigert worden waren: Eine Erhöhung der Strompreise zugunsten der „Geräumten" hatten die Vertriebenen ebenso mitzutragen, wie sie zahlreiche Überstunden in den Betrieben zugunsten der Arbeit des Hilfsausschusses zu leisten hatten[98]. Als die eingelegten Proteste wirkungslos verpufften, genügte ein vermeintlich geringfügiger Anlaß, um die Vertriebenen auf den Plan zu rufen. Denn als im Oktober im gesamten Ort tatsächlich kein einziger Kochherd mehr zu besorgen war, da die Hilfsgemeinschaft sie allesamt zugunsten der evakuierten Alteingesessenen aufgekauft hatte, formierten sie sich zu einer „Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen". Die ausdrückliche Feststellung, der Hilfsausschuß für das Nordviertel behindere die Arbeit des Flüchtlingsausschusses, verdeutlicht die aus Sicht der Vertriebenen gegebene Notwendigkeit, andere Formen der Interessenarti-

[94] Sitzung des Flüchtlingsausschusses vom 4. 1. 1948; StaG, 4–50–13.

[95] Dreßler/Galen/Spieker, Greven 1918–1950, Bd. 1, S. 200; Bd. 2., S. 168ff., 176, 200, 215, 243ff.; siehe auch die Kritik, die dem ehemaligen Gemeindevorsteher in der Presse entgegengebracht wurde, als er offenbar das „Gespenst des Kommunismus" beschwor, um weitere Hilfsmaßnahmen gegen eine Verelendung der Bevölkerung zu mobilisieren. Er habe anscheinend Angst, so das „Volks-Echo" in seiner Ausgabe vom 13. 3. 1948, „daß die leidgeprüften Einwohner Grevens einmal über die Ursachen ihres Unglücks nachsinnen könnten und und dann möglicherweise sich auch mit seiner eigenen Person befassen müßten, war er doch als ‚Zeitfreiwilliger im Ruhrkampf' zumindest Handlanger jener Kräfte, die wenige Jahre später Deutschland in ein Meer von Blut und Tränen verwandelt haben"; vgl. StaM, C 11106/328 (Flüchtlingskontrollausschuß).

[96] Im Protokoll der Sitzung des Flüchtlingsausschusses am 8. 8. 1948 ist denn auch – nach der inzwischen erfolgten politischen Entlastung des Vorsitzenden – vermerkt: „In einer kurzen Ausführung zur Entnazifizierung stellte der Vorsitzende die Frage der Entnazifizierung hinsichtlich verschiedener Mißstände bei der Einstufung zur Debatte." Vgl. StaG, 4–50–13.

[97] So geißelte der Flüchtlingsausschuß in seiner Sitzung vom 14. 3. 1948 „das oftmals geradezu sträfliche unsoziale Verhalten einiger Hausbesitzer", das eine „durchgreifende Unterstützung der maßgebenden Behörden" erfordere, um die Wohnungssituation erträglicher zu gestalten; vgl. StaG, 4–50–13.

[98] Sitzung des Flüchtlingsausschusses am 10. 10. 1948; vgl. StaG 4–50–13; siehe auch das Schreiben des Flüchtlingsausschusses vom 25. 9. 1948 an den Amtsdirektor; StaG, 4–50–10 (1945/57); zudem StaG, 1–70–34/2.

kulation zu suchen. Nur auf diesem Weg, so glaubten sie, waren größere soziale und politische Teilhaberechte zu erlangen.

Obgleich die Gründung von Flüchtlings- und Vertriebenengruppen nach der Aufhebung des Koalitionsverbotes in der britischen Zone im Trend der Zeit lag, sind in Greven bei der Gründung der „Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen" exogene Faktoren als nachrangig einzustufen. Naturgemäß bargen derartige Initiativen und Versuche der Gestaltung der eigenen Integration Gefahren und Chancen. Neben der Möglichkeit, den Integrationsprozeß der betroffenen Klientel zu beschleunigen, bestand die Gefahr, „als Zeitverlangsamer zu wirken, weil die Verbandsmitglieder – in traditionellen Denkmustern verhaftet und Gruppenzwängen unterworfen – sich nach außen abschotten und sich somit von der Außengesellschaft eher absetzen" konnten[99]. Allgemein werden diese Gefahren von der Forschung eher als gering eingeschätzt, zumal auch die Flüchtlingsverbände „der Dynamik des Eingliederungsprozesses" unterlagen[100].

Auch der Bürgermeister von Greven sah keinerlei Grund zur Änderung seiner Politik. Priorität hatte für ihn auch weiterhin die Hilfe für die Nordviertel-Bewohner: „Bezüglich der Hilfsaktion des Hilfsausschusses für die Geräumten des Nordviertels möchte ich empfehlen, zunächst ihre Solidarität nicht zurückzustellen. Auch das Flüchtlingsproblem wird einer gerechteren Lösung zugeführt werden."[101] Dieser Lösung glaubten die Grevener Lokalpolitiker jedoch erst dann näherkommen zu können, sobald das DP-Lager vollends aufgelöst wäre. So führte ein Bericht für das Kreisflüchtlingsamt aus dem Dezember 1948 aus: „Wäre Wohnraum vorhanden, so könnte eine groß Zahl von Flüchtlingen in den hiesigen Textilbetrieben in Dauerstellung beschäftigt werden."[102] Da viele Vertriebene in den Bauerschaften untergebracht waren und keinerlei Fahrtverbindungen zum Dorf existierten, waren diese weiterhin „auf die Arbeit als landwirtschaftliche Helfer bei den Bauern gegen geringes Entgelt angewiesen". Ein zufriedenstellender Zustand war dieses für die Grevener Verwaltung ebenfalls nicht, da sich die Zahl der hilfsbedürftigen Familien von 40 im April 1947 auf 150 im Dezember 1948 erhöht hatte, was wiederum die Gemeindekasse zunehmend belastete. Wirksame Maßnahmen wurden allerdings von der Verwaltung nicht ergriffen, so daß sich die britische Besatzungsmacht zu scharfer Kritik veranlaßt sah. Zahlreiche Menschen im Kreis würden unter absolut unzureichenden Bedingungen in Greven und Umgebung leben, vermerkten sie im Monatsbericht vom Oktober 1948. „The authorities have found a very convenient scapegoat in the presence of the two D. P. Camps in the Kreis, throw up their hands in despair and say nothing can be done until these camps are moved. This is, of course, not so."[103] Sieht man davon ab, näher nach der Berechtigung dieser Kritik zu fragen, so liefert diese Notiz jedoch ein starkes Indiz dafür, mit welchen Eigengesetzlichkeiten und Widerständigkeiten die auf höherer politischer und verwaltungstechnischer Ebene oder von den Besat-

[99] Messerschmidt, Aufnahme und Integration, S. 9; umfassend zur Aufhebung des Koalitionsverbotes am 24. 6. 1948 siehe Steinert, Vertriebenenverbände, S. 57ff., 61.

[100] Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 143; Messerschmidt, Aufnahme und Integration, S. 9; vor allem: Erker, Zeitgeschichte, S. 222, der die Vertriebenenintegration im Zusammenhang mit zentralen sozialen und gesellschaftlichen Nachkriegsprozessen in Verbindung bringt.

[101] Schreiben von Bürgermeister Berlage am 28. 10. 1948; StaG, 4–50–10 (1945/57).

[102] StaG, 4–50–10 (1945/57).

[103] Bericht vom Oktober 1948; vgl. PRO, FO 1013/546. Monthly Reports KRO, LK Münster Godrich P. S., Aug. 1948 – Aug. 1949. Dem Grevener Stadtarchivar, Christoph Spieker, bin ich zu Dank verpflichtet, mir diese Akten zur Verfügung gestellt zu haben.

zungsmächten ausgearbeiteten Konzepte konfrontiert waren. Diese Kluft zwischen allgemeinen Direktiven und den Gegebenheiten „vor Ort" bestand in der deutschen Nachkriegsgesellschaft allenthalben, also in der Ostzone wie in den Westzonen, und akzentuiert nachdrücklich die Grenzen der Ordnungs- und Konstruktionspolitik[104]. Zugleich belegt das Beispiel Greven, für welche Gruppen die dörfliche Gemeinschaft aus eigener Initiative in nicht unerheblichem Umfang Hilfe und Unterstützung mobilisieren konnte. Die Vertriebenen gehörten in der Regel zu jenen Personengruppen, die auf ein derartiges Netzwerk nicht zurückgreifen konnten. Um die Brücke zur Situation in Ludwigslust zu schlagen, sei angemerkt, daß sich vor diesem Hintergrund die Starthilfen, die die Kommunisten für die „antifaschistischen Umsiedler" aus dem Sudetenland bereithielten, ausgesprochen bescheiden ausfielen.

4. Grenzen der Konstruktionspolitik

Das Schlagwort von den „Grenzen der Konstruktionspolitik"[105] in der SBZ/DDR verweist auf eine vorhandene und von der Forschung noch näher zu untersuchende Kontinuität gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungen sowie auf das allgemeine Chaos der „Zusammenbruchsgesellschaft". Den Bemühungen, das ostdeutsche Nachkriegsdeutschland unter umfassende Kontrolle zu bringen, stand die chaotische Lage mithin entgegen[106]; zugleich aber erleichterte diese Ausgangssituation die Bemühungen des Machterwerbs, zumal sich die gesellschaftlichen Strukturen im Fluß befanden und erst noch Stabilität gewinnen mußten. Diese Instabilität versuchte die kommunistische Partei mit der Implantierung von „antifaschistischen Umsiedlern" in örtliche Machtpositionen auszunutzen. Rasch jedoch wurde in vielen Orten wie in Ludwigslust deutlich, daß die politisch-dekretierte Integration vom Scheitern bedroht war oder zumindest auf enorme Hemmnisse traf. Die „antifaschistischen Umsiedler" hatten sich an die bestehenden dörflichen Milieus in Mecklenburg-Vorpommern sowie an die Eigenheiten der noch keineswegs homogenen kommunistischen Partei stärker anzupassen, als ihnen lieb war und als es nach den Vorgaben der Parteileitung zu erwarten stand. Die tagtägliche Praxis der Besatzungsmacht – von Norman Naimark als Bestandteil des ostdeutschen Nachkriegschaos beschrieben[107] – trug überdies nur wenig dazu bei, die Situation dieser Gruppe zu verbessern.

Zieht man die Stimmungsberichte der Informationsabteilungen der Landes- und Provinzialregierungen heran, so offenbaren sich bei aller notwendigen Quellenkritik, mit der man ihnen zu begegnen hat, die Grenzen der Konstruktionspolitik bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenenmassen. Am eindringlichsten lassen sich die Grenzen am Beispiel der „antifaschistischen Umsiedler" aufzeigen, da ihnen trotz aller Privilegierung von seiten der zuständigen Verwaltungs- und Parteistellen letztlich durch die Aufnahmegesellschaft ein ähnlich niedriger sozioökonomischer Status zugewiesen wurde wie der Masse der Vertriebenen. Ausnahmen mochte es bei der Ansiedlung ganzer Hand-

[104] Siehe allgemein: Kleßmann, Doppelte Staatsgründung, S. 71 f.
[105] Bauerkämper, Führungsgruppen auf dem Lande, S. 89.
[106] So die Position von Bessel/Jessen, Grenzen der Diktatur, S. 10. Die Autoren übersehen freilich die Ambivalenz des Nachkriegschaos in Hinblick auf die Chancen des angestrebten umfassenden Machterwerbs.
[107] Naimark, The Russians, S. 9ff., 24.

werkergenossenschaften[108] geben, von denen man sich wirtschaftlichen Nutzen versprach. An den grundsätzlichen Problemen bei der politisch-dekretierten Integration der kommunistischen Funktionäre ändert dieses nichts. Kein Zufall ist es, daß sich die Konflikte an der knappen Ressource Wohnraum entzündeten. Als Ursache ist neben den politisch-kulturellen Unterschieden und den hochgesteckten Erwartungen der „antifaschistischen Umsiedler" vor allem die Begrenzung des politisch-ideologischen Herrschaftswillens durch lokale Eigenständigkeiten in der kleinstädtischen Gesellschaft zu sehen. Selbst die Genossen vor Ort konnten und wollten die Eingliederung der Neuankömmlinge nicht mit dem Nachdruck betreiben und diesen die weitreichenden Anrechte verschaffen, wie es „von oben" gewünscht war, wollten sie nicht die eigene Macht in ihrer sozialen Umgebung aufs Spiel setzen. Mit dem eigenen Selbstverständnis wäre ein derartiges Vorgehen ohnehin kaum zu vereinbaren gewesen. Selbst die SED in Mecklenburg – einem Land mit einem Vertriebenenanteil an der Bevölkerung von nahezu fünfzig Prozent – verstand sich niemals als Flüchtlingspartei. Für sie blieb die Integration der Vertriebenen ein eher nachrangiges Problem, das nach Auffassung der SED in der Lösung der zahlreichen sozialen und gesellschaftspolitischen Nachkriegsprobleme aufgehen werde[109].

Die Sperrigkeit des Problems, die Vertriebenen wohnlich unterzubringen, sowie die politische Brisanz dieser Frage wurde in Ludwigslust im November 1946 nochmals in aller Deutlichkeit aufgezeigt, als das Umsiedlerlager für einen größeren Kindertransport in Richtung Westen vollständig geräumt werden mußte. Die Aktion der Umsiedlerbehörden zur Wohnraumbeschaffung ist insofern bemerkenswert, als sie Kreise zog, die weit über Ludwigslust und sogar über Mecklenburg hinausreichten. Unter der Regie des ZVU-Sonderbeauftragten Arthur Vogt sowie des ohnehin nicht zimperlichen Leiters des Landesumsiedleramtes in Schwerin waren zahlreiche Wohnungen im Ort überprüft worden – mit dem Resultat, innerhalb von drei Tagen 57 Wohnungen ausfindig gemacht zu haben, die für die Unterbringung von rund 150 Erwachsenen und 39 Kindern ausreichten[110]. Für ZVU-Präsident Engel war das Ergebnis der Aktion ein willkommener Grund, in einem Zeitungsartikel das Fehlen an „gutem Willen und der nötigen Energie" bei den örtlichen Behörden anzuprangern und die Bedeutung der wohnlichen Unterbringung zu betonen. Erst wenn sie eine eigene Wohnung erhalten hätten, auch „wenn sie noch so klein ist", könnten die „Umsiedler" sich „zu Hause fühlen" und „Wurzeln schlagen"[111].

Als besonders krassen Einzelfall schilderten die Umsiedlerbehörden die Zustände in einer Villa eines Amtsleiters der Ludwigsluster Stadtverwaltung, in der sechs Personen auf 14 Räumen aufgeteilt eine Wohnfläche von 200 Quadratmetern benutzten. Zum Vergleich: Im Kreis Ludwigslust standen ansonsten jeder Person sechs Quadratmeter zur Verfügung[112], womit der Kreis sich im Landesdurchschnitt noch sehen lassen konnte. Die Vertreter der Umsiedlerbehörden wiesen das Wohnungsamt an, in dieser Villa zwei Wohnungen für „antifaschistische Umsiedlerfamilien" einzurichten. Wohnraum für An-

[108] Etwa die Studie von Kaltenborn, Umsiedlergenossenschaften, S. 178ff.
[109] Dezidiert vertrat diese Auffassung der einflußreiche mecklenburgische SPD/SED-Politiker und langjährige Landtagspräsident Carl Moltmann.
[110] BAB, DO 1/10/40, Bl. 268.
[111] BAB, DO 1/10/4, Bl. 69.
[112] BAB, DO 1/10/40, Bl. 340–344.

gehörige dieser Gruppe wurde gegen Ende des Jahres 1946 nicht mehr dadurch geschaffen, daß man zum „maßnahmenstaatlichen" Mittel der Zwangsräumungen gegriffen hätte. Die Privilegierung der „antifaschistischen Umsiedler" erschöpfte sich mittlerweile darin, daß sie lediglich an der Spitze der Liste standen, auf der Interessenten für freiwerdenden Wohnraum verzeichnet waren. Für den Besitzer der Villa war die zwangsweise Einquartierung Grund genug, sich beim Landeswohnungsamt zu beschweren[113], womit er den Stein ins Rollen brachte.

Denn während die ZVU das unkonventionelle Vorpreschen der Umsiedlerbehörden als ein Vorgehen lobte, das mit der „nötigen Energie" betrieben werde, beklagten das Wohnungsamt Ludwigslust, das mecklenburgische Landeswohnungsamt sowie die Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (DVAS) in Berlin die Mißachtung ihrer eigenen Kompetenzbereiche. So prangerte die Vizepräsidentin der DVAS, Jenny Matern (SED), in einem Brief an die ZVU die Tendenz der mecklenburgischen Umsiedlerbehörden an, ihre Kompetenzen zu überschreiten „und Wohnungspolitik auf eigene Faust zu betreiben"[114]. Matern interpretierte das Ludwigsluster Beispiel als einen Beleg für das fortwährende Bestreben der Umsiedlerbehörde, das Landeswohnungsamt planmäßig abzuschaffen. Dabei nahm sie ausdrücklich Bezug auf einen – freilich wenig erfolgreichen – Antrag der Umsiedlerabteilung in Schwerin aus dem Frühherbst 1946 beim damaligen 1. Vizepräsidenten der Landesverwaltung, Hans Warnke, ihr das Landeswohnungsamt zu unterstellen. Sie prophezeite, daß dieser Weg nicht der geeignete sei, „größere Erfolge zu erzielen und die in Mecklenburg bestehenden besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung zu überwinden"[115].

Bemerkenswert erscheint, daß sich die Wogen der Empörung ein Jahr später noch nicht geglättet hatten. Als die SED das administrative Ende der ZVU einleitete, holte sie die Stellungnahmen derjenigen Verwaltungen ein, die mit der Umsiedlerverwaltung zusammenarbeiteten. Von seiten der DVAS kommentierte man den Auflösungsbeschluß mit unverhohlenem Wohlwollen. „Dadurch würde auch der Dualismus verschwinden, der mit der zunehmenden sozialpolitischen Tätigkeit der Umsiedlerverwaltung zu Störungen zwischen der Sozialfürsorge und Wohnungswesen sowie Umsiedlerverwaltung in Mecklenburg führte"[116], heißt es in der Stellungnahme von Jenny Matern, die somit als Nachklang auf die Wohnungsaktion in Ludwigslust im November 1946 sowie auf eine vergleichbare Aktion in Schwerin im September 1947 zu verstehen ist. Sie fiel nicht nur deshalb so deutlich aus, weil ureigene Kompetenzen der Verwaltung berührt waren. Hinzu kam die zu weiten Teilen noch katastrophale Lebenssituation der Vertriebenen in Mecklenburg, die auch die Umsiedlerbehörden nicht leugnen konnten.

Gewiß gibt diese Stellungnahme nicht die Position der SED wieder. Aber man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß die Probleme vor Ort sich als so sperrig erwiesen und von den zuständigen Verwaltungen nicht in gewünschter Weise in den Griff bekommen wurden, so daß sie als eine wichtige Ursache für den abrupten Kurswechsel in der „Umsiedlerpolitik" anzusehen sind, den die SED als Hegemonialpartei der SBZ im Frühjahr 1948 vollzog.

[113] Vgl. MLHA, IV/L/2/6/331, Bl. 129.
[114] DVAS, Jenny Matern, 13. 2. 1947, an die ZVU; BAB, DO 1/10/67, Bl. 136.
[115] BAB, DO 1/10/67, Bl. 136.
[116] DVAS, Jenny Matern, 2. 2. 1948, an das ZS der SED. Betr. Stellungnahme zu dem Schreiben vom 21. 1. 1948 (Auflösung Umsiedlerverwaltung). SAPMO, DY30/IV2/2.027/34, Bl. 174.

Steffi Kaltenborn

Wohn- und Lebensverhältnisse von Vertriebenen 1948 in Thüringen

Als die Alliierten am 2. August 1945 in Potsdam endgültig den Beschluß zur sogenannten „humanen Überführung" der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Ostgebieten, dem Sudetenland und den Staaten Ost- und Südosteuropas nach Deutschland[1] faßten, waren Flucht, Vertreibung und der Zwang zur Suche nach einer neuen Heimat für Millionen Menschen bereits grausame Realität. Allein das Territorium der SBZ beherbergte zu diesem Zeitpunkt ca. 1,5 Millionen Menschen, für die es nun kein Zurück mehr gab[2]. Obwohl spätestens seit den Verhandlungen in Teheran und Jalta die Gewißheit bestand, daß diese Vertriebenen in den nach dem Krieg bei Deutschland verbliebenen Territorien aufgenommen werden mußten[3], besaß die sowjetische Siegermacht zunächst kein tragfähiges Konzept zu ihrer Integration[4]. Erst nachdem die Lage insbesondere in den unmittelbar an die Vertreibungsgebiete grenzenden Städten und Landkreisen der SBZ im Sommer 1945 einem kaum überschaubaren Chaos glich[5], entwickelte die SMAD schrittweise Vorstellungen, die zugleich zu verbindlichen Handlungsanweisungen für die zonalen Parteien, Organisationen und Behörden wurden. Im Mittelpunkt ihres Integrationskonzeptes stand neben der politisch-ideologischen Einflußnahme und Umerziehung der Vertriebenen, der völligen rechtlichen Gleichstellung mit der Wohnbevölkerung, dem kurzfristigen Einfügen der Erwerbsfähigen in den Arbeitsprozeß sowie der Gewährung sozialer Unterstützung für Alte, Versehrte und Nichterwerbsfähige die Versorgung der ankommenden Menschen mit Wohnraum. Damit wurden – abgesehen von der Überbetonung politischer Fragen – in der SBZ die gleichen Prioritäten gesetzt wie im Westen Deutschlands[6]. Für alle Territorien stellte sich unmittelbar mit der Ankunft der Flüchtlingstrecks und der ersten Vertriebenen die Wohnraumproblematik als das im Augenblick drängendste Problem dar, mit dem zunächst die betroffenen Kommunen konfrontiert wurden. Ställe, Scheunen, Säle und Schulen boten den Ankommenden oft erste Unterkunft. Nachdem klar geworden war, daß diese Menschen würden bleiben müssen, versuchten die kommunalen Behörden mit Hilfe von „Ortsgesetzen", des größten Chaos Herr zu werden[7]. Eine einheitliche Handhabung in allen Teilen Restdeutschlands wurde erst mit dem Gesetz Nr. 18 des Alliierten Kontrollrates vom März 1946 vorbereitet[8]. Für das Ter-

[1] Vgl. Die Potsdamer (Berliner) Konferenz, S. 413.
[2] Vgl. Wille, Zu einigen Fragen, S. 18.
[3] Vgl. u. a. de Zayas, Anmerkungen, S. 112ff.
[4] Vgl. Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 12.
[5] Vgl. Wille, Die Vertriebenen, S. 121ff.
[6] Wille, Zu einigen Fragen, S. 24f.
[7] Ebenda, S. 26.
[8] Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, S. 117ff.; vgl. dazu auch: von Plato / Meinicke, Alte Heimat – neue Zeit, S. 49f.

ritorium der SBZ sah die am 27. Juli 1946 von der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge mit Zustimmung der SMAD erlassene Durchführungsverordnung die Einrichtung von Wohnungsämtern und -ausschüssen vor, die eine gerechte Verteilung des Wohnraumes steuern sollten[9]. Da zu diesem Zeitpunkt an Wohnungsneubau nicht zu denken war, konnte diese „gerechte Verteilung" nur in der Einweisung Vertriebener in die Wohnungen der einheimischen Bevölkerung bestehen. Aus den massiven Eingriffen in die Privatsphäre der betroffenen Menschen, aus der gemeinsamen Nutzung von Küche, Toilette, Waschgelegenheit und Abstellkammern, oft auch aus der völlig unmöglichen Trennung der Haushalte Einheimischer und Zugezogener resultierten überall in Deutschland Zwistigkeiten, die die spätere Integration der Vertriebenen verzögerten[10]. Trotz dieser gemeinsamen Schwierigkeiten und der ein Jahr nach Kriegsende vorliegenden einheitlichen Richtlinien zur Einweisung der Vertriebenen in Privatquartiere unterschied sich deren Lebenssituation – resultierend aus zahlreichen Besonderheiten in den Ländern, Kreisen, Städten und Gemeinden – in der Folgezeit teilweise erheblich.

Charakteristisch für Thüringen war in erster Linie die von der in weiten Teilen bergigen Landschaft geprägte, vorrangig durch kleinere und mittlere Betriebe bestimmte wirtschaftliche Struktur. Die wenigen größeren Betriebe in Jena, Nordhausen und im Raum Altenburg hatten zudem durch Kriegseinwirkungen, die Mitnahme von Ausrüstungen, Patenten und Produktionsunterlagen beim Abzug der amerikanischen Truppen sowie durch Demontagen und Reparationsforderungen der sowjetischen Besatzungsmacht gelitten. Die natürlichen Voraussetzungen insbesondere im Süden und Westen des Landes beschränkten zudem die landwirtschaftliche Nutzfläche. Schon in der Vorkriegszeit war Thüringen nur in der Lage gewesen, den Eigenbedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu 75 bis 90 Prozent zu decken. Das Eichsfeld und der Thüringer Wald galten seit jeher als Notstandsgebiete[11].

Diesen für die Aufnahme Hunderttausender Menschen wenig vorteilhaften Bedingungen standen die im Vergleich mit anderen Territorien der SBZ geringeren Kriegszerstörungen gegenüber. Während durch Bombenangriffe 31 000 Wohnungen vor allem in Nordhausen, Jena, Erfurt und Gera, aber auch in kleineren Städten wie Meuselwitz und Creuzburg, vernichtet worden waren[12], berührten die eigentlichen Kriegshandlungen das Territorium Thüringens kaum. Somit verfügte das Land im Jahr 1945 noch über 98 Prozent der 1939 vorhandenen Wohnfläche und damit – verglichen mit den im Zonenmaßstab erhaltenen 68 Prozent – über einen entscheidenden Vorteil gegenüber den anderen Ländern und Provinzen[13].

Infolge der mit dem Krieg verbundenen Veränderungen der natürlichen Bevölkerungsbewegungen sank die Zahl der einheimischen Thüringer Bevölkerung im gleichen Zeitraum von ca. 2,4 Millionen[14] auf 2,2 Millionen[15]. Diese Bevölkerungsverluste von ca.

[9] Plato / Meinicke, Alte Heimat – Neue Zeit, S. 50; Wille, Zu einigen Fragen, S. 26.
[10] Vgl. hierzu u. a. Christopeit, Herkunft, S. 97ff.; Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 118ff.
[11] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3672, Bl. 181.
[12] Vgl. Barthel, Ausgangsbedingungen, S. 41.
[13] Vgl. Rusche, Eingliederung, S. 135.
[14] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3798, Bl. 11. Infolge von Verschiebungen der Landesgrenze wurde die genannte Zahl aus der Summe der im Jahr 1939 in den 1946 zu Thüringen gehörenden Kreisen lebenden Menschen ermittelt.
[15] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3663, Bl. 30. Da auch hierfür keine offizielle Gesamtzahl vorliegt, wurde zu deren Ermittlung von der im Rahmen der Volkszählung von 1946 angegebenen Ge-

200000 Menschen wurden durch das Hereinströmen der Flüchtlinge und Vertriebenen mehr als ausgeglichen. Bereits Ende August 1945 lebten in Thüringen 203767 „Umsiedler“[16]. In den folgenden Wochen und Monaten stieg ihre Zahl sprunghaft an und betrug im Dezember 461 436[17]. Dazu kamen in den Jahren 1946/47 im Rahmen des „organisierten Transfers“ weitere Vertriebene. Erstmals trafen am 12. Juni 1946 1200 Personen aus Reichenberg/Sudetenland im Übernahmelager Gera ein. Diesem Transport folgten bis zum Oktober 1946 weitere 96 allgemeine und 15 Antifa-Transporte aus der CSR mit ca. 120000 Personen sowie unmittelbar daran anschließend 90 Transporte mit 138000 Menschen aus den an Polen abgetretenen ehemaligen deutschen Ostgebieten, 17 Transporte mit Zivilinternierten aus der UdSSR und 10 Transporte mit Menschen aus dem nördlichen Ostpreußen[18]. Der weitaus größte Teil der 1948 in Thüringen lebenden ca. 670000 Vertriebenen stammte aus Schlesien, dem Sudetenland und Ostpreußen[19]. Diese Menschen verteilten sich in unterschiedlichem Maße auf die Städte und Kreise des Landes. Auffallend ist ihr geringer Anteil an der Bevölkerung der Städte. Lebten Ende 1947 2,3 Prozent der Einheimischen in den kreisfreien Städten Thüringens und 51,2 Prozent in den Städten der Landkreise, so fanden nur 1,9 bzw. 42 Prozent der Vertriebenen dort eine Unterkunft, das heißt weit mehr als die Hälfte aller Vertriebenen in Thüringen lebten in Dörfern bzw. kleineren Landgemeinden[20]. Diese ungleichmäßige, den Verstädterungsprozeß der zurückliegenden Jahrzehnte zunächst umkehrende Tendenz betraf alle Länder und Besatzungszonen Deutschlands und resultierte in erster Linie aus dem unkontrollierten Einströmen der Flüchtlingstrecks am Ende des Krieges, die sich vorrangig dort eine Unterkunft suchten, wo die Ernährung einigermaßen gesichert war. Hinzu kam die Praxis der drei Siegermächte, die im Rahmen erster Lenkungsversuche des Vertriebenenstromes ebenfalls vorrangig den Zerstörungsgrad der Städte und die bessere Versorgungslage auf dem Lande, dagegen jedoch weder vorhandene Arbeitsmöglichkeiten noch die Nutzbarkeit des Wohnraumes berücksichtigten[21]. Aus den gleichen Gründen differierte der Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung der Landkreise teilweise erheblich, wie Tabelle Nr. 1 verdeutlicht.

Auffallend ist der hohe Anteil Vertriebener an der Bevölkerung der nördlichen und mittleren Kreise Thüringens, eine Tendenz, die sich bereits mit den ersten Erhebungen abzeichnete und die offensichtlich auf der günstigen Ernährungsbasis in den Regionen mit mittleren und guten Böden beruhte. In den nordöstlichen Kreisen Altenburg, Gera, Stadtroda[22] und Weimar bot die vorhandene Industrie zudem günstige Voraussetzungen für die spätere Eingliederung der hier aufgenommenen Vertriebenen in den Arbeitspro-

samteinwohnerzahl die der Evakuierten und Umsiedler abgezogen. Eventuelle Zuzüge aus privaten oder anderen Gründen müssen unberücksichtigt bleiben.

[16] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3944, Bl. 44; Die „Umsiedler“ wurden in der vorliegenden Statistik getrennt von „sonstigen Ostflüchtlingen“ und „aus dem Westen Evakuierten“ aufgeführt. Trotz Beachtung der in den ersten Monaten oft unklaren Zuordnung in die einzelnen Bevölkerungsgruppen kann davon ausgegangen werden, daß hier unter „Umsiedler“ tatsächlich die von der Vertreibung betroffenen Menschen erfaßt wurden.

[17] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3944, Bl. 45.

[18] Ebenda, Bl. 46.

[19] Ebenda, Nr. 3943, Bl. 37.

[20] Ebenda, Nr. 3664, Bl. 33.

[21] Vgl. u. a. Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 99; Rusche, Eingliederung, S. 133; Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge, S. 20; Plato / Meinicke, Alte Heimat – Neue Zeit, S. 46.

[22] Das Territorium des Landkreises Stadtroda umschließt die Stadt Jena.

Tabelle 1: Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung ausgewählter Kreise in Thüringen (Stand 31. 12. 1948)[23]

Kreis	Gesamtbevölkerung	Vertriebene	Anteil der Vertriebenen in Prozent
kreisfreie Städte			
Apolda	34499	7718	22,3
Arnstadt	30318	7125	23,5
Jena	80980	10801	13,3
Nordhausen	33260	1299	3,9
Landkreise			
Langensalza	57322	17664	36,8
Sondershausen	106208	32378	30,5
Gera	130942	39529	30,0
Stadtroda	122653	35050	28,6
Weimar	138874	39589	28,5
Altenburg	116993	30870	26,4
Schmalkalden	58224	10384	17,9
Worbis	91630	16305	17,8
Suhl	86451	11861	13,7
Sonneberg	85880	7601	8,8
Land Thüringen	2988288	685913	22,3

zeß. Sie trafen somit auf wesentlich günstigere Integrationsbedingungen als die in überwiegend landwirtschaftlich geprägten Gebieten – beispielsweise in den nordwestlichen Thüringer Kreisen Sondershausen und Langensalza – Aufgenommenen, für die die Versorgungsmöglichkeiten zwar oft zufriedenstellend waren, die Suche nach einer Arbeit aufgrund der großen Entfernung vom Wohnort jedoch meist erfolglos blieb.

Auf noch ungünstigere Bedingungen trafen die in den Kreisen des östlichen Thüringer Waldes – Schmalkalden, Suhl und Sonneberg – und des Eichsfeldes – Teile des Landkreises Worbis – eingewiesenen Vertriebenen. Aufgrund der schwierigen Versorgungslage hatten hier von Anfang an weniger Menschen Zuflucht gesucht als in anderen Thüringer Regionen. Zusätzlich erschwerend sollte sich später der große Mangel an Arbeitsplätzen in der dort vorherrschenden Klein- und Heimindustrie auswirken.

Die Unterschiede im Anteil der Vertriebenen an der Bevölkerung der Städte und Landkreise beeinflußten neben dem – wie bereits erwähnt für Thüringen nur bedingt relevanten – Zerstörungsgrad in entscheidendem Maße die Größe des für ihre Aufnahme verfügbaren Wohnraumes. Insgesamt hatte sich die für jeden Einwohner des Landes durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche von 18 m^2 im Jahr 1939 über 11,7 m^2 unmittelbar nach Kriegsende[24] und 10 m^2 im Oktober 1946[25] auf 8,6 m^2 Ende 1948[26] verringert. Jedoch auch hier wiesen die einzelnen Regionen des Landes zum Teil erhebliche Differenzen sowohl in bezug auf die insgesamt vorhandene Fläche als auch hinsichtlich ihrer Zuteilung an Vertriebene auf.

[23] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 23.
[24] Rusche, Eingliederung, S. 135.
[25] Thüringer Volk, Landeszeitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Weimar, 17. 10. 1946.
[26] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 99.

Tabelle 2: Verfügbarer Wohnraum in ausgewählten Thüringer Kreisen (Stand 31. 12. 1948)[27]

Kreis	vorhandener Wohnraum in m² je Kopf		
	insgesamt	für Einheimische und Evakuierte[28]	für Vertriebene
Stadtkreise			
Gotha	10,7	11,2	9,0
Greiz	10,0	10,8	7,9
Mühlhausen	9,9	10,2	7,9
Weimar	7,8	7,8	7,8
Apolda	7,6	7,7	7,2
Landkreise			
Suhl	9,8	9,7	9,8
Altenburg	9,7	9,9	7,4
Schmalkalden	9,5	9,4	9,9
Hildburghausen	9,4	10,1	6,2
Gotha	8,4	9,1	6,3
Weimar	7,8	8,1	7,2
Stadtroda	7,8	8,2	6,8
Gera	7,6	8,7	6,5
Eisenach	6,9	6,7	7,8
Sondershausen	6,8	7,0	6,5
Land Thüringen	8,6	8,8	7,6

Ein Vergleich der Angaben in beiden Tabellen zeigt deutlich die Abhängigkeit der verfügbaren Wohnfläche von der Zahl der aufgenommenen Vertriebenen. Insbesondere in den Landkreisen Sondershausen, Weimar, Stadtroda und Gera verringerte der große Menschenzustrom den pro Kopf vorhandenen Wohnraum offensichtlich deutlich, während in den Stadtkreisen eine gegenteilige Tendenz zu beobachten ist. Im Norden Thüringens hebt sich lediglich der Kreis Altenburg von den benachbarten Regionen ab. Für den Kreis, der sowohl industriell als auch landwirtschaftlich zu den am weitesten entwickelten des Landes zählte, wirkte sich der im Gegensatz zu den ähnlich strukturierten Nachbarkreisen geringere Zuzug offensichtlich besonders günstig aus. Die starke Benachteiligung der Vertriebenen gegenüber der einheimischen Bevölkerung hinsichtlich der Größe des verfügbaren Wohnraumes konnte zudem dadurch ausgeglichen werden, daß die durchschnittlich verfügbaren 7,4 m² je Person nicht weit unter dem Landesdurchschnitt lagen.

Für einen Zusammenhang zwischen der Zahl der aufgenommenen Vertriebenen und vorhandener Wohnfläche spricht auch der vergleichsweise große nutzbare Wohnraum in den vom Menschenzustrom der Nachkriegsjahre weniger betroffenen Kreisen Suhl, Schmalkalden und Hildburghausen. Dagegen blieb die Wohnfläche in anderen Kreisen des Thüringer Waldes – wie zum Beispiel Sonneberg – trotz des geringen Bevölkerungs-

[27] Ebenda.

[28] Bei einem Anteil von 3,1 % an der Gesamtbevölkerung kann die Zahl der Evakuierten, die 1945 entscheidend zur Verknappung der Wohnfläche beigetragen hatte, für das Jahr 1948 außer acht gelassen werden. Lediglich in der Stadt Greiz muß davon ausgegangen werden, daß zu diesem Zeitpunkt bei einem Bevölkerungsanteil dieser Menschengruppe von 7,8 % der Wohnraum für die Vertriebenen auch weiterhin aufgrund der Unterbringung Evakuierter eingeschränkt blieb. Vgl. ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 23.

zuwachses eng begrenzt. Das lag vor allem in der überwiegend von einfachen Einfamilien-Fachwerkhäusern mit äußerst beengten Unterkunftsmöglichkeiten geprägten baulichen Struktur der Berggemeinden begründet. Mittelalterliche Fachwerkbauten, die in den wenigen kleinen Städten dominierten, verfügten ebenfalls nur über eine begrenzte Aufnahmefähigkeit[29].

Zu einer weiteren Wohnraumverknappung insbesondere in den Kreisen des Thüringer Waldes trugen die sich seit 1947 verstärkenden Bemühungen um das Untersagen der Einweisung Vertriebener in Heilbäder bei[30]. Diese Forderungen sind angesichts der Tatsache, daß allein in den zehn Thüringer Heilbädern ca. 25 Prozent der Einwohner Vertriebene waren, die meist in ursprünglich Kurzwecken vorbehaltenen Unterkünften und Einrichtungen lebten, durchaus verständlich. Die verlangte Ausweisung der ca. 16 000[31] betroffenen Menschen konnte jedoch als Lösung – zumindest zunächst – nicht in Betracht gezogen werden, zumal man davon ausgehen mußte, daß sich die ca. 30 Kurorte im Land derartigen Aktionen anschließen würden. Es zeichnete sich jedoch spätestens seit 1947 ab, daß die dauerhafte Unterbringung einer größeren Zahl Vertriebener weder in Heilbädern noch in Kurorten möglich sein würde[32].

Unmittelbare Auswirkungen auf die Verringerung des Wohnraumbestandes hatten auch die von den Siegermächten getroffenen Festlegungen für die zeitweilige Besetzung Deutschlands. Zum einen wurden in allen Kreisen Unterkunftsmöglichkeiten für die Angehörigen der Besatzungstruppen benötigt. So beherbergte die Gemeinde Gefell im Kreis Sonneberg bereits Ende August 1945 bei 370 Einwohnern neben ca. 200 Evakuierten ebenso viele Angehörige der Roten Armee[33]. Thüringen verfügte zudem über eine relativ lange Demarkationslinie zur amerikanischen und britischen Besatzungszone. Spätestens seit 1946 sperrte die SMAD die unmittelbar daran gelegenen Gebiete für die Ansiedlung von Vertriebenen[34]. Hinzu kam eine weitere Wohnraumverknappung durch die Unterbringung der Polizei[35]. Allein Mühlhausen mußte zu diesem Zweck innerhalb kürzester Zeit 200 Wohnungen für insgesamt 750 Personen zur Verfügung stellen[36]. Noch stärker war der Kreis Eisenach von diesen Maßnahmen betroffen, da auf ihn fast die gesamte Grenze Thüringens zu Hessen entfiel. Die statistische Angabe, wonach hier die Vertriebenen im Durchschnitt über 1,2 m^2 mehr Wohnfläche verfügt haben sollen als die einheimische Bevölkerung, ist angesichts dieser Tatsache anzuzweifeln.

Trotz der aufgezeigten deutlichen Unterschiede in den Ausgangsbedingungen meldeten Ende 1947 nahezu alle Thüringer Kreise an das Landesamt für Neubürger, daß die

[29] Ebenda, MdI, Nr. 3876, Bl. 104.

[30] Vgl. u. a. ebenda, Nr. 3709, Bl. 364ff.

[31] Mit dem Stand von Ende Februar 1948 lebten 16385 Vertriebene in den 10 Heilbädern. Vgl. ebenda, Nr. 3934, Bl. 424.

[32] Im folgenden Jahr hatten die Bemühungen der betroffenen Gemeinden Erfolg. Mit dem „Gesetz über die Unterbringung Werktätiger in Heilbäder, Kur- und Erholungsorte" vom 19. Mai 1949 wurde festgelegt: „Einrichtungen oder Unterbringungsmöglichkeiten, die Kurzwecken entfremdet worden sind, sind [. . .] ihrem früheren Zweck wieder zuzuführen. Das gilt insbesondere für Einrichtungen und Räume, die während des Krieges oder später stillgelegt oder mit Neubürgern belegt worden sind." Regierungsblatt für das Land Thüringen, Teil I: Gesetzsammlung, Nr. 7, Weimar 31. Mai 1949, S. 31.

[33] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3934, Bl. 140.

[34] Ebenda, Bl. 76 RS.

[35] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 71f.

[36] Ebenda, MdI, Nr. 683, Bl. 21.

Unterbringung der Vertriebenen fast ausschließlich in „beständigen Wohnungen" erfolgt sei. Angeblich lebten zu diesem Zeitpunkt nur 2,3 Prozent der Vertriebenen in „zeitweiligen unzulänglichen Wohnungen" und 0,1 Prozent von ihnen besaßen keinen Wohnraum[37]. Einen Anhaltspunkt dafür, welche Wohnungen als „beständig" betrachtet wurden, bieten die Forderungen des Leiters des Amtes für Neubürger, Kalinke, vom Dezember 1947, wonach für die wohnliche Unterbringung die folgenden Minimalanforderungen fixiert wurden: Die Heizbarkeit des genutzten Raumes, das Vorhandensein verglaster Fenster, dichter Türen, einer Kochgelegenheit sowie der notwendigen mobiliaren Ausstattung, d. h. eines Schrankes, eines Tisches sowie je Person eines Bettes und eines Stuhles[38]. Obwohl angesichts der günstigeren Situation im Land davon ausgegangen werden konnte, daß Thüringen weitaus weniger Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Vertriebenen hatte als andere Länder der SBZ, ist es angesichts der auch hier zweifellos vorhandenen Notlage äußerst unwahrscheinlich, daß tatsächlich fast 99 Prozent der Unterkünfte von Vertriebenen im Land diesen Anforderungen gerecht wurden. Offensichtlich schenkte auch das Amt für Neubürger den aus den Kreisen gemeldeten statistischen Angaben wenig Glauben. Um sich selbst ein genaues Bild über die Lage zu verschaffen, führte das Amt in der Zeit vom 23. Juni bis 10. Dezember 1948 „Überprüfungen der Wohn- und Lebensverhältnisse der Alt- und Neubürger" durch. Diese bildeten letztendlich zugleich den Höhepunkt und Abschluß der Tätigkeit des Umsiedleramtes, da SMAD und SED bereits seit 1947 verstärkt auf die Auflösung der ZVU und aller speziell mit Vertriebenenfragen befaßten Behörden in den Ländern hingearbeitet hatten[39], was unter anderem auch zur Auflösung des Thüringer Amtes für Neubürger am 1. April 1949 führte[40]. Nach außen hin wurde versucht, die wahren Gründe für diese Politik zu verschleiern, indem man das sogenannte „Umsiedlerproblem" für „gelöst" erklärte und im Rahmen von Umsiedlerwochen in der ersten Jahreshälfte 1948 in allen Ländern und Kreisen der SBZ die zweifellos vorhandenen Erfolge bei der Aufnahme und beginnenden Integration der Vertriebenen in den Mittelpunkt stellte. Gleichzeitig sollten damit die kaum weniger großen weiterhin bestehenden Probleme dieser Menschen – der noch immer gravierende Mangel an Wohnraum, Arbeitsplätzen, Kleidung und Mobiliar, die Benachteiligung gegenüber der einheimischen Bevölkerung in nahezu allen Lebensbereichen, die Sehnsucht nach der Heimat und das Nichtvergessenkönnen der brutalen Art und Weise der Ausweisungen – zunehmend verdrängt werden. Erfolgsbilanzen hinsichtlich der wohnlichen Unterbringung ließen sich offensichtlich am ehesten in Thüringen nachweisen. Die Kontrolle von insgesamt 5674 Haushalten – davon 3060 von Vertriebenen – in 238 der 2382 Städte und Gemeinden des Landes zeigten tatsächlich beachtliche Ergebnisse bei der menschenwürdigen Unterbringung. Trotzdem verdeutlichten Mißstände in nahezu allen Kreisen, daß die im Vorjahr gemeldeten statistischen Angaben nicht in jedem Fall der Realität entsprachen.

Relativ günstige Wohnbedingungen fanden die Vertriebenen den Kontrollergebnissen zufolge in einem Teil der Städte vor. So stellte die für die Überprüfung der Haushalte in Apolda zuständige Kommission fest, es sei „die Stadt Thüringens, in der das Neubürgerproblem als gelöst betrachtet werden kann. [. . .] Die Überprüfung ergab, daß ein Unter-

[37] Ebenda, Nr. 3664, Bl. 139.
[38] Ebenda, Nr. 3726, Bl. 53.
[39] Vgl. Wille, Zentralverwaltung, S. 51 ff.
[40] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 2.

schied zwischen Alt- und Neubürgern in vielen Fällen nicht mehr zu bemerken ist." In einer ehemaligen Fabrik konnten neue, ausnahmslos zur Abgabe an Vertriebene vorgesehene, Wohnungen fertiggestellt werden[41]. Als Ursache für die erfolgreiche Unterbringung wurde eine bereits früher stattgefundene Überprüfung der den Vertriebenen überlassenen Wohnräume durch Mitarbeiter des Wohnungsamtes und Stadtverordnete betrachtet. Selbst wenn man von der überzogenen Feststellung eines „bereits gelösten Neubürgerproblems" absieht, kann davon ausgegangen werden, daß in Apolda zumindest die Sicherung der Grundanforderungen an die Wohnraumversorgung gelungen war. Offensichtlich stellte dabei in der Stadt der relativ hohe Bevölkerungszuwachs von 24 Prozent gegenüber 1939 kein entscheidendes Hindernis dar[42].

Ähnlich positive Einschätzungen traf das Amt für Neubürger auch für die Städte Altenburg, Greiz, Mühlhausen und – mit Abstrichen – Langensalza[43]. In Altenburg verfügten Vertriebenenhaushalte mit zwei Personen teilweise bereits über zwei Räume. Bei Familien mit mehr als vier Personen konnte die Vergabe von mindestens zwei Räumen garantiert werden[44]. Als besonders erwähnenswert betrachteten die Prüfer, daß in Mühlhausen „die Neubürger nicht in Hinterzimmer untergebracht, sondern gleichberechtigt mit den Altbürgern wohnen."[45] Gleichzeitig fällt am Beispiel von Mühlhausen, Greiz und besonders Langensalza auf, daß selbst dort, wo im unmittelbaren Umfeld erhebliche Mißstände beobachtet werden mußten[46], die Vertriebenen in den Städten der Landkreise eine einigermaßen menschenwürdige Unterkunft gefunden hatten.

Völlig anders zeigte sich die Situation in den von den Kriegszerstörungen besonders betroffenen größeren Städten. So konnte auch ein Bevölkerungsrückgang in Nordhausen um etwa ein Viertel[47] den erheblichen Wohnraumverlust nicht ausgleichen. Einheimische und Vertriebene waren hier gezwungen, in oftmals nur notdürftig hergerichteten Baracken zu leben. Über die Bedingungen, denen die Menschen in derartigen Unterkünften ausgesetzt waren, geben die Berichte zur Situation einzelner Familien wie folgt Auskunft: „Umsiedlerfamilie P., Nordhausen, Baracke Freiherr v. Stein-Straße: Räumlich durchaus ausreichend bewohnt die 4 köpfige Umsiedlerfamilie 3 Räume in einer Baracke, die nicht winterfest ist. Die sehr ordentliche und saubere Familie hat den Wunsch, endlich, nach 3 Jahren eine Wohnung zu erhalten, da es bei Regenwetter furchtbar sei, in der Baracke, deren Dach schadhaft ist, zu wohnen. [...] Umsiedlerfamilie L., Nordhausen, Baracke Freiherr v. Stein-Straße: Die 12 Personen starke Familie, die gleichfalls in einer der undichten Baracken wohnen muß, ist dort sehr beengt untergebracht. In 2 Zimmern und dem Abstellraum von zusammen 30 qm Wohnraum sind nur 7 Schlafgelegenheiten vorhanden. Die Räume sind sehr unsauber, was bei der Beengtheit kaum anders sein kann. Das wenige Mobiliar ist schlecht. Die Verhältnisse dieser Familie müssen in Kürze geändert werden, da sonst die Gefahr besteht, daß sich ein Krankheitsherd ent-

[41] Ebenda, Bl. 80f.

[42] Zu der Zahlenangabe vgl. ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 3798, Bl. 11 und ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 23. Apolda verzeichnete damit den höchsten Bevölkerungszuwachs aller kreisfreien Städte Thüringens.

[43] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 76; ebenda, MdI, Nr. 682, Bl. 68ff. und Nr. 686, Bl. 44.

[44] Ebenda, MdI, Nr. 682, Bl. 68ff.

[45] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 76.

[46] Vgl. ebenda, MdI, Nr. 682, Bl. 2–18 und Bl. 86–125; Nr. 683, Bl. 15–49.

[47] Vgl. ebenda, Nr. 3798, Bl. 11; MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 23.

wickelt. Die Einschaltung des Gesundheitsamtes ist dringendst erforderlich."[48] Die statistische Angabe, wonach in Nordhausen eine ebenso große Wohnfläche je Einwohner wie im Landesdurchschnitt zur Verfügung gestanden haben soll, kann nur unter Zurechnung derartiger Unterkünfte entstanden sein.

Erhebliche Probleme bei der Unterbringung der Vertriebenen bestanden auch in anderen Städten wie zum Beispiel Jena, Erfurt und Weimar. Erschwerend wirkte sich in Weimar zusätzlich der Status als Landeshauptstadt aus, da zahlreiche Räume für die Einrichtung von Behörden und gleichzeitig Unterkünfte für die Abgeordneten während der Sitzungen des Landtages bereitgestellt werden mußten. Für Jena wiederum brachte der Charakter als Universitätsstadt zusätzliche Schwierigkeiten mit sich. Traditionell vermieteten die Einheimischen hier ihre ungenutzten Räume an Studenten. Nach Ansicht des Amtes für Neubürger wäre dabei jedoch eine planvollere Lenkung durchaus möglich gewesen. In zahlreichen Fällen empfahlen die Kommissionsmitglieder die Vergabe größerer Räume an die Familien der Vertriebenen, während deren bisher genutzte kleine Zimmer für die Bedürfnisse der Studenten ausreichen sollten[49].

Weitaus differenzierter als in den Städten gestaltete sich die wohnliche Unterbringung der Vertriebenen in den Thüringer Landkreisen. Die guten Voraussetzungen in den industriell und landwirtschaftlich weit entwickelten nordöstlichen Kreisen wirkten sich auch auf die Vergabe von Wohnraum an die neu Hinzugezogenen aus. Vor allem im Kreis Altenburg war die Situation trotz aller Probleme bei weitem nicht mit der Notlage in anderen Kreisen des Landes – und schon gar nicht mit der im Norden und Osten der SBZ – vergleichbar. Nach der Kontrolle der Wohn- und Lebensverhältnisse in sieben Gemeinden des Kreises wurde festgestellt, daß die Vertriebenen in zufriedenstellenden Verhältnissen mit guter wohnlicher Ausstattung lebten. Kleinere Mängel wurden unmittelbar nach der Überprüfung behoben[50]. Diese positive Einschätzung erfolgte im Kreis nahezu flächendeckend und unabhängig von der konkreten Wohnlage. Sie bezog sich sowohl auf Gemeinden wie Langenleuba-Niederhain, in denen sich aufgrund der vorhandenen großen Bauernhäuser die Einschränkungen für die einheimische Bevölkerung in Grenzen hielten, als auch auf die durch Kriegseinwirkungen zu 82 Prozent zerstörte Stadt Meuselwitz[51]. Selbst in der Gemeinde Flemmingen, in der die Zahl der Vertriebenen annähernd die der Einheimischen erreichte, blieb die Kritik des Weimarer Amtes auf den fehlenden Abstellraum bei einer Familie beschränkt[52]. Besonders hervorgehoben wurde das offensichtlich aus dem unter den gegebenen Bedingungen annähernd optimal gelösten Wohnraumproblem resultierende gute Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen[53].

Im Kreis Gera hatten ähnlich wie in Apolda bereits 1947 Überprüfungen der Wohnsituation bei den Familien Vertriebener von seiten der Kreisverwaltung stattgefunden, und auch hier führte das Amt für Neubürger seinen positiven Gesamteindruck vor allem auf diese Maßnahme zurück. Offensichtlich gelang nicht nur eine Erfassung bisher nicht ausgelasteter Räume – allein 70 in Neustadt und 72 in Triptis – sondern auch eine relativ

[48] Ebenda, MdI, Nr. 683, Bl. 62f.
[49] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 69.
[50] Ebenda, Bl. 74.
[51] Ebenda, MdI, Nr. 682, Bl. 68ff.
[52] Ebenda, Bl. 84.
[53] Ebenda, Bl. 71 u. Bl. 84.

gleichmäßige Belastung aller Gemeinden des Kreises mit Vertriebenen. Insgesamt wurden die Wohnverhältnisse in den überprüften Gemeinden als gut eingeschätzt und ausdrücklich darauf verwiesen, daß kaum Unterschiede zwischen Alt- und Neubürgerhaushalten erkennbar seien.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang die völlig fehlende Übereinstimmung der erwähnten positiven Kontrollergebnisse mit den statistischen Angaben. Die Geraer Kreisverwaltung ging Ende 1948 bei 12 Prozent der Vertriebenen von einer unzureichenden Unterbringung aus[54]. Ursachen für diese Aussage, die der weitaus deutlicher verbreiteten Tendenz zur Beschönigung statistischer Angaben entgegenstand, lassen sich allenfalls vermuten. Es ist unwahrscheinlich, daß angesichts der allgemeinen Not die Kreisverwaltung in Gera an die Unterbringung der zugezogenen Menschen höhere Ansprüche stellte, als dies generell der Fall war. Unterstellt man eine bewußte Manipulation der Zahlen, so liegt die angesichts des geringen Zuzuges seit 1948 jedoch eher unwahrscheinliche Vermutung nahe, daß der Kreis wegen schlechter Unterbringungsmöglichkeiten eine weitere Zuweisung Vertriebener verhindern wollte. Anzunehmen ist jedoch, daß die Zahlen die tatsächliche Situation in einzelnen Gebieten des Kreises, die von den Kontrollen des Amtes für Neubürger nicht erfaßt wurden, widerspiegeln.

Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Voraussetzungen für die wohnliche Unterbringung bestanden auch in den vorrangig durch eine hochentwickelte Landwirtschaft geprägten Kreisen Sondershausen und Langensalza, die zudem beide aufgrund des hohen Bevölkerungszuwachses nur über eine geringe Wohnfläche je Einwohner verfügten. Trotzdem zeigten sich zwischen den Einschätzungen des Amtes für Neubürger über die unmittelbar benachbarten Regionen deutliche Differenzen. Bis zum Jahr 1947 hatte sich das Amt mehrfach veranlaßt gesehen, auf die völlig unzureichende Unterbringung der Vertriebenen im Landkreis Sondershausen, die offensichtlich durch die im Landesmaßstab geringste Wohnfläche je Einwohner verursacht wurde, hinzuweisen. Ein Jahr später berichteten die zuständigen Kommissionen über eine deutliche Anhebung des Lebensniveaus, die auf eine verstärkte Kontrolltätigkeit seitens der Kreisverwaltung zurückzuführen sei[55]. Inwiefern eine Verbesserung der Wohnqualität bei 6,5 m^2 Wohnfläche für jeden Vertriebenen erreichbar war, wurde in dem Bericht nicht erläutert. Die gleichzeitige Erwähnung von Streitigkeiten unter der einheimischen Bevölkerung, da die Verknappung aufgrund „reichlich vorhandenen Wohnraumes" nur einen Teil von deren Haushalten beträfe,[56] läßt vielmehr vermuten, daß im Kreis Sondershausen im Rahmen der Kontrollen vorwiegend Dörfer mit einem geringen Vertriebenenanteil – bei insgesamt ungleichmäßiger Verteilung – erfaßt wurden. Die Lebenssituation der in andere Dörfer des Kreises eingewiesenen Menschen kann mit großer Wahrscheinlichkeit mit der im Nachbarkreis Langensalza verglichen werden. In den überprüften Gemeinden – insbesondere Großengottern und Ilefeld – trafen die Kommissionen auf derart erbarmungswürdige Zustände, daß das Amt für Neubürger einschätzte, Langensalza dürfe „für sich das Recht in Anspruch nehmen," hinsichtlich der Vertriebenenbetreuung „der schlechteste Kreis in Thüringen zu sein. Auf der ganzen Linie ist in diesem zwar industriearmen, doch landwirtschaftlich sehr reichen Kreise für die Umsiedler sehr wenig getan worden. Ganz besonders haben die Großbauern sehr wenig Verständnis für die sozialen Verhält-

[54] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 99.
[55] Ebenda, Bl. 79f.
[56] Ebenda.

nisse der Neubürger."[57] Besonders menschenunwürdig wurde die Unterbringung der Vertriebenen in Großengottern empfunden. Während alteingesessene Bauern den Vertriebenen Unterkünfte in den schlechtesten Zimmern ihrer Häuser zuwiesen, nutzten sie vollständig eingerichtete Wohnräume als „Wurst-" oder „Abstellkammern". So mußten vier erwachsene Vertriebene mit ihren vier Kindern in einem Zimmer mit Küche, das zudem einer Rußkammer glich und eine Fläche von nur 14 m^2 umfaßte, leben, während der außerhalb des Ortes wohnende Eigentümer drei Räume im gleichen Haus als Abstellkammern beanspruchte[58]. Die ausgesprochen unmenschliche Unterbringung Vertriebener in einem Wohnviertel des Dorfes wurde wie folgt beschrieben: „Der Bau, Eigentum der Gemeinde Großengottern, kann in seinem jetzigen Zustand überhaupt nicht als Wohnraum angesehen werden. Er widerspricht den einfachsten Begriffen, der Möglichkeit über Unterbringung von Menschen. Stellt ein vollkommen verrustes, total verkommenes Gebäude dar, in dem nur Neubürger wohnen müssen. Erdgeschoß rechts wohnt Familie K., 2 Erw. und 7 Kinder in einem Raum. Die Mutter teilt das Bett mit 3 Kindern, die übrigen müssen gleichfalls als Haufen zusammen schlafen. Die Frau sagt aus, daß die Wohnungen vollkommen verwanzt sind, sie bald nicht mehr imstande ist, die Chemikalien zu kaufen und sich vor dem Ungeziefer auch nur einigermaßen zu schützen.

Weiters wohnt die Neubürgerfamilie H., 5 Personen in 2 kleinen ‚Löchern'. Das eine mit einem Feldofen für einen Topf aufstellbar eingerichtet, der das ganze Haus verqualmt und das Leben der übrigen Bewohner untragbar macht. [. . .] Das ganze Gebäude ist meines Erachtens nicht einmal für Großvieh benützbar [. . .] Das Trinkwasser muß aus einem ungefähr 6 m tiefen Brunnen entnommen werden, der nicht abgedeckt ist und mit allem Unrat versehen ist."[59]

Ähnliche Mißstände wie in Großengottern mußten auch in anderen Gemeinden des Kreises registriert werden. In einem besonders mitleiderregenden Zustand befanden sich die Bewohner des Ilefelder Altenheimes, in dem nicht nur die hygienischen Verhältnisse als katastrophal betrachtet wurden, sondern zudem der begründete Verdacht bestand, daß die hier untergebrachten alten Menschen regelrecht dem Verhungern preisgegeben waren. Entsprechend harte Worte richtete der Leiter des Thüringer Amtes für Neubürger, Kalinke, im Rahmen der Abschlußbesprechung an alle Verantwortlichen. Seine Vorwürfe konnten mit Hinweisen auf die schwierige soziale Lage in dem industriearmen Kreis sowie auf die Tatsache, daß hier im Rahmen des Befehls Nr. 209 der SMAD besonders viel Wohnraum für Neubauern errichtet werden mußte, nur zum Teil entkräftet werden[60].

Die Feststellung der Prüfungskommission, wonach im Kreis Langensalza vorrangig Bauern mit relativ großen Wirtschaften – und entsprechenden Wohnräumen – den Nöten der Vertriebenen wenig Verständnis entgegenbrachten, wurde auch bezüglich einzelner Dörfer in den Landkreisen Worbis und Weimar wiederholt[61]. Offensichtlich gelang es den Behörden in Dörfern mit über Jahrhunderte gewachsenen, von deutlichen Besitzunterschieden geprägten sozialen Strukturen besonders schwer, sich gegen letztere, aber auch gegen verwandtschaftliche und freundschaftliche Bindungen im notwendigen

[57] Ebenda, Bl. 72.
[58] Ebenda, MdI, Nr. 682, Bl. 9ff.
[59] Ebenda, Bl. 12.
[60] Ebenda, Bl. 2ff.
[61] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs., Nr. 444/1, Bl. 78 und Bl. 83.

Maße durchzusetzen. Auf wesentlich mehr Durchsetzungsvermögen der Behörden, aber auch eine offensichtlich größere Hilfsbereitschaft der Einheimischen trafen die Vertriebenen hingegen in den traditionell ärmsten Regionen des Landes. So wurden ihre Lebensverhältnisse im Kreis Sonneberg als gut eingeschätzt. Ausdrücklich verwies die Kommission auf das Vorhandensein von genügend Wohnraum in einem Teil der Gemeinden sowie auf die geringe Anzahl Vertriebener[62]. Von dieser günstigen Situation profitierten besonders die 478 in Steinach eingewiesenen Menschen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich 5,6 Prozent betrug. Trotz schlechter baulicher Voraussetzungen gelang in der Stadt eine planvolle Wohnraumverteilung[63]. Nachteilig wirkte sich jedoch die schlechte Ernährungslage aus, die angesichts der bis ins Stadtinnere reichenden Felsen auch nicht durch die Vergabe von Gartenland ausgeglichen werden konnte[64].

Ähnlich positiv wurde die Arbeit der zuständigen Behörden im ebenfalls im Thüringer Wald gelegenen Kreis Meiningen eingeschätzt. Ein Pressebericht hob besonders die Arbeit des Bürgermeisters in Wölfershausen hervor, der sich persönlich auffallend für die Vertriebenen engagierte und von erst vor wenigen Tagen aus Polen Angekommenen als „ihr Freund" bezeichnet wurde, der dafür gesorgt hätte, daß ihnen bereits unmittelbar nach der Ankunft mit reichlichem Mobiliar ausgestattete Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden[65]. Aus den Überprüfungsergebnissen des Kreises Meiningen geht hervor, daß sich die zuständigen Behörden trotz des äußerst beengten Wohnraumes offensichtlich vielfach erfolgreich um eine menschenwürdige, wenn auch nicht als dauerhaft zu betrachtende Unterkunft für die Vertriebenen bemühten[66].

Unabhängig von den gezeigten regionalen Unterschieden verwiesen die Kommissionen auf bestimmte Probleme, die offensichtlich in nahezu allen Kreisen Thüringens auch bei größtmöglichem Einsatz nur schwer lösbar waren. So gelang es einem Teil der Wohnraumbesitzer, sich gegen die Beschlagnahme von Zimmern in ihren 4-, 5- oder 6-Raumwohnungen mit Hilfe von Einsprüchen an übergeordnete Dienststellen erfolgreich zu wehren. Insbesondere die Hauptabteilung Bau- und Wohnungswesen im Thüringer Ministerium für Arbeit und Soziales traf mehrfach derartige schwer nachvollziehbare Entscheidungen[67]. Streitigkeiten zwischen den Parteien, so zum Beispiel zwischen SED und CDU über die Notwendigkeit der Nutzung der Arbeitszimmer von Pfarrern als Wohnraum im Kreis Mühlhausen[68], trugen ebenfalls nicht zur ausreichenden Berücksichtigung der Interessen Vertriebener bei. Das Beispiel Erfurts verdeutlichte letztendlich grundlegende Schwierigkeiten zahlreicher Städte und Kreise. Hier blieb das Vertreten der Belange der Vertriebenen auf einen eng begrenzten Personenkreis be-

[62] Ebenda, MdI, Nr. 684, Bl. 9 und Nr. 686, Bl. 5.
[63] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 79.
[64] Ebenda, MdI, Nr. 684, Bl. 16; mit dem „Gesetz über die Verteilung von Gartenland an Neubürger" vom 30. Januar 1947, das die Vergabe von nach Möglichkeit 100 bis 300 m^2 Land an die Familien Vertriebener vorsah, gelang in zahlreichen Territorien des Landes tatsächlich eine Verbesserung der Ernährungsbasis, was zahlreiche Berichte zu den Kontrollen im zweiten Halbjahr 1948 belegen. Andererseits wurden auch hier zum Teil ungerechtfertigte Unterschiede zwischen den Kreisen kritisiert; zum Gesetz vgl.: Regierungsblatt für das Land Thüringen, a. a. O., 14. März 1947, S. 27; zu Ergebnissen bei der Vergabe von Gartenland vgl. ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 682, Nr. 683 und Nr. 684.
[65] Ebenda, Nr. 686, Bl. 51.
[66] Ebenda, Nr. 683, Bl. 124 ff.
[67] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 84.
[68] Ebenda, Bl. 77 und MdI, Nr. 683, Bl. 15 ff.

schränkt. Aufgrund mangelnder Zusammenarbeit zwischen allen betroffenen Dienststellen wurde das sogenannte „Neubürgerproblem" zu einer Ressortfrage abgestuft[69]. Zudem mangelte es vor allem in kleineren Städten und Landgemeinden Thüringens am systematischen Aufbau unentbehrlicher Dienststellen. So fehlte in Triebes/Kreis Gera sogar ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Wohnungsamtes. Ohne das Vorhandensein übersichtlicher Wohnungskarteien – beispielsweise in den Landkreisen Greiz, Mühlhausen und Gotha – blieb die Einweisung der Vertriebenen in bewohnbare Räume oft dem Zufall überlassen[70].

Bei aller Kritik an der Arbeitsweise einzelner Verantwortlicher wurde nicht übersehen, daß auch ein Teil der Vertriebenen nicht im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten zu einer Verbesserung seiner Lebensverhältnisse beitrug. So ergab die Überprüfung von zwei im gleichen Haus untergebrachten Familien in Gotha folgendes Bild: Die betreffenden Wohnräume boten äußerlich ein erschreckend verwohntes Bild. Während sich in einem Fall die Familie offensichtlich bemühte, sie trotzdem „ordentlich und sauber zu halten und ihnen eine wohnliche Note zu geben", wirkte der von der anderen Familie bewohnte Raum durch die unordentliche Haushaltführung noch abstoßender. Die Vertriebene selbst bat um Verständnis dafür, „daß ihr in diesem Raum alle Lust zu einer ordentlichen Haushaltführung verloren gegangen ist."[71] In einigen Fällen mußte zudem festgestellt werden, daß völlig überzogene, an den Lebensverhältnissen in der Heimat orientierte Ansprüche Vertriebener wenig zu einer Verbesserung des Verhältnisses zu Einheimischen und Behörden beitrugen[72].

Unabhängig von der Qualität der Unterbringung stellten teilweise kaum bezahlbare Mieten für zahlreiche Vertriebene ein großes Problem dar. Waren sie vor der Währungsreform vom Juni 1948 oft in der Lage, einen höheren Betrag zu zahlen, so konnten die hierzu benötigten Mittel seither in vielen Fällen nicht mehr aufgebracht werden[73]. Hinzu kam die Tatsache, daß ein Teil der Einheimischen offensichtlich die Not der Heimatlosen zum eigenen Vorteil nutzte. So verlangte ein Wohnungsinhaber in Meiningen, dessen dreiköpfige Familie selbst drei Zimmer und Küche nutzte, von den in jeweils einem Zimmer untergebrachten Vertriebenen (eine bzw. zwei Personen) je 25,– M Miete, während er selbst für die gesamte Wohnung 75,– M zahlte[74]. In Langensalza entrichtete ein Ehepaar aus Breslau bereits seit Jahren 20,– M Miete für ein Zimmer, während für die gesamte, aus drei Zimmern und Küche bestehende, Wohnung lediglich 28,– M aufgebracht werden mußten. In einzelnen Fällen wurden derartige Probleme schnell und unbürokratisch unmittelbar im Rahmen der Kontrollen abgestellt. So genügte ein Hinweis an die Vermieterin, um die Belastung für das erwähnte Breslauer Ehepaar um 5,– M zu senken[75]. Ähnliche Fälle wurden aus Gemeinden in verschiedenen Kreisen, so z. B. aus Remstädt/Kreis Gotha gemeldet[76]. Andere Kommissionen forderten in besonders ungerechten Fällen eine Prüfung durch die Mietpreisüberwachungsstelle[77].

[69] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 81.
[70] Ebenda, MdI, Nr. 686, Bl. 44 und Nr. 682, Bl. 22.
[71] Ebenda, Nr. 682, Bl. 35.
[72] Ebenda, Bl. 3.
[73] Vgl. z. B. ebenda, Bl. 20ff.
[74] Ebenda, Nr. 683, Bl. 124.
[75] Ebenda, Nr. 682, Bl. 8.
[76] Ebenda, Bl. 39.
[77] Ebenda, Nr. 684, Bl. 8.

Nahezu flächendeckend zeigte sich der völlig unzureichende Ausstattungsgrad der Wohnräume mit dem lebensnotwendigsten Mobiliar und Hausrat. Die Grundlage für die diesbezüglichen Einschätzungen der Überprüfungskommissionen bildete die Umsetzung des am 27. November 1946 verabschiedeten Gesetzes „über die Versorgung von Neubürgern und Bombengeschädigten mit Hausrat." In ihm wurden alle Thüringer verpflichtet, unverzüglich ein Inventarverzeichnis über nicht nachweislich für den eigenen Bedarf benötigte Möbel und Hausratsgegenstände aufzustellen und diese Vertriebenen und Bombengeschädigten – meist leihweise – zu überlassen[78]. Tausende Einheimische verzichteten freiwillig auf ganze Zimmereinrichtungen, einzelne Möbelstücke, Öfen, Federbetten usw.. Beispielsweise konnte in Arnstadt und im Kreis Stadtroda in den Haushalten Vertriebener eine gute Versorgung mit Möbeln und Hausrat registriert werden. Neben der bloßen Sammlung verwiesen zahlreiche Kreise auf vielfältige andere Aktionen im Interesse der Ärmsten der Armen. So legte die Stadtverwaltung Arnstadt besonderen Wert auf die Beschaffung von Kochherden, um immer wiederkehrende Streitigkeiten bei der Benutzung gemeinsamer Küchen zu verringern[79]. In Altenburg erhielten Vertriebene bereits seit über zwei Jahren die Möglichkeit, sich einfache Möbel selbst herzustellen bzw. Umarbeiten vorzunehmen. An den Wochenenden wurde ihnen dazu Werkzeug und soweit vorhanden Material zur Verfügung gestellt[80]. In der Werkstatt der „Neubürger Tischlergemeinschaft" hatten mehrere Vertriebene zudem ein neues Arbeitsverhältnis gefunden[81]. Trotz zahlreicher positiver Beispiele gab es Städte wie Jena bzw. Gemeinden, insbesondere im Kreis Schmalkalden, in denen der Mangel an Möbeln und Hausrat bei den Vertriebenen erheblich blieb, während die dringend benötigten Gegenstände bei Einheimischen ungenutzt herumstanden[82]. Sammlungen bei den Einheimischen, die im Rahmen zahlreicher derartiger Aktionen bereits in der NS-Zeit einen Teil ihres Eigentums zur Verfügung gestellt hatten, blieben immer erfolgloser. Auch die Herstellung neuer Möbel brachte – falls sie überhaupt möglich war – oft nicht den gewünschten Erfolg. Der im Kreis Meiningen geforderte Preis von 850,– M für ein Schlafzimmer konnte von den Vertriebenen unmöglich aufgebracht werden[83]. Letztendlich gelang es angesichts des allgemeinen Mangels nur, die größte Not zu mildern.

Trotz aller Probleme wurde im Rahmen der Überprüfungen der Lebensverhältnisse erreicht, daß einzelne Wohnungsinhaber bestimmte, von ihnen zumindest zeitweise nicht dringend benötigte Gegenstände den in ihren Wohnungen Eingewiesenen übergaben[84]. Offensichtlich erwies es sich in diesem Zusammenhang zumindest in Dörfern als günstig, daß vorrangig ortsfremde Personen in den Kommissionen tätig waren, die bei der Beschlagnahme von Gegenständen keine Rücksicht auf verwandtschaftliche und freundschaftliche Bindungen oder die soziale Stellung des Betroffenen nahmen.

Das Amt für Neubürger verwies in seinem Abschlußbericht zur Gesamtsituation in Thüringen darauf, daß die Überprüfung der Wohnraumsituation in vielen Fällen ein durchaus positives Bild gezeigt habe. Diese Feststellung unterstrich auch der Vertreter der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Kolander, der an den Kontrollen in ein-

[78] Regierungsblatt für das Land Thüringen, a. a. O. ., 28. Dezember 1946, S. 156.
[79] ThHStA, Ld. Thür., MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 70.
[80] Thüringer Volk, a. a. O. ., 7. 9. 1946.
[81] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 682, Bl. 69.
[82] Thüringer Volk, a. a. O. ., 8. 9. 1946.
[83] ThHStA, Ld. Thür., MdI, Nr. 686, Bl. 51 f.
[84] Vgl. u. a. ebenda, Nr. 684, Bl. 12.

zelnen Kreisen teilnahm. Während er betonte, daß sich die Fürsorge für die Vertriebenen in Thüringen positiv von der in den übrigen Ländern und Provinzen der SBZ abhob, verwies er jedoch gleichzeitig auf die in diesem Territorium ungleich günstigeren Ausgangsbedingungen[85]. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, daß es sich auch bei sogenannten „dauerhaften Wohnungen" in der Regel um Unterkünfte in den Wohnungen Einheimischer mit allen daraus resultierenden Problemen des Zusammenlebens handelte. Außerdem mußten noch zahlreiche Vertriebene in – auch angesichts niedriger Ansprüche – unbefriedigenden Verhältnissen leben. Zur Behebung vorhandener Mißstände wurde insbesondere auf die konsequente Umsetzung des Wohnungsgesetzes des Alliierten Kontrollrats verwiesen. Desweiteren sollten die zuständigen Behörden in den Kreisen, Städten und Gemeinden deutlicher prüfen, wo Wohnräume noch für gewerbliche Zwecke genutzt wurden bzw. ob ein Umzug von Behörden aus Wohnräumen in Baracken möglich wäre[86]. Die Vergabe wirklich menschenwürdigen Wohnraumes an Vertriebene – einschließlich eines erträglichen Ausstattungsgrades mit Mobiliar und Hausrat – konnte in Thüringen wie in allen Territorien der SBZ auch in den fünfziger Jahren noch nicht zur Zufriedenheit gelöst werden.

[85] Ebenda, Nr. 682, Bl. 23 f.
[86] Ebenda, MinPräs., Büro des MinPräs, Nr. 444/1, Bl. 84.

V. Vertreibung und Integration als Lebens-Erfahrung

Ute Schmidt

„Drei- oder viermal im Leben neu anfangen zu müssen . . ." –

Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern"

Dieser Beitrag basiert auf Teilergebnissen eines Forschungsprojekts, das die Integration der Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik und der früheren DDR zum Thema hat[1]. Zur Anlage dieses Projekts, seinen Fragestellungen und seiner Vorgehensweise sind einige Vorbemerkungen nötig, die den Forschungskontext umreißen, in dem es entstanden ist.

1. Zum Forschungskontext des „Bessarabien-Projekts"[2]

Seit Mitte der achtziger Jahre fand in der Flüchtlingsforschung ein Perspektivenwechsel statt. In einem Diskurs westdeutscher Sozialwissenschaftler verschiedener Disziplinen wurde jetzt ein stärker interdisziplinärer Zuschnitt bzw. die Neuakzentuierung der Flüchtlingsforschung als eine mit modernen sozialwissenschaftlichen Methoden und Fragestellungen operierende Integrationsforschung formuliert[3]. Das neuerliche Interesse an dieser Thematik war zum einen Ausdruck einer veränderten gesellschaftspolitischen Problemlage. So bedeutete die Zuwanderung von ausländischen Arbeitern, Aussiedlern und Asylbewerbern für die Bundesrepublik in den achtziger Jahren eine Herausforderung, die sich in einer intensivierten Debatte über Integration, Assimilation und kulturelle Identität niederschlug. Das wachsende Interesse an der Flüchtlingsproblematik signalisierte zugleich, daß zeitbedingte und aus einem politischen Generationskonflikt der fünfziger und sechziger Jahre herrührende Blockierungen in der zeitgeschichtlichen Forschung allmählich überwunden wurden. In den Arbeiten jüngerer Sozial- und Zeithistoriker, die sich seit den sechziger Jahren verstärkt mit der Vorgeschichte und den Entstehungsbedingungen der Bundesrepublik befaßt hatten, war die Problematik von Flucht, Vertreibung und Eingliederung weitgehend ausgeblendet worden. Diese Optik veränderte sich: Die Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen werden nun auch als Opfer der Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft über Europa gesehen und nicht mehr nur pauschal als Anhänger rechtslastiger Positionen einge-

[1] Das Projekt wurde 1992–1995 am Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin durchgeführt und vom Bundesministerium des Innern gefördert.

[2] Dieser Abschnitt bezieht sich auf einen Vortrag, den ich auf der Tagung „50 Jahre Flucht und Vertreibung" am 22. 9. 1995 in Magdeburg gehalten habe.

[3] Vgl. hierzu Schulze u. a., Flüchtlinge und Vertriebene.

ordnet[4]. Die Schrecken von Flucht, Vertreibung und „ethnischer Säuberung" angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien haben dem Thema in den neunziger Jahren wieder eine neue Aktualität verschafft.

Mit der Einbeziehung von Fragestellungen und methodischen Ansätzen aus der Sozialgeschichte, der Lokal-, Regional- und Alltagsgeschichtsforschung, der empirischen Kulturwissenschaft und der Migrationsforschung erweiterten sich die Untersuchungsperspektiven der Flüchtlingsforschung über die primär ökonomisch-sozialen Aspekte der Eingliederung und die Analyse des Verwaltungshandelns hinaus auf die Lebenssituationen und Bewältigungsstrategien der Flüchtlinge sowie auf die Sozialbeziehungen zwischen den Zuwanderern und den Einheimischen. „Integration" bezeichnet nicht die bloß einseitige Anpassung von „Neubürgern" an die Normen einer im großen und ganzen konsolidierten Aufnahmegesellschaft, sondern einen wechselseitigen Akkulturationsprozeß, der sich unter verschiedenartigen und sich verändernden Bedingungen vollzieht. Ein stärker soziologisch akzentuiertes Forschungskonzept bezieht auch die Dynamik des sozialen Wandels mit ein, die vielerorts bereits vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingesetzt hatte.

2. Fragestellungen und Methode des „Bessarabien-Projekts"

Das Bessarabien-Projekt versteht sich als eine Art Pilotstudie, in der es um die Anwendungs- und Weiterentwicklungsmöglichkeiten eines fächerübergreifenden Forschungsansatzes geht. Es setzt vor allem an drei Defiziten der bisherigen Flüchtlingsforschung an:

- Die Analyse der Integrationsverläufe bricht hier nicht mit der sogenannten „Erlebnisgeneration" ab, sondern bezieht auch die zweite und dritte Flüchtlingsgeneration mit ein, denn der Erfolg oder das Mißlingen von Integrationsprozessen erweist sich erst in der Generationenabfolge[5]. Sie will überdies Differenzierungen bei den Zuwanderern und unterschiedliche Integrationsverläufe herausarbeiten. Daher sollen die konkreten Konstellationen, in denen Aufnahme und Akkulturation stattfanden, genauer betrachtet, verglichen und in ihren längerfristigen Auswirkungen untersucht werden.
- Das Forschungsinteresse gilt nicht nur sozioökonomischen und politischen Integrationsfaktoren, sondern auch den in den früheren Siedlungsgebieten erworbenen kulturellen Prägungen. Mentalitäten, Verhaltensdispositionen und Deutungsmuster werden als relevante, den Akkulturationsprozeß beeinflussende Variablen betrachtet und das hierin enthaltene Potential zur Strukturierung einer veränderten und sich verändernden Umwelt analysiert. Interessant ist, ob und in welcher Weise solche Prägungen auf die nächste Generation transferiert werden. Mit Bezug auf Pierre Bourdieu verwende ich hier den Begriff des „kulturellen" bzw. des „sozialen Kapitals" als analytische Kategorie, mit der über Zeit akkumulierte Fähigkeiten immaterieller Art bezeichnet werden[6].
- Drittens gehe ich von der These aus, daß die jeweils unterschiedlichen Wanderungsbedingungen und Fluchterfahrungen systematisch in die Analyse von Integrationsprozessen einzubeziehen sind, da sie die Integrationsbereitschaft und -chancen von Vertriebenen und Flüchtlingen im Nachkriegsdeutschland mitgeprägt haben.

[4] Vgl. Grebing, in: ebenda, S. 2.
[5] Vgl. Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration.
[6] Vgl. Bourdieu, Ökonomisches Kapital.

In einem Längsschnitt wird nun an einem konkreten Beispiel – in einer Fallstudie über die Bessarabiendeutschen – geprüft, welche Relevanz solchen Faktoren bei der Analyse von Akkulturations- und Integrationsprozessen beizumessen ist[7]. Es wird untersucht, ob und wie lange solche Präformierungen in der sich herausbildenden bundesrepublikanischen bzw. DDR-Nachkriegsgesellschaft weiterwirkten, wie sie sich in der Interaktion mit den Einheimischen wandelten und welche Bedeutung sie noch für die Situationsdefinition der nachwachsenden Generation haben.

Die Aufbereitung der Informationen aus den Interviews zeigt, daß der „Mythos der schnellen Integration"[8] einer differenzierten Betrachtungsweise unterzogen werden muß. Denn bei Integrationsvorgängen spielen nicht nur die äußeren Konstellationen (Hemmnisse wie Chancen), in denen Aufnahme und Akkulturation stattfanden, eine Rolle, sondern auch Lebensalter, Geschlecht, früherer Status, Ausbildung, familiäre Situation, Verhaltens- und Orientierungsmuster. Was für die einen Deklassierung, Statusverlust oder Abbruch von Lebensperspektiven bedeutete, konnte anderen bis dahin ungeahnte berufliche Chancen und Lebenswege eröffnen. Im übrigen gab es auch Formen der Nicht-Integration, die zu Anomie oder Suiziden führten. Integration ist nicht immer nur eine Erfolgsgeschichte.

Die Befragung der zweiten Generation ergänzt die Sichtweise der Eltern und Großeltern um eine andere Perspektive. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß tradierte Normen und Verhaltensmuster für die Jüngeren noch eine Bedeutung haben, daß sie aber stärker reflektiert und problematisiert werden. Auch die Identitätsfrage ist hier ein noch immer aktuelles Thema.

3. Zur Auswahl der Fallstudie: Warum die Bessarabiendeutschen?

Im Vergleich zu anderen – etwa den Schlesiern, den Pommern oder den Sudetendeutschen – stellen die Bessarabiendeutschen nur eine kleine Flüchtlingsgruppe dar[9]. Die Überschaubarkeit des Personenkreises ist jedoch gerade für eine empirische Längsschnittstudie von erheblichem Vorteil. Die Wanderungs- und Siedlungsgeschichte ist sehr gut dokumentiert. Sie weist übrigens mehrere Besonderheiten auf, die für die Untersuchung von Integrationsbedingungen, -chancen und -verläufen interessant sind:

1. Die Siedlungsgeschichte der Bessarabiendeutschen in Südrußland (seit 1918 gehörte das Territorium zu Rumänien) ist relativ kurz; sie umfaßt nur ca. 125 Jahre, also etwa fünf Generationen. Zwar waren die persönlichen Rückbezüge zur „Urheimat" längst abgerissen, sie waren aber über Kirchen- und Gemeindebücher zumeist noch gut rekonstruierbar und wurden nach dem Ersten Weltkrieg wieder intensiviert. Die

[7] Materialbasis für das Projekt sind: (1) Aktenbestände verschiedener Provenienzen in staatlichen, städtischen und Landesarchiven; Bestände aus Verbands-, Kirchen- und Privatarchiven; Literatur, Zeitschriften und Presse, Tondokumente aus der frühen Nachkriegszeit, Fotosammlungen, Nachlässe usw. (2) Lebensgeschichtliche Interviews. Dafür wurden Interviewpartner aus je fünf Familien (in drei Generationen) aus fünf bessarabischen Herkunftsorten, die nach bestimmten Strukturmerkmalen unterschiedenen wurden, ausgewählt, (3) Ein Fragebogen zur Erfassung der regionalen und sozialen Mobilität.

[8] Lüttinger, Der Mythos der schnellen Integration.

[9] Sie umfaßte 1940 knapp 94000 Personen; mehr als 10000 von ihnen, also über 10%, haben die Flucht nicht überlebt. Vor allem Frauen, Kinder und alte Leute, sind durch die Folgen unmittelbarer Gewalt, Verschleppung, Hunger und Zwangsarbeit ums Leben gekommen; mindestens 6000 Männer waren als Soldaten im Krieg gefallen oder vermißt gemeldet.

NS-Sippenforschung und die Ahnenpässe gaben diesen Nachforschungen weiteren Auftrieb.

2. Ein großer Teil der Bessarabiendeutschen stammte aus Süd- und Südwestdeutschland – einer Region, in die es nach 1945 die meisten bessarabiendeutschen Flüchtlinge wieder hinzog. Hingegen stammten die sogenannten „Kaschuben" aus Mecklenburg, Pommern und Westpreußen und sprachen plattdeutsch. Auch in Mecklenburg sind nach der Flucht viele Bessarabier geblieben und auf Bodenreform-Land ansässig geworden; andere wanderten, sofern dies möglich war, nach Westen weiter. Einen Teil der Bessarabiendeutschen verschlug es in die britische Zone, insbesondere nach Niedersachsen. So verteilten sich die Bessarabiendeutschen nach 1945 relativ gleichmäßig in eine süd-, nord- und ostdeutsche Gruppe, die jeweils unterschiedliche Bezüge und Aufnahmebedingungen vorfand. Eine vergleichende Analyse der verschiedenen Integrationsbedingungen bietet sich an.

3. Das kulturelle Milieu der Bessarabiendeutschen und ihre Mentalität waren durch Einflüsse geprägt, die aus der Wanderungsgeschichte herrühren[10]. Die spezifische Ausformung dieses protestantisch-pietistischen Milieus, seiner Ethik und Arbeitsauffassung, war nicht zuletzt auch das Ergebnis eines kirchlich-kulturellen Disziplinierungsprozesses, der sich im 19. Jahrhundert vollzog und dessen Prägekraft auch nach 1945 noch spürbar war. Der sprichwörtliche „Pioniergeist" der Bessarabiendeutschen bezieht sich zudem darauf, daß die zaristische Regierung den Neusiedlern in Südrußland die Funktion eines modernisierenden Elements in der stagnierenden Agrargesellschaft Rußlands zugedacht hatte. Er zählt mit zu den Selbstbildern, die den Bessarabiendeutschen nach 1945 die Integration erleichtern halfen.

4. Die Bessarabiendeutschen sind gleichermaßen „Umsiedler" wie „Flüchtlinge". Zwar gelangten sie, wie andere Flüchtlinge auch, 1945 auf der Flucht vor der Roten Armee in den Westen. Sie waren aber bereits 1940 – entsprechend der 1939 im Geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin Pakt vereinbarten Aufteilung der Interessensphären in Osteuropa – im Herbst 1940 aus ihrer Heimat ausgesiedelt und (nach mehreren Zwischenstationen und Lageraufenthalten im damaligen „Altreich" und im besetzten Polen) im sogenannten „Warthegau" und in „Danzig-Westpreußen" angesiedelt worden. Im Begriff des „Umsiedlers" ist also in diesem Fall – im Unterschied zum Sprachgebrauch der DDR, der *alle* Flüchtlinge und Vertriebenen darunter faßte und deren Schicksal damit entdramatisierte – noch eine weitere Erfahrungsdimension enthalten. So mußten die bessarabiendeutschen Umsiedler – wie auch die anderen Umgesiedelten aus der Bukowina

[10] Vgl. dazu Schmidt, Zweifacher Heimatverlust. – In Württemberg hatte nach der Wende zum 19. Jahrhundert eine pietistische Erweckungsbewegung, die sich gegen die vom aufklärerisch-rationalistischen Geist bestimmten Neuerungen in der evangelischen Kirche richtete, starken Auftrieb erhalten. Ein Teil ihrer Anhänger zog zum Kaukasus, wo die Wiederkehr Christi erwartet wurde. Erschöpfung und Epidemien bewogen jedoch eine Gruppe von ihnen, ihre Reise abzubrechen und sich in der Provinz Bessarabien niederzulassen, die nach dem Frieden von Bukarest 1812 von den Türken an Rußland abgetreten und von den russichen Behörden mit Kolonisten besiedelt wurde. Zu dieser chiliastischen Bewegung stießen Anhänger des katholischen Pfarrers Ignaz Lindl, der in Bayern in Konflikt mit der ultramontanen Kirchenführung geraten war und ebenfalls in Rußland Zuflucht suchte. Zusammen mit dem schwäbischen Kaufmann Christian F. Werner gründete Lindl seit 1822 mehrere Mutterkolonien in Bessarabien, in denen anfangs noch Gütergemeinschaft und ein stark religiös bestimmtes Gemeinschaftsleben praktiziert wurde. Die Kolonie Sarata wurde zum Zentrum des geistlichen Lebens und eines schon früh ausgebauten, kirchlich bestimmten Bildungswesens.

und der Dobrudscha, dem Baltikum, Wolhynien, und Galizien – 1945 einen doppelten Verlust verarbeiten. Für sie gab es – im Unterschied zu anderen Flüchtlingen und Vertriebenen – nach dem Ende des verlorenen Krieges keinerlei Hoffnung auf eine Rückkehr in ihre Heimat mehr[11]. Gerade *weil* die Bessarabiendeutschen ihre Lage nicht als provisorisch betrachteten, sondern den endgültigen Einschnitt sahen, wollten sie möglichst rasch mit dem Aufbau einer neuen Existenz beginnen[12].

5. Die Umsiedlung war von der NS-Regierung als „Heimführung ins Reich" propagiert und von der Mehrheit der Bessarabiendeutschen auch als Rettungsaktion vor dem drohenden Bolschewismus betrachtet worden. Allerdings hatten die Erfahrungen in dieser Zeit manche Illusionen über das – idealisierte – nationalsozialistische Deutschland zunichte gemacht. Großfamilien und Dorfgemeinschaften wurden auseinandergerissen, religiöse Grundorientierungen und das Rechtsgefühl massiv in Frage gestellt; traditionelle Besitz- und Autoritätsstrukturen gerieten ins Wanken. Diese Erfahrungen bedeuteten noch vor dem Fluchterlebnis einen ersten massiven Kontinuitätsbruch. Die Verarbeitung der Eindrücke in dieser Phase und die Frage nach ihren politisch-psychologischen wie sozialkulturellen Auswirkungen für die Nachkriegszeit ist (auch für andere betroffene Flüchtlingsgruppen) bisher kaum untersucht worden.

Aus all dem folgt, daß die Bessarabiendeutschen aufgrund ihrer Vorgeschichte im Vergleich zu Flüchtlingen aus anderen Herkunftsgebieten nach 1945 relativ günstige Integrationsvoraussetzungen mitbrachten. Die gilt besonders für diejenigen, die in den süd- und südwestdeutschen Raum gelangten; denn, trotz mancher Ungleichzeitigkeiten, waren ihnen hier Dialekt, Religion und Volkskultur nicht fremd. Ihnen half zudem die Vorstellung, nach einer langen historischen Reise wieder in ihre „Urheimat" zurückzukehren, wo sie nicht mehr Minderheit wären, sondern als Deutsche unter Deutschen (bzw. als Schwaben unter Schwaben) leben könnten.

Trotz dieser historisch-kulturellen Nähe zwischen Schwaben und Bessarabiendeutschen war in den verschiedenen Phasen des Integrationsprozesses freilich selbst hier eine „Empathie", d. h. die Bereitschaft und Fähigkeit, sich in Einstellungen anderer Menschen einzufühlen, auf beiden Seiten nicht immer vorhanden. Das ist nicht verwunderlich, denn Integrationsvorgänge sind auch im günstigen Fall naturgemäß von vielen sozialen Konflikten durchzogen, vor allem dann, wenn die Güter (Nahrungsmittel, Wohnungen, Arbeits- und Ausbildungsplätze), die im Aufnahmeland zur Verfügung stehen bzw. verteilt werden können, knapp sind. Statusinkonsistenzen können im übrigen gera-

[11] In der „Deutsch-sowjetrussischen Vereinbarung über die Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien und der Nordbukowina" vom 5. September 1940 war vereinbart worden, daß die Umsiedlung bis zum 15. November 1940 abgeschlossen sein müsse. Den Umsiedlern wurde zugesichert, daß sie für ihr zurückgelassenes Vermögen, das nun in die Verfügungsgewalt der UdSSR überging, entschädigt würden; die Wertsumme sollte zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR verrechnet und in zehn Jahresraten transferiert werden. Eine Realentschädigung in den von der Deutschen Wehrmacht eroberten polnischen Gebieten, in denen die Umsiedler seit 1941 angesiedelt wurden, war während des Krieges nicht vorgesehen. Nach dem Zusammenbruch 1945 war völlig unklar, ob es überhaupt eine irgendwie geartete Entschädigung geben würde. Die Hilfskomitees der Bessarabiendeutschen warnten ihre Landsleute vor überzogenen Hoffnungen, bestanden jedoch darauf, daß der von der früheren Reichsregierung verbürgte Rechtsanspruch auf Entschädigung auch von der Bundesrepublik anerkannt wurde. Vgl. Schmidt, „Arbeiten – und nicht verzweifeln. . .".

[12] In diese Richtung argumentierten auch die bessarabischen Pfarrer und Prediger, die ihre Autorität und interpretative Leitfunktion behalten hatten.

de bei Nähe als besonders gravierend empfunden werden, wenn entsprechende Erwartungen enttäuscht werden.

Ein weiteres Problem kam hinzu: Die Eingliederung in die expandierende westdeutsche Industriegesellschaft, in die die Rückwanderer aus Bessarabien sozusagen hineinkatapultiert wurden, verlangte vom Gros der einst bäuerlichen Bevölkerung eine vollständige berufliche Neuorientierung und eine extreme Anpassungsleistung. Im Unterschied zur Umsiedlung, bei der die Bessarabiendeutschen zwar zerstreut wurden, die Erhaltung ihrer Berufsstruktur jedoch im Interesse der NS-Siedlungspolitik gelegen hatte, verloren sie nach der Flucht 1945 ihre Identität als Bauernvolk[13]. Während der relativ kleine Teil der Akademiker (als Beamte, Pfarrer, Lehrer) relativ schnell wieder in die alten Berufe zurückfand, konnten von der großen Gruppe der Bauern in den Westzonen nur wenige als selbständige Landwirte Fuß fassen. In der britischen Zone gab es verschiedene Siedlungsprojekte auf Staatsgelände, dennoch blieb die Zahl derer, die einen Hof kaufen oder pachten konnten, sehr gering. Noch hoffte man auf eine Bodenreform und diskutierte im übrigen leidenschaftlich über eine Auswanderung nach Übersee[14]. Die Berichte aus Württemberg zeigten, daß kaum 10 Prozent der früheren Bauern in ihrem Beruf tätig waren und auch von ihnen saßen viele auf Zwergwirtschaften. Die meisten der ehemals selbständigen Bauern und Landarbeiter, die sich nach Kriegsende zunächst als Hilfskräfte auf dem Lande verdingt hatten, wanderten schon bald in die Industrie ab. Gründe dafür waren: die schlechte Bezahlung der Landarbeiter, die Aussichtslosigkeit, selbst einen Hof erwerben zu können, nicht zuletzt auch die häufig ungerechte Behandlung und Ausbeutung der Flüchtlinge. Die Erfahrung von Dequalifizierung und die Umkehrung gesellschaftlicher Statuspositionen führte gerade im Bereich der Landwirtschaft zu oft unüberbrückbaren Spannungen. Die vielseitige handwerkliche Qualifikation und die Mentalität der Bessarabiendeutschen – hier spielte der traditionelle „Kolonistengeist", ihr „über alle Schicksalsschläge hindurch erhalten gebliebenes Kapital"[15], eine zentrale Rolle – kamen den einstigen Bauern und Handwerkern ansonsten fast überall zugute und ermöglichte es ihnen, sich in vielen Lebenslagen zurechtzufinden: als Hilfsarbeiter in der Fabrik, auf dem Bau, als Facharbeiter und als selbständige Unternehmer.

4. Bessarabiendeutsche in der SBZ/DDR

Im Unterschied zu Westdeutschland, wo die Integration der Bessarabiendeutschen mit einer fast vollständigen und abrupten beruflichen Umschichtung einherging, wurde durch die Bodenreform in der SBZ und die Ansiedlung von Vertriebenen und Flüchtlingen als Neusiedlern auch vielen Bessarabiendeutschen eine Fortsetzung ihrer bäuerlichen Existenz ermöglicht. Die bäuerliche Landwirtschaft als Produktionsform und das Dorf als Lebensform blieben für sie in der SBZ/DDR noch eine Zeitlang erhalten. Großfamilien, Nachbarschaften in den Bodenreform-Siedlungen und religiöse Gemeinschaften ermöglichten den Bessarabiern Formen des Zusammenhalts, die zumindest in

[13] Immerhin waren fast 90 % der Bessarabier bäuerlicher Herkunft, und auch die anderen Berufsgruppen (Handwerk, landwirtschaftliche Technik, etc.) waren im weiteren Bereich einer ländlich-agrarischen Produktion angesiedelt gewesen (Handwerker 6,6 %, Kaufleute 1,1 %, Industrielle 0,2 %, Intellektuelle 3,3 %).

[14] Vgl. Baumann, Was wäre aus uns in Paraguay geworden? Zur Bodenreform in den Westzonen vgl. Trittel, Die Bodenreform in der britischen Zone.

[15] Vgl. Erdmann, Von der Landsucht zur Landflucht, S. 129.

den ersten Nachkriegsjahren überlebten und zum Teil noch heute bestehen. Tatsächlich haben viele Bessarabiendeutsche in der früheren DDR – trotz der verordneten sozialistischen Integrationsideologie und unterhalb der Öffentlichkeitsschwelle – ihre Gemeinschaft und ihre spezifische Mentalität viel länger und intensiver bewahrt als bisher angenommen.

Erst nach der Wende 1989 stieß ich auf das erstaunliche Phänomen, daß es in Mecklenburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch heute noch Dörfer mit einem starken Anteil bessarabiendeutscher Neusiedler gibt, in denen noch immer schwäbisch gesprochen und bessarabisch gekocht wird. Dort, wo die Bessarabier in der Mehrheit waren, hat dies sogar auf nicht wenige Mecklenburger abgefärbt. Um diesen wechselseitigen Akkulturationsprozeß genauer zu untersuchen, habe ich seit 1994 in mehreren Bodenreform-Dörfern, in denen sich Gruppen von Bessarabiendeutschen angesiedelt haben, eine Serie von Interviews durchgeführt und ausgewertet. Die hier präsentierten Ergebnisse[16] konzentrieren sich auf die interessante Konstellation in einigen mecklenburgischen Dörfern in den Kreisen Malchin und Teterow, in denen Bessarabiendeutsche – unter ihnen viele Teplitzer[17] – eine Mehrheit bei den Flüchtlingen oder sogar in der Dorfbevölkerung bildeten und dort auch die Ortsmilieus mitgeprägt haben[18]. Wie stark ihr Zusammenhalt noch heute ist, zeigt sich u. a. daran, daß sich bei den ersten Zusammenkünften von Bessarabiendeutschen, die nach der Wende 1989 in Mecklenburg veranstaltet wurden, mehr Teilnehmer zum lokalen Teplitzer-Treffen in Schwinkendorf einfanden als zum allgemeinen landsmannschaftlichen Treffen in Klink.

5. Bessarabiendeutsche in mecklenburgischen Dörfern

5.1. Ankunft in Mecklenburg, Bodenreform, Siedlung

Daß sich in diesen Dörfern so viele Bessarabiendeutsche niederließen, ist zum einen auf die Siedlungschancen durch die Bodenreform und zum anderen auf die Aktivierung von Verwandtschaftsbeziehungen und Nachbarschaften zurückzuführen. Hinter der „Mund-

[16] Dafür wurden Interviews und Gruppengespräche mit insgesamt 20 Personen aus Grambzow, Neu-Wokern, Teterow, Güstrow, Langwitz, Schwinkendorf, Waren und Hohen Pritz ausgewertet. Ihre Namen wurden in dieser Darstellung verschlüsselt.

[17] Allein in einem dieser Orte siedelten über 30 bessarabische Familien, die zumeist aus der Heimatgemeinde Teplitz stammten (vgl. Interview Frau S.). – Zu Teplitz vgl. auch unten Anm. 38 sowie Anm. 30.

[18] Bei diesen Gemeinden handelt es um früheren Gutsbesitz, der im Zuge der Bodenreform aufgesiedelt wurde. Die folgende Übersicht zeigt die Zahl der Neusiedler-Wirtschaften und das Verhältnis von Einheimischen und Flüchtlingen im Jahr 1946:

Gemeinden	Einwohner	Einheimische Landarbeiter	Umsiedler
Grambzow	307	24	31
Schwinkendorf	243 (1952: 364)	29	17
Langwitz	287 (1952: 286)	23	28
Christinenhof	171	13	17

Quelle: Gemeindeverzeichnis Mecklenburg-Vorpommern, 1946, S. 34–38 sowie „Die Ergebnisse der Durchführung der Bodenreform im Kreis Malchin", MLHA, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bd. 2754.

propaganda" steckte offensichtlich ein starkes Bedürfnis, die traditionellen sozialen Netze, die den inneren Zusammenhalt der bessarabischen Dorfgemeinschaften gesichert hatten[19] und die seit der Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien 1940/41 zu zerreißen drohten, wieder fester zu knüpfen. Als in der SBZ die Bodenreform in Gang kam, das Gutsland neu vermessen, aufgeteilt und noch im Herbst 1945 damit begonnen wurde, Parzellen von ca. fünf bis zehn ha[20] an siedlungswillige „Neubauern" zu verlosen, sprach sich dies unter den aus Westpreußen geflüchteten und in Mecklenburg gestrandeten Landsleuten schnell herum. Manche Familien saßen hier schon seit den letzten Kriegsmonaten fest, weil ihre Trecks und ihre Pferde zusammengebrochen waren und ihnen keine andere Wahl blieb, als sich bei den einheimischen Bauern und Gutsbesitzern für Nahrung und Unterkunft zu verdingen[21]. Andere waren irgendwo notdürftig untergekommen, nachdem man sie wochenlang von Dorf zu Dorf umgeleitet hatte. Frau K., die zusammen mit anderen Flüchtlingen schließlich in einem Altbauerndorf Aufnahme gefunden hatte, beschreibt ihre Situation so:

„Dann hat's geheißen, es wird gesiedelt. Und dann bin ich mal hierher gekommen und habe erfahren, daß unsere Verwandten, mein Onkel, zwei Onkel, daß die hier sind. Wo man gehört hat, daß da gesiedelt wird – wir hätten ja auch woanders siedeln können – sagt meine Mutter, fahr doch hin nach Langwitz, wenn wir siedeln und ernten sollen, die Onkel können uns doch unterstützen, [...] und dann sind alle hierhergekommen [...] die Verwandtschaft, die wollte alle so zusammen [...] durch das sind wir alle jetzt zusammen [...] es ist so eine große Verwandtschaft." (Interview Frau K.)

Die Siedlung war, wie aus den Interviews hervorgeht, ein mehrere Jahre dauernder Prozeß. Die Initiative einzelner Männer hatte zunächst Kerne von Großfamilien um sich gezogen, denen nach und nach weitläufigere Verwandte und Bekannte – auch aus den Westzonen[22] – folgten. Männer und Söhne kehrten allmählich aus der Kriegsgefangenschaft zurück und übernahmen die Wirtschaften, mit denen sich die Frauen bisher alleine abgemüht hatten. Alleinstehende Frauen oder ältere Leute, auch Berufsfremde, die die von ihnen übernommenen Siedlungen nicht mehr bewirtschaften konnten und in die Städte und Industriezonen abwanderten, gaben sie an andere Interessenten weiter. Auf diese Weise bildete sich für die Bessarabier in den ersten Nachkriegsjahren in einer völlig fremden Umgebung so etwas wie eine neue Heimat heraus, die nach den Wirren der Umsiedlung und Flucht von Dauer zu sein schien, und in deren Lebensformen und Sozialbeziehungen sich Züge des früheren Gemeinschaftslebens erhielten oder wieder einstellten.

[19] Dies gilt in besonderem Maße für die im Zuge der ersten Auswanderungswelle (1814–1824) gegründeten „Mutterkolonien".

[20] Die bessarabischen Bauern hatten im Schnitt wesentlich größere Höfe besessen. (Zu einer „Wirtschaft" gehörten in Bessarabien ursprünglich 60 Deßjatinen, i. e. ca. 66 ha, was allerdings aufgrund von Erbteilungen später nicht mehr der Normalfall war. Die Bauern in den aus der rumänischen Bodenreform nach dem Ersten Weltkrieg hervorgegangenen „Hektardörfern" waren mit ihren fünf ha großen Höfen kaum überlebensfähig.) – Für einige Flüchtlinge war der Statusverlust immens: Einer der „Neusiedler" aus Teplitz hatte z. B. mit seiner Doppelwirtschaft in Bessarabien mehr Land bearbeitet als mancher mecklenburgische Gutsbesitzer. Vgl. Interview Herr O.

[21] In Grambzow waren das etwa zehn Familien. Vgl. Interview Frau S.

[22] So hatte z. B. Herr A. bereits eine gute Stellung bei einem Bauern in Schleswig-Holstein gefunden; Herr G. war durch einen Kriegskameraden auf eine Zeche im Ruhrgebiet vermittelt worden, wollte aber nicht „804 m unter der Erde", sondern lieber wieder „freier Bauer auf freier Scholle" sein.

Konstitutiv dafür waren: die bäuerliche Arbeit auf dem eigenen Hof, die auf familialer Kooperation basierte und immer wieder auch Nachbarschaftshilfe erforderte, der vertraute schwäbische Dialekt als Ausdrucks- und Kommunikationsform sowie ein kirchlich-protestantisch geprägtes Wertsystem.

5.2. „Angesehen waren wir Flüchtlinge nicht. . . ."

Das Verhältnis zwischen Einheimischen und Zuwanderern war in der Anfangsphase offenbar äußerst gespannt. Die Flüchtlinge seien – so Frau H. – „nicht erwünscht" gewesen, sondern „als Eindringlinge betrachtet" worden und hätten sich „schwer durchbeißen müssen". Gelegentlich findet sich in den Interviews eine Tendenz zur nachträglichen Harmonisierung: Wie überall, so habe es auch hier rücksichtslose wie gutherzige Menschen gegeben. Ganz zu Anfang sei es freilich „oft schlimm" gewesen, dann aber hätten die Mecklenburger erkannt, daß die Bessarabier fleißige und ordentliche Menschen gewesen seien. Der versöhnliche Blick auf die schwierige Nachkriegsphase erklärt sich vermutlich auch daher, daß es zahlreiche „Mischehen" mit Mecklenburgern gab und daß sich die einheimischen Ehepartner mit ihrem familiären Anhang oft recht gut in die bessarabische Mehrheitskultur eingelebt hatten[23].

Aufschlußreich sind die Interviews mit den Angehörigen der zweiten Generation, die die Diskriminierung der Flüchtlinge, die sie als Kinder bzw. Jugendliche erfuhren, noch nicht vergessen haben und drastische Beispiele dafür benennen. Demnach gab es in der ersten Nachkriegszeit, auch noch in den Anfängen der Bodenreform, massive Verteilungskonflikte zwischen Alteingesessenen und Flüchtlingen. Sie schwächten sich in dem Maße ab, wie es den Zuwanderern gelang, sich hochzuarbeiten, bis sich schließlich sogar eine Art Neid auf deren bescheidenen Wohlstand einstellte. Länger hielten sich Aversionen, die sich an kulturellen und habituellen Differenzen wie dem schwäbischen Dialekt, der ungewohnten Sprechweise und Tonlage der bessarabischen Frauen[24], dem aktivistischeren Temperament der Bessarabier[25], ihrer puritanischen Arbeitsmoral und ihrem Erwerbsstreben festmachten; vereinzelt geben sie noch heute Stoff für Vorurteile und Sticheleien her[26].

Frau S., die als 15jährige noch vor Kriegsende mit ihrer Familie in Grambzow auf dem Gut eingewiesen wurde, weil sie mit ihrer gebrechlichen Familie und ihren erschöpften Pferden nicht mehr weiterkam, beschreibt, daß die Ankömmlinge vom Gutsverwalter nicht nur unbarmherzig behandelt, sondern auch noch ausgenützt wurden:

„Unsere Pferde, die ja nun *vier* Wochen – die wurden am zweiten Tag wieder vor'n Pflug bei ihm gespannt, und seine hat er im Stall stehen lassen. [. . .] Wenn er sie hätt' wenigstens acht Tage ausruhen lassen, er hatte ja genug Pferde und Trecker, nein – das waren ja die von den Flüchtlingen." (Interview Frau S.)

[23] Solche ungewöhnlichen Akkulturationsprozesse wurden von manchen Interviewpartnern auch als Zeichen einer gelungenen Integration betrachtet.

[24] Die bessarabischen Frauen seien am Anfang wegen ihres Dialekts und ihres Aussehens geradezu „verhöhnt" worden. „Sie hatten es nicht einfach, die erste Zeit. Sie hatten es sehr schwer da. Ja, bloß wie die [Mecklenburger] sich dann daran gewöhnt hatten, es kamen ja noch mehr Flüchtlinge, dann ging das dann nachher, da hat sich das eingegliedert." (Interview Herr K.)

[25] So charakterisierte es ein Interviewpartner der zweiten Generation: „Bessarabier, die sind – die können eben nicht stillsitzen, das kann man bei keinem sehen, die sind eben nur im Trab, und die Gosche steht nie still." (Interview Herr K.)

[26] Interview Herr U.

Noch heute empört sich Frau H. darüber, daß der Gutsbesitzer bzw. sein „Statthalter" – sozusagen als Gegenleistung für die Unterbringung der Ankömmlinge – ganz selbstverständlich deren Pferde übernahm und sie ausschließlich für sich arbeiten ließ[27]. Solche Erfahrungen trugen sicherlich mit dazu bei, daß der Gutsherr, als er im Zuge der Bodenreform sein Gut verlassen mußte, nicht mit der Sympathie der Flüchtlinge rechnen konnte.

In der Zwischenphase bis zur Aufsiedelung kam es freilich auch zu Zusammenstößen mit der Dorfbevölkerung, die ihre vermeintlichen Vorrechte gegenüber den Flüchtlingen strikt verteidigte – wenn es z. B. darum ging, sich die Hinterlassenschaften im Gutshaus anzueignen oder die Nahrungsmittelbestände eines aufgegebenen Wehrmachtsdepots zu verteilen. Allmählich konnten die Flüchtlinge aber, aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit und der zunehmenden Bereitschaft, sich zu wehren, ihre Ansprüche auf Gleichbehandlung und Gleichberechtigung durchsetzen:

„Wir haben uns nachher behauptet, die Flüchtlinge, weil wir *mehr* waren, und die haben auch gesehen, was wir konnten, sozusagen, also sie waren nachher – zugänglicher zu uns." (Interview Frau S.)

„Die haben mehr für sich gesorgt, wollten uns nichts geben, ne, oder wenig zukommen lassen, aber wir haben uns das nicht gefallen lassen, ne, [. . .] wenn *ihr* nehmt, können *wir* auch nehmen! Die haben ja ihre Kuh gehabt, ihre eigene, und so, wir haben ja nichts gehabt." (Interview Herr O.)

Doch auch bei der Bodenreform hatten die Flüchtlinge Grund, sich benachteiligt zu fühlen: Die vorhandenen Häuser wurden unter den Einheimischen verlost, die Flüchtlinge erhielten hingegen nur Bauplätze. In Massenquartieren, früheren Zwangsarbeiter-Baracken, Lehmhütten und Bretterbuden untergebracht, mußten sie sich erst Baugenehmigungen und Baumaterial besorgen, um Haus, Scheunen, Ställe zu bauen. Als ungerecht empfanden die Flüchtlinge auch, daß die Eingesessenen bei der Verteilung der Viehbestände der Gutsherren nur ihren eigenen Vorteil im Auge hatten, obwohl sie im Unterschied zu ihnen noch über eigene Ressourcen verfügten[28]. So war es in Grambzow vor allem der Initiative des russischen Kommandeurs zu verdanken, daß die Flüchtlingsfamilien ausreichend mit Milch versorgt wurden[29]. Weil die Zuwanderer meistens keine Zugkraft, keine Maschinen, kaum Gerät besaßen, mußten sie in den ersten Jahren z. T. bei den Einheimischen mitarbeiten, um deren Pferde wenigstens zeitweise zum Pflügen ausleihen zu können[30].

[27] Hingegen mußten die Flüchtlinge z. B. das Feuerholz, das sie brauchten, um Rüben zu Sirup zu verarbeiten, im Wald schlagen und mühsam in ihre Unterkünfte schleppen. Vgl. Interview Frau H.

[28] Frau H. und zwei weitere Siedlerfamilien teilten sich z. B. eine Kuh, während die einheimischen Familien jeweils mindestens eine Kuh hatten (ähnlich auch Herr O.). – Derartige Aussagen werden durch die Berichte der Bodenreformkommissionen sowohl für die hier untersuchten als auch für andere Orte bestätigt. Besonders auffällig ist die ungleiche Verteilung der Pferde. In den Bodenreformkommissionen waren die Umsiedler übrigens nur unzureichend oder gar nicht vertreten. Vgl. MLHA, Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bd. 2754.

[29] Vgl. Interview Frau S. – Zur Ernährungssituation vgl. auch Frau L. aus Hohen Pritz: „Und die Mecklenburger haben die Flüchtlinge auch nicht akzeptiert, dann sind wir gegangen und haben um die Milch gebettelt, sozusagen, die Einheimischen, die hatten ne Kuh, und die hatten Getreide, wir hatten *nischt* zu essen. Und Pferdeschrot, das war wie so Sägespäne, da haben wir Brot, wie so ne Fladen, gebacken. Einfach so auf der Herdplatte, ham wir die gebacken, dann zum Mittag hat's Kartoffel und Sirup gegeben, gestippt."

[30] Interview Frau S. – Der Mangel an Pferden war auch eine Folge der Requirationen durch russische Soldaten.

Aus Fohlen zogen sie sich dann eigene Pferde heran, so daß sie mit anderen Bauern zusammenspannen und unabhängiger wirtschaften konnten. Die ersten Ernten wurden zumeist noch mit der Sense abgemäht.

5.3. Die Mühsal der Einzelbauern

Bis zum Beginn der fünfziger Jahre ist der Aufbau der Einzelwirtschaften ein hartes Stück Arbeit gewesen. Mühsam wurden nach und nach eigene Viehbestände aufgebaut, landwirtschaftliches Gerät angeschafft, die Felder in Ordnung gebracht und bestellt. Herr A., der als 20jähriger erst im Januar 1948 nach Kriegsgefangenenschaft und zeitweiliger Beschäftigung als Knecht auf einem holsteinischen Bauernhof nach Mecklenburg kam, weil seine Eltern dort mit ihm zusammen siedeln wollten, beschreibt – hier exemplarisch für andere Interviewpartner, die von ähnliche Anstrengungen berichteten – die Mühen der Anfangszeit, aus denen es diese Familie später zu einer ansehnlichen Pferdezucht brachte:

„Ich war vordem in Schleswig-Holstein – beim Bauern, aber mein Vater war nun hier, und der Onkel war hier, und es war hier nun eben damals durch die Bodenreform möglich, Land zu bekommen. Und, ich hatte nun eben sehr große Lust zur Landwirtschaft, und um da [im Westen] nun Land zu bekommen, das war unmöglich. [...] Was da war zum Verkauf, da kamen erst mal die Einheimischen und – kein Flüchtling. – Ja, und dann hier – angefangen, und – eben praktisch fast mit *nichts* angefangen, – wir haben zuerst, als wir nun – Kartoffeln gepflanzt und – gehäufelt haben, wir hatten *keine* Zugkraft, da haben wir dann, der Onkel, Vater und ich, einer hat den Pflug gehalten, und zwei Mann haben gezogen. Selber als Zugkraft haben wir's erst mal in Gang gehalten und haben dann über die Bodenreform Ochsen bekommen, und dann nochmal 'n Ochsen dazu – und dann 'n Kalb, und das Kalb wurde dann zur Kuh, und so hast du *allmählich* aufgebaut [...] und dann die Kuh noch mit angespannt zu den Ochsen. Und da hat man, da wir ja nun Württemberger sind, hat man uns nachgesagt – die Mecklenburger – naja, die Schwaben können ja mit Ochsen und Kühen fahren, *wir* können das nicht. Bloß, *wir* haben ja in Bessarabien auch keine Kuh und keinen Ochsen angespannt, da kannten wir überhaupt nischt von, nich, da sagten wir immer, wenn ihr wüßtet, was wir für Pferde hatten! So, und wir waren am Anfang gar nicht so sehr scharf auf Pferde, denn – man mußte hier sehr viel Langholz fahren damals, [...] wir konnten mit den Ochsen und Kühen eben unsere Arbeit machen und wurden da nicht gestört, nich. Man mußte zwar, was das Kuriose dabei war, für jeden Ochsen im Jahr auch noch mal 36 Kilo Fleisch liefern, wie sie sich das gedacht haben, weiß man nicht, ob man da jedes Jahr 'n Schinken rausschneiden sollte, vom lebendigen Ochsen? [...] Naja, dann haben wir irgendwie 'n Rind, 'n anderes Rind, aufgezogen, und das wurde dann eben dafür abgeliefert. Brot und Getreide war ja auch ganz knapp, da hat man dann eben bißchen Getreide sich irgendwie organisiert, und das haben wir dann ganz fein geschrotet, das haben die Frauen ganz fein durchgesiebt, und da wurde dann Brot von gebacken – viel Sirup, Pellkartoffeln in Sirup gegessen. – Und als es dann soweit war, wie wir dann auch schon mal zu Schweinen kamen und uns ein Schwein aufgezogen hatten – um zu schlachten, da haben wir dann gesagt, jetzt ist es langsam an der Zeit, daß wir zu Pferden kommen. Und da haben wir uns, anstatt das Schwein zu schlachten, haben wir das mit den Altbauern – es waren ja hier ansässige Bauern, die waren ja doch, die saßen fester im Sattel als wir, die Neubauern – und haben uns dann eben für das Schwein ein Fohlen eingetauscht und [wir haben]

da noch Getreide zugegeben, da wir ja nun die Ochsen hatten. Ochsen brauchen ja nicht ganz so viel Getreide wie Pferde – da konnten wir das eben einsparen. [. . .] Hat man uns wieder ausgelacht. Die Mecklenburger sagten dann wieder zu uns, was wollt ihr mit'm Fohlen, wir müssen Pferde haben – auch ein Fohlen wird ein Pferd, nich? Ja, und dann das Jahr drauf nochmal ein Fohlen eingetauscht. So sind wir dann angefangen, die Kühe dann stehenzulassen, um nur noch Milch zu geben und haben dann die Fohlen vorne bei den Ochsen angespannt, haben wieder mit vieren gefahren. Und allmählich dann – die Ochsen nachher mal späterhin vertauscht, wieder für Fohlen, so daß wir dann mit ner Weile vier Pferde beieinander hatten. Und dann haben wir nachher eben auch angefangen zu züchten und konnten dann unsere Pferde uns selbst heranzüchten, beziehungsweise eben dann schon mal wieder was verkaufen. Und wir sind ja auch eben diejenigen, die hier dann [. . .] die Pferdezucht aufgebaut haben." (Interview Herr A.)

Filtert man aus den Interviews die Faktoren heraus, die die „Karrieren" der bessarabischen Einzelbauern in Mecklenburg gefördert haben, so verdichten sie sich in fünf Punkten: Sie enthalten Merkmale und Identifikationsmuster, die sich auf Herkunft und Siedlungsgeschichte, spezifische Wanderungsbedingungen und kulturelle Deutungsmuster der Bessarabiendeutschen beziehen, und die sie z. T. von ihren einheimischen Nachbarn, aber auch von Flüchtlingsgruppen aus anderen Herkunftsgebieten unterschieden.

a) Integrationsbereitschaft

Aufgrund ihrer Umsiedlungs- und Fluchtgeschichte machten sie sich (im Unterschied zu anderen Flüchtlingen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie oder aus dem Sudetenland) keinerlei Illusionen über eine mögliche Rückkehr in ihre alte Heimat. Daher betrachteten sie ihre gegenwärtige Lage nicht als Provisorium, sondern setzten alles daran, unter den gegebenen Bedingungen möglichst bald wieder seßhaft zu werden.

b) Qualifikation

Im Unterschied zu den mecklenburgischen Gutsarbeitern waren die bessarabischen Neusiedler in ihrer Heimat *selbständige* Bauern gewesen und wollten dies auch nach 1945 wieder sein[31]. Nicht wenige von ihnen brachten zudem handwerkliches Geschick mit, besonders diejenigen, die sich – wie viele der Teplitzer – nicht nur in der Landwirtschaft auskannten, sondern auch etwas vom Wagner-, Schlosser- oder Schmiedeberuf verstanden[32]. In den mecklenburgischen „Bessarabier-Dörfern" konnten überdies die in der Kolonistenzeit in Bessarabien über Generationen eingeübten und praktizierten gemeinschaftlichen Kooperationsformen z. T. wieder reaktiviert und als „soziales Kapital" genutzt werden, das manchen Nachteil ausglich.

[31] Das Interesse der Flüchtlinge an der Aufsiedelung war daher z. T. noch deutlicher ausgeprägt als bei den Gutsarbeitern. Vgl. Interview Herr A.

[32] Gerade den Teplitzern wurden auch Eigenschaften wie „eine Geschicklichkeit und Handfertigkeit auf allen Gebieten des praktischen Lebens" sowie kommerzielles Geschick und „Zungenfertigkeit" attestiert. Vgl. Weiß, Geschichte der Kolonie Teplitz, S. 153. – Das bessarabische Dorf Teplitz hatte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einem Zentrum des Wagenhandwerks entwickelt. Bis zum Ersten Weltkrieg erschloß es sich Absatzmärkte auch außerhalb Bessarabiens in Südrußland und im Kaukasus und belieferte auch die russische Armee. Nachdem dieser Marktzugang 1918 abgeschnitten wurde, begann sich in Teplitz eine landwirtschaftsnahe Industrie zu entwickeln.

c) Erfahrungen nach der Umsiedlung

Bereits während der Ansiedlungszeit in „Westpreußen" hatten sich die bessarabiendeutschen Bauern auf klimatische Verhältnisse, Methoden der Bodenbearbeitung, Vegetationszeiten umstellen müssen, die sich von den Bedingungen in ihrer alten Heimat stark unterschieden[33]. Die neuerworbenen Erfahrungen, Kenntnisse und Praktiken ließen sich auch für die Arbeitsweise in Mecklenburg nutzen und halfen ihnen, die Schwierigkeiten der Anfangsjahre zu meistern.

d) Arbeitsmoral

Die Einstellung zur Arbeit, die sich in der Siedlungsgeschichte der Bessarabiendeutschen ausgeprägt hatte, war auch in der Nachkriegszeit ungebrochen. Nach dem doppelten Heimatverlust kam dem Sediment einer säkularisierten pietistischen Ethik als einer zentralen identitätsstiftenden Komponente vermutlich eine noch höhere Bedeutung zu. Diese Arbeitsmoral prägte vor allem den Alltag der Einzelbauern, wurde aber auch noch in der LPG-Zeit beibehalten. Sie äußerte sich im Zeitaufwand, in der Intensität und der Identifikation mit der Arbeit:

„Die Bessaraber han g'arbeitet, bis d'Sonn unterging und sind um fünfe uff'gstande. Des hat sich nachher bewiese." (Interview Frau E.)

"[Es ist ihnen später ganz gut gegangen], aber, *wer* weiß, wie lang die gearbeitet haben – solange es hell war!" (Interview Frau K.)

„Und auch im Arbeiten sind die viel zu schnell, und das ist ja gerade auch dieser Arbeitsstil. Wenn die [Mecklenburger] wissen, sie müssen mit nem Bessaraber zusammenarbeiten – in der ersten Zeit haben sich viele geweigert, mit einem Bessaraber zusammenzuarbeiten hier in Mecklenburg, auf dem Land, in der LPG zum Beispiel, weil sie genau wußten, sie müßten sich an dieses Tempo gewöhnen, und das haben viele nicht gemacht." (Interview Herr K.)

„Die Bessaraber haben immer ne eigene Clique geführt, wenn sie jetzt so ne Arbeitsteilung hatten, waren immer Bessaraber zusammen. Selten mit Mecklenburgern, weil sie genau wußten (oder Verwandte oder Verschwägerte, wo sie eingeheiratet haben) – allgemein: die Bessaraber waren aktiver, wesentlich aktiver, sie waren – der *Motor*, praktisch." (Herr K./Herr U.)

e) Selbstbilder und Deutungsmuster

Dazu gehörten der sprichwörtliche Pioniergeist[34], eine ausgeprägte Leistungsorientierung sowie Durchhaltevermögen. Charakteristisch für die Bessarabier in Ost- wie Westdeutschland war das Bestreben, sich aufgrund eigener Leistung behaupten zu können, niemandem zur Last fallen zu müssen, die Kinder zu tüchtigen und selbstverantwortli-

[33] Vgl. Becker, Wie's daheim war, S. 144f. – So erforderte z. B. die bessarabische Schwarzerde keinerlei Düngung. In Bessarabien wurde mehr Weizen als Roggen, kaum Kartoffeln, keine Zuckerrüben, aber viel Mais, Gerste und Hafer sowie Wein angebaut. Auch die Tierzucht und -fütterung unterschied sich: Es wurden mehr Pferde und Schafe, weniger Kühe und Schweine gezüchtet.

[34] Das bessarabische Sprichwort „Den ersten der Tod, den zweiten die Not, den dritten das Brot" brachte die Erfahrungen der Auswanderergenerationen auf den Punkt. – In Zeiten zunehmender Landknappheit dorthin zu wandern, wo man siedeln konnte, war übrigens auch eine in Bessarabien übliche Praxis.

chen Menschen zu erziehen. Die Identifikation mit dem, was sie und ihre Vorfahren in nur fünf Generationen geschaffen (und zweimal verloren) hatten, bildeten den Ansporn und die Zuversicht, ein weiteres Mal von vorn beginnen zu können.

5.4. „Sozialistischer Frühling"

Ende der fünfziger Jahre setzte in den mecklenburgischen Dörfern die „große Umgestaltung"[35], d. h. die Kollektivierung der Landwirtschaft, ein. Die 1952 mit einem Beschluß der SED eingeleitete Kampagne zur Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) wurde nach dem 17. Juni 1953 zeitweise ausgesetzt, dann aber Ende der fünfziger Jahre wieder forciert. Schon vorher gab es die ÖLB („Öffentliche Landwirtschaftsbetriebe"), in denen brachliegende bzw. von Einzelbauern aufgegebene Flächen bewirtschaftet wurden. Die Vorwehen des – von einigen Interviewpartnern auch als „Umsturz" bezeichneten – Umbruchs waren freilich schon lange zu spüren. So war es für Herrn O., der zu den ersten „Neusiedlern" in Grambzow gehörte, eine der herbsten Enttäuschungen seines Lebens, daß er den von ihm geplanten Hofneubau nicht ausführen konnte, weil er dafür kein Baumaterial mehr erhielt[36].

Eine Übergangsform zwischen den „ÖLB" und der LPG „Typ 3" stellte die LPG „Typ 1" dar, die den Bauern noch eine gewisse Selbständigkeit und Eigenverantwortung gestattete: Hier wurden nur die Ackerflächen kollektiviert, die Tierhaltung betrieben die Bauern nach wie vor privat. Die Familienbetriebe konnten also zunächst noch aufrechterhalten werden und mehrere Einzelbauern (in Gruppen von ca. fünf bis zehn) zusammen wirtschaften. Mit dieser Übergangsregelung gelang es der Staatsführung, die Widerstandspotentiale in der Neubauernschaft vorübergehend zu pazifizieren und zugleich Engpässe in der Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Lebensmitteln zu begrenzen.

Manche bessarabischen Familien gelangten in den sechziger Jahren zu einem bescheidenen Wohlstand, für den allerdings von früh bis spät fast ununterbrochen gearbeitet werden mußte.

„Sieben Jahre waren wir in Typ 1 – noch fünf Einzelbauern. Wir haben uns dann auch zusammengeschlossen. Wir mußten ja auch abliefern, aber das, was wir uns aufgezogen haben, das war unser eigenes. Und da haben wir uns ja dann hochgearbeitet. Wir haben Bullen abgeliefert, Bullen gefüttert, die haben doch viel Geld gebracht. Mit Schweinen war's genauso und Kühen. Und da haben wir uns hochgeschafft und konnten uns ein bißchen behelfen und was anschaffen." (Interview Frau K.)

Noch vor der Feldarbeit wurde bei Tagesanbruch das Vieh gefüttert, abends wurde gemolken und wieder gefüttert. Auch die Kinder hatten ihre festen Pflichten und riskierten harte Strafen, wenn sie sie nicht einhielten:

[35] Interview Herr F.

[36] Die großen Stallungen und Kornspeicher der Güter waren zunächst teilweise stehengeblieben und von den einzelnen Bauern auch gemeinsam genutzt worden. Sie wurden dann aber – aus primär ideologischen Gründen – oft abgerissen, weil der „gutsherrliche Charakter" der Dörfer beseitigt werden sollte; das Baumaterial verwendeten die „Neubauern" zum Aufbau ihrer Häuser, Scheunen und Ställe. Zur Einführung der Großraumwirtschaft waren später wieder große Anlagen erforderlich, die zumeist an den Dorfrändern neu erbaut wurden. Mit Blick auf die künftige Umstrukturierung der Dörfer hielt man nun die Einzelbauern davon ab, neue Wirtschaftsgebäude zu errichten; die Neubauten wurden schon auf das „Prinzip LPG" hin orientiert. Vgl. auch Interview Frau S., Herr R., Herr A.

„Bei uns war es schon einfacher – bei meinen [älteren] Schwestern, also bei den Einzelwirtschaften, war es schlimm – aber wir mußten jeden Tag, mein Vater ist auf's Feld gefahren, U. und ich mußten auf den Pferdewagen, und dann hat er gemäht, und wir mußten das Futter zusammenrechen und aufladen. Und dann mußten wir nach Haus, wurd's abgeladen. Und eine Aktion, die jeden Tag war: Kühe holen. Jeden Tag mußten wir die Kühe holen. Weil die Eltern auf dem Feld waren, und wehe – einmal waren die Kühe nicht zuhause!!! [...] – Und das hatten wir auch gesehen, die Kinder von den Eltern, die auf Typ 3 waren, *die* konnten nachmittags baden fahren, konnten spielen, *wir* mußten, *wir* haben unsere Pflichtaufgaben gehabt, und das war eben – für die Kinder war es auch keine schöne Zeit. Deswegen wurden wir so ein bißchen ausgegrenzt. Oder vielmehr: die Kinder von Typ 1, paar hielten zusammen, und paar Kinder von Typ 3 hielten zusammen. Aber dadurch, daß wir Verwandtschaft hatten, war es nicht ganz so extrem." (Interview Herr K.)

Die strenge Einbindung der Kinder in den Arbeitsalltag der Eltern beförderte – wie hier angedeutet – mancherorts eine Gruppenbildung unter den Jugendlichen, die allerdings durch Verwandtschaft und Nachbarschaft wieder gemildert wurde. Das soziale Gefälle zwischen „1 er"- und „3 er"-Kindern kehrte sich in den sechziger Jahren um, als die Wirtschaften des „Typ 1" zu florieren begannen und sich das in einem stärkeren Selbstbewußtsein und deutlich besseren Konsumchancen der „1 er"-Kinder niederschlug. Die Selbstausbeutung der Einzelbauern und ihrer Familienangehörigen, gerade auch der Kinder, war andererseits aber auch mit ein Grund dafür, daß manche, vor allem jüngere Leute, oft auch Frauen, nicht erst den Umweg in „Typ 1" machen wollten, sondern sich gleich für den Eintritt in „Typ 3" entschieden.

In den sechziger Jahren wurden die LPGs „Typ 1" aufgelöst und allmählich in „Typ 3" überführt. Viele Bessarabiendeutsche gehörten offensichtlich mit zu denen, die sich am längsten gegen die Kollektivierung gesträubt hatten. Bis heute empfinden sie es als ungerecht, daß diejenigen, die frühzeitig in die ÖLB und die ersten LPGs eintraten, weil sie nicht hätten wirtschaften können oder „es alleine nicht mehr geschafft haben", vom Staat mit großzügigen finanziellen Anreizen, mit Einkommenssicherung und moderner Landtechnik „belohnt" worden seien, während sie selbst und andere – gezwungen durch den politischen Druck, die Abgabenlasten, mangelnde Ausstattung und Maschinen – die von ihnen geschaffenen Werte schließlich zum Schleuderpreis in die LPGs einbringen und sich dort sogar noch mit vergleichsweise hohen Summen einkaufen mußten[37].

Wie haben die Bessarabier diesen Bruch, die Aufgabe ihrer schwer erarbeiteten selbständigen Existenz, verkraftet? Die Interviews zeigen ein Spektrum von Reaktionsformen. Vor allem für die Älteren bedeutete die Kollektivierung eine neuerlichen, kaum verschmerzbaren Verlust, Enttäuschung und Resignation. Jüngere Leute, oft auch Frauen, zogen sich nicht selten auf einen „realistischen" Standpunkt zurück: Mangels anderer Alternativen fanden sie sich mit den unvermeidlichen Veränderungen ab, zumal die Großraumwirtschaft zeitweise durchaus eine gewisse Rationalität für sich beanspruchte und die LPGs in ihren Dörfern – nicht zuletzt durch ihre eigene Mitarbeit – recht gute Ergebnisse vorweisen konnten. Es gibt auch Befragte, denen in der LPG eine ebenso gute, vielleicht sogar eine befriedigendere Verbindung von Erwerbsarbeit, Hobbys und Interessen gelang, als ihnen dies unter anderen Voraussetzungen möglich gewesen wäre – ins-

[37] Als die LPG entstand, mußten pro ha 350 Mark Einstand gezahlt werden; 1968 waren es bereits 850 DM (vgl. Interview Frau K.).

besondere dann, wenn ihre speziellen Fähigkeiten aufgegriffen und für die LPG genutzt wurden. Einige Beispiele dafür aus den Interviews:

Die Bessarabier aus Hohen Pritz berichteten, der Beitritt zur LPG sei ihnen allen sehr schwer gefallen; der Druck sei aber zu stark geworden.

„Die haben die Leute direkt überfallen, die sind von Haus zu Haus, und wehe, Sie haben gesagt: nee!" (Frau T.)

„Die sind von oben, von Sternberg und von Schwerin her gekommen." (Herr V.)

Frau E. erzählt, sie selbst habe in der akuten Phase die Männer ihrer Familie davon abgehalten, sich offen gegen die Kollektivierung aufzulehnen. Denn gerade die Bessarabiendeutschen seien durch die Vorgänge nach dem Einmarsch der Roten Armee in Bessarabien am 28. Juni 1940, bei denen zwar nicht die Deutschen, aber unbotmäßige Angehörige anderer Nationalitäten von den Russen drangsaliert worden seien, gewarnt gewesen:

„Zletscht hot mr ja Angscht g'het. Die waret hier, der Andreas und der Richard und der Albert, die drei [. . .], die hen sich uffg'regt wege alles, und da han i g'sagt, wie se erzählt hen, seid mal ganz still, muckset euch mal [net], hen ihr net g'hört von Rußland, die holet euch abends weg, ihr sehr kein Licht mehr, no hen se nachgä. Da waret Spitzel bei und alles, wo g'horcht hen, was der und der sagt." (Interview Frau E.)

Für Frau E. bedeutete der Wechsel in die LPG freilich einen sozialen Abstieg, an dem letztlich auch ihr Mann seelisch zerbrochen sei. Ihre Rettung sei nur gewesen,

„daß sie uns a bißle Acker g'lasse hen und Kuh, Schwein, bißle Geflügel, und des hen mr nach Feierabend g'macht, das war unser Leben, sonst hätte das Geld net gereicht, was mr nach Haus bracht' hen: 300 Mark – und sieben Kinder!!" (Interview Frau E.)

Die Familie von Frau K. in Langwitz gehörte mit zu den letzten, die im Jahr 1968 aufgaben und von der LPG „Freiheit" (Typ 1) zur LPG „Neues Dorf" (Typ 3) wechselten. Nach all den Jahren, in denen sie sich „hochgearbeitet" und „etwas gehabt hatten", mußte sie nun wieder von vorn beginnen: ein 9-Stunden-Tag auf dem Feld, Arbeit in drei Schichten, auch samstags und manchmal sonntags, ein kleiner Verdienst, der für sie und ihre drei Kinder kaum reichte. Ihr Mann war damals schon Invalidenrentner, bis er drei Jahre später starb. Auch für die Kinder war es ein Einschnitt,

„wie es auf dem Hof plötzlich so still wurde, als die Pferde weg waren, was hatten wir für schöne Pferde, es waren auch Reitpferde, bei Turnieren [. . .] für uns Kinder war's schlimm, wie – weil die Pferde vom Hof gingen. Jeder hat zwar noch eine Kuh gehabt, ein paar Schweine und Bullen durften sie noch halten, aber das große Viehgeschäft war weg." (Interview Herr K.)

Herr K. erzählt, die älteren Männer (wie sein Vater) hätten die Kollektivierung nicht mehr verkraftet:

„Für die Alten war 's ein ganz schlimmer Umbruch, die Jüngeren haben das gelassener hingenommen. [. . .] Erst mal diese ganze Umsiedlung, die ganze Flucht und dann auf einmal diese neue Umstellung – erst bißchen Land gehabt und dann auf einmal mußten sie das Land wieder abgeben – und ich nehme an, daß denn – viele nicht mehr die Kraft hatten [. . .] viele haben das Rentenalter gar nicht mehr erreicht [. . .], das waren alles Wracks! Die alten Leute waren am Ende kaputt, und die sind auch alle nicht alt geworden. Die haben grade mal die 70 erreicht." (Interview Herr K.)

Andere, Jüngere, die noch auf der LPG tätig gewesen seien, hätten sich aber hier auch weiterhin stark eingesetzt und mit der LPG in ihrem Ort identifiziert:

„Also, sie haben sich nicht gehen lassen – wie sie in der LPG waren, sie hätten sich ja verhalten können wie die Altbauern in den reichen Dörfern – hätten sagen können, was

interessiert mich die LPG. Die in unserem Dorf haben gesagt: Wir sind nun mal hier, wir arbeiten hier, und wir machen auch was! Und die haben sich auch voll eingesetzt dafür. Und die Leitungen, die dort die LPG geführt haben, die wußten auch, daß sie sich auf die Leute verlassen konnten." (Interview Herr K.)

Herr B., der drei Jahre lang als Bereichsleiter in der Rinder- und Milchproduktion der Schwinkendorfer LPG tätig war, ist der Meinung, daß die LPG ihren guten Stand nicht zuletzt den Bessarabiern mit zu verdanken gehabt habe:

„Der gestandene Mecklenburger hat immer gesagt, die Bessaraber sind verrückt. Die haben – selbst nachher, wie's ja von der Einzelbauerwirtschaft rüberging in die LPG Typ 3, wo sie's ja nicht mehr nötig hatten, wo [. . .] ja – [. . .] Stundenlohn bezahlt wurde – ihren Acht- oder Neun-Stundentag [gehabt], die Arbeitszeit war um 17 Uhr vorbei – die waren um 19 und 20 Uhr noch in den Stallungen und haben nach dem Vieh gekuckt. [. . .] Die haben nicht gearbeitet, daß die viel Geld verdienen, die haben gearbeitet, daß es den Tieren gut geht, daß der Ort nach außen hin ein Ansehen erlangt. Das war für die viel wichtiger." (Interview Herr B.)

Schwer war die Umstellung für die selbstbewußten und erfolgreichen Bauern, die – wie Herr O. – keine Probleme gehabt hatten, ihr Soll abzuliefern. Er wurde heftig umworben, der Genossenschaft beizutreten, wehrte sich jedoch lange („ich hab's ja gewußt, was kommt: die Kolchose!") und lehnte auch das Angebot, LPG-Vorsitzender zu werden ab, denn:

„Wir waren ja Selbständigkeit gewohnt, ne, [. . .] so mußten wir uns also einfinden, die erste Zeit war schwer." (Interview Herr O.)

Auch Herr A. erzählt, er sei sechs Jahre lang umworben worden. Als er schließlich 1966 aufgab, brachte er zusammen mit seinem Vater und Onkel sieben Zuchtstuten in die Genossenschaft ein. Er arbeitete zunächst im Stall als Futtermeister und wurde dann Leiter der Abteilung Pferdesport und -zucht, die nicht wenig zum Renommee der insgesamt sehr erfolgreichen LPG „Neues Leben" beitrug. Als Leistungssportler ging Herr A. auch in den „großen Sport" und gewann viermal den DDR-Meistertitel im Vierspänner-Fahren. Der Umgang mit Pferden hatte in dieser Familie Tradition; bereits der Großvater hatte in Bessarabien die begehrten Orloff-Traber besessen, der Vater fütterte Pferde auf und verkaufte sie an rumänische Offiziere, auch Herr A. mußte von Jugend an mit Pferden arbeiten[38]. In Mecklenburg hatte Herr A. zu Beginn der fünfziger Jahre zunächst auch in einem Verein „Körperkultur und Sport" Pferdesport getrieben, dieses Hobby aber wieder aufgegeben, weil ihm die Eingliederung des Reitsports in die „Gesellschaft für Sport und Technik" und die zunehmend paramilitärische Ausrichtung widerstrebte. Nach der Selbstauflösung des Reitvereins wurde die Gruppe der Konspiration verdächtigt und deshalb überwacht. Grundlos – so Herr A. – denn:

„Es ging ja nur darum, daß wir gesagt haben, wir reiten nicht ins Gelände, und wir machen keinen Meldereiter, wir wollen Sport betreiben, friedlichen Sport und nichts anderes. Es hieß ja nach'm Kriege, *kein* Deutscher nimmt mehr ein Gewehr in die Hand, und jetzt sollten wir mit Gewehr, Kompaß und Karte – machen wir *nicht!* So und da haben wir denn – alles verkauft, *alle* Pferde [. . .] verkauft. [. . .] Ja, und haben dann Kaltblüter angeschafft, und da hat dann der Vater mit gewirtschaftet, und ich hab mich um kein

[38] Die Liebe der Familie A. zu den Pferden war auch ein überlokales Gesprächsthema: Mit einem weißen Taschentuch hätte man über die Pferde der A.s streichen können, so gut seien sie gepflegt gewesen, berichtete ein Interviewpartner aus einem benachbarten Dorf.

Pferd mehr gekümmert, hab dann nur noch Landwirtschaft gemacht und mich dem Kuhstall gewidmet, Milchleistung, Kühe schön geputzt, schön die Schweife ausgewaschen – das war dann mein Hobby." (Interview Herr A.)

Nach dem Eintritt in die LPG, Typ 1, im Jahr 1960 mußten die schweren Pferde aber wieder gegen Warmblüter ausgetauscht werden, weil das Futter für sie zu teuer kam. Vier Jahre später wurde auch der Pferdesport wiederaufgenommen, jetzt aktiv unterstützt von einem Assistenten in der LPG-Führung, dem späteren Vorsitzenden der LPG „Neues Leben". Aufgrund dieser Interessenkongruenz behielt Herr A. auch nach dem Übergang zu Typ 3 einen eigenen Verantwortungsbereich, in dem seine fachliche Kompetenz geschätzt wurde und ein gewisses Maß an Selbständigkeit gegeben war; ihm bot sich darüber hinaus sogar eine Chance zur weiteren Professionalisierung im Leistungssport. Für seinen Vater war der Verlust hingegen nicht mehr kompensierbar[39].

5.5. Religiosität und Kirche

Das kirchliche Gemeinschaftsleben besaß traditionell eine wichtige – historisch wie sozial bedingte – Funktion für den inneren Zusammenhalt der Bessarabiendeutschen. In der pietistischen Erweckungsbewegung, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „Auswandererharmonien" inspirierte[40], hatte freilich längst eine Ernüchterung eingesetzt und die offizielle evangelisch-lutherische Kirche die Oberhand behalten. Ein Relikt der innerkirchlichen Auseinandersetzungen, in denen religiöse Dissidenz und Schwärmerei noch bis ins 20. Jahrhundert hinein immer wieder aufflammten, waren die Zirkel der „Stundisten", die sich als Laien mit der Auslegung der Bibel beschäftigten. Das über Konfession und Kirche vermittelte Gruppenbewußtsein hatte, weit mehr als die ethnische Differenz zu den anderen Nationalitäten[41], den geschlossenen Charakter der deutschen Siedlungen in Südrußland bewahrt und eine Assimilation der deutschen Bauern an ihre orthodoxen russischen und ukrainischen Nachbarn bis zur Umsiedlung im Jahr 1940 weitgehend verhindert[42]. In den bessarabiendeutschen Dörfern bildeten der sonntägliche Gottesdienst, das kirchliche Jahr mit seinen Festtagen, Taufe, Konfirmation, Hochzeit, Begräbnis, nicht

[39] Dem Vater wurde das Futterfahren übertragen – ein Arbeitsfeld, das eine gewisse Zeitautonomie und einen ruhigeren Arbeitsrhythmus erlaubte. So habe auch er sich schließlich in das Unvermeidliche hineingefunden. – „Den alten Leuten fiel's natürlich sehr schwer [. . .] – man muß sich das nur vorstellen – wie ich Ihnen schon erzählt habe: mit unseren zehn Fingern dies alles erwirtschaftet. [. . .] Am letzten Tag, als wir noch Typ 1 waren, hatten wir sieben Kannen Milch auf der Rampe, das sind 140 Liter Milch, und haben am nächsten Tag schwarzen Kaffee getrunken, wie wir keine Kühe mehr hatten, nicht? Mußtest du von einem Tag auf den andern alles in die großen Ställe bringen, dein Viehzeug, Sauen mit 14 Ferkeln, und – alles war leer, was du mit deinen zehn Fingern erarbeitet hast. Wir, die jungen Leute, konnten uns da reinfinden, no, es wird ja da irgendwie weitergehn, aber die alten Leute!" (Interview Herr A.)

[40] Die bessarabische Gemeinde Teplitz war eine Gründung württembergischer „Separatisten", die sich 1817 auf den Weg zum kaukasischen Bergungsort begeben hatten, um dort als Gemeinde Christi die baldige Wiederkunft des Erlösers zu erwarten (vgl. Anm.10). Unterwegs in einer russischen Quarantänestation festgehalten, hatte sich eine Gruppe von ca. 100 Familien an die russische Regierung gewandt und gebeten, sich in Bessarabien ansiedeln zu dürfen. Vgl. Weiß, Geschichte der Kolonie Teplitz.

[41] Der Anteil der Deutschen an der Bevölkerung Bessarabiens betrug nur etwa 3 %. Neben Russen und Ukrainern lebten dort Rumänen bzw. „Moldauer", Bulgaren, Gagausen, Lipowaner, Juden, Griechen, Armenier, Zigeuner, Polen und Franzosen.

[42] Vgl. auch Neutatz, Deutsche Bauern in den Steppen Rußlands, S. 134.

zuletzt auch das bis zum Ersten Weltkrieg faktisch unter kirchlicher Aufsicht stehende deutsche Schulwesen, generationsübergreifende Strukturen sozialer Kohäsion.

Während der Umsiedlungszeit waren die Möglichkeiten der religiösen Praxis sehr eingeschränkt gewesen. Umso mehr erblickten die bessarabiendeutschen Flüchtlinge nach Krieg, Flucht und Entwurzelung darin wieder einen Halt. Generell hatten die Flüchtlinge an der „religiösen Renaissance" der Nachkriegszeit einen hohen Anteil. Wie die Inspektionsberichte der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs für den Kreis Malchin dokumentieren, bildeten die „Eingewanderten" einen Großteil des Kirchenvolkes, gerade auch dann, als sich „die Wogen glätteten" und der Kirchenbesuch der Einheimischen wieder abflaute[43]. Was hier für die Stadt Teterow konstatiert wurde, galt erst recht für die umliegenden Dörfer. Im Inspektionsbericht für die Kirchengemeinde Schwinkendorf heißt es z. B.:

„Im übrigen ist von Tradition nicht mehr zu reden. Die Sonntagsgemeinde hat ein völlig neues Gesicht. Die Flüchtlinge bilden das Hauptkontingent, auch an den Festtagen." Und weiter: „Wären wir auf die einheimische Bevölkerung angewiesen, wären die Gottesdienste einfach zum Erliegen gekommen."[44]

Ging in den fünfziger Jahren in der Stadt der volkskirchliche Charakter mehr und mehr verloren, was sich an der schrumpfenden Zahl der Kirchenbesucher, der Teilnehmer an Abendmahl und Konfirmation ablesen ließ, so schlug sich diese Tendenz auf dem Lande noch nicht so deutlich nieder[45]. In den mecklenburgischen Bessarabierdörfern Grambzow und Schwinkendorf waren Gottesdienste, Bibelstunden und andere kirchliche Veranstaltungen noch überdurchschnittlich gut besucht, und auch nach der Einführung der Jugendweihe gingen die meisten Jugendlichen zum Konfirmandenunterricht[46]. Gleichwohl nahm der sonntägliche Kirchenbesuch auch hier seit den fünfziger Jahren mehr und mehr ab. Mit ein Grund dafür war – den Pfarrberichten zufolge – die Überlastung des Landvolks, auch mit Sonntagsarbeit, die auf dem Lande seit drei Jahrzehnten üblich war. Nach der Einführung der LPG wurde es für die einzelnen, auch für die Frauen, noch schwieriger, sich den Sonntag freizuhalten. Zwar gab es keine unmittelbare Behinderung der Gottesdienste, doch hielten Arbeitseinsätze, Produktionsberatungen, Einwohnerversammlungen und Veranstaltungen anderer Art Erwachsene und Kinder immer wieder vom sonntäglichen Kirchenbesuch ab. Auch an anderen hohen kirchlichen Feiertagen wie Karfreitag, Gründonnerstag u. a. versammelte sich nur noch ein kleiner Kreis in der Kirche.

[43] LAS, Inspektionsberichte der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Mecklenburg (im folgenden: Inspektionsberichte), Gemeindeberichte Teterow 1945–1965, hier: 1945/46 und 1947.

[44] Ebenda, Gemeindebericht Schwinkendorf 1945–47, Bl. 37 und 59.

[45] Dem Gemeindebericht Teterow 1963/64 (vgl. Anm. 41) zufolge nahmen in den Dörfern damals noch gut 95 Prozent der Kinder am Unterricht teil, in Teterow waren es hingegen nur noch 30–40 Prozent. – Der Schwinkendorfer Pfarrer Heinrich konstatierte in seinem Bericht für die Jahre 1954–56, das Gemeindeleben basiere auf einem „Kern ernster Christen von kirchlicher Haltung" und zeige auch gegen die antichristliche Propaganda eine „gewisse Widerstandskraft". In den Randsiedlerdörfern sei allerdings ein „Abbröckeln" bemerkbar. Vgl. LAS, Inspektionsberichte, Gemeindebericht Schwinkendorf 1954–56.

[46] Seit 1959 kam es zu ersten ernsthaften Störungen des Konfirmationsunterrichts. Da viele Familien für sich und ihre Kinder Nachteile befürchteten, wenn sie die Jugendweihe ablehnten, strebte die Kirchenführung mit der Verlegung der Konfirmation auf einen Termin im Herbst eine Kompromißlösung an, um beides zu ermöglichen. – In der Honecker-Ära ging die Zahl der Konfirmationen dann rapide zurück (vgl. Interview Herr K.).

Die Kirchgangshäufigkeit ist freilich nicht das einzige Merkmal einer volkstümlichen Frömmigkeit. So wurden bei den Bessarabiern der älteren Generation auch andere, z. T. überlokale christliche „Gemeinschaften" gepflegt, mancherorts auch die „Stunden" wiederaufgenommen oder häusliche Andachten mit den aus der Heimat mitgebrachten Gebets- und Gesangbüchern abgehalten[47]. An den Bibelstunden beteiligten sich übrigens Bessarabiendeutsche wie Mecklenburger. Aus Hohen Pritz wird berichtet, daß dort eine Reihe von Missionsveranstaltungen großen Zulauf gefunden habe – mit der Folge, daß die für diesen Ort vorgesehene Auszeichnung „Sozialistisches Dorf" an die Nachbargemeinde weitergereicht worden sei[48].

In den ersten Nachkriegsjahren scheint es zwischen Einheimischen und Flüchtlingen auch im kirchlichen Bereich einige Irritationen gegeben zu haben. So beklagt der Schwinkendorfer Pfarrer 1948/49, daß die Kirchlichkeit der Flüchtlinge wider Erwarten nicht über die Unkirchlichkeit der Eingesessenen gesiegt habe, sondern umgekehrt, nun auch die Flüchtlinge sich der Kirche entfremdeten:

„Die schönste Hoffnung, die wir auf diese frommen Menschen setzten, hat getrogen. – Man wird mit offenen Armen von ihnen aufgenommen, aber zur Kirche kommen sie auch nicht. Freilich sind es immerhin noch ein paar mehr von ihnen als von den unseren in der Kirche."[49]

Eben dieser Pfarrer berichtete freilich wenig von den Anstrengungen zu ihrer Integration in die Kirchengemeinde; er hatte vielmehr „daraufgehalten, daß die vielen Flüchtlinge nicht ihre Gtd. [Gottesdienst-]Ordnung in unsere heimische hineintragen" und verbuchte es als Erfolg, daß dies auch gelungen sei[50].

Wie den späteren Gemeindeberichten zu entnehmen ist, haben die Bessarabiendeutschen vor allem bei Begräbissen ihrer Landsleute noch lange Zeit an ihren heimatlichen Bräuchen festgehalten:

„Besonders gut ist die Beteiligung am Gesang, wenn bessarabische Umsiedler in größerer Zahl beteiligt sind, das ist vor allem bei Leichen aus Langwitz, bisweilen auch aus Schwinkendorf und Christinenhof der Fall. [...] Manchmal besonders bei Bessarabiern und deren Verwandten stimmt das Gefolge nach Ende des kirchlichen Aktes spontan noch weitere geistliche Lieder an."[51]

Geistliche Lieder aus der alten Heimat wurden aber nicht nur im kirchlichen Raum, sondern auch bei Familienfeiern und dörflichen Festen gesungen[52].

Obwohl die Bedeutung der Kirche für den dörflichen Alltag in den sechziger Jahren immer weiter zurückgedrängt wurde, erhielt sich etwa in Schwinkendorf ein ortsgebundenes Gemeinschaftsgefühl, in dem auch die Kirche einen Platz behielt. Im Kirchenrat aktive Bessarabier aus Langwitz und Schwinkendorf regten Selbsthilfeaktionen an, für die in den Dörfern des Kirchspiels Spendengelder gesammelt wurden und für die auch die Dorfjugend freiwillige Arbeitseinsätze leistete: den Bau einer Leichenhalle, einer neuen Friedhofsmauer, die Umdeckung des Kirchendaches. Die reiche Schwinkendorfer

[47] Vgl. LAS, Inspektionsberichte, Kirchengemeinde Schwinkendorf 1945–1964.
[48] Das neue Kulturhaus wurde nun in Mestlin errichtet (vgl. Interview Frau M.).
[49] Vgl. LAS, Inspektionsberichte, Gemeindebericht 1948/49.
[50] Im vorhergehenden Gemeindebericht war noch davon die Rede, daß sich die kirchliche Lage völlig verändert habe und die reguläre Gemeinde zur „Siedlergemeinde" geworden sei (vgl. LAS, Inspektionsberichte, Gemeindeberichte Schwinkendorf 1945–1949).
[51] Vgl. LAS, Inspektionsberichte, Gemeindebericht Schwinkendorf 1960–62.
[52] Vgl. Interview Herr K.

LPG brachte die Gelder auf, um das baufällige Pfarrhaus zu restaurieren; ihre Brigaden beteiligten sich auch an den Sanierungsarbeiten am Kirchendach[53].

5.6. Heimatliche Bräuche im Wandel

Das bessarabische Gemeinschaftsleben wurde in mecklenburgischen Bessarabier-Dörfern noch jahrelang gepflegt. Man feierte die Feste im alten Stil – ob das nun Hochzeiten waren oder Erntefeste, der 1. Mai oder der Internationale Frauentag – und sang die alten Lieder. Gesungen wurde bei den Bessarabiendeutschen viel und gern – vor allem Volks- und Kirchenlieder – und auch mit der Ziehharmonika aufgespielt. An den Wochenenden traf sich die Dorfjugend zu Spiel und Tanz. Hier kam es in den ersten Nachkriegsjahren oft zu heftigen Auseinandersetzungen und Schlägereien zwischen einheimischen Jugendlichen und Flüchtlingen, in denen zumeist Rivalitäten um Mädchen und Platzkämpfe ausgetragen wurden. Den jungen Bessarabiern haftete deshalb auch der Ruf der „Messerstecher" an[54]. Die Abnahme dieser Konflikte durch Verheiratung und Einheirat läßt sich wohl als Zeichen fortschreitender Integration interpretieren; bereits in der nachfolgenden Generation erfolgte die Gruppenbildung unter den Jugendlichen nach anderen Kriterien.

Die Erosion der bessarabischen Milieus setzte Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre ein. Jetzt saß man abends zuhause vor dem Fernseher und nicht mehr draußen auf dem „Hofbänkle" oder unter den Kastanien auf dem Dorfplatz vor dem abgerissenen Herrenhaus.

Wie es früher in Langwitz war, erzählt Herr K.:

„Die sind ja jeden Tag zusammengekommen, die Alten, so wie da in Teplitz auf'm Bänkle [. . .] Die Frauen auch, wenn sie Zeit hatten. – Also wir haben vorn am Zaun ne Bank, und da ist mein Vater draußen gesessen, jeden Abend, wenn er Zeit hatte. Mein Vater, der war schon älter, der war Invalidenrentner [. . .], da kamen *alle* [gemeint sind die Bessarabier], die kamen hin, und dann hat's ein Glas Wein gegeben – mein Vater hatte immer Wein, wir hatten ja diesen Obstwein selber gemacht, weil sie ja keinen Wein hatten – so, dann haben sie eben gessen und bei einem Glas Wein, viel haben sie nicht getrunken, aber dann haben sie eben geplauscht [. . .]. – Das hat sich bei uns immer abgespielt, das war so, daß wir das als Kinder immer miterlebten, da wurde eben dieses Schwäbisch gesprochen und wurde immer über die alte Heimat gesprochen, *immer.* Da haben wir eigentlich sehr viel mitbekommen." (Interview Herr K.)

In Grambzow traf man sich sonntags früh; in späteren Jahren kamen auch die Mecklenburger dazu:

„Ja, da wurde viel zusammengegangen, weil das Fernsehen damals noch nicht war – das macht viel aus!" (Interview Herr O.)

Nicht nur das Fernsehen, auch die Chancen einer größeren Mobilität durch den zunehmenden Autoverkehr trugen in den sechziger Jahren zur Veränderung des dörflichen Gemeinschaftslebens bei. Zugleich fand aber auch durch den Ausbau der Großlandwirt-

[53] Vgl. Interview Herr K., Herr A. – Aus dem Gemeindebericht der Kirchgemeinde Schwinkendorf für 1963/64, der die Erneuerung des Pfarrhausdaches und die Umdeckung des Kirchendaches erwähnt, geht nichts über die Finanzierung dieser Arbeiten hervor.

[54] Interview Herr U. – Die Neigung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen ist auch ein Thema in den Gemeindeberichten des Schwinkendorfer Pfarrers Heinrich; sie sei hier größer als anderswo. „Schlägereien kommen häufig vor, die auch oft in Messerstechereien ausarten." (LAS, Inspektionsberichte, Gemeindebericht vom 20. 6. 1954.)

schaft in immer größeren Einheiten, die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion nach sowjetischem Vorbild und das Zusammenlegen von Dörfern[55] ein tiefgreifender Wandel der Produktions- und Kommunikationsstrukturen auf dem Lande statt. Ziel der KAPs („Kooperative Abteilung Pflanzen- bzw. Tierproduktion") war es, industriemäßige Produktionsmethoden in der Landwirtschaft einzuführen[56] und die Lebensbedingungen auf dem Dorf an die der Stadt anzugleichen. Längst war die junge Bessarabier-Generation, die in der kollektivierten Landwirtschaft keine Perspektive mehr sah, in andere Berufe abgewandert. Auf den Dörfern blieben die Alten zurück, deren Reihen sich mit der Zeit lichteten. Ganze Familien waren zudem „bei Nacht und Nebel" nach Westdeutschland übergesiedelt[57].

An den Erntefesten, die in allen Interviews ausführlich geschildert werden, hatte sich auch die einheimische Bevölkerung beteiligt. Schon früher waren Erntefeste gefeiert worden, doch trugen sie einen anderen Charakter: Es gab ein vom Gutsbesitzer[58] ausgerichtetes Gesindeessen, ein „Ausköst", und wohl auch „Tanz op de Deel", aber keine Umzüge mit festlich geschmückten Ernte- und Pferdewagen. Wie die Festzüge in Langwitz aussahen, beschreibt Herr K.:

„Also Erntefest, das war was Schönes früher. Da wurden die Wagen geschmückt, richtig mit Ernterzeugnissen – mit den Erntekronen – und das haben immer die Bessarabier in Regie gehabt, also wunderschön haben die diese Wagen geschmückt, und dann die Rechen und Gabeln, alles wurde geschmückt und dann [. . .] gab es einen Pferdewagen mit der Kapelle, und dahinter war der Wagen mit den Kindern, den kleinen Kindern, die in den Kindergarten gingen, und denn ging das ganze Dorf hinterher, jeder mit ner geschmückten Sache, das ganze Dorf."[59] (Interview Herr K.)

Mit festlichen Umzügen wurde auch der 1. Mai gefeiert, der Dorfplatz gestaltet und mit Birkengrün geschmückt. (Bereits in Teplitz war der Wettstreit zwischen „Ober-" und „Unterdorf" um den schönsten Mai- und Pfingstbaum Tradition gewesen.) Die kurzen Reden enthielten sich hier im allgemeinen jeder Politik.

Mancherorts wurde auch der Brauch des „Eierlesens" am Ostermontag wiederaufgenommen. Er war von den württembergischen Auswanderern nach Bessarabien mitgebracht worden, dort aber – wie manch anderes harmlose Vergnügen – von den pietistischen Geistlichen und Stundenbrüdern unterdrückt worden. In den dreißiger Jahren wurde er von der jungen Generation, die gegen die altväterliche Sittenstrenge rebellierte, reaktiviert und offenbar auch noch nach 1945 für kurze Zeit praktiziert. Länger als das „Eierlesen" hielt sich in den Bessarabier-Dörfern das „Pelzmärtle" – eine Art Nikolaus, der grausamerweise nach der Weihnachtsbescherung am Heiligabend mit der Rute durch das Dorf ging, um unartige Kinder zu züchtigen. Diese Figur mußte schließlich (wie üb-

[55] Die Schwinkendorfer KAP faßte 13 Dörfer zusammen und bewirtschaftete ca. 8000 ha.

[56] Der dritte Entwicklungsabschnitt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR sei „durch die zentralgesteuerte kooperative Herausbildung sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe charakterisiert, die seit 1967 zum industriemäßig produzierenden Spezialbetrieb der Landwirtschaft führte." (DDR-Handbuch, Bd. 1, S. 785.)

[57] Man nannte dies „LPG, Typ vier: Der Bauer ist fort, der Acker bleibt hier" (vgl. Interview Herr G.).

[58] Neuerdings versucht ein aus der früheren Gutsbesitzerfamilie stammender „Wiedereinrichter" durch die Veranstaltung von Erntefesten und Osterfeuern wieder mit der Dorfbevölkerung ins Gespräch zu kommen (vgl. FAZ vom 6. 6. 1996).

[59] Interview Herr K.

rigens auch die mecklenburgischen Kinderschreck-Varianten, z. B. die „Neujahrsfrau") in den sechziger Jahren liberaleren Erziehungsvorstellungen weichen. Erzählt wird auch von der Sitte des „Heilige-Drei-Königssingens" am 6. Januar, das ebenfalls bis Anfang der sechziger Jahre üblich war.

Es überrascht nicht, daß solche und ähnliche Bräuche in der zweiten Generation oft kaum noch erinnert und auch nicht weiter überliefert werden. Wichtiger für Zusammenhalt und Identifikation sind hier andere Charakteristika der Alltagskultur, etwa die Vorliebe für die bessarabische Küche, die z. T. auch auf die mecklenburgischen Ehepartner und die Kinder abgefärbt hat[60]. Der schwäbische Dialekt ist der zweiten Generation noch gut vertraut, obwohl die Eltern zumeist darauf achteten, daß ihre Kinder Hochdeutsch sprachen, um ihnen Schwierigkeiten in der Schule zu ersparen. Untereinander „schwätzen" die alten Bessarabier jedoch auch heute noch immer schwäbisch. Die Lust am Singen ist auch in der zweiten Generation noch vorhanden, vor allem bei den gelegentlichen Treffen der Jugendfreunde oder der Verwandtschaft. Selbst örtliche Musikkapellen integrierten schwäbische Lieder wie „Auf dem Wase graset d' Hase" oder „A Büschele Haberstroh" in ihr Repertoire. Offenbar haben ältere Bessarabier es gern gesehen, wenn die Jugend Musik machte und sie dabei auch großzügig finanziell unterstützt.

5.7. Die zweite Generation – weg vom Dorf!

Die Kinder der interviewten mecklenburgischen Bessarabier sind selbst dann, wenn sie sich für die Landwirtschaft interessierten, meist nicht auf dem Lande geblieben. Einige wurden Facharbeiter, Handwerker, gingen zum Überseehafen oder zur Werft; andere arbeiten in Angestelltenberufen, als Ingenieure, Lehrer und Berufsschullehrer oder (nach der Wende) auch als selbständige Unternehmer.

Berufswahl und -chancen der Kinder waren nicht nur von Leistung und Interesse abhängig, sondern wurden auch durch ihre familiäre Situation und die parteioffizielle Linie zur Arbeitskräftelenkung mitbeeinflußt. Wegen der christlichen Orientierung ihrer Eltern hatten einige von ihnen Nachteile: So durfte z. B. Herr K., dessen Vater Kirchenältester war, trotz seiner guten Leistungen nicht zur EOS gehen; erst als seine Mutter öffentlich drohte, deshalb nicht zur Wahl zu gehen, lenkten die Schulbehörden ein. Die Tochter von Frau T., in deren Wohnung regelmäßig „Stunden" abgehalten wurden, erhielt keine Genehmigung zum Studium: „Sie paßte nicht rein in unseren Staat"[61]. Frau E. wurde von Lehrern unter Druck gesetzt, ihre Söhne zur Jugendweihe zu schicken, um ihnen eine Lehrstelle zu sichern. Trotz der Weigerung fanden aber auch sie einen Beruf[62].

Schwierig war die Situation für die Kinder der Einzelbauern, die neben der Schule voll in den familiären Arbeitsprozeß eingespannt waren. Herr K. schildert das für seine älteren Schwestern, die morgens, bevor sie mit dem Zug zur Schule fuhren, noch zwei Stunden aufs Feld gehen oder andere Arbeiten verrichten mußten:

[60] Paprika oder Melonen wurden, wenn sie in den DDR-Konsumgeschäften erhältlich waren, von den Bessarabiern kistenweise aufgekauft und nach bessarabischen Rezepten zubereitet. Die vielfältigen Variationen von Mehlspeisen (wie Knöpfle, Küchle, Dampf- und Schupfnudeln, Strudel, Krapfen, Piroggen und Platschinten u. a.m.), die die Großmütter beherrschten, waren bei den Enkelkindern sehr begehrt, und die Gerichte des Balkans und der Schwarzmeerküste brachten in die mecklenburgische Küche einen Hauch von Exotik.

[61] Interview Frau T.

[62] „Einen Beruf hatten sie alle, so wie *jetzt* [gemeint ist die Zeit nach der Wende] war's nicht! Sie mußten aber auch nehmen, was ihnen angeboten wurde." (Interview Frau E.)

„Für die war es echt *schlimm!* Für *die* Generation war es ne schlimme Zeit. Die wurden neben ihrer Tätigkeit in der Schule voll eingespannt, weil jede Hand gebraucht wurde, damals. Und da kannte unser Vater kein Pardon, das muß ich ganz ehrlich sagen. Auf das Familienleben hat sich das nicht günstig ausgewirkt." (Interview Herr K.)

Der Vater von Frau S. war noch im April zum Volkssturm eingesetzt worden und kam erst zwei Jahre später aus der Gefangenschaft zurück, in der er sich eine TBC-Erkrankung geholt hatte. Dem Vater zuliebe, der mit Leib und Seele Bauer war, blieben die Kinder auf dem Hof, um die Wirtschaft auf den gleichen Stand zu bringen wie die anderen, obwohl sie eigentlich andere Berufswünsche hatte. Als sich die Bildung der LPG abzeichnete, wurde es für die Bauernkinder immer schwieriger, vom Land wegzukommen. Frau S. betrachtete sich als „gerettet", als es ihr nach dem Tod ihres Vaters gelang, eine Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Berufsschule abzuschließen und eine externe Meisterprüfung abzulegen. Ihrem Bruder gelang dies nur dadurch, daß er sich zur Polizei meldete. Auch die Schwestern von Herrn K. hatten, wegen der Aktion „Wer vom Dorf kommt, soll auch im Dorf bleiben", trotz guter Zeugnisse nicht die Möglichkeit, eine höhere Schule zu besuchen. Ihr Vater drängte aber darauf, daß die Mädchen aus dem Dorf gingen und Berufe als Angestellte ergriffen. Erst in späteren Jahren ergab sich für vom Land kommende Jugendliche die Chance, sich für Leitungsfunktionen in den LPGs und KAPs zu qualifizieren; so sollte der Sohn von Herrn A. in der Tierproduktion bleiben und schloß nach einer Ausbildung zum Zootechniker mit Abitur ein Landwirtschaftsstudium ab. Das kulturelle Kapital seiner Familie nutzend, betreibt auch er heute Pferdesport, züchtet Pferde und besitzt einen Reiterhof.

5.8. Interessenvertretung und politisches Vereinsleben

Dort wo die Bessarabiendeutschen eine starke Gruppe darstellten, haben sie auch versucht, ihre Interessen zur Geltung zu bringen und sich gegen Entscheidungen und Anordnungen der Staatsorgane bzw. der SED, die sie direkt betrafen, zur Wehr zu setzen. So berichtet z. B. der Landrat von Malchin im Juli 1951 über eine Bauernversammlung in der Gemeinde Groß-Köthel, bei der „gestützt auf den Wortführer die Umsiedler aus Grambzow (Bessarabier) wie ein Block" aufgetreten seien und sich gegen Bestimmungen des Umsiedlergesetzes und Entscheidungen der „Kreisdifferenzierungskommission" gewandt hätten. Bereits im Mai 1951 hatten sie deshalb eine Beschwerde an den Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, gerichtet. Der Grambzower Gemeinderat, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) und der Bürgermeister hätten sich in dieser „lebhaften Auseinandersetzung" völlig passiv verhalten. Schon vorher habe der Ortsteil Grambzow bei der Zusammenlegung mehrerer Dörfer zu einer Zentralgemeinde „große Schwierigkeiten" gemacht; diesbezügliche Beschwerden seien unberechtigterweise sogar mit dem inzwischen ungültigen Dienstsiegel der Gemeinde Grambzow versehen worden. „Diese Schwierigkeiten haben ihre Ursache darin, daß der größte Teil der Einwohner Grambzows Umsiedler aus Bessarabien sind, die versuchen ihre eigenen Wege zu gehen [. . .]"[63]. Als Konsequenz dieser Auseinandersetzungen wurde nun gefordert, ein besonderes „Augenmerk" auf die Gemeinde Groß-Köthel zu legen, die „politische Aufklärungsarbeit" in den Ortsteilen zu verstärken und „durch beharrliche Aufklärung und

[63] Der Rat des Kreises Malchin, Dezernat Leitung, an das Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 24. 7. 1951, MLHA, Rat des Kreises Malchin, Bd. 28.

Überzeugung die Bauern mit unseren Gesetzen vertraut" zu machen. Die Umsiedler in Grambzow besäßen im übrigen einen wesentlich besseren Viehbestand als die anderen Ortsteile und müßten deshalb verstärkt zur Erfassung und Ablieferung herangezogen werden.

Sofern sich die Bessarabier in den mecklenburgischen Dörfern politisch interessiert und betätigt haben, waren sie zumeist Mitglieder der Demokratischen Bauernpartei. Die Blockpolitik der SED war insofern durchaus erfolgreich, als es ihr gelang, die von ihr geschaffene Satellitenpartei als Interessenvertretung der Landbevölkerung darzustellen[64]. Wie die Mecklenburger betrachteten auch die Bessarabier die DBD offensichtlich weniger als eine politische Partei denn als eine Art „Verein", in dem die Bauern landwirtschaftliche Themen, Beschaffungsprobleme u. a.m. diskutierten und im übrigen eine gesellige Veranstaltung sahen. So beschreibt es Herr U.:

„Die halben Bessaraber waren doch in der DBD, da haben sie dann abends [...] im Krug gesessen und einen getrunken und über Pferdezucht oder irgendwas geredet, Privatgespräche." (Interview Herr U.)

Manche, wie der Vater von Herrn K., sind aus der DBD bald wieder ausgetreten, als sie feststellten, daß diese Organisation keine Neuauflage des Teplitzer „Vereins"[65], sondern eine „SED auf dem Lande" war. Andere, wie Herr A., traten gar nicht erst in die Bauernpartei ein, weil sie deren Schwäche und die Abhängigkeit von der SED sahen: Die DBD müsse sowieso nach der Pfeife der SED tanzen; wenn man überhaupt etwas Politisches bewirken wolle, müsse man dort eintreten. Daß er selbst parteilos blieb, bereitete ihm in seinem Beruf keine Schwierigkeiten. Frau S. wäre gerne in die DBD eingetreten, um ihr „Brot nicht zu verlieren", durfte aber von den „Hilfskommunisten" nicht aufgenommen werden, weil sie für die SED und eine parteimäßige Weiterqualifizierung geworben werden sollte. Sie wehrte sich dagegen, indem sie sich als Schöffin zur Verfügung stellte, und bedrängte ihren Abteilungsleiter, ihr nicht die „letzte persönliche Freiheit" zu nehmen, da sie auch noch ihre kranke Mutter zu versorgen habe[66].

Bei den Bessarabiern gab es freilich auch einige SED-Mitglieder; aus einer Familie gingen z. B. ein Parteisekretär, der in der örtlichen LPG auch eine Betriebsparteiorganisation aufzubauen versuchte, sowie ein Funktionär in der SED-Kreisleitung hervor. Manche Landsleute begegneten diesen „Genossen" zwar mit einer gewissen Distanz; sofern sie sich aber im Rahmen der Interessengemeinschaft des Dorfes bewegten oder sich – etwa als Bürgermeister – besonders für ihren Ort einsetzten, wurden ihre Bemühungen auch geachtet. Einige der Jüngeren waren – wie sie sagen – der SED beigetreten, um einen Studienplatz zu erhalten oder beruflich voranzukommen; nur einem von ihnen gelang es, sein Parteibuch wieder zurückzugeben.

6. Die Wende 1989

Auf dem Weg in eines der mecklenburgischen „Bessarabier"-Dörfer, auf dem Feldweg zu einem abgelegenen Gehöft namens Christinenhof, begegnete ich einem alten Mann auf einem Fahrrad und fragte ihn nach dem Weg: „Wo kommen Sie her?" Er sagte: „Oh –

[64] CDU und LDPD besaßen in dieser Region keine ausgebauten Stützpunkte.

[65] Im Jahr 1925 wurde in Teplitz der Verein „Eintracht" gegründet, der vor allem ein Bildungs- und Geselligkeitsverein war (vgl. Weiß, Geschichte der Kolonie Teplitz, S. 292).

[66] Interview Frau S.

ich komme von weit her [...]" Er erzählte dann, daß er aus Ostpreußen stamme und nach dem Krieg hier in Mecklenburg eine Siedlung bekommen habe. Der Anfang sei nicht leicht gewesen, und dann die LPG! Doch das sei schon lange her, und nach dem letzten Umsturz – gemeint war die Wende 1989 – sei wieder alles ganz anders gekommen. Wieder einmal müsse man von Neuem beginnen, wenn dies nun auch Sache der Jüngeren sei. In diesem Gespräch zeigte sich eine Erzählstruktur, die auch die Interviews mit bessarabiendeutschen Umsiedlern der älteren Generation durchzieht: Die erlebte Geschichte mit ihren historischen Brüchen ist präsent, und der politische Umbruch des Jahres 1989 fügt ihr noch einen Refrain hinzu; er überformt die Erinnerungen und ihre Interpretation und aktualisiert die Erfahrungen des Verlusts.

Die Biographien sind in dieser „Erlebnisgeneration" durch vier tiefe historisch-politische Einschnitte geprägt. Die heute 75 bis 85jährigen (d.h. Angehörige der Jahrgänge 1912 bis 1922) waren im Jahr der Umsiedlung (1940) 18 bis 28 Jahre alt. Sie hatten in ihren Heimatorten gerade damit begonnen, sich eine Existenz aufzubauen, eine „Wirtschaft", d. h. Haus und Hof, oder eine andere berufliche Perspektive, eine Familie. Die Umsiedlung nach dem Hitler-Stalin-Pakt, der Abschied von der Heimat und der Krieg gegen die Sowjetunion bedeuteten für sie einen ersten tiefen Bruch. Anfang 1945 wieder ein abruptes Ende: Flucht, Trennung oder auch Tod von Familienangehörigen, Freunden und Nachbarn, Kriegsgefangenschaft und Verschleppung, der Verlust der gesamten Habe, Not, Hunger, Fremdheit und Suche nach einer neuen Bleibe. Der schwer erarbeitete, bescheidene Wohlstand der „Neubauern" in der SBZ/DDR ging durch die Kollektivierung der Landwirtschaft wieder verloren.

Schließlich brachte die Wende 1989 – wiewohl begrüßt und erwünscht – neue Lebensverhältnisse und Freiheiten, aber auch erneut Verunsicherungen, Ungerechtigkeiten und Entwertungen mit sich. So erhielten etwa die LPG-Mitglieder nach der Umwandlung der LPGs in GmbHs nur einen Teil der Gelder zurück, die ihnen beim Eintritt damals zwangsweise abverlangt worden waren[67]. Was sie über Jahrzehnte erwirtschaftet haben, ihre Arbeitsleistung, scheint nun ohne Wert. Selbst wenn das Bodenreformland zurückgegeben wird, ist ein nochmaliger Neuanfang in der Landwirtschaft für diese Generation, aber auch für ihre Kinder nicht mehr möglich[68]. Deren Perspektive wird nach dem Niederbrechen von Betrieben und Werften zudem von der drohenden Massenarbeitslosigkeit überschattet. Unerwartete Probleme tauchen auf, die individuell gelöst werden müssen: So hat z. B. Frau K. beim Tod ihres Mannes, dessen zweite Frau sie war, zwar die Siedlung übernommen, ist aber nicht ins Grundbuch eingetragen worden – mit den entsprechenden Folgen für Entschädigung und Vererbbarkeit[69]. Die Angestelltentätigkeit von

[67] Von den LPG-Nachfolgern wurden nur die Beträge für das lebende Inventar rückerstattet, z. T. auch ein kaum nennenswerter „Inventarbeitrag" ausbezahlt.

[68] „Was soll mein Sohn denn anfangen, wenn ich ihm das wiedergeb? Ich hab's ihm ja gegeben! Wenn *der* Bauer spielen möchte, da müßt' er – unter 50 ha kann hier keiner leben." (Interview Herr O.) – Bodenreformland kann nur von denen verpachtet, vererbt oder verkauft werden, die es ehedem auch genutzt haben. Wer Bodenreformland zurückerhält, hat auf die einheitliche Lastenausgleichszahlung für Flüchtlinge und Vertriebene in der ehemaligen DDR in Höhe von 4000 DM keinen Anspruch.

[69] Ähnliche Fälle sind nicht selten, da die Bedeutung des Grundbuches in der DDR mit der in der alten Bundesrepublik nicht vergleichbar ist. Überschneidungen und Unterschiede zwischen dem DDR-Zivilrecht und der bundesdeutschen Rechtsordnung einschließlich der komplizierten Übergangsregelungen für das Bodenreformland sind für juristische Laien kaum durchschaubar (vgl. Interview Frau KM).

Frau S. beim Landwirtschaftsamt des Rats des Kreises, die ihre einzige Chance war, um dem Land zu entfliehen, wird als „staatsnahe Tätigkeit" eingestuft, weshalb ihre Rente gekürzt wird.

Die Enttabuisierung des „Umsiedler"-Themas hat in den neuen Bundesländern generell zu einer längst fälligen Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Schicksale der Flüchtlinge und Vertriebenen geführt; sie ermöglicht es diesen nun auch, offener über ihre Herkunft zu sprechen. Dieses Bedürfnis ist in den Städten, wo die ohnehin kleine Gruppe der Bessarabiendeutschen viel zerstreuter lebt, möglicherweise noch größer als in den mecklenburgischen Bessarabier-Dörfern, in denen sich ein dichteres Milieu und Heimatgefühl herausbildete[70]. Die Tatsache, daß sich zum ersten „Bessarabischen Kirchentag" im Mai 1994 im Güstrower Dom über 500 Menschen versammelten, spricht für sich. Neue Informationsmöglichkeiten, die Treffen mit Landsleuten, nicht zuletzt auch die Reisen ins heutige Bessarabien und die Beschäftigung mit den Problemen der heute in diesem südosteuropäischen Raum lebenden Menschen haben auch bei Angehörigen der zweiten Generation ein Interesse ausgelöst, das über die materiellen Aspekte der Lastenausgleichsregelung für die neuen Bundesländer bzw. die Nutzung des Durchsetzungspotentials der Vertriebenenverbände hinausgeht, und das neue Identifikationen, Verbindungen und „Wahlverwandtschaften" stiftet. Andererseits könnten die sozialen Strukturveränderungen im Zuge der Wende 1989 aber auch dazu führen, daß sich die Auflösung der verbliebenen bessarabischen Rest-Milieus in den mecklenburgischen Dörfern noch beschleunigt.

7. Resümee

Integration erweist sich in dem hier beschriebenen Ausschnitt als ein Langzeitprozeß, der von den Beteiligten immer wieder neue Anpassungs- und Reflektionsleistungen erfordert. Aufgrund der politischen Verhältnisse in diesem Teil Deutschlands war die Integration der Bessarabiendeutschen in Mecklenburg tatsächlich „ein steiniger Weg"; dennoch haben sie sich „den Bedingungen des Aufnahmelandes gestellt" und „sich mit ihrer ganzen Kraft eingebracht"[71].

Betrachtet man die Stationen dieser „kollektiven Biographie" aus heutiger Sicht unter dem Aspekt der Integration in der SBZ/DDR, so lassen sich einige Punkte herausgreifen und systematischer diskutieren.

1. Zunächst verwundert es, daß – trotz der in Deutschland weit verbreiteten Angst vor den Russen – so viele Bessarabiendeutsche in der Ostzone geblieben sind und selbst Landsleute, die schon in den Westzonen Fuß gefaßt hatten, zum Nachzug bewegen konnten. Erst wenige Jahre zuvor hatten sie beim Einmarsch der Roten Armee in Bessarabien im Sommer 1940 ihre eigenen Erfahrungen gemacht, und die Prophezeiungen russischer Offiziere, man werde sich ohnehin bald in Deutschland wiedersehen, waren in ihrem kollektiven Gedächtnis längst zum Stereotyp geronnen. Zudem hatten die Geschehnisse bei der Einnahme von Teterow durch die Sowjetarmee in der Nacht vom 30. April

[70] „In der Stadt ist es vielleicht noch etwas anders als hier auf dem Dorf. Gerade in Langwitz, wo so viele Bessaraber da sind, da hat man vielleicht dieses Heimatgefühl noch mehr gehabt! Aber meine Tante in Güstrow – die haben sich nie integrieren können in diesem Land." (Interview Herr K.).

[71] Nitschke, Das Leben ging auch in Mecklenburg weiter, S. 78.

zum 1. Mai 1945 und in der darauffolgenden „wilden Zeit" bei der Bevölkerung der Stadt und der umliegenden Dörfer panikartige Reaktionen und einen tiefen Schock ausgelöst: Allein in Teterow nahmen sich damals ca. 400 Menschen das Leben[72].

Ein Ausweichen in den Westen war freilich in der unmittelbaren Nachkriegszeit für viele gar nicht möglich, sei es aus familiären Gründen oder weil sie keine Zuzugsgenehmigungen erhielten. Dank der unkonventionellen Initiative Karl Rübs[73] gelang es allerdings einigen Bessarabiendeutschen, bis Ende 1946 aus der Ostzone nach Württemberg überzusiedeln. Andererseits war die Attraktivität der Bodenreform, die seit dem Spätsommer 1945 anlief und auch den Flüchtlingen eine neue Existenzgrundlage versprach, auch und gerade für die bessarabiendeutschen Bauern so groß, daß sie ihre Bedenken zurückstellten. Dennoch blieb die Situation für sie noch solange prekär, wie sie fürchten mußten, von sowjetischen „Repatriierungskommandos" aufgegriffen und nach Rußland verschleppt zu werden. Nicht wenige vernichteten daher ihre persönlichen Dokumente, um ihre Herkunft zu verbergen. Ihre mitgebrachten Russisch-Kenntnisse waren für sie daher ein nur sehr bedingt einsetzbares „kulturelles Kapital".

2. Das Beispiel der bessarabischen Bauernfamilien zeigt, daß es – mit entsprechender Motivation, Arbeitsmoral und Selbstausbeutung – in der SBZ/DDR durchaus möglich war, auch mit den geringen Betriebsgrößen überlebens- und erweiterungsfähige Einzel-

[72] Details hierzu im Bericht von Margarete Romberg „über das Gemeindeleben, Gottesdienste, Amtshandlungen usw. der Stadt Teterow in den Jahren 1945–1946" vom 14. 1. 1949, Evangelisch-lutherisches Pfarramt Teterow für die Landessuperintendentur Malchin (LAS, Inspektionsberichte): Die Stadt Teterow sollte nach dem Abzug der Behörden „laut Nazibeschluß bis zum Äußersten verteidigt werden." Ein Tieffliegerangriff am 30. April löste eine Panik aus, in der die meisten Einwohner aus der Stadt flüchteten. „So war die Stadt am Nachmittag wie ausgestorben, bis auf die vielen Trecks, die aus Richtung Pommern kommend, in ununterbrochenen dichten Zügen alle Straßen sperrten. Erschütternd war es, daß auch das Lazarett, in dem damals viele nicht transportfähige Verwundete lagen, von sämtlichen Ärzten und Schwestern [mit Ausnahme zweier Schwestern sowie der Pastoren] verlassen wurde. [. . .] Welch schauerliche Nacht! Am schlimmsten für die in der Stadt Zurückgebliebenen und an den See Geflüchteten, die wohl alle den Russen in die Hände fielen. Und so ist es zu verstehen, daß unter dem Eindruck dieses furchtbaren Erlebnisses und in der panikartigen Angst vor den Russen so viele Menschen, auch gute treue Christen, sich das Leben genommen haben. [. . .] Es sind ganze Familien in den See gegangen, haben sich erhängt, erschossen oder vergiftet. [. . .] Schon am zweiten Tag nach dem Einmarsch der Russen begannen die Massenbeerdigungen. Wer das miterlebt hat, vergißt dieses nervenzerreißende, schauerliche Bild sein Lebtag nicht wieder. Sogenannte ‚Abschneidekommandos' gingen in die Häuser, um nach Toten, besonders Erhängten, zu suchen. Die so Gefundenen wurden ohne Pietät wie ein Stück Vieh auf unten stehende Lastwagen geworfen und zum Friedhof befördert, wo man sie in Massengräbern beerdigte."

[73] Der aus Sarata/Bessarabien stammende Karl Rüb hatte bereits am 2. 7. 1945 in Stuttgart ein „Hilfswerk für evangelische Umsiedler" aus Bessarabien und der Dobrudscha begründet. Es war dies in den vier Besatzungszonen die *erste Flüchtlingsorganisation überhaupt* und zwar zu einer Zeit, in der in der US-Zone noch ein striktes Organisationsverbot galt. Dank seiner guten Verbindungen zur US-Militärregierung, zur Stuttgarter Stadtverwaltung und zum württembergischen Innenministerium gelang es Rüb mit dieser Selbsthilfeorganisation, erste provisorische Unterkünfte für die Umsiedler in Baracken und ehemaligen Fremdarbeiterlagern zu erhalten. Als Gegenleistung mußten sich die Leute für Arbeitseinsätze bereithalten. Die „Organisation Rüb" konnte aufgrund einer Sondergenehmigung, die sie vom württembergischen Innenministerium erhalten hatte, auch Zuzugsgenehmigungen für „Schwabenumsiedler" ausstellen (insgesamt 10000 bis 15000) und verhandelte schon bald mit Kreisverwaltungen und Landräten in Württemberg über die Aufnahme von Flüchtlingen. Zu den Aktivitäten und zum Selbsthilfekonzept Rübs vgl. Schmidt, „Arbeiten – und nicht verzweifeln. . .", S. 97–99.

wirtschaften aufzubauen; sie brachten es in den sechziger Jahren sogar zu einem bescheidenen Wohlstand[74]. Durch die rigoristische Kollektivierungspolitik, die zudem das russische Modell mit all seinen Schwächen kritiklos übernahm, ging das hier entstandene Leistungbewußtsein und Identifikationspotential wieder verloren. Eine flexiblere Vorgehensweise, die *freiwillige* Genossenschaften zwar gefördert, die Existenzbasis leistungsorientierter Einzelwirtschaften vom Typ 1 aber nicht zielgerichtet zerschlagen hätte, wäre im Interesse einer längerfristigen Systemintegration möglicherweise besser geeignet gewesen, die Versorgungsschwierigkeiten in der DDR zu mildern und evidente Fehlsteuerungen in der Landwirtschaftspolitik aufzufangen[75].

3. Sieben Jahre nach der Wende ist das Erinnerungsbild von der DDR geprägt als eine von der Allgegenwart des Überwachungsstaates durchzogene Gesellschaft. Die Bessarabiendeutschen in den mecklenburgischen Dörfern scheinen demgegenüber – von einigen Repressionen abgesehen – in einer Art „inneren Peripherie" gelebt zu haben. Die Gründe dafür dürften nicht zuletzt in einem tradierten Politikverständnis zu suchen sein, in dem die staatliche Sphäre von der Lebenswelt in den selbstverwalteten Dörfern weitgehend abgehoben blieb: Bis zur Oktoberrevolution waren die Bessarabiendeutschen unter den Zaren wie unter den Menschewiki loyale russische Staatsbürger gewesen; auch nach der Angliederung Bessarabiens an Rumänien im Jahr 1918 war das Alltagsleben in den Dörfern unterhalb der staatlichen Ebene durch relativ autonome und informelle Strukturen geregelt. Wirtschaftlich waren die Deutschen in den bessarabischen Dörfern in hohem Maße auf sich selbst gestellt. Diese – eher *defensive* – Abschirmung autonomer Strukturen gegen staatliche Eingriffe ist übrigens nicht gleichzusetzen mit der „Resistenz" des katholischen Milieus, das mit seiner politischen Repräsentation, der Zentrumspartei, immer auch eine offensive Komponente besaß und den Machtanspruch des Staates prinzipiell in Frage stellte[76]. In den mecklenburgischen Bessarabier-Dörfern konnten nach 1945 offenbar in Jahrzehnten eingeübte Verhaltensweisen und Formen der dörflichen Selbstorganisation reaktiviert und weitgehend unterhalb der Schwelle des offenen Konflikts mit den Organen der Staatspartei SED praktiziert werden. Das Beispiel Grambzow zeigt allerdings, daß die Bessarabier bei ihrem Beharren auf dem „eigenen Weg" durchaus auch Konflikte mit der Staatsorganen riskierten[77].

Trotz ihres starken Interesses für die Aufsiedelung der Güter waren die Bessarabiendeutschen – wie übrigens auch andere „Profiteure" der Bodenreform[78] – nicht als loyale Klientel für die SED zu gewinnen[79]. Parteilos oder durch die Mitgliedschaft in der

[74] Dieser „Wohlstand" wurde vor allem durch die private Aufzucht und den Verkauf von Vieh erwirtschaftet. Zeitweise war auch eine Erweiterung der bewirtschafteten Fläche durch Hinzupachten von aufgegebenem Land oder Gemeindeländereien möglich; das zusätzliche Land wurde nur zur Hälfte beauflagt.

[75] Aus den „Eingriffen in das betriebsorganisatorische Verbundsystem pflanzlicher Primär- und tierischer Sekundärproduktion" seien der DDR eine Reihe gravierender Probleme erwachsen, die in den achtziger Jahren offenkundig geworden seien und „gewichtiger Korrekturen an der Produktionsorganisation der Landwirtschaft" bedürft hätten (vgl. DDR-Handbuch, Bd. 1, S. 785).

[76] Vgl. Schmidt, Zentrum oder CDU.

[77] Vgl. oben Abschnitt 5.8.

[78] Vgl. dazu Bauerkämper in diesem Band.

[79] Bei den Wahlen der Haus-, Straßen- und Bezirksvertrauensleute im Mai 1952 waren zum Beispiel in Schwinkendorf und Langwitz alle aus Bessarabien stammenden Kandidaten parteilos oder DBD-Mitglieder. (Für die 12 Kandidaten aus Grambzow liegen keine Angaben zur Parteizugehörigkeit vor.) Vgl. MLHA, Rat des Kreises, Bd. 39.

DBD neutralisiert, waren sie aber – ungeachtet tiefer Aversionen gegen die systembedingte Mißwirtschaft und die politische Reglementierung – in ihrer Mehrheit auch nicht offen oppositionell bzw. partiell bereit, sich in die gegebenen Verhältnisse einzufinden.

4. Die Integration der Flüchtlinge in die durch die Bodenreform neugeschaffenen sozialen Verhältnisse auf dem Lande war längere Zeit von strukturellen Asymmetrien begleitet. Auch in den Bodenreformsiedlungen kam es zu Verteilungskämpfen, in denen lokale Interessengruppen im Vorteil waren, und in denen die Flüchtlinge ihren Ansprüchen auf Gleichberechtigung erst allmählich Geltung verschaffen konnten[80]. Zwischen Alt- und Neubauern gab es ein soziales Gefälle, das sich übrigens auch durch die Vollkollektivierung nicht verwischen ließ. So waren z. B. die Futterreserven der Altbauern häufig auch danach noch groß genug, um ihnen durch die private Aufzucht von Vieh einträgliche Nebenverdienste zu sichern. Diese Asymmetrie wirkte sich auch noch nach der Wende 1989 aus, nach der die Altbauern, die ihr Land zurückerhielten, bessere Chancen gehabt haben dürften, an die Tradition bäuerlicher Familienbetriebe anzuknüpfen als die Neubauern, die ihre Bodenreformflächen allenfalls verpachten (und nur in seltenen Fällen auch mit Gewinn verkaufen) konnten.

Am Beispiel der Bessarabiendeutschen läßt sich zeigen, daß Flüchtlinge und Vertriebene in der DDR – trotz der Tabuisierung der Flüchtlingsthematik und von der DDR-Öffentlichkeit unbeachtet – informelle Substrukturen gebildet haben, die es ihnen ermöglichten, sich in diesen Asymmetrien nicht nur zu behaupten, sondern auch ihre kulturelle Identität zu wahren. „Soziales Kapital", tradierte Formen der Kooperation und Kommunikation wurden nicht aus rückwärtsgerichteter Nostalgie heraus reaktiviert, sondern benutzt, um in einer veränderten Umwelt einen praktischen Neuanfang zu machen. Vieles deutet darauf hin, daß nicht nur die Bessarabiendeutschen, sondern auch Flüchtlinge aus anderen Herkunftsgebieten in Mecklenburg solche Reserven an „sozialem Kapital" mobilisierten und jeweils eigene Substrukturen entwickelt haben. (So kommt derzeit etwa ein Beziehungsnetz sudetendeutscher Katholiken in der mecklenburgischen CDU zum Tragen.)

5. Integration ist ein Langzeitprozeß, der sich zumeist über zwei oder drei Generationen vollzieht. Die Studie über die bessarabiendeutschen „Neubauern" in Mecklenburg hat deutlich gemacht, wie unterschiedlich die Lebenschancen für die jeweiligen Flüchtlingsgenerationen im Aufnahmeland verteilt waren – je nachdem, in welchen Kontexten sie sich bewegten. Es gibt Gewinner und Verlierer; und letztere sind in der älteren Generation, der „Erlebnisgeneration", die nicht nur den Heimatverlust am schmerzhaftesten empfand, sondern danach auch noch weitere Brüche verkraften und die Hauptlast der Umstellung tragen mußte, besonders zahlreich. Die folgende Generation, die in der kollektivierten Landwirtschaft zumeist keine Perspektive mehr sah, fand ihr Auskommen im allgemeinen nach einer qualifizierten Berufsausbildung jenseits des primären Sektors; sie ist aber heute, nach dem Niedergang von Industriebetrieben und Werften in der Ex-DDR, z. T. auch durch Arbeitslosigkeit bedroht. Der dritten Generation eröffnen sich nach der Wende 1989 im neuvereinigten Deutschland bisher ungeahnte Karrieren, z. B. als Unternehmer, wenngleich es ihr dabei auch an Kapital und unternehmerischer Erfahrung mangelt. Die Integrationsproblematik, der sich diese Altersgruppe stellen muß, hat sie nun mit den meisten ehemaligen DDR-Bürgern ihrer Generation gemeinsam.

[80] Flüchtlingsfrauen, die in der ersten Nachkriegszeit gemeinsam mit einheimischen Gutsarbeiterinnen auf's Feld gingen, berichten, zwischen ihnen habe sich noch am ehesten ein Solidaritätsgefühl entwickelt.

Dagmar Semmelmann

Zur Integration aus lebensgeschichtlicher Sicht

Eingliederungsverläufe von Flüchtlingen und Vertriebenen in der SBZ/DDR dargestellt am Sonderfall Eisenhüttenstadt

Mein Vortrag erwächst aus einem Oral History-Projekt, das ich 1988/89 als Mitarbeiterin des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR in Eisenhüttenstadt mit vorwiegend älteren Angehörigen des EKO realisiert habe. Meine damalige Untersuchung hatte nicht die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen zum Thema. Sie war vielmehr in sozialgeschichtliche Forschungen zur qualitativen Entwicklung der Arbeiterklasse in der DDR eingeordnet. Es sollte der Versuch unternommen werden, die Dialektik von Kontinuität, Wandel und Neuprägung sozialer Wahrnehmungs- und Reaktionsweisen bei Angehörigen vornehmlich der Arbeiterklasse in einem staatssozialistischen Industriebetrieb der DDR aus dem Blick von unten zu erfassen und darzustellen. Daß dabei die Wahl des Betriebes auf das EKO fiel, lag – neben forschungspragmatischen Erwägungen – darin begründet, daß es sich hier um einen zu DDR-Zeiten völlig neu entstandenen Betrieb handelte[1]. Inhaltlich ließ ich mich seinerzeit von folgender Überlegung leiten: Wenn es in den 40 Jahren DDR-Gesellschaft einen spürbaren Wandel in den sozialen Einstellungen und Verhaltensweisen der an ihrer Herausbildung beteiligten Menschen in sozialistischer Richtung gegeben hat, dann dürfte ein solcher am ehesten an einem Ort festzustellen sein, wo am „reinsten", d. h. ohne eine andersartige strukturelle Vorgeschichte, realsozialistische Verhältnisse „objektiviert" wurden und – zumindest im ersten Jahrzehnt (bis Anfang der sechziger Jahre) – besonders in materieller Hinsicht (Verdienst, Versorgung mit Wohnungen, Lebensmitteln, Sozialeinrichtungen u. a.) Vorzugsbedingungen geboten wurden. Wie würde sich in einem solchen Sonderfall der DDR-Geschichte mit dem für ihn charakteristischen Einschnitt in die gesellschaftlichen Basis-Verhältnisse – so gab es in der neuerbauten Stadt im Dienstleistungsbereich und Handel kein privates, sondern nur staatliches und genossenschaftliches Eigentum – die Wechselwirkung zwischen werdenden sozialistischen Strukturen einerseits und den in sie hineinkommenden, sie reproduzierenden und ausgestaltenden Menschen andererseits darstellen?

Unter dieser – hier stark verkürzt wiedergegebenen – konzeptionellen Fragestellung führte ich vom Juni 1988 bis Dezember 1989 über 60 lebensgeschichtliche, halboffene Langzeitinterviews mit EKO-Angehörigen verschiedener Jahrgänge bzw. Generationen. Auf die Jahrgänge 1904 bis 1934 entfallen 40 Personen, und in dieser Gruppe der sogenannten Aufbaugeneration der DDR sind auch 15 Flüchtlinge bzw. Vertriebe-

[1] Vgl. Cerny, Der Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost; ders., Herausbildung sozialistischer Kollektive; ders., EKO.

ne[2] vertreten. Dieser hohe Anteil der Umgesiedelten (von 31 Prozent) hängt mit der Spezifik des Untersuchungsortes zusammen.

Das ab Sommer 1950 in der Nähe von Fürstenberg an der Oder erbaute Hüttenwerk und die seit 1951 parallel dazu errichtete Wohnstadt für die zuziehenden Betriebsangehörigen und ihre Familien wirkten speziell wegen der relativ gut bezahlten, perspektivenreichen Arbeitsmöglichkeiten und den in Aussicht gestellten günstigen Wohnbedingungen gerade auf ehemalige Heimat-Vertriebene als Magnet, und so wurde Stalinstadt bzw. (seit 1961) Eisenhüttenstadt u. a. auch ein „Sammelbecken" für aus den verschiedensten Gegenden der DDR, überwiegend aber aus dem (grenznahen) Umland und aus unterschiedlichsten sozialen Milieus kommenden Umgesiedelten, die hier die Chance eines Neuanfangs bzw. Aufstiegs suchten und vielfach auch fanden. Insofern bietet sich diese Region als Untersuchungsfeld für die Vertriebenenproblematik geradezu an. Das war dann auch ein Beweggrund für mich, meine unter der allgemeinen Sozialisations-/Integrationsproblematik geführten Befragungen von 1988/89 unter dem spezifischen Aspekt der Vertriebenenintegration auszuwerten, ohne zusätzliche Befragungen vorzunehmen. Letzteres war deshalb möglich, weil ich in meinen, das gesamte Leben der Befragten umfassenden Interviews natürlich auch in jedem Fall nach diesem gravierenden Kriegsfolgegeschehen gefragt hatte. Zwar ging es mir seinerzeit auch bei den Vertriebenen unter meinen Gesprächspartnern nicht primär um das Einleben und Verwurzeln in die jeweiligen Aufnahmegebiete bzw. ihre zweite Wahlheimat Eisenhüttenstadt; wohl aber interessierte mich ihre Integration in die DDR-Gesellschaft über den gesamten Zeitraum hinweg, also von ihrer Vorgeschichte und ihren Anfängen in der unmittelbaren Nachkriegszeit, über ihre Fortsetzung in der EKO-Periode bis zur Gegenwart.

Die Vertriebenenproblematik stellte sich mir damals als ein wichtiger vorgelagerter, aber nicht detailliert zu verfolgender Aspekt dieser übergreifenden Fragestellung dar. Da diese jedoch nicht im Mittelpunkt meines damaligen Erkenntnisinteresses stand, sind viele konkrete Aspekte des Einlebens und Fußfassens der Umgesiedelten in den jeweiligen Aufnahmeorten nicht genauer erfragt worden, also unterbelichtet geblieben. Darin liegt ein unkorrigierbarer Mangel dieser Materialbasis. Allerdings kann auf ihrer Grundlage der Versuch unternommen werden, den *phasenförmigen Verlauf der Vertriebenen-Integration* im biographischen Längsschnitt unter sich grundlegend verändernden Bedingungen aus der Retrospektive der Interviewten nachzuzeichnen, zu analysieren und zu interpretieren. So kann die unter Umständen verzögerte Parallelität und Wechselwirkung von spezifischer Vertriebenen-Integration in das unmittelbare Umfeld am Aufnahmeort der SBZ und allgemeiner Bürger-Integration in die sich bildende DDR-Gesellschaft erfaßt und dabei gezeigt werden, wie sich im Laufe der Zeit die Akzente immer

[2] Mit dieser Begriffsbildung folge ich der in der wissenschaftlichen Literatur üblichen (vgl. Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 82f., 271, 275 und v. Plato in: v. Plato/Meinicke, Alte Heimat, S. 83f.). Dabei fällt es mir aufgrund der „rechtslastigen" politischen Einfärbung der Begriffe Vertriebene/Vertreibung schwer, sie problemlos-unbekümmert zu verwenden. Deshalb greife ich mitunter auf die in der DDR gebräuchlichen, aber beschönigenden Begriffe Umsiedler/Umsiedlung zurück oder verwende den der Umgesiedelten (vgl. dazu Meinicke, in v. Plato/Meinicke, Alte Heimat, S. 23f.) Für die Benutzung des Vertreibungs-/Vertriebenenbegriffes spricht jedoch die Unfreiwilligkeit und Gewaltsamkeit dieses Vorganges der Aus- und Umsiedlung von Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Hinzu kommt – und das ist für mich ausschlaggebend – daß sich die Betroffenen selbst (und zwar besonders die Ausgewiesenen) wohl mehrheitlich – zumindest nach meiner Interviewerfahrung – als Vertriebene und nicht als Umsiedler bezeichnen, womit sie die erlittene Willkür und inhumane Behandlung kennzeichnen wollen.

stärker zum allgemeinen Integrationsproblem hin verlagerten, während die Spezifik der Vertriebenensituation in diesem übergreifenden gesellschaftspolitischen Integrationsprozeß nach und nach zurücktrat.

Vertriebenenintegration wird hier folglich als Sonderfall der (allgemeinen) Integration von Angehörigen der Aufbaugeneration in die sich formierende DDR-Gesellschaft behandelt.

Bevor ich zum Thema komme, zunächst noch einige allgemeine Bemerkungen über den Wert der Oral History[3], speziell von interviewproduzierten mündlichen Quellen für die Flüchtlings- und Vertriebenenforschung[4]: Lebensgeschichtliche Langzeitinterviews sind unentbehrlich, um das Phänomen Flucht, Vertreibung und anschließende Integration der Betroffenen in die jeweilige(n) Aufnahmegesellschaft(en) in seinen erfahrungsgeschichtlichen wie mentalen Voraussetzungen, seiner einschneidenden, weichenstellenden Dramatik, seinen vielfältigen, zumeist spannungsvollen Verläufen und insbesondere in seinen langfristigen Wirkungen und komplexen Folgen zu erfassen, und damit das *Gesamtphänomen in Prozeß und Resultat* – wenn auch nur aus subjektiver, retrospektiver Sicht der Betroffenen – in den Blick zu bekommen.

Während schriftliche Quellen und auf ihrer Basis erarbeitete Studien primär die „objektive", institutionen- und ereignisgeschichtliche Seite dieses Phänomens erfassen, wobei sie oftmals lediglich etwas über einzelne Momente und Zeitabschnitte von Flucht, Vertreibung und anschließender Eingliederung aussagen[5], erlauben (aktuelle) lebensgeschichtliche Interviews mit Flüchtlingen und Vertriebenen, das (vorläufige) Resultat dieses stufenförmigen Integrationsverlaufes in der Bewertung der Betroffenen (worauf es hier ja besonders ankommt) zumindest annähernd zu erfassen, – und zwar aus der rückgewandten Gegenwartssicht der Erzählenden.

So erweist sich das, was mitunter als Manko der Oral History-Interviews bezeichnet wird, nämlich die verfälschende, verzerrende Sicht von heute auf die Vergangenheit[6] als Plus, indem es hier ja gerade – wie Alexander v. Plato einmal formulierte – um die Wirkung des Früher auf das Heute bzw. des Heute auf die Konstruktion früherer Erfahrungen geht.

Nun einige *Angaben zur Gesamtgruppe der von mir befragten Heimat-Vertriebenen*:

Das Sample ist zweigeteilt. Zum einen gehören zu ihm Menschen, die sich nach Kriegsende, aus dem östlichen Oder-/Neiße-Gebiet stammend, in der unmittelbaren Nähe der Grenze in der Hoffnung auf baldige Rückkehr in ihre Heimat niedergelassen hatten; zum anderen sind es Menschen, die es nach dem Krieg, oftmals aus weiter entfernt liegenden, ehemaligen ostdeutschen Gebieten stammend, in die verschiedenen Gegenden der SBZ, vielfach nach Mecklenburg und Thüringen, verschlagen hatte, die dort

[3] Vgl. dazu u. a. Niethammer, Lebenserfahrung; ders., Lebensgeschichte und Sozialkultur, Bd. 3, S. 392–445.

[4] Vgl. u. a. Niethammer, in: Schulze, Flüchtlinge und Vertriebene, S. 258ff. und 321f.; v. Plato, in: v. Plato/Meinicke, Alte Heimat, S. 18ff. und S. 94f.

[5] Auf diesen Mangel verwies schon Frantzioch unter Bezugnahme auf Helmut Gieser: „Grundsätzlich dominiert, und dies ist nicht nur bei soziologischen Studien zu beobachten, die Abhandlung einer einzelnen Erscheinungsform des sozialen Lebens der Vertriebenen, eines Aspektes des Integrationsprozesses oder aber die additive Aneinanderreihung einer Vielzahl der den Integrationsprozeß konstituierenden Aspekte." Frantzioch, Die Vertriebenen, S. 16.

[6] So etwa Prinz, in: Schulze, Flüchtlinge, S. 258f.; dazu kritisch und richtigstellend, was Oral History an sich und auf diesem Forschungsgebiet zu leisten vermag, Niethammer, in: ebenda, S. 322.

bis Anfang der fünfziger Jahre noch nicht richtig Fuß gefaßt hatten und die deshalb, vom EKO angezogen, in diese Region umsiedelten.

Die von mir befragten 15 Heimat-Vertriebenen verteilen sich über die Jahrgänge 1908 bis 1934, wobei die Jahrgänge 1920 bis 1930 besonders zahlreich vertreten sind, während die älteren und noch jüngeren Jahrgänge seltener vorkommen. Der Frauenanteil ist mit zwei Frauen sehr gering, doch ist er angesichts der Spezifik dieses Industriebetriebes (als einer Männerdomäne) noch vertretbar, zumal in einer Oral-History-Untersuchung ohnehin keine Repräsentativität im soziologisch-statistischen Sinne angestrebt wird und erreichbar ist.

Der sozialen Herkunft wie späteren sozialen Position der Interviewten nach ist das Sample recht inhomogen zusammengesetzt. Meine Gesprächspartner entstammen zumeist Bauern- und Arbeiterfamilien sowie – das aber viel seltener – Angestellten- und Selbständigenmilieus, was annähernd der Zusammensetzung der EKO-Belegschaft der Anfangsjahre entspricht[7]. Kaum einer von ihnen konnte sich vor 1945 eine höhere Schulbildung aneignen und nur wenige einen qualifizierte(re)n Beruf erwerben. Doch durchliefen die meisten von ihnen vorwiegend in den fünfziger Jahren berufliche Qualifizierungsgänge, durch die sie sich zu Meistern, Ingenieuren und Ökonomen mit oder ohne Leitungsfunktionen, (vereinzelt) auch zu hauptamtlichen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären entwickelten. Insofern erlangten viele von ihnen – bezogen auf ihr Herkunftsmilieu, ihre Qualifikation und Position vor 1945 – einen mehr oder weniger deutlichen beruflichen und sozialen Aufstieg.

Ihrer Parteimitgliedschaft nach gehörten vor 1945 drei von ihnen der NSDAP an, während neun der 15 Interviewten SED-Mitglieder wurden (zumeist Anfang, Mitte der fünfziger Jahre).

Aus dieser Gesamtgruppe habe ich sechs Personen ausgewählt, um an ihren Lebensgeschichten den Integrationsverlauf in Prozeß und Resultat analysieren und darstellen zu können. Bei diesen *sechs Fallbeispielen* handelt es sich um die in Erzählform und -inhalt gehaltvollsten, dabei deutlich voneinander (nach Alter, Geschlecht, Herkunftsgebiet, elterlicher und eigener Position, politischer und weltanschaulicher Orientierung und Organisiertheit sowie Flucht- und Vertreibungserfahrungen) differierenden Lebensgeschichten, die dennoch keine Ausnahme-, sondern Durchschnittsfälle darstellen. Schließlich sei noch erwähnt, daß von den sechs ausgewählten Interviewpartnern vier Flucht- und/oder Vertreibungserfahrungen haben, während zwei von ihnen lediglich Heimatvertriebene im definitorisch-juristischen Sinne sind[8].

Bei der Analyse und Darstellung der Integrationsverläufe dieser sechs „Fälle" versuche ich den Zusammenhang zwischen Vertreibungs- und Integrationserfahrung zu erfassen. Dabei gehe ich von folgender, von Lutz Niethammer (in einem Arbeitspapier 1996) formulierten Hypothese aus, „daß die Vertreibungserfahrung selbst und die sich aus ihr ergebende soziale Deklassierung bei den Betroffenen einerseits im Verhältnis zu den Einheimischen besonders starke Tendenzen zum Rückzug zur kulturellen Nische und auch zur Opposition, andererseits vergleichbar starke Tendenzen zu sozialer Bewährung, zur Annahme der Bildungs- und anderer Reform- und Aufbauofferten der DDR bis hin zu

[7] Vgl. Cerny, Herausbildung sozialistischer Kollektive, bes. S. 460ff.

[8] Sie sind Vertriebene in dem Sinne, daß sie am 1. 9. 1939 ihren Wohnsitz außerhalb der vier Besatzungszonen östlich von Oder und Neiße hatten, jedoch nach dem Krieg innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Grenzen lebten. Vgl. v. Plato in: v. Plato/Meinicke, Alte Heimat, S. 85f.

besonderer politischer Einpassungsbereitschaft, wenn diese mit sozialem Aufstieg verbunden war, fördern konnte."

Im einzelnen ließ ich mich u. a. von folgenden Fragen leiten:

- An welche Spannungen zwischen Alteingesessenen und Umgesiedelten, zwischen Besitzenden und „Habenichtsen" erinnern sich meine Gewährsleute? Wie belasteten diese die Integration der Neuhinzugekommenen?
- Wie stark hemmten bzw. förderten die vor der Vertreibung erworbenen Persönlichkeitsdispositionen, Wahrnehmungs- und Bewältigungsmuster von Realität das Eingewöhnen in die fremde, unwirtliche Umgebung? Welche Wirkungen gingen dabei von den erworbenen politisch-ideologischen Einstellungen, insbesondere zum NS, für die Integration in die in der SBZ/DDR herrschenden gesellschafts-politischen Verhältnisse aus?
- Wie wirkte sich der jeweilige Grad ihrer Heimatbindung und die unterschiedliche Intensität ihrer Rückkehrhoffnung auf die Integration in das neue Umfeld aus?
- Wie reagierten die Umgesiedelten auf die radikalen sozialökonomischen Umwälzungen in der SBZ im Zuge der Entnazifizierungs- und Enteignungspolitik, z. B. auf die Bodenreform oder andere gravierende Umschichtungen im „Überbau", etwa auf die Reform im Bildungswesen: Bejahten sie diese als Chance auch für sich selbst oder verhielten sie sich ihnen gegenüber eher reserviert oder gar ablehnend?
- Wie schwierig und reibungsvoll verlief ihre berufliche und soziale Eingliederung in das neue Umfeld, nahmen sie vorhandene Qualifikations- und Aufstiegsangebote an? Und wie verhielten sie sich gegenüber den politisch-organisatorischen Aktivitäts- und Bindungsofferten des jetzt herrschenden Systems (FDJ, SED, betriebliche und kommunale Mitwirkungsformen, u. ä.)? Waren Vertriebene (im Vergleich zu den Einheimischen) eher eine die DDR-Gesellschaft bzw. ihr politisches System (aktiv) tragende, stabilisierende oder eher eine beides infragestellende, sich dazu (mehrheitlich) reserviert bis ablehnend verhaltende Gruppe?
- Inwiefern und inwieweit gerieten die Vertriebenen durch ihre vielfach gravierenden Positions-Verluste und größere Anstrengungen beim Wiederhoch- und Vorwärtskommen unter stärkeren Unterwerfungs-, Anpassungs- oder Einbindungsdruck (als die oftmals bessergestellten, somit vielfach auch sicherer in sich ruhenden Einheimischen)?
- Inwiefern und inwieweit ist bei ihnen der politisch-ideologische Umerziehungsversuch durch die SED gelungen bzw. nicht gelungen (z. B. hinsichtlich der Bewertung des NS, der Oder-Neiße-Grenze, der Sowjetunion bzw. der „Russen", der Eigentumsverhältnisse wie überhaupt der sozialistischen Gesellschaftsidee)? Was bewirkte (in diesem Zusammenhang) das Tabuisieren der Vertreibungserfahrung (einschließlich der Unterdrückung selbständiger politisch-organisatorischer Zusammenschlüsse sowie heimatkultureller Äußerungsformen der Vertriebenen) für die „Selbstreinigung" und Emanzipation der Betroffenen sowie für das politisch-kulturelle Klima der DDR-Gesellschaft?
- Welche Bedeutung messen die Umgesiedelten selbst ihrer Vertreibungserfahrung für ihren weiteren Lebensweg, einschließlich ihrer politisch-ideologischen Einstellung zu? In welcher Hinsicht und wielange hat die Vertreibungserfahrung nachgewirkt? Bezeichnen sich die Befragten selbst als integriert und neu beheimat, und wenn ja, ab wann und wodurch? Welche ungelösten Momente, unaufhebbaren negativen Folgen bleiben für sie dennoch bestehen? Stellt sich für sie in der Retrospektive Vertreibung und nachfolgende Integration eher als unaufhebbarer Verlust, Rückschritt oder mehr als Gewinn, Persönlichkeits-Bereicherung dar?

- Welchen Einfluß haben die Bedingungen und Verhältnisse im EKO und in Eisenhüttenstadt auf den Integrationsprozeß – im Sinne der Einbindung in die DDR-Gesellschaft und ihr politisches System sowie für die Neubeheimatung der Vertriebenen?

In diesem Rahmen kann ich meine Untersuchungs-Ergebnisse, die in Form von sechs Einzelfallstudien und davon abgehobenen Verallgemeinerungen vorliegen[9], lediglich an einer Fragestellung demonstrieren. Und zwar frage ich nach dem *Verlauf der Wieder-Eingliederung der Umgesiedelten in den Arbeitsprozeß und nach dessen Bedeutung für ihre soziale und politische Integration*[10].

Um eine Vergleichbarkeit meiner „Fälle" mit den für die SBZ/DDR üblichen zu gewährleisten, werde ich die Integrationsverläufe nur bis 1951/52, d. h. bis zu ihrem Eintritt ins EKO skizzenhaft darstellen und ansatzweise deuten.

Allgemein läßt sich feststellen:

Im Rückblick auf den Zeitraum von der Wohnraumzuweisung im Aufnahmeort (1945/46) bis zum Eintritt ins EKO (1951/52) haben alle sechs „Fälle" (sie stehen für die ganze Gruppe der von mir interviewten Heimatvertriebenen), über Arbeitsaufnahme und feste Eingliederung in den Arbeitsprozeß bzw. weiterführende Qualifizierungsgänge vermittelt, entscheidende Integrationsschritte in ihr neues Umfeld vollzogen, und die meisten von ihnen sind auch schon Bindungen an die offziellen Organisationsformen (FDJ, FDGB, DSF, SED, Frauenausschuß) eingegangen. Dieser bei allen mehr oder weniger rasch, reibungsarm und erfolgreich in Gang gekommene Integrationsprozeß läßt – bei aller individuellen Verschiedenheit in seinen Inhalten, seiner Kontinuität und zeitlichen Erstreckung – einen phasen- oder stufenförmigen Verlauf erkennen. Und zwar lassen sich zwei qualitativ voneinander unterschiedene Phasen ausmachen:

Die erste (relativ kurze) Phase, die sich etwa *von 1945/46 bis 1946/47* erstreckt, beginnt mit der offiziellen Aufnahme am Ort, speziell mit der Zuweisung einer Bleibe (gleichviel, ob in einem Umsiedler-Barackenlager oder zur Untermiete) und endet mit dem Übergang zu bzw. Fußfassen in einer regulären Arbeitstätigkeit oder Berufsausbildung. Sie ist eine der Integration vorgelagerte, sie (bestenfalls) vorbereitende Phase und stellt eine mehr oder weniger langwährende, *bedrückende „Durststrecke"* dar, in der die vielmals schlimmen Flucht- und Vertreibungserlebnisse, aber auch die sich anschließenden Diskriminierungen und Kränkungen beim Herumirren in ostdeutschen Gebieten noch frisch im Gedächtnis sind und die seelische Verfassung der „Neubürger" weiterhin beeinträchtigen. So dominierten besonders am Beginn dieser Periode, in der tiefste Armut und äußerste materielle Not durchstanden werden mußten, negative Gefühle, auch aggressive, ressentimentgeladene Empfindungen – zumindest bei den Umgesiedelten, die große Verluste an Angehörigen, Besitz, persönlicher Habe, Position, politisch-organisatorischer wie überzeugungsmäßig-emotionaler Bindung hinnehmen mußten oder die aufgrund ihres (höheren) Alters bzw. ihres Familienstandes (geschiedene oder verwitwete Alleinstehende mit Kindern) besonders stark durch die damalige Notsituation belastet waren. Alle erlebten sich in dieser Phase – wenn auch mehr oder weniger frustriert – als Habenichtse oder Nullpunktexistenzen, fühlten sich im neuen Umfeld mehr oder minder stark als fremd, unbehaust, unerwünscht und deklassiert. Manche von ihnen machten zudem die bittere Erfahrung ihres Gedrücktwerdens sowie ihrer

[9] Ihre Publikation ist in Vorbereitung.

[10] Vgl. dazu aus ereignisgeschichtlicher Sicht Meinicke, Flüchtlinge, in: v. Plato/Meinicke, Alte Heimat, S. 54–81.

Ohnmacht gegenüber Willkür von seiten der Besatzungsmacht, aber auch von Einheimischen.

Für diese Phase ist die *Konzentration auf das nackte Überleben*, das bloße Über-den-Tag-kommen, ein Von-der-Hand-in-den-Mund-leben charakteristisch. Die Gedanken und Unternehmungen waren (stärker als bei den in der Regel bessergestellten Alteingesessenen) auf das Unmittelbare, die bloße Existenzerhaltung gerichtet; Zukunftspläne wurden nicht gemacht oder lediglich als Rückkehr in die (mehr oder weniger verklärte) Vergangenheit ausphantasiert. Mit allgemeineren Angelegenheiten, politischen Gegenwarts- und Zukunftsfragen gar, beschäftigte man sich so gut wie nicht; eine rationale Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der jetzigen antifaschistischen Gegenwart unter sowjetischem Besatzungsdiktat fand überwiegend nicht statt; nur vereinzelt kam es darüber zu Gesprächen im Kreis von Schicksalsgefährten oder mit guten Bekannten aus dem neuen Umfeld. Das vielfach dennoch (unterschwellig) vorhandene politische Bewußtsein bzw. Empfinden war mehr oder weniger stark ressentimentgeladen bis ablehnend-feindlich gegen die jetzt herrschenden Mächte gerichtet. Stärke und Dauer solcher abweisenden, distanziert-skeptischen bis gegnerischen Haltungen differierten jedoch nach vormaligem Ausmaß der NS-Bindung, Schwere der Vertreibung sowie nach Tempo und Grad der Wiedereingliederung in das gesellschaftliche, speziell örtliche Alltags-/Arbeitsleben.

Obwohl die Vertriebenen mehr oder weniger stark von Rückkehrsehnsucht in die Heimat durchdrungen waren, zwang sie die materielle Notlage dazu, sofort wieder aktiv zu werden. Je nach objektiven Bedingungen am Eingliederungsort und subjektiven Voraussetzungen versuchten sie sich durch „Organisieren", Schwarzmarkthandel oder sonstige Dienstleistungs-/Tauschgeschäfte, vor allem aber durch Gelegenheitsarbeiten (in der Enttrümmerung, für die Rote Armee, bei Bauern und auf kommunalen Gütern bzw. in Forstbetrieben) über Wasser zu halten. Da die meisten Vertriebenen in Dörfern angesiedelt wurden (nur zwei meiner Gewährsleute ließen sich in einer mittleren bzw. Kleinstadt nieder), blieben ihnen kaum Wahlmöglichkeiten. Vielmehr mußten sie zunächst mit Übergangslösungen (z. B. einem Oberschulbesuch) oder Überbrückungstätigkeiten vorlieb nehmen bzw. regionale, z. T. kriegsfolgebedingte Hilfsarbeiterfunktionen (z. B. in einem wiedereröffneten Hilfsbergbau oder in Tiefbaubetrieben) annehmen oder auch in der von der Familie übernommenen Neubauernstelle mitarbeiten, bis sich die Chance einer Berufsausbildung bot.

Zwar wurden alle arbeitsfähigen Umgesiedelten relativ rasch wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert, doch keinem von ihnen gelang ein nahtloser, befriedigender beruflicher Start. Die zugewiesenen oder selbst gesuchten Arbeitstätigkeiten trugen primär Not- und Zwangscharakter, und in ihnen wurden – zumindest in der ersten Zeit – auch Kränkungen und Demütigungen erfahren, denen gegenüber man sich vielfach macht- und wehrlos fühlte (wie z. B. eine alleinstehende Mutter, die den vom Bauern versprochenen Getreidelohn für mehrtägige Drescharbeit dann doch nicht erhielt). Solche und ähnliche Erlebnisse von Mißachtung und Übervorteilung trugen nicht gerade zur Annäherung zwischen Alteingesessenen und Neubürgern bei, sondern bekräftigten Abneigung und Mißtrauen gegeneinander. Es gab allerdings auch eine entgegenwirkende Tendenz: Durch gemeinsame Arbeitstätigkeit wurden Kontakte geknüpft, mitunter sogar Freundschaften und Partnerschaften eingegangen, wodurch die wechselseitige Abschottung aufgelockert wurde und sich eine Durchmischung beider Seiten anbahnte. Dabei leiteten Freundschaften und vor allem Eheschließungen mit Einheimischen (in zwei meiner sechs

Fälle vollzogen) eine Zäsur in der Einstellung zum Aufnahmeort und seiner einheimischen Bevölkerung, aber auch zur Arbeits- und Lebensgestaltung ein: Diese bekam nun eine planvollere, zukunftsgerichtete Dimension. Damit begann für diesen Personenkreis eine zweite Phase der Integration.

Aber auch für jene Vertriebenen, die solche privaten, emotional stärkenden Beziehungen nicht eingehen konnten, hatte die Arbeitstätigkeit – neben den angedeuteten frustrierenden, desintegrierenden Wirkungen – auch stabilisierende Effekte: Sie brachte Ablenkung von den Alltagssorgen, baute Fremdheitsgefühle ab, bewirkte unter Umständen im Austausch mit Arbeitskollegen auch die Relativierung des eigenen Leides, erschloß wechselseitige Alltagssolidarität. Das führte aus der Selbst-Isolation heraus, reduzierte Fremdheits- und Verlassenheitsgefühle, ließ einen allmählich zur Ruhe kommen und sich mit seinem Schicksal abfinden. Das Erlebnis, im harten Überlebenskampf bestehen zu können, stabilisierte das Selbstbewußtsein und verstärkte zugleich auch den Willen, sein Los zum Besseren zu wenden, und das wiederum schärfte den Blick für günstigere Existenzmöglichkeiten. So löste man sich allmählich aus der Opfer- und Objektrolle, in die man sich zunächst gedrückt fand, und gelangte nach und nach zu einer größeren Selbstbestimmtheit in der alltäglichen Lebensgestaltung, wobei das natürlich von Fall zu Fall differierte.

Die zweite Phase – zumeist einen fließenden Übergang darstellend – gestaltete sich individuell recht verschieden – je nach subjektiven Voraussetzungen und objektiven Bedingungen in der Aufnahmeregion. Sie begann in einem Fall schon im Herbst 1946 (eingeleitet durch die Aufnahme eines Fachschulstudiums), in der Regel jedoch erst im Laufe des Jahres 1947, im ungünstigsten Fall auch erst 1949. Hier erfolgte das Fußfassen in einer regulären Lohnarbeit oder der Einstieg in die Lehre bzw. in einen Industrieberuf mit Perspektivangeboten oder eine Beförderung in Funktionen innerhalb derselben Arbeitsstelle. Parallel dazu verbesserte oder entspannte sich in einigen Fällen auch die Wohnsituation, wie sich allmählich auch eine Verbesserung der materiellen Lage insgesamt abzeichnete, obwohl der Lebenszuschnitt immer noch äußerst karg und defizitär war. Charakteristisch für diese Phase ist, daß die ausgeübten Arbeitstätigkeiten oder neu aufgenommenen Ausbildungsgänge stärker als in der ersten Etappe auf eigener Entscheidung oder Wahl beruhen.

Allerdings waren die Wahlmöglichkeiten auf dem Arbeits-/Ausbildungssektor seinerzeit nach wie vor recht beschränkt, – zumal für Frauen ohne Beruf, die schon aus diesem Grunde auf traditionelle Frauentätigkeiten zurückgreifen mußten (wie z. B. eine meiner Gesprächspartnerinnen, die zunächst als Strickerin in Heimarbeit für eine private Textilfirma arbeitete, während eine andere, jüngere Frau in dem angenommenen Bauhilfsarbeiterjob verharrte und nur aus Verdienstgründen die Firma wechselte); schwierig blieb die Situation aber auch weiterhin für ungelernte junge Männer, die nicht die gewünschte Lehrstelle fanden, sondern mit einer zeitgemäßen Lehre (vielfach im Baugewerbe) vorlieb nehmen mußten, sowie für ältere Männer, die in ihrem vor dem Krieg erlernten Beruf nicht mehr arbeiten wollten bzw. in der Aufnahmeregion keine entsprechende Arbeitsstelle fanden. Insofern mußten auch sie sich noch eine zeitlang mit unbefriedigenden Hilfsarbeitertätigkeiten begnügen, wobei sie nun aber verstärkt sich bietende Aktivitäts- und Aufstiegsmöglichkeiten wahrnahmen.

Mit diesen differierenden Übergängen verringerten sich jedoch in jedem Fall die desintegrierenden, frustrierenden Momente in ihrem noch immer stark mangelbestimmten Alltag; ihr Selbstwertgefühl stieg, und ihre Lebensstimmung wurde hoffnungsvoller. In

dieser Phase fiel auch oftmals die *Entscheidung zum Hierbleiben* – gegen die Abwanderung nach Westdeutschland, die vier Männer meiner sechs „Fälle" bis 1949 mehr oder weniger ernsthaft erwogen hatten, während sich eine Frau von Anfang an zum Hierbleiben entschlossen hatte, zunächst um in unmittelbarer Nähe ihrer Heimat zu bleiben, später wegen ihrer Bindung an die DDR. Das Fußfassen schritt voran – mitunter sogar bis zur Absicht, sich durch Hausbau ständig am Aufnahmeort niederzulassen –, wobei sich alle allmählich mit dem Heimatverlust abfanden, ohne dabei den Rückkehrwunsch schon gänzlich aufgegeben zu haben.

Insgesamt gesehen erweist sich dieser Abschnitt in der Retrospektive als *Umschwungs- und Aufbruchsphase*, aber vielfach auch schon als eine *Zeit der Neu- und Umorientierung* mit mehr oder weniger großer Schubkraft sowohl für die Integration ins unmittelbare Umfeld als auch (ansatzweise) in die herrschenden, seit Oktober 1949, auch staatlich konstituierten gesellschaftlichen Verhältnisse Ostdeutschlands.

Für bemerkenswert halte ich, daß sich in dieser zweiten Phase bei den Umgesiedelten – trotz partiell weiterbestehender politischer Ressentiments – die Bereitschaft zur organisatorischen Einbindung mit entsprechenden sozialen und teilweise auch politischen Aktivitäten im offiziellen Rahmen erhöhte, was in der Regel mit Perspektivengewinn, beruflicher Förderung und mehr oder weniger deutlichen Aufstiegen in der jeweiligen Arbeitsstelle verbunden war. Man öffnete sich den offiziellen Mitwirkungs- und Bindungsofferten aus Dankbarkeit und/oder einem pragmatischen Aufstiegs-Kalkül, aber auch aus einem virulenten Bedürfnis nach Anschluß an eine emotional wie faktisch haltgebende, zeit- und zukunftsbestimmende Kraft.

Die Integration in den Arbeitsprozeß ist in den meisten Fällen meines Samples von weiterreichender Bedeutung. Daß es offenbar einen engen Zusammenhang zwischen befriedigender Eingliederung in die Arbeitssphäre und (freiwilliger) Einbindung in das gesellschaftspolitische System der SBZ/DDR gab, ist aber nicht nur subjektiv begründet, sondern hängt ebenso sehr mit der Spezifik dieser Verhältnisse zusammen: Anders als in der kapitalistischen, demokratisch-parlamentarisch verfaßten Bundesrepublik mit der ihr immanenten stärkeren Trennung von politischer und ökonomischer Sphäre, von Öffentlichem und Privatem wirkte die antifaschistisch-antikapitalistische „Erziehungsdiktatur" der SBZ/DDR – vermittelt durch die Verstaatlichung der Kernbereiche der Ökonomie und der Durchsetzung der „führenden Rolle" der SED – primär über die Arbeitsstätten auf ihre Bürger ein, versuchte sie vor allem dort politisch-ideologisch in ihrem Sinne zu beeinflussen bzw. „umzuerziehen" und in die offiziellen Organisations- und Mitwirkungsformen einzubeziehen. Dieser ab 1948/49 verstärkt durchgesetzte Prozeß bildete den objektiven gesellschaftlichen Hintergrund der konstatierten, sich häufenden subjektiven Einbindungen, indem von ihm aus ein stärkerer Druck in diese Richtung ausging. Die DDR war besonders in den ersten zwei Jahrzehnten eine durchpolitisierte, tendenziell egalitäre Arbeits-Gesellschaft mit politisch-kulturell erzieherischer Intention ihrer Führungsschicht gemäß deren Sozialismusverständnis (sowjetisch-kommunistischer Prägung), die von einem nicht unerheblichen Teil besonders der jüngeren Kriegsteilnehmer- und HJ-Generation angenommen wurde.

Zum Beleg dieser Hypothese seien abschließend einige verallgemeinerte Spielarten von SED-Eintritten angeführt:

Die früheste politische Bindung an die „führende Partei" vollzog in meinem Sample 1948 ein 1928 geborener, in einer gutsituierten Mittelbauernfamilie in Posen aufgewachsener junger Mann, der aus tradierter deutsch-nationaler Gesinnung zum begeisterten

HJ'ler geworden war und den es nach schwerer, langanhaltender Flucht- und Vertreibungserfahrung mit der Familie Ende 1945 in ein mecklenburgisches Dorf verschlagen hatte. Dort unter den ärmlichsten Bedingungen lebend und in einer tiefen existenziellen Krise steckend, konzentrierte er sich zunächst, als Forstarbeiter und Gelegenheits-/Freizeit-Dolmetscher tätig, auf das nackte Überleben. Die Befreundung mit einer gutsituierten einheimischen Försterstochter im Sommer 1946 (die er 1948 heiratete) gab ihm emotionalen Auftrieb und den Anstoß für eine zielgerichtete Gestaltung seiner beruflichen Laufbahn. So nahm er im Herbst 1946 – in Anknüpfung an seine frühere Ausbildung zum Landwirt – ein landwirtschaftliches Fachschulstudium in Rostock auf. Nun begann für ihn die Zeit intensiver Beschäftigung mit dem Marxismus und einer intensiven Auseinandersetzung mit der/seiner NS-Vergangenheit sowie den aktuellen politisch-ideologischen Strömungen. Heimatlos geworden, aber bindungs- und mitwirkungsbedürftig geblieben, begab er sich jetzt auf die Suche nach einer neuen ideologisch-weltanschaulichen und politisch-organisatorischen Wiederverwurzelung, – darin unterstützt von einem aus dem Arbeitermilieu stammenden und bereits der SED angehörenden befreundeten Kommilitonen. Von der FDJ-Gruppe im Wohnbezirk angezogen und bald schon als Kulturverantwortlicher seiner FDJ-Organisation aktiv, entschied er sich schließlich, nachdem er sich mit den programmatischen Vorstellungen aller Parteien der SBZ an seinem Studienort vertraut gemacht hatte, 1948 für den SED-Eintritt – in der Annahme, hier jene tragfähige gesellschaftliche Theorie und politisch-organisatorische Heimat gefunden zu haben, in deren Rahmen er nun auch selbst als gut ausgebildeter Fachmann fortschrittsbringend tätig werden könnte. In diesem Sinne, seine Bedenken gegenüber bestimmten Tendenzen in der sich forciert stalinistisch formierenden Partei unterdrückend und sich auf das an ihr Bejahte („die Planbarkeit des Lebens") fixierend, entfaltete er nach dem Studium auf dem Dorf eine außerordentliche hohe Aktivität, und das so lange, bis er 1951 als stellvertretender Leiter einer MAS auf einem mecklenburgischen Dorf mit der rigiden Anti-Großbauernpolitik seiner staatlichen und parteilichen Vorgesetzten in Kollision geriet, seinen Posten verlor und aus der SED gestrichen wurde. Die früh eingegangene parteipolitische Bindung, von ihm als Neubeheimatung empfunden, erwies sich somit als nicht tragfähig; seine soziale Herkunft und primäre Sozialisation waren wirksamer, als es seine angelernte sozialistische Überzeugung innerhalb eines borniert-dogmatischen, einseitig klassen- und systemkämpferisch orientierten Zusammenhangs sein konnte. Dennoch hielt er an einem Kernbestand seiner angenommenen neuen Überzeugung (nämlich ihren sozialen Intentionen) fest und entschied sich trotz erfahrener tiefer Kränkung und beruflicher Degradation – vornehmlich aus dem Bedürfnis nach Unabhängigkeit auch gegenüber seinen in Westdeutschland lebenden Schwiegereltern und aus Selbstbehauptungsgründen – zum Bleiben in der DDR. Wiederum am existentiellen Nullpunkt angelangt, bemühte er sich in den kommenden Jahrzehnten – und zwar erfolgreich – um einen (erneuten) beruflichen Aufstieg. In seinem mühevoll erworbenen Metallurgenberuf ab 1952 viele Jahre im EKO stark engagiert, blieb er jedoch politisch-organisatorisch ungebunden und verhielt sich distanziert zum politischen System der DDR. Dabei integrierte er sich allerdings faktisch weitgehend in die DDR-Gesellschaft und arrangierte sich eingedenk seiner ab Ende der 60er Jahre eingenommenen Stellung eines ökonomischen Leiters des EKO-Roheisenwerkes auch politisch (indem er in der BGL seines Betriebes und in Ausschüssen der Nationalen Front aktiv mitarbeitete).

Bei einer *zweiten Spielart des SED-Eintritts* handelt es sich um einen 1921 in der östlichen Lausitz geborenen, im „stehkragenproletarischen" Milieu aufgewachsenen, zu-

nächst NS-begeisterten Kriegsfreiwilligen. Aus französischer Gefangenschaft geflohen, kehrte er über einen Zwischenaufenthalt in Hessen Ende 1946 zu seiner Familie zurück, die es in ein sächsisches Industriedorf verschlagen hatte. Nach der ihn stark deprimierenden offiziellen Aufnahme im Ort (so schickte man ihn, aber nicht die einheimischen Bauernsöhne ins Quarantänelager, obwohl seine Frau schwerkrank war und wenig später starb), fand er auch nur einen mühsamen, unbefriedigenden beruflichen Einstieg als ungelernter Hauer in dem wiedereröffneten Braunkohletagebau am Ort. Unzufrieden mit seiner Arbeits-/Lebens-Situation, ressentimentgeladen und besonders der sowjetischen Besatzungsmacht gegenüber ablehnend eingestellt, wollte er in seinen ersten Zwischenaufenthaltsort in Hessen zurückkehren, zumal er dort ein günstiges Arbeitsangebot auf der Post erhalten hatte. Davon im letzten Moment noch von seiner damaligen Freundin, der Tochter eines einheimischen armen Kleinbauern, abgehalten, entschloß er sich – aus Mitleid und Versorgungsgründen, wie er sagt – zum Bleiben und zur Eheschließung. Dieser Entschluß bewirkte dann auch einen Einstellungswandel gegenüber seiner Berufsarbeit: Ab sofort stellte er sich nicht nur pflichtbewußt auf sie ein, sondern entfaltete darüber hinaus in ihr auch seine ganze Aktivität und sein technisches Geschick. Im Vordergrund seines Denkens und Handelns stand jetzt das schnelle Herauskommen aus der Notsituation und das materielle Vorwärtskommen seiner werdenden Familie. Unter den in der Grube zahlreich beschäftigten schlesischen, aber auch einheimischen Bergleuten wegen seiner Anstelligkeit, Improvisationsgabe und Kollegialität schon bald einen angesehenen Platz einnehmend, erwarb er sich aufgrund seiner Einsatzbereitschaft auch bei seinen Vorgesetzten Wertschätzung und wurde von ihnen alsbald zum ehrenamtlichen BGL-Vorsitzenden (1948) vorgeschlagen (dazu auch von der Belegschaft gewählt) und wenig später (1949) zum Betriebsleiter der Grube befördert. In beiden Funktionen auch im materiellen Interesse der Belegschaft sehr rührig und wegen seiner nunmehrigen Verteilungsmacht (Braunkohle war seinerzeit ein allgemein anerkanntes, weil rares Tauschmittel) auch bei der alteingesessenen Dorfbevölkerung hoch geschätzt, fühlte er sich nun auch wieder voll dazugehörig, also integriert. Auf sein Berufs- und Privatleben konzentriert und pragmatisch auf's Vorankommen orientiert, lag die große Politik außerhalb seines intensiven Interesses. Dennoch trat er 1950, von seinem Vorgesetzten beiläufig daraufhin angesprochen und wie von diesem erwartet, in die SED ein, – ohne zu wissen, aber wohl auch ohne unbedingt wissen zu wollen, worauf er sich da einließ. So vollzog er seinen Parteieintritt in der ignorant-überzeugungslosen, pragmatisch-konformistischen Haltung eines autoritär sozialisierten, sozial engagierten Mitläufers. Doch diese nominell-organisatorische Bindung an die SED entfaltete mit den Jahren im Zuge seines beruflichen und materiellen Vorwärtskommens eine Eigenlogik, so daß er sich – als Meister stark beruflich-sozial engagiert – allmählich auch inhaltlich/innerlich stärker vom Parteistandpunkt vereinnahmen ließ und sich mit den DDR-Verhältnissen nicht nur arrangierte, sondern auch (mehr oder minder) weitgehend mit ihrer staats-sozialistischen Ausrichtung (dem „Geführtwerden" und ihren „sozialen Vorzügen") identifizierte.

Abschließend sei noch eine *dritte Art des SED-Eintrittes*, die 1951 erfolgte, vorgestellt. Hierbei handelt es sich um einen 1929 geborenen, in einer bessergestellten Arbeiterfamilie in einem ostpreußischen Dorf aufgewachsenen jungen Mann, der – schon als Kind geistig rege und führungsambitioniert, zum begeisterten HJ'ler und Pimpfenführer herangewachsen – nach Beendigung der Volksschule auf eine NS-Lehrerbildungsanstalt delegiert und dort im nationalsozialistischen Sinne indoktriniert worden war. Nach einer strapaziösen Flucht vor der Roten Armee, mit der (seinerzeit vaterlosen) Familie in Thü-

ringen bei Verwandten untergekommen, geriet er nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes in eine tiefe Glaubens- und Bindungs-Krise, die zudem noch dadurch verschärft wurde, daß Vertreter der neuen, antifaschistischen Macht seine Berufspläne – er hatte sich als Neulehrer beworben – vereitelten. Enttäuscht, verbittert und irritiert, überbrückte er den beruflichen Bruch mit einem Oberschulbesuch. Hier die ganze Zeit über in Enttäuschung und Frustration verharrend, verhielt er sich gegenüber den damaligen politisch-ideologischen Angeboten skeptisch bis ablehnend und verweigerte (sogar) die erwartete organisatorische Einbindung in die FDJ. Seine passive, distanzierte Haltung wurde dann auch durch die Schulleitung mit seinem Ausschluß vom Abitur quittiert. Diese neuerliche negative Erfahrung mit Repräsentanten der nun herrschenden Macht wirkte – wie wohl beabsichtigt – als „Denkanstoß" in konformistischer Richtung. Nach Beendigung der Oberschule arbeitslos geworden, somit verstärkt unter seiner Inaktivität und seinem Ausgeschlossensein leidend, trat er dann doch (noch 1949) der jüngst gegründeten FDJ-Gruppe seines Wohnortes bei, wo er alsbald eine Leitungsfunktion übernahm. Damit hatte er einen ersten Schritt zu seiner politisch-organisatorischen Integration in die DDR-Verhältnisse getan. Der entscheidende Schub in dieser Richtung erfolgte aber wenig später durch seinen Einstieg in das industrielle Berufsleben auf der Maxhütte: Dort zunächst zwar nur als Hilfsarbeiter tätig, waren ihm aber schon bei seiner Einstellung vom damaligen Hüttenchef Qualifizierungs-/Aufstiegsangebote gemacht worden, die dann auch prompt eingehalten wurden. Bereits nach einem Jahr Produktionsarbeit zum Studium auf eine neueröffnete Fachschule für Metallurgie in Unterwellenborn delegiert, faßte er auch wieder Vertrauen in die neue Macht bzw. ihre Funktionäre, und darüber vermittelt öffnete er sich nun auch für die offiziellen politisch-ideologischen Angebote. Hier, im Kreise vielfach älterer, aus den verschiedenen sozialen Milieus und politischen Richtungen kommenden Kommilitonen studierend und lebend, gewann er ein neues Verhältnis zur NS-Vergangenheit und zum jetzt herrschenden, SED-dominierten System. Dabei zog ihn besonders stark die proklamierte Idee einer auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden, folglich ausbeutungsfreien, sozial gerechten und aus eigener Kraft zu schaffenden, materiellen Wohlstand sukzessive für alle (gleichermaßen) gewährleistenden Gesellschaftsordnung an. Dankbar für die ihm jüngst erwiesene Förderung, interessiert an einem beruflichen Aufstieg sowie bindungs- und führungsbedürftig, trat er 1951, noch während des Studiums, der SED bei, – im Glauben, eine gute, gerechte und fortschrittliche „Sache" zu vertreten und in der Absicht, deren Realisierung fortan mit seiner ganzen Kraft zu unterstützen, und zwar im eigenen wie im Interesse der Allgemeinheit. Dabei überließ er die „Liniengebung" vertrauensvoll bzw. gläubig-ignorant „seiner" Parteiführung und beschränkte sich selbst – sich als parteiverbundenen Fachmann verstehend – auf die aktive Umsetzung der jeweiligen „Linie" in seinem Wirkungskreis. Auf diese Weise, in seinem Rahmen engagiert-kritisch auftretend, dabei Konflikte auch mit Vorgesetzten auf sich nehmend, machte er seinen (recht steilen) Weg, der ihn bis in mittlere Leitungspositionen im EKO führte. Doch Mitte der achtziger Jahre – damals noch in der Funktion des EKO-Hüttenchefs engagiert tätig – stieß auch er an die Systemgrenzen und scheiterte (an diktatorischen Vorgesetzten bzw. an starren, zunehmend erstarrenden Leitungs-Strukturen), ohne sich allerdings vom System und seiner herrschenden Partei abzuwenden, denen er bis zum Schluß – in einem Gefühlsgemisch aus Identifikation, Gewohnheit, Alternativlosigkeit und Angst – „treu" blieb.

Diese Beispiele von SED-Eintritten belegen, daß ein nicht näher zu quantifizierender Teil der Umsiedler, die auch gute Gründe gehabt hätten, den politisch-ideologischen An-

geboten der SED kritisch, ja ablehnend gegenüberzustehen, mit einer gewissen Folgerichtigkeit, in spezifischer Verarbeitung ihrer Vertreibungs- und Verlusterfahrungen, sich nicht nur beruflich und sozial engagierte, sondern darüber hinaus – wenn auch individuell sehr verschiedenartig – eine politische Integration in die DDR-Gesellschaft vollzog.

Dieser aus vorliegendem Sample gewonnene hypothetische Schluß schließt die gegenteilige Verallgemeinerung jedoch nicht aus, daß Vertriebene zwar stark (auch stärker als Einheimische) qualifikations- und aufstiegsorientiert gewesen seien, sich aber politisch eher distanziert bis ablehnend dem DDR-System gegenüber verhalten hätten und auch weniger stark von den politisch-ideologischen Umerziehungsbemühungen der SED erreicht worden seien, wie das in Alexander v. Platos Studie zur Vertriebenenintegration von DDR-Bürgern nahegelegt wird. Beide Hypothesen gelten für ihre jeweilige Untersuchungsgruppe. Das verweist allerdings auf die Problematik von qualitativen Untersuchungen, sobald sie ihre Ergebnisse (auch) in quantifizierenden Verallgemeinerungen darbieten. Bevor nicht hinreichend viele (methodisch unterschiedlich herangehende) Detailuntersuchungen vorliegen, sollte man sich besser solcher Verallgemeinerungen enthalten, da sie vermutlich eher den Wert(ungs)horizont des Autors als die Realität der Betroffenen-Gesamtheit widerspiegeln. Jedoch können sie als „Reibefläche" für weitere Forschungen nützlich sein , – falls ein unvoreingenommenes Klima in der wissenschaftlichen Kommunikation vorherrscht.

VI. Laufende Forschungsprojekte zur Vertriebenenintegration

Winfried Müller

Zum Forschungsverbund „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge"

Ungeachtet einiger zentraler Publikationen zur Flüchtlingspolitik und -integration im Bayern der Nachkriegszeit[1], blieb – gerade weil die Forschungslage auch von Phasen der Stagnation gekennzeichnet war – die Dringlichkeit einer wissenschaftlichen Aufbereitung der Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Wissenschaft und Politik unbestritten. Für letztere gilt dabei der klare Auftrag des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes an Bund und Länder, „Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben", „zu fördern". Im Bewußtsein dieser Verpflichtung legte das Bayerische Sozialministerium bereits 1984 die von ihm in Auftrag gegebene zweibändige Dokumentation „Integration und Neubeginn" vor, die die Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen in Bayern zum Inhalt hat[2]. Zu verweisen ist ferner auf die 1989 gemeinsam von dem Sozialministerium, der Forschungsgemeinschaft für das Weltflüchtlingsproblem und dem Sudetendeutschen Archiv herausgegebene kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem[3]. Gleichfalls 1989 begonnen und 1991 abgeschlossen wurde die von der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste in Auftrag gegebene und vom Sozialministerium geförderte Untersuchung der Integration vertriebener Behinderter in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Freistaates Bayern[4].

Das längerfristig wohl wichtigste und umfangreichste Projekt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit im Bereich der Wissenschaftsförderung ist aber der hier im Mittelpunkt stehende Forschungsverbund „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge"[5]. Erste Überlegungen hierzu gehen auf das Jahr 1985 zurück, als sich der Beginn von Flucht und Vertreibung zum 40. Mal jährte. Die endgültige Entscheidung über das Projekt fiel 1989, sein Start erfolgte 1990. Koordinationszentrum wurde Bayreuth, wo

[1] Vgl. u. a. Kornrumpf, In Bayern angekommen; Bauer, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik. Zusammenfassung des Forschungsstandes bei Lanzinner, S. 91.

[2] Vgl. Prinz, Integration und Neubeginn.

[3] Vgl. Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie.

[4] Vgl. Baier/Lamprecht, Integration.

[5] Als außerbayerisches Pendant hierzu vgl. das an der Universität Mannheim angesiedelte, von Wolfgang von Hippel betreute und von der Stiftung Volkswagenwerk sowie vom Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Baden-Württemberg finanziell geförderte Forschungsprojekt „Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Baden und Württemberg nach 1945". Erste Teilergebnisse bei Schraut. Vgl. auch Beer, Flüchtlinge; Beer, Integration.

im Zusammenspiel mit Lastenausgleichsarchiv und Universität der Flüchtlings- und Eingliederungsforschung eine stetig wachsende Bedeutung zukommen dürfte. Die Projektkoordination liegt beim langjährigen Präsidenten der Universität Bayreuth und Gründungsbeauftragten der Universität Erfurt, Klaus Dieter Wolff, und – für die federführende Behörde – bei Ministerialrat Walter Rösner-Kraus.

Das Projekt ist zum einen interdisziplinär ausgerichtet, zum anderen – im Begriff des Forschungsverbunds kommt dies zum Ausdruck – ist es universitätsübergreifend auf die Einbeziehung aller Hochschulen des Landes Bayern angelegt. Das Projekt verfolgt weniger eine deskriptive und statistische Aufarbeitung der Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Vielmehr will es unter Zugrundelegung der Forschungsprämisse „Wandel durch Integration"[6] primär der Frage nachgehen, welche Auswirkungen der Zustrom von mehr als zwei Millionen Vertriebenen und Flüchtlingen auf Bayerns Wirtschaft und Gesellschaft, auf Politik und Verwaltung, auf Kultur- und Geistesleben hatte. Zentrale Fragestellung ist somit: welche Impulse gingen nach dem Neubeginn des Jahres 1945 von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen für die Modernisierung des Aufnahmelandes Bayern aus. Erwartet werden ebenso Erkenntnisse über Integrationswege und -voraussetzungen, integrationsfördernde Entscheidungen und Maßnahmen sowie integrationshemmende Faktoren.

Für die Publikation der einschlägigen Untersuchungen wurde eine eigene, seit 1993 erscheinende Reihe eingerichtet. Sie wird herausgegeben von Hermann-Joseph Busley, Rudolf Endres, Otto Kimminich, Jörg Maier und Klaus Dieter Wolff. Komprimierte Ergebnisauszüge der dort aufgenommenen Studien präsentiert eine aus Anlaß des Gedenkjahres 1995 herausgegebene Sonderpublikation[7].

Innerhalb der Reihe wurde zunächst 1993 eine Studie von Otto Kimminich (Universität Regensburg) publiziert[8], die in der Systematik des Gesamtvorhabens insofern einen Ausgangspunkt darstellt, als sie den völkerrechtlichen Hintergrund der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Bayern thematisiert. Es geht dabei nicht nur um die Rechtslage im besetzten Deutschland und um Statusfragen der Vertriebenen und Flüchtlinge, sondern ebenso um die staats- und völkerrechtliche Entwicklung in den Vertreibungsräumen seit den zwanziger Jahren unter Einschluß der Nationalitätenkonflikte, Kriegsereignisse, Kriegsziele, Umsiedlungspläne und Gesetzeswerke der die Vertreibung durchführenden Staaten.

Abgeschlossen ist ferner das von Johann Handl und Christa Herrmann an der Universität Erlangen durchgeführte Teilprojekt „Soziale und berufliche Umschichtung der Bevölkerung in Bayern nach 1945"[9]. Diese Analyse der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971 vergleicht die beruflichen Entwicklungslinien von Vertriebenen, SBZ-Flüchtlingen und Einheimischen und thematisiert in einem besonderen Teil die Heiratsbeziehungen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen. Korrespondierend dazu befaßt sich die vor dem Abschluß stehende, gleichfalls an der Universität Erlangen angesiedelte Untersuchung „Lebens- und Biographieverläufe von Vertriebenen und Flüchtlingen" von Michael von

[6] Wolff, Wandel durch Integration, S. 21.

[7] Vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.), Die Entwicklung Bayerns.

[8] Vgl. Kimminich, Völkerrechtlicher Hintergrund. Vgl. zusammenfassend auch Kimminich, Flucht und Vertreibung, S. 17–34.

[9] Vgl. Handl/Herrmann, Soziale und berufliche Unterschiede; zusammenfassend ferner Handl, Sozialstrukturelle Aspekte, S. 35–47.

Engelhardt mit der Erfahrungs- und Bewältigungsgeschichte der Neubürger[10]. Was im Teilprojekt von Handl/Herrmann auf der Makroebene ermittelt wurde, soll hier auf der Mikroebene durch Einzelfalluntersuchungen ergänzt werden.

Nachdem zwischenzeitlich die aus Drittmitteln finanzierte Dissertation von Gerald Neumann über die Behandlung der Flüchtlingsfrage in den Medien in die Forschungsreihe[11] aufgenommen worden war, erschien zuletzt schließlich die wiederum auf einem Teilprojekt beruhende Untersuchung von Jörg Maier und Germano Tullio (Universität Bayreuth), die sich mit der sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern befaßt. Aufbauend auf einer Darstellung von Integrationswiderständen und Integrationsstufen wird dabei an ausgewählten Untersuchungsgebieten den Konsequenzen des Bevölkerungszustroms – es waren ja nicht weniger als über 400000 Erwerbspersonen aufzunehmen – für den wirtschaftsstrukturellen Wandel in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg nachgegangen. Vor allem – so ein Ergebnis dieser Studie – das verarbeitende Gewerbe (Textil und Bekleidung, chemische Industrie, Feinkeramik, Glasindustrie, Ledererzeugung und -verarbeitung) ermöglichte eine Beteiligung der Neubürger. „So erhielt die bayerische Industrie einen qualifizierten Zugang gerade in der verarbeitenden Industrie, der die Volkswirtschaft des rohstoffarmen, aber nun arbeitskräftestarken Landes nachhaltig stärken sollte"[12].

Unmittelbar vor dem Abschluß steht das von Walter Ziegler[13] betreute Teilprojekt „Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung", das in der Systematik des Gesamtprojekts neben der bereits erwähnten Studie von Otto Kimminich den Ausgangspunkt bilden wird. Ausgangsüberlegung dieses Vorhabens ist das Faktum, daß das Interesse an der Geschichte der Vertriebenen und Flüchtlinge sich primär auf die Gründe und den Vorgang der Vertreibung einerseits, auf die Aufnahme und Integration in der neuen Heimat andererseits konzentrierte. Das bedeutete, daß die Frage nach dem konkreten Umfeld, nach dem politischen und kulturellen Milieu, dem die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge entwurzelt wurden, in den Hintergrund trat. Indem deren Geschichte, die ja auch für die Integration im Aufnahmeland ein bestimmender Faktor war und ist, in ihrem Facettenreichtum aufgearbeitet wird, soll zugleich deutlich werden, wie verkürzend im Grunde die begriffliche Reduzierung auf „die Deutschen" bzw. „die Flüchtlinge" ist. „Nicht zuerst ‚die Deutschen' flüchteten und wurden vertrieben, sondern Bürger aus Eger oder Forstarbeiter aus dem Böhmerwald, Bergleute aus der Unterzips, Bauern aus Bessarabien, aber auch Fischer aus Pommern oder Großgrundbesitzer aus Ostpreußen. Und verlassen mußten sie nicht einfach ‚Ostgebiete'", sondern „Heimatgebiete verschiedenster Art und unterschiedlichster Befindlichkeit"[14]. Die Geschichte und Kulturgeschichte dieser Gebiete in ihrer Gesamtheit von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zeitpunkt von Flucht und Vertreibung handbuchartig aufzubereiten ist das eine Anliegen des von Ziegler betreuten Projektes. Ein zweites ist es dann, auf der Basis dieser Einzeldar-

[10] Vgl. Engelhardt, Biographieverläufe, S. 49–77.

[11] Vgl. auch den zusammenfassenden Bericht von Neumann, Medien, S. 93–101.

[12] Maier, S. 92. Vgl. vor allem Maier/Tullio, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung. Als ergänzende Spezialstudie vgl. auch Fruhmann, Geographische Untersuchungen, S. 1–201.

[13] Prof. Dr. Walter Ziegler, Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, Ludwigstr. 14, 80539 München.

[14] Ziegler, Die verlorene Heimat, S. 105. Bei dem hier zitierten Beitrag handelt es sich um einen Vorbericht zum skizzierten Teilprojekt.

stellungen Vergleichsmöglichkeiten zu eröffnen. Als mögliche Fragestellung bieten sich beispielsweise an: die Stellung der Deutschen in den jeweiligen Nationalstaaten, in denen sie nach 1918 beheimatet waren, ihr Verhältnis zur NS-Diktatur, die jeweilige Situation unmittelbar vor der Vertreibung. Schließlich, und dies ist das dritte Anliegen, soll das Teilprojekt „Die Vertriebenen vor der Vertreibung" helfen, „die Verkrustungen des Nationalismus zu lösen und die gemeinsame Geschichte, freilich auch die gemeinsam verschuldeten Probleme dieser Geschichte zu erfassen und das Terrain für künftiges friedliches Miteinander neu zu bereiten"[15].

Zu den bislang skizzierten, bereits abgeschlossenen Teilprojekten gesellten sich 1995 zwei weitere Arbeitsvorhaben, die kurz vor dem Abschluß stehen; mit der Publikation der Ergebnisse dürfte demnach 1999 zu rechnen sein. Das eine der beiden neuen Teilprojekte ist am Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde der Universität München angesiedelt. Es wird von Helge Gerndt betreut[16] und steht unter dem Titel „Vereinswesen als Integrationsfaktor. Eine volkskundliche Studie zum Wandel des Vereinswesens in Bayern durch den Zuzug der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge nach 1945". Von der Prämisse ausgehend, daß die Erörterung der Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in der Literatur häufig auf die Ebene der wirtschaftlichen und sozialen Integration beschränkt bleibt, wohingegen unsere Kenntnis über die Integration im Alltagsleben und über private Verkehrskreise relativ gering ist, will dieses Teilprojekt der Frage nachgehen, wieweit Vereine als Orte der Begegnung Aufschluß geben über konkrete Wege der kulturellen Eingliederung von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen in Bayern. Das Forschungsvorhaben will eine erste Bestandsaufnahme der Veränderungen des Vereinswesens durch den Zuzug der Vertriebenen und Flüchtlinge leisten. Ziel ist es, die kulturellen Annäherungsprozesse von Aufnahmegesellschaft und „Neubürgern" anhand des Vereinslebens zu beschreiben und vergleichend zu analysieren. Das Erkenntnisinteresse gilt den Einflüssen, die die kulturellen Verhaltensweisen und Anschauungen auf den Integrationsprozeß ausüben. Da das Vereinswesen für die Zeit nach 1945 staatlicherseits statistisch nicht erfaßt ist, gilt es, in einem ersten Arbeitsschritt für ausgewählte bayerische Landkreise eine Datenbasis zu schaffen, die Veränderungen in der Vereinsstruktur in der Nachkriegszeit aufzeigbar macht. Hierzu müssen die bei den Amtsgerichten geführten Vereinsregister gesichtet und ausgewertet werden. Auf der Grundlage bereits veröffentlichter Daten (Siedlungsstruktur, Sozialstruktur etc.) zur Entwicklung Bayerns durch die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie der gewonnenen Daten aus der ersten Projektphase ist eine qualitative Mikrostudie des Vereinswesens in einer oder mehreren Gemeinden geplant. Neben der Durchsicht und Auswertung eventuell vorhandener schriftlicher und bildlicher Quellen (Protokollbücher, Vereinschroniken etc.) sind insbesondere lebensgeschichtliche Interviews mit Vereinsmitgliedern geplant.

Das zweite 1995 gestartete Teilprojekt widmet sich dem Integrationsprozeß im Bildungssektor und wird vom Verfasser des vorliegenden Berichts betreut[17]. Die Darstel-

[15] Ebenda, S. 103.

[16] Prof. Dr. Helge Gerndt, Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde, Ludwig-Maximilians-Universität München, Ludwigstr. 25, 80539 München. Anfragen sind zu richten an die für das Teilprojekt zuständige Mitarbeiterin Frau Astrid Pellengahr M. A., der ich für die nachfolgend mitgeteilte Projektbeschreibung danke.

[17] Prof. Dr. Winfried Müller, z. Z. Univ. Bonn, c/o Mittelalterliche und vergleichende Landesgeschichte am Institut für Bayerische Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, Schellingstr. 5, 80799 München.

lung der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge im Bildungssektor und der daraus resultierenden Impulse für die Entwicklung des Aufnahmelandes ist nicht nur im Rahmen des bayerischen Forschungsverbundes ein Desiderat: Die Bildungseinrichtungen, in erster Linie die Schulen, waren die Institutionen, in denen sich die Kinder und Jugendliche der Einheimischen und Neubürger zunächst am intensivsten begegneten, wo es zu einer wechselseitigen Annäherung und osmotischen Durchdringung jeweils autochthoner Traditionen und konfessioneller Milieus kam. Sie waren die Stätten, in denen die junge Generation unter den Vertriebenen und Flüchtlingen ihre berufsqualifizierenden Abschlüsse anstrebte, die Voraussetzung für die soziale und wirtschaftliche Integration nach dem Zweiten Weltkrieg waren; den Aufnahmeländern kam hier ein enormes Bildungspotential zugute. Für die Erwachsenengeneration unter den Vertriebenen und Flüchtlingen war, gerade weil ihnen oft nur das „geistige Fluchtgepäck" geblieben war, der Bildungssektor ein attraktives Betätigungsfeld: die Bildungseinrichtungen waren es, die den Vertriebenen und Flüchtlingen teilweise ungewöhnlich gute Chancen zur beruflichen Eingliederung boten. So wurde ihnen ermöglicht, ihre Qualifikationen und Erfahrungen einzubringen und für das Aufnahmeland fruchtbar werden zu lassen. Es erstaunt deshalb, daß der Integrationsprozeß im Bildungssektor bislang weder für Bayern noch für die anderen Bundesländer hinlänglich beachtet wurde.

Für den Zugang zum Thema bieten sich drei Ebenen an, für die nachfolgend einige auf Bayern bezogene Daten mitgeteilt werden sollen: das allgemeinbildende Schulwesen, die Universitäten und Hochschulen und schließlich die Erwachsenenbildung. Was die Schulen betrifft, so drängt sich als ein wichtiger Teilaspekt zunächst die Integration und Tätigkeit der „Flüchtlingslehrer" in Bayern auf. Wie bereits Franz J. Bauer in seiner den Bildungsbereich nur am Rande streifenden Untersuchung über „Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950" (1982) feststellte, gelang es den „Lehrern unter den Flüchtlingen mehr als den Angehörigen irgendeiner anderen qualifizierten Berufsgruppe"[18] eine ihrer Ausbildung und ihrem früheren Status adäquate Beschäftigung zu finden. Dabei spielten mehrere Faktoren zusammen: der durch Kriegsverluste, Entnazifizierung und den sprunghaften Anstieg der Schülerzahlen verursachte Lehrermangel der Nachkriegszeit, die hoch zu veranschlagende Integrationswilligkeit der bayerischen Unterrichtsverwaltung, die ca. 20% der Planstellen für die Vertriebenen und Flüchtlinge vorsah (diese Quote wurde teilweise erheblich überschritten), nicht zuletzt aber auch Initiative und Engagement der „Flüchtlingslehrer". In diesem Zusammenhang dürfte es von Interesse sein, der Arbeit der „Zentralstelle für Flüchtlingslehrer" nachzugehen, die 1945 zunächst in der britischen Zone ihren Ausgang genommen hatte, später dann von den deutschen Ländern – unter Einschluß Bayerns – getragen wurde, ehe sie 1952 in einer Abteilung des Bundesinnenministeriums aufging. Die erfolgreiche Vermittlungstätigkeit der Zentralstelle, bei der sich ca. 60000 „Flüchtlingslehrer" registrieren ließen, ist so gut wie unerforscht[19].

Das hohe Maß der beruflichen Integration der „Flüchtlingslehrer" und der damit verbundene Wissenstransfer machten die Schule zweifelsohne zu einem wichtigen Ort der Interaktion von Einheimischen und Neubürgern. Das Ausmaß der mentalen und kulturellen Prägung Bayerns durch die „Flüchtlingslehrer" mag sich letztlich gesicherter Eva-

[18] Bauer, Flüchtlinge, S. 209. Zur Integration der „Flüchtlingslehrer" vgl. auch die Hinweise bei Müller, Schulpolitik, S. 83ff.

[19] Vgl. Müller, Schulpolitik, S. 85f.

luierung entziehen. Gerade deshalb bietet sich ergänzend als zweites wichtiges Arbeitsfeld die Schulbuch- und Lehrplananalyse an, wobei im Hinblick auf die Behandlung des Themas Flucht und Vertreibung sowie der Ostkunde vor allem die Fächer Heimatkunde, Geschichte und Geographie, eventuell auch der Religionsunterricht, besondere Berücksichtigung finden müssen. Zunächst sind hier die amtlichen Richtlinien für den Unterricht an Bayerns Schulen eingehend zu überprüfen; in erster Linie Lehrpläne der diversen Schularten, des weiteren Modelle für den Unterricht, sicherlich aber auch Vorstellungen und Konzepte engagierter Lehrerinnen und Lehrer. Als Beispiele seien nur genannt die Bekanntmachungen des Kultusministeriums zur Behandlung der Ostkunde im Unterricht, die Tagungsberichte der „Akademie für Lehrerfortbildung" in Dillingen oder die Ergebnisse der „Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Erzieher". Organisationen wie etwa der Verband der Geschichtslehrer Deutschlands sind auf entsprechende Maßnahmen zu untersuchen. Daß eine differenzierte Sichtung der Unterrichtsmaterialien, insbesondere der Schulbücher, aber auch anderer Medien (Schulfilm, Schulfunk), zu leisten ist, versteht sich von selbst. Die Vielfalt der von den jeweiligen Landsmannschaften publizierten Organe, ob nun Zeitungen oder wissenschaftliche Zeitschriften, bietet ein weiteres Aufgabenfeld.

Dritter wichtiger Teilaspekt für den Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens ist die Integration und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen unter den Vertriebenen und Flüchtlingen[20]. Es gilt zu bedenken, daß sich beispielsweise bereits im Oktober 1946 163 963 Flüchtlingskinder unter sechs Jahren in Bayern aufhielten, deren Einschulung bevorstand, 238 289 Flüchtlingskinder im volksschulpflichtigen Alter, ferner 163 428 Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren, die zumindest teilweise in die Berufsschulen, höheren Schulen und Universitäten strebten. In diesem Zusammenhang bietet es sich an, Erkenntnisse über Bildungsverhalten und Schulabschlüsse zu gewinnen. Gab es etwa im Sinne einer besonderen Motivation zum Bildungserwerb in einer Altersgruppe bzw. Schülerjahrgängen signifikante Abweichungen des Anteils der Vertriebenen und Flüchtlinge an den Realschülern und Abiturienten in Relation zum Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung? In Weiterung dessen müßte dann – wiederum unter der dem Gesamtprojekt zugrundeliegenden Fragestellung des Beitrags zur Entwicklung Bayerns – der berufliche Werdegang jener aufgeschlüsselt werden, die nach Flucht und Vertreibung ihren Schulabschluß in Bayern erwarben. Aufgrund der bislang eingesehenen Unterlagen des Bayerischen Statistischen Landesamtes scheint es möglich, hier zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen. Daneben sollten aber auch exemplarisch individuelle Karriereverläufe geschildert werden. Schließlich ist – vor allem im Hinblick auf die Volksschule, wo man nach 1945 zu der vom NS-Regime beseitigten Konfessionsschule zurückkehrte – als gesondertes Themenfeld noch der konfessionelle Aspekt auszuweisen[21]. Mit dem Zustrom der Vertriebenen und Flüchtlinge gehörte die konfessionelle Homogenität Bayerns auf der mikrostrukturellen Ebene der Vergangenheit an. Während sich auf der Makroebene die Proportionen zwischen den Konfessionen kaum verschoben, da die Konfessionsstruktur der Neubürger weitgehend mit der des Aufnahmelandes Bayern korrespondierte, verschwanden auf der lokalen Ebene konfessionell homogene Gemeinden fast vollständig; 1939 hatte es in Bayern noch 1352 ausschließlich katholische Gemeinden gegeben, 1953 waren es noch 27, d. h., daß der Akkulturations-

[20] Vgl. ebenda, S. 62ff.
[21] Vgl. ebenda, S. 67ff. Vgl. auch Erker, Die Revolution des Dorfes, S. 382ff.

prozeß auf der lokalen Ebene, das Nebeneinander von Einheimischen und Neubürgern, die jeweils ihre eigene Tradition einbrachten und an ihrer Identität festhalten wollten, auch starke Veränderungen im konfessionellen Milieu implizierte. Daß das – gerade im Zuge der Rekonfessionalisierung des Volksschulwesens – auf beiden Seiten auch mit Reibungsverlusten verbunden war, braucht nicht beschönigt werden. Gleichzeitig gilt es aber, der Rolle der Schule als Ort der Begegnung und Verschmelzung unterschiedlicher landsmannschaftlicher und konfessioneller Milieus nachzugehen. Hier läßt eine Auswertung der Schulberichte der Bezirksregierungen, die in den Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst vorliegen, ferner der Berichte der Dienststellen der amerikanischen Militärregierung gewichtige Aufschlüsse erwarten.

Was den Hochschulbereich als das zweite zentrale Untersuchungsfeld im Rahmen des Teilprojekts „Bildungswesen" betrifft, so müßte hier zunächst einmal, in Analogie zu den „Flüchtlingslehrern", die Frage nach der Eingliederung der vertriebenen und geflüchteten Hochschullehrer aufgegriffen werden. Hier taten sich, anders als im Schulbereich, offenkundig enorme Schwierigkeiten auf. Denn während das Kultusministerium für die Schulen eine Quote festlegen konnte, waren ihm im Hochschulbereich weitgehend die Hände gebunden. Dort wurden nämlich freie Wissenschaftlerstellen aufgrund der traditionellen, nach 1945 wiederhergestellten akademischen Selbstverwaltung auf Vorschlag der Fakultäten besetzt. Dieses dezentralisierte Verfahren erwies sich für die berufliche Eingliederung gerade der älteren unter den „Flüchtlingsprofessoren" nicht unbedingt förderlich. Selbsthilfeorganisationen der Flüchtlinge und Vertriebenen vertraten deshalb gegenüber dem Ministerium mit Eingaben und Petitionen wiederholt die in bedrängter Situation lebenden, zum Teil immerhin mit Lehraufträgen ausgestatteten Professoren, wobei u. a. auch die Errichtung sog. Flüchtlings-Notprofessuren angeregt wurde. Letztere Bemühungen wurden zu Beginn der fünfziger Jahre durch das Ausführungsgesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes auf eine neue Grundlage gestellt, das seitens des bayerischen Kultusministeriums gezielt für die Schaffung von kw (künftig wegfallend)-Stellen für vertriebene und geflüchtete Professoren genützt wurde[22]. Der Blick ist freilich nicht nur auf unverkennbare Eingliederungsschwierigkeiten zu richten. Zugleich ist zu betonen, daß sich mit den durch Flucht und Vertreibung nach Bayern gelangten Hochschullehrern – sei es, daß sie aus Prag, Breslau, Königsberg, Posen und Danzig oder von den Hochschulen der sowjetisch besetzten Zone wie Jena, Leipzig oder Dresden kamen – nicht nur die Chance bot, personelle Lücken zu schließen, sondern auch hervorragende Gelehrte zu gewinnen, die der Wissenschaftsentwicklung nach 1945 z. T. wichtige Impulse gaben. So wurden, um nur einige wenige Namen zu nennen, beispielsweise die Kirchenhistoriker Berthold Altaner und Franz Xaver Seppelt, beide vormals in Breslau tätig, nach Würzburg und München berufen. Der Dresdener Psychologe Gustav Kafka erhielt einen Ruf nach Würzburg. Gerhard Eis, der mit der Erforschung der mittelalterlichen Fachprosa seiner Disziplin neue Impulse gab, fand, aus Prag kommend, zunächst in Passau eine neue Wirkungsstätte.

Dieser Problemkreis der Integration im Wissenschaftssektor ist noch nicht einmal ansatzweise erforscht, obwohl die Quellenlage durchaus gut ist, wie u. a. jüngst abgegebene Akten des bayerischen Kultusministeriums erweisen. Dabei zeigt es sich im übrigen, daß

[22] Vgl. Müller, Universitäten. Vgl. auch Günther, Die Unterbringung, S. 126ff.; Wendehorst, Geschichte, S. 240.

nicht nur die Universitäten Erlangen, München und Würzburg zu beachten sind, sondern auch die in Bayern bis zur Universitätsgründungswelle der späten sechziger Jahre existierenden Philosophisch-Theologischen Hochschulen. Es scheint, daß an ihnen vielfach Gelehrte aus dem Kreis der Flüchtlinge und Vertriebenen zumindest vorübergehend eine neue Wirkungsstätte fanden. So wurde in Regensburg eine ganze Reihe von Medizinern aufgenommen, die Prag hatten verlassen müssen. In Passau lehrte, wie oben erwähnt, für einige Zeit Gerhard Eis.

Für den Hochschulbereich bietet sich ferner die Frage nach den Zulassungsbedingungen und dem Anteil der Vertriebenen und Flüchtlinge unter den Studenten an, den von ihnen bevorzugten Fachrichtungen und gewählten Berufen. Zudem wird nachzufragen sein, welche Initiativen für die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte und Kultur der Ostdeutschen bzw. der in Osteuropa lebenden Deutschen nach 1945 im Hochschulbereich eingebracht wurden, etwa durch Lehrstuhlgründungen, und welche Ergebnisse sie zeitigten.

Dritte Untersuchungsebene im Bereich des Bildungssektors sollte schließlich die Erwachsenenbildung sein. Im Rahmen zusätzlichen Qualifikationserwerbs, aber auch hinsichtlich der Pflege der kulturellen Überlieferung, dem Praktizieren festgefügter Gemeinsamkeiten während der schwierigen Anfangsjahre in der zweiten Heimat kam ihren Angeboten besondere Bedeutung zu. Hier ist zunächst an die Eigeninitiativen der Vertriebenen und Flüchtlinge – Tagungen und Publikationstätigkeit von Verbänden und Gruppen – zu denken; die Arbeit der Stiftung Kulturwerk Schlesien in Würzburg mag als eindrucksvolles Beispiel stehen. Gleichzeitig sollte der Frage nachgegangen werden, inwieweit die Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge beim Wiederaufbau des Volkshochschulwesens berücksichtigt wurden und wie diese selbst bei der programmatischen Ausgestaltung der Volkshochschulen initiativ wurden. Eine neuere Untersuchung[23] zeigt, daß die integrierende Funktion der Volkshochschulen sehr hoch anzusetzen ist und daß deren regionale Streuung nach 1945 nicht zuletzt deshalb erfolgte, um die Flüchtlinge und Vertriebenen in den ländlichen Gebieten zu erreichen. Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft des „Bayerischen Landesverbandes für freie Volksbildung", des „Hauptausschusses für Flüchtlinge und Ausgewiesene" und des „Kulturellen Arbeitskreises der deutschen Heimatverwiesenen" verfolgte das erklärte Ziel, die Volkshochschulen als Begegnungsstätten zwischen Vertriebenen und Einheimischen zu etablieren. Auf der einen Seite wurden so vermehrt Themen über und für Vertriebene und Flüchtlinge angeboten und Aufklärungsarbeit über deren Kultur und Probleme geleistet, auf der anderen Seite sollte den Vertriebenen und Flüchtlingen Gelegenheit gegeben werden, das „Kulturgut der neuen Heimat" kennenzulernen. Für die Akzeptanz dieses Vorhabens spricht es, daß 1950 ca. 32% der Hörer und ca. 38% der Dozenten an Volkshochschulen aus dem Kreis der Vertriebenen und Flüchtlinge stammten. So gesehen kommt der Erörterung der bislang kaum beachteten Volkshochschulen in unserem Problemzusammenhang hoher Rang zu.

Anzusprechen wird dabei auch das von der amerikanischen Militärregierung mitinitiierte und finanzierte Grenzlandprogramm sein, in dessen Verlauf Vertreter der Volkshochschulen in die strukturschwachen Grenzgebiete in kultureller Rand- und politischer Gefahrenlage reisten und in beachtlichem Umfang Einheimische und Vertriebene gleichermaßen in die Erwachsenenbildung einbezogen – auch in der Absicht, kommunisti-

[23] Vgl. Hummel, Wiederaufbau.

scher Propaganda entgegenzuwirken. Gerade das Beispiel der Grenzlandfahrten legt im übrigen die – generell für alle bislang berührten Aspekte geltende – Frage nach regionalen Spezifizierungen nahe. Mögliches Untersuchungskriterium wäre, ob sich in grenznahen Siedlungen eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Vertreibung beobachten läßt bzw. ob sich dort spezielle Ausformungen eines durch die Vertriebenen und Flüchtlinge geförderten politischen und kulturellen Bewußtseins entwickelt haben.

Zu diesen zuletzt skizzierten, 1995 begonnenen Teilprojekten soll die Erschließung weiterer Forschungsfelder hinzutreten. So sind im Rahmen des Gesamtprojekts beispielsweise Studien denkbar zum Wandel der Frömmigkeitsformen, zu Entwicklungen des Brauchtums und Veränderungen der Alltagskultur, zur Rolle der Kirchen und karitativen Organisationen bei der Aufnahme und Eingliederung der Neubürger, zur Partizipation der Vertriebenen am politischen Leben u. a.m. Am Ende sämtlicher Einzeluntersuchungen wird dann ein eigener Auftrag mit dem Ziel vergeben werden, ein Fazit mit aktuellen Schlußfolgerungen aus allen Teilprojekten zu ziehen. Insgesamt soll dann eine Forschungsreihe vorliegen, die umfassend die Impulse dokumentiert, die durch die Aufnahme der Vertriebenen und Flüchtlinge zum Umbau Bayerns nach dem Krieg beigetragen haben.

Die zuletzt avisierte Einbeziehung weiterer Teilaspekte und die angestrebte Abrundung des Gesamtprojekts dürften durch zwei Faktoren erleichtert werden: Zum einen ist seit der Initiierung des Projekts eine deutliche Zunahme von Seminar- und Abschlußarbeiten einschlägiger Thematik an den bayerischen Universitäten zu beobachten, d. h., es wurde eine Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses auf dem Feld der Eingliederungsforschung bewirkt. Zum anderen wurde unter der Leitung von Rudolf Endres an der Universität Bayreuth eine Dokumentationsstelle eingerichtet, die seit August 1990 der Ermittlung bisher nicht erfaßter Quellen in staatlichen, kommunalen, kirchlichen, verbandseigenen und privaten Archiven Bayerns diente. Mit dieser im März 1994 beendeten Recherche ist eine abgeschlossene Darstellung projektrelevanter Materialien verfügbar[24]. Die Universitätsbibliothek Bayreuth hat die Katalogisierung des Abschlußberichts übernommen und die Informationen nicht nur in den bayerischen Verbundkatalog, sondern auch in die einschlägigen überregionalen Datenbanken eingespeist und an die bibliothekarischen Fachorgane weitergegeben.

[24] Vgl. Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge. Gemeinsames durch das Staatsministerium für Arbeit, Familie und Sozialordnung initiiertes Forschungsprojekt der bayerischen Landesuniversitäten. Abschlußbericht der Dokumentationsstelle Bayreuth vom 15. Mai 1994, vorgelegt von Michael Reinhart (ungedrucktes Manuskript). – Anfragen sind zu richten an Prof. Dr. Rudolf Endres, Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte, Geschwister-Scholl-Platz 3, 95440 Bayreuth.

Stefan Donth/Christian Kurzweg/
Notker Schrammek/Irina Schwab

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952 – Vorstellung eines Forschungsprojekts

1. Einleitung, Forschungslage und Konzeption des Gesamtprojekts

Der durch Massenflucht und -vertreibung aus Ostdeutschland, Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa am Ende des Zweiten Weltkrieges ausgelöste Flüchtlingsstrom in die SBZ führte dort zu einer beispiellosen Änderung der Bevölkerungsstruktur. Die für das Land Sachsen vorliegenden Zahlen – 1949 lebten dort etwa 990000 Flüchtlinge, deren Anteil an der sächsischen Gesamtbevölkerung sich auf cirka 17% belief – deuten auf einen tiefgehenden Einschnitt in der sächsischen Bevölkerungsgeschichte hin. Allein die schon auf Grund der quantitativen Dimension naheliegende Bedeutung einer solchen demographischen Umschichtung kontrastiert auffällig mit der fast völligen Vernachlässigung dieser Thematik in der sozialgeschichtlichen SBZ/DDR-Forschung. Während in der Forschung über die westlichen Zonen die Vertriebenenproblematik schon früh einen festen Platz hatte, ist sie für die SBZ bislang noch kaum wissenschaftlich untersucht worden[1]. In der DDR waren Untersuchungen zur Integration der damals „Umsiedler" genannten Vertriebenen auf dem Gebiet der SBZ/DDR erst in den letzten Jahren der SED-Herrschaft möglich. Am Magdeburger Forschungsbereich von Manfred Wille und in Berlin bei Wolfgang Meinicke entstanden Arbeiten, die sich neben der Behandlung zentraler Ereignisse auch regionalen Entwicklungen zuwandten[2].

Nach dem Ende der DDR wurden die wichtigsten Archivbestände allgemein zugänglich, und politische Restriktionen für DDR-Forscher fielen weg. Inzwischen sind einige Arbeiten erschienen, die sich den Problemen der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen auf zonaler und regionaler Ebene widmen[3] und die die Politik der „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler" (ZVU) untersuchen[4]. Daneben gerieten auch die Schicksale bestimmter Volksgruppen wie der Sudetendeutschen in den Blickpunkt des Interesses[5].

Die Fülle der nun zugänglichen Quellen sowie die anfangs noch nicht voll ausgebauten Zentralstrukturen in der SBZ sprechen dafür, den Integrationsprozeß zunächst in einem

[1] Vgl. Krallert-Sattler, Kommentierte Bibliographie.
[2] Hier sei nur verwiesen auf Wille, Die Lösung der Umsiedlerfrage; Kaltenborn, Fragen der Integration sowie Meinicke, Zur Integration der Umsiedler.
[3] Siehe u. a. Wille / Hoffmann / Meinicke (Hrsg.), Sie hatten alles verloren.
[4] Siehe hier Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung.
[5] Siehe Wille (Hrsg.), Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone und Jahn (Hrsg.), Die Sudetendeutschen in Nordböhmen.

regionalen Rahmen zu untersuchen. Gerade Sachsen kommt aus mehreren Gründen für eine solche Fallstudie in Frage: Zum einen blieb das Land in seinem territorialen Bestand weitgehend erhalten, zum anderen wiesen die sächsischen Landesbehörden in Teilbereichen eine personelle und strukturelle Kontinuität auf. Schließlich trafen die Neuankömmlinge auf ein deutlich vorhandenes sächsisches Sonderbewußtsein, dessen Bedeutung für die Aufnahmebereitschaft der alteingesessenen Bevölkerung noch nicht genügend erforscht ist. Darüber hinaus ergaben sich in Sachsen, dem am stärksten industrialisierten und urbanisierten Land der SBZ, ganz andere Schwierigkeiten bei der Integration als im vorwiegend agrarisch geprägten Mecklenburg.

Eine umfassende Erforschung dieser Problematik kann in einigen Teilbereichen an schon in der DDR entstandene Untersuchungen anknüpfen. 1985 legte Regine Just eine Arbeit vor, die sich auf der Basis von Beständen der sächsischen Archive mit der „Lösung der Umsiedlerfrage" in Sachsen befaßte[6]. Nach dem Ende der DDR beschäftigte sich vor allem Manfred Jahn mit der Erforschung der Vertriebenenintegration in Sachsen[7].

Diese Vorarbeiten erleichtern es, die Forschungslücke für die Integration der Vertriebenen in Sachsen zu schließen. Zu diesem Zweck fördert das Sächsische Staatsministerium des Innern an der Universität Leipzig das Projekt „Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952" unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich von Hehl.

Die Grundüberlegung des Projektes besteht darin, nicht auf der zentralen, sondern auf der regionalen Ebene die Handlungsspielräume der politischen Kräfte zu analysieren und bei der Untersuchung der gesellschaftsgeschichtlichen Aspekte der Integration das Länderspezifische herauszuarbeiten. Dabei sollen die einzelnen Etappen des Aufnahme- und Integrationsprozesses in Sachsen für die Zeit vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der Staatlichkeit Sachsens in der DDR 1952 aus der Sicht der daran beteiligten Akteure und Betroffenen untersucht werden. Neben den Beständen des Sächsischen Hauptstaatsarchivs in Dresden werden dazu Materialien der Staatsarchive in Chemnitz und Leipzig sowie ausgewählter sächsischer Kreisarchive herangezogen. Weitere wichtige Überlieferungen befinden sich im Bundesarchiv Berlin (ehemals Potsdam), in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin, im Archiv des Deutschen Liberalismus in Gummersbach, im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin und in verschiedenen Moskauer Archiven.

Um den unterschiedlichen Facetten der Flüchtlingsintegration in Sachsen gerecht zu werden, wurde eine Aufgliederung des Forschungsvorhabens in vier Teilprojekte vorgenommen. Neben der „Umsiedlerpolitik" von SMAD und SED soll auch deren administrative Durchführung anhand ausgewählter Kreise in Sachsen untersucht werden. Thema einer weiteren Arbeit ist der Beitrag der sächsischen LDP zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen. Eine alltags- und mentalitätsgeschichtliche Studie zum Selbstbild und zu den Erfahrungsstrukturen der Vertriebenen ergänzt die politik- und sozialgeschichtlich geprägten Teilprojekte, die im folgenden vorgestellt werden.

[6] Siehe Just, Lösung der Umsiedlerfrage.

[7] Siehe Jahn, Auffang- und Quarantänelager, sowie ders., Veränderungen wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in Sachsen.

2. Einführung in die Teilprojekte

2.1. Der Einfluß von SMAD und SED auf Aufnahme und Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Sachsen 1945 bis 1952 (Stefan Donth)

In diesem Teilprojekt werden die Grundsatzentscheidungen der Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED, der beiden wichtigsten Entscheidungsträger in der SBZ/DDR, untersucht. Um die in einem komplexen Geflecht von Macht- und Einflußstrukturen eingebetteten Entscheidungsspielräume der Akteure in Sachsen aufzeigen zu können, ist es notwendig, sowohl die Entwicklungen auf der zentralen Ebene und deren Auswirkungen auf die Tätigkeit der sächsischen Behörden als auch deren eigene Politik zu betrachten. Vieles deutet darauf hin, daß in der SBZ letztendlich die Vorgaben der sowjetischen Besatzungsmacht maßgebend waren. Deshalb soll analysiert werden, in welchem Ausmaß und mit welchen Methoden die Behörden der SMAD in Berlin, die ZVU und die SED-Führung die Integration der Vertriebenen in Sachsen beeinflußten. Da auf diesem Gebiet in der Anfangszeit der SBZ oft wichtige Entscheidungen noch in den Ländern fielen und auch von diesen umgesetzt werden mußten, weil zentrale Apparate zu diesem Zeitpunkt dazu nur begrenzt in der Lage waren, soll untersucht werden, welchen Spielraum die in Dresden angesiedelten Instanzen der SMA, SED und die Landesregierung in den ersten Nachkriegsjahren besaßen und in welchem Ausmaß sich dieser in den späten vierziger Jahren durch die fortschreitende Zentralisierung und den verstärkten Ausbau der Zentralverwaltungen und danach der DWK immer mehr verringerte. Die Untersuchung der Politik auf der Landesebene ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil wesentliche Maßnahmen wie die Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen durch die Umsiedlerabteilung der sächsischen Landesregierung erfolgten. Deren Tätigkeit bestimmten jedoch in entscheidendem Maße die Befehle und Vorgaben der verschiedenen Dienststellen der SMAS, die sich nicht auf die Regelung von Grundsatzentscheidungen beschränkte, sondern auch deren Umsetzung durch die Landesregierung kontrollierte. Das umfaßte, angefangen von der Organisation der Transporte aus den Vertreibungsgebieten, der Einrichtung der sogenannten Umsiedlerlager bis hin zu politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen, alle Bereiche der Integration der Vertriebenen in Sachsen[8].

Eine umfassende Analyse der politikgeschichtlichen Aspekte dieses Prozesses in Sachsen, die nur unter Einbeziehung der zonalen und der regionalen Akteure erfolgen kann, wird aber unvollständig bleiben, wenn nicht die Politik der SED gegenüber den Vertriebenen betrachtet wird. Dabei erhärten erste Archivrecherchen die Annahme, daß den „Umsiedlern" im Vergleich zu anderen Fragen und Problemen im Rahmen der Gesamtpolitik der SED nur eine untergeordnete Bedeutung zukam. Das betraf nicht nur die Stellung der mit der Vertriebenenintegration befaßten Abteilungen und Mitarbeiter im zentralen Parteiapparat in Berlin und in der sächsischen SED-Landesleitung; auch auf wichtigen Konferenzen und Beratungen der SED auf Zonen- und Landesebene wurde dieses Thema oft nur am Rande angesprochen. Ungeachtet dessen, daß „Umsiedlerfragen" in der Gesamtpolitik der SED keinen herausgehobenen Platz einnahmen, prägte die Partei doch neben der Besatzungsmacht in hohem Maße die Integrationspolitik in der SBZ/DDR.

[8] Zu diesem Fragekomplex wurden jetzt sowjetische Archivalien untersucht. Siehe hier vor allem Naimark, The Russians in Germany.

Dabei müssen für Sachsen mehrere Ebenen der Einflußnahme der SED unterschieden werden, denn die Partei lenkte in engem Zusammenwirken mit der SMA die Tätigkeit der Landesregierung, unterstützte deren Arbeit durch eine intensive Propagandatätigkeit und versuchte parallel dazu, die Vertriebenen in das politische System der SBZ/DDR einzubinden.

Es war von nicht zu unterschätzender Bedeutung, daß die SED die Umsetzung der Befehle und Maßnahmen der Besatzungsmacht vor allem durch ihre Personalpolitik in den für die Vertriebenen zuständigen Ministerien und Abteilungen der Landesregierung garantierte. Anfang 1947 waren von den 34 Angestellten der „Abteilung für deutsche Umsiedler" in der Landesregierung Sachsen 32 Mitglieder der SED, einer Mitglied der LDP und einer parteilos. Als die Liberaldemokratin Ruth Fabisch Mitte 1947 die Leitung der Abteilung übernahm, änderte das nichts am bestimmenden Einfluß der SED. Damit war die Partei in der Lage, die Arbeit der Verwaltung zu steuern, die die für große Teile der alteingesessenen Bevölkerung oft harten Entscheidungen in den Verteilungskämpfen der Nachkriegszeit durchsetzte und damit einen Teil des Unmutes und der Kritik von der SED fernhielt[9].

Die SED beschränkte sich jedoch nicht auf eine Überwachung und Steuerung der Arbeit der Landesregierung, sondern unterstützte diese in vielen Fällen durch eine intensive Propaganda und mehrere Kampagnen. Daran kann die Stellung der SED im Machtgefüge der SBZ vor allem im Vergleich zur Verwaltung untersucht werden. Ausgehend von den Planungen der SED und dem Stellenwert der Vertriebenen in diesen Maßnahmen ist zu fragen, welchen Anteil die SED an der Verbesserung des Lebensstandards dieser Bevölkerungsgruppe besaß und in welchen Bereichen sich deshalb eine Zunahme des politischen Einflusses der SED beobachten läßt. Beispielsweise versuchten die sächsische Landesregierung und die Führungsgremien von KPD bzw. SED bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform, die Vertriebenen bei der Landzuteilung und dem späteren Ausbau ihrer Neubauernwirtschaften zu unterstützen, um die relativ schwache Position von KPD/SED unter der Landbevölkerung durch die Hinzugewinnung dieser Gruppe als neuer Klientel zu verbessern. Da die zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen begrenzt waren und weil die für deren Verteilung zuständige VdgB sich nicht immer instrumentalisieren ließ, konnte die KPD/SED hier nur in regional unterschiedlichem Ausmaß ihre politische Basis gezielt erweitern[10].

Ein weiteres Aufgabengebiet der SED bestand darin, die örtlichen und überregionalen Behörden sowie die eigene Mitgliedschaft für die Probleme der „Umsiedler" zu interessieren. Dabei stand die SED oft vor schwierigen Entscheidungen, denn sie mußte garantieren, daß die Konflikte bei der Eingliederung der Vertriebenen sowohl von Seiten der „Umsiedler" als auch der Alteingesessenen, die die Mehrheit der Bevölkerung stellten, nicht eskalierten. Die Untersuchung der Politik der SED in den mit der Integration der Vertriebenen befaßten Gremien soll aufzeigen, in welchem Ausmaß sich die Partei hier zugunsten dieser Gruppe positionierte und den Integrationsprozeß politisch absicherte.

Dafür war die Umsetzung der Vorgaben der Parteiführung durch die Parteiorganisationen vor Ort und die maßgebenden Funktionäre entscheidend, denn von deren Verhalten in den Konflikten zwischen alteingesessener Bevölkerung und den „Umsiedlern"

[9] Siehe BAB, DO 1/10/2, Bl. 159–160.

[10] Vgl. dazu als ersten Hinweis den „Bericht über den Stand der Organisation im Bezirk Dresden vom 15. 11. 1945" der KPD, in: SAPMO, RY1/I3/8–10/186, Bl. 43.

hing es oft ab, welche Position beide Bevölkerungsgruppen zur SED einnahmen. Es läßt sich auf vielen Gebieten nachweisen, daß es der Partei vor allem darum ging, ihre Basis unter den Vertriebenen zu verbreitern, konkurrierende Vorstellungen insbesondere der bürgerlichen Parteien und der Kirchen einzubinden und damit deren Einfluß auf diese Bevölkerungsgruppe zu begrenzen. Das wird besonders gut sichtbar, wenn man die Politik der SED im Jahr 1947 untersucht, als sie mit den „Umsiedlerausschüssen" in der gesamten SBZ versuchte, durch eine Mobilisierung der politischen Kräfte der SBZ eine Verbesserung der Lage der „Umsiedler" zu erreichen. Zumindest in Sachsen reagierte die Partei damit nicht nur auf das Unvermögen der Landesregierung, das „Umsiedlerproblem" zu lösen, sondern wollte damit auch ihre Kompetenz unterstreichen und sich zum wichtigsten Fürsprecher für die Interessen der Vertriebenen aufwerten. Das erschien der sächsischen SED-Führung auch deshalb als notwendig, weil sowohl CDU als auch LDP mit jeweils eigenen Initiativen im Landtag deren Notlage angesprochen hatten[11].

Von ähnlichen Motiven ließ sich die KPD/SED auch bei der Arbeit der Volkssolidarität, einem ihrer wichtigsten Instrumente bei der Lösung der sozialpolitischen Aufgaben der Nachkriegszeit, leiten. Hier wurde versucht, durch das Prinzip der Freiwilligkeit der Spenden die für die Verteilung an Vertriebene und andere Bedürftige notwendigen Mittel zu beschaffen, ohne dabei durch Zwangsmaßnahmen zusätzliche Konflikte mit der alteingesessenen Bevölkerung zu provozieren. Die Verteilung von Spenden ließ sich zudem gut für eigene Propagandazwecke ausnützen[12]. Ob es der Partei damit gelang, große Teile der Vertriebenen an sich zu binden und für den Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung zu mobilisieren, kann beispielsweise anhand der Vorbereitung und Durchführung der Umsiedlerwoche „Neue Heimat – Neues Leben" untersucht werden, als die SED gezielt auf ihren Beitrag zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen hinzuweisen versuchte.

Nach Meinung der SED war es für die Integration der Vertriebenen entscheidend, daß sich diese mit der Endgültigkeit des Verlassens ihrer Heimat und mit den Nachkriegsgrenzen Osteuropas abfanden. Das glaubte die Partei am besten durch die entschlossene Verhinderung jeglicher landsmannschaftlicher Gruppenbildung und die ständige Verbesserung des Lebensstandards der „Umsiedler" erreichen zu können. Damit sollte auch der unter den Vertriebenen vorhandene Unmut über die Oder-Neiße-Grenze abgebaut werden. Für eine Beurteilung des Ergebnisses der Integration ist es besonders wichtig, die Auswirkungen der Ansiedlung der Vertriebenen auf die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt Sachsens zu untersuchen. Das muß auch eine Analyse darüber einschließen, in welchen Wirtschaftszweigen und Berufen Vertriebene überproportional vertreten waren[13]. Eine Verbindung von politik- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen ist außerdem notwendig, wenn der enge Zusammenhang zwischen der Kampagne um die Anerkennung der „Oder-Neiße-Friedensgrenze" und dem „Gesetz über die weitere Verbesserung zur Lage der ehemaligen Umsiedler in der DDR" vom 8. September 1950 dargestellt werden soll.

[11] Siehe dazu beispielsweise das Protokoll der 6. Sitzung des Sächsischen Landtages vom 17. 1. 1947, in: Akten und Verhandlungen des Sächsischen Landtages 1946–1952, Band I.1. Vgl. auch den Beitrag von Christian Kurzweg.

[12] Diese Überlegungen fanden schon früh Eingang in die politische Diskussion in Sachsen. Siehe dazu das Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstandes der SPD vom 18. 12. 1945, in: SächsHStA, SED-BPA Dresden, II/A/1.001.

[13] Siehe hier auch den Beitrag von Irina Schwab.

Der Kampagne zur Anerkennung der osteuropäischen Nachkriegsgrenzen wurde durch die SED-Führung ein hoher Stellenwert beigemessen, denn zum einen waren die Gebietsverluste im Osten bis in die Reihen der eigenen Mitgliedschaft hinein unpopulär, zum anderen bestanden unmißverständliche Vorgaben der Besatzungsmacht, daß die Grenzen nicht zur Disposition stünden. Die SED, die befürchtete, daß große Teile der Vertriebenen unter „reaktionären" Einfluß geraten könnten, mußte deshalb auf Anweisung der SMAD den „Umsiedlern" suggerieren, daß nur sie als eine starke Partei für eine erfolgreiche Revision der Grenzfrage eintreten könnte und auf diese Weise versuchen, große Teile dieser Bevölkerungsgruppe an die Partei zu binden. Nach der Gründung der DDR 1949 und ihrer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1950 beschied die SED den „Umsiedlern", bei raschen Fortschritten beim Aufbau des Sozialismus in der DDR würde die Grenze viel von ihrer Härte verlieren. Eine Analyse der Politik der sächsischen SED-Führung wird der Frage nachgehen müssen, mit welchen Methoden eine Akzeptanz der neuen Grenze innerhalb der eigenen Mitgliedschaft und den Vertriebenen erreicht werden sollte. Hier ist eine Verbindung mit dem schon erwähnten „Umsiedlergesetz" von 1950 zu vermuten, denn der Propaganda für die Oder-Neiße-Grenze sollte durch eine gezielte Verbesserung der Lebensbedingungen der Vertriebenen eine höhere Durchschlagskraft verliehen werden. Eine Untersuchung der Genese dieses Gesetzes wird die tatsächlichen Lebensumstände der „Neubürger" und die spezifischen sächsischen Interessen im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses in den Blick nehmen müssen. Dabei ist vor allem zu klären, in welchem Umfang die Vertriebenen bei der Zuteilung von Wohnraum und Haushaltsgegenständen gegenüber der alteingesessenen Bevölkerung benachteiligt waren, denn die „Wohnungsfrage" galt in den Augen der SED-Führung als ein wichtiges Kriterium für den Erfolg der Seßhaftmachung der „Umsiedler". Die SED warb mit dem „Umsiedlergesetz" auch um die Zustimmung der Vertriebenen zur Einheitsliste bei den ersten Volkskammerwahlen 1950. Als nach den Wahlen die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben durch die DDR-Regierung eingeschränkt wurde und nur ein geringer Teil der „Umsiedler" in den Genuß der versprochenen Maßnahmen kam, rief das Verbitterung und Enttäuschung unter den Vertriebenen hervor und vergrößerte die Ablehnung des Regimes unter ihnen. Daß sich Besatzungsmacht, SED und Verwaltung insbesondere vor Wahlen und Abstimmungen für die Situation der Vertriebenen interessierten und bestrebt waren, deren Zustimmung zu erreichen, läßt sich für den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1952 nachweisen. Eine Untersuchung des Wahlkampfes der SED in Hinblick auf die „Umsiedler" muß mit einer Analyse des Wahlverhaltens der Vertriebenen verbunden werden, weil dadurch Rückschlüsse darauf möglich sind, in welchem Ausmaß die SED von den Vertriebenen als eine Vertreterin ihrer Interessen begriffen wurde.

2.2. Die administrative Umsetzung der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952 (Irina Schwab)

Der zweite Teil des Projekts beschäftigt sich mit der administrativen Umsetzung der Flüchtlingsintegration durch die mittlere und untere Verwaltungsebene, denn die Behörden der Kreise und Orte trugen die Hauptlast der Unterbringung der Vertriebenen und ihre Ausstattung mit den nötigsten Hausratsgegenständen. Deshalb wird die Umsetzung der Vorgaben der Landesregierung am Beispiel ausgewählter Kreise untersucht. Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen der Kreisverwaltungen bei der Aufnahme der Vertriebenen

in den Ansiedlungsorten, die mittelfristigen Hilfen für die „Neubürger" sowie deren Integration durch die Bereitstellung von Wohnraum und Arbeitsplätzen. In zahlreichen Anleitungen, Rundverfügungen und sonstigen Schreiben der Landesregierung wurden Landräte und Bürgermeister immer wieder auf die Wichtigkeit dieser Aufgaben hingewiesen, ihre persönliche Verantwortung wurde dabei hervorgehoben[14]. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob sich die Parteizugehörigkeit der Verantwortlichen auf Kreis-, aber auch auf Gemeindeebene auf ihre Bemühungen bei der Lösung der Probleme der Vertriebenenintegration niederschlug, doch ist auch die Mitarbeit der Vertriebenen in den entsprechenden Ausschüssen und Behörden ins Auge zu fassen.

Da die Erforschung des Themas auf Grund des umfangreichen Materials nicht alle sächsischen Kreise umfassen kann, mußte eine Auswahl getroffen werden. So wird, stellvertretend für den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Norden des Landes, die Entwicklung in den Kreisen Leipzig-Land und Grimma mit der des Kreises Glauchau verglichen, der mit seiner Textilindustrie im durch die Industrie dominierten Südwesten Sachsens liegt. Hierbei muß auch das Problem der unterschiedlichen Integrationsmöglichkeiten in dörfliche oder städtische Strukturen beachtet werden. Um zu repräsentativen Ergebnissen zu gelangen, wird ferner der Grenzkreis Bautzen in die Betrachtung mit einbezogen, da sich die Kreise entlang der südlichen und östlichen Grenze des Landes Sachsen besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt sahen, denn sie waren Einfallstor der Flüchtlingsströme, deren erste Aufnahme besonders in der Anfangszeit eine nahezu unlösbare Aufgabe zu sein schien. In der Folgezeit waren diese Regionen begehrter Ansiedlungsort der Vertriebenen. Schließlich werden Untersuchungen zu den Kreisen Aue und Leipzig-Stadt durchgeführt, denn Aue war auf Grund des forcierten Erzbergbaus der Wismut spezifischen Wohnraum- und Arbeitsmarktproblemen ausgesetzt und die Messe- und Universitätsstadt Leipzig, zugleich größte Stadt Sachsens, nahm rein zahlenmäßig die meisten Vertriebenen auf.

Zunächst werden das Verhalten und die Maßnahmen der mittleren Verwaltungsebene bei der Aufnahme der ihr von der Landesregierung zugewiesenen Kontingente der Vertriebenen untersucht. Dazu müssen vor allem zwei Fragen im Mittelpunkt stehen: die Spielräume der Kreisbehörden gegenüber dem Land sowie die Verteilung der Verantwortlichkeiten auf beiden Seiten. Hierbei ist zu klären, in welchem Ausmaß die Bestrebungen der Landesverwaltung bzw. Landesregierung Sachsen, die Unterbringung und Integration der Vertriebenen zentral zu koordinieren, sich in der Tätigkeit der Kreisverwaltungen widerspiegelten und ob sich das Problem auch auf die untere Ebene, die Gemeinden, auswirkte.

Eine Untersuchung der Tätigkeit der mittleren Verwaltungsebene ist auch deshalb wichtig, weil diese bereits vor der Arbeitsaufnahme der Landesverwaltung Sachsen am 9. Juli 1945 vor den Problemen des nicht abreißenden Flüchtlingsstromes standen und die Kreisverwaltungen mit bisher nicht gekannten Anforderungen bei der Unterbringung und Versorgung von ungefähr einer Million Menschen bei einer am Boden liegenden Wirtschaft und einer sich ständig verschärfenden Wohnungsnot fertig zu werden hatten. Da in der Anfangszeit die Koordinationsversuche übergeordneter Organe nur sehr langsam spürbar wurden, versuchte jeder Landrat oder Bürgermeister, allein mit diesen Problemen fertig zu werden; das geschah oft auf Kosten der Nachbarkreise oder -orte. Erst

[14] Vgl. z. B. SächsHStA, LRS, MdI 2190, Verfügung der ZVU v. 30. 10. 45 an die Ämter für Umsiedler bei den Länder- und Provinzialverwaltungen, Landräte und Bürgermeister der SBZ.

mit der Etablierung des Amtes für deutsche Umsiedler bei der Landesregierung Sachsen im Zusammenhang mit der Gründung der ZVU am 25. September 1945 wurde eine bessere Koordination der Arbeit innerhalb des Landes, aber auch zwischen den einzelnen Ländern der SBZ möglich. Dennoch gab es auch lange danach Rivalitäten zwischen den Ländern wie zwischen den Kreisen und Orten in Bezug auf Weiterleitung und Aufnahme der Vertriebenen. Jede Seite glaubte sich angesichts der gewaltigen Flüchtlingsmassen und der damit verbundenen Schwierigkeiten bei den Zuteilungen der aufzunehmenden Menschen gegenüber den anderen Orten, Kreisen oder Ländern benachteiligt.

Eine Untersuchung der Tätigkeit der Kreisverwaltungen wird sich in diesem Zusammenhang vor allem damit beschäftigen müssen, in welchem Maße Landräte und Bürgermeister Zentralisierungsbestrebungen der Landesregierung und der ZVU begrüßten, um die Probleme bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen nicht mehr allein lösen zu müssen und ob und in welchem Ausmaß die mittlere Verwaltungsebene bestrebt war, sich eigene Spielräume in der Umsiedlerpolitik zu erhalten. Daneben muß in die Untersuchung einbezogen werden, wie die Aufnahme auf der Ebene der Kreise verlief, denn sowohl Besatzungsmacht als auch SED und Landesregierung forderten eine rasche Assimilierung der Vertriebenen mit der ansässigen Bevölkerung. Deshalb sollte der Eindruck der Neuankömmlinge von ihrer „neuen Heimat" von Anfang an so günstig wie möglich sein. Dazu gehörte es auch, eventuelle Widerstände in der alteingesessenen Bevölkerung gegen die Aufnahme der Vertriebenen zu unterbinden[15]. Außerdem hatten die Behörden der Kreise nach Abschluß des Aufnahmeprozesses besondere Bedeutung bei der Leistung von mittelfristigen Hilfen für die Vertriebenen. Das betraf die Auszahlung der Umsiedlerbeihilfen, die Ausstattung der zugewiesenen Wohnräume mit den notwendigsten Hausratsgegenständen und die Zuweisung erster Arbeitsplätze. Für diese Fragestellungen muß die Tätigkeit der Umsiedlerausschüsse in die Untersuchung der Politik der Behörden der Kreise mit einbezogen werden. Diese standen den Umsiedlerämtern als beratende Organe zur Seite und versuchten, die Behörden für die Probleme der „Umsiedler" zu sensibilisieren. Die Umsiedlerausschüsse sollten sich neben Vertretern der Parteien und Massenorganisationen aus Vertriebenen und Einheimischen zusammensetzen, um auch dadurch den Integrationsprozeß zu fördern. Ebenfalls muß im Zusammenhang mit der Unterbringungsfrage auf die Wohnungsämter und die Wohnungsausschüsse eingegangen werden. Letztere existierten häufig sogar als gemischte Ausschüsse zu Umsiedler- und Wohnungsfragen, was die enge Verknüpfung beider Bereiche zeigt[16].

Ein weiterer Komplex beschäftigt sich mit der Frage, wie die Zusammenarbeit zwischen der Landesverwaltung/Landesregierung Sachsen und der SMAD bzw. der SMAS auf mittlerer Verwaltungsebene verlief, wie die Landesregierung Anordnungen an die einzelnen Kreise weiterleitete und wie diese dann schließlich in den Städten und Gemeinden umgesetzt wurden. Natürlich sind hierbei auch die Kontrollmechanismen sowohl der sowjetischen Militärbehörden als auch der Landesregierung und der Kreise gegen-

[15] So brachte etwa eine Kontrollfahrt von Vertretern der LRS in den Kreis Meißen am 10. 7. 1947 das Ergebnis, daß es laut Aussagen der dortigen Behörden Widerstände in der Bevölkerung gegen die Zuweisung von Vertriebenen gab. Vgl. SächsHStA, LRS, MdI 2659, Schreiben LRS Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge Hauptabteilung für deutsche Umsiedler an Kreisrat zu Meißen 30. 7. 1947.

[16] So waren im Kreis Glauchau Umsiedler- und Wohnungsausschuß miteinander verknüpft. Vgl. SächsHStA, KT/KR Glauchau 46, unpag., Niederschrift der 4. Sitzung des Hauptausschusses des Kreistages vom 19. 3. 1948.

über den jeweils untergeordneten Stellen von Bedeutung. Vor allem war man der Besatzungsmacht rechenschaftspflichtig, die im Falle einer ungenügenden Lösung der anstehenden Probleme Druck auf die entsprechenden deutschen Behörden ausübte.

Um diese Fragen zu klären, liegt es nahe, mit der Erforschung der Zuteilung der ankommenden Flüchtlinge und Vertriebenen zu ihren neuen Wohnorten zu beginnen. Das Land Sachsen war zu Beginn der ersten „regulären" Vertreibung nach dem Potsdamer Abkommen, abgesehen von der Zuteilung einiger Facharbeiter für die Industrie, lediglich als Transitland nach den anderen Ländern der SBZ bzw. den westlichen Besatzungszonen bestimmt. Der von der SMAD festgelegte Verteilerschlüssel sah hauptsächlich die Länder Mecklenburg und Brandenburg als Ansiedlungsgebiete für die Vertriebenen vor. Aber angesichts der gewaltigen Flüchtlingsströme, die sich schon vor Kriegsende und während des gesamten Jahres 1946 in die SBZ ergossen, war das nicht durchzuhalten, obwohl Sachsen vor allem im Spätsommer 1945, bevor andere Anweisungen eingingen, auch mit radikalen Mitteln versuchte, das Land von den Vertriebenen zu räumen und sie in die für sie bestimmten Länder zu transportieren. Dort wurde ihnen oftmals die Aufnahme verweigert, und ihre erzwungene Rückkehr verstärkte das überall herrschende Chaos[17].

Eine der wichtigsten Aufgaben der Behörden der Kreise bestand in der Aufteilung der ihnen von SMA und Landesregierung zugewiesenen Vertriebenen auf die einzelnen Gemeinden, die dann für die Unterbringung in Privatquartieren zu sorgen hatten. Die damit verbundenen administrativen Vorgänge lassen sich anhand des Aktenmaterials sehr gut rekonstruieren und zeigen einen weit verbreiteten Widerstand untergeordneter Organe gegen die Zuteilungen von Vertriebenen. Das äußerte sich beispielsweise in den überlieferten Schriftwechseln zwischen den zuständigen Kreisbehörden und der Landesregierung, in denen wechselseitig der Vorwurf der Ungerechtigkeit bzw. des unkorrekten Arbeitens erhoben wurde. Auch war es nicht unüblich, die in den Orten ankommenden Menschen längere Zeit in Sammellagern unterzubringen, bevor eine Einweisung in Wohnungen möglich war. Hiergegen gingen SMA und Landesregierung entschieden vor. Sie wiesen die Kreisverwaltungen immer wieder darauf hin, daß die Wohnraumstatistiken die Grundlage der errechneten Verteilerschlüssel seien, die in Form von Wohnraumkarteien bei den Wohnungsämtern geführt wurden. Daß auf eine gerechte Aufteilung des vorhandenen Wohnraumes unter der gesamten Bevölkerung von Seiten der SMA und der Landesregierung besonderer Wert gelegt wurde, läßt sich auch daran zeigen, daß die Wohnraumfrage noch vor der Eingliederung der Ankömmlinge in den Arbeitsprozeß stand. Die Wohnungsämter der Kreise und Orte sowie deren Wohnraumstatistiken waren das Ziel der von der SMA häufig geforderten Kontrollfahrten durch Kommissionen der Landesregierung, aber auch der Kreise in die Gemeinden. Dadurch sollte vermieden werden, daß die Kreise durch falsche, nicht dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 entsprechende Wohnraumberechnungen eine Erleichterung in der Zuteilung der Vertriebenen erzielten oder zu Sperrgebieten für den Zuzug erklärt wurden. Solche Versuche lassen sich häufig nachweisen[18].

[17] Vgl. u. a. SächsStA Leipzig, KT/KR Grimma 182, Bl. 61f, Rundverfügung LVS Ressort Inneres und Volksbildung 10. 8. 1945 (zur Lösung des Flüchtlingsproblems in Sachsen) Dieses Schreiben besagt, daß bis zum 31. 8. 1945 cirka 2 Millionen Flüchtlinge aus Sachsen herausgeschafft werden müßten.

[18] Vgl. SächsHStA, KT/KR Bautzen 134, unpag., Niederschrift 2. Sitzung Kreisneubürgerausschuß 10. 4. 1947, KT/KR Bautzen 887, unpag., Bericht Kontrollfahrt Landkreis Bautzen 18.–26. 3. 1947, KT/KR Bautzen 57, unpag., Niederschriften Sitzungen Vorstand des Kreistages 1947.

Besonders aufschlußreich sind die Bemühungen der Kreisverwaltungen, die meist völlig mittellos ankommenden Vertriebenen mit Hausrat, Heizmaterial, Kleidung und Schuhwerk zu versorgen. Die durch die SMA genehmigten Waren- und Materialzuteilungen waren in den meisten Fällen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so daß die Kreisverwaltungen eigene Anstrengungen unternehmen mußten, um den größten Notständen abhelfen zu können. Da die durch Spendenaktionen der Volkssolidarität aufgebrachten Mittel völlig ungenügend waren, griffen zahlreiche Gemeinden mit eigenen Ortsgesetzen zu Zwangsmaßnahmen. Deren Ergebnisse sind noch genauer daraufhin zu analysieren, in welchem Maße Ressourcen der alteingesessenen Bevölkerung für die Vertriebenen nutzbar gemacht werden konnten.

Selbst das schon erwähnte „Umsiedlergesetz" vom 8. September 1950, das Hilfe für Umsiedler-Neubauern, Ausbildungsbeihilfen für die Kinder der Vertriebenen, sowie Umsiedlerhandwerker- und Wohnbedarfskredite versprach, konnte die schwierige materielle Lage dieser Bevölkerungsgruppe nicht lindern. Die Einschränkung des Wohnbedarfskredites nach den Volkskammerwahlen vom 15. Oktober 1950 löste großen Unmut unter den Betroffenen aus, was sich in einer Reihe von Beschwerden niederschlug. Nachdem sich zu Beginn der fünfziger Jahre die Wohnraumsituation etwas zu entspannen begann und die Vertriebenen, die zumeist in Untermietsverhältnissen lebten, aus den immerhin spärlich möblierten Zimmern herausgenommen wurden, standen sie in den neu zugeteilten größeren Wohnungen wiederum ohne Mobiliar da. Das war wohl auch einer der Gründe, daß es immer wieder Fälle gab, in denen sich Vertriebene weigerten, aus den Notwohnungen und Barackenunterkünften auszuziehen[19]. Überhaupt war die Situation vieler Vertriebener noch zu Beginn der fünfziger Jahre schwierig. Man kann davon ausgehen, daß es im allgemeinen keine Gleichstellung im Lebensstandard mit der altansässigen Bevölkerung gegeben hat. So kam es beispielsweise häufig vor, daß die Wohnbedarfskredite zweckentfremdet für die Anschaffung von Bekleidung verwendet wurden. Die Integrationsmaßnahmen und mittelfristigen Hilfen bis zum Ende der vierziger Jahre, aber auch das „Umsiedlergesetz" brachten nur in begrenztem Maße die erwarteten Ergebnisse.

2.3. Bürgerliche Parteien und Vertriebene: Zur „Umsiedlerpolitik" der sächsischen LDP (Christian Kurzweg)

Untersuchungsgegenstand des dritten Teilprojektes ist die Politik der bürgerlichen Parteien. Dabei soll der Schwerpunkt auf der LDP liegen, die sich – anders als die CDU – ausdrücklich als „nichtsozialistisch" verstand. Besonderes Interesse verdient der Umgang der LDP mit dem Vertriebenenproblem auch deshalb, weil die Partei bis 1949 auf die Festschreibung programmatischer Grundsätze mit der Begründung verzichtete, sich ganz auf die Tagesaufgaben konzentrieren zu wollen[20].

Die Frage nach dem konkreten Beitrag der bürgerlichen Parteien der SBZ zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen scheint auf den ersten Blick wenig ertragreich zu sein. Auf die alliierte Zuständigkeit für die Regelung völkerrechtlicher Fragen gestützt, behielt sich die sowjetische Besatzungsmacht besonders auf diesem Gebiet die Grund-

[19] Vgl. u. a. SächsStA Leipzig, KT/KR Leipzig 107, Bl. 57, Niederschrift 7. Sitzung Rat des Kreises 15. 2. 1952.

[20] Vgl. u. a. Dähn, LDP; Dirksen, Bürgertum.

satzentscheidungen vor, zumal die Vertreibungsproblematik heikle Fragen wie das Verhalten der Roten Armee in den letzten Kriegsmonaten oder die territoriale Neugestaltung Polens berührte[21]. Da die Zwangsumsiedlungen als unumkehrbar und endgültig angesehen wurden, rückte eine rasche und nachhaltige Assimilation der Betroffenen, verstanden vor allem als sozialökonomische Gleichstellung mit der alteingesessenen Bevölkerung, in das Zentrum der Vertriebenenpolitik. Deren Koordinierung und detaillierte Ausgestaltung wurde von der Sowjetischen Militäradministration zum einen auf die KPD, dann die SED, zum anderen auf die Zentral- und Landesverwaltungen übertragen. Ein Blick auf die Strukturen, die Funktionsabläufe und die Zusammensetzung der Verwaltungen in der SBZ zeigt, daß der Einfluß der bürgerlichen Parteien auf die Versorgung mit Wohnraum, die soziale Absicherung und die Vermittlung von Arbeitsplätzen nur mittelbar sein konnte. Die SED besaß ihnen gegenüber einen deutlichen Informations- und Ressourcenvorsprung und die Möglichkeit der Rückversicherung bei der Besatzungsmacht, zudem waren die maßgeblichen Positionen in der Regel mit kommunistischen Funktionären besetzt. Dem Personal der ZVU gehörte überhaupt kein Mitglied einer bürgerlichen Blockpartei an[22].

Eine solche Sichtweise nähme allerdings die „einseitig ausgerichtete und politisch determinierte Integrationsdoktrin“[23] der Besatzungsmacht und der SED als alleinigen Maßstab und würde zum Beispiel bestimmte soziokulturelle Aspekte ausklammern: Während die Forschung inzwischen das ausgeprägte Desinteresse der SED an der kulturellen und historischen Identität der Vertriebenen herausgearbeitet hat, ist über die Haltung der bürgerlichen Parteien in dieser Hinsicht kaum etwas bekannt. Ähnlich verhält es sich mit der Frage, welchen Einfluß diese Parteien auf die Aufnahmebereitschaft der Alteingesessenen nahmen, besonders dort, wo ihre Klientel überproportional stark mit den materiellen und immateriellen Bedürfnissen der Neuankömmlinge konfrontiert wurde. Hier waren Konflikte vorgezeichnet, da LDP und CDU auch von Vertriebenen häufig als Interessenvertreter in Anspruch genommen wurden. Zu diesem Umstand trug bei, daß die SED die sogenannten „Neubürger“ u. a. ihrer sozialen Herkunft, starker religiöser Bindungen und „politischer Passivität“ wegen als Unruhefaktor im gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß betrachtete und ihnen mit Mißtrauen gegenüberstand[24]. Die berufliche und soziale Eingliederung ging deshalb mit einer permanenten ideologischen Beeinflussung einher, die antisowjetische und antikommunistische Einstellungen beseitigen und die Vertriebenen systemkonform politisieren sollte[25]. Ob die LDP von den Betroffenen als Opposition zur SED wahrgenommen wurde, steht allerdings noch in Frage. In diesem Zusammenhang müssen die in der Partei vorhandenen Vorbehalte gegenüber den Vertriebenen hinsichtlich ihre Motivation, Verbreitung und etwaigen Veränderung genauer erkundet werden.

Als offenkundig politische Hegemonie beanspruchende und eng mit der Besatzungsmacht liierte Partei wurde hauptsächlich die SED für Versäumnisse und Fehlentscheidungen bei den Integrationsbemühungen verantwortlich gemacht. Daher gab es Überlegungen, sich vom „Eindruck der Alleinzuständigkeit“ zu entlasten und die Blockparteien

[21] Vgl. u. a. Henke, Weg nach Potsdam, S. 63ff.
[22] Siehe Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 50.
[23] Hoffmann / Wille / Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene, S. 17.
[24] Vgl. Staritz, Gründung der DDR, S. 64f.
[25] Vgl. u. a. Hoffmann/Wille/Meinicke, Flüchtlinge und Vertriebene, S. 16f.

öffentlichkeitswirksam in die Umsiedlerpolitik einzubinden[26]. In Sachsen wurde z. B. die Leitung des Umsiedleramtes einer Vertreterin der LDP, Ruth Fabisch, überlassen, in einer „komplizierten Umarmungsstrategie" (Michael Schwartz) bekam sie freilich „zuverlässige" Genossen als Mitarbeiter zur Seite gestellt[27]. Ohnehin waren die mit Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen verbundenen Aufgaben auf mehrere Institutionen verteilt. Ressort- und parteipolitische Konflikte können deshalb am sächsischen Beispiel im Zusammenhang untersucht werden. In die gleiche Richtung zielt die Frage, inwieweit die partielle Kompetenzübertragung an die Landtage ab Herbst 1946 den Spielraum der bürgerlichen Parteien beeinflußte: Einerseits wurde er durch Föderalisierung und Parlamentarisierung erweitert, andererseits erhielt die SED die Möglichkeit, die politische Arbeit von LDP und CDU vor dem Hintergrund einer sozialen Ausnahmesituation als überholten Vorstellungen verhaftet und unangemessen zu denunzieren. Das grundsätzliche Dilemma der bürgerlichen Parteien in der SBZ, deren aus der Weimarer Republik tradierte politische Kultur mit einem qualitativ völlig neuen und radikalen Gesellschaftsentwurf kollidierte, offenbarte sich auch in der Behandlung des Vertriebenenproblems: etwa in Forderungen nach einer kompetenten statt parteigebundenen Verwaltung oder einem rechtlich einwandfreien Lastenausgleich[28].

Die nähere Untersuchung bürgerlicher Einfluß- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Umsiedlerpolitik ist mit einer Reihe prinzipieller Fragen verbunden. Ob die LDP alternative Vorstellungen entwickeln konnte, kann erst beantwortet werden, wenn mehr Klarheit über den Spielraum der SED gegenüber der SMAD herrscht. Michael Richter hat zu Recht darauf hingewiesen, daß die fehlende Kenntnis der sowjetischen Akten nach wie vor den Eindruck begünstigt, „die SED habe in der SBZ maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung" besessen[29]. Zu klären ist darüber hinaus, ob die Vertriebenenproblematik für die LDP überhaupt Anlaß zur Entwicklung politischer Konzeptionen war, wobei allgemeinere Überlegungen etwa zur Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Die Vorstellungen der Partei von Integration auf einen Nenner zu bringen, dürfte schon wegen der widersprüchlichen Haltung zur Oder-Neiße-Grenze und damit zu den Rückkehraussichten der Flüchtlinge und Vertriebenen schwierig sein. Eine Lösung des Vertriebenenproblems war für die LDP zudem lange nur im gesamtdeutschen Rahmen denkbar[30].

Schließlich wird sorgfältig zu unterscheiden sein zwischen den Beschränkungen, die der LDP aus den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Sowjetunion und der SED erwuchsen, und jenen, die aus der Spezifik der Umsiedlerfrage selbst herrührten. Das Spannungsfeld zwischen politischem Anpassungsdruck, sozialen Notwendigkeiten, Ansprüchen der Parteibasis sowie bürgerlich-liberaler Tradition und Programmatik muß genauer ausgelotet werden, um in einer immanenten Perspektive der Funktionalisierung politischer Sachthemen durch die LDP nachzugehen. Am Beispiel der Arbeit der sächsischen Landtagsfraktion soll einerseits analysiert werden, wie die Artikulation der Mitgliedschaft und der Bevölkerung durch die Partei wahrgenommen und in politisches Handeln transformiert wurde, andererseits, wie die SED auf die Aktivitäten der Block-

[26] Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 68f.
[27] Ebenda, S. 69.
[28] Als Beispiel Ediger, Umsiedlerproblem, S. 9ff.
[29] Richter, Defizite, S. 164.
[30] Vgl. Ediger, Umsiedlerproblem, S. 4ff.

parteien reagierte und sie im Wechselspiel zwischen Parlament und Administration zu neutralisieren versuchte. Soweit es die Quellenlage zuläßt, soll diese Untersuchung durch lokale Fallbeispiele ergänzt werden. Die den bürgerlichen Parteien angehörenden Kommunalpolitiker waren in besonderer Weise mit dem Vertriebenennotstand konfrontiert, da SMAD und SED bestrebt waren, ihre fachliche und politische Eignung in Zweifel zu ziehen.

Spätestens nach dem Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im Dezember 1947 stellte die Sowjetunion ihre auf Gesamtdeutschland zielenden Konzeptionen, in denen Liberaldemokraten und der Ost-CDU wichtige Funktionen zugewiesen waren, schrittweise zugunsten der Gründung eines Separatstaates zurück[31]. Dementsprechend orientierte sich die SED deutlicher als bisher am Vorbild der KPdSU, artikulierte offen ihren Führungsanspruch und begann, die Gesellschaft und das politische System in ihrem Sinne umzugestalten. Der Druck auf die Führungen von LDP und CDU, die sich dem zunächst offen widersetzten, nahm beständig zu; das Vorgehen gegen frühere Sozialdemokraten in der SED signalisierte den bürgerlichen Parteien, daß das Mehrparteiensystem lediglich als Fassade aufrechterhalten werden sollte. Mit der Zulassung von DBD und NDPD (die sich im übrigen als „Umsiedlerparteien" gerierten) im Frühjahr 1948 wurde die Rekrutierungsbasis von LDP und CDU geschmälert und das politische Kräfteverhältnis nachhaltig zugunsten der SED verändert[32].

Mit den tiefgreifenden Veränderungen in der SBZ war eine Neuordnung der Umsiedlerpolitik verbunden. Die zuständigen Behörden, die Zentralverwaltung eingeschlossen, wurden aufgelöst oder institutionell zurückgestuft; die von den Landesparlamenten und -verwaltungen erlassenen Gesetze und Verordnungen einer Revision unterzogen. Gleichzeitig zog der Parteiapparat der SED die Verantwortung für Vertriebenenfragen weitgehend an sich, so daß sich die Gestaltungsmöglichkeiten der bürgerlichen Parteien endgültig auf meist karitative Begleitmaßnahmen reduzierten[33].

Dennoch gibt es gute Argumente dafür, eine Untersuchung der LDP-Umsiedlerpolitik in Sachsen über diesen Einschnitt fortzuführen. So gilt es, die griffige Formel des „Einschüchterungseffekts" (Manfred Agethen), unter dem die Arbeit der bürgerlichen Parteien in der SBZ stand, mit konkreten lokalen und regionalen Beispielen zu stützen. Die Landes- und Kreisverbände der bürgerlichen Parteien und ihre parlamentarischen Vertreter waren einem anderen Druck ausgesetzt als die Berliner Zentralen[34]. Das nach 1948 nurmehr nachgeordnete, gleichwohl noch immer sensible Gebiet der Vertriebenenintegration verspricht Aufschluß darüber, auf welchen Politikfeldern und unter welchen Bedingungen liberaldemokratische Positionen gegen diesen Druck verteidigt werden konnten[35]. Darüber hinaus kann die These überprüft werden, die LDP habe eine stärkere Anpassungsbereitschaft als die CDU gezeigt[36]. Schließlich ist zu analysieren, wie die veränderten politischen und institutionellen Rahmenbedingungen und der fortschreitende Einflußverlust (verbunden etwa mit der Einsicht, daß die Oder-Neiße-Linie endgültige Grenze bleiben würde) die unmittelbare Hinwendung zu den Vertriebenen verändert

[31] Vgl. u. a. Agethen, CDU 1945–1953, S. 58.
[32] Vgl. AdL, LV Sachsen 24886, Kurzberichte Nr. 1 und 17.
[33] Siehe Schwartz, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, S. 45.
[34] Siehe Dietze, Entscheidungsstrukturen, S. 54.
[35] Siehe Papke, Stand der Forschung, S. 38.
[36] Siehe Suckut, Wandel, S. 122.

hat. So rückte die LDP seit 1948 schrittweise von der Forderung nach einer zonenübergreifenden Integrationspolitik ab[37]. Einige Quellen legen den Schluß nahe, daß die politisch entmündigte und ihren Führungen zunehmend entfremdete Basis von Ost-CDU und LDP auch durch die gemeinsame Fürsorge für Hilfsbedürftige zusammengehalten wurde. Daß eine solche Entwicklung die von der SED bezweckte Umwandlung der bürgerlichen Parteien in bloße Transmissionsorganisationen für bestimmte soziale Schichten zumindest begünstigte (und letztlich die „offizielle" Umsiedlerpolitik unterstützte), kann nicht übersehen werden. Desto mehr wird es darauf ankommen, Berührungspunkte und Unterschiede in der Integrationspolitik von LDP und SED, freilich auch mit vergleichendem Blick auf die CDU, detailliert herauszuarbeiten.

2.4. Selbstbild und Erfahrungsstrukturen von Vertriebenen in Sachsen (Notker Schrammek)

Um die vornehmlich politik- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen der ersten drei Teilprojekte zu ergänzen, soll im vierten Teilprojekt ein Beitrag zur Alltagsgeschichte der Vertriebenen geleistet werden. Es geht darum, die Alltagsbedingungen und die Erfahrungen der Vertriebenen zu erfassen, also eine Geschichte aus der Sicht der Betroffenen zu schreiben. Die Arbeit stützt sich neben der Überlieferung in einer Reihe von Archiven auch auf Zeitzeugeninterviews.

Mit Hilfe der Methoden der Oral History ist es möglich, nach den Mentalitäten der Vertriebenen zu fragen. Im Sinne der „École des Annales" sind die Mentalitäten Gefängnisse der „longue durée". Dieser sehr statische Begriff wurde mehrmals modifiziert[38]. Der französische Historiker Michel Vovelle entwickelte in seinen Arbeiten zur Französischen Revolution einen wesentlich dynamischeren Mentalitätsbegriff, mit dem er in der Lage ist, selbst den Umbruch von Mentalitäten zu beschreiben. Dieser Mentalitätsbegriff soll nun auf die Vertriebenen angewandt werden. Zum einen soll nach den Sorgen, die die Vertriebenen damals bewegten, und nach deren individueller und kollektiver Bewältigung gefragt werden. Zum anderen hatten viele Vertriebene mit dem Neuanfang in Sachsen auch große Hoffnungen verbunden. Ihre – zuweilen utopischen – Hoffnungen sollen benannt werden und es soll gefragt werden, inwieweit sie verwirklicht werden konnten. Letztlich geht es immer um die Frage, ob sich eine spezifische Vertriebenenmentalität rekonstruieren läßt. Es werden also in dieser Arbeit zwei unterschiedliche methodische Herangehensweisen miteinander verknüpft. Durch die Methoden der Oral History sollen Bereiche des Alltags erfaßt werden, die nur selten Widerspiegelung in den schriftlichen Quellen gefunden haben, denn die Akten beschränken sich im wesentlichen auf die administrative Umsetzung politischer Beschlüsse. Allerdings geben die Aussagen von Zeitzeugen in der Regel sehr subjektive Eindrücke wieder und unterliegen einem sich ändernden Erinnerungsvermögen. Daher werden die Ergebnisse der Interviews mit den herkömmlichen Archivquellen verglichen. Dies ermöglicht, die durch die Oral History gewonnenen Aussagen zu relativieren und gegebenenfalls zu korrigieren.

Da das Selbstbild der Vertriebenen entscheidend durch die Erlebnisse während der Vertreibung und der Aufnahme geprägt wurde, werden im ersten Teil der Arbeit die Sta-

[37] Siehe Ediger, S. 4ff.

[38] Vgl. Vovelle, La mentalité révolutionnaire, S. 12f sowie Ders., Die Französische Revolution, S. 151. Siehe auch Le Goff, Les Mentalités, S. 278–290.

tionen der Vertriebenen seit ihrer Ankunft in Sachsen nachgezeichnet: die Transporte, die Lager, die Aufnahme in den Städten und Dörfern und die Wohn- und Lebensverhältnisse in den neuen Wohnorten. Untersucht werden hierbei sowohl die materiellen Lebensbedingungen als auch das geistige Umfeld, mit denen die Vertriebenen konfrontiert waren. Sodann werden in einem zweiten Schritt nachbarschaftliche Bindungen, Arbeitsverhältnisse und die Rolle gesellschaftlicher Organisationen als die Lebensbereiche beleuchtet, die für die Integration besonders wichtig waren. Hieran schließt sich eine Untersuchung der Bewahrung, Weiterentwicklung und Anpassung von Kulturgut und Traditionen an, die die Vertriebenen aus ihrer alten Heimat mit nach Sachsen brachten.

Der erste Forschungsabschnitt behandelt den Alltag der Vertriebenen seit ihrer Ankunft in Sachsen. Dabei waren die Erlebnisse während der Transporte sehr unterschiedlich. Nach den vor Kriegsende Geflohenen kamen die Vertriebenen, die zunächst zu Fuß bis über die Oder-Neiße-Linie getrieben, später aber in Zügen in die verschiedenen Besatzungszonen gebracht wurden. Die von den frühen wilden Vertreibungen betroffenen Menschen erreichten Sachsen völlig geschwächt. Besonders in Grenznähe entstanden chaotische Verhältnisse. Anders war es für die Vertriebenen seit 1946. Sie empfanden die „Umsiedlung" oft als eine Befreiung aus den erniedrigenden Verhältnissen, in denen sie seit Kriegsende hatten leben müssen und knüpften daher große Hoffnungen an den Neuanfang in Deutschland.

Die Transporte wurden direkt zu einer vierzehntägigen Quarantäne in verschiedene Lager gebracht. Die dortigen Verhältnisse sind besonders gut dokumentiert, da mehrmals Inspektionen von seiten der Umsiedler-Abteilung der Landesregierung als auch der Besatzungsmacht durchgeführt wurden. Man erkennt eine äußerst unterschiedliche Ausstattung der Lager. Auch die ideologische Beeinflussung von seiten der KPD/SED setzte bereits – oder gerade – in den Lagern ein. Dort wurden Vortragsprogramme zu politischen Fragen organisiert, die von der SMAS kontrolliert wurden. Parallel dazu fanden kulturelle Veranstaltungen statt, die von Märchenstunden für Kinder über Kabarett- und Varietévorstellungen bis zu Tanzveranstaltungen reichten. In den größeren Lagern waren Bibliotheken eingerichtet worden, deren Bestand streng überwacht wurde. „Aktuelle Presseerzeugnisse", wie es in den Berichten heißt, lagen ständig aus. Da die Befunde der schriftlichen Quellen mit den Erinnerungen der Interviewpartner konfrontiert werden, kann das Bild der Lager um wesentliche Aspekte erweitert werden: Ein erstes Mal nach den Transporten zur Ruhe gekommen, begannen die Vertriebenen, sich erneut Gedanken über ihre Lebensmöglichkeiten in der Zukunft zu machen. Oft fanden sich ganze Dörfer in den Lagern wieder, so daß die Lagerinsassen sich kannten. Sie berieten dann z. B. gemeinsam über die künftigen beruflichen Schritte. Hierbei stellt sich auch immer die Frage, welchen Einfluß die staatliche Propaganda auf die persönlichen Entscheidungen der Vertriebenen hatte.

Nach dem Ende der Quarantänezeit wurden die Vertriebenen auf ihre künftigen Wohnorte verteilt. In Bezug auf die dortigen Lebensverhältnisse erweisen sich landesweit erhobene Statistiken zur Ausstattung der Wohnungen der „Umsiedler" mit Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen als besonders wertvoll. Für einige Kreise und kreisfreie Städte haben sich die Unterlagen bis auf die Ebene der einzelnen Gemeinden erhalten. Außerdem wurden, besonders wenn Beschwerden vorlagen, Inspektionsfahrten in verschiedene Ortschaften unternommen, die protokolliert wurden.

Im ersten Teil der Arbeit sollen auch die Strategien untersucht werden, die die Vertriebenen entwickelten, um den schwierigen Lebensverhältnissen zu begegnen. Da sie anders

als viele Einheimische nicht auf Reserven oder Haushaltsgegenstände zurückgreifen konnten, waren sie neben den Ausgebombten (die aber meist noch Verwandte und Freunde hatten) die am meisten benachteiligte Bevölkerungsgruppe. Ihnen blieb nur die als erniedrigend empfundene Bettelei und die Suche nach Arbeitsplätzen, die eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln versprachen, wobei Frauen auch Männerarbeiten übernahmen.

Dabei ist zu fragen, ob sich, durch die Not bedingt, neue Formen gegenseitiger Hilfe gebildet haben. Entwickelte sich ein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl und eine daraus resultierende gegenseitige Unterstützung unter den Vertriebenen oder überwogen die „klassischen" Strukturen, die unabhängig von der Vertreibung bestanden, wie Familie, Pfarrgemeinde, Arbeitskollegen etc. als Bezugsgrößen? Hierbei muß natürlich auch immer das Verhältnis zu den Alteingesessenen im Auge behalten werden.

In den Wohnorten waren die Vertriebenen auch weiterhin der ideologischen Beeinflussung ausgesetzt. Die Hartnäckigkeit, mit der die Landesregierung die Aktionswoche „Neue Heimat – Neues Leben" im Oktober 1948 gegen alle Widerstände organisierte und durchführen ließ, zeigt deutlich, daß es den Organisatoren um mehr als die Verteilung von Spenden an die „Umsiedler" ging. Trotz der ungeklärten finanziellen Situation infolge der Währungsreform vom Juni 1948 und bedeutender Widerstände großer Teile der Bürgermeister und der Umsiedler-Ausschüsse vor Ort, die sich – sei es berechtigt oder nur vorgeblich – gegen zusätzliche Verwaltungsarbeiten wehrten, wurde diese Veranstaltung realisiert. Die SED und – von ihr unterstützt und vorgeschoben – die Volkssolidarität wollten zeigen, daß sie das Heft des Handelns fest in der Hand hielten. Anhand der Berichte über die Durchführung der Aktionswoche „Neue Heimat – Neues Leben", die jede Gemeinde einreichen mußte, sind Aufschlüsse über die Beteiligung der „Umsiedler" (und der gesamten Bevölkerung) an der Aktion möglich.

Im gleichen Zusammenhang werden zur weiteren Untersuchung der staatlichen Propaganda auch die Presseerzeugnisse, die sich mit der Lage der „Umsiedler" beschäftigten bzw. für sie bestimmt waren, herangezogen. Besonderen Stellenwert hat hier die Illustrierte „Die Neue Heimat". Ein weiteres Medium ist der Film. Die DDR-Wochenschau „Der Augenzeuge" verfolgte in ihren – allerdings seltenen[39] – Berichten das Ziel, die sehr gute Organisation und die Sorge um die „Umsiedler" zu zeigen. So werden im Film die Eisenbahntransporte von lächelnden Bahnhofsvorstehern empfangen und das vorgestellte Quarantänelager ist voll von spielenden und lärmenden Kindern. Alles läßt eher an eine Ferienreise als an Vertreibung denken. Auch die beiden DEFA-Spielfilme „Freies Land" und „Die Brücke" von 1947 und 1948 thematisierten die „Umsiedler"-Frage.

Ebenfalls muß beachtet werden, daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit Vertreter der verschiedenen Parteien sich um die „Umsiedler" mit eigenen Initiativen kümmerten und sie ansprachen. Durch die zunehmende Einengung der Arbeit der bürgerlichen Parteien und die Gründung der Nationalen Front verlieren sich die Unterschiede zwischen den Parteien[40].

[39] Hier stellt sich die Frage, ob die Marginalität der Vertriebenen in der Wochenschau politisch gewollt war oder nur aufgrund der „Berlinozentrik", die sich auch ansonsten nachweisen läßt, zustande kam. Das Wochenschau-Team um Kurt Mätzig und Marion Keller arbeitete in Berlin und in Potsdam-Babelsberg.

[40] Das läßt sich auch an der Zusammenstellung der Vorträge in den Lagern nachweisen. Vgl. die kulturpolitische Veranstaltungspläne vom 28. 10. 1947 und vom 7. 5. 1948 in SächsHStA, LRS, MdI, 2352.

Ferner werden die Reaktionen der Vertriebenen auf die Propaganda des Regimes beleuchtet. Es soll geklärt werden, wie sich Menschen in das politische System einfügten oder ob und in welchem Ausmaß sie sich zu verweigern suchten. Zeitgenössische Berichte über die Stimmung in den Lagern sowie in den Kreisen und Städten lassen die strittigen Punkte erkennen. Immer wieder tauchte als die zentrale Frage die Akzeptanz der Oder-Neiße-Linie auf. Ständig wurde berichtet, daß die Vertriebenen noch immer den Wunsch gezeigt hätten, in ihre Heimat zurückzukehren.

Nach der Schilderung des Alltags soll der zweite Teil der Arbeit besonders die Lebensbereiche beleuchten, die als Brücken zum Einstieg in das gesellschaftliche Leben in Sachsen betrachtet werden können. Hierbei wird das Verhältnis zu den Nachbarn, die Kontakte am Arbeitsplatz sowie die Rolle gesellschaftlicher Organisationen und der Kirchen zu untersuchen sein.

Zuerst sollen in diesem Zusammenhang die nachbarschaftlichen Bindungen untersucht werden. Die Untermietverhältnisse, die die Vertriebenen in den meisten Fällen eingehen mußten, gestalteten sich nicht einfach. Besonders die gemeinsame Benutzung von Küche, Bad und Toiletten sowie die gemeinsamen Rechnungen für Strom und Gas bargen viel Konfliktstoff[41]. Des weiteren sind die Arbeitsverhältnisse zu beachten, die neben der Wohnungsbereitstellung der wohl wichtigste Integrationspunkt waren, selbst wenn es immer wieder vorkam, daß „Flüchtlinge“[42] in den Arbeitsgruppen an den Rand gedrängt wurden. Für die Kinder kann man die gleiche Frage in Bezug auf die Schule stellen. Hier kommt noch hinzu, daß viele Kinder „überaltert“ waren, da ihnen seit Kriegsende der Schulbesuch in den Vertreibungsgebieten verwehrt wurde. Andere Schüler hatten Schwierigkeiten, da sie, wie etwa Ungarndeutsche, zuvor keine deutschsprachige Schule besucht hatten. Schließlich werden in diesem Zusammenhang auch gesellschaftliche Organisationen wie die FDJ und die Parteien als besonders wichtige Integrationsfelder untersucht. Die Motivationen für die Mitgliedschaft in diesen gesellschaftlichen Organisationen sollen beleuchtet werden. Zu bedenken ist ebenfalls, daß in diesen Organisationen zum Teil Formen des gesellschaftlichen Umgangs herrschten, die denen der nationalsozialistischen Organisationen vergleichbar waren: Gemeinsame Ausflüge, Lager, Singgruppen etc. konnten daher als Anküpfungspunkte empfunden werden.

Viele Vertriebene suchten in den Kirchen ihrer neuen Heimat Kontakt. Hier ist etwa zu fragen, wie die Kirchgemeinden die Neuankömmlinge aufnahmen, die oft aus anderen kirchlichen Traditionen und Frömmigkeitsformen kamen. Vertriebene Pfarrer mußten in die Sächsische Landeskirche bzw. das katholische Bistum Meißen integriert und mit einem Minimum an Arbeitsmitteln ausgestattet werden. Erschwerend wirkte zudem noch, daß die evangelische Kirche sich in einer Phase der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit befand, die zusätzliche Spannungen entstehen ließ.

Katholische Gemeinden entstanden in Sachsen in vielen Städten erst neu oder vergrößerten sich um ein Vielfaches durch den Zustrom der Vertriebenen. In gewisser Weise deckte sich hier das Selbstverständnis als Katholik mit dem als Vertriebener. Die Notlage – es fehlten im allgemeinen die katholischen Kirchengebäude – und die gemeinsame Er-

[41] In den Protokollen des Umsiedlerausschusses der Stadt Werdau erkennt man, daß die meisten Beschwerden aufgrund von Streitigkeiten mit dem Hauptmieter vorgetragen werden. In: Stadtarchiv Werdau, Soz 1801/1.

[42] Das Wort „Flüchtling“ in der sächsischen Aussprache des „ü“ als ein „i“ hat sich in das Gedächtnis der Vertriebenen als ein Schimpfwort eingegraben.

fahrung, durch den Staat an den Rand gedrängt zu werden, gaben erste Anstöße zu einer ökumenischen Zusammenarbeit zwischen den Kirchen.

Die drei genannten Integrationsfelder Nachbarschaft, Arbeit und gesellschaftliche Gruppen wurden in den verschiedenen Ansiedlungsgebieten unterschiedlich erfahren. Deshalb soll untersucht werden, ob die Anonymität der Großstadt einen Vorteil gegenüber den eher verschlossenen Dorfgemeinschaften darstellte, ob die stark industrialisierten Gebiete Westsachsens mit ihren vielen Arbeitsmöglichkeiten bessere Bedingungen für die Integration boten als die landwirtschaftlichen Gebiete Ostsachsens, wo die Arbeit nur saisonweise anfiel und in Naturalien vergütet wurde und welche Rolle die Grenznähe spielte.

In einem dritten Teil der Arbeit sollen die von den Vertriebenen bewußt bewahrten landsmannschaftlichen Besonderheiten, Traditionen und Bräuche Gegenstand der Untersuchung sein. Sie haben trotz aller Unterdrückung durch materielle Zwänge und staatliche Propaganda weitergelebt, reichten von Kleidungs- und Eßgewohnheiten bis hin zur mundartgefärbten Sprache. Auch die Kirchen entwickelten eine spezielle Seelsorge für Vertriebene mit eigenen Gottesdiensten und besonderen Predigten.

Als ein Indikator für den Erfolg der Integration kann das Heiratsverhalten der Vertriebenen angesehen werden. Dazu soll herausgearbeitet werden, bis zu welchem Zeitpunkt Vertriebene bevorzugt unter sich geheiratet haben bzw. seit wann die Ehe mit Einheimischen zur Normalität wurde. Weiterhin soll untersucht werden, ob der Anteil unehelicher Geburten unter den Vertriebenen vom allgemeinen Durchschnitt der Gesellschaft abweicht, um hieraus Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Akzeptanz „gemischter" Ehen zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen zu ziehen. Abschließend sind durch eine Analyse der sekundären Migration der Vertriebenen aus Sachsen nach den westlichen Besatzungszonen bzw. in die Bundesrepublik Rückschlüsse auf die Tiefe der Verwurzelung der Vertriebenen in Sachsen möglich.

Verzeichnis der in Kurzform angegebenen Literatur

Abel, Wilhelm (Hrsg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Fs. zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966

Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (1945–1980), Frankfurt 1983

Abelshauser, Werner: Der Lastenausgleich und die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge – Eine Skizze, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 229–239

Ackermann, Volker: Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme, in: Bade (Hrsg.), Neue Heimat im Westen, S. 14–36

Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Fröhlich, „Bürgerliche" Parteien, S. 47–72

Albert, Andrzej: Najnoswsza historia polski 1918–1980 , London ^{4}1991

Aly, Götz: Das Jahrhundert der Vertreibung. Plädoyer für die Überwindung der geteilten Optik, in: Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995, hrsg. v. Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Red.: Karl-Peter Krauss, Filderstadt 1996, S. 9–19

Ambrosius, Gerold: Das Wirtschaftsystem, in: Benz, Die Geschichte, S. 11–81

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland 1945–1948, hrsg. v. Alliierten Sekretariat, Berlin o. J. [1946]

Arns, Leo: Das Verhältnis zwischen Flüchtlingen und Einheimischen in den Verschiedenen Dorftypen, in: Kölner Universitäts-Zeitung, Sondernummer, 7. 11. 1947, S. 2f.

Atlas zur deutschen Volkskunde, 1. Lieferung, hrsg. v. Harmjanz, Heinrich/Röhr, Erich, Leipzig 1937

Bade, Klaus J.: Sozialhistorische Migrationsforschung und ‚Flüchtlingsintegration', in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 126–162

Bade, Klaus J.: Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990

Bade, Klaus J. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992

Bade, Klaus J.: Homo Migrans. Wanderungen aus uns nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994

Badstübner, Rolf: Die Anfänge der DDR – Gesellschaftsgeschichtliche Deutungsmuster. Ein Beitrag zum Thema Aufarbeitung und Bewertung von DDR-Geschichte, in: *BzG* 35/1993, S. 3–18

Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994

Baier, Herwig/Lamprecht, Irmgard: Integration vertriebener Behinderter in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Freistaates Bayern (Ungedrucktes Manuskript, Bibliothek des Sudetendeutschen Hauses, München)

Bajohr, Frank (Hrsg.): Norddeutschland im Nationalsozialismus, Hamburg 1993

Balla Bálint: Kaderverwaltung. Versuch zur Idealtypisierung der ‚Bürokratie' sowjetisch-volksdemokratischen Typs, Stuttgart 1972

Balla, Bálint: ‚Bürokratische' oder ‚Kader'-Verwaltung? Zur Idealtypisierung der ‚Bürokratie' sowjetisch-volksdemokratischen Typs, in: *ZfS* 2/1973, S. 101–127

Banasiak, Stefan: Paústwowy Urząd Repatriacyjny w latach 1944–1946, in: Przegląd Zachodni, 2/1961, S. 337–348

Banasiak, Stefan: Osadnictwo rolne w województwie Śląsko-Dąbrowskim w latach 1945–1947, in: Studia i Materiały z Dziejów Śląska, Wrocław 6/1964, S. 138–182

Barth, Bernd-Rainer, u. a. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Handbuch, Frankfurt a. M. 1995

Barthel, Horst: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (-Ost) 1979

Barton, Betty: The problem of 12 Million German Refugees in Today's Germany, Philadelphia 1949
Bauer, Franz Josef: Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950, Stuttgart 1982
Bauer, Franz Josef: Der Bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingssystem 1945–1951, in: *VfZ* 31/1983, S. 443–482
Bauer, Franz Josef: Der Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen – Akteur und Instrument der Flüchtlingspolitik, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 97–112
Bauerkämper, Arnd: Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in der 50er Jahren, in: Schildt, u. a., Modernisierung, S. 188–200
Bauerkämper, Arnd: Wirtschaftliche Not, politische Herausforderungen und neue Initiativen zur Landeserschließung. Zur Schanierfunktion der Nachkriegszeit für die Entwicklung der emsländischen Landwirtschaft, in: *Jahrbuch des emsländischen Heimatbundes* 39/1993, S. 78–93
Bauerkämper, Arnd: Das Neubauernprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte*, 45/1994, S. 182–202
Bauerkämper, Arnd: Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: *ZfG* 42/1994, S. 623–634
Bauerkämper, Arnd: Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Kaelble, u. a., Sozialgeschichte, S. 119–143
Bauerkämper, Arnd: Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Einleitung, in: Bauerkämper, u. a., Der 8. Mai, S. 11–23
Bauerkämper, Arnd, u. a. (Hrsg.): Der 8. Mai 1945 als historische Zäsur. Strukturen, Erfahrungen, Deutungen, Potsdam 1995
Bauerkämper, Arnd: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Stang, Brandenburg, S. 265–296
Bauerkämper, Arnd: Neue und traditionelle Führungsgruppen auf dem Lande. Politische Herrschaft und Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Berliner Debatte. Initial, 1995, S. 79–92
Bauerkämper, Arnd: Problemdruck und Ressourcenverbrauch. Wirtschaftliche Auswirkungen der Bodenreform in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Buchheim, Wirtschaftliche Folgelasten, S. 295–322
Bauerkämper, Arnd: Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Bessel, u. a., Die Grenzen der Diktatur, S. 108–136
Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): ‚Junkerland in Bauernhand'? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996
Bauerkämper, Arnd: Strukturumbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: Bauerkämper, Junkerland, S. 69–85
Baumann, Arnulf: Was wäre aus uns in Paraguay geworden? in: Heimatkalender 1995. Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien, S. 145–152
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge. Forschungsstand 1995, München 1995
Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): 1945–1995. 50 Jahre nach der Flucht und Vertreibung. Hypotheken und Chancen, München 1995
Beschthold-Comforty, Beate: „Ich weiß schon gar nicht mehr, wie wir da gehaust haben". Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Filderstadt, in: Beer, Zur Integration, S. 147–165
Becker, Jakob: Wie's daheim war, Asperg/Württ. 1950
Becker, Josef/Stammen, Theo/Waldmann, Peter (Hrsg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979
Becker, Karl: 125 Jahre ländliche Siedlung und Eingliederung und 10 Jahre landwirtschaftliche Strukturverbesserung. Erfahrungen und Folgerungen, Hannover 1965
Beer, Mathias: Flüchtlinge und Vertriebene im deutschen Südwesten nach 1945. Eine Übersicht der Archivalien in den staatlichen und kommunalen Archiven des Landes Baden-Württemberg, Sigmaringen 1994
Beer, Mathias (Hrsg.): Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im deutschen Südwesten nach 1945. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Sigmaringen 1994

Beer, Mathias/Kintzinger, Martin/Krauss, Marita (Hrsg.): Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Stuttgart 1997 [im Druck]
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 7: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1951
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 25: Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1951
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 5b: Die Wohnungsbevölkerung nach der Erwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Berufszählung vom 13. September 1950, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1952
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1950, Heft 15: Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1952
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 33: Die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1953, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1954
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftzählung 1960, Heft 1: Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse, Bodennutzung und Viehhaltung, Maschinenbesitz und technische Einrichtungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Haupterhebung v. 31. Mai 1960, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1963
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftzählung 1960, Heft 3: Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Haupterhebung am 31. Mai 1960, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1964
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Volkszählung 1961, Heft 3a: Gemeindestatistik des Landes Nordrhein-Westfalen, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1964
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftzählung 1960, Heft 4a: Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse, Bodennutzung und Viehhaltung, Maschinenbesitz und technische Einrichtungen in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Haupterhebung am 31. Mai 1960, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1965
Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Sonderreihe Landwirtschaftzählung 1960, Heft 4b: Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Haupterhebung am 31. Mai 1960, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1965
Benser, Günter/Krusch Hans-Joachim (Hrsg.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis Februar 1946, München/New Providence/London/Paris 1993/1994
Bentzien, Ulrich: Bauern, in: Bentzien, u. a., Mecklenburgische Volkskunde, S. 122–147
Bentzien, Ulrich/Neumann, Siegfried (Hrsg.): Mecklenburgische Volkskunde, Rostock 1988
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Politik, Bd. 2: Gesellschaft, Bd. 3: Kultur, Frankfurt a. M. 1983
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. M. 1985 (Aktualisierte Neuausgabe 1995)
Benz, Wolfgang: Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949. Politik und Gesellschaft in der Nachkriegszeit, München 1988
Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2: Wirtschaft, Frankfurt a. M. 1989
Benz, Wolgang: Fremde in der Heimat: Flucht – Vertreibung – Integration, in: Bade, Deutsche, S. 374–386
Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin (-Ost) 1989
Bernsdorf, Wilhelm (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, 2. Auflage, Stuttgart 1969

Berry, John W.: Psychology of Acculturation. Understanding Individuals Moving Between Cultures, in: Brislin, Applied Cross-Cultural Psychology, S. 232–253

Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996

Bethke, Susann: Der Weg der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (1945/46), in: Wille, u. a., Die Sudetendeutschen, S. 5–27

Bethlehem, Siegfried: Heimatvertreibung, DDR-Flucht, Gastarbeiter-Zuwanderung. Wanderungsströme und Wanderungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1982

Beyer, G.: Versuch einer Darstellung der Lage der deutschen Ostflüchtlinge in der SBZ, in: *Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie*, 42/1951, S. 320–323

Beyer, Klaus/Kaden, Mario/Raasch, Erwin/Schuppmann, Werner: Wismut – „Erz für den Frieden"? Einige Aspekte zur bergbaulichen Tätigkeit der SAG/SDAG „Wismut" im Erzgebirge, Marienberg 1995

Birke, Adolf M./Heydemann, Günther (Hrsg.): Großbritannien und Ostdeutschland seit 1918, München 1992

Birke, Adolf M./Booms, Hans/Merker, Otto (Hrsg.): Akten der britischen Militärregierung in Deutschland, Sachinventar 1945–1955, Bd. 5, München 1993

von Blankenburg, Peter: Die Lage der heimatvertriebenen Landwirte. Eine Untersuchung in vier niedersächsischen Landkreisen, in: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westdeutsche Landwirtschaft, hrsg. v. der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Göttingen, Hannover 1952, S. 11–70

Böhm, Franz Xaver: Ein neuer Zweig – Die öffentlichen Büchereien, in: Bayernland, München 1966

Boldorf, Marcel: Eingliederung der Kriegsopfer und Schwerbeschädigten Ostdeutschlands in den Arbeitsprozeß 1945–1951, in: Buchheim, Wirtschaftliche Folgelasten, S. 403–415

Borkowicz, Jacek: 1945: Wypędzeni Polacy, in: Więź, Nr. 9, S. 37–55

Borrie, Wilfried D.: The Cultural Integration of Immigrants, Paris 1959

Botzet, Rolf: Bauersleut und Heimarbeiter. Feldarbeit und Hausgewerbe im Ravensberger Land, Herford 1992

Bourdieu, Pierre: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, hrsg. v. Reinhard Kreckel, Göttingen 1983, S. 183–198

Boyer, Christoph: Zwischen Zwangswirtschaft und Gewerbefreiheit. Handwerk in Bayern 1945–1949, München 1992

Brändle, Thea: Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in ländlichen Orten unter besonderer Berücksichtigung des Landvolks, dargestellt an fünf Gemeinden des Zabergäus im Landkreis Heilbronn, Diss. Hohenheim 1953

Bramke, Werner/Heß, Ulrich (Hrsg.): Sachsen und Mitteldeutschland. Politische, wirtschaftliche und soziale Wandlungen im 20. Jahrhundert, Weimar 1995

Braun, Günter: Determinanten der Wahlentscheidungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1946. Problemskizze, in: *DS* 24/1986, S. 341–357

von der Brelie-Lewin, Doris/Schulze, Rainer: Flucht und Vertreibung – Aufnahme und Seßhaftwerdung. Neue Fragen und Ansätze für einen alten Themenbereich der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 30/1987, S. 94–119

von der Brelie-Lewin, Doris: Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte – Ein Forschungsbericht, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 24–45

von der Brelie-Lewin, Doris: „Dann kamen die Flüchtlinge". Der Wandel des Landkreises Fallingbostel vom Rüstungszentrum im „Dritten Reich" zur Flüchtlingshochburg nach dem zweiten Weltkrieg, Hildesheim 1990

von der Brelie-Lewin, Doris: Im Spannungsfeld zwischen Beharrung und Wandel – Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, Ausgebombte und Flüchtlinge in ländlichen Regionen Niedersachsens, in: Bajohr, Norddeutschland, S. 347–370

Brislin, Richard W. (Ed.), Applied Cross-Cultural Psychology, Newbury Park u. a., 1990

Brosius, Dieter/Hohenstein, Angelika: Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945–1948, Hildesheim 1985

Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform, München ^{3}1990

vom Bruch, Rüdiger (Hrsg.): Weder Kommunismus noch Kapitalismus. Bürgerliche Sozialreform in Deutschland vom Vormärz bis zur Ära Adenauer, München 1985

Brunhöber, Hannelore: Wohnen, in: Benz, Die Bundesrepublik, Bd. 2, S. 183–208
Brzezinski, Zbigniew K.: The permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarism, Cambridge/Mass. 1956
Bucher, Peter (Hrsg.): Nachkriegsdeutschland 1945 (Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd.X), Darmstadt 1990
Buchheim, Chistoph (Hrsg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995
Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Eingliederung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1982
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): DDR-Handbuch, 2 Bde., Köln 1985
Bundesministerium für Vertriebene (Hrsg.): Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemeinschaft. Bericht der ECA Technical Assistance Commission für die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Bundesrepublik, dem Bundeskanzler am 21.März 1951 überreicht, Bonn 1951
Carl, Helmut: Kleine Geschichte Polens, Frankfurt 1960
Cerny, Jochen: Der Aufbau des Eisenhüttenskombinates Ost 1950/51, phil. Diss., Jena 1970
Cerny, Jochen: Die Herausbildung sozialistischer Kollektive und Arbeiterpersönlichkeiten beim Aufbau des Eisenhüttenkombinates Ost (EKO) 1950–1952, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 17/1977, Berlin (-Ost)
Cerny, Jochen (Hrsg.): Wer war wer in der DDR. Ein biographische Lexikon, Berlin ^{2}1992
Christopeit, Gerald: Die Herkunft und Verteilung der Evakuierten, Flüchtlinge und Vertriebenen in der Provinz Mark Brandenburg und ihr Vehältnis zur einheimischen Bevölkerung, in: Wille u. a., Sie hatten alles verloren, S. 86–110
Christopeit, Gerald: Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 38/1995, S. 222–251
Conze, Werner/Lepsius, M. Rainer (Hrsg.): Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart ^{2}1985
Creutzberger, Stefan: Die sowjetischen Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar u. a. 1996
Czerniakiewicz, Jan: Repatriacja ludności polskiej z ZSRR 1944–1948, Warszawa 1987
Dähn, Horst: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: SBZ-Handbuch, S. 544–573
Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968
Dahrendorf, Ralf: Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit, Stuttgart 1992
Davies, Norman: God's playground: A history of Poland, vol.II, New York 1981
Dettmer, Frauke: Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 26/1983, S. 311–324
Deutsch, Karl W.: Politische Kybernetik, Freiburg 1970
Die Betriebszählung 1939 nach Landesbauernschaften, Heft 2: Personalverhältnisse und Maschinenverwendung, hrsg. v. Reichsnährstand (RNSt), o. O. u. o. J.
Die Landwirtschaft Niedersachsens 1914–1964, hrsg. v. d. Albrecht-Thaer-Gesellschaft, Hannover o. J. [1964]
Die Potsdamer Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli – 2. August 1945). Dokumentensammlung, Moskau/Berlin 1986
Die Sudetendeutschen in Nordböhmen. Situation nach 1918, Vertreibung in die Sowjetische Besatzungszone und Ankunft in Sachsen 1945/46. Beiträge eines gemeinsamen deutsch-tschechischen Kolloquiums am 11. Juni 1993 in Aussig an der Elbe/Ustí nad Labem, hrsg. v. Manfred Jahn, Dresden 1993
Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd.I: Ankunft und Aufnahmne 1945, ausgewählt und eingeleitet von Manfred Wille, Wiesbaden 1996
Die Wahrheit dem Volke. Die Oder-Neiße-Friedensgrenze, Berlin (-Ost) o. J.
Dietze, Frank: Entscheidungsstrukturen und -prozesse und der Ost-CDU 1945–1952, in: Richter, u. a., Die Ost-CDU, S. 47–64
Dirksen, Ulrich: Bürgertum auf dem Marsch in den Sozialismus. Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands zwischen Verständigungsbereitschaft, Widerstand und Anpassung (1945–1952), in: *DS* 23/1985, S. 360–388
Ditt, Holdegard. Struktur und Wandel westfälischer Agrarlandschaften, Münster 1965

Długoborski, Wacław: Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel, Göttingen 1981
Dobieszewski, Adolf: Kolektywizcaja wsi polskiej 1948–1956, Warszawa 1993
Doering-Manteuffel, Anselm: Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit, in: *VfZ* 41/1993, S. 1–29
Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralsekretariats und des Parteivorstandes, Bd.I, Berlin (-Ost) 1952
Dokumente zur Bauernbefreiung. Quellen zur Geschichte der demokratischen Bodenreform und sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft im Bezirk Schwerin, bearb. von Siegfried Knutsche und Siegfried Schlombs, Schwerin 1975
Domeinski, Heinz: „Zur Entnazifizierung der Ärzteschaft im Lande Thürungen", in: Thom, u. a., Medizin im Faschismus, S. 250–254
Dreßler, Detlef/Galen, Hans/Spieker, Christoph: Greven 1918–1950, 2 Bde., Greven 1994
Dröge, Kurt (Hrsg.): Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen in und aus dem östlichen Europa, München 1995
Dusik, Bärbel: Die Haida-Steinschönauer Glasindustrie; die Gablonzer Schmuckwarenindustrie, in: Prinz, Integration, S. 464–513
Eberhardt, Piotr: Polska granica wschodnia 1939–1945, Warszawa 1993
Eberhardt, Piotr: Przemiany narodowosciowe na Ukrainie XX wieku, Warszawa 1994
Edding, Friedrich/Lemberg, Eugen: Eingliederung und Gesellschaftswandel, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 1, S. 156–173
Edding, Friedrich: Bevölkerung und Wirtschaft, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 2, S. 1–52
Ediger, Franz: Das Umsiedlerproblem, Berlin (-Ost) 1948
Ehrenforth, W.: Durchführung und Ergebnisse der Flüchtlingssiedlung, in: *Berichte über Landwirtschaft, NF* 37/1959, S. 545–562
Elias, Norbert/Scotson, John L.: Etablierte und Außenseiter, Frankfurt a. M. 1993
Ellwein, Thomas: Zum Problem der Flüchtlingsverwaltung, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 207–215
Enders, Ulrich: Die Bodenreform in der Amerikanischen Besatzungszone 1945–1949 unter besonderer Berücksichtigung Bayerns, Ostfildern 1982
Enders, Ulrich: Die Kirchliche Hilfsstelle München, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 171–186
von Engelhardt, Michael: Biographieverläufe von Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkrieges, in: Bayerisches Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsstand, S. 49–77
Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/ Wilms, Dorothee (Hrsg.): Lexikon des DDR-Sozialismus, Paderborn 1996
Erdmann, Hugo: Von der Landsucht zur Landflucht, in: Bessarabischer Heimatkalender 1951, S. 127–129
Erker, Paul: Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945–1955, Wiesbaden 1988
Erker, Paul: Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990
Erker, Paul: Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Broszat, u. a., Von Stalingrad, S. 367–425
Erker, Paul: Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in *GG* 17/1991, S. 480–511
Erker, Paul: Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: *GG* 19/1993, S. 202–238
Erker, Paul: Hunger und sozialer Konflikt in der Nachkriegszeit, in: Erker, Paul (Hrsg.), Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990, Opladen 1994, S. 392–408
Erler, Peter/Laude, Horst/Wilke, Manfred (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir." Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994
Esser, Hartmut: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse, Darmstadt/Neuwied 1980
Exner, Peter: Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Westdeutschland im Schatten der Bodenreformdiskussion. Kontinuität und Neubeginn in Westfalen, 1945–1949, in: Bauerkämper, Junkerland, S. 181–219

Exner, Peter: Beständigkeit und Veränderung. Konstanz und Wandel traditioneller Orientierungs- und Verhaltensmuster in Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft in Westfalen 1919–1969. Dargestellt am Beispiel zweier münsterländischer Landgemeinden, in: Frese, u. a., Politische Zäsuren, S. 279–326

Exner, Peter: Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1996

Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991

Feirer, Karl/Hiller, Axel: Zur Entwicklung des ostdeutschen Uranbergbaus bis 1960, in: *Sächs. HBl* 41/1995, S. 258–262

Festschrift 150 Jahre Heimat- und Schützenverein St. Ludgerus Heek, hrsg. v. Heimat- und Schützenverein St. Ludgerus Heek, Heek 1985

Festschrift 275 Jahre St. Johannes-Bruderschaft Ottmarsbocholt 1716–1991, hrsg. v. d. St. Johannes-Bruderschaft Ottmarsbocholt, Ottmarsbocholt 1991

Festschrift zum 50jährigen Vereins-Jubiläum SV 1920 Heek, hrsg. v. Sportverien 1920 Heek, Ahaus 1970

Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: *VfZ* 33/1983, S. 308–334

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch, S. 7–57

Foitzik, Jan: Einleitung: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, in: Foitzik, Inventar, S. 7–57

Foitzik, Jan (Bearb.): Inventar der Befehle der Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949 – Offene Serie, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte zusammengestellt und bearbeitet, München u. a. 1995

Fonk, Friedrich: Die Problematik der Sonderbehörden. Zum Verhälnis von allgemeiner und Sonderverwaltung, Köln 1969

Foreign Relations of the United States (FRUS) 1944, vol.1, Washington 1966

Foreign Relations of the United States (FRUS) 1945, vol.3, Washington 1968

Foschepoth, Josef/Steininger, Rolf (Hrsg.): Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985

Foschepoth, Josef: Potsdam und danach: Die Westmächte, Adenauer und die Vertriebenen, in: Benz, Die Vertreibung, S. 86–113

Frantzioch, Marion: Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987

Frantzioch, Marion: Die Vertriebenen als Fremde. Eine soziologische Betrachtung der ersten Nachkriegsjahre, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 32/1989, S. 171–183

Frantzioch, Marion: Die Vertriebenen und ihr Einfluß auf die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: *DS* 32/1995, S. 242–258

Frantzioch-Immenkeppel, Marion: Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration, in: *APuZ*, B 28/1996, S. 3–13

Frantzioch-Immenkeppel, Marion: Vertriebene (Umsiedler), in: Eppelmann, u. a., Lexikon, S. 656–658

Frerich, Johannes/Frey, Martin (Hrsg.): Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herrstellung der Deutschen Einheit, München/Wien 1993

Frese, Matthias/Prinz, Michael (Hrsg.): Politische Zäsuren und Gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996

Frie, Ewald: Die Eingliederung von Flüchtlingen in den Landkreis Münster nach dem Zweiten Weltkrieg – Aspekte eines noch unerforschten Themas, in: *Geschichtsblätter des Kreises Coesfeld* 13/1988, S. 125–131

Friedrich, Thomas: Das Komminform und die SED, in: *BzG* 33/1991, S. 322–335

Fröhlich, Jürgen (Hrsg.): „Bürgerliche" Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994

Fruhmann, Wolfgang: Geographische Untersuchungen zur Eingliederung der Heimatvertriebenen und deren wirtschaftliche und kulturelle Aufbauleistung im Raum Amberg-Sulzbach. Eine Dokumentation, in: *Regensburger Beiträge zur Regionalgeographie und Raumplanung* 1996, S. 1–201

Fulbrook, Mary: Anatomy of a dictatorship: Inside the GDR 1949–1989, Oxford e. a. 1995

Funke, Manfred: 1945: Ein Fragment namens Deutschland. Prägekräfte um Grenzraum zwischen Katastrophe und Neubeginn, in: *APuZ*, B 1–2/1995, S. 11–17

Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945–1952, hrsg. v. d. Bezirksleitungen der SED Neubrandenburg/Rostock/Schwerin. Autorenkollektiv u. a. Siegfried Unverzicht, Rostock 1986

Gesetzblatt der DDR, 1950, 2. Halbjahr

Glaeßner, Gert-Joachim: Herrschaft durch Kader. Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977

Glasl: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte und Berater, Bern/Stuttgart 1994

Glensk, Evelyn: Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg 1945–1953, Hamburg 1994

Glettler, Monika (Hrsg.): Landtagsreden zur bayerischen Vertriebenenpolitik 1946–1950, München 1993

Głębiowski, Janusz W.: Pierwsza lata władzy ludowey w Wojewódstwie Śląsko-Dąbrowskim, Katowice 1965

Graumann, Carl Friedrich: Fremde und Fremdes. Zur Semantik, Phänomenologie und Sozialpsychologie der Fremdheitserfahrung, in: Johanek, Westfalens Geschichte, S. 10–22

Grebing, Helga: Die Parteien, in: Benz, Die Bundesrepublik, Bd. 1, S. 126–191

Grebing, Helga: Begrüßung und Einführung in das Symposion, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 1–5

Grebing, Helga: Zum Begriff der Integration, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 302–304

Gries-Schwerin, Karl: Sozialversicherungsbeiträge und Lohnerhöhung nach dem Tarifvertrag für die Landwirtschaft, in: *Arbeit und Sozialfürsorge* 3/1948, S. 320–322

Gringmuth, Hans F. W.: die Seßhaftmachung der Vertriebenen im Landkreis Herford 1946–1952, in: Schraut, u. a., S. 261–281

Grosser, Christiane/Grosser, Thomas/Müller, Rita/Schraut, Sylvia: Flüchtlingsfragen – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden, 1945–1949, Mannheim 1993

Grosser, Christiane/Grosser, Thomas: Von der Oral History zur sozialwissenschaftlichen Befragung. Forschungsansatz, Methodik und erste Ergebnisse einer retrospektiven Zeitzeugenbefragung zur Integration der Heimatvertriebenen im Landkreis Buchen und im Stadtkreis Mannheim, in: Beer, Zur Integration, S. 179–210

Grosser, Thomas: Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945, in: Grosser, u. a., Flüchtlingsfragen, S. 11–54

Grosser, Thomas: Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung – Anmerkung zum neueren Forschungsstand, in Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 19–30

Gruber, Utta/Kleber, Michaela: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, München 1992

Grünende Wälder – fruchtbare Felder. Die Land- und Forstwirtschaft in Baden-Württemberg, hrsg. v. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Karlsruhe 1963

Günther, Hans: Die Unterbringung der heimatvertriebenen Hochschullehrer, in: *Mitteilungen des Hochschulverbandes* 6/1948, S. 126–129

Habenicht, Gottfried (Hrsg.): Flucht und Vertreibung 50 Jahre danach. Referate der Tagung des Johannes-Künzing-Instituts für ostdeutsche Volkskunde 12. bis 14. Oktober 1995, Freiburg 1996

Haerendel, Ulrike: Flüchtlinge und Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland. Forschung zu ihrer Integration, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 1989, hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990, S. 35–42

Haerendel, Ulrike: Berufliche Mobilität von Flüchtlingen im Nachkriegsbayern, Frankfurt a. M. u. a. 1994

Haertle, Karl-Maria: Der gesetzgeberische Rahmen und die ersten Maßnahmen der Kreditvergabe, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 317–360

Haertle, Karl-Maria: Die Wohnungssituation der Vertriebenen und Flüchtlinge, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 271–314

Hager, Kurt: Erinnerungen, Leipzig 1996

Hajnicz, Artur: Dialog – Założenia, obawy, oczekiwania, in: Polska w Europie, Zeszyt specjalny, hrsg. v. Zespół Ośrodka Studiów Międzynarodowych, Warszawa 1995, S. 8–25

Handbuch des Bistums Münsters, Bd. 2, bearbeitet von Heinrich Börsting, Münster 1946

Handl, Johann/Hermann, Christa: Soziale und berufliche Umschichtung der Bevölkerung in Bayern nach 1945. Eine Sekundäranalyse der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971, München 1974

Handl, Johann/Hermann, Christa: Sozialstruktureller Wandel und Flüchtlingsintegration. Empirische Befunde zur beruflichen Integration der weiblichen Vertriebenen und Flüchtlinge des Zweiten Weltkrieges in Bayern, in: *ZfS* 22/1993, S. 125–140

Handl, Johann, Sozialstrukturelle Aspekte der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Bayern zwischen 1945 und 1971, in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsstand, S. 35–47

Harzberger, Gerd: Die Ankunft vertriebener Sudetendeutscher in Sachsen im Zeitraum Sommer bis Herbst 1945, in: Jahn, Die Sudetendeutschen, S. 65–69

Haupt, Heinz-Gerhardt/Kocka, Jürgen (Hrsg.): Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/New York 1996

Hausen, Karin: Familie und Familiengeschichte, in: Schieder, u. a., Sozialgeschichte, Bd. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, S. 90–136

Haverkamp, Christoph. Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung, Sögel 1991

Heffner, Krystian: Śląsk Opolski. Proces przekształceń ludnościowych i przestrzennych systemu osydnictwa wiejskiego, Opole 1991

Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949–1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994

Heimann, Thomas: Umsiedler im Spiegel von Wochenschau und Film in der Sowjetischen Besatzungszone bis 1949, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 377–393

Heimat- und Rathausspiegel. Informationsschrift der Verwaltung und der Heimatvereine Heek und Nienborg 13/1982–32/1992

Heimatvertriebene Landwirte in Nordrhein-Westfalen, bearbeitet im Sekretariat der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. durch Heinz Griesbach/Harald von Auenmöller, Göttingen 1968

Heisig, Michael: Armenpolitik im Nachkriegsdeutschland (1945–1964). Die Entwicklung der Fürsorgeunterstützungssätze im Kontext allgemeiner Sozial- und Fürsorgereform. Phil. Diss. Bremen 1990

Helbig, Louis F.: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Darstellungen von Flucht, Vertreibung und Eingliederung in der westlichen und östlichen Literatur Deutschlands, in: Wille, Manfred (Hrsg.): 50 Jahre, S. 69–88

Henke, Josef: Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Zur Quellenlage und Historiographie, in: *DS* 32/1995, S. 137–148

Henke, Klaus-Dietmar: Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Benz, Die Vertreibung, S. 49–69

Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit dem Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991

Herbert, Ulrich: Zwangsarbeiter – Vertriebene – Gastarbeiter: Kontinuitätsaspekt des Wanderungsgeschehens in Deutschland, in: Schule, u. a., Flüchtlinge, S. 171–174

Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontolle, Integration, München 1986

Herf, Jeffrey: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MFS-Archiven, in: *VfZ* 42/1994, S. 635–667

Herlemann, Hans-Heinrich: Vertriebene Bauern im Strukturwandel der Landwirtschaft, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 2, S. 53–165

Hettling, Manfred/Huerkamp, Claudia/Nolte, Paul/Schmuhl, Hans-Walter (Hrsg.): Was ist Gesellschaftsgeschichte? Positionen, Themen, Analysen, München 1991

Heuer, Jens-Uwe (Hrsg.): Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1995

Heydemann, Günther. Ein deutsches Sowjetrußland? Zur britischen Beurteilung der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Birke, u. a., Großbritannien, S. 81–94

Hockerts, Hans Günter: Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980

Hockerts, Hans Günter: Ausblick: Bürgerliche Sozialreform nach 1945, in: vom Bruch, Weder Kommunismus noch Kapitalismus, S. 245–273

Hoensch, Jörg: Geschichte Polens, Stuttgart 1983

Hoernle, Edwin: Bodenreform. Eine Wende in der deutschen Geschichte, Rede, Auszug, 19. 9. 1945, in: Bucher, Nachkriegsdeutschland, S. 60–70

Hoffmann, Dierk: Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956, München 1996

Hoffmann, Frank: Flüchtlinge und Einheimische. Beobachtungen in Velbert nach 1945, in: *GiW* 6/1991, S. 162–172

Hoffmann, Johannes/Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang: Flüchtlinge und Vertriebenen im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 12–26

Hohenstein, Angelika: Bauernverbände und Landwirtschaftskammern in Niedersachsen 1945–1954, Hildesheim 1990

Holtmann, Everhard: Flüchtlinge in den 50er Jahren. Aspekte ihrer gesellschaftlichen und politischen Integration, in: Schildt, u. a., Modernisierung im Wiederaufbau, S. 349–361

Hrabovec, Emilia: Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947. Frankfurt a. M. u. a., 1995

Hübler, Ursula: Meine Vertreibung aus Prag. Erinnerungen an den Prager Aufstand 1945 und seine Folgen, hrsg. v. Juliane Wetzel, München 1991

Hübner, Peter: Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre, in: Hübner, Niederlausitzer Industriearbeiter, S. 23–59

Hübner, Peter (Hrsg.): Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, Berlin 1995

Hügen, Ludwig: Das Gesetz „für die Wolfsschlucht". Bodenreformpolitik in Nordrhein-Westfalen 1945–1949, Essen 1991

Hufschmidt, Anke: „... und dann blieben wir doch". Flüchtlinge und Vertriebene in Lippe 1945–1953, Detmold 1994

Hummel, Stefanie: Wiederaufbau und Entwicklung der bayerischen Volkshochschulen nach dem 2. Weltkrieg (1945–1953) (ungedruckte Magisterarbeit am Institut für Bildungs- und Universitätsgeschichte der Universität München)

Hund, Heinrich: Flüchtlinge in einem deutschen Dorf. Eine soziographische Untersuchung über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einbau von Ostvertriebenen in eine Landgemeinde an der Bergstraße, Diss. phil. Heidelberg 1950

Ilien, Albert/Jeggle, Utz/Schelwies, Willi: Verwandtschaft und Verein. Zum Verhältnis zweier Organisationsformen des dörflichen Lebens, in: *Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg* 3 (1974–1977), S. 95–104

Ilien, Albert: Prestige in dörflicher Lebenswelt. Eine explorative Studie, Tübingen 1977

Ilien, Albert/Jeggle, Utz: Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner, Opladen 1978

Jacobmeyer, Wolfgang: „Displaced Persons" in Westfalen als ein zufälliger Regionalismus, in: Johanek, Westfalens Geschichte, S. 128–137

Jahn, Manfred: Auffang- und Quarantänelager 1945/46 in Sachsen. Zeitweilige Stationen vertriebener Sudetendeutscher nach ihrer Ankunft in der Sowjetischen Besatzungszone, in: *SächsHbl* 39/1993, S. 248–255

Jahn, Manfred (Hrsg.): Die Sudetendeutschen in Nordböhmen. Situation nach 1918, Vertreibung in die Sowjetische Besatzungszone und Ankunft in Sachsen 1945/46 (Beiträge eines gemeinsamen deutsch-tschechischen Kolloquiums am 11. 6. 1993 in Aussig), Dresden 1993

Jahn, Manfred: Überlegungen und einige historische Tatsachen zur Ankunft der zwangsausgesiedelten Deutschen aus der Tschecholowakei in Sachsen im Jahre 1946, in: Čechy a Sasko v proměnách dějin – Böhmen und Sachsen im Wandel der Geschichte. Sbornik přispěvků konference 10.–11. 11. 1993 v Usti nad Labem – Sammelband der Beiträge der Konferenz vom 10.–11. 11. 1993 in Aussig an der Elbe, Usti nad Labem 1993, S. 272–280

Jahn, Manfred: Veränderungen wirtschaftlicher und sozialer Strukturen in Sachsen 1945 bis 1947 durch die Ansiedlung Vertriebener, in: Bramke, u. a., Sachsen, S. 302–318

Jansen, Christian/Niethammer, Lutz/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Fs. für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995

Jebens, Heinrich: Der Kleinsthofplan. Gedanken zum Volksneubau, Hamburg 1946

Jeggle, Utz: Kiebingen – eine Heimatgeschichte. Zum Prozeß der Zivilisation in einem schwäbischen Dorf, Tübingen 1977

Jeggle, Utz/Ilien, Albert: Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. Ein Beitrag zur

Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner. in: Wehling, Dorfpolitik, S. 38–53
Jeggle, Utz: Krise der Gemeinde – Krise der Gemeindeforschung, in: Wiegelmann, Gemeinde, S. 101–110
Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in. *GG* 21/1995, S. 96–110
Johanek, Peter (Hrsg.): Westfalens Geschichte und die Fremden, Münster 1994
Jordan, Ulrike: Operation Stork: Kinder im Kontext britischer Flüchtlingspolitik, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 141–160
Just, Regine: Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen 1945–1952, Phil. Diss. A, Magdeburg 1985
Just, Regine: Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der 50er Jahre", in: *ZfG* 35/1987, S. 971–984
Just, Regine: Die Integration der Umsiedler im Land Sachsen, in: *SächsHbl* 35/1989, S. 145–174
Kaden, Mario: Wismut – die „wilde" Zeit, in: *Beiträge zur Geschichte des Landkreises Annaberg* 3/1994, S. 5–28
Kaden, Mario: Die Gründung der SAG/SDAG Wismut – eine Dokumentation, in: *SächsHBl* 41/1995, S. 271–280
Kaelble, Hartmut: Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in: Kaelble, u. a., Sozialgeschichte, S. 559–580
Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994
Kaiser, Jochen-Christoph/Doering-Manteuffel, Anselm (Hrsg.): Christentum in politischer Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland, Stuttgart 1990
Kaiser, Jochen-Christoph: „Klientelbildung und Formierung einer neuen politischen Kultur. Überlegungen zur Geschichte der Bodenreform in Thüringen", in: Bauerkämper, Junkerland, S. 119–131
Kaiser, Monika: Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Kocka, Historische DDR-Forschung, S. 57–86
Kaltenborn, Steffi: Die Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Thüringen (1945–1948), Phil. Diss. A, Magdeburg 1989
Kaltenborn, Steffi: Herausbidung und Entwicklung der Umsiedlergenossenschaften in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 178–192
Kaltenborn, Steffi: Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerkes im Land Thüringen – Utopie oder reale Möglichkeit?, in: Buchheim, Wirtschaftliche Folgelaten, S. 383–402
Kaplan, Karel/Pacl, Vladimir: Tajný prostor Jáchymov, České Budějovice 1993
Karlsch, Rainer: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–1953, Berlin 1993
Karlsch, Rainer: „Ein Staat im Staate". Der Uranbergbau der Wismut AG in Sachsen und Thüringen, in: *APuZ*, B 49–50/1993, S. 14–39
Karlsch, Rainer: Der Aufbau der Uranindustrien in der SBZ/DDR und ČSR als Folge der sowjetischen „Uranlücke", in: *ZfG* 44/1996, S. 5–24
Kaschuba, Wolfgang/Lipp, Carola: Dörfliches Überleben. Zur Geschichte materieller und sozialer Reproduktion ländlicher Gesellschaft im 19. und frühen 20. Jahrhundert, Tübingen 1982
Kaschuba, Wolfgang, u. a. (Hrsg.): Alltagskultur im Umbruch, Weimar 1996
Keiderling, Gerhard (Hrsg.): „Gruppe Ulbricht" in Berlin April bis Juni 1945. Von der Vorbereitung im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993
Keller, Dietmar/Modrow, Hans/Wolf, Herbert (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 1, Bonn 1993
Kersten, Krystyna: U podstaw ksztaltowania się nowej agrarnej Ziem Zachodnich (1945–1947), in: *Polska Ludowa. Materiały i Studia*, Warszawa 1/1962, S. 37–85
Kersten, Krystyna: The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948, Berkeley 1991
Kessler, Ralf/Peter, Hartmut Rüdiger: Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: *VfZ* 43/1995, S. 611–623

Kießling, Wolfgang: Partner im ‚Narrenparadies'. Der Freundeskreis um Noël Field und Paul Merker, Berlin 1994
Kimminich, Otto: Der völkerrechtliche Hintergrund der Aufnahme und Integration der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Bayern, München 1993
Kimminich, Otto: Flucht und Vertreibung, Aufnahme in Bayern: Der völkerrechtliche Hintergrund, in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsstand, S. 17–34
Kindermann, Adolf: Religiöse Wandlungen und Probleme im katholischen Bereich, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 3, S. 92–158
Kirchner, Norbert/Pahs, Stephan: Zur volkskundlichen Vereinsforschung und regionalen Differenzierung des Schützenwesens in Westfalen, in: *WF* 39/1989, S. 283–315
Kirchner, Norbert: Westfälisches Schützenwesen im 19. und 20. Jahrhundert: Wandel und gegenwärtige Stellung, Münster/New York 1992
Kleßmann, Christoph: „Das Haus wurde gebaut aus Steinen, die vorhanden waren" – zur kulturgeschichtlichen Kontinuitätsdiskussion nach 1945, in: *TAJB* 19/1990, S. 159–177
Kleßmann, Christoph: Die Beharrungskraft traditioneller Milieus in der DDR, in: Hettling, u. a., Was ist Gesellschaftsgeschichte?, S. 146–154
Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn 51991
Kleßmann, Christoph: Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *APuZ*, B 29–30/1993, S. 30–41
Kleßmann, Christoph: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR, in: Kaelble, u. a., Sozialgeschichte, S. 254–270
Kloosterhuis, Jürgen: Schwarz-Weiß-Grüne Landgemeinden. Senden und seine Verwaltung in der preußischen Provinz Westfalen, 1816 bis 1914, in: Senden. Eine Geschichte der Gemeinde Senden mit Ottmarsbocholt, Bösensell und Venne, hrsg. v. d. Gemeinde Senden, Senden 1992, S. 395–454
Kluge, Ulrich: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Vorgeschichte (1918–1948), Die Ära Niklas (1949–1953), Die Ära Lübke (1953–1959), Die Ära Schwarz (1959–1965), Hamburg 1989
Kocka, Jürgen: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: Kocka, Historische DDR-Forschung, S. 9–26
Kocka, Jürgen (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993
Kocka, Jürgen: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: *APuZ*, B 40/1994, S. 34–45
Kocka, Jürgen: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble, u. a., Sozialgeschichte, S. 547–553
Kocka, Jürgen: 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Stern, u. a., Wendepunkte, S. 159–192
Kocka, Jürgen: 1945 nach 1989/90. Zur sich wandelden Bedeutung des Endes von NS-Diktatur und Krieg, in: Jansen, u. a., Von der Aufgabe, S. 599–608
Kocka, Jürgen: Historische Komparatistik in Deutschland, in: Haupt, u. a., Geschichte, S. 47–60
Köllmann, Wolfgang: Die Bevölkerungsentwicklung der Bundesrepublik, in: Conze, u. a., Sozialgeschichte, S. 66–114
König, René (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Bd. 2, Stuttgart 1969
Kötter, Herbert: Stadt-Land-Soziologie, in: König, Handbuch der Empirischen Sozialforschung, S. 604–621
Kötter, Herbert: Vorschläge und Hypothesen für die Erforschung der Rolle der Vertriebenen bei den Veränderungsprozessen in der Landwirtschaft und den ländlichen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland seit 1946, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 239–244
Kohl, Wilhelm (Hrsg.): Westfälische Geschichte. 3 Textbände und 1 Bild- und Dukomentationsband, Düsseldorf 1982–84
Kornrumpf, Martin: In Bayern angekommen. Die Eingliederung der Vertriebenen. Zahlen – Daten – Namen, München 1979
Kowalczuk, Ilko-Sascha/Mitter, Arnim/Wolle, Stefan (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die ‚Innere Staatsgründung' der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995
Kowalski, Zbigniew: Kształtowanie się władzy ludowej na terenie miasta Opola w latach 1945–1946 (ungedruckte Quellensammlung), Opole, Instytut Śląski
Kowalski, Zbigniew: Repolonizacja, życie polityczne i gospodarcze na Sląsku Opolskim w 1. 1945–1948 (ungedruckte Sammlung von Presseartikeln aus den Jahren 1945–1948), Opole, Instytut Slaski
Krallert-Sattler, Gertrud (Hrsg.): Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, Wien 1989

Kratzsch, Gerhard: Vereinsbildung und Vereinswesen, in: *WF* 39 (1989), S. 1–17
Krause, Michael: Vertrieben im eigenen Land. Evakuierung während des Zweiten Weltkrieges und der Versuch der Wiedereingliederung entwurzelter Städter zwischen 1945 und 1963, Düsseldorf 1996
Krauss, Marita: „Deutsche sind Deutsche ... Gleichgültig aus welchem Teil Deutschlands sie stammen." Flüchtlinge und Vertriebene im Trümmermünchen, in: Prinz, Trümmerzeit, S. 320–329
Krauss, Marita: Nachkriegskultur in München. Münchner städtische Kulturpolitik 1945–1954, München 1985
Krauss, Marita: Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Phänomen, in: Beer, u. a., Migration
Krauss, Marita: Symbolische Herrschaft und moderner Staat. Zur Gesellschaft in Bayern und Preußen in der Mitte des 19. Jahrhunderts (Habilschrift masch. München 1994), Frankfurt a. M. 1997
Krauss, Marita: Heimkehr der Vefemten? Emigranten, Verfolgte und München nach 1945 [Druck in Vorbereitung]
Krellenberg, Hans-Ulrich: Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945–1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin), Diss. A, Universität Rostock 1970 (MS)
Kromka, Franz: Die Bedeutung von Ehe und Familie für die ländliche Gesellschaft, in: *ZAA* 39 (1989), S. 214–232
Kronawitter, Hildegard: Ein politisches Leben. Gespräche mit Volkmar Gabert, München 1996
Krug, Martina/Mundhenke, Karin: Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln 1945–1952, Hildesheim 1988
Kuntsche, Siegfried: Bauern im Interessenkonflikt. Die Situation vor der Staatsgründung 1949, in: Scherstjanoi, Provisorium, S. 231–235
Kuntsche, Siegfried: Die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft, in: Keller, u. a., Ansichten, S. 191–210
Kuntsche, Siegfried: Die Bodenreform in der SBZ – Versuch einer Neubefragung der Geschichte, in: Protokoll anläßlich des 50. Jahrestages der demokratischen Bodenreform am 2. September 1995 in Kyritz, hrsg. v. d. Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Berlin o. J. (1996), S. 12–20
Kusiak, Franciszek: Osadnictowo wiejskie w środkowych i północnych powiatach Dolnego Śląska w latach 1945–1949, Wrocław 1982
Landmann, Michael: Das Fremde und die Entfremdung, in: Schrey, Entfremdung, S. 180–219
Lanzinner, Maximilian: Zwischen Sternenbanner und Bundesadler, Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996
Laufer, Jochen: „Genossen, wie ist das Gesamtbild?" Ackermann, Ulbricht und Schottka in Moskau im Juni 1945, in: *DA* 29/1996, S. 355–371
Le Goff, Jacques/Nora, Pierre: Faire de l'histoire, Bd. 3: Nouveaux objets, Paris 1974
Le Goff, Jacques: Les Mentalités. Une histoire ambigue, in: Le Goff, u. a., Faire de l'histoire, Bd. 3: Nouveaux Objets, S. 106–129
Lehmann, Albrecht: Im Fremden ungewollt zuhaus. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945–1990, München 1991
Lehmann, Albrecht: Erinnern und Vergleichen. Flüchtlingsforschung im Kontext heutiger Migrationsbewegungen, in: Dröge, Alltagskulturen, S. 15–30
Lemberg, Eugen/Krecker Ludwig (Hrsg.): Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluß des Vertriebenen-Zustroms, Marburg 1950
Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Bd. 1, Kiel 1959
Leonhard, Wolfgang. Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1990 (1. Auflage 1955)
Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wirtschaft, S. 371–393
Leslie, B. F.: The History of Poland since 1863, Cambridge 1980
Lipp, Wolfgang: Bürokratie, Partizipative und Kaderorganisation als Institut sozialer Steuerung, in: *Die Verwaltung* 11/1978, S. 3–25
Lipp, Wolfgang: Bürokratien und Kader. Parteien und Beteiligung, in: Remer, Verwaltungsführung, S. 231–268

Liszka, Józef: Wkład kościola tworzenia się nowego społeczeństwa w diecezji opolskiej w latach 1945–1951, Katolicki Uniwersytet Lubelki 1971 (ungedruckte Dissertation an der katholischen Universität Lublin)

Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart ^{2}1984

Ludz, Peter Christian: Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Parteiführung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Köln/Opladen ^{3}1970

Lüttig, Andreas: Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958, Essen 1993

Lüttinger, Paul: Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: *ZfS*, 15/1986, S. 20–36

Lüttinger, Paul: Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse, Frankfurt a. M./New York 1989

Łukaszów, Jan: Walki polsko-ukraińskie 1943–1947, in: Zeszyty Historyczne 90/1989, S. 159–199

Madajczyk, Piotr: Przyłączenie Śląka Opolskiego do Polski 1945–1948, Warszawa 1996

Maetzke, Heinrich: Der Union Jack in Berlin. Das britische Foreign Office, die SBZ und die Formulierung britischer Deutschlandpolitik 1945/47, Konstanz 1996

Magieska, Anna: Przywrócić Polsce. Przemysł na Ziemiach Odzyskanych 1945–1946, Warszawa 1986

Mai, Gunther. Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995

Maier, Jörg/Tullio, Germano: Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern, München 1996

Malecki, Hans Joachim: Die Heimatvertriebenen in Niedersachsen, Hannover 1951

Malecki, Hans Joachim. Die wirtschaftliche Eingliederung der Flüchtlinge in Niedersachsen, in: Niedersachsen und das Flüchtlingsproblem, H. 3: Aufbau aus eigener Kraft, Hannover 1951, S. 27–46

Marquardt-Bigman, Petra: Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949, München 1995

Marrus, Michael: The Unwanted. European Refugees in the Twentieth Century, New York/Oxford 1985

Marschalck, Peter: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1984

Baron von Maydell, Bernd/Ruland, Franz (Hrsg.): Sozialrechtshandbuch (SRH), Neuwied 1988

Mehlhaase, Torsten: Erste Bestrebungen zur Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Sachsen-Anhalt 1945 bis 1949 unter besonderer Berücksichtigung der Sudetendeutschen, in: *Bohemia* 33/1992, S. 338–353

Mehlhaase, Torsten: Die SED und die Vertriebenen. Versuche der politischen Einflußnahme und der „Umerziehung" in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt, in: Wille, u. a., Sie hatten alles Verloren, S. 159–178

Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der Klassenbewegung zur Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München 1992

Mehringer, Hartmut (Hrsg.): Von der SBZ zu DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995

Meinicke, Wolfgang: Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945–1952, in: *ZfG* 36/1988, S. 867–878

Meinicke, Wolfgang: Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone. Ein kurzer historischer Überblick, in: von Plato u. a., Alte Heimat, S. 23–81

Meinicke, Wolfgang: Probleme der Integration der Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 35/1992, S. 1–31

Meinicke, Wolfgang: Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 55–86

Meinicke, Wolfgang: Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper, Junkerland, S. 133–151

van Melis, Damian: Denazification in Mecklenburg-Vorpommern, in: *GH* 1995, S. 355–370

van Melis, Damian: Herrschaft, Verwaltung und Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1948, Diss. phil., Münster 1995
von Merkatz, Hans-Joachim (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene/Flüchtlinge/Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration, Düsseldorf 1979
Merker, Paul: Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems, hrsg. v. Zentralsekretariat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1947
Merz, Hans-Georg: Bodenreform in der SBZ. Ein Bericht aus dem Jahre 1946, in: *DA* 24/1991, S. 1159–1170
Messerschmidt, Rolf: Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945–1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung, Wiesbaden 1994
Messerschmidt, Rolf: Wie können wir die ‚Flüchtlinge' zu ‚Bürgern' machen? Der Eingliederungsauftrag und seine Umsetzung in Hessen, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 241–260
Meuschel, Sigrid: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1898, Frankfurt a. M. 1992
Meuschel, Sigrid: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: *GG* 19/1993, S. 5–14
Meyer, Enno: Grundzüge der Geschichte Polens, 3. erw. Auflage, Darmstadt 1990
Middelmann, Werner: Entstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 1, S. 276–299
Möller, Horst/Mehringer, Hartmut: Die Außenstelle Potsdam des Institutes für Zeitgeschichte, in: *VfZ* 43/1995, S. 173–186
Möller, Horst: Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: *APuZ*, B 18–19/1995, S. 3–9
Mooser, Josef: Abschied von der „Proletarität". Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Conze, u. a., Sozialgeschichte, S. 143–186
Mückenberger, Christiane/Jordan, Günter: „Sie sehen sich selbst, sie hören sich selbst . . ." Die DEFA von ihren Anfängen bis 1949, Marburg 1994
Müller, Karl Valentin: Die soziale Wirklichkeit des deutschen Dorfes von heute, in: Das Dorf. Gestalt und Aufgabe ländlichen Zusammenlebens, Hannover 1954, S. 25–35
Müller, Karl Valentin: Die Verschwägerung (Konnubium) als soziologischer Maßstab für die Einwurzelung der heimatvertriebenen Bevölkerungsgruppen, in: *Raum und Gesellschaft* 1/1959, S. 117–133
Müller, Georg/Simon, Heinz: Aufnahme und Unterbringung, in: Lemberg, u. a., Die Vertriebenen, Bd. 1, S. 300–446
Müller, Werner: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in: SBZ-Handbuch, S. 481–514
Müller, Winfried: Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Besatzungsmacht 1945–1949, München 1995
Müller, Winfried: Die Universitäten Erlangen, München und Würzburg nach 1945. Zur Hochschulpolitik in der amerikanischen Besatzungszone, in: Maximilian Lanzinner (Hrsg.), Bayern nach 1945 [im Druck]
Müns, Heike: Volksbrauch, in: Bentzien, u. a., Mecklenburgische Volkskunde, S. 366–375
Muncke, Thomas: Nachkriegsjahre im Kreis Steinfurt, Steinfurt 1986
Murken, Jens: Die Transformation der Bäuerlichen Gesellschaft Mecklenburgs in den Jahren 1945 bis 1952, Magisterarbeit, Münster 1994
Naimark, Norman M.: The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949, Harvard 1995
Nehring, Christel/Piskol, Joachim: Zur führenden Rolle der KPD in der demokratischen Bodenreform, in: *ZfG* 28/1980, S. 324–339
Nehring, Christel: Zur sozialen Entwicklung der Bauern in der DDR 1945–1960, in: *ZAA* 41/1993, S. 66–76
Neumann, Gerald: Die Medien und die Flüchtlingsfrage in Bayern von 1945 bis 1953, München 1994
Neumann, Gerald: Die Medien und die Flüchtlingsfrage in Bayern von 1945 bis 1953, in: Bayerisches Staasministerium für Arbeit und Sozialforschung, Forschungsstand, S. 93–101
Neutatz, Dietmar: Deutsche Bauern in den Steppen Rußlands. Die Wolga- und Schwarzmeerdeutschen von der Ansiedlung bis zur Deportation, in: Deutsche im Osten. Geschichte, Kultur, Erinnerungen, hrsg. v. Deutschen Historischen Museum Berlin, München/Berlin 1994, S. 129–148

Niethammer, Lutz (Hrsg.): Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der Oral History, Frankfurt a. M. 1980

Niethammer, Lutz: Flucht ins Konventionelle? Einige Randglossen zu Forschungsproblemen der deutschen Nachkriegsmigration, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 316–323

Niethammer, Lutz: Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Niethammer, u. a., „Wir kriegen jetzt andere Zeiten", S. 392–445

Niethammer, Lutz/ von Plato, Alexander (Hrsg.): „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 3, Berlin/Bonn 1991

Niggemann, Josef: Strukturwandel der Landwirtschaft im technischen Zeitalter, in: *WF* 40 (1990), S. 483–500

Nimptsch, Reinhold: Die Heimatvertriebenen und die übrigen sozial schwachen Volksgruppen, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1/1950, S. 462–470

Nitschke, Klaus: Das Leben ging auch in Mecklenburg weiter, in: Heimatkalender 1996. Jahrbuch der Deutschen in Bessarabien, S. 75–78

Nowak, Kurt: Christentum in politischer Verantwortung. Zum Protestantismus in der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949), in: Kaiser, u. a., Christentum, S. 42–62

Nowakoski, Stefan: Adaptacja ludności na Śląsku Opolskim, Poznań 1957

Osękowski, Czesław: Społenczeństwo Polki zachodniej i północnej w latach 1945–1956, Zielona Góra 1994

Osmond, Jonathan: Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der SBZ/DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Bessel, u. a., Die Grenzen, S. 137–169

Ottmarsbocholt. Geschichte und Geschichten 7/1986 u. 8/1987

Ottofülling, Frank: Blockpolitik und Neubauhilfe 1946/47. Die Zusammenarbeit der SED mit CDU und LDPD auf dem Lande, in: *ZfG* 36/1988, S. 581–594

Palmer, Siegfried: Die Eingliederung vertriebener und geflüchteter Landwirte, in: von Merkatz, Aus Trümmern, S. 83–128

Pape, Petra: Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Mark Brandenburg, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 110–132

Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Fröhlich, „Bürgerliche" Parteien, S. 25–45

Pelly, M. E./Yasamee H.-J. (Hrsg.): Documents on British Policy Overseas, Series I, Bd. 5, London 1990

Petzina, Dietmar: Industrieland im Wandel (1945–1980), in: Kohl, Westfälische Geschichte, Bd. 3, S. 439–532

Petzina, Dietmar/Euchner, Walter (Hrsg.): Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984

Petzina, Dietmar: Kontinuität oder Neubeginn? Aspekte wirtschaftlicher Rekonstruktion nach 1945, in: Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie. Fs. für Helga Grebing, Essen 1995, S. 258–269

Pfeil, Elisabeth: Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende, Hamburg 1948

Pfeil, Elisabeth: Soziologische und psychologische Aspekte der Vertreibung, in: Europa und die deutschen Flüchtlinge. Mit Beiträgen von Gabriele Wülker u. a., Frankfurt 1952, S. 40–71

Pflaum, Renate: Die Vereine als Produkt und Gegengewicht sozialer Differenzierung, in: Wurzbacher, Das Dorf, S. 151–182

Pieck, Wilhelm: Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908–1950, Bd. 2, Berlin 1954

Pietsch, Martina/Jahn, Manfred: Regionale Spezifika der Ansiedlung vertriebener Deutscher in Sachsen 1945–1948. Eine Fallstudie zum Kreis Borna, in: *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* 4/1995, S. 81–89

Piskol, Joachim: Zur Entwicklung der agrarpolitischen Konzeption der KPD 1935 bis 1945, in: Historiker-Gesellschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Wissenschaftliche Mitteilungen, 1982/II, S. 55–59

Piskol, Joachim, u. a.: Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945–1949), Berlin (-Ost) 1984

Planck, Ulrich/Ziche, Joachim: Land- und Agrarsoziologie. Einführung in die Soziologie des ländlichen Untersuchungsraumes und des Agrarbereiches, Stuttgart 1979

von Plato, Alexander/Meinicke, Wolfgang: Alte Heimat – Neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991
von Plato, Alexander: Fremde Heimat. Zur Integration von Flüchtlingen und Einheimischen in die neue Zeit, in: Niethammer, u. a., „Wir kriegen jetzt andere Zeiten", S. 172–219
von Plato, Alexander: „Wir leben auch unter keinem anderen Stern wie ihr." Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung mit Umgesiedelten in der SBZ und in der DDR, in: von Plato, u. a., Alte Heimat, S. 83–247
Priebe, Hermann: Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf 1954
Prinz, Friedrich: Integration und Neubeginn. Dokumentation über die Leistungen des Freistaates Bayern und des Bundes zur Eingliederung der Wirtschaftsbetriebe der Vertriebenen und Flüchtlinge und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 2 Bde., München 1984
Prinz, Friedrich (Hrsg.): Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Großstadt im Aufbruch 1945–1948/49, München 1984
Prinz, Friedrich: Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen – Sach- und Methodenprobleme im Forschungsfeld: Das Beispiel Bayern, in: Schulze, u. a., Flüchtlinge, S. 252–263
Projekty osadnictwa, memoriały do władz państwowych, in: Polska Ludowa. Materiały i Studia, Warszawa 5/1966, S. 130–176
Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (-Ost) 1947
Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 2 Bde., Berlin (-Ost) 1951
Pscheidt, Edgar: Die Kreditierung der heimatvertriebenen Spezialindustrie, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 404–459
Pscheidt, Edgar: Die Flüchtlingslager, in: Prinz, Integration und Neubeginn, S. 197–270
Pscheidt, Edgar: Als Flüchtling in Bayern. Zwischen Integration, Auswanderung und Rückkehr, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 53/1990, S. 103–131
Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1989
Remer, Andreas (Hrsg.): Verwaltungsführung. Beiträge zu Organisation, Kooperationsstil und Personalarbeit in der öffentlichen Verwaltung, Berlin u. a. 1982
Richter, Michael: Defizite bei der Erforschung des politischen Systems und der Parteien der SBZ/DDR – ein Diskussionsbeitrag, in: Timmermann, DDR-Forschung, S. 161–166
Richter, Michael/Rißmann, Martin (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar u. a. 1995
Roesler, Jörg: The Refugee Problem in the Soviet Occupation Zone 1945–1949, in: *GDR Monitor* 21/1989, S. 1–20
Rößler, Ruth-Kristin (Hrsg.): Die Entnazifizierungspolitk der KPD/SED 1945–1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994
Rosenfeldt: Nicht einer... viele sollen leben. Landreform in Schleswig-Holstein 1945–1950, Kiel 1991
Rudolph, Hartmut: Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972, Bd. 1: Kirchen ohne Land, Göttingen 1984
Rudolph, Irmhild: Kader – Intelligenz – Elite. Zu einigen herrschaftssoziologischen Aspekten der Sozialstruktur der DDR, in: *DA.* Sonderheft 30 Jahre DDR, Köln 1979, S. 123–135
Rusche, Michael: Die Eingliederung der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Wohnraumproblematik, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 133–147
Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 bis 1929, Bd. 3: Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus, Stuttgart u. a. 1988/1992
Sallinger, Barbara: Die Integration der Heimatvertriebenen im Landkreis Günzburg nach 1945, München 1992
Sandford, Gregory W.: From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany 1945–46, Princeton 1983
Sauermann, Dieter: Hauptfeste in Westfalen, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 22/1976, S. 152–180

SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, hrsg. v. Martin Broszat und Hermann Weber, München ²1993

SBZ von 1945 bis 1954. Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945–1954, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1961

Schapper, Theodor: Die Durchführung der Flüchtlingssiedlung im Bundesgebiet. Eine Zwischenbilanz, in: Die Eingliederung der heimatvertriebenen Landwirte in die westliche Landwirtschaft, Hannover 1952, S. 71–95

Schelsky, Helmut: Die Flüchtlingsfamilie, in: *KZfSS* 3 (1950), S. 159–177

Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): „Provisorium für längstens ein Jahr". Protokoll des Kolloquiums: Die Gründung der DDR, Berlin 1993

Schieder, Theodor: Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Bonn 1953–1961

Schieder, Wolfgang/Sellin, Volker (Hrsg.): Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 2, Göttingen 1986

Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hrsg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993

Schlange-Schöningen, Hans: Im Schatten des Hungers – Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949, Hamburg/Berlin 1955

Schlau, Wilfried. Die Eingliederung aus gesellschaftlicher Sicht, in: von Merkatz, Aus Trümmern, S. 151–162

Schlesinger, Karin: Die Integration von Flüchtlingen in den Amtsbezirk Gescher nach 1945, in: Westmünsterland. Jahrbuch des Kreises Borken 1992, S. 112–116

Schlögl, Rudolf/Schwartz, Michael/Thamer, Hans-Ulrich: Konsens, Konflikt und Repression. Zur Sozialgeschichte des politischen Verhaltens in der NS-Zeit, in: Schlögl, u. a., Zwischen Loyalität und Resistenz, S. 9–30

Schlögl, Rudolf/Thamer, Hans-Ulrich (Hrsg.): Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen, Münster 1996

Schmidt, Ute: Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987

Schmidt, Ute: Zweifacher Heimatverlust – Integration ohne Revanchismus. Ein Forschungsprojekt über die Bessarabiendeutschen in der Bundesrepublik, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 32/1989 S. 357–384

Schmidt, Ute: „Arbeiten – und nicht verzweifeln. . .", in: Heimatkalender 1995. Jahrbuch der Deutschen aus Bessarabien, S. 95–112

Schmidt, Ute: Fremde in der Urheimat. Bessarabiendeutsche in der Bundesrepublik und in der SBZ/DDR, in: Wille, 50 Jahre, S. 164–176

Schneider, Andreas: Das Landproletariat der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46. Veränderungen in seinem Bestand, seiner Struktur und gesellschaftlichen Rolle zu Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (Studie zu den Anfängen des Wachstumsprozesses einer Zweiggruppe der Arbeiterklasse der DDR), Diss. A, Universität Leipzig 1983 (MS)

Schneider, Dieter-Marc: Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, in: SBZ-Handbuch, S. 239–243

Schneider, Uwe: Bemerkungen zur Ansiedlung sudetendeutscher Antifaschisten aus der CSR und zu ihrer Aufnahme in Sachsen 1945 bis 1946, in: Jahn, Die Sudetendeutschen, S. 78–85

Schöneberg, Karl-Heinz: Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949, Berlin (-Ost) 1983

Scholze-Irrlitz, Leonore: „Umsiedler" im Lankreis Beeskow/Storkow, in: Kaschuba, u. a., Alltagskultur, S. 135–149

Schraut, Sylvia: Zwangswanderung nach 1945 und ihre sozialen Folgen. Die Aufnahme der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Württemberg-Baden 1945–1949, in: Grosser, u. a., Flüchtlingsfragen, S. 164–196

Schraut, Sylvia: Zwischen Assimilationsdiktat und Fürsorgeverpflichtung. Die amerikanische Besatzungsmacht und die Flüchtlinge, in: Beer, Zur Integration, S. 77–93

Schraut, Sylvia/Grosser Thomas (Hrsg.): Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996

Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt, München 1995

Schrey, Heinz-Horst (Hrsg.): Entfremdung, Darmstadt 1975
Schreyer, Klaus: Bayern – ein Industriestaat, München 1969
Schröder, E.: Gesundheit und Gesundheitspflege der Landbevölkerung, Hannover 1952,
Schröder, E.: Sport und Leibesübungen, in: Schröder, Gesundheit, S. 48–50
Schüttler, Adolf: Rödingenhausen im Ravensberger Land. Ökologisch-ökonomische Strukturen und Wandlungen, Rödingenhausen o. J.
Schultz, Joachim: Der Funktionär in der Einheitspartei und Bürokratisierung in der SED, Stuttgart-Düsseldorf 1956
Schulz, Dieter: Probleme der sozialen und politischen Entwicklung der Bauern und Landarbeiter in der DDR von 1949 bis 1955, Diss. A, Humboldt-Universität Berlin 1984 (MS)
Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt a. M. ^{2}1992
Schulze, Rainer/von der Brelie-Lewien, Doris/Grebing, Helga (Hrsg.), Flüchtlinge und Vetriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987
Schulze, Rainer: Zuwanderung und Modernisierung – Flüchtlinge und Vertriebene im ländlichen Raum, in: Bade, Neue Heimat, S. 81–105
Schulze, Rainer: „Die Ansprüche kamen erst später". Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen, in: *DS* 32/1995, S. 259–287
Schulze-Westen, Irmgard: Das Flüchtlingsproblem. Ein repräsentatives Beispiel für die Notwendigkeit des Lastenausgleichs, Hamburg 1948
Schwarze, Gisela: Die politische Entwicklung im Regierungsbezirk Münster vom Zusammenbruch 1945 bis zu den ersten Kommunalwahlen 1946, Düsseldorf 1984
Schwartz, Michael: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ, in: Mehringer, Von der SBZ zur DDR, S. 43–96
Schwartz, Michael: Vom ‚Flüchtling' zum Neubürger. Vertriebenenintegration als gesellschaftliches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaften, in: Transodra. Deutsch-polnisches Informationsbulletin, April 1995, hrsg. v. d. Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg e. V., S. 26–39 (zugleich auch in polnischer Übersetzung)
Schwartz, Michael: Kontrollierte Partizipation. Die ‚Umsiedler-Ausschüsse' der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945–1949, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 161–191
Schwartz, Michael: Besatzer und Vertriebene. Beobachtungen zur Rolle der SMA in der ‚Umsiedler'-Politik der SBZ, in: Wille, 50 Jahre, S. 189–201
Schwartz, Michael: Vertreibung und Vergangenheitspolitik. Ein Versuch über geteilte deutsche Nachkriegsidentitäten, in: *DA* 30/1997, S. 177–195
Schwarze, Gisela: Die politische Entwicklung im Regierungsbezirk Münster vom Zusammenbruch 1945 bis zu den ersten Kommunalwahlen 1946, Düsseldorf 1984
Schwarzenbach, Rudolf: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975), Köln 1976
Schwedt, Herbert: Heimatvertriebene in württembergischen Landgemeinden, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 12/1969, S. 27–40
Schwonke, M.: Art. „Pendler", in: Bernsdorf, Wörterbuch, S. 794–796
Serafin, Franciszek: Osadnictwo wiejskie i miejskie w województwie Śląsko-Dąbrowslim w latach 1945–1948, Katowice 1973
Seraphim, Peter-Heinz: Die Heimatvertriebenen in der Sowjetzone, Berlin 1954
Sieder, Reinhard: Sozialgeschichte der Familie, Frankfurt a. M. 1987
Siewert, H.-Jörg: Der Verein. Zur lokalpolitischen und sozialen Funktion der Vereine in der Gemeinde, in: Wehling, Dorfpolitik, S. 65–83
Simonides, Dorota: Problem unifikacji narodowej na Śląsku na przykładzie Kędzierzyna, in: Znak 55/1959, S. 3–22
Sitzungsprotokolle 1. Wahlperiode, Bd.I.1, Beratende Versammlung des Landes Sachsen, Vollsitzungen des Sächsischen Landtages, 1.–38. Sitzung, 22. 11. 1946–27. 2. 1948, Frankfurt a. M. 1991
Śląsko-Dąbrowski Prezegląd Administracyjny, Jg. 2, 1/1947
Śniadecki, Janusz: Die Aussiedlung der Deutschen aus Mittel- und Ostpommern 1945/46 und die polnische Ansiedlungspolitik, in *DS*, 33/1995, S. 201–215

Sommer, Karl-Ludwig: Zwischen nationalen Rechtswahrungsansprüchen, ‚kirchlicher Neuordnung' und praktizierter Nächstenliebe: Die evangelische Kirche und die Flüchtlinge in den ersten Nachkriegsjahren, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 395–420

Springer-Liepert, Anita: „Bodenreformsperrvermerk gelöscht..."? Rechtsmittelvorfeld bei einem ländlichen Abwicklungsgeschehen, in: *Berliner Debatte. Initial* 4/1996, S. 43–52

Staněk, Tomaš: Odsun Němců z Československa 1945–1947, Praha 1991

Staněk, Tomaš: Politischer Hintergrund und Organisation der Aussiedlung der Deutschen aus den böhmischen Ländern von Mai bis August 1945, in: Odsun – Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Begleitblatt zur Austellung, München 1995, S. 113–152

Stang, Werner (Hrsg.): Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995

Stankowski, Witold: Zur Aussiedlung der Deutschen aus Pommerellen in den Jahren 1945–1950. Ein Forschungsbericht, in: *DS* 33/1995, S. 216–225

Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1995 (dritte überarbeitete und erweiterte Neuauflage)

Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 27: Struktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Heft 2: Zusammenfassende Auswertung der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 22. Mai 1949, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Köln 1954

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen 4 (1952), 2. Sonderheft: Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1950. 2. Berufszählung, hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1952

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1952

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960, hrsg. v. Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1960

Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen 9 (1962), hrsg. v. Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1962

Steding, Rolf: Agrarrecht/LPG-Recht, in: Heuer, Die Rechtsordnung, S. 75–94

Stefanski, Valentina Maria: Zuwanderungsbewegungen in das Ruhrgebiet von den „Ruhrpolen" im späten 19. Jahrhundert bis zu den ausländischen Arbeitnehmern unserer Tage, in: *WF* 39/1989, S. 408–429

Steinberg, Hans Günther: Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland im Zweiten Weltkrieg mit einem Überblick über die Entwicklung von 1945 bis 1990, Bonn 1991

Steinert, Johannes-Dieter: Vertriebenenverbände in Nordrhein-Westfalen 1945–1954, Düsseldorf 1986

Steinert, Johannes-Dieter: Die große Flucht und die Jahre danach. Flüchtlinge und Vertriebene in den vier Besatzungszonen, in: Volkmann, Ende des Dritten Reiches, S. 557–579

Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hrsg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt a. M. ^{2}1994

Stelzle, Walter: Die Evangelische Kirche und die Vertriebenen, in: Prinz, Integrationund Neubeginn, S. 187–193

Stöckigt, Rolf: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin (-Ost) 1964

Stöckigt, Rolf: Die Gründung der SED und ihre Bedeutung für das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in: *ZfG* 14/1966, S. 197–207

Stößel, Frank Thomas: Positionen und Strömungen in der KPD/SED 1945–1954, Köln 1995

Storbeck, Dietrich: Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, Berlin 1964

Streibel, Robert (Hrsg.): Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung, Wien 1994

Suckut, Siegfried: Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR 1945–1952, in: Weber, Parteiensystem, S. 117–178

Sywottek, Arnold: Flüchtlingseingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung, in: *APuZ*, B 51/1989, S. 38–46

Szczególa, Hieronim: Die Aussiedlung der Deutschen vor der Potsdamer Konferenz, in: Transodra (April) 1995, Dokumentation der Tagung „Grenze und Grenzbewohner – Nachbarn und Fremde" von 2.–4. 12. 1994 in Gubin/Guben, S. 55–61

Tarnow, Robert: Die Grundlagen und Möglichkeiten der ländlichen Siedlung in Nordwestdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Diss., Universität Kiel 1952 (MS)

Tenfelde, Klaus: Bayerische Wirtschaft und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mehringer, Von der Klassenbewegung, S. 9–19
Tenhumberg, Heinrich: Grundzüge im soziologischen Bild des deutschen Dorfes, in: Landvolk in der Industriegesellschaft, Hannover 1952, S. 20–50
Tennstedt, Florian: Geschichte des Sozialrechts, in: Baron von Maydell, u. a., Sozialrechtshandbuch, S. 66–113
Teppe, Karl: Trümmergesellschaft im Wiederaufbau, in: *APuZ;* B 18–19/1995, S. 22–33
Terpitz, Werner: Wege aus dem Osten. Flucht und Vertreibung einer ostpreußischen Pfarrersfamilie, bearb. von Michael Schwartz, München 1997
Thamer, Hans-Ulrich: Fremde im Land. Überlegungen zu einer Politik- und Sozialgeschichte von Fremden und Fremdheitserfahrungen, in: Johanek, Westfalens Geschichte, S. 3–9
Theisen, Alfred: Die Vertreibung der Deutschen – ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte, in: *APuZ,* B 7–8/1995, S. 20–33
Ther, Philipp: Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR 1945–1953 am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: *JBLG* 46/1995, S. 159–168
Ther, Philipp: The Integration of Expelles in Germany and Poland: A Historical Reassessment, in: Slavic Review 4/1996, S. 779–805
Thom, Achim/Spaar, Horst (Hrsg.): Medizin im Faschismus, Berlin (-Ost) 1985
Timmermann, Heiner (Hrsg.): DDR-Forschung. Bilanz und Perspektiven, Berlin 1995
Tolksdorf, Ulrich: Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern, in: Bade, Neue Heimat, S. 106–127
Torzecki, Ryszard: Polacy i Ukraińcy. Sprawa ukraińska w czasie II wojny światowej na terenie II Rzeczypospolitej, Warszawa 1993
Trautmann, Ansgar und Markus: Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe. Vertreibung – Ankunft – Aufnahme – Eingliederung, Vreden 1988
Trittel, Günter J.: Die Bodenreform in der britischen Zone 1945–1949, Stuttgart 1975
Trittel, Günter J.: „Siedlung" statt „Bodenreform". Die Erhaltung der Agrarbesitzstruktur in Westdeutschland (1948/49), in: *ZAA* 27/1979, S. 181–207
Trittel, Günter J.: Von der „Verwaltung des Mangels" zur „Verhinderung der Neuordnung". Ein Überblick über die Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik in der Britischen Zone, in: Schart, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone: 1945–1949, Wiesbaden 1979, S. 129–149
Trittel, Günter J.: Die Bodenreform – ein Beitrag der Besatzungsmächte zur gesellschaftlichen Strukturreform Nachkriegsdeutschlands 1945–1949, in: *ZAA* 30/1982, S. 28–47
Trittel, Günter J.: Das Scheitern der Bodenreform im „Schatten des Hungers", in: Foschepoth, u. a., Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik, S. 153–170
Trittel, Günter J.: Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949, in: *APuZ,* B 22/1986, S. 18–29
Trittel, Günter J.: Hans-Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde", in: *VfZ* 35/1987, S. 25–63
Trode, Eduard: Grundriß der Sozialversicherung, Berlin 1950
Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd.II: 1933–1946, Berlin (-Ost) 1953
Urban, Karl: Die Rolle der staatlichen Organe bei der Entnazifizierung (1945–1948), in: SuR 1979, S. 614–625
Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 2/1946
Vertriebene und Flüchtlinge volksdeutschen Ursprungs: Bericht eines Sonder-Unterkomitees des Rechtsausschusses des Abgeordnetenhauses, 81. Kongreß, 2. Sitzungsperiode, Bericht Nr. 1841 (Walter-Report), Washington D. C. 1950
40 Jahre Sport in Ottmarsbocholt. Festschrift des SC „Blau-Weiß" 1946 Ottmarsbocholt e. V., hrsg. v. SC „Blau-Weiß" 1946 Ottmarsbocholt e. V., Ottmarsbocholt 1986
Vogel, Angela: Familie, in: Benz, Die Bundesrepublik, Bd. 2, S. 98–126
Volbrachtová, Libuse: Distinktions- und Integrationsschwierigkeiten der Sudetendeutschen beim Einlebensprozeß, in: Schraut, u. a., Die Flüchtlingsfrage, S. 55–73
Volkmann, Hans-Erich (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995
Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933, StDR Bd. 455: Berufszählung. Die berufliche und soziale

Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen. Nord- und Westdeutschland, Heft 15. Provinz Westfalen, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1936

Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1933, StDR Bd. 459: Landwirtschaftliche Betriebzählung. Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgröße, Besitzverhältnissen und Viehhaltung, Heft 1: Einführung, Zahl und Fläche der Betriebe. Besitzverhältnisse, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1936

Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1939, StDR Bd. 559: Gemeindestatistik. Ergebnisse der Volks-, Berufs- und landwirtschaflichen Betriebzählung 1939 in den Gemeinden, Heft 9: Provinz Westfalen, Lippe, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1943

Volks-, Berufs- und Betriebszählung 1939, StDR Bd. 560: Landwirtschaftliche Betriebszählung. Einführung, Zahl und Fläche der Betriebe, Besitzverhältnisse, hrsg. v. Statistischen Reichsamt, Berlin 1943

Vovelle, Michel: Die Französische Revolution. Soziale Bewegung und Umbruch der Mentalitäten, Frankfurt a. M. 1985

Vovelle, Michel: La mentalité révolutionnaire, Paris 1985

Wagner, Kurt: Leben auf dem Lande im Wandel der Industrialisierung. „Das Dorf war früher auch keine heile Welt." Die Veränderungen der dörflichen Lebensweise und der politische Kultur vor dem Hintergrund der Industrialisierung – am Beispiel des nordhessischen Dorfes Körle, Frankfurt a. M. 1986

Waldmann, Peter: Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft, in: Becker, u. a., Vorgeschichte, S. 163–192

Wallner, Ernst M.: Die Rezeption stadtbürgerlichen Vereinswesens durch die Bevölkerung auf dem Lande, in: Wiegelmann, Kultureller Wandel, S. 160–173

Warning, Elke: Dokumente zur demokratischen Bodenreform, in: *BzG* 27/1985, S. 634–643

Weber, Adolf: Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, Bd.II/4: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2809–2888

Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, Köln 1982

Weber, Hermann (Hrsg.): DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985, München ^{3}1987

Weber, Jürgen (Hrsg.): Der Bauplan für die Republik. Das Jahr 1948 in der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1996

Weber-Kellermann, Ingeborg: Die deutsche Familie. Versuch einer Sozialgeschichte, Frankfurt 1974

Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen, Opladen 1978

Wehling, Hans-Georg: Heimat Verein. Leistung und Funktionen des lokalen Vereinswesens, in: *Der Bürger im Staat* 33/1983, S. 236–240

Weisbrod, Bernd: Die Wiederkehr der Krisen. Geschichtsbilder in der Wendezeit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/1993, S. 1347–1358

Weiß, H.: Geschichte der Kolonie Teplitz (Fotomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1931), Mühlacker 1985

Weisz, Christoph: Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949, in: *VfZ* 21/1973, S. 192–199

Weisz, Christoph: Versuch zur Standortbestimmung der Landwirtschaft, in: Herbst, Westdeutschland, S. 117–126

Welsh, Helga A.: Revolutionärer Wandel auf Befehl? Entnazifizierungs- und Personalpolitik in Thüringen und Sachsen (1945–1948), München 1989

Welsh, Helga A.: „Antifaschistisch-demokratische Umwälzung" und politische Säuberung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Henke u. a., Politische Säuberung, S. 84–107

Wendehorst, Alfred: Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 1743–1993, München 1993

Wermert, Christian: Die Land- und Forstwirtschaft, in: Senden. Eine Geschichte der Gemeinde Senden mit Ottmarsboloch, Bösensell und Venne, hrsg. v. d. Gemeinde Senden, Senden 1992, S. 553–580

Wernet-Tietz, Bernhard: Bauernverband und Bauernpartei. Die VdgB und die DBD 1945–1952. Ein Beitrag zum Wandlungsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR, Köln 1984
Wette, Wolfram: Eine Gesellschaft im Umbruch. „Entwurzelungserfahrungen" in Deutschland 1943–1948 und sozialer Wandel, in: Streibel, Zwischen Aufrechnung, S. 257–284
Wiechhusen, Karin: Die Integration der Vertriebenen in der Stadt Schwerin, dargestellt anhand der Eheschließungen, in: Die Integration der Vertriebenen in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen. Symposium vom 25.–29. 4. 1991 in Magdeburg, Magdeburg 1991, S. 138–151
Wiegelmann, Günter (Hrsg.): Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert (Verhandlungen des 18. Deutschen Volkskundekongresses in Trier 1971), Göttingen 1973
Wiegelmann, Günter (Hrsg.): Gemeinde im Wandel. Volkskundliche Gemeindestudien in Europa, Münster 1979
Wierlacher, Alois (Hrsg.): Kulturthema Fremdheit. Leitbegriffe und Problemfelder kulturwissenschaftlicher Fremdheitsforschung, München 1993
Wierlacher, Alois: Kulturwissenschaftliche Xenologie. Ausgangslage, Leitbegriffe und Problemfelder, in: Wierlacher, Kulturthema, S. 19–112
Wiesemann, Falk/Kleinert, Uwe: Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der britischen Besatzungszone, in: Petzina, u. a., Wirtschaftspolitik, S. 47–64
Wiesemann, Falk: Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Westdeutschland, in: *APuZ* B 23/1985, S. 35–44
Wiesemann, Falk: Zweite Heimat Nordrhein-Westfalen – Zur Flüchtlingsproblematik in den Jahren 1945 bis 1960, in: *WF* 39/1989, S. 430–439
Wille, Manfred: Die Zusammenarbeit der deutschen Antifaschisten mit der SMAD in der Umsiedlerfrage, Speziell in Sachsen-Anhalt (1945–1949), in: *Jahrbuch der Geschichte sozialistischer Länder Europas* 23/1 1979, S. 69–79
Wille, Manfred: Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Territorium der DDR 1945–1949 (Grundpositionen zum Forschungsstand), in: *WZ* Magdeburg 25/1988, S. 231–237
Wille, Manfred: Zur Integration der Vertriebenen in der SBZ, in: *GEP* 3/1992
Wille, Manfred: Die „freiwillige Ausreise" sudetendeutscher Antifaschisten in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen, in: Wille, Die Sudetendeutschen, S. 28–61
Wille, Manfred (Hrsg.): Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993
Wille, Manfred (Hrsg.): 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzone/Bundesrepublik und SBZ/DDR, Magdeburg 1997
Wille, Manfred: Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler – Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 27–54
Wille, Manfred: Entnazifizierung in der SBZ 1945–1948, Magdeburg 1993
Wille, Manfred/Hoffmann, Johannes/Meinicke, Wolfgang: Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Wille, u. a., Sie hatten alles verloren, S. 12–26
Wille, Manfred/Hoffmann, Johannes/Meinicke, Wolfgang (Hrsg.): Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993
Wille, Manfred: Zu einigen Fragen der Aufnahne, Unterbringung und der angestrebten Assimilation der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: Habenicht, Flucht, S. 16
Willenborg, Karl-Heinz: Bayerns Wirtschaft in den Nachkriegsjahren. Industrialisierungsschub als Kriegsfolge, in: Benz, Neuanfang in Bayern, S. 121–142
Willenborg, Karl-Heinz: Geflüchtet, vertrieben, gefangen. Nachkriegsschicksale in Deutschland, in: Weber, Der Bauplan, S. 115–144
Wirtschaftsmappe der Landesbauernschaft Westfalen 1940–1949, I. u. II. Teil, zusammengestellt von der Landesbauernschaft Westfalen, Münster o. J.
Wirtschaftsmappe der Landwirtschaftkammer Westfalen-Lippe 1940–1949, I. u. II. Teil, zusammengestellt von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Münster o. J.
Wittlich, Friedrich Wilhelm: Die Eingliederung der Flüchtlinge in die Wirtschaft in: *Kölner Universitäts-Zeitung, Sondernummer* vom 7. November 1947, S. 12–14
Woderich, Rudolf: Zu den Anfängen der Demokratisierung des Dorfes in Ostmecklenburg von 1945 bis Ende 1947, dargestellt vornehmlich am Beispiel des Kreises Neubrandenburg, Diss., Universität Rostock 1965 (MS)

Wolff, Klaus Dieter: Wandel durch Integration – der Beitrag der Vertriebenen und Flüchtlinge zur Entwicklung Bayerns, in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, 50 Jahre Flucht und Vertreibung, S. 21–32

Wolfrum, Edgar: Zwischen Geschichtschreibung und Geschichtspolitik. Forschungen zu Flucht und Vertreibung nach dem zweiten Weltkrieg, in: *AfS* 36/1996, S. 500–522

Woller, Hans: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone: Die Region Ansbach und Fürth, München 1986

Wurzbacher, Gerhard (Hrsg.): Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde. Unter Mitarbeit von Renate Pflaum, Stuttgart 1954

Wurzbacher, Gerhard: Die Familie als sozialer Eingliedrungsfaktor, in: Wurzbacher, Das Dorf, S. 74–111

Wurzbacher, Gerhard: Die Nachbarschaft als Ausgleichsfaktor gegen Vereinzelung und Anonymisierung, in: Wurzbacher, Das Dorf, S. 112–150

Zank, Wolfgang: Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945–1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987

Zank, Wolfgang: Die Gesellschaftpolitik der KPD/SED 1945–1949, in: *APuZ*, B 11/1990, S. 52–62

Zank, Wolfgang: Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: SBZ-Handbuch, S. 253–290

de Zayas, Alfred-Maurice: Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986

Ziegler, Walter: Die verlorene Heimat als Erfahrung. Die zeitgeschichtlichen Voraussetzugen der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, in: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Forschungsstand, S. 103–153

Zimmermann, Hartmut: Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR, in: Kaelble u. a., Sozialgeschichte, S. 322–356

Żygulski, Kazimierz: Repatrianci na Ziemiach Zachodnich. Studium Socjologizne, Poznań 1962

Abkürzungsverzeichnis

AAN	Archiwum Akt Nowych
a. a. O.	am anderen Ort
Abs.	Absatz
ACDL	Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin
Abt.	Abteilung
AdL	Archiv des Deutschen Liberalismus
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
AHF	Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e. V.
AKW	Archiwum Komitetu Wojemódzkiego
Anm.	Anmerkung
AP	Archiwum Państwowe
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament"
Aufl.	Auflage
BA	Bundesarchiv
BAB	Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (ehemals Abteilung Potsdam)
BAC	Bundesarchiv, Abteilung Coswig
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAMS	Bistumsarchiv Münster
BAP	Bundesarchiv, Abteilung Potsdam (nunmehr Berlin-Lichterfelde)
Bd.	Band
Bde.	Bände
bes.	besonders
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BIOS	Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History
Bl.	Blatt
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (nunmehr Bornim)
BPA	Bezirksparteiarchiv
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
bzw.	beziehungsweise
ca.	cirka
CDU	Christlich Demokratische Union (Deutschlands)
CRALOG	Council of Relief Agencies Licensed to Operate Germany
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DA	Deutschland Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DP	Displaced Person
DS	Deutsche Studien
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft

DVAS	Deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
DVdI	Deutsche Verwaltung des Innern
DVLF	Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft
DVP	Deutsche Volkspartei
DWK	Deutsche Wirtschaftkommission
EAC	European Advisory Comission
EKO	Eisenhüttenkombinat Ost
erw.	erweitert
EOS	Erweiterte Oberstufe
f.	folgende Seite
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
ff.	fortfolgende
FO	Foreign Office
FRUS	Foreign Realtions of the United States
Fs.	Festschrift
GA	Gemeindearchiv
Gbl.	Gesetzblatt
GEP	Geschichte – Erziehung – Politik
GG	Geschichte und Gesellschaft
GH	German History
GiW	Geschichte im Westen
GLAK	Generallandesarchiv, Karlsruhe
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GP Rz d/s Repatr.	Generalny Pełnomocnik Rzadu RP do Spraw Repatriacij w Warszawie
Gtd.	Gottesdienst
ha	Hektar
HA	Hauptabteilung
HJ	Hitler-Jugend
HR	Hauptreferat
hrsg.	herausgegeben
Hrsg.	Herausgeber
HStASt	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HVAS	Hauptverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
HZ	Historische Zeitschrift
IGO	Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen
JBLG	Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte
KA	Kreisarchiv
KAP	Kooperative Abteilung Pflanzen- und Tierproduktion
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KPC	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KR	Kreisrat
KT	Kreistag
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LAM-LHA	Landesarchiv Magdeburg – Landeshauptarchiv
LAS	Landeskirchliches Archiv Schwerin
Ld.	Land
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LHA	Landeshauptarchiv
LL	Landesleitung
LN	landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LRS	Landesregierung Sachsen
LV	Landesvorstand

LVS	Landesverwaltung Sachsen
MAP	Ministerstwo Administracji Publicznej
MAS	Maschinen-Ausleih-Station
masch.	maschinenschriftlich
MdI	Ministerium des Innern
MfA	Ministerium für Arbeit und Berufsausbildung
MfAS	Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge
MGR	Military Governement Regulations
MinPräs.	Ministerpräsident
Mio.	Millionen
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin
Mrd.	Milliarden
MS	Maschinenschrift
MZO	Ministerstwo Ziem Odzyskanych
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NF	Neue Folge
NKWD	Narodnyj kommissariat wnutrennych del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
Nr.	Nummer
NRWStA	Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistsiche Partei Deutschlands
OdF	Opfer des Faschismus
o. D.	ohne Datum
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftsbetrieb
o. J.	ohne Jahr
OMGUS	Office of Military Government (for Germany), United States
OMGWB	Office of Military Government for Wuerttemberg-Baden
o. O.	ohne Ort
o. Sig.	ohne Signatur
PfA	Pfarrarchiv
Pg.	Parteigenosse
PKWN	Polski Komitet Wyzwolenia Narodowego
pow.	powiat
PPR	Polska Partia Robotnicza
PRO	Public Record Office, London (Kew)
PUR	Państwowy Urząd Repatriacyjiny
PWC	Commitee on Post-War Programs
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SächsHBl	Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt
SächsHStA	Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
SächsStA	Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone Deutschlands
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHG	Soforthilfegesetz
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMAS	Sowjetische Militäradministration in Sachsen
sog.	sogenannt
SP	Starostwo Powiatowe
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der NSDAP

SSR	Sozialistische Sowjetrepublik
StaG	Stadtarchiv Greven
StaM	Stadtarchiv Münster
Stat.Jb.	Statistisches Jahrbuch
StDR	Statistik des Deutschen Reiches
SuR	Staat und Recht
SVAG	Sozialversicherungsanpassungsgesetz
sygn.	sygnatura
TAJB	Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte
TBC	Tuberkulose
ThHStA	Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Thür.	Thüringen
t.	tom
u. a.	und andere / unter anderem
u. a. m.	und anderes mehr
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNRRA	United Nations Rlief and Rehabilitation Administration
US	United States (of Amerika)
USBZ	US-amerikanische Besatzungszone
UWSI	Woiwodschaftsverwaltung
VBBZ	Volks-, Berufs- und Betriebszählung
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vgl./vgl.	vergleiche
vol.	volume
WF	Westfälische Forschungen
wydz.	wydział
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift (der Pädagogischen Hoschule Magdeburg)
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
z. B.	zum Beispiel
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaften
ZfS	Zeitschrift für Soziologie
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee (der SED)
ZPA	Zentrales Parteiarchiv
ZS	Zentralsekretariat (der SED)
ZSRR	UdSSR
z. T.	zum Teil
ZVAS	Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge
ZVOBl	Zentrales Verordnungsblatt
ZVU	Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler
z. Zt.	zur Zeit

Die Autoren des Bandes

Arnd Bauerkämper, Dr. phil., Jahrgang 1958, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Arbeitsschwerpunkte: Agrargeschichte Deutschlands nach 1945; Geschichte des britischen Rechtsradikalismus im 20. Jahrhundert.
Veröffentlichungen:
Die „radikale Rechte" in Großbritannien. Nationalistische, antisemitische und faschistische Bewegungen vom späten 19. Jahrhundert bis 1945, Göttingen 1991; Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. v. Kaelble u. a., Stuttgart 1994, S. 119–143; Herausgeber von: ‚Junkerland in Baurnhand'? Durchführung, Auswirkung und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996

Marcel Boldorf, Jahrgang 1965, Studium der Neueren Geschichte/Wirtschafts- und Sozialgeschichte, der Politikwissenschaft und der Komparatistik (d.i. Vergleichende Literaturwissenschaft) an der Universität des Saarlandes und der Universität Mannheim; seit April 1992 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Mannheim.
Veröffentlichungen:
Armenfürsorge im annektierten Elsaß-Lothringen am Beispiel Saargemünds, in: *Scripta Mercaturae* 29 (1995), S. 80–97; Eingliederung der Kriegsopfer und Schwerbeschädigten Ostdeutschlands in den Arbeitsprozeß, in: Wissenschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, hrsg. v. Christoph Buchheim, Baden-Baden 1995, S. 403–415; Massenzwangsmigration in Mittel- und Osteuropa (1933–1950), in: Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, hrsg. v. Carsten Tessmer, Opladen 1994, S. 21–34

Stefan Donth, M. A., Jahrgang 1968, Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an den Universitäten Leipzig und Bonn, 1995 Magisterexamen in Leipzig, seitdem Projektmitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Leipzig.
Veröffentlichungen:
Die Gründung der SED in Sachsen, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 1996 (im Druck)

Peter Exner, Dr. phil., Jahrgang 1963, Forschungsfelder: Agrargeschichte und Sozialgeschichte der ländlichen Gesellschaft.
Veröffentlichungen:
„Frankreich den Franzosen". Die Renaissance des französischen Rechtsextremismus im Front National, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 40 (1989), S. 333–348; Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1996 (zugl.: Münster, univ., Diss. 1995)

Hermann Graml, Jahrgang 1928, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, 1978 bis 1993 zugleich Chefredakteur der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.
Veröffentlichungen:
Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988; Europa zwischen den Kriegen (1969); Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939, München 1990; Die Alliierten und die Teilung Deutschlands (1985); Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten (1984) (Hrsg.); Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert (1976) (Mithrsg.); Sommer 1939. Die Großmächte und der europäische Krieg (1979) (Mithrsg.); Biographisches Lexikon zur Weimarer Zeit (1988) (Mithrsg.); Mitherausgeber der Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit" (30 Bde.) (seit 1984)

Michael Grottendiek, Jahrgang 1967, Studium der Geschichte und Germanistik auf Lehramt an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster; anschließend Volontariat bei den „Westfälischen Nachrichten" sowie mit Promotionsstipendium gefördertes Mitglied im Interdisziplinären Graduiertenkolleg „Konflikte im Kontext sozialer und kultureller Diversität" an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster; derzeit Redakteur bei den „Westfälischen Nachrichten".

Dierk Hoffmann, Dr. phil., Jahrgang 1963, Studium Neuere Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Volkswirtschaft in München, 1994 Promotion über das Thema „Die Neuordnung der Sozialversicherung in der SBZ/DDR 1945–1956"; seit 1994 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Potsdam bzw. Berlin.
Veröffentlichungen:
Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949–1961, hrsg. v. Dierk Hoffmann/Karl-Heinz Schmidt/Peter Skyba, München – Zürich 1993; Zentralisierung und soziale Disziplinierung. Zum Neuanfang in der Krankenversicherung und zum Aufbau des Systems der Bevollmächtigten der Sozialversicherung in den Betrieben, in: Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, hrsg. v. Christoph Buchheim, Baden-Baden 1995, S. 417–440; Sozialpolitische Neuordnung in der SBZ/DDR. Der Umbau der Sozialversicherung 1945–1956, München 1996

Manfred Jahn, Dr. phil. habil., Jahrgang 1950, Studium der Geschichte und der russischen Sprache in Dresden; Promotion und Habilitation über deutsch-tschechoslowakische Beziehungen nach 1945; Forschungen zur Geschichte der Grenzregion Sachsen-Böhmen-Schlesien im 20. Jahrhundert und insbesondere zur Vertriebenenmigration; derzeit Mitarbeiter beim Verein ‚Wissenschaft und Technik Dresden', Forschungen zur Geschichte der Juden in Sachsen.
Veröffentlichungen:
Herausgeber von: Die Sudetendeutschen in Nordböhmen. Situation nach 1918, Vertreibung in die Sowjetische Besatzungszone und Ankunft in Sachsen 1945/46. Beiträge eines deutsch-tschechischen Kolloquiums am 11. Juni 1993 in Aussig an der Elbe/*Ú*sti nad Labem, Dresden 1993; Herausgeber von: Sachsen-Böhmen-Schlesien, Forschungsbeiträge zu einer sensiblen Grenzregion, Dresden 1994; Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Teil I: Ankunft und Aufnahme 1945, hrsg. v. Manfred Wille unter Mitarbeit von Steffi Kaltenborn, Gerald Christopeit und Manfred Jahn, Wiesbaden 1997

Steffi Kaltenborn, Dr. phil., Jahrgang 1964, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Universität Madgeburg. Arbeitsgebiet: Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR.
Veröffentlichungen: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd.I, Ankunft und Aufnahme 1945, Wiesbaden 1996 (Mitarbeit)

Marita Krauss, Dr. phil. habil., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, Promotion 1983 in Neuester Geschichte, Habilitation 1995 mit einer Arbeit zur vergleichenden Gesellschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts. Hochschuldozentin an der Universität Bremen. Veröffentlichungen zu vergleichender Stadt- und Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, zu Alltagsgeschichte, zur Professionalisierung von Ärztinnen sowie zu Migrationsgeschichte mit den Schwerpunkten Remigration nach 1945 und Integration.
Veröffentlichungen:
Nachkriegskultur in München. Münchner städtische Kulturpolitik 1945–1954, München 1985; Symbolische Herrschaft und moderner Staat. Zur Gesellschaft in Bayern und Preußen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1997; Integration und Akkulturation, in: Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, hrsg. von Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss, Stuttgart 1997

Christian Kurzweg, M. A., Jahrgang 1966, Studium der Geschichte, Soziologie und Kulturwissenschaft in Leipzig, 1995 Magisterexamen, seitdem Projektmitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Leipzig

Damian van Melis, Dr. phil., Studium der Fächer Neuere Geschichte, katholische Theologie und Kunstgeschichte in Münster, Lima und Berlin; Magister, Promotion; gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Forschungsfelder: Kirchliche Zeitgeschichte; SBZ/DDR.
Veröffentlichungen:
„Katholische Kirche und Politische Säuberungen. Gesellschaftliche Neuordnungspläne im Zeichen der Entnazifizierung und des Endes der DDR", in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 9/1992, S. 816–822; Denazification in Mecklenburg-Vorpommern, in: *German History* 1995, S. 355–370

Winfried Müller, Dr. phil. habil., Jahrgang 1953, 1983 Promition, 1991 Habilitation an der LMU München, dort anschließend Oberassistent und 1991–1994 Lehrauftrag für Neuere Geschichte an der Universität Passau. Seit 1995 Lehrstuhlvertretung am Institut für Bayerische Geschichte (Lehrstuhl für mittelalterliche und vergleichende Landesgeschichte) der LMU München. Forschungsfelder: Aufklärung und Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts – Säkularisation und Rheinbundzeit – Schul- und Hochschulgeschichte – Besatzungszeit
Veröffentlichungen:
Universität und Orden. Die bayerische Landesuniversität Ingolstadt zwischen der Aufhebung des Jesuitenordens und der Säkularisation 1773–1803, Berlin 1986; Im Vorfeld der Säkularisation. Briefe aus bayerischen Klöstern 1794–1803 (1812), Köln/Wien 1989; Die Säkularisation von 1803, in: Walter Brandmüller (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Kirchengemeinde, Bd. 3, St. Ottilien 1991, S. 1–84; Schulpolitik in Bayern im Spannungsfeld von Kultusbürokratie und Militärregierung 1945–1949, München 1995

Ute Schmidt, Dr. phil. habil., Studium der Geschichte, Kunstgeschichte, Germanistik, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität München und der Freien Universität Berlin; Diplom-Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Hochschulassistentin am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 1982 Promotion im Fach Politische Wissenschaft, 1996 Habilitation, seit 1997 Privatdozentin am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Hamburg. Forschungsschwerpunkte: Zeitgeschichte, Politische Soziologie (speziell: Parteien und soziale Bewegungen, Flüchtlings und Integrationsforschung).
Veröffentlichungen:
Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987; Von der Blockpartei zur Volkspartei. Die Ost-CDU im Umbruch 1989 bis 1994, Opladen 1997; Zentrumspartei oder Union. Zur Archäologie eines Parteienkonflikts, in: Politische Zäsuren und gesellschaftliche Modernisierung im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Michael Prinz und Matthias Frese, Paderborn 1997, S. 409–420; Zweifacher Heimatverlust – Integration ohne Revanchismus. Ein Forschungsprojekt über die Bassarabiendeutschen in der Bundesrepublik, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 32/1989, S. 357–384

Notker Schrammek, Jahrgang 1969, Studium der Geschichte und Ägyptologie in Berlin, Leipzig und Montpellier (Frankreich), seitdem Projektmitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Leipzig.

Sylvia Schraut, Dr. phil. habil., Jahrgang 1954, Studium der Geschichte, Germanistik und politischen Wissenschaften in Mannheim; Wissenschaftliche Angestellte am Seminar für Neuere Geschichte und Privatdozentin an der Universität Mannheim. Veröffentlichungen zur Industrialisierungs-, Migrations-, Frauen-, und Nachkriegsgeschichte.

Irina Schwab, M. A., Jahrgang 1970, Studium der Geschichte, Archiv- und Hilfswissenschaften und der Religionsgeschichte an der Universität Leipzig, 1995 Magisterexamen, seitdem Projektmitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Leipzig.

Michael Schwartz, Dr. phil., Jahrgang 1963, 1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Stellvertretung einer Hochschulassistentenstelle) am Historischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, seit 1994 Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Potsdam bzw. (ab 1996) Berlin; Forschungsschwerpunkte: Ideen- und Politikgeschichte der so-

zialistischen und konfessionellen Eugenik in Deutschland bis 1993; Sozialgeschichte der ‚Euthanasie'-Idee; Sozial- und Alltagsgeschichte der NS-Herrschaft / Resistenz-Problematik; Vertriebenen-Integrationspolitik in der SBZ/DDR.
Veröffentlichungen:
Eugenik – Sterilisation – ‚Euthanasie'. Politische Biologie in Deutschland 1895–1945. Eine Dokumentation. Mithrsg. neben Jochen-Christoph Kaiser und Kurt Nowak, Berlin 1992; Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933, Bonn 1995; „Konfessionelle Milieus und Weimarer Eugenik", in: *HZ* 261/1995, S. 403–448; „‚Machtergreifung'? Lokalpolitische Elitenkonflikte in der ländlichen Gesellschaft Westfalens während des ‚Dritten Reichs'", in: Rudolf Schlögl / Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): Zwischen Loyalität und Resistenz. Soziale Konflikte und politische Repression während der NS-Herrschaft in Westfalen, Münster 1996, S. 185–243

Dagmar Semmelmann, Dr. phil., Jahrgang 1943, Studium der Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin (von 1962–1967); dort Assistentin an der Sektion Marxismus-Leninismus; Promotion 1977 zum Thema: *Zur Ideologiefunktion der Konsumtionsmittelwerbung am Kapitalismus*; 1977 Abbruch der Universitäts-Laufbahn aus politischen Gründen (im Zusammenhang mit der Biermann-Ausbürgerung); Arbeitsaufnahme in einem Berliner Großbetrieb; seit Anfang der achtziger Jahre Durchführung von lebensgeschichtlichen Zeitzeugenbefragungen mit Betriebsangehörigen ohne institutionellen Rückhalt; 1986 bis 1992 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften der DDR im Bereich DDR-Geschichte, 1988/89 Konzipierung und Realisierung eines eigenen Oral-History-Projektes zur Sozialisation von Angehörigen der DDR-Aufbaugeneration in einem „Schwerpunktprojekt des ersten Fünfjahresplanes" (dem EKO in Eisenhüttenstadt); 1992/93 Durchführung einer erfahrungsgeschichtlichen Untersuchung (auf ABM-Basis im Auftrage der KAI) zum 17. Juni 1953 mit ehemaligen Bauarbeitern aus Eisenhüttenstadt; 1995/96 Auswertung der 1988/89 geführten Interviews unter dem Aspekt der Vertriebenen-Integration in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte München.
Veröffentlichungen:
„Machen wir einen radikalen Schnitt." Krisenverarbeitung an der Basis in einem biographischen Beispiel, in: Brüche, Krisen, Wendepunkte, Neubefragung von DDR-Geschichte, hrsg. v. Jochen Cerny, Leipzig, Jena, Berlin 1990, S. 281–297; in einer kürzeren (Vortrags-) Variante ist dieser Beitrag erschienen in: *BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History*, Sonderheft 1993, S. 63–72; „Schauplatz Stalinstadt/EKO" – Erinnerungen an den 17. Juni 1953, hrsg. v. Brandenburger Verein für politische Bildung, Potsdam 1993, Heft 1 und 2

Philipp Ther, Jahrgang 1967, Studium der Geschichte und Germanistik in Regensburg, München und Washington; seit 1994 Doktorand zum Thema: „Vertriebene in der SBZ/DDR und Polen 1945 bis 1956"
Veröffentlichungen:
Die Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR am Beispiel des Kreises Calau-Senftenberg, in: *Jahrbuch für Brandenburgische Landesgeschichte* 46/1995, S. 159–168; „Wypedzeni w Brandenburgi i na Slasku Opolskim w latach 1945–1952. Próba historycznego uporządkowania" (Vertriebene in Brandenburg und im Oppelner Schlesien 1945–1952. Versuch einer historischen Einordnung, in: *Studia Slaskie* 54/1996, S. 266–279; Von Schlesien in die Lausitz. Ein Beispiel der Integration von Vertriebenen in der DDR, in: „Wach auf, mein Herz, und denke." Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute, Berlin/Oppeln 1995, S. 488–495

Manfred Wille, Prof. Dr. sc. phil., Jahrgang 1934, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Arbeitsgebiete: Entnazifizierung und Flüchtlingsprobleme in der Sowjetischen Besatzungszone; Landesgeschichte Sachsen-Anhalts.
Veröffentlichungen:
Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1948, Magdeburg 1993; Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Wiesbaden 1993 (Mitherausgeber); Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, Bd.I, Ankunft und Aufnahme 1945, Wiesbaden 1996 (Hrsg.)

Personenregister

Ackermann, Anton 198f.
Altlaner, Berthold 343
Attlee, Clement R. 205
Auerbach, Philipp 51

Bechler, Bernhard 200
Belke, Rudolf 111
Benesch, Eduard 27f.
Bingham, George 22
Blecha, Johanna 120, 133
Bolz, Lothar 100
Brack, Gustav 187
Bredel, Willi 165
Buchwitz, Otto 94
Bürger, Kurt 165
Büttner, Kurt 119, 121, 127, 133

Churchill, Winston 26
Chwalczyk, Georg 98, 111, 114, 120, 122–128, 130–133, 177f., 188
Clay, Lucius D. 41, 44–46
Curzon, Lord 23

Dahlem, Franz 115f., 127, 256
Daub, Philipp 111, 113, 115, 122, 130
Dertinger, Georg 100
Drygalla, Hermann 73f.

Eis, Gerhard 343, 344
Engel, Rudolf 9, 96, 109f., 112, 114–116, 118, 121f., 157, 182, 200, 270
Ewing, Thomas 21

Fabisch, Ruth 112, 129f., 223, 358
Fellenberg, Friedrich 258
Forell, Birger 207
Friedrichs, Erich 111, 117

Gabert, Volkmar 56
Gäbler, Walter 221
Gebhardt, Willy 109, 119
Gniffke, Erich 127
Goetz, Paul 45
Goldenbaum, Ernst 100
Gorochow, S. F. 109, 116
Gross, Charles P. 42
Grotewohl, Otto 13, 94, 190

Hamann, Karl 100
Hanke, Erich 110
Hassel, Ulrich von 26
Heinze, Georg 133
Henlein, Konrad 24, 25
Hergl, Walter 24
Hermann, Egon 50
Hiebsch, Rudolf 111, 119f., 129f.
Hitler, Adolf 25
Höcker, Wilhelm 162, 165–167
Hoegner, Wilhelm 50
Höntsch, Ursula 212
Hoernle, Edwin 198, 210
Hofmann, Arthur 130

Isakow (Oberst) 109

Jackson, Andrew 22
Jäckh, Ernst 23
Jaenicke, Wolfgang 50
Janka, Walter 135

Kafka, Gustav 343
Kalinke, Willy 112, 119f., 123, 125f., 129, 283
Kaßner, Walter 133
Keller, Marion 362
Kern, Käte 100
Koenig, Pierre 44
Kolander 286

Lawrence, Charles 21
Lehmann, Helmut 93, 109–111
Lindl, Ignaz 294

Maclean, Fritzroy 24
Mätzig, Kurt 362
Maier, Reinhold 40
Malkow, P. M. 114
Maslenikow 109
Malzew, M. M. 217
Matern, Jenny 122, 271
Menuhin, Yehudi 263
Merker, Paul 9, 93, 95, 97, 109, 111, 113f., 116f., 130, 135
Metzner, Bernhard 73
Middelmann, Werner 39
Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 28, 95
Moltmann, Carl 165

Naumann, Friedrich 23
Nettball, Kurt 111, 127, 130
Neutsch, Erik 163

Pickett, Clarence E. 33
Pieck, Wilhelm 13, 91, 94, 103, 127, 132, 191, 199
Plenikowski, Anton 98, 117, 124, 127f., 130, 132f., 156

Raddatz, Fritz 251, 254, 258
Rau, Heinrich 114
Ripka, Hubert 27
Robertson, Sir, Brian Hubert 44–46
Roosevelt, Franklin D. 26f., 29
Rüb, Karl 318

Sachse, Emma 126
Sägebrecht, Willy 199
Schlaffer, Josef 109, 110, 253, 257
Schlange-Schöningen, Hans 206
Schlichtmann, Johann 64
Schütz, Hans 50
Schukow, Georgi Konstantinowitsch 91, 175
Schuldt, Hermann 257
Seifert, Willi 121, 123, 126
Seppelt, Franz Xaver 343
Siewert, Robert 119
Soffke, Hans 83
Stähler 83
Stalin, Jossif Wissarionowitsch 26–29, 199
Steidle, Luitpold 114
Stoph, Willi 128f., 133
Stottland (Major) 109
Sümmermann, Felix 66

Thiele, Wilhelm 120, 189
Truman, Harry S. 205
Tschesno, Michael 110, 185

Ulbricht, Walter 13, 94f., 98f., 102, 114, 117f., 127f., 130, 199

Vogt, Arthur 9, 112, 115, 120–125, 270

Wandel, Paul 115
Warnke, Johannes (Hans) 133, 162, 165, 271
Weck, Rudolf 111
Wermelt, Bernhard 67
Werner, Christian F. 294
Wolf, Bruno 130
Wolf, Christa 212
Wollermann, Frieda 133
Wolodin (Sowjetischer Offizier) 219

Zaisser, Wilhelm 129